Die Unvollendete

Juan Maler

JUAN MALER

DIE UNVOLLENDETE

Juan Maler

Die Unvollendete

Buenos Aires 1991

QUEDA HECHO EL DEPOSITO QUE MARCA LA LEY 11.723

COPYRIGHT 1991 by JUAN MALER
8400 BARILOCHE — ARGENTINA

RESERVADOS TODOS LOS DERECHOS — ALLE RECHTE VORBEHALTEN
IMPRESO EN EUROPA — PRINTED IN EUROPE

BUENOS AIRES, REPUBLICA ARGENTINA
11 DE ENERO DE 1991

Inhaltsverzeichnis

I. DER HINTERGRUND UNSERER GESCHICHTE 9

★ ★

Gespräch mit einem Historiker I (Der Vertrag) 10

★ ★

II. DER GEGENSTAND UNSERER ARBEIT 14

Die mitteldeutsche Revolution 17

Von der Schande, ein Engländer zu sein 26

Von der Schande, ein Pole zu sein 30

III. EIN ERSTER ÜBERBLICK 31

Macht oder Recht 32

Die Rechtslage 33

Bausteine einer neuen Weltpolitik 36

IV. ENGLISCHE DEUTSCHLAND-POLITIK 41

Die dritte Einkreisung 41

Konkurrenz in Frankfurt - Herrhausen - Britische Gewaltherrschaft - Lafontaine - Reutermeldungen - Kohl in Paris und London - „The Wall" - Germanenhaß - Heißer Friede - Natogipfel in London - Ridley - Bankiers-Verschwörung - Franz Beckenbauer - Banco de Chile - Houston - Dublin - Thatcher in der Ukraine - Alester Crowley - Wirtschaftskrieg - Inflationsgefahr

Die Hungerblockade am Ende des I. Weltkrieges 76

Die Hungerjahre 1945 - 49 76

V. DAS PROBLEM „DEUTSCHLAND" 79

Vierzig Jahre Stimmwechsel 79

Wendehälse 84

Das Volk steht auf 87

Wer organisierte den Aufstand? 98

Wer stellte die Weichen? 107

1806 und 1813 - Das patriotische Jahrhundert - Gyula Horn - Zusammensetzung der Logen - Wohltätigkeit - Bismarcks Weg - Das Deutschlandlied - Einmischung der EG

Die notwendige Wiedervereinigung 130

Die Stunde der Kapitalisten 135

Großkapital - Zinsknechtschaft - Valorisation - Regenbogengesellschaft - ein würdeloses Schauspiel - Kojeve - Liberalismus

Erlebte Wiedervereinigung 146

Dresden wird umfunktioniert - Staatsvertrag mit der DDR - Taschendiebe aus Rumänien - Freiheit der Kunst - Der letzte 17. Juni - Arbeitslosigkeit - Preissteigerungen - Kindergärten schließen - Ausländerfeindlichkeit - Bauernlegen

Die Oder-Neiße-Linie 157

Das Memorandum der Acht - Teilwiedervereinigung - Verzicht ist Verrat

Überhörte Argumente 164

Vergewaltigung der Demokratie 177

Genschers amtliche Version 179

Dialog unerwünscht - Keine Minderheitengarantie - mißachtetes Völkerrecht

Die verratene Revolution 182

Ein Kalender 189

Das neue Diktat 192

Minderheitenschutz 203

VI. ADOLF HITLER UND DIE FREIMAUREREI 210

VII. DIE NATO 221

★ ★

Gespräch mit einem Historiker II (Die Dokumente) 224

★ ★

VIII. DER WELTABLAUF 1990 226

Argentinien 227

Von Pinochet zu Aylwin 234

Colonia Dignidad 240

Die arabische Wiedervereinigung 246

Die Welt der wirksamen Illusionen 266

Ideologische Erpressung 268

Briefe aus Namibia 275

Jugoslawien 278

Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik 280

Die ersten Züge fahren ein 281

IX. DER SCHUTZ DER UMWELT 283

★ ★

Gespräch mit einem Historiker III (Feiglinge und Verräter) 291

★ ★

X. DIE LEHRE UNSERER ZEIT 293

Anmerkungen 301

Alphabetisches Namens- und Sachregister 312

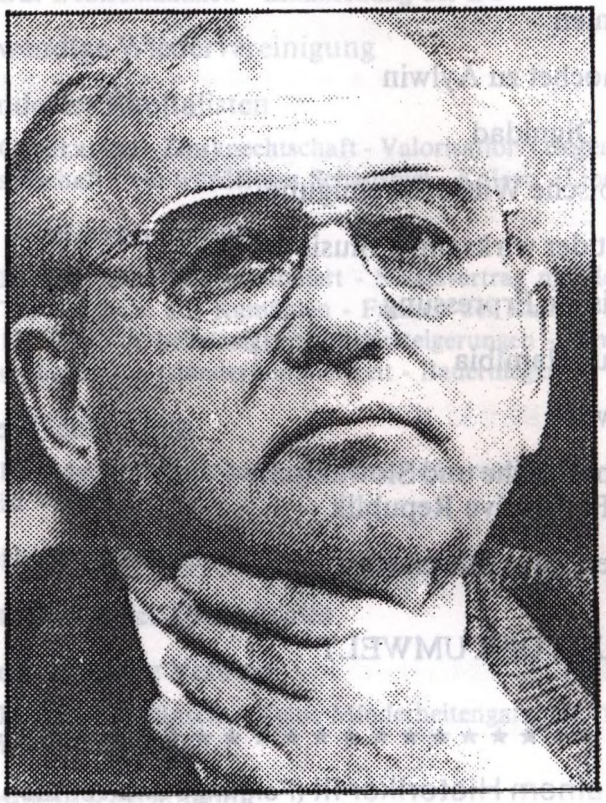
Abkürzungen 317

Zeitschriften 318

Literaturverzeichnis 319

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen 321

Verlagsmitteilung 323



I. Der Hintergrund unserer Geschichte

Unter den gegebenen Verhältnissen muß man dafür Verständnis haben, daß es nicht wenige Menschen gibt, die mit mitleidigem Lächeln abwinken, wenn man ihnen sagt, daß es in unserer Welt an der Schwelle des XXI. Jahrhunderts noch **Geheimgesellschaften** gibt und daß diese unser Leben bestimmen. Vollends sind sie überfordert, wenn man ihnen beweiskräftige Unterlagen dafür vorlegt, wonach heute die gesamte Menschheit beherrscht wird von einer Geheimgesellschaft. Es klingt ihnen absurd, da wir doch täglich Beweise dafür erleben, daß es niemals eine aufgeschlossenere, in allen Teilen verzahnte, mit den Wählerstimmen von Millionen und Abermillionen aufgebaute Staatenwelt gegeben hat, die sich gerade in unseren Tagen lauter denn je zu demokratischer Freiheit bekennt und der man als allerletztes nachsagen könnte, daß sie das Werkzeug unsichtbarer menschlicher Kräfte sein soll. Diesen Zeitgenossen soll hier der Versuch gemacht werden, die Augen zu öffnen.

Das geschieht aus sehr egoistischen Gründen. Denn jene Geheimgesellschaft, zu deren Entdeckung wir 1990 ausziehen wollen, übt ihre Herrschaft aus Machtgier aus und sie hat bereits sehr, sehr viel Unglück über die Menschheit und über die sie umgebende Natur gebracht. Beseitigt werden kann diese Lebensgefahr für uns alle nur, wenn dieser altböse Feind mehr und mehr erkannt und durchschaut wird. Es handelt sich also kaum um ein so ganz nebensächliches Unterfangen. Es lohnt sich schon, weiterzulesen.

Und noch eines vorweg: Es geht hier nicht darum, irgendwelche nebulöse und halbdefinierte Dinge zu verbreiten. Wir werden ganz konkret vorgehen und ganz harte, sachliche Aussagen machen, werden sehr viel wörtlich zitieren. Es geht um die Klarstellung der Schuldigen an Massenverbrechen bisher ungeahnten Ausmaßes, die wir Deutsche am eigenen Leibe erlebt haben. Es geht um die Nennung der Verantwortlichen, die dabei sind, unser Erdendasein weiter zu versauen und erneut schlimmes Unheil anzurichten. Denn sie haben ihre Hände überall führend im Spiel, wo in diesen Jahren eine neue Welt aufgebaut wird. Wir werden darum Namen und Zahlen, Zeichen, genaue Daten und Orte nennen.

★ ★

Gespräch mit einem Historiker I (Der Vertrag)

★ ★

Es fing mit einem regelrechten, richtigen Traum an: Ich war auf dem Weg zu einem Geschichtsprofessor. Er wohnte in der Nähe in einem Haus, in dem etwa acht Parteien unten an dem Telefon im Eingang angeschlossen waren. Es war beinahe eine Art Portal, aus älteren Zeiten, in welches man seitlich in die Wand die Druckknöpfe und eine runde Öffnung zum Heineinsprechen eingebaut hatte. Alles dieses erinnere ich ganz genau von dem Traum, und folge ihm weiter. Ich drückte auf den Knopf für den dritten Stock. Eine Stimme ertönte, die sonor und beeindruckend die des Professors selbst sein mußte. „Herr Professor, hier ist ein Geschichtsstudent, der gerne ein paar Fragen an Sie richten möchte. Wäre das wohl möglich?" — „Ja", am anderen Ende, und dann eine ganze Zeit Stille, so daß ich schon meinte, das Gespräch wäre beendet. Doch dann kam der Professor wieder: „Ja. Ich bin hier im ganzen Haus der einzige, der deutsch spricht." Und dann zu irgendjemanden hinter ihm gewandt: „Ja, den Tisch schieb mir bitte von der Tür weg." (Ich weiß nicht, warum mir mein Traum solche Dinge vormachte). Und dann ertönte das elektrische Rasseln an der Eingangstür. Ich konnte sie öffnen. Im gleichen Augenblick sah ich einen jungen Mann, der gerade eben auf den Eingang zugegangen sein mußte. Er hatte einen beinahe eleganten blauen (nicht etwa dunkelblauen) Anzug an und als er sah, daß ich beim telefonieren war, lächelte er und trat einen kleinen Schritt wartend zurück (auch hier weiß ich nicht, was dieser Teil des Traumes bedeuten soll). Ich trat also durch die schwere, holzgetäfelte Eingangstür und ging eine ebensolche halbrunde Treppe empor, entlang einem Holzgeländer mit einer massiven Führung. Dann stand ich in der Wohnung und wurde von dem Professor in ein Zimmer gewiesen. Alles war getäfelt. Möbel standen darin, die ein ehrfürchtiges Alter zur Schau trugen. Bücher sah ich keine an den Wänden, nur gebohnertes Holz. Und in der Mitte stand ein großer eichener Tisch. Das Zimmer war fast dunkel, und erst jetzt öffnete der Herr Professor die Jalousien, die offenbar nur selten Licht hereinließen. Er bot mir einen Sessel diesseits des großen Tisches an und setzte sich in die Nähe des einströmenden Tageslichts. Ich bemerkte, daß ich unter einer soeben angemachten Lampe zu sitzen kam. Eine junge Frau setzte sich in die Nähe des Herrn Professors. Und ich begann, mein Vorhaben vorzubringen:

„Herr Professor, ich glaube, es ist keine unbekannte Tatsache, daß man bei geschichtlichen Darstellungen mit Einflüssen in Berührung kommt, die nicht gerne an das Tageslicht gezogen werden wollen, und der Historiker steht dann vor der Frage, ob und in welchem Umfang er auch auf diese zu sprechen kommen muß."

Der Herr Professor unterbrach mich mit einer Handbewegung und wandte sich an die Frau: „Du kannst uns ruhig alleine lassen. Wenn ich dich brauche, klingle ich. Bitte fahren Sie fort", wandte er sich dann an mich.

Sein umfangreicher Körper lag in einem Sessel mit hoher hölzerner Lehne, die seinen massigen Kopf überragte. Umrandet von Altersfalten große, kluge,

forschende Augen, drückte alles Selbstverständlichkeit, Ruhe und Sicherheit aus. „Diese Berührungen müssen sich sogar in einer Zeit vermehren, da diese unterschwelligen Strömungen an Gewicht gewinnen", fuhr ich fort. So etwa an dieser Stelle begann ich, an meinen Worten herumzufeilen und merkte so, daß ich inzwischen aufgewacht war. Das Gespräch setzte ich jetzt fort, indem ich mir einen Gesprächspartner vorstellte, wie ihn mir der Traum soeben gezeigt hatte. So langsam, von Satz zu Satz, wurde aus einem Traum so ein Gedankenspiel, ein weiterer Traum, den ich dann aussponn und in meine Schreibmaschine diktierte.

„Die Frage, die in solchen Augenblicken eigentlich an jeden Historiker herantritt, lautet meiner Meinung nach erst einmal: Was ist davon meßbare Tatsache?"

„Haben Sie konkrete Fälle im Auge?" fragte mich mein Professor.

„Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, denn es kommt darauf an, in welchem Augenblick der Tätigkeit ein Historiker sie sich stellt, bzw. stellen müßte. Ich glaube, es handelt sich bei solchen Entdeckungen immer um konkrete und doch, sagen wir einmal, dunkle Kräfte, die man erst ans Licht ziehen muß. Ohne die aber ersichtlich gewisse Entwicklungen oder auch nur einzelne Tatsachen nicht verständlich bleiben. Und da beginnt wahrscheinlich schon das Problem."

„Wie Sie es darstellen, ist es eher ein menschliches denn ein wissenschaftliches Problem."

„Wie meinen Sie das, Herr Professor?"

„Ist jemand darauf aus, eine Situation zu schildern, so muß ihn eine Entdeckung, wie Sie es eben nannten, stören oder sogar ärgern. Hinzu kommt, daß er in solchen Augenblicken auf Gebiete abgedrängt werden könnte — er wird das sofort befürchten — die nichts mit seinem Auftrag zu tun haben."

„Sie meinen, Herr Professor, daß man im ersten Augenblick den Umfang der noch unbekannten Größe nicht kennt und besorgt ist, sie könnte die wissenschaftliche Arbeit in Tagespolitik umschlagen lassen."

„Oder auch in menschliche Vermutungen, was viel schlimmer noch sein würde. Soll man dann, wenn man feststellt, daß die Mittel nicht ausreichen, um mehr als Vermutungen auszusprechen, ein solches Thema weiter verfolgen?"

„Herr Professor, aber wenn sich die Indizien häufen? Wenn sich aus den Vermutungen langsam klarere Konturen herausschälen?"

„Ich verstehe Sie nicht ganz. Vielleicht können Sie mir da eine konkrete Vermutung nennen."

„Ein Historiker muß in der Lage sein, unabhängig arbeiten zu können. Er muß es aber auch dort tun, wo ihm diese Möglichkeit nicht gegeben wird."

„Ihre letzten Worte hören sich beinahe wie ein Vorwurf an."

„Sie wissen, Herr Professor, der englische Historiker David Irving hat erst kürzlich mehrfach öffentlich behauptet:

DEUTSCHE HISTORIKER SIND LÜGNER UND FEIGLINGE

Der Professor richtete sich auf. „Wo geschah dieses?"

„Am 3. Oktober 1989 vor dem Sender Freies Berlin."

„Und was war der Anlaß zu einem derart schweren Vorwurf?"

„Der Sender Freies Berlin hatte David Irving — von dem die Idee ausging — eingeladen, zusammen mit den Historikern Eberhard Jäckel, Arno Mayer, Rosendorfer und Schneider . . .

Pedro Varela und David Irving.

„Ich kenne die Herren", unterbrach der Professor.

„über neue Bücher im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg zu diskutieren. Irving wartete vor dem Sendergebäude vergeblich auf die genannten Historiker. Sie waren durch den Hintereingang in das Sendegebäude gelangt und führten dann sozusagen ‚unter sich' eine ‚Debatte' im Fernsehen."

„Und Irvings Reaktion waren die genannten Worte?"

„Er hielt auch eine kurze Ansprache an eine Gruppe von Berliner Bürgern: ‚Ich habe heute die deutschen Historiker herausgefordert. Ich habe sie Lügner und Feiglinge genannt. Ich hätte mir gewünscht, die Anschuldigung vor Ihren Augen zurücknehmen zu müssen . . . Meine Befürchtungen haben sich bewahrheitet. In einem allerdings habe ich untertrieben. Es handelt sich bei diesen Herren nicht um gewöhnliche Feiglinge. Nein, es sind erbärmliche Feiglinge. Ich hätte niemals zuvor geglaubt, daß Menschen vor der Wahrheit soviel Angst haben könnten. Ein jämmerliches Bild, was sich uns heute abend geboten hat. Die deutschen Historiker schreiben Bücher unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sie bleiben unter sich. Welch ein Hochmut!" (1)

„Gut, nehmen wir einmal an", ergriff der Professor das Wort, „nicht alle deutschen Historiker seien Lügner und Feiglinge. Wo sehen Sie dann, wie Sie sagten, die Möglichkeit unabhängiger historischer Arbeit gegenüber etwaigen dunklen Kräften im Hintergrund des Geschehens? Woran denken Sie?"

„Ich denke an die **Freimaurerei.** Ich wiederhole also meine Frage konkreter: Sind Sie, Herr Professor, in Ihren Arbeiten auf diese Geheimorganisation als bewegende Kraft hinter bestimmten Vorgängen gestoßen?"

„Ehrlich gesagt, nein. Ich habe mir auch niemals in dieser Richtung Gedanken gemacht."

„Wenn man Ihnen nun aber dazu Arbeiten vorlegt, die belegen, daß die Freimaurerei tatsächlich starken Einfluß ausübt, würden Sie sich mit diesen Arbeiten berufsmäßig befassen?"

„Das ist nicht sicher, denn es gibt vieles, das mir vorgelegt wurde und das für mich abseits liegt. Man müßte mich erst einmal davon überzeugen, daß diese Geheimgesellschaft der Maurer überhaupt historisch merkbaren Einfluß ausübt."

In diesem Augenblick ging die Tür auf und es trat jener junge Mann lächelnd ein, den ich vorher am Eingang sah. Der Professor stellte ihn mir als seinen Sekretär vor und erklärte ihm kurz den Stand unserer Unterhaltung. „Wie war noch Ihr Name? Ja, Herr Maler will mich davon überzeugen, daß man keine Geschichte schreiben kann, ohne die Freimaurerei zu erwähnen."

Darauf der junge Mann: „Herr Professor, es gibt diese Auffassung und man sollte sich mit dem Thema befassen. Hinter verschlossenen Türen vorerst, meine ich, bis man weiß, woran man ist. Es darf doch nicht alle historische Arbeit vor einer solchen Schwelle stehenbleiben."

„Herr Professor", schaltete ich mich ein, „darf ich diese Bemerkung zum Anlaß nehmen, Ihnen einige Bücher zu überlassen, die von einer solchen Forschungstätigkeit ausgingen und inzwischen offen zum Angriff auf die Freimaurerei übergingen, weil man in dieser Organisation die wichtigste Ursache für das große Unheil zu erkennen glaubt, das die Menschheit befallen hat?"

„Das sind sehr schwere Anklagen, so umfangreich, daß sie unglaubwürdig klingen. Wäre das der Fall, was Sie sagen, so wäre ja alle Historik ohne Nennung der Freimaurerei sinnlos."

„Ich möchte meine Antwort auf Ihren letzten Satz zurückstellen, bis Sie sich mit dem Thema ernstlich befaßt haben." Und zu dem jungen Mann gewandt: „Herr Sekretär, darf ich Sie bitten, mich zu verständigen, wenn Sie bei Ihrer Arbeit zu einem gewissen Abschluß gekommen sind?"

Der Sekretär: „Sie werden wieder von mir hören. Ich lasse mich nicht gerne zu den Lügnern und Feiglingen zählen."

„Meine Herren, ich werde also nunmehr meine Arbeit fortsetzen und mich in dem ausgemachten Arbeitsrahmen mit den Ereignissen, die gerade jetzt einen weltgeschichtlich relevanten Umfang annehmen, befassen, insbesondere, was in und um Deutschland geschieht. Vielleicht ist da wieder die Hand der ‚Dunkelmänner' spürbar. Es würde mich sogar sehr wundern, wenn das nicht der Fall wäre. Zu gegebenem Zeitpunkt können wir uns dann ja die Forschungsergebnisse gemeinsam ansehen. Darf ich um ein Vorgehen im Rahmen dieses Vorschlags bitten? Es sollte keine allzu schwere Arbeit sein, denn es handelt sich ja um Vorfälle und Aussprüche bei uns zuhause, direkt vor unserer Tür und zu unseren Lebzeiten. Also, wenn Sie gestatten, bis auf bald!"

„Bis auf bald! Ich erwarte also eines Tages Ihren neuen Besuch."

★ ★

II. Der Gegenstand unserer Arbeit

Die Freimaurerei hat es sich zum Ziel gesetzt, die bisherigen Herrschaftskräfte auf der Welt zu beseitigen und sich an deren Stelle zu setzen. Die bisherigen Kräfte führen nach ihrer Meinung zu schweren Ungerechtigkeiten. Sie will die Welt verbessern. Das soll geschehen, indem sie bestimmend wird. Ihre Philosophie soll herrschen. Alle bestehenden Regierungen dagegen fußen auf **Vorurteilen.** Deswegen müssen sie vollständig in ihrem Wesen beseitigt werden. Das schließt nicht aus, daß sie in ihrer äußeren Form etwa als Monarchien oder als Priestertum weiterbestehen, doch eben mit anderem oder gar ohne jeglichen Inhalt. Als „Vorurteile" gelten alle irgendwie aufgestellten menschlichen Unterscheidungen und Ordnungsprinzipien wie Religionen, Völker, Rassen, Berufe usw. Auch diese Bezeichnungen können fortdauern, doch ohne ihren bisherigen, eigentlichen wertvollen vorderrangigen Inhalt. An die Stelle solcher Ordnungen tritt die **Gleichheit** aller Menschen. Nur in einer Beziehung wird diese Gleichmacherei unterbrochen: Der Freimaurer gilt der Freimaurerei mehr als der Nichtfreimaurer. Letzterer hat überhaupt keinen Wert. Der Freimaurer ist der Lichtträger in der menschlichen Dunkelheit. Und unter diesen bevorrechtigten Freimaurern herrscht die **Brüderlichkeit,** die damit für den Bestand dieser neuen Menschenordnung Sorge tragen. Die dabei notwendige Auflösung der bisherigen Bindungen geschieht unter dem Schlagwort der **Freiheit.** *Bevor es also zu dem gerechten Zukunftsstaat kommt, gilt es, die bestehenden Ordnungen und Bindungen zu zerstören. Diese Epoche des Niederreißens dauert jetzt bereits seit 250 Jahren an. Hinter sämtlichen Revolutionen und Kriegen der Neuzeit, hinter sämtlichen zersetzenden Gesetzen und Literaturerzeugnissen steht daher die Freimaurerei, wie es tausendfach bewiesen wurde. Es ist daher zu vermuten, daß auch die bedeutenden Umwälzungen dieses Jahres 1990 in erster Linie der Freimaurerei die Gelegenheit geben sollen, ihren Einfluß weiter zu vertiefen und sich in den neu zu errichtenden staatlichen und internationalen Organen fester noch als schon bisher einzunisten.*

Wenn auch schon immer **philosophische Systeme** seit den ältesten Zeiten der Menschheit sich um die Errichtung ähnlicher Herrschaftssysteme bemühten, ist die heutige Freimaurerei organisatorisch und unter diesem Namen sichtbar erst seit dem Jahre 1717. Ihr Geburtsort ist London. Alle Teile ihrer Organisation gehen von dort aus. Ohne diese Anerkennung hat keine Loge Autorität und Anerkennung.

Die Freimaurerei wird durch Gehorsam und Verschwiegenheit in einem in Graden abgestuften Rahmen zusammengehalten. Sie ist daher die einzige geduldete, völlig undemokratische Gesellschaftsform der Gegenwart.

Die Grundlage ermöglicht es ihr, ihr Erscheinungsbild entsprechend den geistigen und technischen Entwicklungen um sie herum dauernd zu verändern. Sie ist nicht auf einen bestimmten parteipolitischen oder wirtschaftstheoretischen Weg festgelegt. Sie kann daher von sich behaupten, bei ihr werde keine Politik betrieben, ohne daß die Unehrlichkeit die-

ser Behauptung auf den ersten Blick erkennbar wird. Sie kann sich so allen neuen Lagen anpassen und mit Erfolg immer wieder erneut Vorteile daraus ziehen zugunsten ihrer in weiter Ferne liegenden utopischen Absichten. Da ihre Mitglieder nur den anderen Brüdern durch ihre Zeichen erkennbar sind, kann sie (und hat sie tatsächlich) unbemerkt sämtliche Revolutionen vom ersten bis zum letzten Tag mit jeweils anderen Brüdern leitend begleitet.

In der Öffentlichkeit und bei ihrer Arbeit in den Logen bedient sie sich einiger Passworte und **Geheimzeichen** zum Zwecke der internen Verständigung. Mit der technischen Entwicklung insbesondere auf dem Gebiet der Information haben die damit verbundenen Einsatzmöglichkeiten nach dem II. Weltkrieg gewaltig zugenommen.

Als solche Geheimzeichen sollen hier erwähnt werden:

der Zeigefinger (2)
die Brille (d.h. nicht die normal aufgesetzte Brille, sondern die Brille in der Hand, verrutscht auf der Nase, über die man hinwegschaut, vor dem Redenden auf dem Tisch usw.) (3)
der mit Daumen und Zeigefinger gebildete Schluß, das „O-Zeichen" oder Glied in der Bruderkette (4)
der Griff an die Krawatte (5)
das Große Notzeichen (die beiden Hände waagerecht über dem Kopf gehalten, Innenflächen nach oben) als Zeichen an die Brüder, daß man in Gefahr ist (6)
die Stellung der Füße im rechten Winkel
der Brustgriff (die rechte Hand auf das Herz gelegt) (7)

Alle diese bei Fotos, Karikaturen usw. in Zeitungen, Fernsehen, Büchern auftretenden Handstellungen usw. dürfen als Geheimzeichen verstanden werden. Es gibt in diesem (sehr disziplinierten und kontrollierten!) Bereich keine Zufälligkeiten und Irrtümer. Gerade auch in Karikaturen und Kunstwerken finden sich diese Geheimzeichen häufig wieder. Ein besonders dankbares Forschungsgebiet sind Bücher und Zeitungen aus älteren Epochen. Man findet darin sehr erstaunliche Bestätigungen der Aussagen von Historikern.

Während die Freimaurerei der Meinung ist, und dieses nicht nur ihren Brüdern, sondern auch den Profanen lehrt, daß alle bisherigen Herrschaftssysteme schlecht waren, zur Unterdrückung der Beherrschten führten (etwa also der Bauern, der Sklaven, der Arbeiter, der Nichtchristen, der Farbigen, der Frauen, der Kinder, der Schüler, der Ausländer, der Juden usw.), ist sie der festen Überzeugung, daß universale Gerechtigkeit nur in ihrem Fernziel der **Einen Welt** realisiert werden kann. Sie ist darum davon innerlich fest überzeugt, daß alles, was geschieht, um bisherige Herrscher und Regierungen zu beseitigen (d.h. die permanente Revolution), selbst bei millionenfachen Opfern im Hinblick auf die damit angepeilte friedliche Zukunft, eine heilige Handlung darstellt und zutiefst gerecht ist. Sie hat daher überhaupt kein Gefühl für die von ihr geschaffene bestialische Wirklichkeit, die die letzten 250 Jahre Weltgeschichte im Vergleich zu den vorhergehenden Zeiten ausfüllt und die bis dahin angebrachten Teufelsschablonen für Bestialität wie Dschingis Khan oder Tamerlan oder Attila mit gigantischen Zahlen überholen. Der Massenmord von Dresden wird zur rituellen Handlung, weil Freimaurer Churchill und Freimaurer (Bomben-)Harris die Befehle gaben. Der Abwurf der Atombomben über Nagasaki und Hiroshima wird zur Eröffnung einer neuen prächtigen Epoche der Weltgeschichte, weil Freimaurer Harry Shippe Truman (8) sie abwerfen ließ. Und so könnten wir Schritt für Schritt die Untaten der Neuzeit aufzählen als blutige Spuren der Freimaurerei. Wir würden damit nur wiederholen, was in allen Kultursprachen inzwischen veröffentlicht wurde.

Der heilige **Maximilian Kolbe** (9) schreibt bereits 1925: „Das Kino, das Theater und zu einem großen Teil die Kunst, sind in der unsichtbaren Hand der Freimaurerei, und auch im Bereich der Schule und Erziehung arbeitet sie fieberhaft in Konformität mit dem Plan der Freimaurerei, der Zerstörung der Sitten." 1939 schreibt der gleiche Heilige: „An den Ursprung des atheistischen Kommunismus können wir ruhig diese kriminelle Mafia setzen, die sich Freimaurerei nennt" (10). Die Freimaurerei aber verschließt ihre Augen vor diesen Verbrechen, die sie selbst angestiftet hat. Sie will — solange es geht — nicht wahrhaben oder bemüht sich gar darum, sie den Opfern in die Schuhe zu schieben. Die Freimaurerei ist seit 1945 in einem derart deutlichen Maße vom Weg des Guten abgewichen, daß sie die Revolution von 1990 benutzen muß, um soviel Ballast wie möglich abzuwerfen. Von der Hungersnot in der Ukraine bis Katyn hat man die Verbrechen der einen Heeressäule heute klargelegt. Doch es fehlt noch die große Schuld der anderen Seite, der „Alliierten" von Churchill bis Eisenhower und Truman. Die Freimaurerei ist vollauf damit beschäftigt, das Aufdecken der freimaurerischen Verbrechen auf Stalin und Konsorten zu beschränken, doch die Welt sieht in dieser Einschränkung die Folge eines weltweiten Vorurteils! Tatsache ist eben einmal, daß sämtliche blutbeschmierten Politiker, egal welcher Couleur, und alle gefühllosen Wirtschaftsfachleute und Monetaristen sich mit den Geheimzeichen der Freimaurerei vorgestellt haben. Die Freimaurerei meint, sich immer noch retten zu können. sie will es nicht wahrhaben, daß wir uns unter ihrer Führung in einem menschenfeindlichen **Zeitalter der philosophischen Experimente** bewegen, von denen kein einziges (von den Roten Khmer bis zu Alfonsín, von Fidel Castro bis Ceaucescu, von Roosevelt bis zu Mengistu und Mandela) von den jeweils Betroffenen als glückbringend bezeichnet wird, viele aber zu den grausigsten Ergebnissen für eine aller ethischen „Vorurteile" beraubten Menschheit führten. „Kein einziges philosophisches Experiment hat die Menschen glücklich gemacht", sagte Hölderlin einmal.

Dabei muß es uns bewußt sein, daß es der Freimaurerei geglückt ist, in etwas mehr als zwei Jahrhunderten sämtliche Regierungen sowohl des Abendlandes wie der Kulturwelt im Osten beseitigt und durch Puppen ihrer Obedienz ersetzt zu haben. Erreicht hat sie es mit Morden und Revolutionen (11) und einer gefügigen Öffentlichen Meinung, unterstützt von ihrem zu diesem Zweck erfundenen künstlichen Geld, dem Buchgeld und den Sonderziehungsrechten.

Im Gegensatz zur Meinung vieler kluger Beobachter dieser Vorgänge aber leben wir nicht etwa erst im Vorfeld freimaurerischer Herrschaft, sondern bereits deutlich inmitten einer solchen. Unser gesamtes Leben wird von der Freimaurerei beherrscht.

Unter solchen Umständen hat es wenig Sinn, an den erworbenen und belegten Erkenntnissen vorbeizugehen und die blutigen Folgen der Freimaurerherrschaft als Zufallsprodukte einer übermächtigen kosmischen Entwicklung zu betrachten, die auch ohne das Bestehen einer Freimaurerei geschehen wären. Eine Besserung, eine Heilung unseres sterbenskranken Planeten ist nur möglich, wenn das große Übel von der Wurzel her beseitigt wird. Daß sie von sich aus an eine Bekehrung gehen wird, ist für mich undenkbar.

Da die Freimaurerei **auf allen Lebensgebieten** ihre Angriffe vorantreibt, ist die Kur auch nur erfolgreich, wenn sie sich auf alle diese Arbeitsplätze erstreckt: Erziehung, Sicherheit, Familie, Umwelt, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft. In allen diesen Gebieten muß an die Stelle von Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit wieder die Kraft nichtmaterieller Normen gesetzt werden. Die schwerkranke Menschheit muß wieder zu Ehrlichkeit und Sauberkeit, zum unbedingten (!) Gehorsam gegenüber den ewigen Werten erzogen werden.

Diese sehr zusammengeraffte Übersicht über Wesen und Bedeutung der Freimaurerei muß an dieser Stelle genügen. Sie war notwendig für diejenigen, die sich noch nicht mit

dem Phänomen befaßt hatten. Alle hier angeschnittenen Fragen wurden von uns sehr ausführlich in unseren früheren Büchern behandelt. Wir weisen im folgenden fallweise auf die betreffenden Stellen hin.

Und jetzt begeben wir uns also in das Jahr 1989 nach Deutschland.

Die mitteldeutsche Revolution

In sechs Generationen war es der Freimaurerei gelungen, der Welt den Glanz der Leistung zu nehmen und aus ihr ein graues, vergiftetes, lebloses, gefühlsrohes Feld zu machen. Mit dem Glauben, mit der Treue, mit den großen Vorbildern, mit dem Gewissen, hoffte man, den Menschen ein für allemal die Kraft genommen zu haben, sich noch einmal von den Fesseln der Freimaurerphilosophie zu lösen. Wer sich dennoch empörte, wurde verlacht oder in ihre, so betont menschenwürdigen Kerker geworfen oder in Eiswüsten im Osten verbannt oder auch den Berufsmördern ausgeliefert. Sibirien oder Buchenwald oder ein Massengrab, ein Messer oder eine Bombe waren die Grenzen der gewährten Freiheit. Wer zur „Persönlichkeit" wurde, kam in diesen gefährlichen Bereich. Und weil es bereits mehr als eine Generation in intensivster Weise in dem von uns hier anvisierten Mitteldeutschland so gegangen war, wog man sich in vollständiger Sicherheit, daß es auf ewig so bleiben werde. Im geheimen verbunden mit den Brüdern jenseits der Mauer war man vom ersten Tag an tätig an diesem weiteren Experiment zur Kasernierung der Menschen. **Der Zirkel in der Fahne** (12) stand dafür. Und man holte sich im übrigen aus einer verbogenen Geschichte die Berechtigung für den Terror (den man selbst 1789 erfunden hatte). Man fühlte sich als Erben der Unterdrückten von einst, wenn man lauthals in den Einheitsschulen vortrug:

Die Glocken stürmten vom Bernwardsturm,
Der Regen durchrauschte die Straßen,
und durch die Glocken und durch den Sturm
Gellte des Urhorns Blasen.

Das Büffelhorn, das lange geruht,
Veit Stoßberg nahm's aus der Lade.
Das alte Horn, es brüllte nach Blut
Und wimmerte: „Gott genade!"

Ja, gnade dir Gott, du Ritterschaft!
Der Bauer stund auf im Lande.
Und tausendjährige Bauernkraft
Macht Schild und Schärpe zuschanden!

Die Klingsburg hoch am Berge lag,
Sie zogen hinauf in Waffen,
Auframmte der Schmied mit einem Schlag
Das Tor, das er fronend geschaffen.

Dem Ritter fuhr ein Schlag ins Gesicht
und ein Spaten zwischen die Rippen —
Er brachte das Schwert aus der Scheide nicht
und nicht den Fluch von den Lippen.

Aufrauschte die Flamme mit aller Kraft,
Brach Balken, Bogen und Bande. —
Ja, gnade dir Gott, du Ritterschaft:
Der Bauer stund auf im Lande!

Man behauptete, am Ende aller Frohn angekommen zu sein.

Sozialistische Träumereien

„Unser Tisch soll mit dem Besten gedeckt werden, was die Natur zu bieten hat: hochwertige Fleisch- und Milchprodukte, Edelgemüse und beste Obstsorten, früheste Erdbeeren und Tomaten zu einer Zeit, da sie auf unseren Feldern noch nicht reifen, Weintrauben im Winter, nicht nur zur Zeit der großen Schwemme. Walter Ulbricht: ‚Als Sozialisten sind wir uns darüber klar, daß im sozialistischen Lager bis 1965 ein Überfluß an Lebensmitteln erreicht werden soll' ... 'Neben dem reichhaltigen Angebot der Einkaufszentren in den Städten und den überall vorhandenen Geschäften für den täglichen Bedarf wird es ein Netz von Versandhäusern geben. Mit Hilfe von Katalogen können dann die Einwohner entlegener Gebiete jeden Artikel bestellen und binnen weniger Tage auch erhalten. Mit dem Warenhaus der kapitalistischen Vergangenheit werden diese Einkaufszentren nicht viel Gemeinsames haben. In denen gab es viel billigen Plunder, von allem etwas und von nichts alles. In unserem Kaufhaus wird die Auswahl bei einer solchen Warenfülle zu einem schwierigen Problem. Wenn der Kunde mit seinem Einkauf fertig ist, gibt er seinen ausgefüllten Kassenzettel an der Kasse ab. Für die Bezahlung genügt, daß er Kontonummer und Unterschrift gibt, für die Lieferung, daß er seine Adresse angibt. Unbeschwert, wie er das Warenhaus betreten hat, verläßt er es wieder, völlig sicher, daß seine Neuerwerbungen ihn zu Hause erwarten. An bestimmten, leicht erreichbaren Stellen wird der Wanderer Versorgungsstützpunkte vorfinden, deren Automaten ihm alles Nötige liefern, von Benzin bis zum Ersatzreifen, vom Erfrischungsgetränk bis zum Schnellimbiß, von der neuesten Zeitung bis zum Ersatzfilm. Unter kommunistischen Verhältnissen wird auch die Wohnung in jeder Menge, Größe und Form zur Verfügung stehen. Die Wohnungsnot werden wir in den Jahren 1970 bis 1980 für immer hinter uns gebracht haben ... Die sozialistische Gesellschaft wird in einigen Jahrzehnten nicht nur wohlhabend, sondern reich sein und ein Leben garantieren, in dem kein vernünftiger Wunsch unerfüllt bleibt. In zwanzig Jahren, also gegen 1985, wird das monatliche Durchschnittseinkommen 3000 bis 5000 Mark sein ..." (13)

Und man sah nicht, wie man dem Volke doch nur wieder neue, schwerere Fron auflud. Niemand im Erdenrund kam zu Hilfe. Im Gegenteil, man anerkannte die roten Beckmesser als „demokratische" Regierung und lobte sie in Büchern, Theaterstücken, Liedern und Kongressen. Erst, als die gleichgesteuerte Wirtschaft in den ebenso versklavten Bruderrepubliken zusammenbrach und ein Gorbatschow (genehmigt) zur notwendiggewordenen Umkehr und Einkehr blas, da öffnete sich ein Weg. Da wurde ein Feuer entfacht, das verschlossen in den Herzen geglommen hatte. Ein Wort stand auf und der Glaube daran versetzte Berge und Mauern.

Schon 1957 hatte der schweizer Dichter Kuno Raeber (14) gewarnt: *„Es gibt eigentlich nur einen Komplex, hier in Deutschland, der viele wirklich erregt, wo Gefühle stärker sind als der abwägende Gedanke. Das ist nicht etwa der Kommunismus, wie es im ersten Au-*

genblick scheinen könnte. Es ist die Frage der deutschen ‚Wiedervereinigung'. Da gibt es Wünsche, Erwartungen, auch Verzweiflung . . . In den Gesprächen mit Studenten wird einem klar, eine wie große Gefahr die Spaltung Deutschlands ist: Hier sind Emotionen gebunden, in einem Kessel aufs Feuer gestellt. Die Konstellation braucht sich nur wenig zu ändern, die Kontrolle und Selbstkontrolle nur einen Augenblick zu ermüden: Und die Gefahr einer, wie auch immer gearteten gefährlichen Explosion wäre da".

Im November 1989 ist sie erfolgt. Man sprach von etwas Neuem, von einer **„Revolution des Volkes"**. Den Herrschenden im Westen kam das gar nicht gelegen. Ihre eigene, die eigentliche Macht über die Hirne und Herzen geriet ins Wanken angesichts dieses schlechten Beispiels. Ihr Weltbild von der „freien Welt" wurde erschüttert von einer Gewalt, die man glaubte, abgetötet zu haben. „Der Schein hat getrogen", jammert Walter Boehlich im ebenfalls überrumpelten „Spiegel" (15). *„Die Deutschen erwachen wieder einmal, diesseits und jenseits der Elbe . . . Es ist die Art des Erwachens, die Angst machen muß, seine Besinnungslosigkeit und seine Bewußtlosigkeit, in der jede Vernunft untergeht, in der geredet, aber nicht gedacht wird, für das es nur das eine gibt, die Einheit, ohne die alles verloren wäre."*

Die kalte, „vernünftige" Welt der Freimaurerei hatte schon mehrfach diesem Naturphänomen gegenübergestanden. Mit blutigstem Terror hat sie in solchen Fällen die aufbegehrenden Völker zur Raison gebracht. Zu unserer Zeit die Ibos und die Tamilen und die Khmer und die Franzosen in Algerien und die Portugiesen in Goa und in Angola und die Albaner im Kossovo und die Armenier im Kaukasus. Völker sollten der Vergangenheit angehören. So etwas durfte es heute nicht mehr geben. Und schon gar nicht mehr ein deutsches Volk auf eigenem Boden als unabhängige Komponente im Erdenleben. Warum machte man dann gerade in diesem Falle eine so sichtbare Ausnahme von der Alten Freimaurerregel? Erst nach Monaten wurde das sichtbar. Einstweilen, damals im Herbst 1989 rätselten wir noch herum, und da dieses Rätseln wesentlicher Teil der Revolution war, soll es auch hier zu Worte kommen.

Um was geht es eigentlich bei dieser deutschen „Wiedervereinigung"? Warum sind wir Deutsche darauf so erpicht und warum gibt es Gegner derselben? So fragten wir uns damals.

Wer sie will, will — soweit er nicht mit- und hinterherläuft — einem Wunsch gerecht werden, der die Menschen seit grauester Vorzeit beflügelt hat. Es ist die Lebensanregung, sich mit seinesgleichen ein Zuhause zu schaffen. Es ist die Sorge um ein Dach über dem Kopf der Familie, einem Festplatz und Festsaal und einem Graben um die Burg herum. Es entsteht aus einer sehr tief wurzelnden Daseinsverpflichtung und aus einem biologisch verankerten, sittlich ausgefüllten Verantwortungsgefühl für die Seinen und einer kulturellen Sinngebung des Lebens.

Die Gegner führen weitaus oberflächlichere Gründe ins Feld. Im eigentlichen handelt es sich um Diebstahl von Dingen, die sie selbst nicht aufrichten können. Sie sprechen von dem angeblich aggressiven Charakter, den eine solche gemeinsame Welt habe, wenn es sich um Deutsche handelt. Wollen wir wenigstens in diesem Abschnitt ein wenig mehr auf diese krankhaften Außenseiter eingehen, so können wir sie unterteilen in solche, die in Fortsetzung einer Geschichtsfälschung handeln, um eigene Aggressivität in der Vergangenheit zu übertünchen und andererseits um solche, die grundsätzlich die Menschheit in Milliarden gleichberechtigter, instinktloser und schutzberaubter Individuen zerschlagen möchten und aus diesem Grunde Völker, Gruppen, Zusammenschlüsse welcher Art auch immer, für unsere Welt nicht wahrhaben wollen. Sie nennen einen solchen Zustand der Ungeborgenheit und der Nichtrealisierung kulturellen Ausdrucks dann den der **Freiheit.** In der Praxis wird er zur Recht- und Schutzlosigkeit des Einzelnen führen, denn an die

Stelle der sichtbaren werden unsichtbare Gruppen treten.

Diese letzteren Gruppen sind es, die schon heute sich darum bemühen, die Dinge in ihrem Sinne auf diesem propagandistischen Umweg zu steuern. Sie wissen um die Urkraft, mit der wir unsere Wiedervereinigung anstreben. Um sie zu bekämpfen gehen sie daher in den Untergrund. Das ist die Freimaurerei.

So mußten wir es nach bisheriger Erfahrung im Augenblick der Volksrevolution im November 1989 sehen. Es war damals keinem zu raten, sich offen gegen die Wiedervereinigung auszusprechen. Später werden wir dann erkennen, in welcher Weise die Freimaurerei vorging, um auch diese Phase deutscher und europäischer Geschichte mitzuschaffen, um sie in ihrem Sinne zu gestalten.

Schon gar nicht konnten deutsche Politiker sich gegen den Volkswillen stellen, ohne ihren Anhang sofort zu verlieren. Weder im Westen noch in Mitteldeutschland. Als sie darum von den Millionen gezwungen wurden, entweder ins Abseits zu treten oder sich zu offenbaren, da kam es dennoch bei ihnen nicht etwa zu beglückten Zurufen, zu Ausbrüchen der Freude und der Begeisterung, zu einer Umarmung, Verbrüderung mit dem Volk. Wo hat man es etwa erlebt, daß einer von ihnen eine Fahne in die Hand nahm und das Lied der Nation singend, durchs Brandenburger Tor schritt, wo hat einer von ihnen Mauertrümmer beiseitegeräumt, so wie in früheren Jahrzehnten Volkshelden die Barrikaden stürmten? Nirgends fand man sie vorne, immer ein paar Schritte hinter dem jubelnden Volk. Was man damals hörte, waren vorsichtig-bedächtig gewählte Worte ohne viel Gehalt, waren gequälte, zögernde Plattitüden. Alle hielten sie Ausschau nach einem Zeichen, nach einer Richtlinie aus dem Allerheiligsten in dieser unvorhergesehenen Lage. Was würde etwa ein Kissinger sagen, etwa eine Thatcher? Es war zum Erbrechen. Von Weizsäcker findet sich an der geöffneten Mauer ein und meint: *„Dabei sollte niemand sich und anderen erlauben, Triumphgefühle aufkommen zu lassen, gegenüber niemandem."* Seine Rede, drei Tage, nachdem der Abriß der Mauer begonnen hatte, in der Berliner Gedächtniskirche (die die Seinen so liebend gerne abgerissen hätten und die in ihrem anklagenden Stumpf nur noch dank des Widerstandes der Berliner und ihrer Freunde in der ganzen Welt ihren von britischen Bombern zertrümmerten Turm mahnend in den Himmel reckt) nennt die „Berliner Illustrirte" eine „Mahnung". Und es war doch eher unerbetene Einmischung eines Politikers, empörender Kommentar eines von der Geschichte soeben abgehalfterten Statthalters derjenigen, die die Spaltung einst in Jalta und Potsdam bereiteten. Doch solche Zusammenhänge wollte der Herr Präsident einer der beiden „Republiken", die jetzt zu verschwinden hatten, nicht wahr haben. Vierzig Jahre Gefängnis der gesamten deutschen Nation sollten unter den Tisch gefegt werden. Nichts war doch unangebrachter, anstößiger, unanständiger, als eine von dieser Seite herkommende „Mahnung". Die bewegenden Bilder in der gleichen „Berliner Illustrirten" machen von Weizsäcker zu einer Ratte zu Füßen der Säulen des Brandenburger Tors. *„Die Revolution im November hatte fröhliche Gesichter. Ihre Waffen waren Waffen des Geistes, sie kämpfte mit Witz und Spott . . . Noch nie habe er so viele Männer weinen gesehen, sagte US-Botschafter Vernon Walters über die Nacht des 9. November."* (16) Doch ein tiefgekühlter, steriler Freimaurer reinsten Wassers wie Herr von Weizsäcker, kann weder lachen mehr, noch weinen. *„Unfähig zu trauern"* (Mitscherlich) und sich zu freuen. Und sieht es als seine Pflicht an, auch anderen solches zu untersagen. Herr von Weizsäcker ist entsetzt: *„Sie haben überlebt, die Völker!"* (17). *„Die Völker machen Geschichte, aber nicht nur das, sie zwingen uns, die bisherige Geschichte umzuschreiben . . ."* (16).

Doch die Verantwortlichen im Westen denken zunächst nicht daran. Noch fehlt ihnen die Brücke zu dem Geschehen. George Bush, als amerikanischer Politiker mitschuldig an der völkerrechtswidrigen Teilung von Jalta, tönt im November 1989: *„Die neuen Freihei-*

ten in Ostdeutschland (er meint Mitteldeutschland) *und anderswo, sind die Früchte von vier Jahrzehnten Einsatz und Opfer der Menschen in der Bundesrepublik, den Vereinigten Staaten und ihrer Freunde und Verbündeten in der Nato. Ich und alle Amerikaner sind berührt von dem Geist von Berlin. Wir sind stolz darauf, zu wissen, daß wir zu diesem Moment historischer Größe beigetragen haben"(!)* Und in ganzseitiger, kostspieliger Anzeige verkündet Daimler Benz: *„Das Jahr 1989 macht Geschichte. Fast über Nacht ist geschehen, was jahrzehntelang undenkbar schien: Die Glocken der Freiheit fingen auch jenseits der Mauer an zu läuten. In Ost-Berlin, in der DDR, in Osteuropa. Ohne die Unterstützung durch unsere westlichen Verbündeten, die nie nachließen, sich für Frieden und Freiheit einzusetzen, wäre nichts von dem möglich gewesen. Wir sind Zeugen einer der größten demokratischen Bewegungen, die je stattgefunden haben, einer Demonstration des Willens zur Freiheit, der stärker ist als Beton."* Uns wird ein Videofilm von den Ereignissen in Berlin geschickt. Im Mittelpunkt steht der Ausspruch Kennedys **"Ich bin ein Berliner"** und die Forderung Reagans an Gorbatschow: *„Tear it down! Reiß sie nieder, die Mauer!"*

Es ist nicht Heuchelei, daß die Unterzeichner von Jalta und Potsdam heute so reden. Es liegt dem vielmehr ein sehr ernster, tragischer Irrtum zugrunde. John D. Montgomery meinte einmal (18): *„Erzogen zum Glauben an die amerikanische Mission und geleitet von programmatischen Erklärungen, arbeiteten die Amerikaner, Kreuzfahrern gleich, für ein Ideal — ein friedliches und demokratisches Deutschland mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung."* Damals, in den 50er Jahren, hatten die Amerikaner die Geduld mit der Umerziehung verloren. Sie überließen das Feld den Deutschen, Emigranten und KZlern und einigen anderen. Und so gingen drei Jahrzehnte ins Land, in welchen die Freimaurerei ausgebaut (und umgebaut) wurde. So erklärt es sich, daß — wie wir noch feststellen werden — so ziemlich alle Politiker nicht mehr auf die Wiedervereinigung glaubten setzen zu dürfen und daß sie diesen Gedanken erst wieder aufnahmen, als der „freien" Wirtschaft eine ganz große Chance zu blühen begann, die Großverdiener mit Geld zur Stelle waren. Dem Ziel der Wiedervereinigung fühlten sie, die Genscher und Kohl sich jetzt, Ende 1989 plötzlich wieder nahe, und waren daher schnell in Washington und im Eastern Establishment zum Rapport.

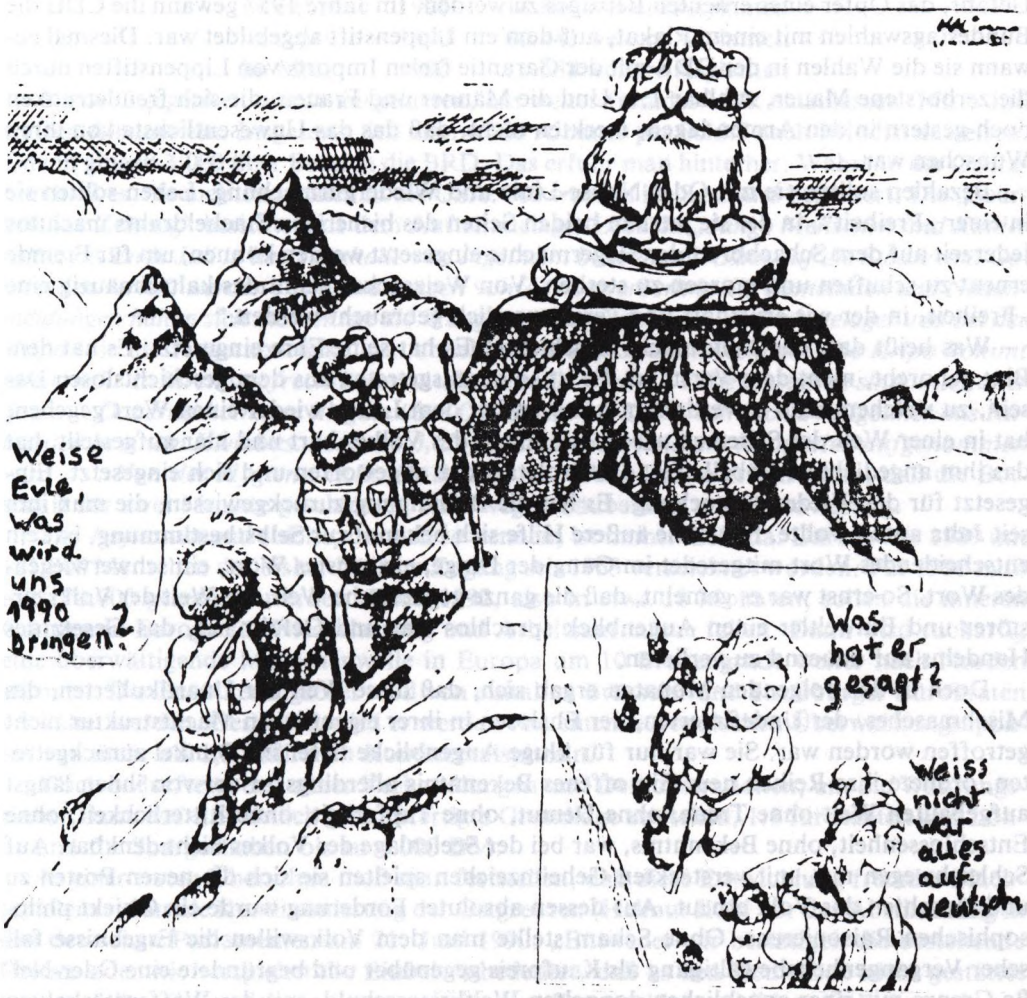
Doch, es war da ein ganz großer Haken dabei. Zunächst einmal waren die **Vereinigten Staaten** nicht das Idealland geworden, das Jefferson u.a. (19) errichten wollten. Schon in seiner ersten Ausstrahlung, der Französischen Revolution, wurde es zum Anlaß für ein fürchterliches Morden und zur Zerstörung von niemals ersetzten Werten. Bis 1945 hin hat sich diese Art Früchte am Baum der Vernunft nur immer weiter vermehrt und der Welt ein absolut scheußliches Antlitz gegeben. Was in Deutschland dann trotzdem wieder aufgebaut wurde, war nicht aus Gehorsam, sondern eher aus Widerstand, wenigstens aber in Umgehung der Besatzungsmacht entstanden. Darum auch sieht die Anzeige von Daimler Benz vielen Deutschen, besonders jenen in der DDR nach unverdienter Lobhudelei aus. Den eigentlichen Kampf werden wir Deutsche auch weiterhin bestehen müssen, wollen wir uns ein lebenswürdiges Haus bauen.

Es war eine **Revolution nach deutscher Art,** keine ideologisch angeheizte, ohne Blutvergießen. Den Rittern des Sozialismus fuhren keine Spaten zwischen die Rippen, sie selbst befahlen die Bulldozer zum Niederreißen der Mauer, bevor sie abtraten. So nahmen auch die Statthalter des Kommunismus Teil an der Geschichte. Doch es dauerte nicht lange, da wurde erneut zum Angriff angetreten, zum Angriff auf die Völker. Wieder sollte das deutsche Volk hineingestoßen werden in dunkle, geschichtslose Zeit. Wieder sollten die verqueren Begriffe der Loge Vorrang haben vor den natürlichen, gewachsenen Werten. Wieder wollte man nicht lernen, wollte die Lehre des 9. November 1989 überhören, daß es noch etwas anderes gibt als nur gestaltlose und wertlose „Menschen", daß es Deut-

sche gibt, und daß diesen ihr Deutschsein mehr gilt als leerer Popanz und schillernde Phrasen wie „Demokratie" und „Menschenwürde". Und wieder ahnt man von dieser uralten Werteordnung und hat Angst davor, daß sie sich durchsetzt. Und darum beginnt man erneut, mit falschem Zungenschlag zu reden, zu täuschen, zu betören. Der Rahmen dieser Falschspielerei ist ein anderer geworden. Man hat sich dem Willen des Deutschen Volkes beugen müssen, die deutsch-deutsche Grenze mußte verschwinden, man mußte zur (Teil-) Wiedervereinigung schreiten. Aber man wird um dieses Deutschland sogleich eine neue Mauer ziehen: eingebettet soll es sein in ein Europa nach dem Ermessen der Logenbrüder. So, wie der Mond „frei" um die Erde kreist und doch nur mit dieser im Sonnensystem verbleiben kann, ist die Freiheit der Deutschen eine bedingte. Es darf gar nicht zu diesem neuen Deutschland kommen, bevor nicht alle Garantien gegeben sind für diesen neuen Mauerbau. Denn nicht ein Europa der Vaterländer soll es werden, wie jenes, das sich im II. Weltkrieg bereits bildete und für das damals die Jugend von Sevilla bis Oslo und von Paris bis Sofia ihr Leben hingab. Ein Europa der Zinsherrschaft, der Kernkraftwerke, der Drogen, der libertinen Seuchen, der Atheisten, der Börsenspekulanten, der Geschichtslosigkeit, der Degenerierten, der Unverantwortlichen, der Nutznießer ohne Pflichten, der Unmoral und der Unehrlichkeit ist deswegen in höchster Eile im Entstehen. Und es soll ein Europa sein mit unverrückbaren Grenzen. Dieses Weltgesetz, das auf Biegen und Brechen 1945 erlassen wurde, es blieb außer Acht bei der deutsch-deutschen Scheingrenze, aber es geht unangetastet in das neue Europa ein und ist ein Keulenschlag auf den Freudentaumel von 1989.

Diese Massen, die durch die zerstörte Mauer drangen, der Anblick dieser freudigen Gesichter, dieser Deutschen mit Tränen in den Augen, das war etwas, was man seit 1945 nicht mehr in Deutschland gesehen hatte. Das erinnerte an die Zeiten von früher. Auch an die Zeit der **Weimarer Republik**, denn damals wurde noch Politik gemacht vom Volke. Damals marschierte das deutsche Volk durch die Straßen, sei es in den Reihen der SA, des Reichsbanners oder hinter der Roten Fahne. Es waren arbeitslose, hungrige Männer und Frauen, hungrig an Leib und Seele nach einer besseren Welt, nach einer gerechteren Welt. So fiel jetzt mit der Mauer auch eine andere Wand, eine Wand, die man um die Herzen gelegt hatte, eine Wand, die nicht erst mit der Mauer 1961 errichtet wurde, sondern im Augenblick selbst des Zusammenbruchs 1945 begonnen wurde. Lizenzträger in den Teilen des Reiches nahmen damals die Verpflichtung auf sich, den Deutschen die Seele aus dem Leibe zu reißen. Unermüdlich, pausenlos gingen sie an die Arbeit der Verflachung. Man machte lächerlich, wer noch an etwas glaubte, wer noch Tugenden vorlebte, wer Loyalität fühlte, seinem Kameraden, seinem Lande, seiner Familie gegenüber. Der Gesetzgeber machte die Bahnen frei für alles Abwegige. Fremdvölkische überschwemmten uns. Eisig wurden die Herzen, Geldgier, Profitsucht der Motor. Am 9. November 1989 wurde dieses Gewand des Teufels ebenfalls zerrissen.

Doch im gleichen Augenblick gingen die Feinde des Lebens auf dieser Welt daran, die Fetzen aufzuheben und ein neues Gewand daraus zu fertigen. Man machte es etwas anders aussehen, doch es ging diesmal schneller mit dem Umkleiden. Das Ziel war *„ein nüchternes Europa, von Warenordnungen beherrscht und von Marktordnungen, nicht von müßigen Sehnsüchten nach dem Glanz der Vergangenheit, nach Karl dem Großen, Friedrich Barbarossa oder Wilhelm dem Holzhacker"* (20). Im Verzweiflungsausbruch darüber, ob das große Umkleiden gelingen wird, geht man gleich wieder ans Beleidigen. Im Gefühl einer Lebensimpotenz, ähnlich einem Homosexuellen vor einem lachenden Baby, verzweifelt vor soviel ehrlichem Lebenswillen, derart aufrichtiger Freude an der errungenen Freiheit steht die Loge für Augenblicke wieder am Anfang. Doch es ist ein bewußt herbeigeführter Neuanfang. Sie hatte ihn nötig. Gott selbst hatte ihr den Hammer aus der Hand geschlagen und den Zirkel aus der Fahne gerissen, und sie selbst — wir werden es noch



darstellen — hat es nicht nur zugelassen, sondern sogar noch gefördert, denn es gab ihr die einzige Möglichkeit, im Sattel zu bleiben und viele böse Vergangenheit von sich abzuschütteln, sozusagen sich in einem neuen Gewand vorzustellen, ohne einen Deut vom Wege abzuweichen. Es war ein gewagter Balanceakt und es gehörte viel Selbstvertrauen dazu, ihn anzugehen.

Diesmal ging es mit der **Machtübernahme** schneller als 1945 im Westen. Denn diesmal standen das Arsenal und die Mannschaft sofort bereit. Will man verstehen, was ich meine, so sehe man sich die Videos vom 9. November an und dann etwa die Kommentare dazu in den „Spiegel"-Nummern vom Februar 1990. Niemals hatten sie an eine Wiedervereinigung gedacht, die die Unglücklichen zu beiden Seiten der Mauer herausgezogen hätte aus dem Sumpf der Philosophie in ihren beiden Erscheinungen, dem Staatskapitalismus und dem Privatkapitalismus, eine Wiedervereinigung, die die Deutschen in einer Volksgemeinschaft wieder glücklich bemacht hätte. So verschwanden die Plakate der Demonstranten schnell wieder, die im Oktober und November das Bild füllten. Sie sollten durch andere ersetzt werden. Die Deutschen meinten, es geschafft zu haben und liefen nur wieder einmal

Gefahr, das Opfer eines erneuten Betruges zu werden. Im Jahre 1957 gewann die CDU die Bundestagswahlen mit einem Plakat, auf dem ein Lippenstift abgebildet war. Diesmal gewann sie die Wahlen in der DDR mit der Garantie freien Imports von Lippenstiften durch die zerborstene Mauer, zahlbar 1:1. Und die Männer und Frauen, die sich freudetrunken noch gestern in den Armen lagen, merkten nicht, daß das das Unwesentlichste von ihren Wünschen war.

Bezahlen sollten sie mit Oder-Neisse-Linie und Wiedergutmachung. Leben sollten sie in einer „Freiheit", in der sie jetzt zu beiden Seiten des bisherigen Stacheldrahts machtlos jederzeit auf dem Schachbrett der Siegermächte eingesetzt werden können, um für Fremde erneut zu schuften und morgen zu sterben. Von Weizsäcker nennt das kaltschnäuzig eine „Freiheit, in der wir ernsthaft und verantwortlich gebraucht werden."

Was heißt das, **das Volk macht Geschichte?** Es hat seine Ehre eingesetzt. Es hat dem Blut gehorcht, nicht dem Verstand. Es ist so herausgetreten aus dem geschichtslosen Dasein, zu welchem man es verdammt hatte. es hat dem Leben wieder einen Wert gegeben, hat in einer Welt der Schemen wieder die Eineit des Volkes hart und klar aufgestellt, hat das ihm angedichtete Pöbelhafte, das Proletarische abgeworfen und sich eingesetzt. Eingesetzt für die Wiedergutmachung. Es hat die Beleidigung zurückgewiesen, die man ihm seit Jalta antun wollte. Hat ohne äußere Hilfe sich bekannt zur **Selbstbestimmung,** hat ein entscheidendes Wort mitgeredet im Gang der Dinge, ein ernstes Wort, ein schwerwiegendes Wort. So ernst war es gemeint, daß die ganze gegnerische Welt, die Welt der Volkszerstörer und Einweltler einen Augenblick sprachlos war und Gefahr lief, das Gesetz des Handelns auf dauernd zu verlieren.

Doch in den folgenden Monaten ergab sich, daß diese Welt der Unartikulierten, des Mischmasches, der Undefinierten, der Ehrlosen in ihrer eigentlichen Machtstruktur nicht getroffen worden war. Sie war nur für kluge Augenblicke tiefer ins Dunkel zurückgetreten, ordnete ihre Reihen neu. Ein offenes Bekenntnis allerdings zu der von ihnen längst aufgebauten Welt ohne Treue, ohne Demut, ohne Tapferkeit, ohne Ritterlichkeit, ohne Entschlossenheit, ohne Bekenntnis, war bei der Seelenlage des Volkes nicht denkbar. Auf Schleichwegen nur, mit versteckten Geheimzeichen spielten sie sich die neuen Posten zu und täuschten das Volk erneut. Aus dessen absoluter Forderung wurde ein Objekt philosophischen Raisonierens. Ohne Scham stellte man dem Volkswillen die Ergebnisse falscher Vergangenheitsbewältigung als Kaufpreis gegenüber und begründete eine Oder-Neiße-Grenze mit einer angeblichen doppelten Weltkriegsschuld, mit der Waffenstärke von Großmächten und mit Lampenschirmen aus Menschenhaut. Solcher Falschheit war das Volk nicht gewachsen. Es kam auch gar nicht erst zu Wort. Seit etwa Jahresanfang 1990 setzte die Freimaurerei erneut systematisch zum **Großangriff gegen alles Völkische** an.

Deutlich wurde der Sieg der Einweltler sehr bald schon in einem: Es kam nicht zu Manifestationen einer eindeutigen Kultur. Dafür gab es kein Geld und keine Fernsehminuten. Es blieb bei der Internationalität, bei der Degeneration (20). Noch im Höhepunkt der Revolution war es ein Selbstverständnis, daß die Berliner Philharmoniker die Neunte den Glücklichen aus der DDR zum Geschenk machten und daß in dem überfüllten Konzertsaal die Menschen in Erinnerung an vierzigjähriges Leiden und an die Größe der Stunde tränenden Auges Beethoven erlebten. Doch das durfte nicht wiederholt werden! Und wurde auch überall verhindert. Zahlen und gierige Sonderwünsche wurden in den Vordergrund geschoben und an die Stelle schlichten Glaubens trat kleinlicher Krämergeist. Kaum 60 Tage — bis über die Wahl in der DDR hinweg — dauerte es, bis daß Bonn sich nicht scheute, ein 1:2 versuchsweise zu starten. Und „Die Hilfe an die Unterentwickelten in der Dritten Welt darf keine Einbuße erleiden", hieß es gleichzeitig, und die Zahl der weiter ins Land gelassenen **Asylanten** wurde verschwiegen. Es waren:

im Februar	1990	14.846 weitere Asylanten
im April	1990	10.443 weitere Asylanten
im Mai	1990	11.588 weitere Asylanten

Keine Gelegenheit wurde ausgelassen, um weiter fremdes Volk einzulassen. Mitte Juli treffen **Albaner** ein. Insgesamt ließ man 4.500 Albaner per Schiff nach Brindisi ausreisen. Davon gingen 3.000 über Basel in die BRD. Das erfuhr man hinterher. Während der Operation hieß es, die meisten wollten in die USA. 800 wurden ins Saarland befördert. Die „Saarbrücker Zeitung" berichtet aus dem Aufnahmelager Lebach: *„Junge Menschen und Kinder sollen bis Ende Juli in der Turnhalle von Ingelheim bleiben und dann auf die Städte und Gemeinden verteilt werden . . . Zuweisungen von Asylbewerbern in die Gemeinden und Neuanmeldungen halten sich momentan die Waage . . . Der Geruch im Aufnahmelager und bei der Kripo* (die die Fingerabdrücke u.a. abnehmen muß) *ist unausstehlich. Die Kripo kommt nicht mehr zu ihren strafrechtlichen Aufgaben. Es stinkt . . . Die Zustände sind unter aller Sau . . . Dauernd kommen illegale über Ost-Berlin ins Land, kürzlich 24 Zigeuner aus Rumänien in einem Kleinbus. Man weiß, daß man im Saarland am leichtesten aufgenommen wird . . . Von der Hygiene nicht die Besten . . ."* Aus Tirana erfährt man, daß die Botschaft für zwei Monate geschlossen wird wegen Säuberung und Renovierung.

Für Asylanten und solche, die sich so nennen, ist immer Geld da. Darum war 1989 mit 121.000 Menschen der bisher höchste Zugang seit 1953 verzeichnet worden. Für 1990 muß mit 170.000 gerechnet werden. Doch 1992, also in etwa 18 Monaten, sollen die inneren Grenzen in Europa für Niederlassung und Arbeitsaufnahme fallen. Dann wird ruckartig eine überwältigende Menschenwelle in Europa um 10 Breitengrade weiter nach Norden stürmen. Der Bevölkerungsbrei wird von eiskalten Brüsseler und Straßburger Bürokraten verwaltet werden. Geschützt wird er werden von einem europäischen Überwachungsapparat von mehr als 1,5 Millionen Kontinentalspitzeln.

Doch bedurfte es erst zäher Verhandlungen und Demonstrationen, um die Währungseinheit dann auf eine sittlich gerechtfertigte Grundlage zu stellen, 1:1 für Renten und Löhne und für Sparguthaben bis zu 4.000 DM.

In einer ersten Überschau muß man feststellen, daß diese Entwicklung fremder Mächte, allem voran die Konditionierung der Ostgrenzen (Helmut Kohl vor der Abstimmung in den deutschen Parlamenten am 21. Juni 1990: „Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen die Einheit") bedeutet, daß es den Deutschen **nicht** gestattet werden sollte, ihren eigenen Staat auf eigenem Staatsgebiet zu bilden. Gelöst wurde zunächst nur das Problem der deutsch-deutschen „Grenze", mehr nicht. Die trotz der mehrfachen Erwähnung fremden Zwangs mehr oder weniger große Bereitwilligkeit, sich fremder Macht zu beugen, ohne dabei dem Polnischen Staat auch nur ein Minimum an Minderheitsverpflichtungen unter internationaler Kontrolle aufzuerlegen und ohne dem Schritt durch eine Volksabstimmung demokratische Rechtfertigung zu geben, gibt dem Eindruck Nahrung, daß hinter solchem Terror mehr steht als nur die Auffassung einer zufälligen deutschen Regierung. Der Landesverrat, der mit diesem Verzicht begangen wird, erfolgt unter übernationalem Druck. Nur eine mit allen Machtbefugnissen ausgestattete Gruppe kann so handeln: die Freimaurerei. In ihrer Macht liegt es auch, daß sie von niemandem beim Namen genannt werden darf.

Der deutsche Zweig dieser Großmacht handelt unterstützend und gehorsam dabei in Befolgung der bei ihrer Wiedergründung 1952 zugesagten Unterwerfung unter die Empfehlungen der **Mutterloge in London** (21). Sie schließt sich der Auffassung an, daß „ein starker Deutscher Staat in der Mitte Europas eine Gefahr für den Frieden darstellt." „Beweis" für diese Behauptung sei die „Tatsache", daß Deutschland bereits zweimal Europa mit Krieg überzogen habe. Doch, nicht nur, daß diese Geschichtsdarstellung an den doku-

mentierten Tatsachen, insbesondere an der zweifachen **ursächlichen Rolle Englands an den Weltkriegen** vorbeigeht. Sie hilft, eine Machtkonstellation vorzubereiten, die erneut niemandem anders als gerade **England** jederzeit die unhinderbare Möglichkeit gibt, einen dritten Weltkrieg in Europa zu entfachen.

Geschickt wird diese konkrete Beurteilung der deutsch-polnischen Kontroverse dabei als Sonderfall einer anderen Maxime bezeichnet: daß nirgendwo auf der Welt seit Gründung der Vereinten Nationen eine **Grenze** mehr geändert werden darf! Unter schwerwiegender Verfälschung der Vorgänge wird die Begrenzung einer provisorischen polnischen Verwaltung als GRENZE bezeichnet und diese unrichtige Beurteilung wird m.W. von Deutschland ohne protokollarischen Widerspruch hingenommen! Wenn schon „die Philosophie" die beherrschende Kraft darstellt, dann kann es nicht notwendig sein, sich andern, sichtbaren Mächten zu unterwerfen, wenn solche Unterwerfung nicht nur im Widerspruch steht zum geschriebenen Völkerrecht, sondern auch zu den ernstesten Grundpfeilern unserer heutigen Weltpolitik.

Wiedervereinigung ist nur möglich auf der Grundlage eines einmal gemeinsam empfundenen Geschichtsbildes und dieses kann nur Formen annehmen auf der Grundlage der in der BRD und in der DDR bewahrten und erarbeiteten Tatsachen. Sie sind zusammenzutragen unter der Berücksichtigung einer stark erschwerten zwangslosen Darstellung. Man wird dann feststellen, daß in der DDR den Westalliierten kaum etwas Gutes nachgesagt wird, während man in der BRD den Sowjets ein schlechtes Zeugnis ausstellt. So kann die Spaltung im nachhinein dazu beitragen, Licht in die jüngste Geschichte zu werfen. Man wird, um konkret zu werden, in der BRD nunmehr dem Massenverbrechen der Bombardierung deutscher Städte diselbe klare Verurteilung angedeihen lassen müssen, wie es bisher etwa in Dresden selbstverständlich war. Mit der auszugsweisen Wiedergabe einer Rede des englischen Historikers **David Irving** vor großem Publikum in Dresden am 12. Februar 1990, dem Tag der 45. Wiederkehr der Bombardierung jener Lazarettstadt, in diesem Buch, das überall in Deutschland verkauft wird, wollen wir damit einen Anfang machen.

Von der Schande, ein Engländer zu sein

Irvings Vortrag wurde durch die Ballade von Gerd Honsik „Der Untergang von Dresden" vom Dichter selbst eingeleitet. Spätestens mit der Strophe:

Ringsum das Tagewerk grauenhafter Wut:
Verschmorte Kinder von verkohlten Brüsten,
Verrenkt — ein Meer von Gliedern, Schultern, Hüften
Gegart, gesotten in verkohltem Blut.

traten den bis auf die oberen Ränge niedergelassenen Zuhörern die Tränen in die Augen.

Als der Historiker auf die von unzähligen Scheinwerfern hellbeleuchtete Bühne und vors Mikrofon trat, erhoben sich alle Anwesenden und empfingen ihn mit stehendem Applaus. Irving ließ die Menge wissen, daß die Zerstörung Dresdens Schuld an seiner Historikerkarriere war. Noch als er in Westdeutschland vor mehr als 30 Jahren als Stahlkocher arbeitete, wußte er ebensowenig wie die meisten seiner Landsleute von der sinnlosen und brutalen Zerstörung der Kulturstadt an der Elbe. Ein Kollege informierte ihn seinerzeit darüber. Bei seinen zunächst einfachen Nachforschungen bestätigten sich die Aussagen seines Kollegen, und der Entschluß zur Aufdeckung dieses „Menschenverbrechens" — wie er es nannte — war gefaßt. Drei Jahre intensivster Recherchen in Archiven sowie umfangreichste Befragung von Zeitzeugen folgten, bis sein Erstlingswerk in Druck ging. Auf ihn aufmerksam wurde ein englischer Verlag, als er in Zeitungsannoncen Mitglieder von gegen Dresden eingesetzten Bomberbesatzungen zwecks Befragung suchte. Der Verlag sichtete die

von Irving bis dahin zusammengetragenen Dolumente und Beweise und bot ihm sofort einen Vertrag an. „Winston Churchill feierte, nachdem er Hunderttausende von Frauen, Kindern, Kriegsversehrte und Tiere ‚gebraten' hatte. Ich freue mich auf den ‚Bombenerfolg' meines Buches und seiner jedes Jahr wiederkehrenden Neuauflagen aus anderen Gründen. Die Menschheit muß wissen, welch abscheulichem Verbrechen die schönste aller deutschen Städte zum Opfer fiel", erläuterte Irving den Antrieb seiner Schaffenskraft.

Im Zuge seiner dreißigjährigen Forschungsarbeiten in den bekanntesten Archiven der Welt, trug der Brite tonnenweise Dokumente zusammen, die in Gestalt von Befehlen, Plänen, Reden und Memoranden beweisen, daß Winston Churchill schon in den frühen dreißiger Jahren die Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung vorbereitete. „Im Gegensatz zu Churchill wollte Hitler nimals den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung", konfrontierte Irving die verdutzte Zuhörerschaft. „Es war Winston Churchill, der mit der Bombardierung deutscher Städte den Luftkrieg begann, nachdem er am 3. September 1939 der Reichsregierung den Krieg erklärte", wußte der Historiker durch seine Dokumentenfunde zu belegen. „Hitler bombardierte weder Rotterdam noch Paris."

Daß sich die Russen nie am Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung beteiligten, wollte Irving der sowjetischen Weitsicht zugeordnet wissen. Die Sowjets dächten in Generationen und nicht in Jahren. Das, so Irving, sei wahrscheinlich der Grund gewesen, daß man sich an diesem Verbrechen gegen das deutsche Volk nicht beteiligte. Es würde sonst jeden politischen Neubeginn erschwert haben.

Irving rekonstruierte für seine mehr als 1000 Zuhörer den Hergang des Angriffes auf Dresden. Der gigantischste Bombereinsatz der Weltgeschichte sollte bereits im Januar 1945 erfolgen. Churchill wußte jedoch von den gewaltigen Flüchtlingsströmen. Insbesondere von der Flüchtlingswelle aus Breslau, die sich in Richtung Dresden fortbewegte. Von seinen Generälen kamen Vorschläge, deutsche Hydrierwerke zu zerstören, um der deutschen Wehrmacht den Treibstoff zu entziehen. Derartige Vorschläge brachten Churchill zum Rasen. Irving hielt ein Dokument der Zeitgeschichte hoch und zitierte Teile des Inhaltes. Worte von Churchill: „Ich möchte keine Vorschläge hören, wie wir die deutsche Kriegswirtschaft sowie die Maschinerie außer Gefecht setzen können, ich möchte Vorschläge haben, wie wir die deutschen Flüchtlinge bei ihrem Entkommen aus Breslau braten können." Der geeignetste Weg zu diesem Ziel schien Churchill, die Hunderttausende Frauen, Kinder, Verletzte, Alte, Kriegsversehrte und Tiere, in Dresden ohne Fluchtweg und verteidigungslos eingeschlossen zu wissen. Zwischen den Mauern der Stadt konnte es im Gegensatz zum freien Feld kein Entkommen geben. Als die Zahl der in Dresden angelangten Flüchtlinge die Zahl 600.000 überschritten und damit mehr als 1.200.000 Menschen zusammengepfercht in Elbflorenz auf die Beendigung des für die Alliierten zu diesem Zeitpunkt längst gewonnenen Krieges hofften, zog in der Nacht vom 13. auf 14. Februar 1945 das Unheil am fernen Horizont auf. Das Alliierte-Oberkommando stellte zu diesem Zeitpunkt fest, daß es in Dresden weder Flakabwehr noch Nachtjäger gab und daß alle Krankenhäuser, Standort- sowie Hilfslazarette überfüllt waren.

Das größte Bombenaufgebot der Menschheitsgeschichte, die Flotte der Vereinten Nationen, erhielt von Churchill am 13. Februar 1945 unter dem Decknamen „Clarion" den Mordbefehl. Die Hinrichtung Dresdens war damit besiegelt. Der englische Luftmarshall Arthur Harris (Bomber Harris) setzte für diesen Holocaust an der deutschen Zivilbevölkerung 9000 amerikanische und britische viermotorige Bomber, einmotorige Jäger und Jagdbomber ein. Dresden hatte nicht einmal Schutzbunker gehabt.

Erster Nachtangriff

13. Februar 1945, 21.30 Uhr. Dreißig Minuten lang prasselte es Feuer und Stahl vom Himmel. 460.000 Stabbrandbomben und Phosphorkanister, 3000 der größten Luftminen

und Sprengbomben suchten mörderisch ihr unschuldiges Ziel. Dresden brannte nach diesem Schlag. Häuserzeilen taumelten wie von Erdstößen geschüttelt. Menschen, Tiere und Gebäude verglühten in dieser Hölle wie Zunder.

Zweiter Nachtangriff

14. Februar 1945, 00.30 Uhr. Die Schächte dieser Bombenwelle öffneten sich 35 Minuten lang für 280.000 Brandbomben und Phosphorkanister, 11.000 Sprengbomben und Luftminen. Der erste Schlag dürfte etwa 100.000 Menschen das Leben gekostet haben. Die erneut über dem sternenklaren Nachthimmel von Dresden heraufgezogene Mordgewalt stürzte wiederum senkrecht auf das in Panik und ohne Ziel in den Feuerschluchten umherirrende, rasende, sterbende Meer von unrettbarem Leben. Ein Höllenorkan von mehr als 1000 Grad brauste durch die Straßenschluchten und raubte den Todgeweihten ganzer Bezirke die Atemluft. Verwandelte alles Lebendige in feinen Staub und ließ die Gemäuer der Ruinen glühen wie ein Hochofen das flammende Eisen. Die Feuerwehr, die sich dem Phosphororkan entgegenwarf, fiel bis auf einen Mann. Blondes Kinderhaar wurde zu schwarzem Staub vor dem Hintergrund brennender Häuser, Bäume und Asphalt. Zum Marsfeld, gellten die Schreie von Abertausenden in ihrer Verzweiflung. Mittlerweile war der Zoo getroffen und Löwen reihten sich hilflos ein als panisches Geleit. Die erhoffte Rettung im Marsfeld war ein Trugschluß. Kampfflugzeuge stürzten sich hernieder auf jene, die zu entkommen versuchten. Maschinengewehrgarben aus den Bordgeschützen bereiteten den Flüchtenden ein jähes und blutiges Ende. Ob es sich um Waisenkinder oder um greise Mütter handelte, ihre Körper barsten unter den Geschossen der Tiefflieger. Diejenigen, die in den Kellern Zuflucht suchten, zerfielen zu Asche in der Phosphorglut. Dann raste die Feuerbrunst über den Kreissaal des Krankenhauses hinweg. Die Entbindungsstation war überfüllt mit schwangeren Frauen. Vielfach regte sich unschuldiges neues Leben und ward doch schon verdammt zum Tode. Vereinzelt gebärten Frauen Kinder in der Flammenhölle, hasteten hinaus mit ihrer zarten Unschuld frischen Lebens. Dort girrte klirrender Frost und sengender Orkan nach beider Leben. Kriegsversehrte, Verwundete quollen aus den Fenstern hinein in den brodelnden Asphalt. Der Schloßteich versprach, in auswegloser Not, kühle Rettung vor der tobenden Feuersbrunst. Doch Phosphorbrände sind nicht zu löschen. Die unteren wurden zerquetscht, zerdrückt. Sie ertranken, während die Schichten darüber im Sturm der Funken erstickten. Über der gesamten Stadt brüllte der Brand. Auf über 24 Quadratkilometer erstreckte sich der Höllenschlund dieser Mordnacht.

Dritter Angriff:

14. Februar 1945, 11.15 Uhr. 12.000 amerikanische viermotorige Bomber belegten die Vororte von Dresden mit Brand- und Sprengbomben. Eine halbe Stunde lang suchten 180 amerikanische Tiefflieger für ihre automatischen Bordwaffen Fraß am Elbufer und in den Trümmern der Straßenschluchten. Auf alles was sich regte gingen Garben von Maschinengewehrsalven nieder. Ja, die Ernte war reichlich.

Irving: „Am 13./14. Februar 1945 wurde eine der schönsten deutschen Städte durch britische und amerikanische Terrorbombenangriffe vernichtet. Wahrscheinlich fanden an die 500.000 Menschen den Tod. In jener Nacht wurden in Dresden mehr Menschen getötet als im Zuge der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki. Über 12.000 Gebäude wurden dem Erdboden gleich gemacht. Opferzahl und Zerstörung übertrafen bei weitem alles, was sonst Städte im Zweiten Weltkrieg erlitten." Und Schlesiens großer Dichter Gerhart Hauptmann schrieb: „Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens."

Der Historiker setzte sich nun mit den von verschiedenen Seiten wiedergegebenen Zahlen der Mordopfer auseinander, da die offiziellen Medien meistens von 35.000 Toten sprechen. „Das ist schlimmste Propaganda", empörte sich Irving. „Wenn während des Bom-

benangriffs auf Hamburg im Juli 1943 55.000 Menschen den Tod fanden, dann können es in Dresden unmöglich weniger gewesen sein. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Hamburg eine funktionierende Luftverteidigung besaß und die Bombenlast noch nicht einmal ein Drittel dessen betrug, was über Dresden niederging. Alleine daran erkennen Sie, meine verehrten Damen und Herren, daß es sich dabei wieder um einen Propagandaschwindel handelt. Die alliierten Verbrechen durften gemäß offiziellen Richtlinien niemals größer sein als jene, welche man den Deutschen anzulasten gedachte. Das ist der einzige Grund", kommentierte der Historiker die Nachkriegszahlenakrobatik.

Irving konnte 135.000 Tote nachweisen. Allerdings liegen 480.000 amtlich erfaßte Bombenopfer vor. Darunter 37.000 Kleinkinder und Säuglinge, 46.000 schulpfichtige Kinder, 55.000 Kriegsversehrte, Kranke und Schwestern, Rotkreuzhelferinnen und Pflegepersonal, 12.000 Rettungsmannschaften, Feuerwehr, Sanitäter, Luftschutzhelfer und Luftschutzpolizei. Es scheint auch völlig absurd, in Anbetracht der zum Zeitpunkt des Angriffs mit 1.200.000 Menschen vollgestopften Stadt und bei mehr als 700.000 von 9.000 Kampfflugzeugen abgeworfenen Bomben von 35.000 Toten zu sprechen. Vielmehr kamen auf zwei Einwohner eine Bombe.

Irving: „Warum gedenkt man denn der Bombardierung! Andere Städte hatten mehr als 35.000 Opfer zu beklagen. Diese Zahlen sind eine Beleidigung für die Überlebenden dieses Holocaustes an der Dresdner Bevölkerung und an den vielen Flüchtlingen."

Irving hielt ein Flugblatt der CDU zum Jahrestag der Bombardierung hoch und verlas den Text: „Dresden mahnt! Nie wieder: Faschismus, Rassismus, Stalinismus, Machtmißbrauch." Das schlägt dem Faß den Boden aus, entrüstete sich Irving. „Die Mörder von Dresden waren bekanntlich Antifaschisten, Antirassisten und Demokraten. Hier gehen die vermeintlichen Demokraten der sogenannten westlichen Wertgemeinschaft wieder nach dem beliebten und bewährten Motto vor: das Opfer ist immer schuld."

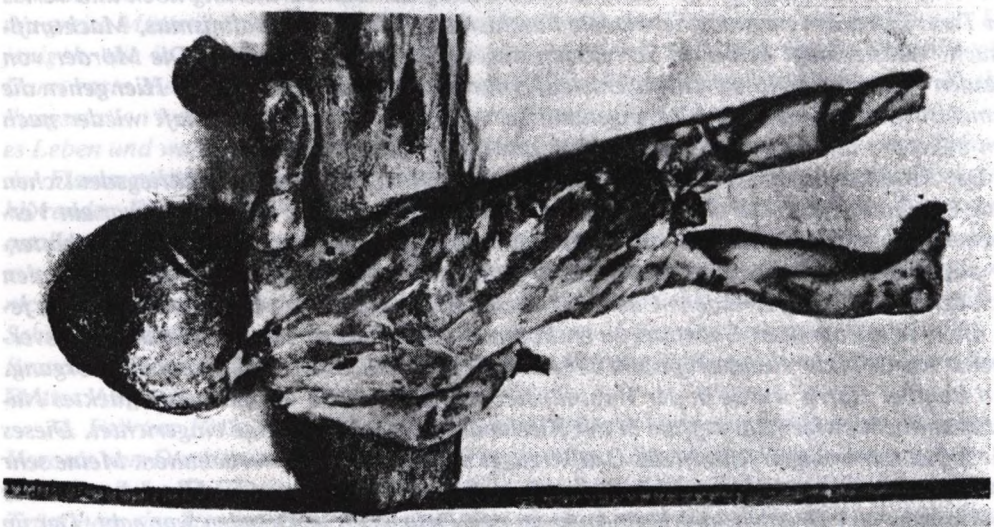
Der Brite konnte abschließend nur schwer begreifen, wie es die Nachkriegsdeutschen fertig brachten, Churchill auch noch den Karlspreis zu verleihen: „Churchill war ein Verbrecher. Er hat diesen Massenmord nicht nur kaltblütig geplant, sondern er hat ihn hinterher auch noch ausschweifend mit Alkohol gefeiert. Er befahl seinen Bombenverbänden nach der Vernichtung Dresdens Chemnitz anzugreifen, um die der Hölle entronnenen, jene, die es schafften nach Chemnitz zu entkommen, ebenfalls zu braten. Diesem Kriegsverbrecher wurde in der Bundesrepublik der Karlspreis verliehen. Ein unglaublicher Vorgang. Und Bomber Harris wurde in der Westminster-Abtei durch ein wappengeschmücktes Namensschild ein ewiger Ehrenplatz in der Kirche der englischen Könige eingerichtet. Dieses Privileg ist nur wenigen Rittern des Großkreuzes des Bath-Ordens vorbehalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Überlebende und Nachkömmlinge von Überlebenden des Holocaustes von Dresden, der Holocaust an den Deutschen in Dresden war echt. Der an den Juden in den Gaskammern von Auschwitz ist frei erfunden. Ich schäme mich, ein Engländer zu sein."

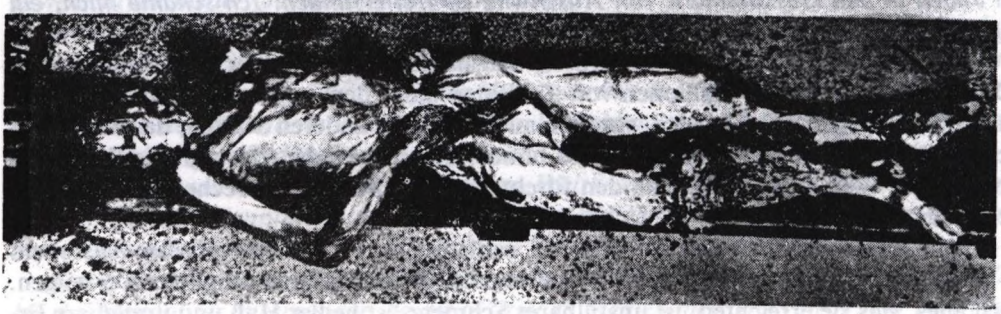
Wir wollen hoffen, und wir fordern es, daß in Zukunft nicht nur in der ehemaligen DDR an diesem Tage der Millionen von Ziviltoten unter dem englischen und amerikanischen Bombenregen gedacht wird, sondern auch an jenen anderen Stätten, da, wie in Lübeck, Nürnberg, Köln und Hamburg und hunderten anderen der ideologische Wahnsinn der „Freien" Welt sich austobte zu den fürchterlichsten Massenverbrechen der gesamten Menschheitsgeschichte.

In den Augen der Welt war es tierisches, sadistisches, für Briten typisches Austoben. Sie meinten entschuldigend (!), mit ihren Scheußlichkeiten Kriegsmüdigkeit zu erzeugen. Doch alles, was sie erreichten, ist unstillbarer Schmerz, ist heißer Haß und untilgbare Erinnerung an verbrecherische Schurken.

Von der Schande, ein Pole zu sein

Und wir wollen sodann einige wenige Fotos von den polnischen Verbrechen wiedergeben, die den II. Weltkrieg einleiteten. Bis zum Tage hat sich keine polnische, verantwortliche Behörde veranlaßt gefühlt, dafür um Verzeihung zu bitten, geschweige denn, Wiedergutmachung anzubieten. „Am schlauesten wäre es gewesen, wenn Warschau den Deut-





Zu nebenstehendem Bild: Hilde Berger, 24 Jahre alt; ihr Sohn Egon Berger, 4 Monate alt und ihr Mann Hermann Berger, 26 Jahre alt, ermordet in Wiesenau, Distrikt Hohensalza. Bild: Oberkommando der Wehrmacht.

---

schen sofort nach dem Zusammenbruch des 1945er Status quo eine gemeinsame Verwaltung der deutschen Ostgebiete angeboten hätte" (22). Nicht einmal dazu waren die polnischen Bestien fähig.

III. Ein erster Überblick

Wiedervereinigung bedeutet uns Deutschen nicht nur die Beseitigung einer deutsch-deutschen Grenze, sondern Schaffung eines Lebensraumes, in welchem alle Deutschen wieder mit allen Deutschen ohne fremde Bevormundung und Aufsicht sprechen können und in welchem auch diejenigen Mörder genannt werden können, die „nur" Deutsche ermordeten und die das unter Freimaurerzeichen taten. Wir stellen fest, daß eine Einschränkung solcher ethischen Selbstverständlichkeiten erneut eines Tages zur Explosion führen muß. Wir würden es als kurzsichtig und chauvinistisch dumm ansehen, wenn uns Deutschen dieses Trauern um unsere Angehörigen und eine Anklage der Verbrecher verboten werden würde. Es würde so etwas um so schwerwiegender ausfallen, je unsachlicher und widerlich aufdringlich man uns seit vierzig Jahren beschimpft, Millionen von Toten verursacht zu haben, die überhaupt niemals existiert haben. Der Mißbrauch, den die Sieger von 1945 mit ihrer Macht trieben, verhindert eine friedliche Entwicklung Europas, wie sie gerade uns Deutschen so sehr am Herzen liegt. Niemals haben Besiegte das Wort bei einer Nachkriegsregelung, sondern immer nur die Sieger. Wir Deutsche haben vierzig Jahre lang geduldig aufgeschrieben, was an Unrecht und an Geschichtsfälschung uns angetan wurde. Diese Last können sich die Polen und Tschechen und Engländer und Amerikaner und Franzosen nur selbst von ihren Schultern nehmen. Und sie können es nur bis zum nächsten Tag "D". Hinterher ist es zu spät! **Geschichtliche Gesetze** wie die hier ausgesprochenen erfüllen sich zwangsläufig. Niemand, auch keine 80 Millionen Deutsche können deren Ablauf verhindern. Ihr Vollzug steht über Menschenkraft. Die nächste „Explosion" kann nur von denen verhindert werden, die sie heute vorbereiteten.

Wir erfahren in diesen Monaten, daß es dabei auf der Seite der Sieger sogar eine Macht gibt, die ganz bewußt eine solche erneute „Explosion" möglich machen will: England. Genauso wie „Versailles" geschah, um einen II. Weltkrieg jederzeit auslösen zu können, hat auch diesmal England bereits die Kabel für die Auslösung eines neuen Unglücks gelegt.

Es hätte eine friedliche Weiterentwicklung geben können. Das Verbrechen der Oder-Neisse-Grenze hätte überstrichen werden können von einer friedlichen Entwicklung, in welcher am ersten Tage den deutschen Rechten Genüge getan worden wäre. Wieder, wie schon 1939, ist das Angebot an Polen klug und weise, aber ebensowenig wie damals die bescheidenen Forderungen auf einen Korridor von den machtirren Polen, angetrieben von England, angenommen wurden, um den II. Weltkrieg in Gang bringen zu können, ebensowenig würden heute etwaige Vorschläge etwa auf eine gemeinsame Verwaltung der deutschen Ostgebiete, auf einen Schutz der deutschen Minderheit, auf eine Wiedergutmachung

der Morde und der Enteignungen in selbst bescheidenstem Rahmen angenommen werden, obwohl nach einer derartigen, durch Dialog zustandegekommenen Übereinkunft auf unserer enger werdenden Erde eine Zone der Zusammenarbeit anstelle einer der fortdauernden Feindschaft im Rahmen einer gemeinsam geführten Wirtschaft geschaffen werden könnte (und müßte!)? Sowohl die Bonner Verzichterklärung wie das polnische Beharren auf dem rechtswidrigen status quo führen uns zukünftigen sehr ernsten Problemen zu und vor allem: Geben Europa erneut in die frohlockenden Hände der feindlichsten aller Kräfte, in die Hände Englands.

Verzicht ist Verrat

an den Vertriebenen und am ganzen deutschen Volk!

Der Bundespräsident, der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister der BRD haben die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anerkannt. Sie haben damit nicht nur gegen den Grundgesetz-Vorspruch gehandelt. Vielmehr haben sie den zwar nicht strafbewehrt, aber doch sittlich verpflichtend geschworenen Grundgesetz-Eid gebrochen,

(ihre) Kraft dem Wohle des deutschen Volkes (zu) widmen, seinen Nutzen (zu) mehren, Schaden von ihm (zu) wenden . . . . . und (ihre) Pflichten gewissenhaft (zu) erfüllen . . . . . So wahr (ihnen) Gott helfe!

Alle Bonner Parteien – SPD, FDP, CDU/CSU und Grüne – stehen nun als Verzichtler klar in einer Front!

Niemand hat das Recht, unsere Heimat aufzugeben und damit ein Viertel deutschen Reichsgebietes zu verschenken!

Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Macht oder Recht

Die Spaltung des Großdeutschen Reiches war keine Folge der militärischen Niederlage. Sie ist keine Notwendigkeit der deutschen militärischen Kapitulation gewesen. Sie war das politische Ziel der Sieger von 1945, nicht der Marschäle auf dem Schlachtfeld und entbehrt jeglicher rechtlichen Sanktion. Die Spaltung des Reichsgebiets in de-facto-Staaten stand im Rahmen einer ganzen Reihe weiterer Handlungen, die in eindeutiger Form gegen das von den Siegern unterschriebene Völkerrecht verstießen. Wertlos, wer diese rechtswidrige Ursache der Spaltung übersieht und vermeidet, die Namen zu nennen, die 1945 die Welt in ein System von Unrechtsstaaten verwandelten, deren organisatorischen Zusammenschluß man in den auf der Macht von Atombomben und Flächenbombardierungen von hunderten von Städten aufgebauten UN vornahm. Wiedervereinigung wollen verpflichtet daher als erstes dazu, die Ursachen der Spaltung zu beseitigen. Sie hat Bestand nur bei Wiederherstellung des Völkerrechts, Wiedervereinigung setzt deutsche Souveränität voraus.

Damit schließen wir eine erste Übersicht über die von der „Wiedervereinigung" aufgestellten Fragen ab.

Im folgenden schildern wir zunächst die Rechtslage und nehmen uns sodann als wichtigstes die außenpolitischen Aspekte vor. Um die innerpolitischen Kräfte besser zu verstehen, gehen wir sodann den geschichtlichen Weg der Spaltung, sprechen von den 40 Jahren erzwungener Geschichtslosigkeit bis hin zu den Wendehälsen, die ihre Fahne nach dem Winde hängten, schildern den atemberaubenden Volksaufstand von 1989, gehen auf die dabei im Dunkeln mitwirkenden Kräfte ein und besehen uns die Weichensteller, die dem Volksaufstand eine neue Richtung geben wollen. Ein jedes dieser Kapitel ist voll von überraschenden Erkenntnissen.

Die Rechtslage

Es wurde 1945 nicht dort Halt gemacht, wo es die unterschriebenen und gerade eben erst für so heilig erklärten internationalen Abkommen befahlen. Es wurde eingegriffen in die internsten und intimsten Bereiche der Nation.

Im III. Abschnitt, Artikel 43 der von den Siegern wie den Besiegten unterschriebenen **Haager Landkriegsordnung** von 1907 heißt es wörtlich von den Rechten der militärischen Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet: „Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände der Besetzenden übergegangen ist, haben diese alle von ihnen abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wieder herzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze."

Und in Artikel 46 heißt es weiter:

„Die Ehre und die Recht der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden."

„Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden."

Und in Artikel 47 heißt es weiter:

„Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt."

Und in Artikel 55 heißt es:

„Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staat gehören und sich in dem besetzten Gebiet befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten."

Und in Artikel 56 heißt es:

„Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staat gehören, ist als Privateigentum zu behandeln."

„Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden."

Und in Kapitel II, Artikel 20 heißt es weiter:

„Nach dem Friedensschluße sollen die Kriegsgefangenen binnen kürzester Frist in ihre Heimat entlassen werden."

Ausdrücklich hatte ja auch die deutsche Militärverwaltung in ihren besetzten Gebieten so verfahren. Dr. Werner Best, Kriegsverwaltungschef in Frankreich schreibt 1941 in der grundlegenden Schrift „Die deutsche Militärverwaltung in Frankreich", auf Seite 10: „Als Rechtsgrundlage für die Ausübung der deutschen Militärverwaltung in Frankreich sind die zwischen dem Deutschen Reiche und Frankreich geltenden zwischenstaatlichen Regelungen maßgebend . . . Diese zwischenstaatlichen Regelungen sind der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni 1940 und (Seite 12) das am 18.10.1907 in Den Haag abgeschlossene, vom Deutschen Reich und von Frankreich unterzeichnete ‚Abkommen bestreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs (RGBl 1910, S. 107 ff.),' die sog. ‚Haager Landkriegsordnung'."

Der deutsche Standpunkt entsprach also dem Völkerrecht. Lucius D. Clay aber sagte als oberster amerikanischer Beamter im besetzten Deutschland: „Das deutsche Volk hat keinen Anspruch auf völkerrechtliche Behandlung."

Der völkerrechtswidrigen Eingriffe in dem besetzten deutschen Staat sind denn auch

Legion. Jeglicher Rechtsgrundlage enbehren u.a. die folgenden Maßnahmen:

Festnahme von Privatpersonen aufgrund ihrer politischen Tätigkeit oder weltanschaulichen Einstellung.
Festnahme von Privatpersonen zum Zwecke der Aushorchung über militärische oder wirtschaftliche Geheimnisse.
Das Potsdamer Abkommen unter den Alliierten, soweit man daraus deutsche Verpflichtungen ableitet.
Alle Erlasse der verschiedenen Militärregierungen, die über den im Haager Abkommen genau fixierten Rahmen hinausgehen, wie etwa:
Die Auflösung deutscher Industriebetriebe
Die Abholzung des Schwarzwaldes
Der Erlaß einer neuen Gewerbeordnung
Die Errichtung von Zonenbeiräten
Verbot und Genehmigung politischer Parteien
Vernichtung von Büchern, Filmen, usw.
Absetzung von Universitätsprofessoren usw.
Verschleppung von Privatpersonen wegen ihrer besonderen wissenschaftlichen Kenntnisse
Genehmigungen zur Errichtung staatlicher Verwaltungen
Lizenzen zur Ausübung des Journalistenberufes
Das Besatzungsstatut
Die Schaffung von staatsähnlichen Gebilden auf deutschem Boden
Alle, die Souveränität verletzenden Gesetze, die dann von jenen de-facto-Staaten erlassen wurden, wie
Ruhrstatut
Montanunion
Natobeitritt
Warschauer Pakt

Alle diese Maßnahmen sind nichts anderes als Ausflüsse der Macht, die sich 1945 deutsche Rechte usurpierte. Sie entbehren jeglicher Legitimität, sind gesetzlich nicht durchsetzbar, nur durch Polizeigewalt u.ä. erzwingbar.

Das ist heute die unangreifbare herrschende Meinung im Völkerrecht. Es ist daher unbedingt Dr. Kurt von Laun beizupflichten, wenn er in seiner kürzlichen Schrift „Wiedervereinigung" sagt: *„Es sollte vorzeitig keine für uns günstige Rechtsposition aufgegeben werden* (S. 18).

Wir sind uns sehr bewußt, daß die Sieger in keinem Augenblick Zweifel über das Unrechtmäßige ihres Handelns hatten, Sie wußten auch sehr gut, in welchem Umfang sie Verbrechen auf Verbrechen begingen, gegen Leib und Gut und gegen die geschichtliche Wahrheit. Sie waren stehts völlig im Bilde über das machiavellistische ihrer politischen Phrasen. Bereits 1948 erschien in Frankreich ein Buch, das sofort in deutscher und spanischer Übersetzung über die ganze zivilisierte Welt ging. Wir sprechen von dem berühmten Werk des französischen Universitätsprofessor Maurice Bardèche „Nürnberg oder das gelobte Land". Er leitet es mit den folgenden Sätzen ein:

„Die Grundlage für den Nürnberger Prozeß, jene, die man nicht zu nennen gewagt hat, dürfte wohl, so sorge ich mich, nichts anderes sein als **Furcht:** *Der Anblick der Ruinen versetzte die Sieger in Panik. Die anderen MÜSSEN Unrecht haben. Sie MÜSSEN, denn, man bedenke nur, wie die Welt aussähe, wenn sie etwa keine Ungeheuer sind. Man*

bedenke, wie schwer dann diese zerstörten Städte und die Tausende von Phosphorbomben auf ihr lasten würden. Der Schrecken, die Verzweiflung der Sieger sind das wahre Motiv des Nürnberger Prozesses. Sie haben ihr Angesicht verhüllt vor dem, was sie tun mußten, und um sich Mut zu machen, haben sie ihr Blutbad in einen Kreuzzug verwandelt. **Hinterher** *haben sie sich ein Recht zum Blutbad im Namen der Menschlichkeit gezimmert. Während sie eigentlich Totschläger waren, machten sie sich zu Polizisten. Wir wissen, daß jeder Krieg zwangsläufig von einer gewissen Totenzahl an zu einem Krieg des Rechts wird. So ist ein Sieg also nur vollständig, wenn man nach der Bezwingung der Zitadelle auch die Gewissen bezwingt. Von daher gesehen ist somit der Nürnberger Prozeß nichts weiter als eine besondere moderne Kriegsmaschine, die man beschreiben muß, wie man etwa einen Bomber beschreibt."*

Das ist inzwischen ausgiebig geschehen und es ist längst zum ermüdenden Stellungskrieg im Kampf um die Gewissen gekommen. Die Front wankt hin und her. Von einem Sieg kann man im Lager der „Sieger" nicht mehr sprechen.

Als die kommunistische Macht in Osteuropa unter der Sonne der Perestroika zu tauen begann, versammelte sich das **„Studienzentrum Weikersheim"** im April 1989 auf dem Hambacher Schloß. Es war ein logenträchtiger Ort. 1832 hatte dort die Deutsche Burschenschaft unter schwarz-rot-goldenen Fahnen die Einheit Deutschlands unter demokratischer Führung gefordert. Inzwischen hatte es die Entente-Freimaurerei (23) fertiggebracht, weltweit in den Tempeln derartige Pläne zu verketzern. Die Mutterloge in London, politisch längst einseitig festgelegt, bestimmte, wer Demokrat war. Und deutsch-national sein hieß auf dem ganzen Globus (mit sehr wenigen Ausnahmen, zu denen insbesondere China gehörte) ein Feind des Weltfriedens zu sein. Die Fälschung der Geschichte in diesem Sinne war eines der vornehmsten Anliegen der Weltfreimaurerei geworden, mehr als ein halbes Jahrhundert lang. Mit einer Unzahl von gutdotierten Institutionen und Studienzentren, unterstützt von millionenschweren Stiftungen hatte man die Welt in einen Gewissenszwang genommen, der sich gekonnt an die Seite bolschewistischer Gehirnwäsche stellen konnte. Ein Unternehmen wie dieses nun ob Hambach lief daher vom ersten Tage an Gefahr, verteufelt zu werden. Christian Kind, der als Redakteur der NZZ davon berichtet, verheimlicht auch nicht seine Distanz. Daß die Veranstaltung unter dem Titel „Das Wort zur deutschen Zukunft" geführt wurde, veranlaßte ihn zu der bissigen Bemerkung, es handle sich um „einen etwas pompösen Titel". So ganz war er nicht damit einverstanden, daß in maurerischem Namen eine Wegrichtung geändert wurde. In die NZZ wurde sein Bericht aufgenommen:

Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger setzte sich in seiner Eröffnungsrede für ein neues deutsches Geschichtsbewußtsein ein, das nicht auf die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft begrenzt bleiben dürfe. Unter Berufung auf Golo Mann gab er die Parole aus, die Rede des Bundespräsidenten zum Jahrestag des Kriegsendes im Jahre 1985 über individuelle und kollektive Vergangenheitsbewältigung sollte die letzte dieser Art gewesen sein. Wenn neue Chancen zur Lösung der deutschen Frage genutzt werden sollten, dann brauche es dazu einen **politischen Willen.** *Man könne von andern nicht erwarten, deutscher als die Deutschen zu sein. Niemand habe das Recht, den Deutschen in der DDR zu raten, sie sollten sich auf ewig mit ihrem Regime abfinden. Das werde jedoch von denjenigen vorausgesetzt, die die Existenz zweier deutscher Staaten, überwölbt von einer gemeinsamen Kulturnation, als normal empfinden. Ebensowenig mag Filbinger den Deutschen eine Selbstbeschränkung auf einen bloßen Verfassungspatriotismus zumuten.*

Der frühere Bundespräsident **Carstens** erntete bei den mehrheitlich konservativ gestimmten Teilnehmern der Tagung großen Beifall mit einer eher pessimistischen Analyse

der bundesdeutschen Wirklichkeit. Er beklagte das Fehlen eines **geläuterten Nationalbewußtsein** *und das Vorherrschen eines falschen Freiheitsbegriffs, der nur auf Permissivität ohne Verantwortung und auf Inanspruchnahme von Rechten ohne Anerkennung der damit verbundenen Pflichten hinauslaufe. Auch Carstens plädierte dafür, das Geschichtsbewußtsein zu stärken und die Betrachtung nicht auf die Jahre 1933 bis 1945 zu beschränken. In einem Exkurs über sein persönliches Kriegserlebnis sprach Carstens den Männern des deutschen Widerstands und denjenigen, die verfolgten Juden geholfen hatten, seine Hochachtung aus, bat aber auch um Verständnis für jene, die wie er seinerzeit angesichts des drohenden Zusammenbruchs weiterkämpften, auch wenn sie damit die Tage der Herrschaft Hitlers verlängerten. Zur deutschen Frage sagte Carstens, sie sei so lange ungelöst, als die Deutschen in der DDR, die sich wahrscheinlich mehr mit den Westdeutschen verbunden fühlten als diese mit ihnen, noch in Unfreiheit lebten.*

Am deutlichsten und von möglichen Revanchismusvorwürfen ganz unangefochten trat der Bonner Historiker Hans-Peter Schwarz für ein Neuüberdenken der deutschen Frage im Lichte der Ereignisse in Polen, Ungarn und der Sowjetunion, aber auch des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses und des relativen Rückgangs der amerikanischen Weltmachtposition ein.(24).

Betrachtet man dazu, was inzwischen Geschichte geworden ist, so stellt man die Zielsicherheit fest, mit der hier in die nächste Zukunft geschaut wurde. Wir kommen noch darauf zu sprechen, daß diese Tagung nicht isoliert dastand und daß sie Teil bildet einer weltbewegenden Verwandlung.

Bausteine einer neuen Weltpolitik

Nicht nur in Westdeutschland erkannte man, daß mit der sich anbahnenden deutschen Wiedervereinigung sich der Zusammenbruch des ganzen bisherigen weltpolitischen Systems vollzog. So ziemlich sämtliche Gewichte hatten sich verlagert. Wo man ansetzte, wichen die bisherigen Träger und Balken zurück. Fundamentale Umwälzungen fanden in einem Tempo statt, das nicht von allen eingehalten werden konnte. Doch, während man sich in Bonn darum bemühte, neue Bauten zu errichten, die an die Stelle bisheriger Fronten ein friedliches Zusammenleben sichern sollten, hielt man in **London** die Stunde für gekommen, die Welt erneut in Machtkomplexe aufzuteilen und suchte sich aus den Trümmern bisheriger Weltpolitik Bausteine heraus, die England erneut nützlich sein könnten. Während beamtete deutsche Politiker auf Schaffung einer Friedenssphäre aus waren, blieb es wieder einmal Engländern überlassen, der Welt das Bild von Fronten, Kampf, Allianzen, Weltbeherrschung, ja selbst von Attentaten und Demonstrationen aufzumalen. Während Deutschland sich darum bemühte, in dem ihm naheliegenden osteuropäischen Gebiet lebenswerte Zustände vorzubereiten, fing England beizeiten damit an, in der übrigen Welt sich bereits Gefolgsleute zu suchen für eine prompte weltweite **Einkreisung**, die sich nach und nach ersichtlicher zum Zentrum Deutschland und Russland aussuchte.

Diese in unverkennbarer Absicht vorangehende englische Weltpolitik traf an vielen Orten auf Bemühungen, die ähnlich wie die der Deutschen auf eine Nutzung der Turbulenz zugunsten einer friedlichen Beilegung bisheriger Probleme und auf Vorbereitung einer kollaborierenden Welt hinzielten. Es versteht sich bei dem bestehenden Kräfteverhältnis, daß England diesmal, im Gegensatz zu seiner traditionellen Aversion vor dem Wort Kollaboration, sich dem nicht widersetzte, sondern behutsam daran ging, mitzuspielen, um die sich bildenden neuen Verbündeten doch noch eines Tages als Teile seiner Weltstruktur zu benutzen.

In diesem britischen Weltspiel wird die Oder-Neisse-Linie zwangsläufig solange in aller Munde sein (und damit England auf dem Plan sein), als sie nichts ist als ein Dekret der Sie-

ger und der derzeitigen deutschen Regierungen. Das ist kraftloser, widerstandsschwächer als es das Ergebnis einer aus umfassenden deutsch-polnischen Dialogen mit plebiszitärem Ausklang entstandenen Lösung. Was ohne solche Legitimation ausgebraten wird, widersteht wie Schnee der Sonne, ohne Säbelrasseln und ohne Rücksicht auf weitere Londoner Querschüsse und Morde. Wir kommen auf dieses Thema zurück.

Wenn wir in globaler Betrachtung der bewegten politischen See das Bild zeichnen wollen, innerhalb desselben sich Deutschland ändert, so werden wir mit einigem Erstaunen feststellen, daß kaum ein Erdenwinkel unberührt bleibt. Da wir Deutschen nun auch morgen nicht zum Mittelpunkt der Weltgeschichte avanzieren werden, fühlt man sich für verpflichtet, auch diese fernen Buchten anzuleuchten, um den richtigen Maßstab nicht zu verlieren. Jürg Dedial meint in der NZZ (25) warnend: *„Ein neuer Anfang, . . . darf nicht das Ende einer umsichtigen, rücksichtvollen Pflege des westlichen Beziehungsnetzes durch die selbstbewußten (!) Deutschen bedeuten."*

So wollen wir denn erwähnen, daß sich im gleichen Zeitabschnitt zwischen den **USA und Japan** heute bereits eine bisher unbekannte Interdependenz abzeichnet. Im Juni 1990 gehen die beiden Wirtschaftsmächte in Tokio daran, einen ausgeglicheneren Handel aufzubauen, wobei in bisher nicht denkbarer Weise sich die beiden Gesprächspartner in die internen Angelegenheiten des jeweils anderen einmischen und ihm hunderte von Vorschlägen machen, wie er es besser tun könnte. Grund ist die wachsende amerikanische Handelsschuld, die es gilt, künstlich, d.h. entgegen den Fähigkeiten der beiden Völker, abzubauen. Das jedenfalls ist das Konzept.

Es kann nicht ausbleiben, daß sich der japanische Widerstand dagegen rührt. In der amerikanischen Tageszeitung „USA today" meint der Vorsitzende des Vorstandes der größten japanischen Unternehmerorganisation Kaidanren, Kazuo Nukazawa: *„Die USA tun so, als hätten sie das Recht, Veränderungen zu verlangen. Aber ein solches Recht besitzen sie nicht mehr"* (26). Diese Auflehnung gegen eine sanfte Tonart den Vereinigten Staaten gegenüber hat tiefere Wurzeln. In dem Buch „Das Japan, das NEIN sagen kann", das gemeinsam in japanischer Sprache herausgegeben worden ist von Akio Morita, dem Präsidenten von Sony, und Shintaro Ishihara, heißt es: *„Während des II. Weltkrieges bombardierte die amerikanische Luftwaffe zivile Ziele in Deutschland, aber nur auf das bereits kapitulationsreife Japan wurden Atombomben zu Versuchszwecken geworfen. Das war eine ganz abscheuliche Art von Rassismus."* Und es wird noch etwas deutlicher in dem Sinne, daß man die heutige Zerstörung der amerikanischen Wirtschaft als Antwort auf das Kriegsverbrechen von Nagasaki und Hiroshima auffassen muß: *„Der Bombenangriff am 7. Dezember 1941 auf Pearl Harbour verlief noch erfolglos"* meint mit feinem Lächeln der auf Hawaii wohnende japanische Geschäftsmann Kim Kaharito. *„Die Handelsoffensiven der 80er Jahre werden uns jedoch den Endsieg bringen. Heute gehören uns bereits mehr als 50% aller Hotels auf Hawaii (und 100% der Turisten sind Japaner). Ohne uns geht hier nichts mehr."* Japan hat sich, wie man sieht, erfolgreich dem Versuch widersetzt, den Lauf der Geschichte zu unterbrechen. Und man sieht noch ein anderes: Die Verbrechen der Sieger haben sich nicht ausgezahlt, weder in Europa noch in Asien. Ishihara schreibt in dem erwähnten Buch: *„Es gibt in Japan bedeutende Wirtschaftsführer, die schon seit langem großes Interesse an der Entwicklung von Sibirien hegen. Viele von ihnen sind der Meinung, daß Japan neutral werden und für den Fall, daß die Sowjets die besetzten Inseln im Norden zurückgeben, das mit den USA noch bestehende Sicherheitsabkommen aufkündigen solle. Und dafür gibt es mittlerweile berechtigte Aussichten."* Schon teilt ja am 15. Mai 1990 die Philippinische Regierung den USA mit, sie denke nicht an eine Verlängerung des Abkommens über die amerikanischen Stützpunkte auf den **Philippinen.** Es dreht sich um den großen Luftwaffenstütztpunkt Clark und um die Marinebasis Subic

Bay. Die Abkommen laufen am 16. September 1991 ab.

Die bei den erwähnten amerikanisch-japanischen Verhandlungen offiziell zur Schau getragene japanische „Großmut" wird so nur sehr relativ zum Pendant der deutschen großmütigen Haltung in Mitteleuropa, die mit Oder-Neisse und 5 Md DM Kredit an die Sowjetunion umschrieben wird. Man darf wohl mit Nakasone feststellen, daß Japan deswegen standfester sein kann, weil es nicht die verheerende biologische Verseuchung erlebt hat, der die BRD und die DDR (letztere mit der Masseneinfuhr von Vietnamesen, Kubanern, Negern aus Angola und Mozambique) auf Freimaurerwunsch hin ausgesetzt sind.

Gleich an dieser Stelle wollen wir noch einige weitere Meldungen aus dem **Fernen Osten** bringen, die belegen, daß die Logentendenz zur Einen Welt nicht nur in Europa in diesem Schicksalsjahr 1990 Erfolge buchen konnte. **Taiwans** Präsident Lee Teng-hui erklärte seine Bereitschaft, mit der Volksrepublik **China** Gespräche zu führen. Bislang war jeder amtliche Kontakt mit dem anderen China verboten gewesen. Abgegeben wurde diese Erklärung nach der Rückkehr einer Gruppe taiwanischer Parlamentarier (27).

Die **Vereinigten Staaten** erneuerten für den Handel mit Peking die Meistbegünstigungsklausel (28), obwohl gleichzeitig die Unterschrift unter einen Handelsvertrag mit der **Sowjetunion**, der ebenfalls die Meistbegünstigungsklausel vorsah, aufgeschoben wurde. Es wurde also nicht die blutige Niederschlagung der Studentenunruhen in Peking vor einem Jahr in Rechnung gestellt, wohl aber in dem anderen — negativen — Falle die Tatsache, daß Moskau noch nicht das erwünschte liberalisierte Auswanderungsgesetz erließ, wie es von **Israel** gefordert wird. Japan nahm sich nach einem Vorfühlen auf dem Wirtschaftsgipfel von **Houston** Mitte Juli die Freiheit, die den Chinesen versprochenen Kredite in einer Gesamthöhe von 810 Md Yen (= 5,360 Md Dollar) nunmehr freizugeben. Regierungssprecher Misoji Sakamoto: *„Die Welt bewegt sich in Richtung der Demokratisierung. China beobachtet diese Wandlung und wir hoffen, es wird sich unserer Denkungsart annähern."* Man beachte: So, wie Kohl Rußland gegenüber nicht in Dollar, sondern in DM rechnet, ist Tokio mit Yenkrediten zur Hand. Und, wohlbemerkt: In Eurasien rückt man sich näher, während die beiden angelsächsischen Mächte sich gegen Kredite an Rußland in Houston aussprachen. Es geschah aus verschiedenen Gründen. Für England war es Teil der vorgesehenen Einkreisung. Dahin gehört auch als eindeutiges Bekenntnis, daß Margret Thatcher im Juni 1990 eine Reise nach **Sowjetarmenien** und in die **Ukraine** unternahm, um Fühlung mit dortigen oppositionellen Kräften aufzunehmen.

„In Leninakan (Armenien) erntete sie frenetischen Beifall. Im überfüllten Parlamentssaal von Kiew konnte sie es laut Angaben aus ihrer Umgebung nur mit Mühe vermeiden, für die ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen eingespannt zu werden." (245).

Französische Maurer und chinesische Dissidenten hatten vor, von einem Schiff vor der chinesischen Küste aus demokratische Sendungen nach China auszustrahlen. Ihnen wurde die notwendige Mithilfe sowohl von Japan wie von Taiwan verweigert.

Einen gleichen, versöhnlichen Akzent hatte es, daß Kaiser Akihito aus Anlaß des Staatsbesuches des südkoreanischen Präsidenten Roh Tae Woo in Tokio sich für die 35 Jahre lange Besetzung Koreas entschuldigte.

Im neutralen Panmunjom trafen sich am 12. Juli 1990 nord- und südkoreanische Beamte, um einen Dialog einzuleiten, der zur **koreanischen Wiedervereinigung** führen soll.

Eine Sonderrolle in diesen weltverändernden Aufmärschen von Kapitalien spielt **Frankreich.** Premierminister Michel Rocard trifft mit den Fachministern für Industrie, Technologie und Wisenschaft Ende Juli in Tokio ein und „Reuter" läßt die Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen, um den japanisch-französischen Übereinkommen sofort einen antideutschen Akzent zu geben. Zitiert wird ein ungenannter japanischer Diplomat, der meint: *„Frankreich ist empfindlich geworden angesichts der wachsenden politischen*

und wirtschaftlichen Macht Deutschlands. Heute, da Japan eine wichtige Rolle in der neuen internationalen Ordnung spielen wird, könnte Frankreich es für richtig gehalten haben, seine Beziehungen mit Japan zu verstärken, wenn es auf ein vereinigtes und noch stärkeres Deutschland schaut." Natürlich heißt die Überschrift über diese Meldung in **Argentinien** kurz und bündig „Frankreich nähert sich Japan aus Angst vor der germanischen Expansion". Wir Deutsche hier in Argentinien haben uns noch niemals so in Feindesland gefühlt wie in diesen Monaten. Dabei kommt hinzu, daß wir nicht davon überzeugt sind, daß man in der Deutschen Botschaft in Buenos Aires das überhaupt gemerkt, geschweige denn nach Bonn gemeldet hat. So etwas würden deutsche Diplomaten sowohl an den Ufern des La Plata wie am Rhein, nach unseren Erfahrungen als Schwarzmalerei und als störend empfinden. In der Behandlung und Beurteilung englischer Agressivität gibt es da eine auffällige Parallele zwischen dem Dritten Reich und der BRD. Wird man eines Tages genauso aufwachen wie es Hitler geschah?

Es gibt auch schon eine Gruppe von Staaten, die **Italien** zusammenscharen möchte. Aus Rom berichtet Rudolf Stamm seiner NZZ (29): *„Am meisten Mühe, sich mit der zu erwartenden Neuordnung des Kontinents abzufinden, schien Ministerpräsident Andreotti zu haben, der sich nur zögernd mit der Idee eines einzigen und großen deutschen Staates anfreundete"* (30). Man kann es also verstehen, wenn unter seiner Regie, in Neuauflage der unglückseligen Pläne Mussolinis, die sogenannte **Pentagonale** geschaffen wurde, ein Staatenverband aus Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn und Österreich unter italienischer Führung. Vorgeblicher Gegenstand: Umweltschutz, Minderheitenfragen, Verkehrs- und Energieprobleme. Also alles, das, was bisher dort von niemandem in die Hand genommen wurde (und was auch nach dem Willen der Thatcher von der EG so bald nicht aufgegriffen werden soll). Nicht nur will Italien wieder im Donaugebiet Einfluß gewinnen, nachdem man mit Freund Kwaternik und der Ustascha nur Tito in den Sattel hob und das zwangsverbündete Deutschtum im Südosten in todbringenden Verruf brachte. Gedacht ist auch an ein geschlossenes Auftreten in der von Deutschland und Frankreich ansonsten „dominierten" EG.

Begonnen hatte der Spuk am 10. November 1989 in **Budapest** mit einer ersten Konferenz. **Bulgarien** sollte auf italienischen Wunsch auch hinzugezogen werden, der **rumänische Beitritt** verzögerte sich wegen der dortigen innerpolitischen Entwicklung. *„Das offenkundige italienische Interesse an der Sache führte denn auch dazu, daß nicht nur journalistische Beobachter vermuten, der Pentagonale sei die Rolle eines Dammes gegen den Einfluß zugedacht, den ein vereinigtes Deutschland wirtschaftlich und politisch in Mittel- und Südosteuropa auszuüben vermöchte. Die Minister wehrten entsprechende Fragen ab."* (246)

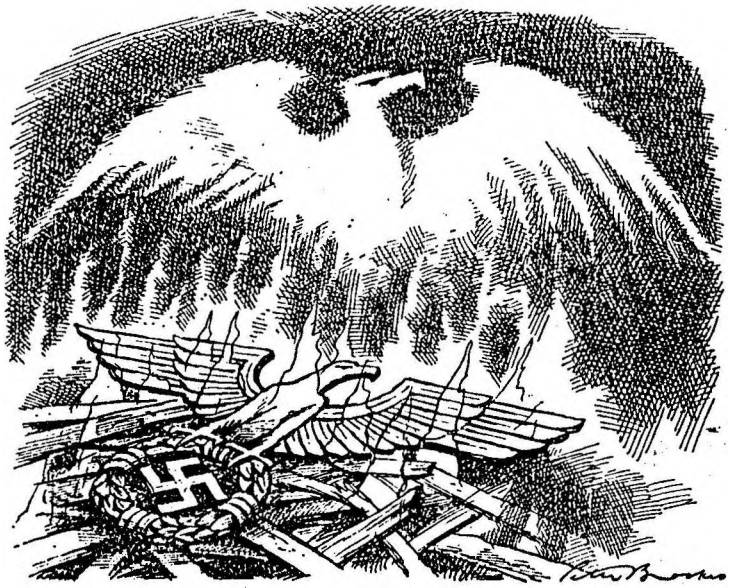
Man ist auch in anderer Richtung genötigt, vorsichtig zu sein. Aus Prag schreibt Berthold Kohler (FAZ 21.4.90): *„Man will Polen nicht alleine lassen, das aus geographischen und historischen Gründen nicht in die Alpen-Donau-Gruppe paßt. Wie beim Gipfeltreffen in Pressburg offenkundig wurde, versucht die tschechoslowakische Seite, polnischen Ängste vorzubeugen, zwischen die Mühlsteine eines vereinten, starken Deutschlands und einer Sowjetunion mit einer immer ungewisseren Zukunft zu geraten. Die angeregte* **Konföderation mit Polen** *hat die Tschechoslowakei dennoch abgelehnt. Zu nahe will man sich nicht kommen. Die regionale Kooperation mit den Nachbarstaaten soll nicht zu deren Integration, sondern zur gesamteuropäischen Einigung führen . . . Im übrigen dürfte die Ablehnung der Idee einer Konföderation mit Polen auch mit der unterschiedlichen Wirtschaftsverfassung und der polnischen Schuldenlast zu tun gehabt haben . . . Außenminister Dienstbier (Prag) warnte wiederholt vor einem neuen ‚Versailles-Komplex', den man bei den Deutschen schaffe, wenn man sie zur Neutralität zwinge und ihnen vorschreibe, wie sie die Einheit herbeiführen sollten."*

Dieses am Tiber einmal wieder erwachte Selbstvertrauen trifft dabei im eigenen Lande gerade in den kräftigeren Teilen auf Widerstand. In der nördlichen Lombardei, im Veneto, in Piemont, in der Emilia Romagna und in der Toscana haben sich Ligen gebildet, die eine regionale Selbstverwaltung dem römischen Zentralismus vorziehen. Besonderen Anhang findet diese Autonomiebewegung in den ehemals österreichisch-ungarisch verwalteten Provinzen, in denen man noch nicht die größere Disziplin vergessen hat. doch man sieht voraus, daß Italien im zukünftigen Europa zu den „Kleinen" gehören wird und wünscht daher im Europäischen Parlament die Bildung einer zweiten Kammer, zu welcher auf der Grundlage der Regionen gewählt würde. Das ist ein Gesichtspunkt, der auch im Hinblick auf den dringend notwendigen deutschen Minderheitenschutz im polnisch verwalteten deutschbesiedelten Raum Aufmerksamkeit verdient.

Was wir weiter oben als deutsche „Großmut" bezeichneten, sind Zugeständnisse, um das utopische Weltmodell der Freimaurerei der Wirklichkeit näher zu bringen. Schon vor 30 Jahren mußten wir darauf aufmerksam machen, daß nicht mehr die Kriegsschiffe der Kolonialmächte das Wort führten, sondern philosophische Phrasen, daß „ein neuer Wind" entschied. Wir werden darum jetzt noch im einzelnen auf den „Wind" zu sprechen kommen müssen, der hinter der „Wiedervereinigung" und der neuen Organisierung der Welt weht. Nicht auf deutschem Boden, sondern jenseits des Kanals will man allerdings diesem Spiel einen anderen Sinn geben, will überholte politische Gedankengänge weiterhin praktizieren.

Auf „Europas großer Insel" (31) hat man sich ein anderes Bild von den Zukunftsmöglichkeiten gemacht. Man will nach britischer Manier auch hier am alten hängen bleiben, an alten Denkschemata. Ganz im Gegensatz zur Entwicklung, wie sie von den Völkern in Mitteleuropa erwünscht und erhofft wird, soll die Oder-Neiße-Linie nicht etwa an Bedeutung verlieren. Sie soll sich sogar nach wie vor als Grundpfeiler aller zukünftigen Londoner Strategie erweisen und die altbewährte Teilung Europas als Zankobjekt aufrechterhalten. An ihr soll sich jederzeit wieder der Funke entzünden können. Sie soll Pfahl im deutschen Fleische bleiben, zur Ursache werden auch in Zukunft von Haß und Zwietracht. Chauvinistische polnische Landgier, Verhöhnung der Deutschen und ihrer Ansprüche auf Wiedergutmachung der fürchterlichen polnischen (und tschechischen) Greuel sollen weiterbrennen bis zum nächsten Mobilmachungstag in einem dritten und letzten Krieg, wie ihn sich schon heute Freimaurer **Lech Walesa** erträumt: *„Wenn Deutschland noch einmal Europa destabilisiert, dann wird Deutschland nicht mehr nur geteilt, sondern von der Landkarte gefegt werden"* (32). Es darf nach britischem Willen darum nicht auf der Grundlage der geschichtlichen Wahrheit zu einem Ausgleich, zu einer Versöhnung zwischen Polen und Deutschen kommen. Jalta soll weiterhin das Stichwort sein im Herzen von Europa, 150 km ostwärts von Berlin. Das bedeutet Krieg mit Zeitzündung als politisches Ziel Englands, das bedeutet weiterhin Einsatz der Freimaurerei als politische Waffe Londons. Befugt zeigt der deutsche Außenminister Genscher nach der Besiegelung dieser Zukunft der Welt den Sinn des Vorgangs mit seinen beiden Zeigefingern.

„Reuter" kommentiert den Vorgang weltweit: *„Das letzte Hindernis für eine politische Wiedervereinigung Deutschlands wurde gestern von den vier Alliierten des Zweiten Weltkrieges in ihren Unterhaltungen in Paris mit den Kollegen der beiden deutschen Staaten beseitigt. Der neue deutsche Staat verpflichtet sich, die gegenwärtige Grenze zwischen der DDR und Polen anzuerkennen . . ."* „Ambito financiero" (Buenos Aires) überschreibt die Meldung mit den hämischen Worten: *„Deutschland gibt Ambitionen auf"*. Nicht etwa: „Deutschland will den Frieden" oder „Der Klügere gibt nach". In Bonn aber wertet man die deutsche Unterschrift trotz ihrer Widerrechtlichkeit und die Sühnefreiheit polnischer Bestialitäten als Friedenstat. Wir werden auf dieses Thema zurückkommen müssen, denn es ist nicht Ende, sondern Anfang. Von was?



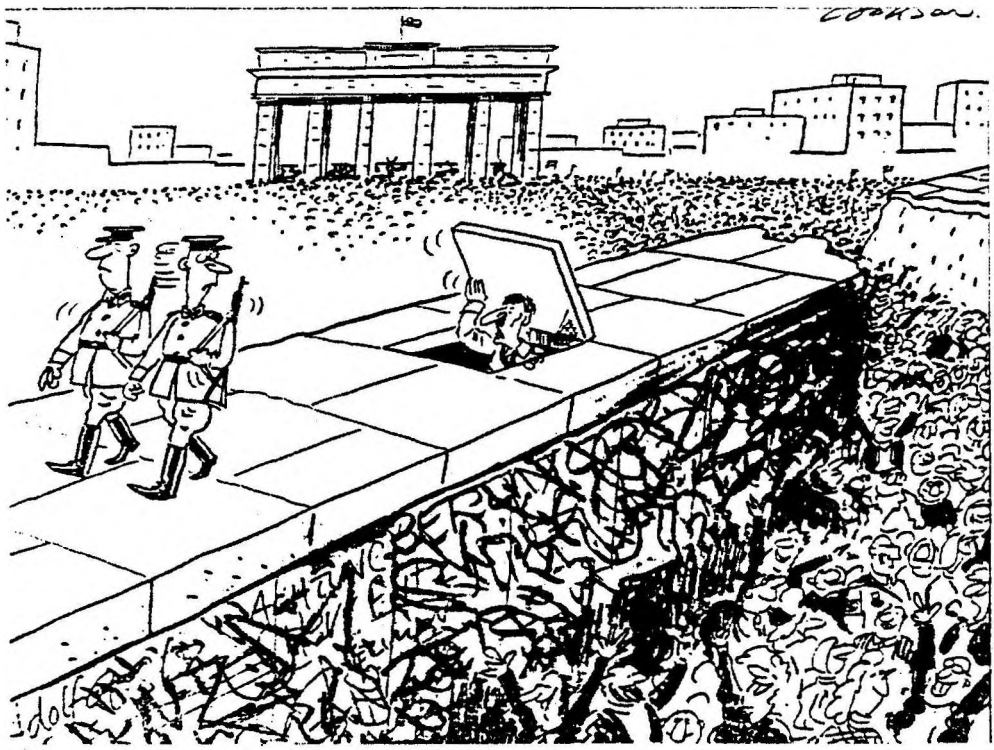
Zeichnung: aus der Londoner „Times"

IV. Englische Deutschlandpolitik

Die dritte Einkreisung

Das Echo, das die deutschen Vorgänge in Großbritannien fanden, ist in mehr als einer Hinsicht von Beachtung. Mit Angst und Empörung und unverhohlener Verzweiflung stellt man fest, daß *„Großbritannien die letzten hundert Jahre (vergebens) damit zugebracht hat, gegen Deutschlands Macht anzukämpfen."* (33). Man zetert mit einem *„Vierten Reich"* (34). Frau Thatcher beruhigt: *„Man muß die Dinge Schritt für Schritt auf sich zukommen lassen"*. Doch O'Brien sieht schon *„eine Hitler-Statue in jeder Stadt, von Irland bis Wladiwostok"*.

„Nur ein Bündnis Frankreich-Großbritannien-Italien kann ein Gegengewicht bilden gegen ein wiedervereinigtes Deutschland. Nicht militärisch werde es gefährlich werden, sondern mit seinem wirtschaftlichen Potential. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird unweigerlich eine dominierende Macht in Europa bilden" (35). So hagelt es wochenlang in allen britischen Zeitungen. „Die Titelseiten der Presse und der aktuellen Sendungen der vier wichtigen Fernsehkanäle beherrscht nur dieses Thema." Janet Guttsman von der britischen Weltnachrichtenagentur „Reuter" faßt später zusammen, was sich in **Frankfurt zusammenbraut:** *„Frankfurt ist dabei, sich als wichtiges internationales Bankzentrum und Finanzierungsplatz zu festigen. Die ganze Zone um Frankfurt herum hat ein Wachstumspotential, viel, viel stärker als London"*, wird Günter Rexrodt, Präsident des Direktoriums der Citybank zitiert. *„Das bedeutet nicht, daß London unbedeutend wird, aber die Macht ist hier in Frankfurt und von hier geht das Wachsen aus"*, fügt er hinzu. So fordert



So karikiert das britische Massenblatt »Sun« die Öffnung der Mauer: Hitler klettert aus einer Luke und fragt: »Kann ich jetzt rauskommen?«

Schauen Sie sich die Karikatur ruhig eine Minute länger an. Kommt Ihnen auch die Galle hoch? Es ist die Geschmacklosigkeit der Woche und der Höhepunkt einer Reihe von antideutschen Hetzartikeln in Englands größter Tageszeitung. Ja, gedruckt in England, bei unseren EG-Freunden und NATO-Partner – nicht in China oder Rumänien. Veröffentlicht in der „Sun" (über vier Millionen Auflage täglich), die dem größten Medienkonzern der Welt gehört. Der Besitzer heißt Rupert Murdoch. Die „Sun" berichtet normalerweise nicht über Politik, sondern fast ausschließlich über blutrünstige Verbrechen, Sex und nackte Busen. Wiedervereinigung heißt in diesem Blatt natürlich „4. Reich", und um den britischen Bürger in seinen tiefsten Ängsten zu treffen, wird ihm auch sein offensichtlich größtes Schreckgespenst ausgemalt: DDR-Bürger, die ihm auf Mallorca den Liegestuhl wegnehmen.

„Warum machen Sie so etwas?" fragte BamS „Sun"-Chefredakteur MacKenzie (43). „Kein Kommentar", antwortete er.

London in Beantwortung dieser Entwicklung eine größere Zusammenarbeit der europäischen Börsen. Einige Monate weiter wird der Präsident der Londoner Wertpapierbörse, Andrew Hugh Smith, nach Frankfurt kommen und engere Zusammenarbeit mit Frankfurt beschwören. Ein Wortführer des Londoner Marktes meint dazu: *„Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten und wir haben nicht vor, unter Ausschluß anderer Märkte alleine mit Deutschland zusammenzuarbeiten."* Reuter weist darauf hin, daß Frankfurt Sitz der mächtigen Bundesbank ist. *„Die Glastürme der wichtigsten Handelsbanken bilden die Silhouette von Frankfurt".* Man zitiert „Die Zeit": „Frankfurt denkt nicht daran, sich in die Hauptstadt eines vereinten Deutschland zu verwandeln. Es zieht es vor, die Hauptstadt des Geldes und der Inversionen für ganz Europa zu werden". In diese Richtung zielen Maßnahmen wie die kürzliche Schaffung einer „Deutschen Terminbörse" in Frankfurt. Ein neues elektronisches Clearing-System erleichtert die interne Zusammenarbeit unter

den Frankfurter Banken. Für 1991 gedenkt man, die Umsatzsteuer für Wertpapiertransaktionen aufzuheben. In ähnlicher Sicht liegt die Hoffnung, daß Frankfurt Sitz der zu schaffenden Zentralbank der Europäischen Gemeinschaft wird. Es wurde bereits ein entsprechendes Grundstück dafür vorgesehen. Der Präsident der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, empfahl diese Einrichtung. Es paßt in den Rahmen, daß auch die drittgrößte deutsche Bank, die Commerzbank, vorhat, ihren Sitz von Düsseldorf nach Frankfurt zu verlegen. Im Frankfurter Bankenviertel werden voraussichtlich fünf weitere Hochhäuser entstehen. Das höchste Bürohaus in Europa ist der neue Frankfurter Messeturm mit 256 Metern Höhe. „Die große Schar der ewiggestrigen Bürger auf der Insel (England) wird sich daran gewöhnen müssen" (36).

Wer sich des Wesens britischer Politik bewußt ist, wundert sich daher nicht: Am 30. November 1989 wird der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, ermordet. Kaum zwei Jahre ist es her (37), daß die britische Mörderhand in Spandau schon einmal auf bundesdeutschem Boden auftrat. Bei der Trauerfeier in Frankfurt wird großer Wert darauf gelegt, den Mord richtig einzuordnen. Der Bundeskanzler würdigt den Ermordeten als „eine der großen Gestalten in unserem Land". Er habe stets ‚das Ganze' gesehen; das Vaterland habe für ihn immer dazugehört. Redner würdigten Herrhausen als „weitsichtigen Wirtschaftsmanager, Patrioten und als sozial verantwortungsbewußten Menschen."

Ekelhaft anzusehen ist es, wie sich deutsche Stellen in der Schuldfrage winden. *„Es ist eingetroffen, was wir befürchtet haben"*, meint Gerhard Boeden, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz. *„Die Hoffnungen auf ein Ende des Terrors* (den man als abstrakte Macht ansieht), *haben getrogen"*, stammelt Günter Bannas in der FAZ. „Der Spiegel" sagt es etwas klarer (38): *„Fachleute vermuten, daß die Terroristen über genug Personal, Waffen, Geld und Verbindungen zu Unterstützern im In- und Ausland verfügen."*

Man redet von einem neuen Aufleben des „Terrorismus" und will nicht wahrhaben, daß dieses in Frankreich 1792 in die Tat umgesetzte Wort (La Terreur) aus England kam und ein hohes Alter hat. Daß es seit Jahrhunderten ständiger Bestandteil britischer Außenpolitik ist und gar nichts dagegen spricht, daß es das auch weiterhin sein wird.

Ein ganz kleiner Auszug aus britischer Gentlemanarbeit:

1756 englischer Massenmord an Gefangenen in Kalkutta durch Ersticken im „Schwarzen Loch"

1807 Feuerüberfall auf Kopenhagen ohne Kriegserklärung

1799 Gefangenenmord in Neapel an republikanischen Führern auf Weisung von Admiral Nelson unter Brechung des Kapitulationsvertrages

1820 Aufruhr des versklavten Industrieproletariats in Glasgow mit Truppengewalt niedergeschlagen

1823 Sklavenrevolte in Britisch-Guayana, grausam unterdrückt

1840 - 42 Erster Opiumkrieg mit China. Hongkong annektiert.

1842 - 51 Hunger und Evakuierungsmorde unter Lord Landsdown in Irland

1847/48 die furchtbare Zwangsenteignung irischer Kleinbauern. Die Bevölkerung Irlands wurde von 8.300.000 auf 6.600.000 „reduziert"

1857 Engländer ermorden gefangene Soldaten, Frauen und Kinder im Lager Mirut in Delhi, in Benares, Allahabad und im Pundschab

1857/58 Der große Sepoy-Aufstand. Wie schon seit 1764 üblich, „wurden gefangengenommene Sepoys vor Kanonen gebunden und in die Luft geblasen" (39)

1857 Unter den Generalen Havelok und Neill werden in Khanpur Zivilisten, auch Frauen und Brahmanen, ermordet

1857 Unter dem englischen General Wilson werden die Söhne und Enkel des Großmoguls Bahadur Schah in Delhi ermordet

1865 Tötung von 439 Sklaven auf Jamaika

1863 Barbarische Beschießung der japanischen Hafenstadt Kagoshima durch britische Kriegsschiffe unter Admiral Kuper zur Erpressung einer Handelskonzession

1882 Bombardierung Alexandrias und Besetzung Ägyptens

1898 Strafexpedition der „verbrannten Erde" gegen Eingeborenendörfer an der indischen Grenze

1898 Unter Lord Kitchener werden in einem Geozid hunderttausende von Sudanesen mit tagelangen Maschinengewehrgarben niedergemacht

1990/1902 Unter der englischen Regierung Chamberlain, Lord Roberts und Kitchener werden 26.000 Buren, Frauen und Kinder in KZ's durch Hunger und Typhusbazillen ermordet

1918/1919 Um die Unterschrift unter das Versailler Diktat zu erzwingen, errichtet England die Hungerblockade gegen Deutschland; 763.000 Tote, darunter 200.000 deutsche Babys, sind die gräßliche Folge. Hauptverantwortlich ist Winston Churchill

1919 Britische Feuersalven auf demonstrierende Hindus, Männer und Frauen in Amritsar. 2000 Tote

1915/19 Herstellung von Dum-Dum-Geschossen in Indien und Anwendung auf dem europäischen Kriegsschauplatz

1920/30 Laufend britische Bombenangriffe auf Städte und Dörfer im Nahen Osten

1940 Vernichtung der verbündeten französischen Flotte im Hafen Mers El Kebir bei Oran. 1.200 Tote

1943/45 Britische Flächenbombardierung in Europa. Zerstörung der Lazarettstadt Dresden mit 250.000 Zivilopfern

1984 Miss Margret Thatcher 368-fache Mörderin bei Versenkung der argentinischen „Belgrano" außerhalb der Kriegszone im Südatlantik, um einen Friedensschluß zu vereiteln (40)

1987 Ermordung von Rudolf Hess, um den Hintergrund englischer Kriegsbeteiligung weiter zu verschleiern

1990 Als im März 1990 wieder englische Diplomaten in Buenos Aires erscheinen dürfen, bringen sie sofort auch wieder ihren Secret Service mit.

Victor Hugo faßt einmal zusammen: *„Die Stunde wird kommen, wo auf der Erde zwei Tafeln errichtet werden; dann steht auf der einen ‚Menschen', auf der anderen ‚Engländer'."*

Vier Monate nach dem Fall der Mauer bringt „Bild" am 12. Februar 1990 die folgende Überschrift:

Die Welt freut sich mit uns

Englands Regierungschefin Maggie Thatcher

Nur Maggie keift und stänkert weiter

Inzwischen hat sich auch die britische Presse im Gefolge der Regierung auf den deutschen Feind eingeschossen. Die „International Herald Tribune" bringt am 12. Februar 1990 drei Kommentare unter der Leitzeile „Britannien und Ein Deutschland".

„The Independent on Sunday": *Wer wagt es auszusprechen? Stellen Sie sich ein Deutschland vor mit einer Bevölkerung von mehr als 80 Millionen, die wirtschaftliche Werkstatt des Kontinents, der wichtigste Verbündete der USA in Europa, Macht austeilend nach Ost und West. Und stellen Sie sich demgegenüber Britannien und Frankreich vor: alte, stolze Nationen, aber ärmer, kleiner, am geographischen und politischen Rand der Dinge, seine Geschäftsleute und Politiker nach und von Berlin hin und her hastend, deutschem Wohlstand und deutscher Macht unterworfen. Was würden Engländer gesagt haben, hätten sie 1914 oder 1939 gewußt, daß ihre lange Schlacht, sich deutscher Macht in*

Europa entgegenzuwerfen, letzten Endes verlorengehen würde?"

Und wir nehmen dabei dieses Eingeständnis zu den Akten: Es enthält das Bekenntnis zur Kriegsschuld bei beiden Weltkriegen, freiwillig zugegeben.

„The Observer": *„Solange wie die Sowjetunion als große Militärmacht sich in einer Krise befindet, braucht der Westen eine einige Sicherheitspolitik. Die Europäische Gemeinschaft sollte sich um der Sache Europas willen nicht in eine lose Gruppe auflösen, und auch ein vereinigtes Deutschland sollte sich nicht von der Gemeinschaft distanzieren, um seine eigenen Interessen im Osten zu verfolgen. Ebensowenig sollte Westdeutschland angefeuert werden, sich aus dem Nato-Bündnis zu lösen, das von so großem Nutzen gewesen ist."*

Von großem Nutzen für England nämlich, das sich bemüht, seine schwarzrotgoldenen Landsknechte zu halten.

„The Sunday Correspondent": *„Vielleicht waren die letzten 40 Jahre der offenen Konfrontation ein Irrtum, und wir müssen uns für ein internationales System vorbereiten, das mehr Beziehungen zu jener Welt hat, die wir dachten, 1939 verloren zu haben. An diesem Wochenende, da unser Ministerpräsident Moskau besucht, ist es keine schlechte Sache, über die Dauerkräfte in der Europäischen Geschichte nachzudenken, die viel älter sind als der Kalte Krieg. Die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland werden deutlich genug den Antrieb liefern für den nächsten Schichtwechsel in Europa, genauso wie sie es schon bei mancher Gelegenheit in der Vergangenheit taten."*

Man will, mit anderen Worten, Deutschland den Vorrang in Moskau ablaufen und aus der Einkreisung nur eine solche Deutschlands machen.

Es macht den Engländern offensichtlich Kopfzerbrechen, auf welchem Wege sie wieder ins Spiel kommen können, obwohl sie hinter sich weder mehr ein Empire noch die USA haben.

Es bleibt einstweilen nicht viel mehr übrig als die Wässer zu trüben und darin zu fischen.

Das tut denn auch die britische Agentur Reuter in den folgenden Monaten weiterhin mit viel Fleiß. Da schreibt Stephen Jukes von Reuter am 9. Februar 1990 im „Ambito financiero" in Buenos Aires unter der beunruhigenden Schlagzeile *„Europa befürchtet, den Preis der deutschen Einheit mit Inflation zu bezahlen": „Die Bundesrepublik ist drauf und dran, sich in ein großes politisches Spiel einzulassen mit unkalkulierbaren wirtschaftlichen Konsequenzen"* zitiert er Graham Bishop von der Börsenmaklerfirma Salomon Brothers in London. *„Es ist ein Sprung ins Dunkle."*

„In London sehen zahlreiche Finanzleute Gefahren" meldet J. Rh. in der FAZ am 13. Februar 1990. Danach äußerte das Londoner Finanzinstitut „Paribas Capital Markets": *„Die internationalen Anleger werden wahrscheinlich der Ansicht von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, wonach eine Währungsunion mit Ost-* (gemeint ist Mittel-)*Deutschland die Inflation in der Bundesrepublik nicht verschlimmern wird, wenig Vertrauen entgegenbringen."* Die FAZ meint: *„Äußerungen wie diese (von Paribas) haben in den letzten Tagen vermutlich wesentlich zu dem Rückgang der deutschen Rentenkurse beigetragen. Dennoch wäre es falsch (?), etwa von einer systematischen Stimmungsmache in der City gegen deutsche Schuldverschreibungen zu sprechen (!).* (Wir bringen später noch den genauen Text der Zeitschrift „DM", auf die sich hier die FAZ bezieht. Die Tatsachen strafen die beruhigenden Worte aus Frankfurt in den nächsten Monaten schon Lügen).

Die „International Financing Review" prophezeit, die zusätzlichen Ausgaben der Bundesrepublik dürften zweistellige Milliardenbeträge erreichen, und die Inflation könnte 4 Prozent erreichen. Barclays Bank, London, stellt fest, *„daß die D-Mark nach einer wirtschaftlichen und währungspolitischen Vereinigung erheblich stärker werden dürfte, unge-*

Karl Otto Pöhl und Horst Kaminsky, Präsident der DDR-Staatsbank.

achtet der Sorgen der Märkte um inflationäre Tendenzen." (248).

Inzwischen setzt Reuter unentwegt seinen Weckruf fort. Alexander Ferguson am 13. März in Balkenüberschirft: *„Volkswagen setzt auf die Wiedervereinigung. Wird 3 Md Dollar in der DDR investieren"*. Dem folgen am 26. März weitere Hiobsbotschaften (41): Karl Zeiss in Jena wird sich an die gleiche Firma in der BRD anschließen. Krupp wird Dieselmotoren in der DDR fertigstellen. Opel wird in Eisenach arbeiten. Daimler-Benz in Ludwigsfelde. Die Preussag/Salzgitter wird Lokomotiven und Eisenbahnwagen herstellen. Krupp-Vidia wird mit VeB Hartmetallwerk Immelborn zusammenarbeiten. Thyssen tritt mit 30 Projekten in der DDR auf. Bosch-Siemens hat sich zusammengesetzt mit der Electronica Robotron. Ruhrkohle/Essen und RWE-Energie übernehmen die Neuausstattung der DDR mit Elektrokabeln und Zentralen. Die Allianz wird mit der bisherigen Versicherungs-Monopolgesellschaft zusammenarbeiten. Die drei deutschen Großbanken sehen den Aufbau von Filialenetzen vor. Lufthansa und Interflug stehen in Verhandlungen. Es versteht sich, daß diese Meldungen verbunden werden mit der massiven Warnung an die DDR, sich nicht von den Kapitalisten (die ja diesmal keine Angelsachsen sind) einsacken zu lassen. Die Liebe Reuters zu den Arbeitern in der DDR war niemals größer. Nur schade, daß so viele ihrer Mütter von Engländern lebendig verbrannt wurden.

Man bemüht sich darum (wen nimmt das Wunder?), England zur Vernunft zu bringen. Am Dienstag den 27. März besucht Hochgrad Lothar Späth Mrs. Thatcher, und im Gefolge der Gespräche betont dann diese, daß alle Differenzen auf Mißverständnissen beruhen und alles sei eitel Friede zwischen England und Deutschland. Zwei Tage darauf kann daher Helmut Kohl eine Beruhigungsrede in Cambridge (nicht etwa in Oxford!) halten, in der der Versuch unternommen wird, Gespenster zu vertreiben, die ein schlechtes Gewissen doch immer wieder produzieren wird. Das Wort führen die Massenmörder von gestern

und vorgestern. Diejenigen, die zur Warnung der deutschen, kapitalistischen Kollegen erst einmal einen Bankier beseitigten, sie haben Angst vor den fleißigen Deutschen. Es ist Konkurrenzneid unter den Reichen.

Darum ist man weit davon entfernt, der Brunnenvergiftung ein Ende zu setzen.

Nicht eine einzige Phase des Prozesses zur Vorbereitung der Wiedervereinigung vergeht, ohne daß Reuter nicht von dem großen Übel unkt, das auf uns (sprich England) zukommt. Manchmal wird es ziemlich grob: *„Deutschland: Die Währungseinheit wird verworfen"* heißt es in dicken Lettern über einem Artikel am 2. April 1990, der mit dem Satz schließt: *„Ein Umtausch 1:1 wird dazu führen, daß viele Unternehmer (in der DDR) den Bankrott erklären werden, denn sie können die Löhne nicht zahlen"*. Gleichzeitig mit einem ausführlichen Artikel unter dem Titel „Die Vereinigung begann mit einem Run auf die Banken", der in der ganzen Welt von Reuter angeboten wurde, erscheint eine andere Meldung von Reuter, die ein Schlaglicht auf das geistige Niveau der Leser von Agatha Christie wirft. Schon die Überschrift (42) spricht Bände: *„Kohl hat immer noch einen Widersacher"* (Kohl aún tiene un oponente). Und dann der Text: *„Der Entschluß Oskar Lafontaines, weiterhin für den Posten des westdeutschen Kanzlers zu kandidieren, obwohl er am Mittwoch bei einer Parteiveranstaltung mit einem Messer verletzt wurde, belebt erneut die Hoffnung der Sozialdemokratie — der wichtigsten Oppositionskraft — diesen Posten mit einiger Erfolgsaussicht zu erlangen."*

„Der Tod oder Rückzug **Lafontaines** *hätte einen schweren Schlag für die SPD bedeutet, die seit acht Jahren nicht aus ihrer oppositionellen Rolle heraus und an die Regierung kommt."*

„Lafontaine, der drei Liter Blut verlor, nachdem er von Adelheid Streidel (43) mit einem Messer angegriffen worden war, der sich jedoch außerhalb aller Gefahr befindet, wird erneut in die Arena treten, sobald er wiederhergestellt ist, um Helmut Kohl in den Wahlen im nächsten Dezember entgegenzutreten."

„Lafontaine ist der **einzige** *Sozialdemokrat, der in der Lage ist, die Wiederwahl des Christdemokraten Kohl zu gefährden. Nach einigen Voraussagen läuft Lafontaine klar vor dem Kanzler, vor allem bei den jüngeren Wählern."*

Wenn man Satz für Satz diese sehr geschickt aufgebaute Darstellung liest, dann fehlt eigentlich nur noch ein einziger Satz am Ende: „Poirot hat den Fall übernommen und sich gegenüber dem Bundeskanzleramt ein Zimmer gemietet." Wir befinden uns mit der Reutermeldung im Milieu von „Pale Horse" und „Crooked House" (44).

Besonders anregend ist die umsichtige Fürsorge, mit der Reuter uns Deutsche umsorgt bei der Verkündigung, was alles die Währungseinheit kosten wird. „Die Zinsen werden wegen der deutschen Vereinigung in Europa steigen" . . . „Die Umwandlung 1:1 wird 100 Md DM kosten", heißt es am 24 April und am 4. Mai sind es 13 Md Dollar geworden, wie uns Marton Nesirky von Reuter mitteilt. Am 16. Mai sind es nach der gleichen Gerüchtefabrik schon „90 Milliarden Dollar" geworden! Und auf der Tagung der europäischen Zentralbankpräsidenten bietet man im Gefolge dieses britischen Geschreis der Bundesbank in großer Zuneigung Hilfe an zur internationalen Finanzierung solcher Summen. Doch der Präsident der Bundesbank, Karl Otto Pöhl, antwortet zum Leidwesen von Reuter und Cie. *„Deutschland ist ein Land, das einen sehr leistungsfähigen Kapitalmarkt besitzt, so daß keinerlei Gründe bestehen, Sonderschritte von internationalen Emissionen ins Auge zu fassen, um den Vorgang der Wiedervereinigung zu finanzieren"*. Weltweit muß Reuter am gleichen 16. Mai als Schlüsselpunkt des Übereinkommens mit der DDR darauf aufmerksam machen, daß „die Gesetze, die die Versicherungen, die Bankdienste und den Finanzmarkt regeln, ausschließlich diejenigen der Bundesrepublik Deutschland sein werden."

So sieht der US-Karrikaturist Oliphant die deutsche Vereinigung

(Chicago Tribune)

Im „Spiegel" (45) bringt man (sehr gerne) weitere Kassandrarufe: *„Wenn tatsächlich schon bald jede Ost-Mark gegen eine harte Westmark eingetauscht wird" faßt der Kommentator des Londoner ‚Guardian' die Ängste internationaler (sprich: englischer) Finanzkreise zusammen, „dann könnte der Welt ein Schock bevorstehen wie 1973 bei der Explosion der Ölpreise."*

„Die Märkte sind dabei" schrieb der Chefökonom der Londoner Eurobank CSFB, Giles Keating, im ‚Handelsblatt', „sich weltweit auf eine andere Bundesbank einzustellen. Der Londoner Experte: ‚Wir haben es mit einer Gezeitenwende auf den internationalen Finanzmärkten zu tun'."

Die letzten beiden Meldungen dienen dem Verzichtspolitiker **Rudolf Augstein** dazu, einen langen zweiseitigen Artikel aufzubauen, der die Wiedervereinigung madig und zu einem Finanzgespenst machen soll. Was sie in Wirklichkeit mehr als klar zeigen, wird nicht gesagt: Daß England sich darauf vorbereitet, einem wiedervereinigten Deutschland, auch einem teilvereinigten, den Krieg zu erklären und schon jetzt die Londoner Machenschaften unter dem Wort „Gezeitenwende" vorstellt.

Die britische Außenpolitik läuft auf höchsten Touren. Wie weit sich Frau Thatcher versteigt, wird sichtbar in ihrem Versuch, unter dem Eindruck der vom gleichen London ausgehenden Warnungen nicht mehr und nicht weniger als eine Einstellung der Europapläne zu erwirken. Friedrich Meichsner kann dazu in der „Welt" vom 22. Februar 1990 aus Rom berichten:

„Die deutsche Wiedervereinigung mit ihren Auswirkungen auf EG, Nato und Gesamteuropa wird nach dem in **Rom** *vorherrschenden Eindruck das Hauptthema eines britisch-italienischen Konsultationstreffens sein, zu dem Ministerpräsident Giulio Andreotti und Außenminister Gianni de Michelis morgen nach London fliegen . . . Zur publizistischen Vorbereitung des Treffens gab Frau Thatcher dem liberalen Mailänder „Corriere della Sera" ein Interview, in dem sie unter anderem dafür plädiert, das Gegengewicht (!) für ein vereinigtes Deutschland nicht in einer stärker integrierten EG, sondern in der Stärkung der ‚Identität' aller anderen Länder und deren enger Zusammenarbeit zu suchen. Sie ließ in diesem Zusammenhang auch durchblicken, daß sie eine Vereinbarung mit Frankreich unter Hinzuziehung Italiens — eine Art Wiederbelebung und Erweiterung der Entente cordiale (die zu Versailles führte) — für erwähnenswert hält. Daß eines der Motive für die britische Zurückhaltung in der Wiedervereinigungsfrage auch* (es müßte ‚fast nur' heißen) *wirtschaftlicher Natur ist, hatte am vergangenen Wochenende schon die ‚Sunday Times' hervorgehoben. Margaret Thatcher bestätigte dies in dem Interview. Sie sagte: ‚Es ist vernünftig, zu bedenken, daß die Folgen der Wiedervereinigung für die Sicherheit und für die EG jetzt diskutiert werden müssen. Da man Zeit braucht, müssen die Deutschen eine angemessene Übergangsperiode akzeptieren, bevor die Auswirkungen der Wiedervereinigung auf die Beziehungen der Gemeinschaft wirksam werden. Daß die Probleme jetzt gelöst werden müssen, wird ersichtlich, wenn man das ungeheure Ausmaß der Veränderungen bedenkt — etwa auf die gemeinsame Agrarpolitik und auf die Handelspolitik sowie im Blick darauf, daß der deutschen Industrie Zuschüsse gezahlt werden müssen. Es müßte eigentlich klar sein, warum wir nicht sagen: Deutschland vereinige dich!* (nämlich nur im Interesse Europas natürlich, meint die selbstlose Britin angesichts des Zusammenbruchs der britischen Weltversklavung). *Alle Probleme werden wir danach lösen'."* Wir berichteten bereits, wie anfällig Italien unter Andreotti für die britischen Sirenenklänge ist.

„Die Angst, daß sich die Wiedervereinigung als ein kostspieliges Unternehmen für die EG erweisen könnte, will Frau Thatcher nach Darstellung der ‚Sunday Times' nicht nur bei Italien, sondern auch bei **Griechenland, Spanien und Portugal** *angeblich mit dem zusätzlichen Entwicklungsfonds der EG in die DDR zu Lasten der unterentwickelten Zonen Südeuropas schüren."* Wir müssen an dieser Stelle einschalten, daß sich der Bundeskanzler mit dem spanischen Ministerpräsidenten **Felipe Gonzales** einen Monat darauf (46) am Bodensee trifft, um noch vor dem für Dublin Ende April vorgesehenen Wirtschaftsgipfel die britische Brunnenvergiftung zu neutralisieren.

„Nach Ansicht politischer Kreise Roms dürfte freilich jeder Versuch, wenn er tatsächlich unternommen werden sollte, auf der Basis solcher Ängste unter britischer Führung eine Art Allianz der Wiedervereinigungsbremser in der EG zusammenzubringen, zum Scheitern verurteilt sein. Die von Frau Thatcher offensichtlich gehegte Hoffnung, auf diese Weise die eigene internationale Isolierung in der Deutschlandfrage zu durchbrechen, sei auf Sand gebaut . . ."

„Im Blick auf die EG werden die beiden italienischen Politiker bei ihrem London-Besuch den eventuellen britischen Bedenken gegenüber einer Wiedervereinigung höchstwahrscheinlich ihre eigenen hinsichtlich der Einstellung Londons zur weiteren europäischen Integration an die Seite stellen."

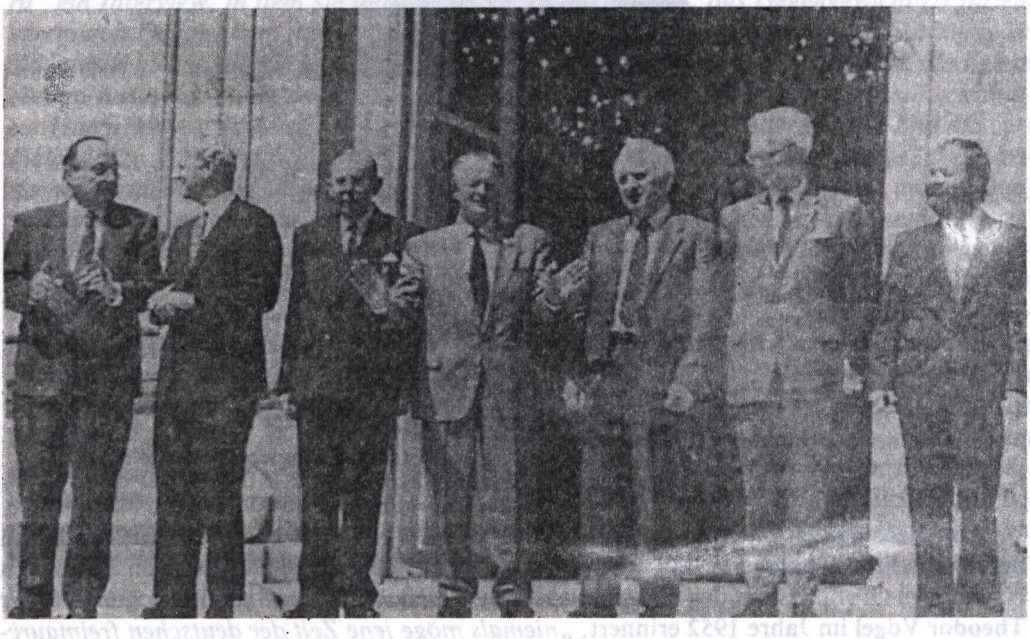
Zwei Tage vor dem Abflug der beiden italienischen Politiker bestätigte dann Bundesaußenminister in einer Blitzvisite in Rom diesen beiden Wankelmütigen noch einmal die deutsche Absicht, daß auch ein wiedervereinigtes Deutschland sich zur Nato und zu einer Fortsetzung der europäischen Integrationspolitik bekennen wird. Der Meichsenerische Bericht aus Rom wird von dem folgenden Foto begleitet:

Schwimmt wieder gegen den Strom
Margaret Thatcher FOTO: DPA

Am Dienstag den 27. März 1990 trifft sich dann, wie bereits kurz erwähnt, Hochgrad Späth mit Frau Thatcher. Man wird sofort an das hochheilige Versprechen des ersten Nachkriegs-Großmeisters der neugegründeten Vereinigten Deutschen Großlogen, **Bruder Theodor Vogel** im Jahre 1952 erinnert, *„niemals möge jene Zeit der deutschen freimaurerischen Geschichte wiederkehren, in der die brüderliche Verbindung mit der Mutter der Freimaurerei, der Großloge von England, unterbrochen war."* Frau Thatcher erklärte denn auch sofort nach dem deutschen Kniefall: *„Es war alles nur ein Mißverständnis ge-*

wesen, sie hätte nur vor Problemen warnen wollen." Schon zwei Tage darauf, in den Gesprächen der Thatcher mit **Kohl in Cambridge** (Anlaß war die 40-Jahrfeier der deutsch-britischen Königswinter-Konferenz) und London sprach erstere von *„außerordentlich guten und sehr fruchtbaren Gesprächen" und „Kohl hob die sehr offenen und konstruktiven Beratungen der beiden Politiker hervor"* (dpa).

Frau Thatcher geht sogar noch einen Schritt weiter und beruft ein Seminar ein, in welchem die Richtlinien ihrer zukünftigen Deutschlandpolitik aufgestellt werden sollen. „The Independent on Sunday" berichtet davon (80). Einig ist man sich in dem Kreis enger Mitarbeiter über die bisherigen Attribute der Deutschen: *„Von Ängsten und Minderwertigkeitskomplexen geplagt, aggressiv, anmaßend, selbstbezogen und andere einschüchtern wollend"*, alles das, was schon Thomas F.A. Smith 1915 in seinem Vademecum britischer Deutschlandkenner, „The Soul of Germany" nach zwölf Jahren als englischer Lektor an der Universität Erlangen vom Stapel ließ (81). *„Es war wohl ein einmaliger Versuch, einen nahen Verbündeten einer Grundsatz-Analyse zu unterwerfen"* meint Klaus Kämpgen. Doch: es ist leider nicht ein „einmaliger Versuch", sondern geradezu typisch für das Lehrerhafte, mit dem uns immer wieder die Briten unangenehm auffielen. Und von einem „nahen Verbündeten" kann nach dem, war wir hier schon brachten und noch bringen werden, wohl schon kaum mehr die Rede sein. Das Ergebnis ist danach: *„Die Art, wie sie* (die Deutschen) *gegenwärtig ihre Ellbogen benutzen und in der EG ihr Gewicht in die Waagschale werfen, legt den Schluß nahe, daß sich so sehr viel nicht geändert hat."* Außerdem sei ihre Demokratie noch nicht ernsthaft getestet worden. *„Jedenfalls sieht man in voraussehbarer Zukunft keine Anzeichen dafür, daß Deutschland neue territoriale Ansprüche im Osten stellen wolle"*. Damit bezieht man sich auf Kohlsche eben gemachte Zusicherungen.



Phototermin der sieben Außenminister am 17. Juli in Paris. Ganz links im Bild der deutsche Außenminister Genscher.

Denn (dpa) *„Kohl versicherte, daß die Grenzfrage mit Polen sofort nach der Vereinigung beider deutscher Staaten in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag geregelt werde." Diese Sätze am Sitz aller Esoterik, verbunden mit den beiden Zeigefingern Genschers nach der pariser 2 + 4 + 1 = Außenminister-Sitzung legen Zeugnis ab, unter wessen Zwang die deutschen Politiker handelten, als sie auf ein Viertel deutschen Staatsgebietes im Widerspruch zu den Normen des Völkerrechts und bei Nachsicht gegenüber polnischer Gewaltpolitik verzichteten. „Fruchtbar und konstruktiv" nennt man eine erpreßte „Versicherung Kohls", und baut sich darauf ein „Deutschlandbild" auf! Die wegen ihres schreienden Unrechts eines Tages den ganzen Erdball in Flammen aufgehen lassen wird! Man darf daran erinnern, daß bei diesen selben Gesprächen Frau Thatcher darauf bestand, daß weiterhin Atomwaffen der Nato auf deutschem Boden stationiert bleiben.*

Da die konkrete Gefahr besteht, daß man mich in einer Angelegenheit mißversteht, die mich in meinem Leben mehrfach zwang, Stellung zu nehmen, soll an dieser Stelle doch gleich etwas von eigenen Erfahrungen in die Debatte geworfen werden. Es g i b t deutsche Arroganz und es g i b t deutsche Anmaßung. Sie wird von unseren Feinden vorgebracht, um uns das Unberechtigte unserer natürlichsten Wünsche vorzuhalten. Sie tritt so ekelerregend und widerlich auf, daß sich hinter ihr die scheußlichsten und perversesten Kriegsverbrecher an der Themse meinen, verstecken zu können. Daß es die unangenehmen Deutschen gab und gibt (!), — das muß als Warnung gesagt werden — lädt uns die Verpflichtung auf, ihren Zugang zu unseren Handlungen zu verhindern. Aber es darf uns nicht hindern, für Wiedergutmachung des Leids einzutreten, das Deutschen durch Polen und Engländer und anderen widerfuhr, und es darf uns nicht hindern, Schlesien und Pommern und Danzig als deutsche Erde zu betrachten. Wer hier verzichtet, hat dort das Recht verwirkt, den Sittenapostel zu spielen. Es wird vieles geben, das heute geschrieben und gesagt und unterschrieben wird, aber in weniger oder mehr Jahren im Winde der harten, kommenden Zeiten verweht. Ich kann mir gut vorstellen, daß meine soeben gemachte Aussage auch dann noch Bestand haben und sich durchsetzen wird.

Nicht eine Sekunde hat das Rad der Geschichte im März dieses Jahres 1990 geruht. Immer noch nicht war es jetzt etwa eitel Sonnenschein.

Frau Thatcher wiederholte ihr **Nein zu einer Europäischen Union,** forderte, wie gesagt, den Verbleib von Atomwaffen der Nato auf deutschem Boden und Kohl *„regte an, daß von polnischer Seite auch einmal das Unrecht beim Namen genannt werden sollte, das unschuldigen Deutschen von polnischer Hand zugefügt wurde"* (spk/dpa). Das Fazit unter die Begegnung zieht Achim v. Roos in der HNA: *„Eine Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands scheint nur denkbar, wenn das Bündnis auf militärische Konfrontation verzichtet* (etwas, was dem britischen Grundkonzept von einem ‚Spiel der Kräfte' in der Politik widerspricht). *Die Premierministerin schreckt vor der Aussicht zurück, britische Souveränitätsrechte zugunsten einer Europäischen Union abgeben zu müssen."* (331). Es fragt sich in unseren Augen, ob die NOTWENDIGKEIT der Wiedervereinigung in London erst noch deutlicher werden muß. Ganz im Sinne seiner Crewchefin meint der britische Außenminister Douglas Hurd vierzehn Tage später (47) auf einen Vorschlag des sowjetischen Außenministers Schewardnadse hin, wonach eine Doppelmitgliedschaft Deutschlands in Nato und Warschauer Pakt zu überdenken sei, daß kein Land zwei Allianzen angehören könne. England kommt nun einmal nicht ab von der Idee, daß Europa in feindliche Lager aufgeteilt werden muß (und daß es an England liegen soll, wer welchem Lager angehört und welches Lager jeweils siegt). Man hat in London ganz und gar nichts in den letzten Jahren hinzugelernt, hat nicht zur Kenntnis genommen, daß die Welt sich sowohl geistig wie technisch geändert hat und daß es darum endgültig aus ist mit den schönen Träumen eines Walpole, eines Eduard VII., eines Churchill, daß Britain nicht mehr waves und nicht

mehr Kontinente regiert, und daß Gott dazu da sei, die Königin zu retten, und daß sich so der Tag nähert, daß auf den Geldstücken in Regent Street nicht mehr das Bild der Königin zu sehen sein wird. Nur unter diesen veränderten Umständen ist ja überhaupt für Deutsche tragbar, was im Werden ist. Die Verachtung, die wir nach unserer Erfahrung für Engländer haben, wollen wir gerne von jenem Augenblick an für uns behalten, da dieses Volk bereit ist, eine seinen produktiven Leistungen entsprechende bescheidene Rolle ohne Maurerverschwörungen und ohne weitere Morde zu spielen.

Unter dem Datum des 16. April 1990 finden wir einen Aufsatz in „Newsweek", der sich kritisch mit der Außenpolitik von Frau Thatcher befaßt. Zu dem von uns bereits skizzierten Thema der Beziehungen zwischen England und **Frankreich** heißt es da: *„Der Thatcher Sturheit ist die Ursache dafür, daß eine weitere außenpolitische Gelegenheit verpaßt wurde. In den Wochen die dem Aufbrechen der Berliner Mauer folgten, suchte Mitterand aufgeregt einen Weg, Deutschlands neue Stärke in Europa auszugleichen. Ein deutlicher Weg war, die eingeschlafene englisch-französische Entente aufzuwärmen. Die beiden Nuklearmächte zusammen würden ein vereintes Deutschland wirtschaftlich, bevölkerungsmäßig und vielleicht auch diplomatisch überrunden. Paris erkundigte sich diskret in London. Die Antwort war diplomatisch, aber eindeutig kalt. Wieder einmal zog es die Thatcher vor, isoliert zu bleiben, als sich mit den Franzosen zu verbünden. Eine Partnerschaft, die Europas Zukunft beherrscht hätte, blieb ungeboren."*

Dabei war es tatsächlich, wie „Newsweek" schildert. Am 20. Dezember 1989 wünscht Mitterand *„eine Beibehaltung der Grenzen"*, sein Außenminister Dumas erkennt *„den Deutschen nur ein bedingtes Recht auf Selbstbestimmung zu. Das Weitreichendste, was man den Deutschen gewähren könne, wäre die Möglichkeit, in beiden deutschen Staaten Wohnsitze anmelden zu können. Es ist die Meinung aller, daß das Recht auf Selbstbestimmung für Deutsche nur bedingt Gültigkeit hat. Die soeben aus den Wahlen mit großer Niederlage hervorgegangene kommunistische Partei Frankreichs spricht von ‚deutschem Expansionsbestreben'. Deutschland muß als Folge des Hitler-Wahns unter besondere Aufsicht gestellt werden."* Der französische Verteidigungsminister Chevenon sprach sich noch am 5. Januar 1990 gegen eine deutsche Wiedervereinigung aus. Und das war, als man von Washington bei aller Zustimmung nicht überhören konnte, daß es den USA in Deutschland zu schnell ging.

Als dann Englands Außenminister Hurd Ende März seinerseits einen Versuchsballon in Richtung Paris steigen läßt, da hatte man an der Seine andere Sorgen. Die NZZ versucht vergebens, Frankreich höher ins Spiel zu bringen und Christoph Mühlemann beschwört (48) die USA und Frankreich mögen sich doch über eine zukünftige erweiterte Nato einigen. Die Überschrift wagt sich mit dem eindeutigen Satz vor: **„Amerikanisch-französische Allianzgespräche"**. Auf Schritt und Tritt gewinnt man so immer wieder den Eindruck, daß man lange nach jenen suchen muß, die Deutschland in der Frage eines einheitlichen Europa und dessen Vorbereitung das Wasser reichen können.

Doch dann nimmt **Helmut Kohl** auch **in Paris** die Dinge in seine Hand. Am Donnerstag den 29. März — er kommt gerade aus Cambridge und London — stellt er sich in der „Stunde der Wahrheit" im französischen Fernsehen und „besteht mit Bravour das Examen" (49). „Newsweek" bringt das folgende Foto mit der Unterschrift „Enge Bindungen". In jener Fernsehsendung wurde Kohl gefragt, ob er für eine politische Europäische Union sei. Er antwortete: *„Es fällt mir leicht, dem zuzustimmen, da ich auch diesen Vorschlag schon am 6. Dezember in Straßburg gemacht habe."* Man spricht von einem Durchbruch, den Kohl an jenem Abend in Frankreich erzielt habe. Möglich war das nur, weil man vorher etwas zuviel entstellt hatte. Und das wird auch nicht mit diesem Tage aufhören. Der Schreiber erinnert sich nur zu gut jener feindseligen Stimmen, die er nur zwei Tage nach

Mitterand und Kohl bei französischen Manövern.

dem stürmischen Empfang Daladiers bei seiner Rückkehr aus München 1938 erlebt hatte. Es gibt auch heute noch nach wie vor in Frankreich eine in deutschen Dingen regelrecht hysterisch reagierende Schicht, die bedeutend zahlreicher ist als ihre entsprechende antifranzösische Gegenkomponente in Deutschland. Das folgende Wortduell bei dem genannten Auftreten Kohls ist darum reinigend: *„Sehen Sie die Gefahr einer Hexenjagd auf Stasi-Mitarbeiter in der DDR?"* Kohl: *„Ich sehe die Gefahr, aber ich glaube nicht daran. Zumindest nicht, wenn Sie die Erfahrungen von Frankreich gleich nach dem Kriege zugrundelegen."* Das war damals, als man mehr als 120.000 Frauen und Männer auf die grausamste Art auf offener Straße in den Städten Frankreichs schlachtete, weil sie an ein Neues Europa und an eine deutsch-französische Zusammenarbeit (Collaboration) geglaubt hatten. Manchem Geiferer wurde mit der Kohlschen Antwort der Mund gestopft. Er tat damit viel für die deutsch-französische Freundschaft.

„Newsweek" versucht, das englische Verhalten zu erklären: *„Margret Thatcher wuchs mit der leidenschaftlichen Überzeugung auf, daß Britannien Nr. 1 ist, in Wissenschaft, Kultur und Weisheit zumindest, wenn auch nicht länger in Wohlstand und Gebietsumfang. Sie neigt nach wie vor zu solchem Glauben. In ihrer Außenpolitik, sagt ein hochrangiger Beamter, ist es fast unmöglich für die Premierministerin, die Tatsache anzuerkennen, daß Deutschland ein wichtigeres Land ist als Britannien. In der ersten Hälfte ihrer Regierungszeit half der Glaube der Thatcher in das vorgezeichnete Schicksal Britanniens gut den Interessen des Landes. In den letzten Jahren jedoch unterminierte der Anglozentrismus der Thatcher ihre Möglichkeiten, Einfluß auf Weltereignisse zu nehmen."*

„Deutlich genug gewährt **George Bush** *ihr nicht die Achtung, die Ronald Reagan ihr zollte. Wenn Kohl Weltstädte besucht, dann hält er in Washington, Moskau und Paris an, aber nicht in London. Die Thatcher hat sich Jacques Delors, den mächtigen Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft zum Feinde gemacht . . . Nicht die Thatcher hat sich geändert, sondern die Welt . . . Getragen von der Weltmeinung (und unterstützt von einer*

perfiden US-Außenpolitik wie einer unüberlegten westdeutschen ideologischen Hörigkeit) focht sie den Malvinenkrieg und gewann ihn, erntete für Britannien so einen berühmten Sieg . . . Doch heute übersteigt Italiens Produktivität diejenige Britanniens, Spanien ist dabei, schnell aufzuholen. Englands unabhängige Nuklearkraft, die einst England einen geachteten Platz bei internationalen Konferenzen sicherte, wird jeden Tag uninteressanter."

Am 12. und 13. April 1990 treffen sich Bush und Frau Thatcher auf den Bermudas. Es wird der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß auch das Thema der deutschen Wiedervereinigung von Frau Thatcher angeschnitten wurde. Doch mehr wird nicht gesagt, so daß man das Recht hat, zu vermuten, daß der englische Torpedo daneben ging, die Dame bei Bush abblitzte.

Vor dem I. Weltkrieg, als wir Deutsche noch Kolonien hatten, sprach der deutsche Afrikaforscher C.G. Schilling **Karl Hagenbeck** gegenüber einmal von der *„Steinwüste, in der viele Tausende von Schulkindern leben, von denen keines eine Lerche gesehen, keines eine Nachtigall gehört hat, keines weiß, die Brotgetreide auf dem Felde zu unterscheiden, und daß man einen zweiten großen zoologischen Garten in Berlin entstehen lassen sollte."* Solche Gedanken passen schlecht in eine Welt, in der es ungestraft geschehen durfte, daß eines hellichten Tages um die Mittagszeit englische Bomber den weit außerhalb der Häuser Hamburgs gelegenen Tierpark Hagenbecks in einem wohlüberlegten und geplanten Anfall sadistischer Zerstörungswut mit Bomben eindeckten. Nur, wenn man derartige Geistesgestörtheit sich in den führenden Kreisen Englands vorstellt, kann man auch verstehen, was uns jene Macht, die schon so viel Unheil über die Welt gebracht hat, in einer Art künstlerischem delirium tremens jetzt vorspukt.

Solange Deutschland nicht souverän ist, steht man machtlos auch anderen britischen Veranstaltungen gegenüber. Denn nach dortigen Plänen soll Berlin nicht etwa als traditionsverpflichtete deutsche Hauptstadt präsentiert werden, sondern als Tummelplatz für alles denkbar Abartige. Ende April 1990 bringen die Zeitungen weltum die Nachricht:

„Eines der größten Ereignisse des **Rock** *und der Politik wird am 21. Juli statthaben, wenn die britische Gruppe ‚Pink Floyd' ‚The Wall' (Die Mauer) am Potsdamer Platz neben der niedergerissenen Mauer von Berlin interpretieren wird. Es wird mit der Gruppe ihr ehemaliger Leiter, Sänger und Komponist Roger Waters sein und man rechnet mit einer Zuhörerschaft von 250.000 Personen. Außerdem wird eine Direktübertragung für ganz Europa, die USA und andere Welthauptstädte vorbereitet, wodurch man auf eine Milliarde Personen kommen wird, die dieses Schauspiel sehen."*

„In Kürze wird man die Gegenwart weiterer hervorragender Figuren des internationalen Rocks mitteilen."

„Die für die Show Verantwortlichen, Mark Fisher und Jonathan Park, teilten mit, daß die Riesenbühne eine Ausdehnung von 161 Metern Länge und 25 Metern Höhe haben wird." Es wurden dann 300.000 Eintrittskarten verkauft, davon 90% an Personen aus Westberlin und der BRD.

„Waters selbst war der Urheber der Idee. Er sagt, daß das Schauspiel, das in einem Album registriert werden wird, den Titel tragen wird ‚The Wall, Berlin 1990', und daß die Einnahmen für Wohltätigkeitsvorhaben verwandt werden. Waters hatte hart zu kämpfen, um die Erlaubnis der beiden Sektoren des geteilten Berlins zu erlangen, um die Bühne in dem noch als Niemandsland erklärten Gebiet aufrichten zu dürfen . . . Waters meint, 15 Millionen Dollar einzunehmen, die einem ‚Memorial Fund for Disaster Relief' zugeführt werden sollen." (50).

Ist es ein Tiefschlag, wenn man daran erinnert, daß das letzte „gigantische Rockkonzert" (51) am Ostermontag dieses Jahres im Londoner Wembley-Stadium stattfand und zwar zu Ehren von Nelson Mandela? Auch seine Frau, die bekanntlich so angetan war von

dem Mord mit angezündeten Autoreifen (52), war natürlich anwesend.

Eigentlich fehlt nichts an dem Bild, das man von der „Wiedervereinigung" gewinnt, wenn man **Einstein** dann in Walhalla ehrt, **Churchill** in Aachen und zum Hauptthema der letzten Stufe im Parlament in das neue Verfassungsgebäude die **Abtreibung** wählt. Fürwahr, man ist sich in den Parlamenten und Parteien des Niveaus bewußt, auf welchem des Volkes Wille entschieden wird.

Diese kranken Geisteserzeugnisse einer sinnlosgewordenen Welt füllen einen leergewordenen Raum aus. „Mit dem weitgehenden Auseinanderfallen der ‚Freien Deutschen Jugend' (53) ist auch das Freizeit- und Ferienangebot für Jugendliche in der DDR praktisch zum Erliegen gekommen." Dem schon erwähnten Zusammenbruch der Kleinkinderfürsorge in Kinderkrippen und Kindergärten schließt sich so die Vernachlässigung der Jugendlichen an. Mit ihrem wahren Gesicht kommt **die kapitalistische Welt auf die DDR zu. Man prahlt davon, daß** *„es in Bonn und Ostberlin zu Vereinbarungen kam, wonach die Bundesregierung, die Regierung der DDR sowie die* **Jugendverbände** *der beiden deutschen Staaten ihre Zusammenarbeit und auch einen Jugendaustausch ausbauen wollen."* Man fragt sich, was das denn für Jugendverbände sind, die da erwähnt werden. Es gibt da sogar einen Deutschen Bundesjugendring und einen Demokratischen Jugendbund. Was aus der Jugend in Westdeutschland unter solchen Zeichen geworden ist, braucht hier nicht wiederholt zu werden. Es bleibt dem Leser überlassen, die gelegentlich wohl veröffentlichten Zahlen über das Anwachsen der Jugendkriminalität und der Aidskranken in der DDR zur Beurteilung der „Wiedervereinigung" heranzuziehen. Es wird bald eine nicht kleine Zahl von Menschen in der DDR geben, die wehmütig an ihre Ferien und an die Jugendweihe zurückdenken werden.

Soviel Angst man in den für liebe Muttersöhnchen konstruierten neuen Jugendverbänden vor der „Ideologie" hat, so wenig scheut man sich, noch vor Wegfall der Grenze auch im Westen jetzt „avantgardistisches Theater" aufzudrängen. Für solche umstürzlerische Wühlarbeit wird die seit 15 Jahren eingeschlafene „Experimenta" aus der Mottenkiste geholt und man organisiert unter Beteiligung von zehn Ensembles aus der DDR im Mai/Juni 1990 fast das gesamte Werk des Ostberliner „Dramatikers" Heiner Müller. Es ist ein *„am realen Sozialismus orientiertes Werk zutiefst pessimistischer Seelenlage"* (54). Dabei, und darauf kommt es wohl vordergründig an, soll „die deutsche Geschichte Revue passieren". So bringt man zu Beginn ein Stück mit dem Titel „Germanias Tod in Berlin" *„das Szenen aus der deutschen Geschichte von Hermann dem Cherusker über Friedrich den Großen und Adolf Hitler bis zu Walter Ulbrichts Sozialismus und dem ‚Conterganwolf' BRD als unendliche Folge von Grausamkeit, Untertangeist und Gier nebeneinanderstellt. Das Publikum im ausverkauften Frankfurter Schauspiel reagiert auf das von Komik und Zynismus durchsetzte Stück mit großem Beifall"* (54). Mitarbeiter ist auch SED-Politbüromitglied Günter Schabowski.

Uns ist es Verpflichtung, darauf hinzuweisen, daß — deutlicher und bewußter als im amtlichen Bonn — in der DDR längst wieder Große unserer Vergangenheit rehabilitiert wurden. Ingrid Mittenzwei hat da mit ihrem Werk über den Preußenkönig Friedrich den Großen schon vor Jahren ein Zeichen gesetzt und in unserer Arbeit ist von besonderem Gewicht, daß man gerade auch des Reichsgründers **Bismarck** in der Biographie von Ernst Engelberg in eindeutig positiver Form gerecht wird. Es ist die FDJ-Zeitung „Junge Welt", die den Eisernen Kanzler als **„Staatsmann von hohem Rang"** und „Vater der Einigung des Deutschen Reiches 1871" bezeichnet. (Feburar 1983). In dem zwölfbändigen Werk „Deutsche Geschichte" des „Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR" sagt Bartels: *„Die Reichsgründung ist ein bedeutender historischer Fortschritt gewesen"*. Man sollte dieses alles heute wieder aufgreifen. Es sind brauchbare Bau-

steine aus der DDR. Das Denkmal Rauchs von Friedrich dem Großen steht längst wieder auf seinem ursprünglichen Platz Unter den Linden in der ehemaligen Reichshauptstadt.

Nicht vermeiden läßt es sich, daß auch sonst Positives geschieht. In ersten Fühlungnahmen zwischen den für West- wie Ost-Berlin zuständigen Museumsbehörden wurde eine wissenschaftlich begründete Neuordnung angestrebt, die den europäischen Ruf **Berlins als Museumsstadt** wieder herstellt. Es ist an eine Restaurierung der Museumsinsel, an den Wiederaufbau des Neuen Museums und an eine Renovierung der Nationalgalerie gedacht (55).

Wir wollen nicht unterschätzen, welchen Schaden man mit dem Verdrehen von Köpfen anrichten kann, wir wollen auch nicht ableugnen, daß es nicht schwer ist, gerade junge Deutsche falsch zu leiten, um sie dann vor fremde Karren zu spannen. Heiner Müller braucht da nicht weit suchen. Doch schützen die giftigen Pfeile, die London aussendet, nicht vor eigenem Pech. Mitten in den geschichtlich einmaligen Vorbereitungen Deutschlands für die Währungseinheit — 1.100 Tonnen Geldscheine und Münzen im Wert von 15 Md Dollar fuhren in 50 Schwerlastern in die DDR — fällt die Nachricht, daß *„Großbritannien von einem der größten Finanzunglücke seiner Geschichte erschüttert wird. Die ‚Britisch and Commonwealth Holding' wurde unter gerichtliche Verwaltung gestellt. Die Schulden betragen mehr als 2 Md Dollar und übersteigen so noch den Bankrott der Luftlinie Laker im Jahre 1989"* (56).

Als sich dann der Tag der deutschen Wirtschaftsvereinigung nähert, tritt Reuter wieder pünktlich mit altbewährter Hetze auf den Plan. Diesmal werden **die Japaner** gewarnt: *„Die japanischen Finanzmärkte schauen nervös auf die Geburt eines vereinten Deutschland und deren Folgen für die Weltwirtschaft. Einige Kommentatoren wiesen darauf hin, daß die schwankenden japanischen Märkte, die in diesem Jahr sichtlich absanken, noch unausgeglichener werden könnten durch die Vereinigung in Bezug auf den Wert des Yen, die Aktien und die Titel an der Tokioter Börse."* (57). In der gleichen Meldung heißt es von der Deutschen Zentralbank, *„sie sei bekannt für ihre Furcht vor Inflation"*. Doch schon am nächsten Tag muß man melden: *„Der deutsche Wirtschaftsminister Theo Waigel sagte, daß keine Inflationsgefahr besteht."* (58)

Gleichzeitig gibt eine andere, kleine Bemerkung wieder die willkommene Möglichkeit, **Germanenhaß** anzuheizen: *„Beide deutschen Regierungen veröffentlichen Anzeigen . . . Eine derselben zeigt zwei lächelnde blonde (!) Mädchen mit der folgenden Bildunterschrift: ‚Wir werden beide wachsen, um beide voranzukommen'."* Es ist die haargenaue Fortsetzung dessen, was wir jetzt mehr als ein halbes Jahrhundert lang in englischen und nordamerikanischen Zeitungen gegen alles Deutsche erleben. Die darin seit mehr als einer Generation pausenlos vorbereiteten Leser werden ganz automatisch mit einem Haß gegen blonde Germanen erfüllt, wenn sie so etwas lesen. Für sie ist so etwas das Gleiche wie seinerzeit die Judennase im Völkischen Beobachter. Keiner von jenen Millionen, die von ihrer Begeisterung durch die Mauerlücken getrieben wurden, hatte sich einen Plan gemacht, was jetzt kommen sollte. Nur eines war ihnen allen klar gewesen: Eine Mauer durfte niemals wieder errichtet werden! Alles andere schien ihnen im Vergleich dazu unbedeutend.

Es war eine kleine, aber disziplinierte, herzenskalte Minderheit (Dazugehörige schlichen sich sogar mitten in der freudetrunkenen Menge herum und täuschten ein Mitmachen vor. Auch ein von Weizsäcker stieg in das Trojanische Pferd), der war die gefallene Mauer nur ein neues Werkzeug. Die Ereignisse kamen ihren politischen Absichten zunächst noch in bösester Weise in die Quere. Ihnen ging es um viel „heiligere Dinge", um die auf dem Spiel stehende „Heilige Eine Welt der Freimaurerei". Diese gemeingefährlichen Geistesgetrübten fanden sich aber schnell wieder zurecht. Und es gelang ihnen im Meer der Naiven und der Unschuldigen und der Anständigen und nicht zuletzt der Poppbegeisterten, das Steuer wieder in die Hand zu bekommen. Daß das geschehen war, eben darüber hatte Lo-

genbruder Späth die Thatcher im März aufklären müssen, um unnötige Reibereien im eigenen Lager zu vermeiden. Seinen Großlogenbesuch in London (der dem bei Frau Margret voranging), brachte man nicht in die Presse. Daß er aber keineswegs in seinen Zusagen und Versprechungen übertrieben hatte, das bewiesen dann schon die nächsten Meldungen von der Front. Kohls Rede in Cambridge war voller Fingerzeige. Die Weichen wurden von unbekannter Hand gestellt. Doch bevor wir uns mit diesen Eingriffen befassen, wollen wir uns darauf besinnen, daß die „Wiedervereinigung" ja 1989 schon eine bewegte Geschichte hinter sich hat, daß mit diesem Thema, lange bevor sie Tat werden sollte, Krieg und Frieden gespielt wurde und eine große Schar von weisen Politikern sich an diesem Wort die Finger hatte wundschreiben können.

Rund um die St. Pauls-Kathedrale bebt die Erde. Es galt, kaltes Blut bewahren. Wie wir sahen, war London noch weit über die Jahreswende 1989/90 hinaus voll befangen in den alten Schablonen. Der zugedeckte Graben zwischen Deutschland und England wurde wieder sichtbar und tiefer ausgehoben. Man stand allein, schlimmer noch als 1942. Es blieb nichts anderes übrig, als gute Miene zum bitterbösen Spiel zu machen und den schon fahrenden Zug zu besteigen.

Doch niemand ist sich im Zweifel darüber, daß nach der Neueinstufung Deutschlands zwischen diesem und England ein **„Heißer Friede"** (59) ausgebrochen ist. Er war entflammt noch bevor Deutschland neu konstituiert worden war. Es war sogar ein harter deutscher Kurs, der jetzt ohne Rücksicht auf die Londoner Wünsche gesteuert werden mußte, nicht um nationaler Ziele willen, sondern um ein Weltkonzept zu retten. Gänzlich ungewollt kam Deutschland in den Geruch, patriotisch zu handeln.

Die antideutsche Haltung von Frau Thatcher spiegelte sich deutlich auch wider bei den europäischen Verhandlungen. Hatte sie zunächst gefordert, Deutschland möge seine Pläne eine Zeitlang zurückstellen bis Europa Formen angenommen habe, so lehnte sie in **Dublin** im April 1990 alle konkreten Schritte wie die Schaffung einer europäischen Zentralbank und einer europäischen Währung ab und isolierte sich so auch erneut in der Deutschlandfrage.

Sie wollte *„die Europäer von der esoterischen Idee einer politischen Union abbringen"* (60) war ihr ketzerischer Spruch.

„Die britische Regierung hat eingestehen müssen, daß Kohl und Mitterand bis auf weiteres die europäischen Zügel in die Hand genommen haben. Die Briten standen nun vor der Entscheidung, sich entweder völlig ins Abseits manövrieren oder aber zu versuchen, den nun einmal in Gang gebrachten Lauf der Dinge wenigstens in ihrem Sinne zu beeinflussen. So verkündete Hurd, daß London ‚keine Politik des leeren Stuhls' betreiben werde. Die Briten bleiben damit ihrer alten Maxime treu: ‚If you can't beat them, join them'." (NZZ). Immerhin gelang es der Thatcher, die vorgesehene Einberufung eines zweiten europäischen Gipfels für Dezember 1990 in Rom abzubiegen in einen Auftrag an die Außenminister, in den nächsten zwei Monaten erst einmal die Themen einer solchen neuen Gipfelkonferenz auszuarbeiten. Dabei gelang es Großbritannien, ein paar „Kleine" lose um sich zu scharen: Dänemark, Holland, Luxemburg und Portugal, ohne daß diese jedoch es wagten, in diesem Sinne besonders laut zu werden. Von Neutralität bleibt so kaum noch etwas auf dem Kontinent bestehen. England kämpft wieder einmal bis zum letzten europäischen Aktionär.

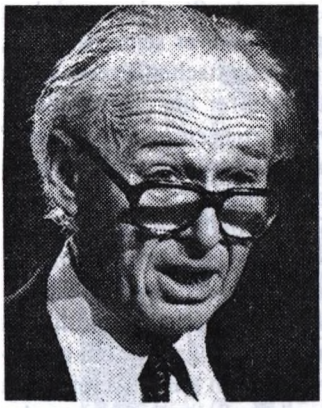
Da die Deutschlandfrage — wie wir schon andeuteten, aber noch klarer herausarbeiten werden — inzwischen eindeutig im Sinne der Einweltler gelöst worden war, die „Wiedervereinigung" zum Teilbestand freimaurerischen Geschichtsablaufs wurde, muß in diesem Augenblick festgestellt werden, daß die im Unendlichen schwebende Eine Welt in der derzeitigen historischen Phase in Deutschland einen treueren Paladin hat als im England der

Mutterloge. Es mehrt sich so die Einsicht, daß die großartige Schöpfung der Freimaurerei nur durch ihren Weg durch die angelsächsischen Kabinette den verrufenen Lauf nehmen konnte, den sie dann mit Königsmorden, Revolutionen und Weltkriegen beschritten hat. Abermillionen von Menschen und einer herrlichen Natur wurde an der Themse das Todesurteil gesprochen und mit Hilfe der überall etablierten Logen zur Ausführung gebracht. Spricht man heute von einer **„Krise der Freimaurerei"** dann gehört hierhin, daß sie sich immer noch nicht von den Ungeheuern getrennt hat, die in ihrem Namen Hekatomben opferten. Man erreicht gar nichts, wenn man solche Sätze nicht in Gegenwart des Meisters vom Stuhl wiederholen darf.

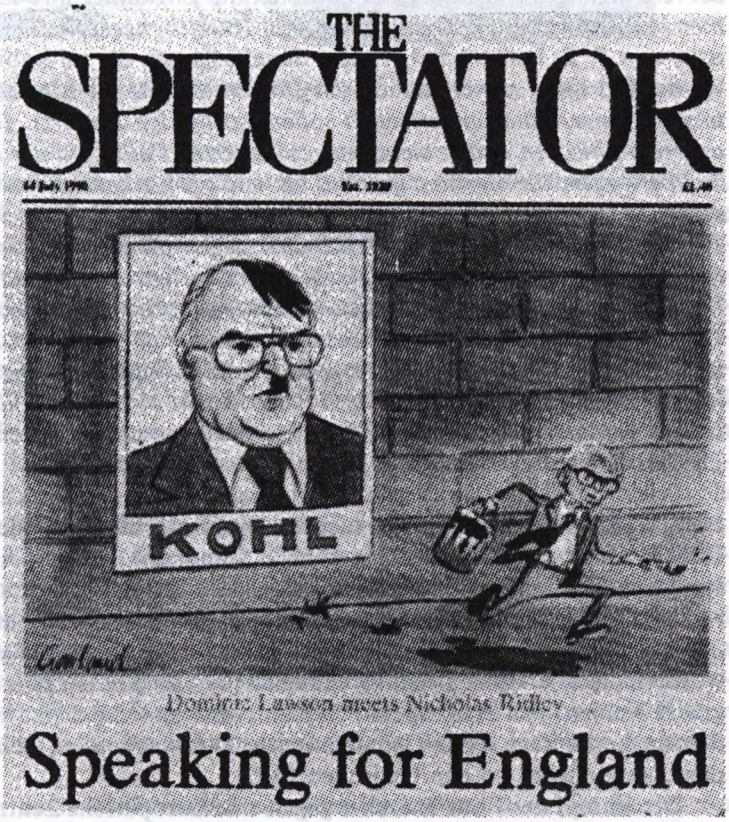
Gerade auch im Rahmen der **Abrüstungen** tritt Frau Thatcher stark auf die Bremse, und bemüht sich, zukünftigen Schlachten das notwendige Kriegsmaterial zu erhalten und zu entscheiden. Doch weder sie noch ihre Kampfgefährten in den Staaten erwecken noch Begeisterung. Da erscheinen in der Zeitschrift „Foreign Affairs" (61) zwei Aufsätze, die nicht unerwähnt bleiben dürfen, sind sie doch Teil der neubeginnenden Einkreisung, in die hier „liberale" Amerikaner, d.h. wie „Mercurio" sich ausdrückt, „philolinks- und philosowjetisch" eingestellte, sich einbeziehen lassen. So sagt dort niemand anders als Zbigniew Brzezinski, unser alter Bekannter von den Trilateralen, *„daß sich auf dem Gebiet eines Deutschlands, das durch ein Staatenbündnis vereint ist* (dieser Optimist!), *während zehn oder zwanzig Jahren militärische Kräfte bestehen bleiben müssen, denn diese Truppen machen legitime deutsche Ansprüche weniger bedrohlich."* Und in dem anderen Artikel meint Anne Marie Burley, daß die europäische Stabilität es erforderlich macht, daß *„die gegenwärtige internationale Struktur, d.h. zwei Supermächte und zwei Deutschland, erhalten bleibt. In der DDR bedeutet Stabilität Reformen ohne die Bedrohung durch eine Wiedervereinigung."*

Zum Ergebnis der **Londoner Nato-Gipfelkonferenz** schreibt sodann der „Sunday Telegraph" am 8. Juli 1990 genauso unmißverständlich: *„Frieden ist natürlich generell zu begrüßen — aber nichts ist genau so, wie es von außen aussieht. Durch Frieden kann Deutschland jetzt die Vorherrschaft in Europa erlangen. In einem entwaffneten Europa, sowohl Ost wie West, wo vor allem die ökonomische Kraft zählt, wird die wirtschaftliche Stärke Deutschlands Triumphe feiern. Grossbritannien und Frankreich hatten wegen ihrer atomaren Rüstung solange noch viel zu sagen, wie Westeuropa in Angst vor der Sowjetunion lebte. Seit der Friedenserklärung der letzten Woche werden ihr Prestige und ihr Einfluss erheblich weniger wert sein. Möglicherweise ist es sogar nur noch eine Frage der Zeit, bis Deutschland sie zur Aufgabe all ihrer Atomwaffen drängt, als Preis für ein atomwaffenfreies Deutschland".*(52)

Daß die „Bekehrung" der Thatcher nur ein Täuschungsmanöver war, beweist dann auch Anfang Juli 1990 der britische Wirtschaftsminister **Nicholas Ridley** mit einem Aufsatz, den er in der rechtsstehenden britischen Zeitung „The Spectator" veröffentlicht. Er tönt da: **„die Europäische Währungsunion** *ist nur ein Blendwerk, um Europa zu erobern. Das Abtreten britischer Souveränität an die EG ist das gleiche wie sich Hitler unterwerfen. Die Verfechter der EG sind Politiker auf Nebengleis und die Franzosen Schoßhunde der Germanen. Das Streben nach einer europäischen Währungsunion ist eine krumme Tour der Deutschen, mit der sie sich ganz Europa unter den Nagel reißen wollen. Grossbritanniens Rolle ist es immer gewesen, in Europa das Machtgewicht zu erhalten. Das ist nie nötiger gewesen als jetzt, wo Deutschland so anmassend ist. Wir können nicht erwarten, daß ein vereintes Deutschland genauso denken und handeln würde wie die Bundesrepublik, die wir seit 45 Jahren kennen";* Bonn sandte sofort einen geharnischten Protest nach London, doch die Welt schwieg. Ridley blieb im Amt. Erst einige Tage darauf, nachdem der Vorgang in diesmal ausführlicherer Form u.a. gleich zweimal über die „Deutsche Welle" der



Nicholas Ridley schaut über die Brille.



Welt mitgeteilt worden war, kam es zur Entlassung. Sie folgte sechs Stunden nachdem Ridley ein Telefongespräch mit Frau Thatcher gehabt und in welchem er seine Meinung bestätigt hatte. Die Meinung der sehr zurückhaltend berichtenden deutschen Presse kann vielleicht mit den Sätzen zusammengefaßt werden, die Stefan Schäfer im „Darmstädter Echo" ausspricht: *„Eines ist klar: Die Briten können die Veränderungen in Deutschland und Europa nicht mehr aufhalten, sie können sie nur noch mitgestalten. Dazu aber waren die polemischen Bemerkungen Ridleys der denkbar schlechteste Beitrag".*

Aus der britischen Presse ergaben sich dann noch einige weitere delikate Einzelheiten. „The Sunday Times" bezeichnete es als schwersten faux-pas Ridleys, daß er den Eindruck erweckt habe, er hätte nichts anderes gesagt als was die Ministerpräsidentin selbst denke. „The Independent" konnte mitteilen, daß es sich um die Wiedergabe eines vertraulichen Memorandums gehandelt habe, das im März in Chequers von Regierungsbeamten ausgearbeitet worden war, um Frau Thatcher ins Bild zu setzen, was sie von einem vereinigten Deutschland zu gewärtigen habe. „The Observer" meint, die eigentliche Bedeutung der Ridleyschen Veröffentlichung liege darin, daß er ein Zerwürfnis ans Tageslicht gebracht habe, das viele Politiker lieber verschwiegen hätten. Ridley selbst wird unwidersprochen als ideologischer und politischer Verbündeter der Thatcher bezeichnet. Ersetzt wurde er dann durch Peter Lilley, den man als „treu und hart" vorstellt. Aus Frankreich (Francois Lepot) hört man: *„Als die Mauer von Berlin fiel und man begann, von der deutschen Wiedervereinigung zu sprechen, da änderten die Engländer ihre Fernsehprogramme und kamen mit den wildesten Kriegsfilmen, mit Rundtischgesprächen über die ‚deutsche Gefahr' usw, usw.".* Er betont, daß er nicht der einzige sei, der im Kabinett Thatcher mit den Zielen der EG nicht einverstanden sei: *„Wenn ich mir die Einrichtungen ansehe, denen wir unsere Souveränität anvertrauen sollen, so bin ich bestürzt. Ich finde es unannehmbar, unsere politischen Kräfte siebzehn gescheiterten Politikern der Europäischen Kommission zu übertragen, die niemand gewählt hat und die niemanden Rechenschaft ablegen. Sie versprechen Ausgaben und benehmen sich arrogant, angeheizt von einem eingeschlafenen Parlament. Ich bin nicht grundsätzlich gegen die* **Übertragung von Souveränität,** *aber nicht an diese Bande. Ehrlich gesagt, dann hätten wir auch alles Adolf Hitler übergeben können. Unter diesen Umständen bedeutet es, britische Souveränität einer Europäischen Gemeinschaft, die von Deutschland und seiner allmächtigen Mark beherrscht wird, zu übertragen, d.h. sich Hitler zu ergeben. Ich bin sogar nicht sicher, ob Hitler vorzuziehen ist, mit den Luftschutzräumen und der Aussicht auf Kampf, als zu wirtschaftlichen Sklaven zu werden".* Es ist nur ein Millimeter weiter, wenn man den letzten Satz so ausdrückt: „Lieber Krieg als versklavt".

Dabei hat Ridley auch in unseren Augen mit der Bemerkung von den „gescheiterten Politikern" in der EG-Führung nicht so ganz unrecht. Unter die Lupe genommen, reagiert Ridley von einem geschichtlich gesunden Standpunkt aus mit Argumenten, die in einer gesunderen Welt allgemein anerkannt waren. Die EG ist, so, wie sie sich vorstellt, alles andere als ein Prachtbau, alles andere als ein positives Resultat europäischer Geschichte. An die Stelle kräftiger nationaler Identitäten ist ein sehr kostspieliges schwammiges Etwas geworden, das alle wahre Leistung einnebelt (69). Es gibt ein ganz konkretes Europa, das hat grosse Namen, von Shakespeare bis Kant, aber an diese denkt niemand mehr. Ridley hätte dem sauberen Kern seiner Gedanken mehr Dienst erwiesen, wenn er an dieses Europa plaidiert hätte anstatt an den britischen Ruf.

Der Kampf der Frau Thatcher gegen eine Europäische Zentralbank und gegen eine Europäische Währung findet auch bei uns gewisses Verständnis. Der **Bankiers-Verschwörung** würde damit ein ganz grosser Schlag gelingen. Richtung und Umfang eines europäischen Aufschwungs (zu dem wesentlich die Anhebung der ehemaligen ddr gehört) würden dann

„Ich denke, die neue Aufgabenstellung der Nato ist klar!" Horst Haitzinger

von einem Personenkreis bestimmt, der gar nichts im Sinne hat etwa mit einer kulturellen, pluralistischen, eigenständigen Entwicklung Europas, dem vielmehr die weitere Abtötung nichtmaterieller Werte am Herzen liegen wird, wie sie schon jetzt von diesen gleichen Bankiers aktiv dort betrieben wurde, wo sie Einfluss auf die Kreditvergebung hatten. Das Ende des Sozialismus würde dann vermehrt jenes unmenschliche Antlitz zeigen, dass es ohnehin mit der Beseitigung von Kindergärten, den in den Ruin getriebenen Bauern, der Merkantilisierung aller Berufe einschliesslich dem der Ärzte und der Erzieher, der Erniedrigung der Wohnungen als Ware, bereits angenommen hat.(337). Entscheidend ist ja, daß die ins Rampenlicht der Kritik gerückten Bankiers nicht aus eigenem handeln, sondern ausnahmslos Marionetten der Freimaurerphilosophie sind. 1846 noch konnte D'Israeli seinen Coningsby (in Buch IV, Kapitel XV) stolz alle führenden Finanzminister Europas als Juden vorstellen. Heute müsste er sie als „Freimaurer" kennzeichnen (338).

Nimmt man das soeben Vorgebrachte in die Überlegungen mit hinein, dann geht Ridleys Angriff am wesentlichen vorbei. Er übersieht, daß es gerade die Bank of England war (337), die die Währung von der Krone löste. Solange es aber möglich war, aus Thron und Bank in London ein Bündnis zu schmieden (das das Empire aufbaute), begrüßte man den Lauf der Dinge. Doch seit 1945 und vermehrt seit 1989/90 mußte man an der Themse erkennen, daß es die Loge war, die den längeren Atem hatte. Eigentlich müßten etwa Ridley und Schönhuber Verbündete sein. Doch keiner von beiden ist frei in seinen Entscheidungen.

Nicht genug mit dieser doch wohl ziemlich scharfen Deutschenhetze, gibt Reuter am 15. Juli gleich einen weiteren Querschuß ab:*„Die Kommentare Ridleys haben die Debatte über die Rolle der Deutschen Bundesbank in Frankfurt, der mächtigsten Zentralbank Europas, wieder aufgewärmt. Die Bundesbank ist stolz auf ihre antiinflationäre Vorge-*

schichte und ihre Anstrengungen in Europa sind darauf gerichtet, der paneuropäischen geldlichen Autorität die gleiche strenge Disciplin und harte Unabhängigkeit gegenüber nationalen (sprich englischen) und internationalen (sprich Spekulanten) Behörden zu verleihen. Finanzexperten meinen, daß die proeuropäischen Kommentare der Bundesbank mehr aus Notwendigkeit, denn aus Überzeugung gemacht werden. Ein vereintes Europa muß nach Meinung der Bundesbank im bestmöglichen Rahmen vorgenommen werden". Diese Sätze beziehen sich dabei auf Äußerungen Pöhls, die dieser einige Tage zuvor in London machte und in denen er auch mitteilte, *„daß das Pfund Sterling noch früher als vorgesehen (1992) in das Europäische Währungssystem eingegliedert werden wird".* Die unmittelbare Folge solcher Worte war, daß die englische Währung noch weiter nach oben ging, *„was die Macht Pöhls über die Wirtschaft deutlich macht"* wie Reuter den Vorgang sofort in eine Warnung umfunktioniert. Pöhl wies darauf hin, daß eine starke Mark *„als Stabilitätsanker für die Geldpolitik der anderen europäischen Mitglieder des ECU gedient habe und daß wir diese Aufgabe nicht gesucht haben. Man hat sie uns aufgedrängt".* Reuter sofort dazu: *„Obwohl diese Bescheidenheit etwas falsch scheint .... hat Bundesdeutschland tatsächlich nur 2,3% Inflation gegenüber 4,4% in den USA und 9,8% in Grossbritannien".*

dpa bequemte sich, am 17. Juli mitzuteilen, daß die DM trotz aller (britischen) Schwarzseherei die Währungsvereinigung vom 2. Juli ohne Schwankungen überstand. Erst am 16. Juli fiel sie um 1/2%. Der Aussenhandel Deutschlands hatte im Juni 1990 einen Überschuss erbracht, der um 300 Mill. DM über dem vom Juni 1989 lag. Auch die Preise blieben stabil, mit Ausnahme des Baugewerbes, wo die Nachfrage überwiegt.

Soweit die Meldungen. Nicht nur, daß Reuter dabei wieder einmal weit über die eigentliche Informierung hinausgeht und es nicht unterlaßen kann, eine recht abfällige ungezogene Bemerkung über den Präsidenten der Bundesbank fallen zu lassén, den *„verdammten Pöhl"*, wie Ridley ihn genannt hatte. Reuter gibt damit klar zu verstehen, daß der Versuch Pöhls, bei einem Besuch Londons England sachlich zu unterrichten und Missverständnisse aus dem Wege zu räumen, vollständig fehlgeschlagen ist. Ja, er muß sich sagen lassen, ihn ziere „falsche Bescheidenheit", d.h. Unehrlichkeit und Unaufrichtigkeit. Das ist schon ein starkes Stück! Das ist die Sprache eines selbstnominierten Gegners, der sich gar nicht erst die Mühe macht, sich mit uns an einen Tisch zu setzen. Es fragt sich seitdem darum nur, wie weit man in Frankfurt meint, noch gehen zu können, ohne das Gesicht überhaupt zu verlieren.

Bedenklich war, wie der sofort aus Bonn kommende berechtigte Entrüstungssturm über die Ridleyschen Ausfälligkeiten in der von Reuter weitgehend beherrschten Welt aufgenommen wurde. Im argentischen Radio wurde er gar nicht zur Kenntnis genommen (Morgensendungen vom 13. Juli 1990). Es wurden nur die giftigen Sätze des englischen Wirtschaftsministers wiederholt, auch nicht von der Entschuldigung gesprochen, die dann erfolgte. So wurde also die Ansicht Ridleys als etwas völlig korrektes hingestellt.

Sehr zu recht kam diesen Brunnenvergiftern der etwa gleichzeitige unglückliche Satz des deutschen Fußballtrainers **Franz Beckenbauer,** der nach dem Sieg in Rom meinte: *„Schon sind wir die Besten der Welt. Und wir werden für viele Jahre hindurch unbesiegbar sein. Die übrige Welt tut mir leid."* (63) Begeistert wird der ganze dpa-Artikel von argentinischen Zeitungen gebracht, der über diesen Ausrutscher berichtet und mit entsprechenden Unterstreichungen das Bild der Hunnen, der Nazis, der Herrenmenschen mit großer Wonne neuaufgewärmt. dpa spricht von **„patriotischer Arroganz"** und das Wort wird auch gleich in der Überschrift noch einmal vorweggenommen, Nicht die ärgerliche Tatsache, daß es den Deutschen nicht gut tut, *„wieder wichtig zu sein"*, daß wir sogar in den Jahren größter Erniedrigung nicht frei waren von derartigen ekelerregenden Gestalten

(siehe nur Max Christoph N. in unserem Buch X) und auch heute noch Zeitschriften in Deutschland Verbreitung finden, in welchen man sehr weit davon entfernt ist, die sichere Basis menschlichen Zusammenlebens auf dem Boden der Wahrheit und der Leistung anzustreben, die nur dazu beitragen, den berechtigten deutschen Unmut und die Ablehnung gegenüber so vielen feindlichen verbrecherischen Übergriffen zu entwerten, nicht diese Seite des Vorgangs soll hier Gegenstand unserer Bemerkungen sein, sondern die bedauerlicherweise von den westdeutschen und mitteldeutschen Regierungen niemals klar genug zur Kenntnis genommene „patriotische Arroganz" an den Ufern der Themse. Solange ist es doch gar nicht her. Am 31. Mai 1985 gab es 41 Tote im Brüsseler Fußballstadium, als Folge britischer Arroganz und Brutalität. Davon aber spricht natürlich niemand. (196). Und noch eins: Wer schon, der den selbstkritischen dpa-Artikel von Ellers las, hat auf den **deutschen** Autor geschaut? Kaum jemand hat erkannt, daß es eigentlich eine innerdeutsche Abrechnung war. Von der feindlichen Seite wird das immer nur als Bestätigung des dortigen Urteils über die Deutschen genommen.

Während man sich darüber aufregte, daß mit einigen jungen Deutschen sich die Freude überschlug („es waren Lappalien im Vergleich zu den Vorkommnissen auf der britischen Insel" - sid/dpa -), empfand man nicht erwähnenswert, was sich **in England** zutrug: *„Im südenglischen Totton wurde ein 33jähriger Engländer von den eigenen Landsleuten zu Tode geprügelt. Er hatte versucht, eine Gruppe von Randalierern zu beschwichtigen und bezahlte dies mit dem Leben. ‚Sie haben gehaust wie die Berserker', erklärte ein Polizeisprecher von Brighton dazu. Innerhalb weniger Minuten hatten rund 600 Jugendliche die Innenstadt des Badeortes in Schutt und Asche gelegt. Steine flogen. Scheiben zerbarsten, Menschen flüchteten vor den Horden wildgewordener Randalierer."*

„Rund 300 deutsche und französische Sprachstudenten mußten in Nachtbars flüchten, wo sie von der Polizei vor den anstürmenden Hooligans verbarrikadiert wurden. Nur unter dem Schutz einer Eskorte konnten die Studenten ihre Zuflucht wieder verlassen. In London, das während der 120 Minuten und dem Elfmeterschießen zuvor wie gelähmt war, tobten enttäuschte Fans nach dem englischen W.M. KO ihren Frust in Pubs und den Straßen aus. Innerhalb von 90 Minuten gingen 205 Notrufe in der Londoner Rettungsleitstelle ein."

„Im Stadtteil Eltham stürmte eine Gruppe von 50 Jugendlichen durch die Straßen und zertrümmerte alle Autos deutschen Fabrikats und mit deutschen Nummern. ‚Zu Beginn war es Enttäuschung, dann wurde es kriminell', meinte ein Londoner Polizeisprecher. Aus allen Landesteilen meldeten die Sicherheitsbehörden zum Teil schwere Ausschreitungen." (261).

Übersehen wir in der Angelegenheit Ridley auch nicht, daß der flegelige Angriff auf Deutschland nicht etwa von einem Kriegsminister ausging, sondern vom Wirtschaftsminister. Die Fronten sehen heute anders aus als 1939, als **Churchill** noch verkündigte: *„Es liegt ein gut Stück Wahrheit in den Vorwürfen in Bezug auf die gegen die Achsenmächte gerichtete Einkreisung. Es ist gegenwärtig nicht mehr nötig, die Wahrheit zu verbergen."* (64). Aber auch die neuen Fronten sind keineswegs schlecht bemannt. Ridley erhält zustimmende Briefe, deren Anzahl sechsstellige Zahlen ergibt und im konservativen Parteilager machen Unterschriftenlisten für Ridley die Runde.

Auch der Radius des Kreises ist von vorneherein heute größer als damals. Da wird uns z.B. gemeldet, daß Jorge Errázuriz, chilenischer Vertreter der uns ja bereits bekannten Börsenmaklerfirma Salomon Brothers dabei ist, den internationalen Kapitalmarkt mit Chile bekannt zu machen. *„Die Anleger befinden sich in einer aktiven Phase internationaler Verteilung ihres Aktien- und Anleihenangebots"* (65). Etwa einen Monat später sieht sich die chilenische Polizei genötigt, etwa fünfzig neugegründete Firmen etwas näher anzusehen, denn man hat den Eindruck, daß es sich um Kapitalien aus dem Drogengeschäft handelt.

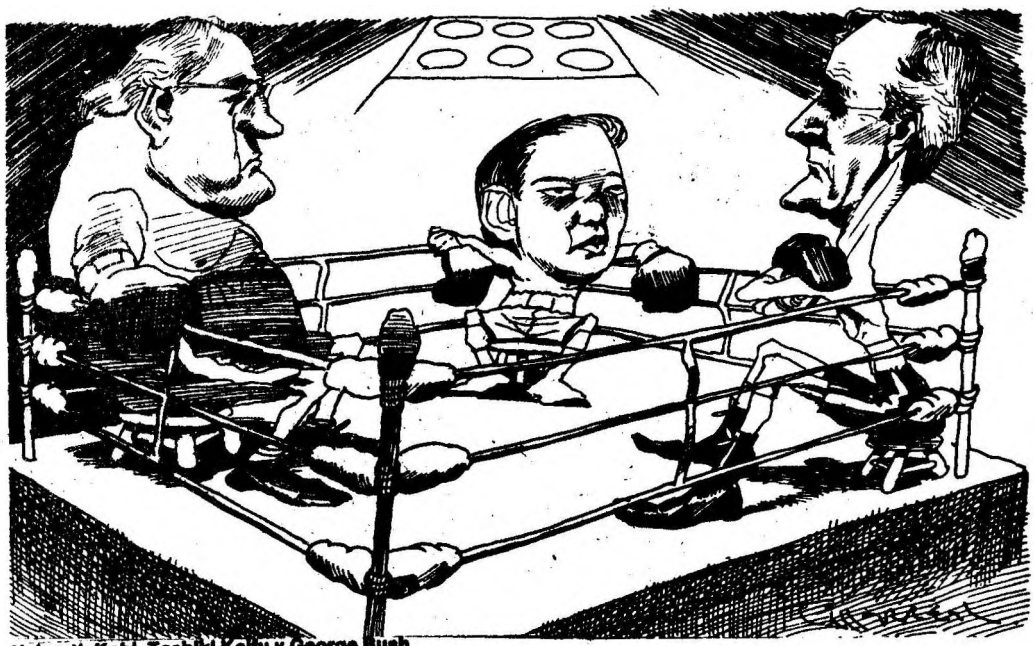
Einen Tag vor der obigen Meldung erst hatte „Mercurio" als gesellschaftliches Ereignis aus Santiago mitteilen können, daß die **Banco de Chile** am 18. Juni ein Büro in Frankfurt am Main als Vertretung vor der EG eingerichtet habe. Zur Feier dieses neuen Kontakts sieht man in der chilenischen Hauptstadt aufmarschiert: den Generaldirektor der Banco de Chile, den Generaldirektor der Deutsch-Südamerikanischen Bank, den chilenischen Botschafter in Deutschland, den Bürgermeister von Frankfurt/Main, den chilenischen Honorarkonsul in Frankfurt, den Direktor der Kreditanstalt für Wiederaufbau, den Handelsbeauftragten von Pro-Chile in München, den Hamburger Vertreter der chilenischen Interoceanschiffahrtslinie, den Vertreter der Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg, den Vertreter der Banco de Chile in Frankfurt, den Direktor des Bankhauses Hermann Lampe, den Direktor der chilenischen Zentralbank, den Präsidenten der gleichen Bank, den Vizepräsidenten der Südwestdeutschen Landesbank, den Anwalt der Banco de Chile in Frankfurt, den Direktor der Hessischen Landesbank. Dieses Treffen fand also statt als der Mann von Salomon Brothers zu einer *„ausgedehnten Reise in die Vereinigten Staaten und Europa startete, um eine zweite Phase des internationalen Einsteigens in den chilenischen Kapitalmarkt vorzubereiten."*

„Drüben" aber, auf der anderen Seite der Kordillere, in **Argentinien** erscheint in der angesehenen „La Nación" am 15. Juli ein Aufsatz von Mariano Grondona, in welchem der Versuch unternommen wird, der Einkreisung Deutschlands das Gesicht einer **Isolierung** zu geben. Bezugnehmend auf die Weltwirtschaftstagung von **Houston** heißt es: *„Es gibt Leute, die denken, daß der wirkliche, eigentliche Gegner der Vereinigten Staaten nicht etwa Japan ist, sondern das Neue Europa, das hinausgeht über den beschränkten Rahmen der EG, sich nach und nach mit der vollendeten Wiedervereinigung Deutschlands von Lissabon bis Moskau erstrecken wird. Verschiedene Dinge weisen in Richtung auf eine heftige Wiedergeburt Europas hin. Einige davon beunruhigen* (ein beachtenswertes Urteil in den Seiten der außenpolitisch richtungsweisenden argentinischen Zeitung, der der westdeutsche Botschafter erst vor einem halben Jahr einen beachteten Besuch abstattete) *Europa, das in den Zeiten des kalten Krieges die Achse seiner Geschichte verloren hatte, entdeckt sich wieder unter dem Zeichen einer Sache, die man mit* **‚Europäismus'** *bezeichnen könnte: einem Nationalismus auf kontinentaler Ebene. Müde geworden des Geldverdienens, begeistern sich die Deutschen an dem mächtigen Romantizismus der Wiedervereinigung. In Frankreich, mit Le Pen, in anderen Gebieten unter anderen Namen, erhebt sich eine Art von Rassismus, der ‚Eurocentrismus', gegen die nichteuropäischen Einwanderer. Sogar in Italien und Spanien nennt man uns heute ‚Sudacas'. Das ist die negative Seite einer historischen Wiedergeburt von majestätischen Ausmaßen."*

Nehmen wir die „Panne Ridley" in unsere weiteren Überlegungen auf, so stellen wir fest, daß das (kurz vorher) erfolgte Einlenken der Thatcher in **Dublin** hin zu einer Zustimmung zu einer politischen Einigung Europas (wenn auch in Zeitlupe) nicht freiwillig erfolgt ist. Die Karten wurden auf den Tisch gelegt und die Zahlen sprachen gegen England, während die Waffen kein Gewicht mehr hatten. London ist gar nicht mehr in der Lage, eine Rolle zu spielen, wie es die Thatcher, Ridley und Gentelmen möchten. Darum auch sind alle Bemühungen in der Art einer Einkreisung und einer zukünftigen Korrektur der Lage auf den für England typischen Wegen ein Wettlauf gegen die Uhr. Kommt es dabei zu einem neuen Krieg, so muß er schon heute als Verzweiflungstat bezeichnet werden. Der Fall Irak hat es bewiesen, daß man sich die in der Staatskasse fehlenden Millionen nicht einfach mehr beim Nachbarn holen kann, wie es Jahrhunderte lang dem Piratenstaat an der Themse möglich war. **Churchills** Politik nimmt im Nachhinein heute die gleiche Couleur an. Nicht nur die scharfen und präzisen Worte, die sein Landsmann David Irving über den **„perversen Churchill"** findet (der nackend, Zigarre rauchend, hochrangige Gäste emp-

fing, der sich vor Freunden besoff, wenn er von neuem Bombenregen auf eine deutsche Stadt erfuhr), nicht nur das in dem Windmühlenkampf der Thatcher gegen Europa sich lächerlich machende Britentum bestätigt das, sondern auch die noble Form, in welcher Deutschland alle Giftstreuer überspielt und darangeht, ehrwürdige Reichstraditionen erneut mitzutragen.

Der soeben herangezogene Aufsatz von Grondona in Buenos Aires entstellt die Tagung von **Houston** zugleich in Bild und Wort. Nachdem immerhin gesagt wird, daß 64% der Nordamerikaner über die japanischen Inversionen in den Staaten beunruhigt sind und nur 37% über die europäischen, heißt es weiter: *„Dennoch nahmen die Vereinigten Staaten und Europa in Houston polare Stellungen ein, während Japan die Wohltaten einer Mittlerrolle einsteckte."* Und in einer Karikatur, die wir hier bringen, sieht man denn auch Kohl und Busch sich drohend im Ring gegenübersitzen, wobei man dem stämmigen Kohl den (bedrohlichen) Sieg zutraut. (66). Wo sich auch nur eine Gelegenheit bietet, wird Deutschland als drohend hingestellt. Keine Möglichkeit der Verzerrung wird außer acht



Helmuth Kohl, Toshiki Kaifu y George Bush

gelassen. Wenn dann am nächsten Tag, dem 16. Juli, auch schon gemeldet werden muß: *„Kohl, der neue Teilhaber* (socio) *von George Bush"*, so hat der Hieb von gestern längst Eindruck gemacht. Doch auch diese neue Schlagzeile wird entwertet im folgenden Text: *„Die Hilfe, die Kohl Gorbatschow anbietet, besteht in Mark und* **nicht in Dollar***"*, heißt es dickgedruckt. *„Das sagt klar genug, was an Einfluß und deutscher Macht vor sich geht."* Und allsogleich geht es weiter: *„So selbstbewußt ist Kohl, daß er es sich erlauben konnte, Bush in Sachen Umweltschutz entgegenzutreten. Der germanische Führer* (el lider germano!) *schlug mit Unterstützung der anderen Tagungsteilnehmer mit Ausnahme von Bush Maßnahmen zur Bekämpfung der Erhitzung der Atmosphäre vor. Wenn es Bush gelang, die Initiative einzufrieren, um die US-Wirtschaft zu retten* (Meldung vom 17. Juli 1990: *„USA-Haushaltsdefizit dürfte 1991 169 Md Dollar erreichen, bei Einschluß einer Hilfsak-*

Nicht nur am Buckinghampalast hat man Spaß an alten Uniformen. Doch für Engländer ist es teuflisch, wenn so etwas in Berlin geschieht.

N ALTEN UNIFORMEN trat am Wochenende ein Musikzug der Nationalen Volksarmee bei einem Open-air-Festival auf dem Berliner Alexanderplatz auf. (dpa)

tion für die bankrotten Sparkassen sogar 218,5 Md. Dollar. Im August muß Bush eine Südamerikareise absagen, weil er den ihm da begegnenden Bettlern nichts mitbringen kann), *beweist der Vorschlag Kohls doch den neuen germanischen Einfluß. Kurz gesagt ist die Welt denn also Zeuge einer Neuordnung der politischen Felder, mit einem Washington, das das mächtige Deutschland unterstützt, einem übrigen Europa, das von diesem beunruhigt ist und einer Sowjet-Union, die mit ihren inneren Problemen genug zu tun hat.*" Man stellt fest, daß England also gleich „übriges Europa" geringschätzig an den Rand gesetzt wird. In diese Kerbe haut denn auch sofort der Korrespondent des „Ambito financiero" in den USA, Abel Dimant unter den fetten Buchstaben: **„Busch verrät England** *und setzt jetzt auf die deutsche Karte*". Im Text geht es weiter: „*Obwohl Ridley bei seinem Rücktritt seine Erklärung widerrief, hinterließ sie dennoch einen bitteren Geschmack in Europa, denn das, was er sagte, spiegelte die Gefühle und Sorgen von vielen wider, daß nämlich eines Tages das seit neuem wieder herrschende Deutschland die Geschichte zurückdrehen wird in die schrecklichen Tage Hitlers*". Abel meint denn auch sagen zu müssen: „*George Bush hat die ‚besonderen Beziehungen' zwischen Washington und London (67) über Bord geworfen, um sie durch solche zwischen* **Washington und Bonn** zu ersetzen. Die Figur

So sieht der britische Karikaturist Cummings im »Sunday Express« die deutsche Frage

Kohls ist darum so gewachsen, weil die wirtschaftliche und politische Stärke Deutschlands im Begriff steht, Europa in der gleichen Form zu beherrschen wie es die militärische Macht der Sowjets 45 Jahre lang tat."

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse wertete die Ergebnisse von ‚Houston' als einen wichtigen Schritt voran. Bonn spielt jetzt eine entscheidende Rolle im Konzert der Gipfelpartner, meinten amerikanische Kommentatoren. Die ‚New York Times' kam zu dem Schluß, Kohl habe ‚die Dominanz Washingtons gebrochen'." (dpa 13.7.90).

Nur 24 Stunden weiter kann man dann melden: *„Versprechungen, daß Bonn die Perestroika finanzieren wird, bestimmen Gorbatschow, vor der Nato zu weichen . . . obwohl das für den sowjetischen Führer nach dem schmerzhaften Zweiten Weltkrieg das Risiko unzufriedener Militärs und Ultrakonservativer einschließt."* Und um das Tagesquantum an Deutschenhetze voll zu machen, bringt Reuter (Tom Heneghan) aus Bonn gleich einen weiteren hämischen Bericht (68) unter der Überschrift: *„Ein neuer Staat, dem nur noch der Name fehlt und die Fahne und seine Staatsfeiertage". „Wird die Nationalhymne wieder ‚Deutschland über alles' heißen?"* fragt der Reuteragent dickgedruckt. Und bei der Aufzählung möglicher Staatsfeiertage heißt es völlig deplaziert: *„Der letzte Staatsfeiertag des vereinigten Deutschland ist auch gerade keine Option, wie man sich wohl denken kann: das war nämlich Hitlers Geburtstag."* Und noch einmal spricht Tom von dem *„Deutschlandlied, amtliche Bezeichnung: ‚Deutschland über alles'."* Werter Leser, bitte beachten Sie, was wir als wörtliche Zitate in diesem Buch kursiv setzen. Und noch eines:

diese Buchseiten wurden immer nur Stunden nach dem jeweiligen Ereignis niedergeschrieben. Daß sie erst viele Monate später in Buchform veröffentlicht werden können, ist technisch bedingt, aber mit politischen Folgen dann belastet, wenn sich herausstellen sollte, daß nirgendwo 1989 und 1990 in deutschen Zeitschriften oder Zeitungen die hier zitierten Aussprüche wiedergegeben wurden, sei es, daß man sie gar nicht sah, sei es, daß man sie verschweigen wollte.

Kaum einen Monat nach dem erstaunlichen Besuch der Thatcher in der **Ukraine** kam es dort erstmalig zu dem bis dahin unbekannten politischen Mittel eines **Eisenbahnattentats** in der Nähe von Rostow (am 19. Juli 1990). Schwer nur lassen sich da Gedankenassoziationen zu Wegelagerern von Robin Hood bis Lawrence vermeiden. Nur einen weiteren Tag darauf hielten es die **Iren** für angebracht, auf die **britische Gewaltherrschaft** im Norden ihrer Insel mit einer Bombe aufmerksam zu machen, die man in der als für die derzeitigen britischen Kriegsmaßnahmen zuständigen Londoner Börse explodieren ließ. Auch etwa ungewollt erinnert das an das bis heute mit tiefen Emotionen behaftete, noch aus dem Ersten Weltkrieg stammende deutsch-irische Bündnis. Vom ersten Tage der so schwer errungenen Freiheit Irlands an hat man gegenseitig ein großes Verständnis für den Kampf gegen ein tief gehaßtes, blutrünstiges, grausames und unehrliches Eroberervolk gehabt. Uns ist bewußt, daß es „Oder-Neisse-Linien" in Großbritannien gibt.

Im Aufmarsch der Divisionen wird das antibritische Bild dann belebt durch das Auftreten einer Nachrichtenagentur namens **„Euroecon"**, die sich am 19. Juli 1990 in Argentinien mit einer Meldung aus Berlin vorstellt, wonach „die deutsche Wiedervereinigung Argentinien Märkte öffnet". Es sieht so aus, als habe man in Europa festgestellt, daß dpa nicht der Aufgaben gerecht wird, die ihr der erklärte Krieg eigentlich zugeordnet hätte.

Den britischen Störversuchen zuwider läuft auch, was der deutschlandpolitische Berater Gorbatschows, Prof. Daschitschew aus Moskau auf dem noch zu erwähnenden Kongreß des Studienzentrums Weikersheim im Sommer 1990 mitteilt: *„Das Herz Europas schlägt in seiner Mitte, in Prag, Wien und Berlin. Dieses Mitteleuropa wird neu aufblühen und die Sowjeunion steht dem positiv gegenüber, weil sie davon nur profitieren kann"*. In dem Kapitel „Oder-Neisse-Linie" werden wir uns mehr mit den Realitäten zu so schönklingenden Perspektiven befassen.

Zu den Vorwürfen, die der englische Deutschenhasser, Wirtschaftsminister und Freimaurer Ridley uns Deutschen macht, gehört, daß wir Deutsche *„gefühlsbetont"* sind. So etwas kann er nicht vertragen. So etwas ist gefährlich, unkontrollierbar.

Gefühle sind den Freimaurern der Ausdruck von Vorurteilen, dem größten Übel, das einen Menschen befallen kann. Bei den Sitzungen in den Logen herrscht absolute Stille. *„Die eigentliche Sprache der Mystik ist das Schweigen"* (70). Gefühle zum Ausdruck bringen, verstößt gegen alle freimaurerische Umerziehung zum „freien" Menschen. Diese unnatürliche Disposition hat einen langen geistesgeschichtlichen Weg. Sie wurde im Orient geboren. Bei den Phöniziern, einer Reihe kanaanitischer Stämme und bei den Karthagern wurden die eigenen Kinder dem **Gott Moloch** (Saturn) geopfert, um ihn wohlgesinnt zu stimmen, und Plutarch sagt dazu: *„Sie opferten ihre eigenen Kinder. Die Mutter des geopferten Kindes war anwesend. Sie durfte weder weinen noch seufzen"* (71). Durch die alte Geschichte zieht sich ein Kampf gegen diese Menschenopfer. Bekannt ist die scharfe Stellungnahme **Moses** (72), die den gläubigen Juden noch heute von dem jüdischen Freimaurer unterscheidet. Es gibt eine Reihe von Forschern (73), die auf wissenschaftlicher Basis den Versuch machen, Moses und dem Neuen Testament einen geheimgesellschaftlichen Parallelweg gegenüberzustellen, der von der Gnosis bis zu den Freimaurern verläuft und der unter Hinweis auf die Illuminaten unter Weisshaupt und einer Reihe weiterer maurischer Sekten wie der der Carbonari und der Martinisten, und in unserem Jahrhundert

Sefton Delmer, Brille in der Hand.

dann der Satanisten unter **Alester Crowley** (74) es diesen Autoren möglich macht, etwa die Verbrennung der deutschen Zivilbevölkerung als ein „Opfer" zu bezeichnen, als eine „heilige" Handlung der Urheber dieser unfaßbaren Verbrechen. Die bekannte Tatsache, daß es Juden waren, die dieses Ordeal erfanden, gibt ihnen Arbeitsmaterial, das weniger auf seinen Tatsachengehalt als auf seinen Einfluß hin nur schwer greifbar ist (75). Es gehörte zum Wesen aller Geheimgesellschaften, sich niemals zu konkreten politischen Ereignissen, Revolutionen, Morden, Kriegen, Gesetzen trotz aller Indizien zu bekennen. Bemerkenswert ist es aber doch wohl, daß bis zur heutigen Stunde hin es immer noch keinen Tag gibt, an welchem wir der gigantischen Greueltaten und ihrer Millionen unschuldiger Opfer, Frauen und Kinder vor allem, gedenken, die dem Massenverbrechen der **Flächenbombardierung** zum Opfer fielen. **Das** ist, wagen wir zu sagen, ganz sicher eine Folge davon, daß wir von „toleranten" Freimaurern regiert werden. Sollen wir etwa auch, nachdem man uns schon das Singen verübelt hat, weder weinen noch seufzen dürfen? Irgendetwas stimmt da doch wohl nicht ganz im Gefühlshaushalt unserer Nation. Und das geht nicht mit rechten Dingen zu. Amtlich plagt man sich alle Naselang mit „Menschenhaß", „Judenverfolgung", „Zeugen verscharrter Geschichte", „ Überlebenden des Holocaust", „Den Toten der Massaker von . . . und von . . .", „den perfektesten Vernichtungslagern der Geschichte", „ewiger Sühne" und kann sich nicht genug tun mit Mahnungen, Erinnerungsappellen, Büßerszenen, Namensgebungen, Buchpreisen, Einweihung von neuen Bibliotheken voller Literatur über Ermordete, Verschollene, Leidtragende, doch kein einziges Wort fällt über unsere Toten. Unser Volk wird da in eine **Zwangsjacke der Gefühle** gepreßt, die — bestenfalls — genauso eines Tages abgeworfen werden muß wie die Mauer. Da steht unserem Volke noch eine ganz große Aufgabe bevor. Ohne deren Bewältigung kann an Friede nicht

gedacht werden. Da bedarf noch manches der Klärung. Wer steuert hier diese Einmischung in unser Seelenleben? Auch diese Frage gehört hinein in den Komplex der „Wiedervereinigung", denn eine solche setzt zu ihrer Vollendung voraus, daß wir unserer Toten an unserem zukünftigen Nationalfeiertag gedenken dürfen und zwar ohne ungezogene politische Stänkereien, wie es seit 1945 befohlen wird. Das Jahr hat 365 Tage. Es ist doch wohl nicht allzuviel verlangt, daß wir an e i n e m dieser Tage als Deutsche unter uns sein wollen. Das ist mehr eine Warnung als eine Forderung!

Es ist nicht viel damit getan, sich die hier wiedergegebenen **Karikaturen** anzusehen. Man sollte ein wenig darüber nachdenken, daß man derartige niedrige Gehässigkeit in sehr ähnlichen antideutschen Karikaturen sowohl vor 1914 wie auch vor 1939 in englischen Blättern fand. Genauso wie damals waren sie nur möglich, weil in England eine antideutsche Grundstimmung herrscht, die gespeist wird von den deutschen wirtschaftlichen Erfolgen auf der einen Seite und der britischen Lebensart dem gegenüber.

Neuen Anlaß, Deutschland zu verunglimpfen, gab der „historische Durchbruch", als am 16. Juli 1990 Gorbatschow und Kohl in Shelesnowodsk im Kaukasus einen Weg in die Zukunft öffneten, in der ein souveränes Deutschland mitsprechen wird. In der „Zeit" umreißt Jürgen Krönig, was man in London immer noch nicht begreifen kann und will. Da heißt es: *„Großbritannien am Tag nach dem ‚historischen Durchbruch' im Kaukasus: ‚Unsere Sendung wird von Deutschland dominiert', leitet ein Fernsehmoderator ein, ‚so wie es in Zukunft Europa dominieren wird'. Über dem Leitartikel der Times stand: ‚Schaut auf den siegreichen Helden', gemeint war Helmut Kohl . . . Im britischen Fernsehen lief einer jener Filme, die über Jahrzehnte als harmlos nostalgisches Vergnügen galten, die aber nach der Ridley-Affäre plötzlich mit ganz anderen Augen wahrgenommen werden, und nicht nur von ausländischen Gästen: Dickleibige SS-Offiziere, mit Schmissen auf den Wangen, werden von britischen Agenten und französischer Résistance gefoppt. ‚Was kann man anderes erwarten', so der Schluß eines Dialogs, ‚sie sind eben Hunnen'."* Klarer noch als in den vergangenen Monaten wurde an diesem Tage England, daß es schon deswegen kein **Gleichgewicht der Kräfte** mehr zu halten gibt, weil auf dieser mechanischen Ebene keine Politik mehr gemacht werden wird. Damit ist es aus mit einem England als Siegermacht. Jetzt hat die moderne deutsche Industrie die Vorderhand, und ist dabei, wieder der Ware anstatt dem Zins, das Wort zu reden. Und an die Stelle der Geheimagenten in den europäischen Kabinetten treten Zahlen: Auslandsverschuldung, Exportindustrien, aktive Handelsbilanz, Wettbewerbsfähigkeit. Das ursprünglich so gerne von England ausgesprochene Wort vom fair play hat seinen Sinn dort verloren, wo man den Fleißigeren zum „Hunnen" stempeln möchte. England ist ein schlechter Verlierer.

Vor dem I Weltkrieg:

Stahlproduktion in Millionen Tonnen

	1880	1990	1913
Großbritannien	1,3	4,9	7,7
Deutschland	0,7	6,6	18,3

Vor dem II. Weltkrieg:

„Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein; wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen."

Lord Robert G. Vansittart,
Unterstaatssekretär im Foreign Office, 1933

„Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt; Anlaß war der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren: Neid, Gier und Angst".

Generalmajor J.F.C. Fuller, 1948

Vor dem III. Weltkrieg:
„Frieden ist natürlich generell zu begrüßen — aber nichts ist genau so, wie es von außen aussieht".

‚Sunday Telegraph', London am 8. Juli 1990

„Ich bin sogar nicht sicher, ob Hitler vorzuziehen ist, mit den Luftschutzräumen und der Aussicht auf Kampf, als zu wirtschaftlichen Sklaven zu werden."

Nicholas Ridley, englischer Wirtschaftsminister
Anfang Juli 1990 in ‚The Spectator', London

Ein gutgemeinter Besuch Pöhls in London wird, wie schon gemeldet, nur höhnisch belacht. Man spricht von deutscher „falscher Bescheidenheit". Was der Fachmann sagt, wird als unsachlich abgetan. Schon heute stehen wir also wieder dort, wo die britische alte Behauptung von einer „deutschen Gefahr" zum Leitmotiv englischer Außenpolitik wird. Sicher, genauso wie vor den vorherigen beiden englischen Kriegen gibt es Stimmen in England — und es sind auch diesmal nicht wenige — die Frieden wünschen, die einen europäischen Zusammenschluß wünschen, die die bisherige britische Geschichte als brutal und verbrecherisch verurteilen. Sie lief im Interesse gewisser Familien ab. Doch, wer sagt uns, daß sie nicht auch diesmal wieder unterliegen, daß es erneut gelingt, Feindbilder aufzubauen, Völker wie das deutsche und das russische etwa in die Zange zu nehmen und die Öffentliche Meinung der übrigen Welt zu vergiften? Wir haben in diesem Buch einiges von dem zusammengetragen, was von London aus an Falschmeldungen 1989 und 1990 verbreitet wurde. Man nehme diese Hetze ernst! Es ist erst wenige Jahre her, daß es englischer Falschinformation gelang, die ganze europäische Welt gegen ihre eigenen Interessen und anständigen Prinzipien in einen Krieg an der Seite Englands zu verwickeln. Ich meine den von London provozierten **Malvinenkrieg** gegen Argentinien. Der deutsche damalige Kanzler, Helmut Schmidt, ein Sozialist, und also keineswegs ein „Junker", verlängerte sogar aus freien Stücken die Sanktionen seines Landes gegen Argentinien. Warum sollte es Downing Street also nicht möglich sein, genauso schon morgen Staaten gegen Deutschland aufzuhetzen, auch wenn es gegen deren Interessen geht? Die gesamte britische Geschichte ist eine solche der Kriege und der bewaffneten Interventionen und der Eroberungen und der Attentate und der Morde gewesen. Es spricht alles dafür, daß sich diesbezüglich an dem britischen Volkscharakter (vor allem dem seiner gleichgebliebenen führenden Schicht) überhaupt nichts geändert hat. Meinen Sie, verehrter Leser, wirklich, daß die in Dresden freventlich ermordeten deutschen Frauen und Kinder in der langen Liste britischer Raubopfer die letzten gewesen sind? Mißachten Sie ruhig die düsteren Prophezeiungen, die ich hier ausspreche. Sie sind nicht aus der Luft gegriffen. Was bereits in London gesagt und geschrieben wurde, ist anhand der früheren Erfahrungen ausreichend, um die ganze Welt aufzufordern, England zwangsweise einzuordnen in die Gemeinschaft der zivilisierten Staaten. Die von gewissen amtierenden deutschen Politikern an den Tag gelegte Liebedienerei London gegenüber ist das dümmste und unkonsequenteste, das man tun kann. England hat immer nur die Sprache der Härte verstanden, nicht die des flauen Nachgebens, des guten Zuredens und des nachsichtigen Übersehens. Und vor allem sollte man auch

nicht meinen, man komme dem Weltfrieden näher, wenn man mir nichts, dir nichts auf deutsche Erde verzichtet. Es mag sein, daß die allen Menschen drohende Gefahr einer Umweltzerstörung und auch die Gefahr eines Atomkrieges bremsend auf britische Gewaltmethoden und auf polnische Gewaltpolitik sich auswirken. Doch das wäre ein Frieden auf morschem Boden. Frieden, wahrer, Vertrauen erweckender Völkerfrieden fordert eine moralisch saubere Grundlage. Mit der Anerkennung nicht gewesener Kriegsverbrechen und dem Verschweigen geschehener, mit der Winselei von so gerne an der Themse gehörter deutscher Schuld macht man alles nur noch schlimmer! Solange man gestattet, daß polnische Gewaltherrschaft und britische Brunnenvergiftung den Ton angeben, kann die Welt nicht ruhig schlafen. England hat endlich seine Vergangenheit zu bewältigen und Polen die seine. Und das Ergebnis möge zum festen Bestandteil europäischer Zusammenarbeit werden. Mit Verbrechern kann man sich nicht an einen Tisch setzen, solange sie sich nicht reuevoll zu ihrer Schuld bekennen. Von deutscher Seite sind derart unzählig viele Bekenntnisse mea culpa mea culpa ausgesprochen worden, so ziemlich jedes Verbrechen, das man uns angedichtet hat, haben wir auf uns genommen. Noch wenige Wochen bevor man jetzt in Moskau endlich zugab, wer die polnischen Offiziere in Katyn mit Genickschuß liquidierte, hat unser Staatspräsident von Weizsäcker die Untat erneut uns Deutschen zuschieben wollen. Man hat es sogar fertiggebracht, die wildesten Übertreibungen und Unmöglichkeiten in der Vergangenheit sachlicher historischer und naturwissenschaftlicher Überprüfung zu entziehen und als Dogmen in unsere Justiz aufzunehmen. Niemals werden wir einen derartigen Wahnsinn von Polen und von Engländern verlangen. Doch, es bleibt auch ohne das noch eine verdammt lange Liste offen, bevor wir gemeinsam mit London und Warschau ein Dokument des Friedens unterschreiben können. Geht man auf diese Jahrhundertforderung nicht ein, so steht der böse Wille an Weichsel und Themse international fest. So ist es angebracht, die gesamte Menschheit in Alarmzustand zu versetzen. Wenn Bonn und Ost-Berlin nicht diese klare Haltung einnehmen, haben sie Teil an zukünftigem Unglück. Auch Unterlassen kann straffällig machen.

Unter dem Eindruck des „heißen Friedens", den uns England beschert, lese ich die folgende zutreffende Leserzuschrift eines Deutschamerikaners in Nr. III/1990 der Zeitschrift „Die Bauernschaft":

„Sollte Ihre Feststellung, daß Hitlers ‚größte staatsmännische Leistung seine Englandpolitik war', ein schlechter Witz sein oder meinen Sie das wahrhaftig im Ernst? Leben Sie mal Jahr um Jahr unter Engländern (oder fragen Sie Ernst Zündel) und es dürften Ihnen die Augen dafür aufgehen, daß wir Deutsche von keinem Land der Welt . . . so sehr gehaßt werden wie von England . . . Wir hatten herzlich wenig Grund, uns, wie Hitler es vorschlug, für das Britische Weltreich zu schlagen."

Darauf antwortet ihm Thies Christophersen: *„Der Feind Europas war und ist der Bolschewismus — und nicht England oder Frankreich. England wollte das Gleichgewicht der Kräfte und ist damit immer Gegner der stärksten europäischen Macht. Ich bleibe dabei: Hitlers Englandpolitik war richtig . . ."*

Da diese, in meinen Augen oberflächliche, am wesentlichen, nämlich dem verbrecherischen Charakter britischer Außenpolitk vorbeigehende Beurteilung der Dinge anscheinend in Deutschland nach wie vor trotz allem zum guten Ton gehört, da derartige Auffassung seit hundert Jahren in schädlicher Weise die deutsche Außenpolitik beeinflußt hat, seien dazu noch ein paar Worte mehr gesagt:

Es ist keineswegs selten, daß sich ein Deutscher, der niemals im Ausland gelebt hat, anmaßt, seine Meinung über dortige Erfahrungen zu setzen. Man fragt sich bestürzt, woher diese Personen ihre Meinung schöpfen. Wir, die wir dauernd unter dem Einfluß britischen Deutschenhasses leben, sind auf das höchste empört — um es auszudrücken, wie es ist —

daß sich da Personen, die man als absolute Ignoranten auf diesem Gebiet bezeichnen muß, als Retter britischen Ansehens in Positur setzen. Es gehört tatsächlich ein erhebliches Maß an Unwissenheit dazu, die Engländer als zivilisiertes Volk zu bezeichnen. Dabei gehört ja zu der elendlangen Aufzählung britischer Kriegsverbrechen nicht nur, was sich in fernen Kontinenten ereignete, sondern auch, was in einem erschreckenden Ausmaß auf deutschem Boden geschehen ist, von Lübeck bis Wehrl. Man fragt sich erschüttert, ob es der Deutsche nötig hat, daß man ihn laufend an verbrecherische Scheußlichkeiten seiner Feinde erinnern muß, um sie nicht zu vergessen oder herabzuwerten. Man fragt sich, ob der Deutsche kein abwägendes Organ für Verbrechen besitzt, ob er gefühllos ist oder feige, sie beim Namen zu nennen. Fragen Sie einen Iren, was England Irland angetan hat, fragen sie einen Buren, was England seinem Vaterlande antat, er wird Ihnen ohne Zögern einige der Grausamkeiten aufzählen, die englische Lords und Generäle sich geleistet haben. Fragen Sie einen Deutschen, er wird sich nicht einmal an den Namen eines Marschall Harris erinnern. Das ist sehr ernst! Das ist viel schwerwiegender als einfache Gedächtnisschwäche. Das ist moralische Liederlichkeit. Wer nach allem, was geschehen ist, in Deutschland Engländer noch in Schutz nimmt, sollte sich in den Boden schämen!

Wir erinnern an die Unkerei, daß es durch die Wiedervereinigung zur **Inflation** kommen werde. Alle möglichen britischen Geldzaren verstiegen sich zu dieser Schwarzseherei. Wir erfuhren, daß es nicht dazu kam, daß der deutsche Kapitalmarkt und der Fleiß seiner Bürger den Schritt vom 1. Juli 1990 ohne solche Folgen verkraftete. Doch, es gab einen eigentlich unbegründeten **Zinsanstieg.** Geld war nur noch für höhere Zinsen zu bekommen. Das westdeutsche „DM-Magazin" berichtete bereits im April über die Gründe, doch war die deutsche Presse wie üblich, sehr entgegenkommend, und tat ihr möglichstes, dieses Wissen nicht publik zu machen. In den „Unabhängigen Nachrichten" wird der betreffende Aufsatz dann wiedergegeben, nachdem drei Monate praktischer Erfahrung den Deutschen klargemacht wurde, wie zutreffend er ist: *„Für deutsche Bankiers steht fest: Maggie Thatcher läßt die Zinsen in die Höhe treiben, um den Deutschen die Vereinigung der beiden Staaten zu erschweren. Sie versuche es mit wirtschaftlichen Mitteln, weil die britische Premierministerin mit ihren politischen Argumenten ziemlich alleine steht. Als Hebel benutze sie den Terminhandel in sogenannten Bond-Futures an der Londoner Börse."*

„Die Spekulanten in der Londoner City — allen voran der renommierte Bankier Warburg, auf den Maggy Thatcher Einfluß ausüben soll — ließen die Kurse der Bundesanleihen in den Keller purzeln und trieben die Rendite zeitweise auf 9,15 Prozent. Die Folge: Eine neue Anleihe muß bei einem Ausgabesatz von knapp unter 100 schon einen Zins von neun Prozent offerieren. Die Finanzmanöver in London werden hinter vorgehaltener Hand mit der Überlegung begründet, die angekündigte Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten werde den deutschen Kapitalmarkt stark belasten. Diese negative Aussicht drücke eben auf die Anleihemärkte. Eine feinsinnige Umschreibung dafür, wie sich Maggie um die Wiedervereinigung sorgt. Weniger fein umschrieben: Die eiserne Lady fürchtet die vereinigte deutsche Wirtschaftskraft. Die von London initiierte Entwicklung wirkt sich auf das gesamte deutsche Zinsniveau aus. Beispiel: Baugeld wurde rasant teurer. Hypotheken kosten inzwischen schon mehr als zehn Prozent Zinsen. Auch Darlehen für dringend notwendige Investitionen in der DDR verteuern sich durch den Schub nach oben erheblich." Reuter gießt immer wieder Öl aufs Feuer. Am 26. Juni heißt es: *„Niemand unterschätzt das Risiko . . . eines Abenteuers (!) ohne Vorgänger in der Weltwirtschaftsgeschichte."*

Das ist Krieg. Bei früheren Gelegenheiten hat man deutsche Babys verhungern lassen, jetzt erschwert man den Bau von Wohnungen und Arbeitsplätzen, um das Elend zu verlängern. Das ist die englische Handschrift in der deutschen Geschichte.

Die Hungerblockade am Ende des I. Weltkrieges

Es starben als Opfer der englischen Blockade an Unterernährung:

1915	88.000
1916	122.000
1917	260.000
1918	294.000

„Die britische Politik war, ganz Deutschland wie eine belagerte Festung zu behandeln im unverhohlenen Bemühen, die gesamte Bevölkerung — Männer, Frauen und Kinder, Alt und Jung, Verwundete und Unversehrte — durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen." — Winston Churchill.

„Wir taten alles in unserer Macht, um die Frauen und Kinder in Deutschland auszuhungern." — Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität.

„Bis Kriegsende kamen durch Unterernährung und Krankheit als Folge der Blockade schätzungsweise 763.000 Deutsche ums Leben." Prof. H.C. Peterson, „Propaganda for War".

„Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 wurde nicht die interalliierte Blockade Deutschlands aufgehoben. Viele Monate lang nach Beendigung des Krieges erlaubten die Regierungen der Verbündeten keine Lebensmittelverladungen zu den Millionen hungernder Menschen in Deutschland." Charles C. Tansill, „Back Door to War".

„Die Verhältnisse in den Krankenhäusern waren erschreckend. Während der Kriegsjahre waren von den Patienten ständig durchschnittlich ein Zehntel infolge Mangels an Fett, Milch und gutem Mehl gestorben. Im Kinderkrankenhaus sahen wir schreckliche Bilder, so die ‚Hungerbabys' mit gräßlich geschwollenen Köpfen." G.E.R. Geyde „The Revolver Republic".

„Wir halten die Blockade mit Nachdruck aufrecht. Deutschland ist dem Verhungern nahe. Jetzt ist daher der Augenblick zum Verhandeln gekommen." Winston Churchill, am 3. März 1919 (!) im Unterhaus.

Die Hungerjahre 1945-49

„Diese Aushungerung ist zweckbewußt geplant worden. Damit sicher Millionen von Deutschen sterben würden, wurde der UNRRA (Hilfsorganisation der Vereinten Nationen) verboten, den Feindländern Nahrungsmittel zu senden. Die Absicht, das deutsche Volk zu Tode zu hungern, wird mit einer Herzlosigkeit durchgeführt, wie sie in der westlichen Welt seit der Zeit der Mongoleneinfälle unbekannt gewesen ist." „The Chicago Tribune", 8. Mai 1946.

„Die deutsche Tagesration ist auf 1.000 Kalorien pro Kopf beschnitten, im Vergleich zu 2.800 Kalorien in England, und wir werden sie auf 1.000 halten. Die Deutschen müssen ihren Gürtel enger schnüren. Das kann ich Ihnen versichern!" B.L. Montgomery, britischer Feldmarschall in einer Rede bei der „Freedom Ceremony" in Paris laut Bericht des „London Evening Standard".

Mir ist persönlich bekannt geworden, daß bei Kriegsende die großen Nahrungsmittellager in Hamburg noch soll voll waren, daß Hamburg weitere drei Jahre hätte ernährt werden können. Die Engländer transportierten den Inhalt nach England.

„Die Hungerpolitik in amerikanischen, französischen und englischen Lagern für deutsche Kriegsgefangene ist bekannt. Alleine in den amerikanischen Lagern starben mehr als 1 Million Gefangene an Unterernährung." James Bacque.

Die „National Archives" in Washington DC enthalten einen „Wochenbericht über Kriegsgefangene und Entwaffnete Feindkräfte für die Woche, die am 8. Sept. 1945 endete". Danach hielten die USA damals noch 1.056.482 deutsche Gefangene fest. Von diesen wurden 692.895 als „prisoners of war" bezeichnet und 363.587 als DEFs (Disarmed Enemy Forces). Diese letztere Bezeichnung war von Eisenhower eingeführt worden und zwar zum Zwecke der Umgehung der Genfer Convention. DEFs hatten kein Recht auf Nahrung, Unterkunft und Wasser, hatten überhaupt keine Rechte. In der 1. Septemberwoche 1945 starben 13051 von den deutschen 363.587 DEFs. In Wirklichkeit waren auch die 692.895 Gefangenen bereits auf Befehl Eisenhowers vom 4. August 1945 in den Status von DEFs umbenannt worden. Bacque stellt fest, daß in amerikanischen und französischen Lagern „mehr als eine Million" starben. Schon am 26. April 1990 hatte Eisenhowers Generalquartiermeister, General Robert Littlejohn bzgl. der Gefangenen angeordnet: „No shelter", kein Dach über dem Kopf! Ab 4. Mai wurde auf die Dauer von mehr als einem Jahr jede Post von und an Kriegsgefangene gesperrt. Die Todesrate in den US-Rheinlandlagern beträgt Mitte Mai nach amerikanischer ärztlicher Feststellung „mehr als 30 Prozent". Ende August stellt Jean-Pierre Pradervand vom Internationalen Roten Kreuz fest, *„daß die Bedingungen in den französischen Gefangenenlagern vielfach schlimmer sind als in den Nazilagern." Pradervand zeigt dem amerikanischen Rotkreuzdelegierten Henry W. Dunning Fotos von deutschen Gefangenen, die lebenden Skeletten gleichen. Die Weitergabe der Fotos an Regierungsstellen in Washington bleibt ergebnislos. Ebenfalls De Gaulle zeigt keinerlei Interesse an dieser Information. Am 27. September zeigt man Eisenhower diese Fotos in seinem Büro. Die westdeutsche Regierung schätzt, daß 1,7 Millionen deutsche Soldaten, die bei Kriegsende noch lebten, verschwunden sind.* (Alle Daten aus dem Buch von James Bacque, Toronto).

Hungerblockade und Flächenbombardierung, das waren die verbrecherischen Methoden, mit welchen England es versuchte, das Rad der Weltgeschichte zurückzudrehen. Man hatte in London nicht begriffen, daß das Englische Weltreich nicht Schritt halten konnte mit dem Fleiß und dem Anstand der Deutschen. Man wollte nicht einsehen, daß ein Volk, das sich mit Brutalität in den Besitz ganzer Kontinente gesetzt hatte, damit nicht die Leistungsfähigkeit aufbringen konnte, die ein Volk der Welt vorführte, das keine Freude am Sklavenhandel und Indianermorden hatte, sondern an Arbeit und Fleiß. Man meinte, dieses Volk dezimieren zu können, ihm seine Kolonien und seine Ostgebiete rauben zu sollen, um die Tyrannei britischer Unterdrückung in Asien und in Afrika und in Australien mit Erfolg fortsetzen zu können. Als man sah, daß dieser Versuch, den Lauf der Welt zwangsläufig zugunsten von Raub und Mord zu ändern, erneut in den dreißiger Jahren zuschanden wurde, da ging man mit noch gräßlicheren Mitteln gegen dieses Volk vor und schuf zu diesem Zweck sogar die **Atombombe,** wie es Einstein offen aussprach. Und heute, da es zum dritten Mal klar wird, daß das Engländertum nicht in der Lage ist, das deutsche Volk mit friedlichen Mitteln zu übertrumpfen, da erheben sich erneut englische Stimmen und fordern Kampf. Man meint in **Bonn,** unter solchen Aussichten ist es das Klügste, nachzugeben und in aller Welt den Helfenden, den Zahlenden zu spielen und den Gewinn unserer Arbeit freiwillig wegzugeben als Entwicklungshilfe, als Wiedergutmachung, als Asylantenaufnahme. Man meint, man könnte Deutschland so freikaufen von den unberechtigten Forderungen der Engländer und ihrer Mitverschworenen. Wenn man sich die entsprechenden Zahlen ansieht, so stellt man fest, daß sie von Jahr zu Jahr größer wurden, daß sie bereits eine Höhe erreicht haben, die empfindlich die sozialen inneren Aufgaben beschnei-

det. Man muß sich in Bonn darüber im klaren sein, daß eine solche Politik grundsätzlicher Nachgiebigkeit gegenüber eindeutig unmoralischen Absichten zwangsläufig zu einem bösen Ende führen muß. Es beginnt mit der Untergrabung der öffentlichen Moral, dem passiven Widerstand und es endet im Chaos. Eine geordnete Staatengesellschaft bedingt Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen in allen ihren Teilen. Ohne das kann sie nicht funktionieren. Der Wiederholung längst als solcher bewiesener Fälschungen unserer Geschichte ist ein Riegel vorzuschieben. Unserer Außenpolitik unlautere Motive zu unterstellen, kann nicht ohne nachteilige Folgen für alle Beteiligten praktiziert werden. Bonn muß bereit sein, seinen **aktiven** Anteil an der notwendigen Gesundung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu leisten.

Das Lied des Wächters

Haltet eurer Herzen Feuer
wach durch alle schwere Not,
bis von unserm Stern ein neuer
Schein in unser Morgen loht.

Nicht zu Sternen sollt ihr beten,
tief in euch liegt euer Los —
könnt ihr aus euch selber treten,
sind auch eure Sterne groß.

Schaut nicht blind zu euren Sternen,
seht, wie Tod und Leben geht:
Selbst ein Stern kann in den Fernen
sterben, der schon ewig steht.

Haltet eurer Herzen Feuer
heilig über alle Zeit,
künden muß es, daß ihr treuer
als die hellsten Sterne seid.

V. Das Problem Deutschland

Vierzig Jahre Stimmwechsel

Niemand fühlte sich verantwortlich für die **Spaltung.** Niemand war offen gegen eine Wiedervereinigung. Immer wieder kam sie ins Gerede. Doch immer wieder wurde sie verhindert. Aber niemand wollte das verursacht haben. Der organisierte Gegner blieb im Dunkeln. Und gerade darum sagt es uns einiges, wenn wir rückblickend aus diesen fast vierzig Jahren zitieren.

Die Spaltung war eine Folge der Weltpolitik. Sie ergab sich aus der Interessenlage der im Kriege gegen Europa siegreichen beiden Großmächte. Aus einer ursprünglichen Militärverwaltung schaukelten sich die beiden Teile des besetzten Reiches auf zu De-facto-Staaten mit unterschiedlicher Ideologie. Zeitweise waren die direkten Beziehungen zwischen ihnen feindseliger als die der Großmächte zueinander. In beiden Verwaltungsteilen machten sich Tendenzen breit, den jeweiligen anderen Teil anzugliedern. Nicht selten war west- wie mitteldeutschen Politikern die Ideologie und ihre Herrschaft wichtiger als deutsche Belange. Grotewohl, Ministerpräsident der DDR machte am 29. Juli 1957 den Westmächten Vorschläge, die nach Auffassung des Foreign Office *„die Wiedervereinigung verhindern sollen, es sei denn auf der Grundlage einer kommunistischen Regierung."*

Vor der Volkskammer wandte sich Nikita Krutschew am 8. August 1957 in einer längeren Rede an die Wähler in der BRD und forderte diese auf, in den kommenden Wahlen Adenauer zu stürzen, widrigenfalls sie sich den schrecklichen Gefahren eines Atomkrieges aussetzen würden. *„Ein wiedervereinigtes Deutschland muß ein demokratischer, friedliebender Staat sein. Es muß kommunistisch sein."*

Die der DDR-Regierung nahestehende Wochenzeitung „Volksarmee" meint im November 1974: *„Zwar benutzen die Bürger der DDR und der BRD zur Formulierung ihrer Gedanken und Äußerungen weitgehend — aber keineswegs vollständig — dieselben sprachlichen Ausdrucksmittel. Andererseits wird jedoch seit jeher das Denken und Handeln der Menschen durch ihr gesellschaftliches Sein, ihre Klasenzugehörigkeit, ihre soziale Stellung in der einen oder anderen Gesellschaftsordnung und nicht von ihrer Muttersprache bestimmt . . . Was die Gemeinsamkeit der deutschen Sprache selbst angeht, so haben niemals alle Deutschsprechenden wirklich die gleiche Sprache gesprochen. Auch die klare, ehrliche Sprache des VIII. Parteitages der SED über die Ziele und Wege der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft hat mit dem verschwommenen Gerede der BRD-Politik, das bei jeder Äußerung der totalen Krise des staatsmonopolistischen Systems angestimmt wird, nichts gemein."* (76).

Am 26. Gründungstag der DDR, am 7. Oktober 1975, wurde zwischen der DDR und der Sowjetunion (Breschnew) ein (diesmal „ewiger") „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" unterzeichnet, der das bisher anerkannte Postulat „einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands" fortließ. In der Neuformulierung der Verfassung der DDR im Jahre 1974 war diese Forderung ebenfalls bereits gestrichen worden. Die Schweizer, in deutschen Dingen immer schon spaltungsfreundliche NZZ meint dazu: *„es war eine Sache, die de facto ohnehin seit längerer Zeit besiegelt schien."*

„Illusionen über Wiedervereinigung und sogenannte innerdeutsche Beziehungen" sind

nach Worten des DDR-Staatsratsvorsitzenden Willi Stoph auch in Zukunft *„zum Scheitern verurteilt. Das Volk in der DDR hat die finstere imperialistische Vergangenheit endgültig hinter sich gelassen. Das DDR-Volk hat sich seit langem in freier Selbstbestimmung für den Sozialismus entschieden. Fortschritt und Reaktion, Sozialismus und Imperialismus lassen sich nicht vereinen."* (77).

Und nun zur anderen Seite des Grabens, den man dann zu einem Wall und zu einer Mauer machte.

Am 30. August 1954 sagte Adenauer seinerseits zu Mendes-France in Brüssel: *„Sie verlieren nicht, wenn Sie die deutsche Wiedervereinigung opfern, aber ich. Doch sind wir bereit, sie zu opfern, wenn wir in ein starkes westliches Lager eintreten können. Vergessen Sie nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit meines eigenen Vaterlandes vorzieht."*

Übersehen wir nicht, daß bei dem Thema „Wiedervereinigung" auch vom **„Saargebiet"** gesprochen werden muß. Denn auch dieses war von den übrigen Reichsteilen nach 1945 getrennt worden. Am 23. Oktober 1954 einigten sich Adenauer und Mendes-France auf das „Saarstatut", das eine Beibehaltung der Währungs- und Zollunion des von Frankreich besetzten Saargebietes mit Frankreich vorsah. Der deutsche Bundestag stimmte diesem Saarstatut am 27. Februar 1955 sogar zu! Doch, obwohl Adenauer die Annahme dieses landesverräterischen Dokuments den Saarländern empfahl, stimmten die Parteien des „Heimatbundes" am 23. Oktober 1955 mit 67,7% dagegen. Der Separatist Hoffmann mußte zurücktreten und am 1. Januar 1957 wurde das Saarland als ein Land der BRD wieder Teil des Reichsgebietes. Die Wiedervereinigung war vollzogen worden. Doch, vergleichen wir mit der Wiedervereinigung der Saar mit dem Reich im Jahre 1935, so ist 1957 die Weigerung des Bundestages bemerkenswert, die Eingliederung mit einem größeren wirtschaftlichen Hilfsprogramm zu erleichtern.

Schon im Jahre 1952 schuf Bundesminister Jacob Kaiser einen „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen". Den Kern des Forschungsbeirates bildeten „ein gut halbes Dutzend Wissenschaftler", die ehrenamtlich tätig waren. Vertreter entsandten alle im Bundestag vertretenen Parteien, die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, die Gewerkschaften, Verbände der Vertriebenen und Flüchtlinge. Das Plenum gliederte sich in Ausschüsse, Arbeitsgruppen und Facharbeiterkreisen, die ihrerseits Sachverständige für Spezialgebiete heranziehen. Die Arbeit sollte sich auf wirtschaftliche Probleme beschränken. Die Mitarbeiter lehnten es strikt ab, sich mit verwaltungs- oder verfassungsrechtlichen Fragen zu befassen. *„Daß diese Männer nicht alles wissen, was zu kennen angebracht wäre, ist nicht ihre Schuld, sondern die des Systems, das jetzt noch in Mitteldeutschland herrscht . . ."* (78). Man ging von der Konzeption aus, „daß gleichzeitig mit der politischen Integration eine zentral gelenkte Zwangswirtschaft in eine im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung überführt werden muß". Es wurde ein Sofortprogramm für den Tag X entwickelt. Es wurden Nägel mit Köpfen gemacht. Es entstand ein Instrument von höchstem praktischen Wert. Doch, am 1. Januar 1975 teilte ein Teil der Presse (79) mit, daß der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung" „vor wenigen Tagen aufgelöst worden ist." Das war unter der Bundespräsidentschaft von Walter Scheel. Hans Tietmeyer u.a. fanden daher keine brauchbaren, aufgearbeiteten Unterlagen für ihre Aufgabe im Jahre 1990 vor.

Zur gleichen Zeit, Ende 1974, wurden neue **Postleitzahlen** in der BRD eingeführt. Die bisherige Regelung, die sich auf das gesamte Reichsgebiet bezog (z.B. 13b für Oberbayern) die also auch Mittel- und Ostdeutschland berücksichtigte, wurden aufgehoben. Man war von nun an gezwungen, dem Ortsnamen bei der Adresse hinzuzufügen, in welchem „Staat" er sich befand. Auch das war Scheels Geschoß. Doch, wir blenden noch weiter zurück:

Am 31. Januar 1957 verließ Bundesaußenminister von Brentano eine Regierungserklärung, in der es heißt: *„Auch die Frage der deutschen Ostgebiete wurde in die öffentliche Diskussion einbezogen . . . Die Bundesregierung ist mit ihren Bündnispartnern darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland aufgeschoben werden muß. Nur eine gesamtdeutsche Regierung und eine vom ganzen Volk gewählte Volksvertretung sind legitimiert, diese Entscheidung über die künftigen deutschen Ostgrenzen zu treffen. Die Bundesregierung hält daran fest, daß die Verhandlungen hierüber keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß für den völkerrechtlichen Gebietsstand Deutschlands die Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 maßgeblich sind und daß das deutsche Volk die Oder-Neisse-Linie nicht als gegenwärtige oder zukünftige Grenze Deutschlands akzeptieren kann . . .“*

Es war unter dem Bundespräsidenten Heuss, daß es am 29. Juli 1957 zu einer gemeinsamen „Berliner Erklärung zur Wiedervereinigung“ kam, die von den Westmächten und der Bonner Regierung unterzeichnet wurde. Darin heißt es: *„Die unnatürliche Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin ist eine ständige Quelle internationaler Spannung. Solange Deutschland geteilt ist, kann es keinen Friedensvertrag mit Deutschland und keine Stabilität in Europa geben . . . Nur eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung kann im Namen eines wiedervereinigten Deutschlands Verpflichtungen übernehmen, die anderen Ländern Vertrauen einflößen . . . Eine solche Regierung kann nur aus freien, in ganz Deutschland durchgeführten Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung hervorgehen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands darf nicht diskriminiert werden. Seine Freiheit und seine Sicherheit dürfen nicht durch eine auferlegte Neutralisierung oder Entmilitarisierung beeinträchtigt werden. Seine Regierung muß frei über seine Außenpolitik und seine internationalen Bindungen bestimmen können . . . Die Westmächte können jedoch nicht zugeben, daß der Bestand der Nato an sich zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht wird.“*

Erich Ollenhauer (SPD) erklärte dazu (82): *„Die Berliner Erklärung ist enttäuschend, weil keinerlei neue politische Gesichtspunkte in ihr enthalten sind, die die Deutschen einer Wiedervereinigung näher bringen könnten.“*

AFP meldet am 22. September 1957 aus Bonn: *„Gegenüber einem Berichterstatter des ‚Columbia Broadcasting System‘ erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer, zwar werde die Deutsche Bundesregierung nie einen Krieg zur Wiedererlangung der Gebiete jenseits der Oder-Neisse-Linie führen, jedoch sei eine Entwicklung vorstellbar, die zu einer Lösung dieser Frage im Rahmen eines geeinten Europas führen könnte.“*

In seiner Regierungserklärung am 29. Oktober 1957 erklärte der Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer: *„Die Entwicklung in den getrennten Teilen Deutschlands werden wir weiter aufmerksam beobachten, um die Öffentlichkeit des In- und Auslandes über die Verhältnisse zu unterrichten, unter denen unsere Landsleute dort leben müssen. Dabei denkt die Bundesregierung auch an diejenigen Deutschen, die jenseits der Oder-Neisse-Linie wohnen. Was in ihrer Macht steht, wird die Bundesregierung tun, um den von uns getrennt lebenden Landsleuten trotz der widrigen Umstände das Aushalten in der angestammten Heimat zu erleichtern. Die Bundesregierung wird sich besonders darum bemühen, daß die Deutschen das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit erhalten und festigen.“*

Im November 1957 betont Dr. Becker (FDP) im Bundestag: *„Wir wollen immer beachtet sehen, daß die Bundesrepublik nur ein T e i l Deutschlands, insoweit also nur ein Provisorium ist, daß ein wirklicher deutscher Staat erst dann entsteht, wenn das deutsche Volk in ihm wiedervereinigt und Berlin seine Hauptstadt ist. Alle unsere Arbeit sollte auf dieses Endziel abgestellt sein.“*

Ollenhauer (SPD) als Oppositionsführer sagt am gleichen Tage: *„Mein erstes Wort in diesem Zusammenhang gilt der Unterstreichung unserer alten Überzeugung, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit die vordringlichste Aufgabe der Politik der Bundesrepublik sein und bleiben muß."*

Alle diese Äußerungen müssen vor dem weltpolitischen Hintergrund gesehen werden, dem damaligen *„Kalten Krieg"* zwischen der Sowjetunion und den Westmächten. Die Atomrüstung nahm gigantische Ausmaße an. In dieser Lage identifizierte sich Bonn unter Adenauer mit dem Westen. Dieses drückte sich insbesondere in der **„Hallstein-Doktrin"** aus. Danach gibt es nur einen deutschen Staat. Die DDR ist nichts als „Sowjetzone". Wer dieses Gebiet diplomatisch oder auch nur konsular anerkennt, verwirkt damit die diplomatischen (nicht etwa die wirtschaftlichen!) Beziehungen mit der BRD. Es versteht sich, daß das nicht durchzuhalten war ohne eine Verhärtung der Fronten, gerade auch der innerdeutschen. Jugoslawien, Polen und Österreich (!) kamen so in die Schlagzeilen, und die Opposition warf Adenauer vor, damit der Wiedervereinigung ernstlich zu schaden. So kam es in der außenpolitischen Debatte im Bundestag im Januar 1958 zu sehr schweren Vorwürfen: *„Er (Adenauer) war es ja"*, sagt Dr. Gustav Heinemann, *„der ohne einen Beschluß der Bundesregierung den Westmächten westdeutsche Soldaten gegen die vierte östliche Besatzungsmacht anbot (!), sowie es heute wieder zur Erörterung steht, ob er die Bundeswehr nun auch eigenmächtig in atomare Bewaffnung verstricken wird . . . Kaum war eine Möglichkeit sichtbar, mit der Sowjetunion wirklich weiterzukommen, war auch schon der ganze Übermut, die ganze Hybris wieder im Spiel, es uns als Aufgabe zuzuschreiben, ganz Osteuropa neu zu ordnen . . . Die Bundesrepublik ist nicht Deutschland!"*.

Und Dr. Thomas Dehler schließt seine geschichtlich gewordene Anklage mit dem schweren Vorwurf: *„Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, Sie bewiesen, daß Sie alles taten, um die Wiedervereinigung zu verhindern!"*

Die Regierung verteidigt sich und Bundesinnenminister Schröder meint (7.2.1958): *„Eine Wendung der deutschen Politik zum Neutralismus würde in der ganzen Welt als eine grundsätzliche Absage gewertet und das noch immer höchst labile Vertrauen in die Deutschen mit einem Schlage zerstören."*

Krutschew wiederholt (am 7.2.1958): *„Das Problem der deutschen Wiedervereinigung kann nur in Bonn und Berlin, nicht aber in Washington oder Moskau, Paris und London gelöst werden."* Bonn aber besteht darauf, daß das Thema zum Gegenstand einer Gipfelkonferenz gemacht wird.

Erfolgt die westdeutsche Regie zum Thema „Wiedervereinigung" in Abhängigkeit von den damaligen weltpolitischen Gegebenheiten und findet so Zustimmung in Washington, so ist die **britische Haltung** zu diesem Fragenkomplex grundsätzlicher und damit über das ganze XX. Jahrhundert hinweg die gleiche. Obwohl im Jahre 1955 die Staatschefs in der **Genfer Konferenz** versprechen, ihre Bemühungen um die Wiedervereinigung fortzusetzen trotz aller sowjetischen Widerspenstigkeit, erregt es Aufsehen, daß Englands Premier Mac Millan bei seinem Besuch in Bonn im Mai 1957 das Thema nicht anrührt. Die mit der Londoner Spaltungspolitik sympathisierende NZZ meint dazu: *„Man kann schließlich bis zu einem gewissen Grade verstehen, daß die britische Öffentlichkeit sich scheut dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands in das sphinxhafte Antlitz zu blicken. Schon das halbe Deutschland ist bereits wieder der schärfste Konkurrent der sehr empfindlich gewordenen britischen Volkswirtschaft. Würde eine Wiedervereinigung Deutschland nicht trotz zwei verlorenen Weltkriegen stärker machen als Großbritannien?"*

So kommt es bei den deutsch-britischen Vorbesprechungen für die **Pariser Konferenz** im Dezember des gleichen Jahres zur gemeinsam betonten Notwendigkeit einer engen deutsch-englischen Zusammenarbeit in der Nato, aber zu keinerlei Fortschritten in der

Wiedervereinigungsfrage. Rückblickend ist es wahrhaftig erstaunlich, mit welcher Leichtfertigkeit die Bonner CDU-Regierung über deutsche Soldaten im Interesse der westlichen Siegermächte und insbesondere Englands verfügte.

Der Deutschenhasser, Oxforder Geschichtsprofessor Alan Taylor schreibt Anfang 1958: *„Die stillschweigende Beibehaltung der Teilung Deutschlands ist es im Grunde, was die Deutschen selbst wollen. Sie hatten eine große Dosis Krieg und die meisten von ihnen mochten sie nicht. Seitdem hatten sie eine große Dosis Wohlstand und mögen sie gern."* Alex Natan (dpa) stellt fest, daß die Idee eines Bündnisses mit der BRD in konservativen wie in Labourkreisen, besonders in akademischen, allgemein schlecht angesehen wird. Wir werden — nachdem wir das deutsch-britische Verhältnis bereits breit erörterten — noch mehrfach auf die britische Komponente in der Europapolitik zurückkommen müssen. Ohne sie sind ja auch schon die ersten beiden Weltkriege überhaupt nicht zu verstehen, weder in ihrem Entstehen, noch in ihrem Ablauf, noch in ihrem Abschluß. Alles trägt den Stempel normannischer Brutalität und Ungezügeltheit und weist hin auf die eigentlich Verantwortlichen nicht nur für so viele Scheußlichkeiten wie Fürstenmord, Giftgas, Hungerblockade, Versailles im I. Weltkrieg und Polengarantie, Flächenbombardierungen, Jalta und Potsdam im Zweiten, sondern auch hinter den dann folgenden „Dokumenten". Das alles hat nicht verhindern können, daß England mit dem Verlust seines Weltreiches diese Kriege schon einmal verloren hat. Mit dem Verlust seines Einflusses auf dem Kontinent (dem es entsprechende Fronten bewahren möchte) würde es den Krieg noch einmal und zwar direkter gegen uns Deutsche verlieren. Diesem Aufrechterhalten von Fronten dient es, die von den Polen besetzte Oder-Neisse-Linie als zukünftige Ostgrenze Deutschlands zu erzwingen. Sie soll zur Waffe werden mit der jederzeit dem Frieden in Mitteleuropa zum dritten Mal auf Wunsch der Londoner Börse ein Ende bereitet werden kann.

England hat vom Augenblick der Schaffung der Freimaurerei an diese als Machtmittel für seine eigenen Ziele angesehen (83). In jeder Phase auf weltpolitischem Gebiet, hin zur EINEN WELT, und auf sämtlichen Arbeitsebenen hat London seine Sonderstellung gefordert und bewahrt. So war es der jeweiligen englischen Regierung immer möglich, latente Interessenkonflikte zwischen ausländischen Freimaurern zu ihren Gunsten zu entscheiden. Immer wieder hat sie so ganze Heere von Landesverrätern zu sich hinübergezogen und bei dem jeweiligen siegreichen Ende des Waffenganges die fremden Mitkämpfer weltweit in die Rolle von „Freiheitskämpfern", von Paladinen der Moral gestellt. Immer standen Englands Verbündete im Schutz der unsichtbaren Freimaurerei. Sie hat allerdings diese Partisanen ihrer Sache auch bedenkenlos immer wieder verraten, wenn es ihr zusagte. Napoleon 1813 oder die weißrussischen Generale 1918 können davon ein Lied singen. Aber auch die westdeutschen Gefolgsleute, die mit ihrem Lobgesang auf die deutsche Niederlage und dann auf die deutsche Spaltung die Londoner Melodie sangen, können in solcher Aufzählung nicht unerwähnt bleiben.

Sie erinnern sich an das berühmte **„Salomonische Urteil"**? Nehmen wir einmal an, die Vorgänge in Potsdam 1945 wiederhoten sich. Und ein Harry Salomon Truman hielte noch einmal Deutschland in der einen und das Schwert in der anderen Hand. Nach allem, eben noch einmal Rekapitulierten muß man annehmen, daß sowohl Adenauer wie Grotewohl nichts gegen die Teilung eingewandt hätten. Keinem von beiden hätte Salomon das Kind zusprechen können. Solange nicht, wie der „Kalte Krieg" das Verhalten in Bonn wie in Pankow bestimmte. Das Ende des Kalten Krieges stand am Anfang der „Wiedervereinigung". Es war eine negative Bedingung. Ihr in der Geschichte positiven Wert zu geben liegt an uns Deutschen.

Vom 11. bis 13. Dezember 1981 befindet sich der Bundeskanzler Helmut Schmidt bei Erich Honecker zu Besuch. (Fotos in VII, 229). Es wirft ein Schlaglicht auf das böse Ge-

wissen der Polen, wenn man erfährt, daß in Polen während dieses Besuches das Kriegsrecht verhängt wurde (Dichtl, S. 32)! In Polen hat man ernstlich erwartet, daß die beiden deutschen Republiken die polnischen Eindringlinge aus Ostdeutschland wieder verdrängen würden. Man hielt eine solche deutsche Handlung für logisch und selbstverständlich.

Wendehälse

In den Jahren des „Kalten Krieges" warf man sich, wie wir lasen, bei deutschen Politikern noch gegenseitig vor, gegen den Zusammenschluß der Besatzungszonen, die sogenannte „Wiedervereinigung" zu konspirieren. Dreißig Jahre später hatte man in Bonn fast allgemein schon nicht mehr die Absicht, der „Wiedervereinigung" auf die Beine zu helfen. Was am wenigsten interessierte, war das Schicksal der Volksgenossen in der DDR. Aussprüche aus den 80er Jahren (84) belegen, wie weit sich der Zirkel von Zeigefingerhelden in Bonn von dem dann Ende 1989 ausgebrochenen Volkswillen entfernt hatte. Die folgenden Zitate zeigen ungeschminkt, wieviel von allem dem zu halten ist, was deutsche Politiker beim Ausbruch der Volksrevolution dann von sich gaben, um nicht in die Wüste gejagt zu werden. Sie zeigen, wem sie alle in Wirklichkeit dienen, wie wenig Vertrauen wir Deutsche zu ihnen haben können. Sie wecken in uns den begründeten Argwohn, daß sie es heute nicht ernst meinen mit der eigentlichen Wiedervereinigung. Sie machen klar, warum die Dinge denn auch einen anderen Weg nahmen als es das Volk wollte.

In der Reihenfolge der Daten nehmen wir somit zur Kenntnis:

„Wir müssen die Souveränität der DDR ohne inneren Vorbehalt anerkennen . . . Alles, was wir erreicht haben, alles, was wir noch erreichen wollen, können wir nur mit der DDR und nicht gegen die DDR erreichen." Der ehemaliger ständige Vertreter der BRD in der DDR und einstige Staatssekretär Helmut Schmidts, Klaus Bölling am 17. Mai 1982.

„Einen deutschen Nationalstaat im Sinne Bismarcks wird es nicht mehr geben, weil niemand in Ost und West ein so wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Bewohnern will . . . Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen." Helmut Kohl laut FAZ vom 19.11.82 und in der Regierungserklärung der sogenannten ‚Wende'-Regierung, Herbst 1982.

„Der Kern der deutschen Frage ist für eine lange, große Weile eben nicht die Freiheit." Karsten Voigt, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender, April 1984.

„daß die deutsche Einheit im Sinne der staatlichen Einheit nicht mehr eigentlich offen ist . . . Der heftige Streit darüber, wie offen die deutsche Frage heute sei, ähnelt der Dramatik eines Traums, der nachschwingt, aber vorüber ist, wenn man aufwacht. Der Traum ist vorbei . . . die Diskussion darüber, wie offen die deutsche Frage sei, kann Illusion und Selbstbetrug verlängern", Willy Brandt, 1984.

„Reaktionär und hochgradig gefährlich ist es, von der Wiedervereinigung als realistischem Ziel zu sprechen". Gerhard Schröder, SPD, Niedersachsen.

„Die Wiedervereinigung steht nicht auf der Tagesordnung der Geschichte." Helmut Kohl, CDU-MdB, Bundeskanzler, in Ärzte-Zeitung 13.11.1984.

„Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt." Stellv. SPD-Vorsitzender und Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine in Ost-Berlin, November 1985.

„Es gibt, wir müssen uns das endlich eingestehen, nichts wiederzuvereinigen." SPD-Propagandist Klaus Bölling.

„Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden." Der SPD-linke ‚Frankfurter Kreis', Februar 1986.

„Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, wurde die Wiedervereinigung zu jener spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik." Willy Brandt, SPD-Ehrenvorsitzender, 11. Sept. 1988.

„Die Einheit zu beschwören, war mehr als eine Fiktion", Willy Brandt, 14. Sept. 1988.

„Wie der Begriff Wiedervereinigung im Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Grundlagenvertrag in Anspruch genommen wurde, das habe ich in der Tat für wirklichkeitsfremd und schon deshalb nicht für hilfreich gehalten.?" Willy Brandt, 14. Sept. 1988.

„Als Sozialdemokrat, als Deutscher, als Europäer, bin ich mehr denn je davon überzeugt, daß es unsere Aufgabe ist, die Chancen in der Teilung zu suchen." SPD-Deutschlandpolitiker Egon Bahr am 17. Juli 1988.

„Lebenslüge der zweiten deutschen Republik", Willy Brandt zur Wiedervereinigung am 14. Sept. 1988.

„Doch besteht zur Zeit weder irgendeine realistische Perspektive, noch scheint die Wiedervereinigung in dem Sinne wünschenswert, daß es zur Wiederherstellung eines — wie auch immer konstituierten — deutschen Nationalstaates kommt." Oskar Lafontaine in seinem 1988 erschienenen Buch ‚Die Gesellschaft der Zukunft'.

„Welch ein Glück für uns alle, daß dieser Traum eine Schimäre bleiben muß." Lafontaine in dem gleichen Buch an die Adrese jener, die den ‚rechten' Traum von der Einheit träumten.

„Eine europäische Friedensordnung wird es . . . nur mit zwei gleichberechtigten . . . deutschen Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen." Koalitionspapier der Berliner SPD für die Verhandlungen mit den Alternativen.

„Für die Jusos ist die DDR Ausland". Die Jungsozialisten in Baden-Württemberg, August 1989.

„Eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik ist reaktionär und hochgradig gefährlich." Der SPD-Spitzenkandidat für die Niedersachsen-Landtagswahl am 13. Mai 1989, am 27. Sept. 1989.

„Vorsicht also mit unbedachten Wiedervereinigungsparolen . . . Haben einige hierzulande denn schon wieder die Lektion der Geschichte vergessen, daß in der Vergangenheit ein vereinter deutscher Nationalstaat weder den Deutschen selber noch ihren Nachbarn gut bekommen ist? Oskar Lafontaine im ‚Spiegel', Sept. 1989.

Laßt uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen. Egon Bahr, SPD, am 1. Okt. 1989.

„In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es git keine Chance, die beiden deutschen Staaten zusammenzuführen . . . Wer die deutsche Frage aufwirft, stört Europa. Die Deutschen dürfen keine Störenfriede mehr sein." Egon Bahr.

„In der DDR redet kein Mensch von der Wiedervereinigung". Walter Momper, SPD, regierender Bürgermeister von Berlin, 23. Okt. 1989.

„Heute kann die stereotype Wiederholung der Formel von der Wiedervereinigung außer ein paar Rückwärtsgewandten niemanden mehr befriedigen." Rudolf Schöfberger, SPD-Vorsitzender in Bayern, Nov. 1989.

„Das Wort Wiedervereinigung kommt in diesen Dokumenten nicht vor. Das Wort Wiedervereinigung kommt auch bei Demonstrierenden nicht vor." Hans-Jürgen Wischnewski, SPD, nach sorgfältigem Studium aller Dokumente der versch. Oppositionsgruppen in der DDR, November 1989.

„Die DDR hat jetzt eigentlich zum ersten Mal die Chance, ihre Identität zu gewinnen, das heißt, einen Zustand zu schaffen, in dem die Regierung von der Bevölkerung akzeptiert wird . . ."

„Es ist das Ergebnis der SPD-Kontakte, daß wir eine denkbar nächste Führung auch

schon gut kennen." Nachfrage vom ‚Spiegel': *„Können Sie uns einige Namen nennen?"* Bahr: *„Nein."* ‚Spiegel': *„Aber eine SED-Führung wird es sicher sein?"* Bahr: *„Aber ja. Daß der ganze Prozeß mit der SED passieren muß, ist unbezweifelbar. Wir stehen doch nicht vor der Übernahme der DDR durch die heutige Opposition."* Egon Bahr im ‚Spiegel', Okt. 1989.

„Leichtfertiges und illusionäres Wiedervereinigungsgerede". SPD-Vorsitzender Hans-Jochen Vogel, November 1989.

„Objektiv und subjektiv eine Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung." Egon Bahr, SPD, über jene, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands forderten, Nov. 1989.

„Geradezu widerlich, wie die SPD der angeblichen Stimmung in den beiden deutschen Staaten nachläuft." Der jungsozialistische Nachwuchs der SPD in Niederbayern zur Wiedervereinigung, Januar 1990.

„Es gibt auch eine Chance für Europa, wenn es zwei deutsche Staaten gibt." Berlins regierender Bürgermeister Walter Momper am 6. Nov. 1989.

„Ich habe nie in staatlichen Kategorien gedacht, weil sich dies gar nicht mit den grundsätzlichen Ideen des demokratischen Sozialismus in Übereinstimmung bringen läßt." Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine beim SPD-Bundesparteitag in Berlin.

Welche Kategorien für Lafontaine gelten, ergibt sich aus seiner **Asylantenpolitik.** Am 22. März 1990 beschloß das von ihm regierte Saarland einen sofortigen Aufnahmestop für Aussiedler aus der DDR. *„Ein Flüchtling ist, wer flieht, nicht wer umzieht."* erklärte sein Sprecher. Doch fremdrassische Asylanten wurden weiterhin aus anderen, noch so exotischen Weltgegenden eifrig aufgenommen. Bis nach Rumänien und Albanien hatte sich dies herumgesprochen, wie wir schon darstellten.

Der Staat dient also Lafontaine nur noch dort, wo man mit seiner Hilfe zerstören kann! Die Reste staatlicher Ordnung werden von ihm benutzt, um ihn weiter auszuhöhlen. Er regiert ein deutsches Land, strebt zum Kanzlerposten, einzig und allein, um den Staat, dem zu dienen er schwört, durch „grundsätzliche Ideen des demokratischen Sozialismus", das heißt durch ein Freimaurerexperiment, zu ersetzen. Wieder einmal wird hier ein Bock zum Gärtner gemacht.

Es ist unvermeidbar, mehrfach auf diesen Auswuchs maurerischer Philosophie in diesem Jahr zu stoßen. Bringen wir später noch grundsätzliche Bemerkungen zu dem Thema aus der Feder von Ernst von Salomon, so an dieser Stelle eine Stimme aus der vorigen Generation. Kein geringerer als **Oswald Spengler** macht nämlich den Weg frei zu klärenden Erkenntnissen:

„Für uns hat das Zeitalter der kämpfenden **Staaten** *mit Napoleon und der Gewaltsamkeit seiner Maßregeln begonnen. In seinem Kopf ist zuerst der Gedanke einer militärischen und zugleich volkstümlichen Weltherrschaft wirksam geworden, etwas ganz anderes als das Reich Karls V. und das englische Kolonialreich noch zu seiner Zeit. Wenn das 19. Jahrhundert an großen Kriegen — und Revolutionen — arm gewesen ist und die schwersten Krisen auf Kongressen diplomatisch überwunden hat, so beruht das gerade auf einer beständigen so ungeheuren Bereitschaft zum Kriege, daß die Furcht vor den Folgen in letzter Stunde immer wieder zur Vertagung der endgültigen Entscheidung und zum Ersatz des Krieges durch politische Schachzüge geführt hat. Denn dieses Jahrhundert ist das der stehenden Riesenheere und der allgemeinen Wehrpflicht. Wir sind ihm noch zu nahe, um das Schauerliche dieses Anblicks und das Beispiellose innerhalb der gesamten Weltgeschichte zu empfinden. Seit Napoleon stehen beständig Hunderttausende, zuletzt Millionen marschbereit, liegen gewaltige Flotten, die alle zehn Jahre erneuert werden, in den Häfen. Es ist ein Krieg ohne Krieg, ein Krieg des Überbietens mit Rüstungen und Schlagfertigkeit,*

ein Krieg der Zahlen, des Tempos, der Technik, und die Diplomaten verhandeln nicht von Hof zu Hof, sondern von Hauptquartier zu Hauptquartier. Je länger die Entladung verzögert wird, desto ungeheuerlicher werden die Mittel, desto unerträglicher wächst die Spannung. Das ist die faustische, dynamische Form der kämpfenden Staaten in ihrem ersten Jahrhundert . . . " (161). Zu dem hier ebenfalls bereits angestoßenen Thema der Kriegsverhütung durch Aufrüstung werden wir noch einiges aus Anlaß des Irakischen Vorgehens 1990 zu sagen haben.

Das Volk steht auf

Das also waren unsere Politiker. Doch das Freimaurerexperiment mit dem Zirkel in der Fahne (seit dem 1. Oktober 1959) stand im luftleeren Raum. Terror nur hielt es an der Macht, wie überall auf der Welt, wo Philosophen regieren. Und dieser Terror wich nicht aus eigenen Stücken. Nichts von dem, was sich da im Oktober 1989 in der DDR anbahnte, war selbstverständlich gewesen. Nehmen wir einmal eine beliebige überparteiliche westdeutsche Tageszeitung zur Hand (wir haben die ‚Pforzheimer Zeitung' gewählt) und lassen uns berichten:

9. Oktober: *„Für politische Reformen in der DDR demonstrierten am späten Samstag abend mehrere tausend Menschen auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz. — Am 40. Jahrestag ihres Bestehens hat die DDR die größte Demonstration für demokratische Reformen seit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 erlebt. In Ost-Berlin und in vielen anderen Städten zogen bis zum Samstag abend insgesamt mehrere zehntausend Menschen durch die Straßen, riefen ‚Freiheit, Freiheit', ‚Wir bleiben hier' und skandierten ‚Gorbi, Gorbi'. Staatssicherheitsdienst und Polizei schritten brutal gegen die Demonstranten ein. — Am Ausländerübergang Checkpoint Charlie versuchte eine große Gruppe von Menschen, die dort in der Nacht von DDR-Grenzern neu einbetonierten Sperrgitter wieder abzureißen. — Im Moskauer Fernsehen sagte Gorbatschow, in der DDR habe er viele feurige Befürworter der Perestroika gefunden. Auch dort fragten sich die Menschen jetzt, was sich ändern soll — auch bei den politischen Institutionen. Der Kremlchef distanzierte sich damit von den öffentlichen Äußerungen Honeckers, der Reformen in Richtung mehr bürgerlicher Demokratie eine klare Absage erteilt hatte: ‚Hoffnungen auf Reformen in Richtung bürgerlicher Demokratie sind auf Sand gebaut'.* "

11. Oktober: *„Nach der friedlichen Demonstration von rund 70.000 Menschen am Montag abend in Leipzig ohne Eingreifen der Sicherheitskräfte, wird es jetzt erste Gespräche zwischen SED-Funktionären und Oppositionellen in der DDR-Messestadt geben. Einige Kostproben der kommunistischen Propaganda: Im SED-Zentralorgan Neues Deutschland (ND) werden die Journalisten Michael Schmitz (ZDF) und Horst Hano (ARD) namentlich angegriffen. ‚Westkorrespondenten, aus auf Randale', heißt es in ND. ‚Leute von der ARD mit ‚Macher' Hano im Hintergrund ‚vornweg'. Die Story hieß Tumult, nachgeholfen mit surrender Kamera, schnappend nach jeder Parole, ausgeweitet bis zum Erbrechen, wieder und wieder über die Kanäle gejagt. DDR TV-Chefkommentator Karl-Eduard von Schnitzler bezeichnete Demonstranten als Schreihälse und unterstellte dem Westen den Versuch, bei uns Panik zu stiften.* "

12. Oktober: *„Polen stoppt Festnahme von DDR-Flüchtlingen. Bei der Bonner Botschaft in Warschau haben seit Abfahrt des letzten Flüchtlingszuges wieder etwa 610 DDR-Flüchtlinge Zuflucht gesucht. SED-Politbüro betroffen über Flüchtlingsstrom. Der DDR-Schriftsteller Stefan Heym meinte in Zürich, daß die DDR nur existieren kann wenn sie demokratische Freiheiten gibt. Daß unter den Flüchtlingen so viele junge Menschen seien, erfülle ihn mit Trauer. Die DDR-Regierung ist scheint's noch verhaßter als ich befürchtet habe.* "

13. Oktober: *„SED-Spitze versucht, an Bord zu bleiben. Auf verlängerter Krisensitzung Tacheles geredet wie noch nie. Die Abberufung Erich Honeckers zum jetzigen Zeitpunkt wird in Ost-Berlin zwar nicht ausgeschlossen, aber für weniger wahrscheinlich gehalten. Offenbar wußten viele Genossen nicht genau, wie mies zum Teil die Stimmung in den Betrieben ist. Neu ist, daß sich die Parteibosse erstmals fragen, ob sie für die Ursachen der Massenausreise mitverantwortlich sind."*

14. Oktober: *„Die ‚Junge Welt' druckt die Entschuldigung eines Redakteurs der ‚Sächsischen Zeitung', dem SED-Bezirksorgan, an eine Leserin in Dresden wegen der Berichterstattung ab. Bezugnehmend auf die Demonstration in Dresden heißt es selbstkritisch: ‚Aber auch an uns gingen die Ereignisse der vergangenen Woche nicht spurlos vorüber. Und irgendwie faßt man den Stift in Anbetracht der stattgefundenen Gewalt doch fester: Junge Volkspolizisten mit klaffenden Platzwunden, von Steinen zerdroschene Bauzäune, ein brutal zerstörter Bahnhof'. In Leserzuschriften in ND empören sich DDR-Bürger über die Störung der Volksfeste sowie antisozialistische Ausschreitungen von Rowdys. — Gezeigt wird im Foto ein DDR-Trabi: Die letzte Fahrt hat diesen DDR-Trabi über 2000 km in die Freiheit geführt, von Potsdam bis nach Pforzheim. DDR kündigt Freilassung der Demonstranten an. DDR-Flüchtlinge sollen in Schleswig-Holstein in den kommenden Monaten kostenlos Urlaub machen. Die Bundesregierung will nach Angaben des Fremdenverkehrsverbandes für den Transport sorgen und Bahnfreikarten zur Verfügung stellen."*

16. Oktober: *„Zustrom von Flüchtlingen hat wieder sprunghaft zugenommen. In der polnischen Hauptstadt hielten sich gestern 1.200 DDR-Bürger auf, die auf ihre für diese Woche erwartete Ausreise harren. Völlig überraschend wurde am Wochenende zwischen der DDR und Polen eine ‚unbefristet gültige' Ausreiseregelung getroffen. In Ungarn sammelten sich im Malteserlager bei Budapest erneut 400 Menschen, die noch am Sonntag mit acht Bussen in die BRD gebracht werden sollen. Von Samstag bis Sonntag früh kamen 2035 Ausreisewillige von Ungarn nach Österreich. Das sind seit Öffnung der ungarischen Grenze 34.138 Menschen."*

Um diese Flüchtlingsziffern richtig zu bewerten, muß man einen Überblick geben über die bisherigen Zahlen. Aus der DDR flüchteten:

1949	125.245	1957	261.622
1950	197.788	1958	204.092
1951	165.648	1959	243.917
1952	182.393	1960	199.188
1953	391.390	1961 bis zum Mauerbau	
1954	184.198		159.730
1955	252.870	seit Gründung der DDR	
1956	279.189		2.686.942

Später wird noch die Zahl genannt für 1961 bis Januar 1990: **über eine Million.**

Die Statistik beweist so, daß man mit dem Zusammenbruch der Mauer etwa wieder dort stand, wo man vorher war. Der Unterschied besteht darin, daß man 1961 entschlußfest die Mauer baute, 1990 aber einsah, daß das nicht die richtige Maßnahme war. Eine Philosophie war vor der Wirklichkeit zusammengebrochen.

Geöffnet worden war die ungarische Grenze am 11. September 1989. Erst im Oktober 1990 erfuhr die Öffentlichkeit, daß *„im Sommer 1989 der ehemalige ungarische Ministerpräsident Miklos Nemeth unter absoluter Geheimhaltung sich mit Bundeskanzler Kohl auf Schloß Gymnich bei Bonn traf, um ihn darüber zu informieren, daß nach halbstündigem Kabinettsbeschluß (gegen die Stimme des Innenministers Istvan Horvath) Ungarn die*

Grenzen öffnen werde. Er sagte: ‚Wir waren uns darüber im klaren, daß wir scharfen Angriffen aus Ostberlin, Prag und Bukarest ausgesetzt sein würden. Aber wir wußten auch, daß keine große Fluchtbewegung unserer eigenen Bürger einsetzen würde . . . Ich werde nie Herrn Kohls Reaktion vergessen. Sichtlich bewegt hat Kohl gesagt: ‚Das deutsche Volk wird Ihnen diese Entscheidung nie vergessen'." („Der Donauschwabe", 14. Okt. 1990).

17. Oktober: *„Politischer Druck auf DDR. Diskussion um Führung und Flüchtlingsstrom."*

18. Oktober: *„120.000 Menschen in Leipzig auf den Staßen. Reformdruck in der DDR wächst. Auch in anderen Städten der DDR wie Magdeburg und Halle demonstrierten Tausende. Die ersten DDR-Flüchtlinge, die Polen auf dem Luftweg verlassen haben, sind in Düsseldorf eingetroffen, 125 Menschen in einer Maschine der polnischen Fluggesellschaft LOT."*

19. Oktober: *„Der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz hat Erich Honecker in dieser Funktion abgelöst. Honecker ist entmachtet. Krenz will nach eigenen Worten die politische und ideologische Offensive wiedererlangen. Honecker war das Risiko eines tiefgreifenden Umbaus zu hoch."*

20. Oktober: *„SED-Politik kommt unter Krenz jetzt in Bewegung. Schon bald soll es deutliche Erleichterungen für Reisen ins Ausland geben. Auch eine Änderung des Wahlrechts wird nach Einschätzung von Kirchenkreisen nicht mehr ausgeschlossen. Auftritt von Krenz mit Skepsis bewertet. Viele DDR-Bürger reagieren auf wenig konkrete Ankündigungen des neuen Mannes ernüchtert. Krenz' Ernennung ist eher eine Übergangslösung, meint die Warschauer Presse."*

21. Oktober: *„DDR verspricht: Jeder darf zurück. Staatlich gelenkte Presse kritisiert frühere Politik. Politiker der BRD haben erneut die Anerkennung einer besonderen DDR-Staatsbürgerschaft abgelehnt, wie sie auch vom neuen SED-Chef Krenz als Voraussetzung für die Reisefreiheit der DDR-Bürger verlangt wird. Eine weitere LOT brachte 140 DDR-Bürger nach Düsseldorf. Sie hatten am Vormittag in der DDR-Botschaft in Warschau ihre Personalausweise abgegeben und damit auf ihre DDR-Staatsbürgerschaft verzichtet. Sie erhielten eine Identitätskarte, mit der sie Polen verlassen konnten. Jacques Chirac sagt in ‚Le Monde', Paris, ‚die widernatürliche Teilung der Deutschen und Mitteleuropas kann nicht ewig dauern. Statt, wie Willy Brandt, auf die Einfälle der Geschichte zu vertrauen, müßten Frankreich und der Westen den Wandel in Osteuropa aktiv unterstützen und leiten. Eine neue Aufteilung der Welt durch die beiden Großmächte kommt nicht in Frage.' — 1.750 Flüchtlinge warten noch in Warschau auf Weiterreise. DDR-Fernsehen geht auf Glasnost-Kurs. Bildunterschrift: Sehr locker versehen die DDR-Grenzposten ihren Dienst an der Berliner Mauer im Bezirk Kreuzberg. Ob die Entspannung mit dem neuen Parteichef oder mit den spätsommerlichen Temperaturen zusammenhängt war nicht zu erfahren."*

23. Oktober: *„Zeugen berichten über Greuel der SED-Macht. Frauen, Mädchen und ältere Menschen geschlagen. Über tausend Menschen haben in Ost-Berlin eine Kette gebildet und sind in die Nähe des Polizeipräsidiums in der Keibelstraße gezogen. Sie protestieren gegen die gewaltsamen Übergriffe von Sicherheitskräften und setzen sich ein für die Freilassung der noch Inhaftierten. Erschütternde Schilderungen von Demonstranten und Unbeteiligten über Gewalt und Übergriffe in Polizeirevieren, Gefängnissen und Kasernen. Nach anderen Schilderungen wurde ein 16jähriger im Polizeigewahrsam verprügelt. ‚Wir hörten seine Schreie und die Schläge der Knüppel.' Ein anderer wurde mit dem Kopf mehrmals an eine Garagentür geschlagen. In der DDR beginnt die Abrechnung mit der SED-Spitze. Auch der neue Generalsekretär Egon Krenz muß sich erste öffentliche Kritik anhören. DDR-Medien und die Warnung vor der ‚Falle'. Neue Offenheit von Kritikern eher skeptisch bewertet."*

24. Oktober: *„Bei der bisher größten Protestdemonstration in der Geschichte der DDR sind gestern abend in Leipzig nach Angaben von Kirchenkreisen an die 300.000 Menschen für Reformen und gegen eine Macht- und Ämterhäufung friedlich auf die Straße gegangen. Viele Protestierende äußerten ihren Unmut über die beabsichtigte Wahl von Krenz zum Staatsoberhaupt. ‚Egon, wer hat uns gefragt?'. An einer Kundgebung in Schwerin nahmen gestern abend mehr als 40.000 Menschen teil. Auf der vom Demokratischen Block und vom Rat der Stadt Schwerin einberufenen Veranstaltung unterstrichen sie die Notwendigkeit, den Dialog über alle Probleme fortzuführen. Aus Leipzig wird berichtet ‚Die ganze Stadt ist voller Menschen'."*

25. Oktober: *„Mischnick (FDP) anderhalb Stunden bei SED-Chef. Krenz: Rascher Kontakt mit Kohl. Kanzler erneuert Hilfeangebot für ‚echte Reformen'."*

27. Oktober: *„Erste Dialog-Ansätze der DDR? Politbüro redet mit Opposition. Die Bundesregierung wird die Fortsetzung des innerdeutschen Flugverkehrs zwischen Leipzig und Frankfurt, beziehungsweise Düsseldorf bis zum 1. Februar 1990 genehmigen. Die Genehmigung für die Aufnahme des ersten innerdeutschen Flugverkehrs auf dieser Strecke ist ausdrücklich mit der Erwartung verbunden, daß der Fortgang der Berliner-Initiative der drei Alliierten davon positiv beeinflußt wird. — Erstmals Nein-Stimmen in der Volkskammer. Gegenwind für Staatschef Krenz. Ämterhäufung kritisiert und Zweifel am Reformwillen. Amnestie angedeutet. SED räumt Übergriffe ein. SED-Altherren-Riege soll abgelöst werden. Reiseerleichterungen schon am 1. Dezember in Kraft?"*

28. Oktober: *„Amnestie verkündet. Straffreiheit für Flüchtlinge. Bonn reagiert positiv. Krenz fliegt nach Moskau. — Die deutsche Frage kann nach Ansicht von Bundeskanzler Kohl nur unter dem europäischen Dach gelöst werden."*

30. Oktober: *„Zehntausende DDR-Bürger wollen mehr Dialog. SED-Funktionär: Ringen im ZK. In Dresden, Leipzig, Magdeburg, Plauen, Erfurt, Jena, Neubrandenburg und Rostock wurden zum Teil hitzige und erregte Diskussionen mit den kommunistischen SED-Vertretern geführt. Mehr als 60.000 Menschen demonstrierten. — Etwa 22.000 der 1,8 Mill. Einwohner des DDR-Bezirks Dresden haben in diesem Jahr die DDR verlassen."*

31. Oktober: *„In Leipzig haben Mitglieder des Neuen Forums im Verlauf der Massendemonstration gestern abend eine Menschenkette vor dem verdunkelten Gebäude des Staatssicherheitsdienstes gebildet, um eventuelle Übergriffe zu verhindern. Die Menschen, die an dem Gebäude vorbeizogen, riefen: ‚Schämt euch was', ‚Wir verdienen euer Geld' und ‚Stasi in den Tagebau'. Das vermischte sich mit gellenden Pfeifkonzerten. Andere Sprechchöre lauteten: ‚SED tut weh' und ‚ZK ins Altersheim'. Erneut hunderttausend in Leipzig auf der Straße. Das Fernsehen berichtete live."*

2. November: *„Krenz hat einer Wiedervereinigung Deutschlands und dem Abbau der Berliner Mauer gestern eine Absage erteilt. Das Bestehen von zwei deutschen Staaten ist ein wesentlicher Faktor für die Stabilität Europas. Sie sei wichtiger als eine Wiedervereinigung."*

3. November: *„In verschiedenen Städten der DDR haben auch gestern abend wieder mehrere zehntausend Bürger für mehr Demokratie, die Zulassung für Initiativgruppen und die Abschaffung von Privilegien demonstriert. Glasnost stürzt Gewerkschaftsboß. Rücktrittswelle erfaßt die alte Garde der DDR. Luxuriöser Eigenheimbau löst große Bestürzung aus."*

4. November: *„Schon zehntausend Ärzte, Schwestern und Pfleger verließen die DDR. Fluchtwelle führt zu Engpässen. Vietnamesen müssen in der Fleischindustrie von Chemnitz aushelfen. Die CSSR-Regierung ignoriert Flüchtlingsdrama. Botschaft platzt aus den Nähten. Der Zustrom von DDR-Bürgern hört nicht auf. Mehr als 4.500 Flüchtlinge drängten sich am Abend im Palais Lobkovicz. Ständig kamen weitere hinzu, ein Ende des Zu-*

stroms war nicht abzusehen. Hunderte von Personenwagen mit DDR-Kennzeichen sollen auf dem Wege nach Prag sein. Bereits bei der Zahl von 5000 Flüchtlingen war die Botschaft im September hoffnungslos und gesundheitsgefährdend überfüllt. — Der französische Staatspräsident Mitterand hält den Wunsch der Deutschen nach einer Wiedervereinigung für legitim. — Wegen Zusammenrottung, Rowdytum und Widerstand gegen staatliche Maßnahmen hat das Kreisgericht Dresden-Ost drei Männer im Alter von 18 bis 23 Jahren zu Freiheitsstrafen zwischen zwei Jahren und zwei Monaten verurteilt. Es war bei der Abfahrt von Zügen aus Dresden für Personen, die sich in die bundesdeutsche Botschaft in Prag geflüchtet hatten zur Demolierung von Türen, Fenstern und anderen Einrichtungen gekommen. Die Urteilsverkündung stieß auf lautstarke Ablehnung durch die Zuhörer. — ‚Neues Forum' erhält immer mehr Zulauf. Wunsch, aktiv zu werden, quer durch alle Schichten. — Im Palais in Prag ist wieder Gulaschkanone vonnöten. Viele müssen mit Feldbett im Park vorlieb nehmen. — Nach einem Gottesdienst formierten sich am Donnerstag abend in Gera rund 10.000 Menschen zu einer friedlichen Demonstration. Sie stellten dabei brennende Kerzen am Eingang der SED-Bezirksleitung auf."

6. November: *„Massendemonstration rechnet mit der SED-Politk ab. Bis zu 1,5 Millionen Menschen in Ost-Berlin auf und um den Alex. Krenz und der Apparat halten an der Macht fest. Dampf abgelassen und Weichen gestellt. — DDR-Bürger: Die SED soll die Macht teilen. Hunderttausende von Demonstranten rütteln am Einparteiensystem. Die SED kann sich reformieren wie sie will, ohne Legitimität durch wirklich freie Wahlen wird sie nicht glaubwürdig. — Über 12.000 Menschen aus der DDR sind am Wochenende ohne besondere Formalitäten über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik ausgereist. Der Flüchtlingsstrom rollt ununterbrochen in Richtung bayerischer Grenze. — Das SED-Politbüro wird geschlossen zurücktreten."*

7. November: *„Massenexodus durch neues Reisegesetz nicht zu stoppen. Es geht mehr als um Schokolade. ‚Der Krenz hat im Prinzip dieselbe Machtfülle wie der Honecker'. 30-Tage-Reise stellt die Massen nicht zufrieden. Hunderttausende Demonstranten fordern freie Wahlen in ihrem Staat. Bisher größte Demonstration in Leipzig. Auch aus Dresden wurde berichtet, daß dort Hunderttausende auf den Straßen seien. — Der Begriff ‚Dialog' wird zum Schlagwort. Manche Menschen könnten das Wort schon nicht mehr hören, berichtet Pastorin Renate Salinger in Zittau. Der Dialog dürfte nicht zur Selbstrechtfertigung der Herrschenden dienen. Nach ihren Worten ist die Situation in der DDR noch immer ‚mehr beängstigend als hoffnungsvoll'. Weiter verließen Tausende die DDR, ‚ohne zu fragen, wie es ohne sie weitergehen soll'."*

8. November: *„DDR-Regierung zurückgetreten. Reisegesetzentwurf praktisch gescheitert. Ministerrat bleibt aber bis zur Abberufung im Amt. — Der Massenansturm von DDR-Flüchtlingen über die offene CSSR-Grenze sprengt die Aufnahmekapazität der 50 Erstaufnahmelager in Bayern. Die Welle hat sich jetzt bei etwa 4.000 pro Tag eingependelt. Unterschrift unter einem Foto: Kinderwagen, unter Regenschirmen. Auch ohne Auto mit Sack und Pack in den Westen: DDR-Flüchtlinge, die keinen Wagen besitzen, fahren mit dem Zug nach Prag und von dort mit Taxis zur Westgrenze der CSSR. Von Rozvadov aus müssen sie noch ein paar Kilometer marschieren, bis sie bei Waldhaus bundesdeutsches Gebiet betreten können."*

9. November: *„Die SED schlägt Modrow als Nachfolger von Willi Stoph als Regierungschef vor. — ‚Fast chaotisch' geht es nach dem Eindruck des Bundesgrenzschutzes am Grenzübergang Schrinding zu, über den die meisten DDR-Flüchtlinge mit dem Auto einreisen. Stündlich erreichten 300 Personen die Schranken. Trotz schneller Abfertigung bildete sich ein kilometerlanger Stau auf CSSR-Gebiet. Bedingt durch den Lastwagenverkehr waren alle Fahrspuren — auch die in Richtung CSSR — blockiert. Die Fluchtwelle*

steigt weiter an. Soldaten machen Platz und wohnen in Zelten. Sprecher des Bundesgrenzschutzes rechnen bis heute früh erneut mit rund 11.000 Menschen. Damit sind in den sechs Tagen seit Öffnung der CSSR-Grenze am vergangenen Freitag fast 60.000 Flüchtlinge auf diesem Wege in die Bundesrepublik gekommen. Allein in der Nacht zum Mittwoch und tagsüber trafen etwa 8000 DDR-Bürger mit ihren Autos in der BRD ein. Dazu kamen noch vier mit bis zu 1000 Passagieren besetzte Züge aus der CSSR. Für den Weg über Ungarn und Österreich entscheiden sich wegen der offenen CSSR-Grenze nur noch wenige Flüchtlinge. Von Dienstag auf Mitwoch waren es 125. In Bayern sind 60 Erstaufnahmelager errichtet worden. In der BRD standen gestern 82 Unterbringungsstätten zur Verfügung. Rund 20.000 Flüchtlinge werden in mehr als 50 Kasernen und Unterkünften auf Übungsplätzen der Bundeswehr aufgenommen. Die meisten Plätze sind allerdings schon belegt. Modrow: ein deutscher Gorbatschow. Stoph-Nachfolger trägt das Etikett ‚Hoffnungsträger'. DDR in schwerster Krise ihres 40jährigen Bestehens. Die Beobachter sind sich einig: Am Ende des Proteststurms ist die DDR nicht mehr in der bisherigen Form. — In Oberfranken wachsende Sorgen der Verantwortlichen um die Unterbringung der Flüchtlinge. Über Nacht wurden die Freiheitshalle in Hof und eine Turnhalle in Marktredwitz für die Erstaufnahme des schier nicht enden wollenden Flüchtlingsstromes hergerichtet. Doch auch die mehr als doppelte Aufnahmekapazität erwies sich schon am Dienstag vormittag als zu gering. Wir sind voll bis unters Dach. — Veränderungen kommen von unten. ZK gab dem massiven Druck der Genossen nach Erneuerung nach. Parteikonferenz noch in diesem Jahr. Fehler der alten Garde angeprangert. — Die Lage spitzt sich dramatisch zu. DDR-Übersiedler mit kleinen Kindern werden in der Bundesrepublik gleich mit einem Mängel konfrontiert, den sie in ihrer alten Heimat nicht kannten: der akuten Knappheit an Kindergartenplätzen. In Berlin warten bereits 30.000 Kleine auf einen Betreuungsplatz."

10. November: *„Aus Washington: Die amerikanische Regierung hat die Entscheidung der DDR-Führung über die Öffnung der Grenze zur Bundesregierung gestern begrüßt. — Der neue Staats- und Parteichef der DDR, Krenz, sieht keine Veranlassung für eine Wiederholung der in der DDR heftig kritisierten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989. Aus seiner Sicht habe es bisher in der DDR ‚keine unfreien Wahlen' gegeben. — DDR öffnet den Eisernen Vorhang. Der Bundestag sang die Nationalhymne. Die DDR hat 28 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer und nach der jüngsten Massenflucht von bislang 120.000 DDR-Bürgern ihre Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin geöffnet. Alle DDR-Bürger dürfen jetzt kurzfristig private Reisen ‚ins Ausland' unternehmen oder die DDR ganz verlassen. — Nach einem Bericht der Zeitung ‚Die Welt' sagte ein nicht genannter führender SED-Funktionär: ‚Am 9. Oktober stand die DDR vor dem Bürgerkrieg'. Honecker habe an diesem Tage den Befehl erteilt, die Massendemonstration in Leipzig unter Einsatz der Nationalen Volksarmee niederzuschlagen. Später heißt es dazu, daß der bereits von Honecker unterschriebene Einsatzbefehl nicht weitergegeben wurde, weil Moskau signalisierte: Sowjetische Truppen bleiben in der Kaserne. In Dresden waren die Panzer bereits aufgefahren. Da setzten sich der damalige Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer und Modrow an die Spitze eines Protestzuges, ‚denn auch wir waren ja das Volk'. Es war sehr riskant, aber umschiffte die akute Bürgerkriegsgefahr. — Ende Mai 1990 veröffentlicht ‚Die Welt' die Aussage eines früheren Stasi-Offiziers, wonach am 9. Oktober vor der großen Demonstration in Leipzig man in dem Büro des damaligen Sicherheitsministers Erich Mielke vereinbart habe, ‚morgen in Leipzig mit der Konterrevolution Schluß zu machen.' Man hätte eine ‚chinesische Lösung' vereinbart. Zur Anwendung von Gewalt sei es am folgenden Montag nur deshalb nicht gekommen, weil man in einer Geheimkonferenz in Mielkes Büro am Tage vor der Demonstration Erich Honecker zu stürzen beabsichtigte und*

Honecker und Lafontaine verstanden sich sehr gut unter dem gleichen Zeichen.

weil es dann offenbar Honecker gewesen sei, der unter dem Eindruck einer ‚beginnenden Revolution im Politbüro' gegen seine Person Einsatzbefehle zurückgenommen habe. "(91)

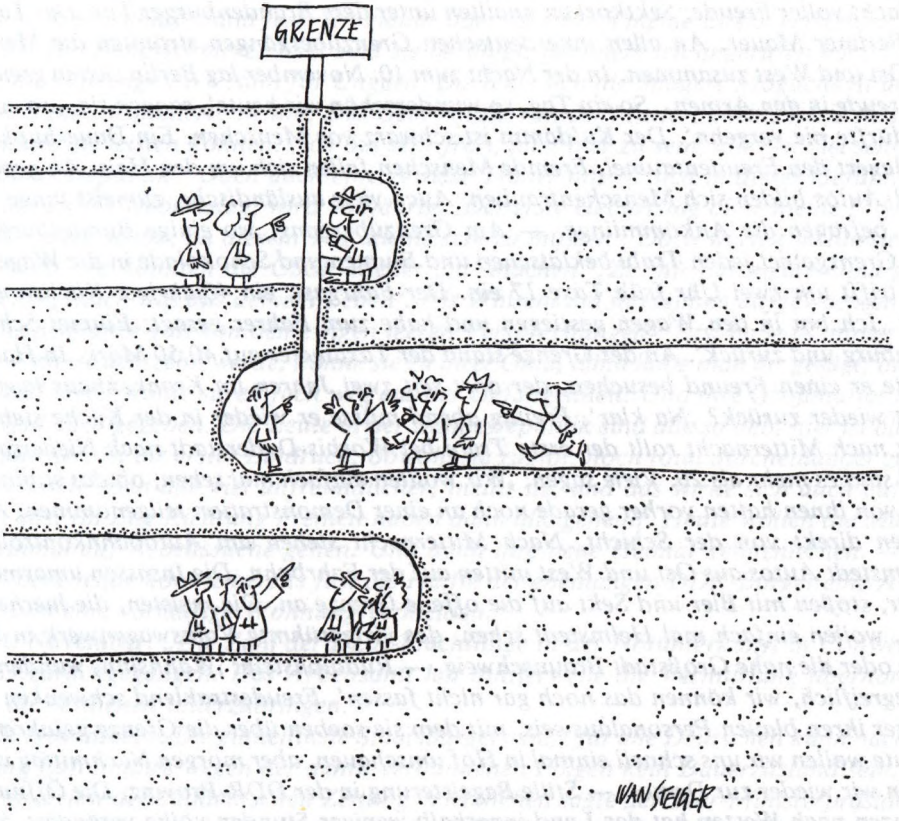
Wir dürfen vielleicht noch ein wenig weiter gehen und zunächst einmal daran erinnern, daß Honecker gerade im Zusammenhang mit innerdeutschen Fragen den Zusammenhang mit der Freimaurerei deutlich in den Vordergrund zu stellen pflegte. Wir brachten bereits im Jahre 1982 entsprechende Fotos vom Zusammentreffen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt (VII, 229), die seinen Willen manifestieren, im Rahmen der Philosophie zu handeln. Aus dem Jahre 1987 stammt das folgende Bild, das Lafontaine und Honecker unter den gleichen Zeichen vorstellt.

Und wir bringen sodann das Bild, welches wir zur Untermalung der Haltung Honeckers und anderer am 9. Oktober 1989 bringen wollen. Von Weizsäcker wußte genau, wer alles in der Führung der DDR Freimaurer war und er wußte, was das diesen Personen bedeutete. Es bedeutete nicht die „Wiedervereinigung". Es bedeutete nicht, einen „deutschen Nationalstaat" zu schaffen. Erst noch im März 1990 sagte von Weizsäcker selbst zu diesem Thema als Freimaurer: *„Keine einzige der großen Aufgaben unserer Zeit läßt sich noch im engen nationalen Rahmen lösen."* (92). Es bedeutete die bedingungslose Anwendung jener politischen Methoden, die dem Freimaurer ans Herz gelegt wurden: Toleranz, Dialog, Brüderlichkeit im Rahmen des Bundes, aber es bedeutete nicht einen Augenblick lang Verzicht auf die jeweilige politische Ideologie, solange diese im Rahmen der Forderungen nach Freiheit und Gleichheit angesiedelt ist.

Eine gewaltsame Auseinandersetzung ist darum in dem Bild, das von Weizsäcker von Honecker und Genossen hat, völlig ausgeschlossen. Genauso ist es undenkbar, daß er etwa durch aktives Eingreifen den „richtigen Weg der DDR" mitbestimmen wird. Er behält in der Hinterhand dauernd sein Konzept von einem schemenhaften Staat, von einer nebulösen Konstruktion der Zukunft, während er in den entscheidenden Monaten irgendwo auftritt. Er tut dabei nicht mehr als das, was notwendig ist, um im Spiel zu bleiben, nicht von der Turbulenz des Volkswillens aus der Arena geschleudert zu werden, wie es Lafontaine mehrfach durch wenig unklugere Bemerkungen beinahe geschehen wäre. Honecker wurde so in gewisser Weise zum deutschen Schicksal. Daß man ihn später auf Wunsch westdeutscher Freimaurer, gerade auch von Weizsäckers selbst, als „alten und kranken Mann" schnell wieder aus dem Gefängnis holt und von weiteren Belästigungen verschont, ist weniger in diesem Falle ein Charakteristikum deutscher Revolutionen als eine Äußerung von **„Brüderlichkeit"**. (125).

Nicht die etwas deplaziert klingende Motivierung mit einer „im Politbüro beginnenden Revolution gegen seine Person", wie es dpa hinstellen möchte, um eine wichtige Lücke in der Berichterstattung zu schließen, hat Honecker also veranlaßt, die Einsatzbefehle zurückzuziehen, sondern maurerische Pflicht zur Vermeidung von Blutvergießen. Das ist unsere Version der Ereignisse.

10. November: *„Aus Bonn: Kanzleramtsminister Seiters/CDU betonte nach einem Telefongespräch mit Bundeskanzler Kohl, der sich zur Zeit in Warschau aufhält, der Beschluß zur Öffnung der DDR-Grenze werde als ‚Schritt von überragender Bedeutung' gewertet. SPD-Vorsitzender Vogel verlangte, der jetzigen Entscheidung müßten freie Wahlen folgen. FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff meinte, ‚dies ist faktisch das Ende von Mauer und Stacheldraht'. Spontan stimmten die Bundestagsabgeordneten stehend die Nationalhymne an. Die restlichen Punkte der Tagesordnung wurden abgesetzt und die Sitzung beendet. Berlins Regierender Oberbürgermeister Momper/SPD bekannte, ‚dies ist der Tag, den wir seit langem ersehnt haben. Die Grenze wird uns nicht mehr trennen. Dies ist ein Tag der Freude für Berlin'. Sein Vorgänger Diepgen/CDU erklärte: ‚Heute beginnt eine neue Zeit'. — Die Diskussion über eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands ist*



Die Freimaurerei beseitigt die innerdeutsche Grenze. Eine für Profane unverständliche Karikatur.

nach Auffassung der sowjetischen Regierung derzeit eine ‚rein intellektuelle Beschäftigung'. Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimow, sagte in Moskau vor der internationalen Presse, die Diskussion darüber finde zudem ‚auf einem nichtvorbereiteten Boden statt'. Die beiden deutschen Staaten hätten sich schon seit Jahren auf ihren ‚getrennten, separaten Wegen entwickelt', fügte Gerassimow hinzu. ‚Auf diesem Wege ist die DDR unser wichtiger, man kann sagen strategischer Verbündeter geworden'. — Nach der Öffnung der DDR-Grenzübergänge bereitet sich Baden-Württemberg an diesem Wochenende auf 5.000 bis 7.000 Flüchtlinge vor. Im Innenministerium traten gestern zwei Arbeitsstäbe zusammen, die die Situation analysierten und die notwendigen Quartiere vorbereiteten. Viele Signale der Hilfsbereitschaft. FDP für Solidaritätsbeitrag."

11. November: *„Oberbürgermeister von Pforzheim appelliert an Hilfsbereitschaft. Im Enzkreis laufen die Vorbereitungen für die Aufnahme von Flüchtlingen bereits auf Hochtouren. Noch sind keine Übersiedler angekommen, doch erste Stellenangebote kann Hauptamtsleiter Hubert Mahle schon ans schwarze Brett im Rathaus hängen. Die Kirchengemeinden haben ihre Gemeindehäuser angeboten für weitere Unterkünfte. Die beiden Rektoren der Haupt- und Realschule in Straubenhardt erklärten, daß schulpflichtige*

Kinder der Übersiedler sofort in den jeweiligen Klassen am Unterricht teilnehmen können. — Nacht voller Freude: Sektkorken knallten unter dem Brandenburger Tor. Der Tanz auf der Berliner Mauer. An allen innerdeutschen Grenzübergängen strömten die Menschen aus Ost und West zusammen. In der Nacht zum 10. November lag Berlin sich in grenzenloser Freude in den Armen. ‚So ein Tag, so wunderschön wie heute', sangen sie, , so ein Tag, der dürfte nie vergehn'. Der Ku'damm ist schwarz vor Menschen. Ein Dauerhupkonzert überlagert den Freudentaumel. Fremde Menschen fallen sich um den Hals. An geparkten DDR-Autos bilden sich Menschentrauben. Auch viele ausländische, zumeist junge Touristen, befragen die Ankömmlinge. — Am Grenzübergang, wo einige Bundesbürger aus dem Grenzgebiet jeden Trabi beklatschen und Blumen und Schokolade in die Wagen werfen, trifft um zwei Uhr früh Taxe 17 ein. Der Fahrgast, ein 40jähriger Küchenmeister, sagt: ‚Ich bin in den Wagen gestiegen und habe zum Fahrer gesagt: Einmal Schwerin-Hamburg und zurück'. An der Grenze stand der Taxameter auf 40,50 Mark. In Hamburg wollte er einen Freund besuchen, der dort seit zwei Jahren im Krankenhaus liegt. Und dann wieder zurück? ‚Na klar'. Freitag abend müsse er wieder in der Küche stehen. — Kurz nach Mitternacht rollt der erste Trabi bei Worbis-Duderstadt nach Niedersachsen. Bald sind es mehr als 20. Viele sagen: ‚Wir wollten einfach mal sehen, ob das stimmt'. Einige von ihnen hatten vorher gerade noch an einer Demonstration teilgenommen. Andere kamen direkt von der Schicht. Nach Mitternacht stehen am Autobahnkontrollpunkt Hellmstedt Autos aus Ost und West mitten auf der Fahrbahn. Die Insassen umarmen einander, stoßen mit Bier und Sekt auf die offene Grenze an. Die meisten, die hierherkommen, wollen einfach mal Helmstedt sehen, das vielgerühmte Volkswagenwerk in Wolfsburg oder die nahe Großstadt Braunschweig. — Rudolphstein: ‚Wahnsinn, wunderschön, unbegreiflich, wir können das noch gar nicht fassen'. Freudestrahlend schwenken DDR-Bürger ihren blauen Personalausweis, mit dem sie soeben über die Grenze gefahren sind; ‚Heute wollen wir uns schnell einmal in Hof umschauen, aber morgen Nachmittag um drei gehen wir wieder zur Demo'. — Stille Begeisterung in der DDR-Provinz. Die Öffnung der Grenzen nach Westen hat das Land innerhalb weniger Stunden völlig verändert. Statt in HO-Läden stehen die Menschen in vielen Städten zu Hunderten vor den Dienststellen der Volkspolizei oder vor Reisebüros. Wer an die Grenze kam, wurde von Menschenspalieren mit Jubel und Beifall empfangen. — Neue Grenzübergänge durchlöchern die Mauer. Etwa 500 Westberliner haben an der Falkenseer Chaussee in Spandau gestern abend damit begonnen, die Mauer einzureißen. — Je 100 DM wurden als Begrüßungsgeld an die DDR-Flüchtlinge gezahlt. An den Auszahlungsstellen für DDR-Bürger haben sich gestern in Berlin und zahlreichen grenznahen Gemeinden der Bundesrepublik zum Teil lange Warteschlangen gebildet. In Berlin beteiligten sich kurzfristig auch die 92 Filialen der Berliner Sparkasse an der Auszahlung, um die Bezirksämter zu entlasten. Warschau: Bundesaußenminister Genscher hat gestern mit seinem polnischen Kollegen auch über die Frage einer Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Außenminister Skubiszewski habe in dem Gespräch unterstrichen, daß für eine eventuelle Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auch ‚gewisse Bedingungen erfüllt sein müssen'. Warschau sei der Meinung, daß neben dem ‚übereinstimmenden Willen' in beiden gleichberechtigten deutschen Staaten Garantien nötig seien, damit ein ‚neuer, wiedervereinigter und zweifellos dann mächtiger Staat nicht die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa bedroht'. Es dürfe auch keine Zweifel geben, daß die deutschen Staaten sich nur in ihren bisherigen Grenzen vereinigen dürfen. Skubiszewski habe in dem Gespräch mit Genscher darauf verwiesen, daß es auch ein Mitspracherecht der Großmächte bezüglich Deutschlands als Ganzes gibt. Auch Europa habe in dieser Frage mitzureden."

13. November: *„Im Quartier in Conweiler. Zwei Mädchen. Sie kamen aus Leipzig.*

‚Meine Mutter hat nur noch geheult, hat mich gebeten, es mir nochmals zu überlegen, doch mein Entschluß stand fest. Ich glaube aber, daß mich meine Eltern verstehen, es war nur der Trennungsschmerz. Jetzt sind sie beruhigt, nachdem ich angerufen habe'. Zuerst hatte die 17jährige ein Visum für Ungarn. Doch als sich die billigere Möglichkeit über die CSSR ergab, disponierte sie um. Das Geld hat sie von der Mutter, alleine hätte sie sich die Fahrkarte nie leisten können. ‚Ich bin sehr froh, jetzt hier zu sein, alles ist viel schöner in der Bundesrepublik'. Doch auch eine gewisse Trauer mischt sich in dieses Gefühl, denn: Sie hat morgen Geburtstag, wird volljährig. ‚Der erste Geburtstag ohne meine Eltern, das belastet mich schon, an diesem Tag alleine sein zu müssen'. Doch warten wollte sie nicht, aus Angst, sie könnten die CSSR wieder ‚zu' machen. ‚Zu mir hat meine Oma gesagt: Mädchen, mach was aus deinem Leben'. Als Waisenkind in Heimen aufgewachsen, hatte sie ‚die Schnauze voll von den ewigen leeren Versprechungen'. Erst habe es immer geheißen, wenn sie achtzehn werde, könne sie zu ihrer Oma, dann habe man ihr gesagt, die Frau sei zu alt. Jetzt wollte sie einfach weg aus der Gefangenheit. Und ihre Großmutter hat ihr das Geld dazu gegeben. Die Leute in der Bundesrepublik sind alle so lieb, hier ist alles viel freundlicher, ist ihr erster Eindruck, obwohl sie zugibt, noch total durcheinander zu sein. In der DDR seien alle viel unfreundlicher, meint sie, und das wirke sich auch auf einen selbst aus. Im Zug Richtung Freiheit haben dann alle geheult. Heute wollen die Mädchen erst einmal auf Arbeitssuche gehen. Und dann ihre neue Heimat kennenlernen. — Über das Wochenende konnte bereits fast die Hälfte der ehemaligen DDR-Bürger eine Arbeitsstelle und eine vorläufige Wohnung vermelden."

14. November: *„Die Zahl der DDR-Flüchtlinge in der Notunterkunft in Conweiler ist auf 65 zurückgegangen. Das Arbeitsamt hat mittlerweile die Vermittlung übernommen, auch die restlichen unterzubringen."*

25. November: *„Die einheitliche Staatsbürgerschaft für alle Deutschen kann nach Auffassung Lafontaines wegen der damit verbundenen Folgen kein Dauerzustand sein. In einem Interview der Süddeutschen Zeitung in München sagte der Saar-Ministerpräsident, es könne nicht aufrechterhalten werden, daß alle DDR-Bürger Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik hätten. ‚Den Menschen in der DDR einen Termin für freie und demokratische Wahlen vorzuschreiben, sei eine Anmaßung', sagte der SPD-Vorsitzende Vogel in Düsseldorf."*

30. November: *„Die Idee der Wiedervereinigung — ein Wort, das viele Politiker tunlichst vermeiden — hat viele Namen. Die Programme der Parteien in der Bundesrepublik sprechen nicht einfach von ‚Wiedervereinigung': ‚Zusammenführung der Deutschen', ‚Einheit der Nation in einem gesamteuropäischen Kontext', ‚Konföderation', ‚eine Verantwortungsgemeinschaft für die Beziehungen zwischen Ost und West', ‚Einheit in freier Selbstbestimmung', heißt es etwa. Viele Umschreibungen erscheinen nebulös. Deutlich wird nur die Richtung. Der Weg selbst liegt noch ebenso im Dunkeln wie 1959."*

Ein anderes Gesicht bekamen erst etwa einen Monat später die Demonstrationen in der DDR. Wieder begann es in Leipzig, wo am

12. Dezember *„viele tausende von DDR-Bürgern mit Transparenten ‚Deutschland Einig Vaterland' die ‚deutsche Einheit' forderten. Am 20. Dezember warten einige hundert Dresdner Bürger mit Transparenten und Fahnen auf den Bundeskanzler vor dem Hotel Bellevue. Die Texte der Transparente lauten: ‚Deutschland einig Vaterland' und ‚Deutsche Einheit' und ‚Bundesland Sachsen grüßt den Bundeskanzler'."* Am

22. Dezember wird das Brandenburger Tor geöffnet. Man spricht von der **Wiedervereinigung.**

Wer organisierte den Aufstand?

Wir haben damit die Elemente zusammengetragen, die wir benötigen, um ein wenig mehr über den **Ursprung dieser Volkserhebung** zu erfahren. Wir gehen davon aus, daß die Dinge in der DDR durch Demonstrationen in Bewegung gebracht wurden, die ihrerseits die Stimmung in der Bevölkerung aufgriffen, die durch die laufend anwachsende Fluchtwelle über Budapest, Prag und Warschau ihren unwiderlegbaren Ausdruck fand. Dabei stellen wir fest, daß ganz bestimmte Städte in der DDR in Erscheinung treten, während einige andere überhaupt nicht auftreten. Und wir stellen fest, daß diese aufwühlenden Ereignisse zeitlich im Einklang stehen mit einer weltpolitischen Tätigkeit, mit den Reisen und Reden westdeutscher, aber auch amerikanischer und russischer Staatsmänner. Und wir stellten außerdem fest, daß die Themen der mitgeführten Transparente sich im Laufe der Wochen ändern.

In diesem Augenblick unserer Arbeit tun wir nun einen Schritt nach vorn und fragen uns: Was wissen wir von der Freimaurerei in der DDR zu Beginn dieser Volksrevolution? Es ist gar nicht so wenig, was wir da zusammentragen konnten. In erster Linie dient uns da als Grundlage natürlich die letzte, uns bekanntgewordene Arbeit aus der Freimaurerei selbst, eben das schon mehrfach erwähnte Buch von Manfred Steffens. Aus ihm entnehmen wir, daß es u.a. Freimaurerlogen in der DDR in den folgenden Städten gab, bzw. gibt: Leipzig, Berlin (Ost), Dresden, Cottbus, Halle, Meiningen, Magdeburg. Außerdem wird eine „Große Landesloge von Sachsen" mit 4 Logen erwähnt, die am 19. Juni 1949 an dem Zusammenschluß in der Frankfurter Paulskirche teilnahm. Als im „kommunistischen Teil Deutschlands" verboten werden

in Pommern und Mecklenburg	20 Logen mit 1700 Mitgliedern
in Brandenburg	23 Logen mit 2300 Mitgliedern
in Sachsen	48 Logen mit 7500 Mitgliedern
in Sachsen-Anhalt	37 Logen mit 4400 Mitgliedern
in Thüringen	23 Logen mit 2400 Mitgliedern

aufgezählt. Nicht mehr genannt werden können die „zwischen 1741 und 1781 in der damals neuen Provinz Schlesien entstandenen acht Logen in Breslau, Görlitz, Schweidnitz, Glatz, Neiße und Brieg."

Auf eine besondere Regsamkeit in Leipzig deutet es hin, daß immer wieder die dortigen Logen erwähnt werden. Lobend erwähnt wird z.B. auch „der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig und Reichspreiskommissar, Freimaurer Carl Friedrich Goerdeler, der im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20 Juli 1944 *„aktiven Widerstand gegen das Hitler-Regime leistete und dafür mit seinem Leben büßen mußte."* Weiter heißt es:

„Die Auslieferung von Care-Paketen an die sowjetische Besatzungszone stieß vom ersten Tag an auf Schwierigkeiten . . . Wir wissen, daß das Elend in Sachsen und Thüringen gerade so groß ist wie in den übrigen Zonen . . . Sie müssen sehen, daß Sie auch dort die richtigen Leute für die Verteilung finden, selbst wenn es keine früheren Freimaurer sind . . Der Versand in die Sowjetzone erfolgte dann dergestalt, daß die Care-Pakete in Berlin umgepackt und dann individuell in die Zone geschickt wurden."

„Selbstverständlich gab es auch in der sowjetischen Besatzungszone ehemalige Freimaurer. Erstaunlich ist, daß auch sie sich nach dem Kriege wieder sammelten, um ungeachtet der kommunistischen Staatsordnung, die jede Freimaurerei verurteilt, ihre Logen zu rekonstruieren und die Logenarbeit wieder aufzunehmen. In Leipzig rührten sich zunächst die traditionsreichen Logen ‚Minerva zu den drei Palmen', ‚Balduin zur Linde' (sie wird schon 1811 als Tochterloge der ‚Großen Loge zu Hamburg' erwähnt) und ‚Apollo'. Motor des Wiederauflebens der Logentätigkeit war der einstige, nunmehr 83 Jahre alte Großmeister der Großloge ‚Deutsche Bruderkette', Paul Mensdorf, Schuldirektor im Ruhestand, der auch Meister vom Stuhl der ‚Minerva' gewesen war . . . Im Frühjahr 1946 teilte Mensdorf der Bremer Loge ‚Herder', einer früheren Tochterloge der ‚Deutschen Bruderkette' mit, daß die Freimaurer in der sowjetischen Besatzungszone mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Allen freimaurerischen Bestrebungen werde nicht etwa von der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern vielmehr von den deutschen Kommunisten ein unüberwindlich scheinender Widerstand entgegengesetzt. — Trotz aller Schwierigkeiten konnten die Dresdner Freimaurer am 26. Juni 1946 noch in einer Festarbeit das Johannisfest begehen. Die Beamtenstellen wurden dabei gemeinsam von den Dresdner Logen ‚Zu den drei Schwertern', ‚Zum goldenen Apfel' und ‚Zu den ehernen Säulen' gestellt. Umrahmt von zahlreichen musikalischen Beiträgen, stand im Mittelpunkt eine Festzeichnung über die Geschichte der Freimaurerei und ihre Verfolgung in den verschiedensten Epochen bis hin zum Hitler-Regime. Die ‚Große Landesloge von Sachsen' ließ den Dresdner Freimaurern ein Festgeschenk überreichen. Nach der Anwesenheitsliste haben an dieser Festarbeit aus Anlaß des Johannisfestes 134 Freimaurer aus 14 verschiedenen Logen teilgenommen."

„Ein weiterer Ort in der sowjetischen Besatzungszone, in dem sich unmittelbar nach Kriegsende sofort wieder freimaurerisches Leben regte, war Cottbus. Seit dem Herbst 1945 trafen sich mehrere Mitglieder der Loge ‚Zum Brunnen in der Wüste', einer Tochterloge der ‚Großen Landesloge', allwöchentlich, um die Wiederaufnahme der Logentätigkeit vorzubereiten. Auch bemühten sie sich, die zu vielen einstigen Mitglieder abgerissene Verbindung wieder herzustellen."

„Der erste offizielle Schritt der sowjetischen Besatzungsbehörden gegen die Freimaurer erfolgte Anfang Februar 1948. Und zwar protestierte der sowjetische Vertreter in der Alliierten Kommandatur Berlin gegen die Zulassung einiger unpolitischer Organisationen im britischen und amerikanischen Sektor der Stadt, darunter die ‚Große Landesfreimaurerloge' . . . Diese verteidigte sich daraufhin: ‚Der Paragraph 24 ihrer Satzung besagt, daß die Erörterung politischer Fragen in allen Versammlungen der Brüder verboten ist. Außerhalb der Logenräume steht den Freimaurern jedoch jede politische Betätigung frei. Unter den etwa 2000 Berliner Freimaurern befinden sich Mitglieder aller Parteien'."

„Der erste massive Angriff gegen die Freimaurerei ging vom Organ der sowjetischen

Besatzungsmacht, der in Berlin erscheinenden ‚Täglichen Rundschau' aus, am 3. März 1948:"

„Eine schmale Pforte nur führt in das Reich der Berliner Freimaurer. Meist ist sie verschlossen. Ein kleines Schild am Eingang des Hauses Eisenacher Str. 13 macht dieses Gebäude als den Sitz der Großen Landesloge kenntlich. So unscheinbar und bescheiden sich das Ganze äußerlich gibt, so vielverzweigt und verästelt ist diese halb geheime, sektiererische Organisation der Freimaurer. Die mit Vorbedacht verbreitete Auffassung, es handele sich um einen ‚Zusammenschluß von Menschen zu gegenseitiger Hilfe', ist kaum zutreffend. Gewiß, es gab auch vor 1933 Freimaurer in Berlin. Doch das ist lange her . . ."

Sodann berichtet die ‚Tägliche Rundschau' von dem Ausbau des Gebäudes. *„Über 300.000 Mark betrugen die Kosten, von denen mehr als 100.000 Mark von amerikanischen Kreisen beigesteuert wurden. So erklärte es wenigstens ein ‚Logengroßmeister' kürzlich. In Steglitz, in der Ahornstraße, wurde ebenfalls mit erheblichem Aufwand das Logenhaus ‚Zu den drei Weltkugeln' ausgebaut. Bis in die höchsten Spitzen der politischen Parteien und der Berliner Stadtverwaltung sitzen Freimaurer. Man kann sich vorstellen, daß ein Logenbruder es bei einem der leitenden Angestellten des Hochbauamtes Zehlendorf leicht hat, zum Ziel zu kommen, wenn er sich durch einen bestimmten Händedruck (oder indem er seine Brille auf den Tisch legt) als zum Verein gehörig zu erkennen gibt. So ist es an vielen Stellen — ein weitgespanntes Netz über alle Sektoren Berlins. Über 2000 Mitglieder sind hier, die sich so in die Hände spielen . . . Die ‚Geschäftsleute' finden sich besonders in der Hamburger Loge. Diese ist es auch, die sich in den wirtschaftlichen Schlüsselpositionen der Unterstützung von Amerikanern erfreut, die nicht nur Serien von Care-Paketen liefern, sondern auch häufige Gäste bei Tempelveranstaltungen sind. Geschäfte, Politik und Macht konzentrieren sich in den wirtschaftlichen Schlüsselpositionen Berlins. Sie besetzen ist das letzte Ziel der Freimaurer. Es ist unschwer zu erkennen, welche Rolle dieser ‚unpolitischen' Organisation unter der geschickten Regie bestimmter Kreise vorgeschrieben ist. Der harmlos anmutende Fastnachtsmummenschanz kann nicht über die politischen Absichten hinwegtäuschen."*

In Halle/Saale kam es im März 1948 zu einem Prozeß, in welchem der Verkauf des Logenhauses an die NSDAP zur Debatte stand und Steffens spricht von dem Unwillen der Hallenser Freimaurer, daß ein damaliger Fabrikbesitzer der NSDAP das Geld spendete, um diesen Ankauf vornehmen zu können. Man fühlt sich also in Halle in Logenkreisen wieder stark genug, sich gegen einen Gerichtsbeschluß zu wenden.

„Die Mitglieder der 1774 gegründeten Loge „Charlotte zu den drei Nelken" in Meiningen konnte noch am 28. August 1949 ‚den Geburtstag unseres Alt- und Ehrenmeisters Johann Wolfgang von Goethe' festlich begehen. In einem Bericht der Loge heißt es dazu, daß die sowjetische Stadtkommandatur keinerlei besondere Schwierigkeiten gemacht habe, als um die Genehmigung der Veranstaltung nachgesucht wurde. ‚Es war das erste Mal, daß wir seit 1935 wieder einmal in größerem Kreise beisammen waren. Die Feier hat allen Beteiligten so gefallen, daß wir beabsichtigen, an jedem letzten Sonnabend jeden Monats in gleicher Weise zusammenzukommen . . . Alle Beteiligten fühlten sich in den wenigen Stunden einmal frei von den Sorgen des Alltags und dem seelischen Druck der Gegenwart, der auf uns allen lastet . . .' Die Kommunisten untersagten schließlich auch in der Deutschen demokratischen Republik jede freimaurerische Tätigkeit."

Genauso wie 1945 die 1935 versprengten deutschen Freimaurer sich überall wiederfanden und sich neu konstituierten, so hat sich dieser Bund 1989 wieder in der DDR gefunden.

Dabei war in diesem Fall der „Schlaf", in den die Freimaurer sich in der DDR legten, nur ein recht oberflächlicher. Die Freimaurerei rundum, vor allem gerade in der Bundesre-

Kontakte gesucht

In Nordhausen bestanden bis 1935 die Johannis-Freimaurer-Loge „Zur gekrönten Unschuld" und die Andreas-Freimaurer-Loge „Crescens", beide zugehörig zur G.L.Ld.F.v.D. in Berlin. Wir suchen Kontakt zu ehemaligen Mitgliedern oder deren Angehörigen. Unser Interesse richtet sich auf jede Art von Informationen über diese Logen und noch etwa vorhandene freimaurerische Gegenstände. Zuschriften an: Johannis-Freimaurer-Loge „Zur Freundschaft", Hilbert von Löhneysen, Herkulesstraße 105, 3500 Kassel.

Diese Anzeige des Kassler Polizeiverwaltungsrats von Löhneysen fanden wir in der „Thüringer Allgemeinen (Nordhausen)" am 19. Juni 1990.

publik Deutschland, wob ständig an der Erhaltung und dem Ausbau des Netzes. Vor allem wird von Steffens nicht erwähnt, daß auch insbesondere unter der Alten Garde der Kommunisten Freimaurer waren (85). Das philosophische Experiment Lenins hat niemals diesen Kontakt aufgegeben. Kerenski bedeutete keineswegs das Ende der Freimaurerei in der Sowjetunion. Wer gehörte zum Beispiel 1910 bei dem Treffen der Loge Art et Travail im Odd-Fellow-Freimaurerpalast in Kopenhagen nicht alles zum Bund?: Trotzkij (VII, 105), Lenin (VIII, 203), Liebknecht (VII, 109), Rosa Luxemburg, Klara Zetkin (VIII, 204), Kautzky, Stadthagen, Dr. David, Dr. Südekum, Dr. Frank, Hoffmann, Ebert (IX, 109), Scheidemann, Bang, Branting, Vandervelde, Jean Jaures (86). Nicht unerwähnt bleiben darf hier auch der führende Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner, der 1944 in Zusammenhang mit dem „20. Juli" hingerichtet wurde. Er war seit 1923 Mitglied der Darmstädter Loge „Johannes der Evangelist zur Eintracht".

Eine freimaurerische Betätigung in der Sowjetunion war streng verboten und Trotzkij spricht in der „Iswestija", 1923, von der *„Freimaurerei als der kapitalistischen Feindin des Kommunismus. Mit glühendem Eisen muß sie mit ihrer Gefolgschaft ausgerottet werden, denn sie schwächt die Lehren des Kommunismus durch ihre bürgerlichen Journalisten ab"*. Doch im Kreml selbst spukte immer wieder die Freimaurerei, und so mancher Volkskommissar des Äußeren und so mancher rote Botschafter fanden in New York und London Gehör mit dem richtigen Paßwort (87). Man machte sich die Macht der maurerischen Organisation in der Führung zu Diensten, aber verhinderte es, daß sich die Untertanen ihrer bemächtigten. (88).

Bezieht man die freimaurerischen Kräfte ins Kalkül ein, so wird es auch klar, warum schon Tage vor dem 9. November 1989 internationale Nachrichtenagenturen sich kostspielige Satelliten mieteten und diese vor dem Brandenburger Tor postierten, um rechtzeitig zur Stelle zu sein.

Das spezifisch freimaurerische, nur aus Freimaurern zusammengesetzte **„Studienzentrum Weikersheim e.V."** hielt im Juni 1990 seinen Sommerkongreß ab und macht kein Hehl daraus, daß an diesem 100 von 500 Teilnehmern aus Sachsen, Mecklenburg, Thüringen, Brandenburg, „ja, sogar aus Schlesien kamen". Wir werden an anderer Stelle auf die

auf diesem Kongreß auch zu Worte gekommene Stimme der Schlesier eingehen. Hier nur, was der Präsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, Detlef Kühn (89) meinte: *„Endlich wird Deutschland politisch und wirtschaftlich deckungsgleich"*. Diesem Satz kann nur in schärfster Form widersprochen werden. In dem Kapitel „Oder-Neiße-Linie" werden wir diese völlig irreale, auf Verzicht und Landesverrat aufgebaute Aussage auf ihren rechtlichen und faktischen Gehalt hin überprüfen. Für uns ist dieser Kongreß nur ein Beleg mehr dafür, daß die Freimaurerei sich darum bemüht, mit ihren Anhängern *„das machtmäßige und geistige Vakuum zu füllen, das durch den Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie im Verlauf dieser atemberaubenden Freiheitsrevolution in Osteuropa entstanden ist"*, wie sich der Präsident des Studienzentrums, Prof. Filbinger (90) in seiner Begrüßungsansprache ausdrückte. Ausdehnung der Nato bis an die polnische Grenze ist dann nur eine der sichtbaren Tentakeln, die die Logen in eine dem Untergang geweihte alte deutsche Kulturlandschaft vorfühlen lassen, ohne daß man sich eine Aufgabe oder Verpflichtung stellt, es sei denn, sie sei philosophischer Natur. Auch das Studienzentrum Weikersheim wird noch unter Beweis stellen müssen, daß man n i c h t beabsichtigt, den geistigen Spielraum zu vergiften, sondern zur Pflegestätte echter Traditionen werden will, wie sie sich etwa in dem Wort **„Preußentum"** gerade in den derzeit polnisch besetzten Ostprovinzen zum Wohle aller Untertanen entwickelt hatten, seitdem das Gebiet der Hohenzollern um 1700 mit jener konstruktiven Staatsidee gefüllt worden war.

Sind wir mit dem vorigen Absatz in die Freimaurerluft der BRD hinübergeschwenkt, so hier noch einige weitere Worte aus diesem Bereich.

Denn ganz im Sinne unserer soeben ausgesprochenen Bemerkung, wonach die vergiftete Gefahr besteht, daß der gesamte derzeit verteidigungslos am Boden liegende Raum von der Elbe bis an den Pruth seiner schützenden Grenzen beraubt und zum Niemandsland erklärt wird, erfahren wir von Dr. Günther Nenning (er kann seine Gedanken in der uns ja schon bekannten Freimaurerschrift „Mut" (Dezember 1989) an den Mann bringen), daß es jetzt für ganz Europa gelte, *„die einzelnen Bestandteile wieder zu Worte kommen zu lassen, aus denen die Großgebilde einst zusammengeschustert wurden"*. Unter „Großgebilden" ist nichts anderes zu verstehen wie die europäischen Nationalstaaten. Genannt werden namentlich Frankreich, Britannien, Spanien. Als Bestandteile werden aufgezählt: Bretonen, Occitanen, Elsässer, Waliser, Schotten, Iren, Katalonen, Basken. *„Zerbröckelnde Größe, Wiedergeburt des Kleinen"* ist das Zeichen der Stunde, praktiziert an dem *„von Stalin zusammengeräuberten Imperium"*. Es ist vieles so wahr und kann so leicht unterschrieben werden, was Nenning da sagt, doch macht es verdächtig, daß es in „Mut" erscheint, daß es das bene placitum der Freimaurerei hat. Er sagt: *„Die Menschen wehren sich gegen den Untergang im Einheitsbrei. Sie strampeln um ihr nacktes Existenzminimum an Heimatgefühl, um ihre Überlebensration an Wurzeln im Besonderen, Eigenen, Kleinen. Das Grundgefühl unseres Zeitalters läuft wider die Gleichschaltung in Großeinheiten und für neuerliche Verwurzelung im Kleinen, Überschaubaren, geschichtlich Gewachsenen."*

Eine jede dieser Eigenschaften widerspricht der Grundsatzforderung nach **Gleichheit.** Unternimmt „die Freimauerei" hier den Versuch, an Bord zu bleiben? Nachdem sie mit allem zu Gebote stehendem Terror im Rahmen der Justiz, der Erziehung, der Information mit unüberbietbarer Brutalität vorging gegen einen Stephan Ludwig Roth in Siebenbürgen, gegen einen Andreas Hofer in Südtirol, gegen Friedrich Schiller in Württemberg, gegen das Andenken und Ansehen aller jener, die nichts waren und wollten als Deutsche sein, nicht nachdem, sondern während man am heutigen Tage das deutsche Schulwesen in Siebenbürgen, in Argentinien, in Chile und so vielen anderen Ländern mit schlecht bezahlten Lehrern, mit tausend Schikanen abwürgt, ja, ihm verkündet — wie es Außenminister

Valcav Havel greift an die Krawatte.

Ion Iliescu, rumänischer Wendehals.

Handschlag der drei baltischen Präsidenten Gorbunov, Rüütel und Landsbergis. Danach versteht man, warum man auf die Bitte Kohls und Mitterands einging.

Genscher anordnete — daß „Krieg" zwischen der BRD und „Dignidad" in Chile besteht (93). Hat die „Freimaurerei" hier „zwei Gesichter"?

Aber, vielleicht ist das ganze nur ein Wortspiel mit anderen Zielen. Ist der **Staat** wirklich nur „Gleichschaltung"? Ist er wirklich nichts anderes als eine bürokratische „Großeinheit"? Ist er nicht doch mehr als die Teile? Hat er nicht in jedem seiner Teile ein Stück seines Wesens? Ist die Gemeinde nicht mehr als nur lokale Idylle? Wohnen nicht alle Staatsdiener irgendwo in einer Gemeinde? Und entsenden nicht die Gemeinden ihre großen Söhne in die Hauptstädte? Wo sich die Universitäten und Theater befinden, die Kristallisationspunkte von Wissenschaft und Kultur, nationaler Kultur, die in Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden sich geformt hat. Ist das ein „Einheitsbrei"?

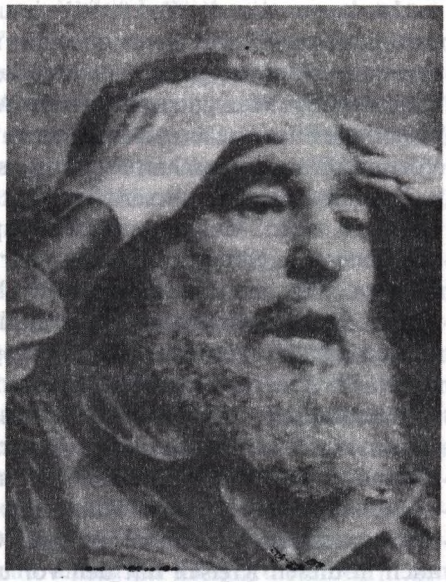
„Sicherlich ist das Glück des deutschen Volkes ohne den **Staat** *denkbar. Es ist denkbar . . . daß sich die Deutschen gutmütig, bescheiden und vor allen Dingen gehorsam, in ihren anmutigen Tälern und auf ihren sanften Hügeln friedlichem Tun hingeben, gedankenvoll dem traulichen Hüpfen der Lämmer auf den Weiden zuschauen, die Früchte ihres kargen Bodens ernten, emsig werken, mit kunstwilligem Fleiß in mancherlei Gewerben die notwendigen Produkte des zivilisierten Bedarfs herstellen, um endlich der Welt aus den Gefilden mäßigen Wohlstandes Dichter, Denker und Wissenschaftler von bekömmlicher Zurückhaltung zu schenken. Dazu ist freilich kein Staat notwendig, kein Heer und als Behörde nur ein Steueramt, durchtränkt mit freundwilligem Wohlwollen. Das Glück des deutschen Volkes ist denkbar, wenn die Deutschen willens sind, die Probleme der Welt zu ignorieren, und die Welt willens ist, mit ihren Problemen den Deutschen nicht zu nahe zu kommen. Es ist denkbar, wenn die Deutschen willens sind, ihre Geschichte zu vergessen, ihre Anstrengungen als sinnlos zu erachten, ihre Gedanken und Taten als irrtümlich, ihre Großen als Dummköpfe und ihren Glauben als Narrheit . . . Es ist ein Traum der Erschöpfung. Es ist ein narkotischer Traum. Solche Träume dauern nur Weltsekunden."* (127)

Nenning schildert: *„Wie seinerzeit aus dem Fleisch des Ottomanischen Reiches lösen sich aus dem der Sowjetunion freiheitsdurstige Nationalitäten und werden autonom."* Und er freut sich darüber, denn *„die neuen politischen Eliten bergen einen Vorrat an unberechenbarer Dynamik"*. Aber, ist es dann noch berechtigt, von *„zerbröselnder Größe und Wiedergeburt des Kleinen"* zu sprechen? *„Was überdauert, das sind die gewachsenen, kleinen, überschaubaren Einheiten, über die die großen Reichsgründer drüberwalzten"*. Man kann sich leicht vorstellen, mit welcher Freude er etwa das „Bayrische Manifest 1990" der Bayernpartei gelesen hat, wo im Hinblick auf „die neuen Perspektiven" *„der Zerfall der kommunistischen Systeme im Ostblock den Blick frei macht auf eine Zukunft, die auch und gerade für Bayern eine völlige Veränderung der bisherigen politischen und gesellschaftlichen Situation . . . bedeutet. Die Eigenstaatlichkeit Bayerns und seine kulturelle Identität sind und bleiben Prüfstein für die Qualität eines neuen* **‚Europa der Regionen'** *. . . die einzig logische Konsequenz aus dem Versagen des deutschen Nationalstaates Bismarckscher Prägung."* Man sieht, zu was alles die Revolution in Mitteldeutschland herhalten soll.

Gorbatschow

Sie signalisieren das Große Notzeichen:

Premierminister Antall



Fidel Castro

Boris Jelzin

Oskar Lafontaine

Ist darum aber das Zukünftige in unserem Zeitalter die Idylle der Staatenlosigkeit? Ist darum „Römer" sein etwas obsoletes? Steckt nicht hinter Nennings Darstellung die alte Freimaurerforderung nach der Auflösung alles Großen? Soll nicht nur der Standpunkt geklärt werden: Was gilt es in diesem Augenblick anzugreifen, zu zerstören? Nämlich die bisherigen Supermächte. Die „Kleinen", die neu entstehen, kommen erst später dran. Aus Vorsichtsgründen beschattet man sie schon heute und gibt ihnen die richtigen Aufpasser bei, damit sie auch in dieser Geschichtsphase nicht ablassen, ihr Zusammenleben philosophisch zu sehen. Man hat uns den Anspruch auf Mitsprache versagt, solange wir nicht mit erhobenem Zeigefinger auftreten. Wir lehnen unsererseits diejenigen ab, die unter diesem Zeichen eine neue Welt aufbauen wollen und dabei behaupten, sie handelten im Rahmen weltgeschichtlicher Gesetze (128). In ihrem pausenlosen Zerstörungswerk findet eine Umgliederung statt. Die bisher hochgepäppelten Weltenteiler, die Stützen der Weltdemokratie haben Platz zu machen vor Kleineren. Doch heißt das nicht, daß die Kleinen jetzt unbegrenzt gefördert werden sollen. Nichts von dem, was in der menschlichen Gesellschaft errungen wurde, soll aufgegeben werden. Perestroika darf nicht mißverstanden werden. Es handelt sich um einen „Fortschritt", nicht etwa um Reaktion.

Mit den Herren Detlef Kühn und Günther Nenning haben wir uns mit Autoren der Freimaurerzeitschrift „Mut" befaßt. Genauso wie in Weikersheim beschäftigt man sich auch in diesen Kreisen mit den vor uns liegenden Notwendigkeiten im osteuropäischen Raum. Nicht nur den Briten ist der irre Gedanke an ein „Viertes Reich" schlafraubend. In der Tat stellt das deutsche Volk auch in seiner weiteren Zerstückelung die stärkste Kraft in diesem Raum dar und nationalistischer Mißbrauch derselben liegt umso näher, wenn man sieht, wie man uns Deutsche weiterhin auf das Übelste provoziert, uns zu Teufeln macht, Landesboden stiehlt, das Andenken an Millionen grausam Ermordeter beschmutzt und hämisch mit der Beute vor unseren Augen paradiert. Man ist sehr weit entfernt von der Einsicht, daß man auf diese Weise keinen Frieden machen kann. So, wie man uns Deutsche weiterhin unterdrückt, uns Vorschriften machen will, darf man nur ein einziges Ergebnis erwarten: Eine unruhige Zukunft.

Schon der nächste Aufsatz, den wir in „Mut" vorfinden, bestätigt uns die schnöde Absicht, mit weiteren Geschichtsfälschungen den Lauf der Dinge beeinflussen zu können. Es geht um die **Reichskleinodien.** Autor ist ein Studienrat Karlheinz Weissmann. Er berichtet uns, daß der Luxemburger Kaiser Karl IV. in der Nähe von Prag den Karlstein erichtete, um dort in Böhmen die deutsche Kaiserkrone und andere Reliquien zu verwahren. Er spricht von einer „eigentlichen Aufgabe des Karlsteines, nämlich der Idee eines übernationalen, überstaatlichen Reiches als Reichshort zu dienen", und meint: *„Selbst die gegenwärtige tschechische Regierung betrachtet den Karlstein als nationales (tschechisches) Denkmal und tut das ihr Mögliche zu seinem Schutz."*

Doch, was war und ist in Wirklichkeit? Die Kaiserkrone war von dem Sohn Kaiser Ludwigs des Baiern, dem Markgrafen Ludwig von Brandenburg mitsamt allen anderen Reichsinsignien im Jahre 1350 dem Kaiser Karl IV. in Nürnberg übergeben worden. Dieser hatte versprochen, sie in Nürnberg oder sonst in Frankfurt verwahren zu lassen. Der Sohn Karls IV, Wenzel, aber verschleppte die Reichskleinodien 1400 (als er die deutsche Königswürde einbüßte, aber weiterhin — bis 1419 — König von Böhmen blieb), von Nürnberg zum Karlstein. Dort wurden sie von den Hussiten belagert und in vier blutigen Kreuzzügen bemühten sich deutsche Fürsten um ihre Befreiung. Diese gelang 1422, und der Reichsschatz wurde von Kaiser Sigismund in die Blindenburg bei Ofen in Sicherheit gebracht. Von dort kam er wieder nach Nürnberg zurück. Die Reichskleinodien blieben in Nürnberg bis sie 1796 angesichts des Vordringens der Franzosen nach Regensburg gebracht wurden. 1801 gelangten sie in die Wiener Hofburg. Von 1938 bis 1945 befanden sie sich wieder in

Nürnberg, dann kehrten sie in die Wiener Hofburg, Weltliche Schatzkammer, zurück. Herr Studienrat Weissmann nennt die deutschen Verbände unter Kaiser Sigismund, die in schweren Kämpfen und unter Entsatz der Festungsbesatzung (die von den Hussiten belagert wurde) die Reichskleinodien aus tschechischer Hand retteten, kurzweg „Rebellen"! Daß sie wieder nach Nürnberg kamen, beschreibt er mit den entstellenden Worten: *„Als die Rebellen schließlich sogar den Karlstein belagerten, ließ Kaiser Sigismund die Insignien abtransportieren. Ständig in Geldnot, verpfändete (!) er die Reichskleinodien an die Stadt Nürnberg, wo sie bis zum Ende des alten Reiches verblieben."*

Glaubt man wirklich, mit einer Fälschung der deutschen Geschichte ungestraft fortfahren zu können? Warum bleibt man nicht bei der Wahrheit? Oder ist es den Tschechen unangenehm, wenn man sie in Gefahr bringt, ihr verbrecherisches, aufwühlendes Verhalten von 1945 als eine Charaktereigenschaft darzustellen, die diesem Volksstamm schon immer nahe lag? Wenn man Furcht hat vor deutschen Reichsinsignien, wie soll da Frieden aufkommen? Auch hinter diesen Geschichtskommentaren von Herrn Weißmann fühlt man das böse Gewissen, das man in Prag uns Deutschen gegenüber hat. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als im Augenblick zur Kenntnis zu nehmen, daß wir „Rebellen" tituliert werden, weil die Wahrzeichen unserer Geschichte aus tschechischer Räuberhand zurückgeholt wurden. Wahrlich, die Sieger, die von uns gewisse Grenzen im Osten „erwarten", haben keine sehr glückliche Hand bei der Neuordnung der Dinge, die ihnen in den Schoß fallen.

In der Januarnummer der deutschen Freimaurerzeitschrift „humanität" kommt Yehudi Menuhin, Kulturpreisträger der deutschen Freimaurer begeistert zu Wort: *„Ich bin überwältigt, vor allem davon, daß es die Menschen sind, die den Ablauf und die Veränderung der Geschichte in ihre Hände genommen haben — an den Politikern vorbei. Es wurde ein Zeichen für die ganze Welt gesetzt! Die größte Wende im Leben der ganzen Menschheit dokumentiert sich hier. Das Volk überwältigt die Männer der Macht. Die Deutschen der DDR haben der ganzen Welt gezeigt, daß die Menschheit Kriege und Zwang und Mauern nicht mehr toleriert."*

Das können auch wir von ganzem Herzen unterschreiben. Wäre es doch nur so geblieben, wie Menuhin es zum Jahresbeginn 1990 sah! Im Namen der Herausgeber von „humanität" stimmt auch Rolf Appel in den Jubel ein: *„Menuhin sprach das auch, was alle Menschen empfunden haben"* Doch dann setzt er fort: *„Diesmal waren die Freimaurer nicht dabei, denn sie sind wegen ihres Demokratie- und Freiheitsbewußtseins im Ostblock verboten."* Warum, Herr Appel, dieser Rückzieher? Scheut man sich, sich politisch festzulegen? Sieht man schon wieder voraus, daß sich das Volk und die „Männer der Macht" erneut trennen werden? Daß die Freimaurerei bereits ans Werk ging, die Weichen zu stellen? Besieht man sich, was dann geschah, worauf die Volksrevolution schließlich hinauslief, auf Oder-Neiße-Grenze, auf Zinsknechtschaft, auf NATO-Mitgliedschaft, auf Bankenverschwörung,auf verstärkten Asylantenschub, auf straffreie Abtreibung, auf eine Welt mit unmenschlichem Gesicht, weder sozial noch national glückbringend, dann schaut man sich die Vignette gedankenvoll an, mit der „humanität" die Wiedervereinigung am 1. Januar 1990 begrüßt. (S. 98).

Wer stellte die Weichen?

Bei genauerer Betrachtung der Haltung in der Öffentlichkeit zu dem Thema der sogenannten „Wiedervereinigung", bemerkt man nach einer anfänglichen, fast allgemeinen Distanzierung einen Umbruch. Wie von geheimer Hand werden die Dinge gelenkt, beachtet man auf einmal des Volkes Stimme, ohne daß jedoch eine einzige weitere Phase im Ge-

schehen dem Volkswillen unterbreitet wird. Gewisse Proteste verhallen wie unbeachtlich, Daten für weitere Schritte werden genannt, denen nicht widersprochen wird. Man stimmt vor allem auch bei den Großmächten zu. Nur Frau Thatcher verhält noch länger in ihrer oppositionellen Haltung. *„Kohl und Genscher fühlen sich mitgerissen von der Wucht der Revolution in Deutschland"* die nun, so Kurt Biedenkopf, *„auch die Bundesrepublik erfaßt"*. Einen *„immer größeren Druck des Geschehens"* empfindet Innenminister Schäuble. *„eine ungeheure Dynamik zur Einheit hin"* spürt Außenminister Genscher. Schäuble sorgt sich, die Politik verliere ihre „Steuerungsmöglickeiten", stolpere hinter den Ereignissen her. Genscher erkennt, daß *„man sich nicht mehr auf Zeiträume festlegen darf"* . . . SPD-Vogel stimmt ein: *„Die Züge fahren jetzt auf Sicht, nicht mehr nach Fahrplan"*. (94).

Die Zustimmung im Inland und im Ausland zur deutschen Wiedervereinigung steht so kraß im Gegensatz nicht nur zu den bis dahin von deutschen Politikern verbreiteten Ansichten, sondern auch zu den vielfachen ausländischen Feindseligkeiten, so daß man sich sofort überall fragte, wer dahintersteckt. Man traute dem Frieden nicht. *„Plötzlich sind alle ausländischen Staatsmänner (und Frauen) mit der deutschen Wiedervereinigung einverstanden?"* kommentiert „Der Scheinwerfer" am 15. Mai 1990. *„Die Überraschung war so groß, daß in unserer Redaktion mehrere Anfragen eingingen, was das wohl zu bedeuten hätte. Noch vor wenigen Wochen haben sich Busch, Mitterand, Thatcher und Gorbatschow gegen alle Dinge gesträubt, die durch die Grenzöffnung in Bewegung geraten sind, und plötzlich dieser Sinneswandel? . . . Es läßt sich vermuten, daß durch unsere Regierung (en), also auch der mitteldeutschen, Zugeständnisse gemacht wurden, die einen derartig plötzlichen und gemeinsamen Sinneswandel der ehemaligen Siegermächte bewirkten."*

Solche **Zugeständnisse** sind tatsächlich gemacht worden. Sie bestanden im wesentlichen darin, daß man dem ganzen Geschehen einen Sinn und eine Richtung gab, die die neuen äußerlichen Formen der Staatenwelt nahtlos einbaut in die bisherige Weltpolitik. Es wurde sehr geschickt eine Weichenstellung vorgenommen, die keineswegs revolutionär war, sondern als Alternative schon seit mehr als einem Jahrhundert bereit lag. Um dieses zu verstehen, müssen wir darum auf eine Zeit zurückgehen, in welcher europäische Politik (und das war damals Weltpolitik) deutlich und ganz allgemein zugegebenermaßen von der Loge her bestimmt wurde. Ich denke da zunächst einmal an den Vormarsch Napoleons, an dessen Siegesfolge, die insbesondere 1806 zur Unterwerfung der deutschen Mitte Europas führte, dem bereits mit gleichen Vorzeichen 1792 die Übergabe der Festung Mainz durch den Illuminaten Oberst Eickemeyer an die Franzosen vorausging. (Rossberg, S. 189 ff.). Jetzt übergab eine preußische Festung nach der anderen die Schlüssel kampflos dem Korsen. Die Festungskommandanten aber waren Freimaurer. Mit der Freimaurerei im Rücken marschierten Napoleons Grenadiere nach Osten (dazu Riegelmann, S. 174 ff mit weiteren Quellenangaben). Es wiederholte sich das erstaunliche Bild der Kanonade von Valmy (dazu I. 447. Und Riegelmann S. 165).

Doch dann kam, wie von geheimer Hand geleitet, der Rückschlag. Die Kontinentalsperre, der Vorstoß nach Rußland, zerstörten die britische Bilanz in Europa. Die **Mutterloge in London** tauschte ihre Bauern auf dem Festland aus. Ohne Rücksicht auf Recht und Sitten überfielen die Briten zunächst einmal noch „Mitten im Frieden" Kopenhagen und gaben damit das Maß an für die kommenden Jahre. Ihre besten Agenten aber waren, damals schon seit hundert Jahren, die Brüder Freimaurer in den in allen Häfen Europas errichteten Logen. Wie ein Lauffeuer lief der Geheimtip durch Europa. In einem Atemzug sprach man von den **Freiheitskriegen** und von den Logen. Brüderlichkeit war das große Schlagwort. Alle waren auch sie Freimaurer und bekannten sich zu dem Bund, die Gneisenau, Yorck, Scharnhorst, Schill und Körner, die 1813 an die Stelle der Verräter von 1806 tragen, nämlich die

Oberst v. Massenbach, Generalstabschef und Generalquartiermeister bei der Armee des Fürsten Hohenlohe,
Oberst Ernst Johann v. Manstein, der nach dem Tode Friedrichs des Großen zum Generaladjudanten des Königs aufsteigt und dessen Nachfolger
General Adolf v. Kalkreuth, der mit seinem starken Reservekorps bei Auerstedt kapitulierte, bevor er noch Feindberührung hatte,
Generalfeldmarschall v. Möllendorf, der in Erfurt bei Herannahen der Franzosen eiligst kapitulierte,
General v. Romberg, der kampflos die Festung Stettin übergab, sekundiert von Generalleutnant Geusau, seinem Generalquartiermeister, General der Infanterie v. Kleist, der zusammen mit
General Graf Alexander Leopold v. Wartensleben die starke Festung Magdeburg übergaben, ohne einen Schuß abzugeben,
Generalmajor v. Schöler, der die Festung Hameln übergab.

Von ihnen allen kennt man die hohen Ämter, die sie in Freimaurerlogen innehatten. (Dazu bei Riegelmann alle Einzelheiten).

Der Aufstand gegen Napoleon war eine von Albion genehmigte und gewollte große Tat. Freimaurer sein hieß jetzt auf einmal, die deutsche Einheit zu fordern.

London hatte dabei ein leichtes Spiel auf dem Kontinent. *„Die Stifter der Loge d'Hambourg und der Loge 'L'Union' in Frankfurt a.M., den Ausgangspunkten freimaurerischer Organisation auf deutschem Boden kamen aus einem Kreis deutscher Freimaurer, der im Jahre 1733 bei der ‚Großen Loge von London' bestanden haben muß. Sie hatten die englische Freimaurerei an der Quelle kennengelernt, so daß ihre Logengründungen in Deutschland getreu die englische Form der Maurerei übernahmen"* (Steffens, S. 173)

Diese Welle aber nun, die von den Freiheitskriegen ausging, setzte sich fort, in der Front gegen die **Heilige Allianz,** im Wartburgfest, Deutscher Burschenschaft, den schwarzrotgoldenen Farben (siehe IX, 80 ff). 1848 war man revolutionär gegen die Monarchen, aber gesamtdeutsch, großdeutsch, überall wo die Menschen auf die Straße gingen. In den „Mémoires du Général Lamarque" (Paris 1835, Band II, S. 4) erwähnt der Genannte eine Unterhaltung *„mit einem hohen Freimaurer, der ihm 1826 erklärt, daß die Geheimgesellschaften die Einheit Italiens und die Wiedervereinigung ganz Deutschlands (la réunion de toute l'Allemagne) unter einem einzigen Szepter wollen".*

Nicht ohne (berechtigten) Stolz heißt es auch in der Freimaurerpublikation „Mut" (95): *„In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es eher ‚linke' Kräfte, die mit Vehemenz gegen die staatliche Zersplitterung der Deutschen für ein einheitliches Deutschland stritten* (96). *Ihre Anfänge liegen in den Freiheitskriegen gegen die napoleonische Unterdrückung. Durch die burschenschaftliche Bewegung fanden sie nach 1815 Eingang in weite Teile der akademischen Jugend."*

Man war mit den deutschen Absichten also genauso „genehmigt" wie Kossuth und Garibaldi. Es war alles andere als ein Verbrechen, gut deutsch zu sein.

Das bezog sich insbesondere auch auf **Juden.** Der Jude Gabriel Rießer wurde 1848 Mitglied des Paulskirchenparlaments und wurde zweimal dessen Vizepräsident. 1832 war er in Frankfurt a.M. in die Freimaurerei aufgenommen worden. Er kämpfte für die Emanzipation seiner Glaubensgenossen, doch mit dem Willen, *„gute Deutsche, ja, ausschließlich Deutsche zu sein . . . Wir sind entweder Deutsche, oder wir sind heimatlos. Wenn es Juden gäbe, die sich nicht mit der deutschen Gesellschaft verschmelzen wollen, so sollte man sie wahrhaftig einer Polizeiuntersuchung übergeben, nicht der Gefährlichkeit ihrer Ansicht wegen, sondern weil starke Vermutung für Verrücktheit vorhanden wäre."* (wiedergegeben bei Steffens S. 238).

Ein Deutsches Reich war erlaubtes Ziel der Freimaurerei. Kleinstaaterei war ein bekanntes, übles Schimpfwort jener Zeit. So gesehen holt heute das Deutsche Volk nach, was infolge des „Irrweges" über Versailles und Potsdam ihm bisher versagt blieb. Die Freimaurerei führt heute Deutschland heim in die Welt der Völker Europas, nicht herrschend oder beherrschend, sondern dienend, und am Ende jener Entwicklung, die den Völkern Europas Identität schenkte, so daß diese Wiedervereinigung den Rahmen abgibt für eine gleichzeitige Beendigung nationalgeprägter Leistung, die im Falle Deutschlands als „nationalistisch" bezeichnet wird.

1813, es war in unseren Augen eine „Große Zeit" und auch heutige Historiker können nicht umhin, die damalige weite Sicht zu preisen. Sie halten es auch durchaus für angebracht, die Teilnahme von Freimaurern an ihr nicht unter den Scheffel zu stellen. Klingt auch einwenig Entschuldigung dabei mit für diese patriotischen Freimaurer von damals, so hat man sie doch niemals aus der Logengeschichte ausgestoßen. Nur eben ist es nicht ganz leicht, den heutigen Maurern (die oft zu sehr an die Verräter von 1806 erinnern. Der erhobene Zeigefinger bei Freislerschen Gerichtssitzungen ist noch in Erinnerung. Dazu IX, 110) klar zu machen, wie man das Damals zu werten hat.

„Ein gesundes Nationalgefühl ist etwas Natürliches. Es ist daher auch in der Zeit, die der nationalsozialistischen Herrschaft voranging, als selbstverständlich empfunden worden." „Mit diesen Sätzen leitet der Münchner Professor Friedrich Glum sein 1962 erschienenes Werk ‚Der Nationalsozialismus — Werden und Vergehen' ein und nennt dann drei bedeutende Deutsche, die seiner Ansicht nach am Entstehen eines deutschen Nationalgedankens wesentlich Anteil haben: Johann Gottfried Herder, der Reichsfreiherr vom und zum Stein und Johann Gottlieb Fichte. Alle drei waren Freimaurer. Damit stellt sich die Frage, wieso sich gerade die Freimaurer so sehr für den Nationalgedanken begeisterten, ist es doch heute eines ihrer Anliegen, die nationalen Schranken zwischen den Völkern eher einzureißen? . . ." (Steffens S. 291 ff).

„Der Zusammenklang von Nationalbewußtsein und Freimaurertum ergibt sich aus dem Bild des Freimaurers vom Menschen. ‚Was muß man sein, um Freimaurer werden zu können?' lautet eine Frage im Lehrlingskatechismus der Freimaurer, und die Antwort lautet: ‚Ein freier Mann von gutem Rufe'. Das soll bedeuten, daß der Mensch frei und darüber hinaus eine Persönlichkeit sein müsse, um an sich selber wie am Bau der Menschheit mitarbeiten zu können. (In der Praxis sieht man dann vor sich die korrupten Scheel und v. Lambsdorff, die Proksch und Kopp, Späth und die vielen kleinen Freimauer-Gauner im örtlichen Lebensbereich). *„Die Grundlage aber, auf der freie Persönlichkeiten, ohne ihre Kräfte im Kampf gegeneinander zu verzehren, zusammenarbeiten können, ist nach Ansicht der Freimaurerei die* **Toleranz.** *Den gleichen Gedanken übertragen die Freimaurer nun auf jede Gemeinschaft, die sich als Individualität und Persönlichkeit auszeichnet, im zwischenstaatlichen Raum also auf* **die Nation:** *die Bruderkette, die in der Loge zwischen freien Männern von gutem Ruf geschlossen wird, läßt sich im großen politischen Raum nur zwischen freien Nationen von gutem Ruf schließen. Daher das Bemühen der Freimaurer, das eigene Volk, die eigene Nation zu einer freien Persönlichkeit zu entwickeln, (mit 4 Millionen Türken im Lande) damit sie ein würdiges Glied in der Kette freier Nationen bilden kann."*

*„Den ‚***Patriotismus***' definiert das ‚Internationale Freimaurerlexikon' von Lenhoff/-Posner 1932 wie folgt: ‚Vaterlandsliebe, jene Liebe zur eigenen Volksgemeinschaft, die keiner Begründung und Ableitung bedarf, sondern die sich als ursprüngliches Gefühl jedem Volksgenossen aufdrängt . . . Echter Patriotismus führt bis zur Selbstaufopferung des Individuums für die Gesamtheit. Daher ist Patriotismus ein Kollektivgefühl, geboren aus dem Bewußtsein des Einsseins mit der Vielheit. Dem Freimaurer wird der Patriotismus*

1914 fing die Greuelpropaganda gegen das deutsche Heer an und wird noch heute sogar in Deutschland selbst fortgesetzt.

von Erbpächtern des jeweiligen Nationalismus bestritten, nicht weil die wirklichen Taten gegen ihn sprechen, wohl aber, weil der Freimaurer es wagt, über den Patriotismus hinauszudenken . . . Der Freimaurer hat außerdem noch seinen Patriotismus der Menschheit, das Gefühl der Verbundenheit mit allen Menschen. Durch die höchste Entwicklung seines eigenen Volkstums will er dem Aufbau der Menschheit dienen . . .“

„Das ‚vaterländische Jahrhundert‘ könnte man für Deutschland das 19. Jahrhundert nennen, das eigentlich erst mit dem Kaiserreich im ersten Weltkrieg zu Ende ging. (97) *Für Deutsche ist es das Jahrhundert der Befreiungskriege, der Sehnsucht nach dem geeinten Reich, des Strebens nach einem Platz als Weltmacht, der patriotischen Reden auf Marktplätzen, der Besinnung auf deutsche Geschichte und deutsches Volkstum sowie deutscher Freimaurer, die erklärten, ‚wir sind immer erst Deutsche und dann erst Maurer‘, wie es im ‚Hamburger Logenblatt‘ vom Juni 1871 heißt. Spätere Generationen haben über diesen ‚Hurra-Patriotismus‘ viel gelächelt und gelästert, doch bleibt die Tatsache bestehen, daß er nicht nur dem Zeitgeist entsprach, sondern in der tiefempfundenen Vaterlandsliebe auch eine Tugend sah, den Menschen in seinem sittlichen und moralischen Streben zu fördern. Gerade die sittliche Idee des* **Vaterlandes** *war es, die deutsche Freimaurer im vorigen Jahrhundert den deutschen Nationalgedanken besonders pflegen ließ, und wohl nur so kann erklärt werden, wie es den deutschen Freimaurern jener Zeit möglich war, den freimaurereischen Gedanken einer weltweiten Verbrüderung mit einem Patriotismus zu vereinbaren, der heute als übersteigerter Nationalismus bezeichnet werden kann.“*

Obwohl die beiden vorigen Jahrhunderte nicht im eigentlichen einen deutschen Patriotismus verwirklichten, sondern englische, französische, niederländische und belgische Flaggenhissungen in Riesengebieten in Übersee die Zeichen der Zeit setzten, hat es Zweifel an solchem Nationalgefühl und Anfeindung desselben dort nicht wie im deutschen Falle gegeben. Nirgends war selbst die dann erfolgte **Entkolonialisierung** verbunden mit einem Haßgeschrei und Strafgericht, wie es Deutschland gegenüber geschah. Die Internationale Freimaurerei hat — spätestens seit 1871, seit der **Reichsgründung** — mit zweierlei Maß gemessen. Die Elle wurde von London angelegt. Die Freimaurerei hat bis zum heutigen Tage nicht ihre geographische Herkunft und ihre Aufgabe als Waffe Englands in Ablösung der **Piraterie** verleugnen können. Sie hat immer Weltpolitik im englischen Interesse geübt.

Es war in diesem Rahmen, nicht infolge eines deutschen überhitzten Hurra-Patriotismus (denn es wurde jenseits des Kanals bestimmt nicht weniger Hurra geschrien — ‚Hurra‘ ist ein englisches Wort), daß England sich hinter Menschheitsphrasen daran machte, den I. Weltkrieg propagandistisch vorzubereiten. Bald schon — wachsend mit dem deutschen Handel — überschlug sich an der Themse der **Deutschenhaß.** Da wälzte sich die Schmutzwelle über die Welt, wurde von den Hunnen gesprochen und von den abgehackten Kinderhänden (99). Da wurde deutschbesiedeltes Gebiet rundum vom Reich abgerissen und Freimaurerpolitiker wie Masaryk, Benesch und Orlando übergeben. Da wurden die aufblühenden Schutzgebiete unter verlogenen, verleumderischen Anklagen (**„Kolonialschuldlüge“**) den tüchtigen Deutschen genommen und den Betroffenen als Schicksal auferlegt, als freimaurerische Mandatsgebiete in den Händen von Ausbeutern zu verschludern. Mitten in den Freudentaumel der Einweltler ob der in Anlauf kommenden Schaffung eines demokratischen Europa müssen sich die Baumeister erst in diesen Tagen einige sehr durchdachte Worte anhören, die der ungarische Außenminister **Gyula Horn** bei der Verleihung des Karlspreises im Mai 1990 sprach: *„Das Friedenssystem von Paris und das ihm zugrundeliegende von Versailles ist aber auch noch heute stete Quelle der Spannungen und Konflikte.“*

Es hat demgegenüber nicht an deutschen Stimmen in unserer heutigen Zeit gefehlt, die geschichtlich nun mal einzigartige Untat des **Versailler Diktats** zu verniedlichen. Erst kürz-

"Die Kindermörder König Herodes und Kaiser Wilhelm II."

lich meinte der Historiker Ernst Nolte, im Falle eines deutsches Sieges im I. Weltkrieg hätte man Forderungen gestellt, die die der Aliierten weit übertrafen. „Beweis": Eine (im April 1917 auf der Kreuznacher Kriegszielkonferenz) von Wilhelm II. gehaltene Rede. Zunächst einmal war die Maßlosigkeit kaiserlicher Reden längst bekannt und man nahm sie nicht als Unterlage deutscher Außenpolitik. Und sodann ist es wohl klar, daß auch ein etwaiges „Antiversailles" auf die gleiche allgemeine Ablehnung gestoßen wäre wie Versailles, Trianon und Sr. Germain. Vorbringen wie das des Historikers Ernst Nolte (in „Der Faschismus in seiner Epoche", 1963), sind der Versuch, eine der hauptsächlichsten Triebfedern für die abwegige weltpolitische Entwicklung seit 1918 zu verharmlosen. Uns fällt es sehr auf, daß Freimaurer Manfred Steffens sich in seinem bereits mehrfach herangezogenen Leitfaden „Freimaurer in Deutschland" sieben lange Seiten hindurch mit einer „Würdigung" des Versailler Diktats befaßt, wonach die Sieger des I. Weltkrieges (bekanntlich ausnahmslos von Freimaurern geführte Staaten) mit ihren Bedingungen *„wirklich nicht so*

furchtbar waren, wie zwischen den beiden Weltkriegen unaufhörlich behauptet wurde."

„Die Frage, wie sich die **Schuld am I. Weltkrieg** *im einzelnen auf die beteiligten Mächte verteilt, wird sich nie restlos klären lassen",* heißt es dann weiter. Der von Freimaurern auf Großlogengeheiß ausgeführte Doppelmord in Serajewo, der den Krieg auslöste, wird nicht mit einem einzigen Wort erwähnt. Die britische, von Freimaurern wie Churchill angeordnete Hungerblockade am Ende desselben, die die Unterschrift unter „Versailles" erzwingen sollte, ebenfalls vollständig verschwiegen. Offen spricht Steffens aber trotzdem von dem *„Irrweg einer rein nationalen Freimaurerei"* (in Deutschland), während sich Freimaurer aller Länder mit deutschem Blut besudelten und deutsches Gut stahlen, und meint sogar weiter: *„Auf diesem Hintergrund wird deutlich, warum die deutsche Freimaurerei gerade zwischen den beiden Weltkriegen ihre Aufgabe (!) verfehlte, Vorurteile abzubauen* (nämlich Mörder und Diebe als solche zu bezeichnen), *Gegensätze zu mildern und der Völkerverständigung in Deutschland den Weg zu bereiten"* (Den Schritt zur **Versöhnung** kann immer nur der Sieger vornehmen. Beschreitet diesen Weg der Besiegte, dann handelt es sich um ehrlose Unterwürfigkeit). Unter einem solchen Abbau von Vorurteilen verstand man also damals (und wieder heute!) den **Verzicht** auf nationalen Besitz, überall dort, wo, von welcher Seite auch immer, Teile Deutschlands gefordert wurden. Vom Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet, dem Abtransport der deutschen Kohle, und dem jahrzehntelangen antideutschen Terror der polnischen Gewaltherrschaft ist mit keinem Wort die Rede. Das auch nur zu streifen, wäre Schaffung von nationalistischen Vorurteilen nach heute in der deutschen Freimaurerei vorherrschender Meinung!

Da in unseren Tagen die Begriffsverwirrung wesentlich zur Taktik der Mächtigen gehört, sollen hier noch einmal weitere Worte des Freimaurers Manfred Steffens zu dem hinzugefügt werden, was man unter „Deutsch" nach Meinung seines Bundes verstehen und vertreten darf und was nicht. Von der Mitte des vorigen Jahrhunderts heißt es da: *„Die Restauration hatte sich mehr oder minder drückend auf die deutschen Lande gelegt, vom Geist der Befreiungskriege, der eigentlich am Anfang einer neuen Zeit stehen sollte, war nicht viel mehr übriggeblieben als die Erinnerung, und auch die 1848er Paulskirchenversammlung vermochte nichts gegen das Aufkommen eines kleinbürgerlichen Nationalismus, der sich der großen Idee vom geeinten Reich nicht gewachsen zeigen sollte. An die Stelle der Vaterlandsliebe war der Hurra-Patriotismus getreten, und aus den bürgerlichen Tugenden wurde das deutsche Wesen, an dem die Welt genesen sollte. Wie viele andere Logen, so blieb auch die Loge ‚Absalom' (in Hamburg) davon nicht frei. Ein Jahrhundert lang begeisterte das Lied ‚Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein' unzählige deutsche Herzen. Komponiert wurde es von Johann Heinrich Schaeffer, der über ein Vierteljahrhundert als Meister vom Stuhl die Geschicke der Loge ‚Absalom zu den drei Nesseln' lenkte . . . War Schaeffer ein typischer Vertreter jener Zeit der Einigung des Reiches, als der gefühlsbetonte, aus der Romantik geborene Vaterlandsbegriff noch vorherrschte, die ersten Anzeichen eines übersteigerten Nationalgefühls aber schon sichtbar wurden, so wäre es doch falsch, in dieser Entwicklung ein auf Deutschland beschränktes Phänomen zu sehen. Schon an anderer Stelle ist aufgezeigt worden, daß Freimaurer auch in anderen Ländern maßgeblich an den Bewegungen nationaler Befreiung oder nationaler Einigung beteiligt waren . . . Auch in diesen anderen Ländern sollte der heranwachsende Nationalismus bald mehr oder minder alle seine Auswüchse zeigen, was schon die Tatsache verdeutlicht, daß ‚Chauvinismus' kein deutsches Wort ist."*

„Gefühlsbetonte Vaterlandsliebe" ist also unerwünscht. Wir gehen den Wurzeln dieser Auffassung an anderer Stelle dieses Buches zuleibe. Und „Chauvinismus" ist wohl etwas ärgerliches, aber die „Grenzen", die er mit weltweiter Freimaurerunterstützung schafft, werden zur „heiligen" Grundlage der UN-Welt der Freimaurerei. Vor ihr knieen die deut-

schen Freimaurer devot nieder. Mit Geschichtsfälschungen will man dem großen Unrecht und Leid, das man damit dem deutschen Volke heute zufügt, erneut das Gesicht einer Art von Gottesurteil geben. Doch „Druck gleich Gegendruck". Das gilt nicht nur in der Physik. Nicht aber nur die Bestimmungen des Versailler Machwerkes heizten die Welt an. Hinzu kamen die Nutznießer der neuen Lage. Wer vorbehaltlos sich den Spruch ibi bene ibi patria zum Lebenskompaß in dieser Zeit machte, dem lag die Welt offen, den hinderten keine Skrupel, Geld zu machen, welcher Flagge man dabei auch freiwillig sich unterwarf. Was sich in seiner Schamlosigkeit so ganz erst Jahrzehnte nach dem II. Weltkrieg entwickelte, und den Globus in eine Zinsenhölle ohne selbst Reste von ethischem Halt verwandelte, daß hat in den Logen als der einflußreichsten Herrschaftsstruktur der Neuzeit etwa ein Jahrhundert gebraucht, um sich in voller Blüte zu entfalten.

Schon im XIX. Jahrhundert hatte sich eine Änderung in der **Zusammensetzung der Logen** herausgebildet. Steffens kann daher berichten, daß um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bei einer Hamburger Loge bereits 80% der Mitglieder Kaufleute waren und von der Magdeburger Loge „Ferdinand zur Glückseligkeit" erfahren wir aus dem Jahre 1883, daß von den 564 Mitgliedern (sie war die größte Loge Deutschlands) 274 Kaufleute, Fabrikanten und Bankiers waren. Dieses Bild hat sich keineswegs geändert. „Für das Maurerjahr 1951/52 ergibt eine Aufgliederung der Logenmitglieder nach Berufen bei den 10.450 Mitgliedern der ‚Vereinigten Großloge von Deutschland' als größte Gruppe die der Kaufleute mit 1.702 Namen." Hinzuzählen darf man 574 Bank- und Versicherungsfachleute.

Damit wird klar, daß die Freimaurer von heute nicht die gleichen sind wie die des vorigen Jahrhunderts. Hatten schon die deutschen Freimaurer — und das im vollen Licht der historischen Forschung — auf der politischen, damals lebenswichtigen Ebene zwischen 1806 und 1813, wie dargestellt, eine Wendung von 180 Grad vollzogen, so war dann der Weg vom patriotischen Befreiungskämpfer, vom Burschenschaftler und von der Paulskirche bis hin zu den kapitalistischen Einweltlern von heute ein längerer, aber auch tiefgreifenderer. Wenn man heute immer wieder in der freimaurerischen Literatur den heutigen Logenbruder gleichstellt mit einem Goethe oder einem Lessing, so tut man den damaligen Freimaurern damit schwerstes Unrecht an. Durfte man schon die einmalig fürchterlichen Freimaurerverbrecher wie Chruchill, F.D. Roosevelt, Truman, Eisenhower nicht in einem Namen nennen mit ihren Vorgängern in den gleichen Logen, so trifft dasselbe zu für die deutsche Freimaurerei, die *„das Bestreben hatte, möglichst rasch Anschluß an die Weltfreimaurerei zu gewinnen"*. (100). Was schon in der Weimarer Zeit erkannt worden war, trifft heute vermehrt zu: Bei der Freimaurerei dreht sich nur noch alles um Geld. Alles andere ist Tünche, soweit es sich um angebliche humane Ziele handelt. Insbesondere das große Aushängeschild der Freimaurerei, die **Wohltätigkeit** ist nichts als ein einziger großer Propagandaschwindel! Wir zitieren (101):

„Die Wohltätigkeit schlägt nicht in das Fach der Freimaurerei" (Bulletin du Grand Orient de France, 1864).

„Die Firma der Wohltätigkeit dient bei den Freimaurern nur dazu, um anderes zu verstecken." („Latomia", Monatsschrift für Freimaurerei, Juli 1896.)

„Wenn je die Loge irgendeine Wohltätigkeit ausübt, so geschieht das nicht aus Mitleid mit den Bedürftigen, sondern wird nur als Passagierzoll oder als Legitimationsgebühr für die Außenwelt betrachtet." („Die Bauhütte", Zeitschrift für deutsche Freimaurer, Berlin 1872, S. 140)

„Eine Loge darf eben nie zu einem Wohltätigkeitsverein herabsinken. In der Loge soll wohl der Geist durch schöne Reden ergötzt, auch soll Wohltätigkeit gefördert werden. Doch dazu brauchen wir keine Freimaurerei. Wozu wir eine Loge brauchen, das lehrt, dazu begeistert, die Geschichte." (Freimaurerbruder Nathan Grundmann am 25.10.1905 in

der Wiener Loge „Umanitas".)

„Es ist in Abrede zu stellen, daß die Freimaurerlogen Wohltätigkeitsvereine sind. Um Wohltätigkeit zu üben, braucht man sich doch nicht einzuschließen, mit Schurz und Bändern zu behängen. Nein, wir bauen die Fundamente einer NEUEN Gesellschaftsordnung. Dazu brauchen wir das Geheimnisvolle zu unserem Zusammenhalt. Die Wohltätigkeit ist nur der Deckmantel, den man abwirft, sobald er nicht mehr notwendig ist. Das Gelöbnis der Geheimhaltung hätte auch keinen vernünftigen Sinn, wenn es sich nur um Wohltätigkeit handelte, die fürchterlichen Freimaurereide wären gar nicht nötig." („Kelet", Zeitschrift der Symbolischen Großloge von Ungarn, Juliheft 1911).

Heute ist es deutlich sichtbares Nahziel, auf dem Wege über das **Geld** sich die gesamte Menschheit gefügig zu machen. Viele der leitenden Herren der in Übersee angesiedelten deutschen Unternehmen sind Freimaurer. Es ist das gleiche Bild in New York, in Sidney, in Sao Paulo, in Bombay, in Johannesburg, in Windhoek, in Tokio, in Buenos Aires. Wir wären in der Lage, aus eigenem Erleben viele Namen aufzuzählen. Die überwältigende Menge deutscher Staatsbürger hat bis heute nicht einmal angefangen, über diese Tatsache und ihre Folgen nachzudenken. Erst 1989 und 1990 wurden in einigen der genannten Weltstädte „Außenwirtschaftslogen" (wie wir sie nennen möchten) in der Art der „Feldlogen" während des I. Weltkrieges gegründet, in denen sich die gemeinsam an einen fernen Arbeitsplatz verschlagenen Brüder wieder zusammenfinden und so auch hier ihrem Logengeist auf diese Art größere Kraft verleihen können, ihrer Tätigkeit nicht etwa das frühere Schild „Deutscher im Ausland" sondern das andere „Freimaurer bei der Arbeit" umhängen. Kontakte mit den Auslandsdeutschen werden so ausgespart oder sogar gemieden.

Im Siegestaumel der **„Entente-Freimaurerei"** (Buchtitel von Karl Heise) ging die „echte Freimaurerei", wie sie Frau Blavatsky nennt, unter. Nur noch tief im Untergrund spuken gewisse Vokabeln herum, die sich so schön anhörten, wie „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", und die bereits so viel Unglück angerichtet hatten, wie etwa die Schaffung der „Neuen Welt" in beiden Amerika, die „Französische Revolution" und die russische. Aber auch das „patriotische Jahrhundert" (Steffens) hat man verlassen. Mit dem Panamaskandal und den großen Eisenbahnen war der Freimaurerei ein neuer Fetisch in die Hand gegeben worden, **das Geld.** Die Zeit der Monarchen ging mit den **Fürstenmorden** in Italien, Spanien, Portugal, Österreich, Rußland ihrem Ende entgegen. Im Generalangriff der „Öffentlichen Meinung" waren die letzten Kaiserreiche verfemt worden und es stand einer Gleichsetzung von Freimaurerei und Entente nichts mehr im Wege. Das Ergebnis war „Versailles".

Als Deutschland sich dann unter Adolf Hitler erfolgreich dem Vae victis von 1919 entgegenstellte, da schien sich Deutschland damit jeden Rechts zu begeben, sich wider die „Weltmoral" auflehnen zu dürfen. Kein Mittel war jetzt schmutzig genug, um einen II. Weltkrieg vom Zaune zu brechen (102). Deutsche wurden rechtlos **bevor** man ihnen wirkliche Verbrechen zur Last legen konnte. Diese gaben dann aber den Siegern die Möglichkeit, ihr eigenes verbrecherisches Handeln in einen Kreuzzug der Liebe christlicher Soldaten umzuwandeln. *„Für alle Zeiten, sollte es jetzt Schluß sein mit einem deutschen Staat."* (103). Völkerrechtlich aufgeteilt in verschiedene Verwaltungen, im Innern zersetzt durch Ausländer- und Asylantenaufnahme, Blendung der neuen Generationen durch eine noch niemals dagewesene Gewaltpolitik auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung, dem Gesundheitswesen und des Unterrichts. Wenn schon wieder Freimaurerei in Deutschland, hieß es, dann nur noch eine solche, die auf die Mutterloge in London sah und die als Waffe des Auslandes eingesetzt werden konnte (104). So wie vorher schon die großen **„Befreier"** im spanischen und portugiesischen Kolonialreich, vielfach in London in der Loge Lautaro ausgebildet, England Schützenhilfe leisteten. Nur e i n e Möglichkeit hatte man zu-

nächst übersehen, als im November 1989 das Volk in der DDR aufstand. Daß es schon einmal in Deutschland Freiheitshelden, champions of liberty, gegeben hatte, und daß man diese jetzt ganz natürlich und zwanglos einbauen konnte in die große Reihe der Bahnbrecher der Freimaurerei im letzten Jahrhundert, und daß diese gleichen Patrioten damals Verbündete Englands waren! Auf englischen Schiffen entzog sich das Korps York vor Königsberg Napoleon und unterstellte sich dem Zaren. Gegen den Korsen, gegen den gemeinsamen Feind, der es gewagt hatte, das berühmte Gleichgewicht auf dem Kontinent zu beseitigen. Wie hatte es doch noch geheißen in dem „Aufruf an mein Volk", den der preußische König Friedrich Wilhelm III. am 20. März 1813 von Breslau aus verkündete:

„. . . Bleibt eingedenk der Güter, die unsere Vorfahren blutig erkämpften: Gewissensfreiheit, Ehre, Unabhängigkeit, Handel, Kunst, Fleiß und Wissenschaft. Gedenkt des großen Beispiels unserer mächtigen Verbündeten, der Russen, gedenkt der Spanier, der Portugiesen. Selbst kleinere Völker sind für gleiche Güter gegen mächtigere Feinde in den Kampf gezogen und haben den Sieg errungen. Erinnert Euch an die heldenmüthigen Schweitzer und Niederländer . . ." (105)

War so ein Aufruf damals von London hoch gelobt worden, warum nicht die Nachfahren ob der gleichen Haltung loben? Warum nicht den verlorengegangenen Faden wieder dort aufgreifen, wo man ihn hatte fahren lassen? Hatten sich nicht die „Demokraten" selbst vor Hitlers Blutgerichten als Patrioten und mit dem Zeigefinger zum Bunde bekannt?

Walter Leisler Kiep (X, 444), Ausnahme oder bezeichnend für unsere Politiker? Im Bilde links ein Mitangeklagter, in der Mitte sein Anwalt. Es geht um Milliönchen.

Was dabei über Bord geworfen wird, ist für einen Maurer nicht von Belang. Warum noch an die Millionen Deutscher erinnern, die Churchill frivol lebendig verbrennen ließ? Warum noch an Breslau erinnern und an Stettin und an Danzig und an Königsberg? Warum noch an Zucht und Ordnung erinnern? An Pflichtgefühl, an den Grundsatz der Leistung, der von der Spekulation abgelöst werden soll? Alle diese Dinge riechen übel nach Vorurteilen vergangener Zeiten. Gewiß, die modernen Freiheitshelden haben ganz offensichtlich nicht das menschliche Maß der Kämpfer für Unabhängigkeit, die heute noch bei der Deutschen Burschenschaft in Liedern und Sprüchen als Vorbilder hingestellt werden.

Gewiß, dieser ganze Vorgang erinnert sehr an eine Bande, die durch die Vordertür ins Haus fällt, um so schnell wie möglich wieder hinten hinauszugehen, nachdem sie eifrig alle Wände mit ihren Sprüchen verziert hat. Aber, sie alle nennen sich „Freimaurer", damals wie heute.

„Brüder", rufen sie aus, erinnert nur, was wir aus der schweizer Eidgenossenschaft gemacht haben. Da ging es vom Rütlischwur zur Frau Kopp und den Chaoten. Warum soll es dann nicht auch möglich sein, von Gneisenau und Fichte zu von Weizsäcker und Willy Brandt und Leisler Kiep (siehe X, 444) zu gelangen?"

Und ganz gewiß ist das, was jetzt mit der „Wiedervereinigung" aufgebaut wird, wieder nur eine Brücke zu wieder ganz anderen Personen, die sich in der nächsten Geschichtsperiode als „Freimaurer" vorstellen werden. Denn dieser von den Brüdern errichtete Bau ist keineswegs als Endlösung gedacht, als erreichtes Ziel. Nicht etwa aber als „Wiedervereinigung" soll er vollendet werden. Mit diesem Wort durchfuhr man sogar eine ganz gefährliche Kurve, in welcher die Lokomotive für Augenblicke in den Händen des Volkes und dann führerlos war. Vollendet werden soll der Bau nach wie vor als Weltenbau von Utopia.

Darum ist es Zeit, daß alle jene, die jetzt den Zug freudig bestiegen, die ihn anfeuerten, ihn so schnell wie möglich wieder verlassen, denn er steuert sehr bösen Zielen zu. Die Weichen wurden inzwischen falsch gestellt. Auf der Maschine steht ein verkappter Lokführer. Erneut heißt unsere Parole „Ohne uns!"

Denn, *„in Wirklichkeit handelt es sich ja gar nicht mehr um eine ‚Wiedervereinigung', sondern um eine verwaltungsmäßige Zusammenlegung der Westzonen mit einem Teil der sowjetischen Besatzungszone, nicht um die Wiederherstellung der* **Souveränität** *des Deutschen Reiches. Der dem Vokabular der Besatzungsmächte entlehnte Begriff der ‚Wiedervereinigung', der heute nicht nur von den Deutschen, sondern in der ganzen Welt kritik- und gedankenlos benutzt wird, setzt nämlich voraus, daß es etwas gibt, was vereinigt war, getrennt worden ist und wieder vereinigt werden soll oder muß. Wird aber davon ausgegangen, daß das Deutsche Reich stets fortbestanden hat (Kapitulation der Wehrmacht, nicht des Reiches; siehe auch Urteile des Bundesverfassungsgerichts), so kann nicht von einer Wiedervereinigung dessen — nämlich des Deutschen Reiches — gesprochen werden, was niemals getrennt war, sondern ungetrennt fortbestand."* (106).

Das, was unternommen wird, ist eine Prozedur auf niedrigerer Ebene. Nach der Entfernung der eigentlichen Seele setzt man Teile eines Kadavers zusammen, der nichts mehr von dem enthält, was ihm einst Leben einblies.

Man kann nicht von einer Erteilung von **Souveränität** an Deutschland sprechen, solange man dieses Deutschland mit einer angeblichen verbrecherischen Vergangenheit belastet, die es niemals gegeben hat und die in ihrer Darstellung ganz eindeutig eine Fälschung der Sieger und ihrer Handlanger ist. Jede Gründung Deutschlands auf eine von den Siegern des II. Weltkrieges formulierte Verurteilung führt zu einem unselbständigen, in seiner Souveränität wesentlich eingeschränkten Gebilde. Es handelt sich um eine grotesk makabre Pseudosouveränität. Der jetzt geschaffene Staat ist darum **nicht souverän.** Er ist ein Produkt des Sieges von 1945, ist ein Kind der damaligen Alliierten. Er verdient darum nicht das Prädikat „Völkerrechtssubjekt". Er ist nichts anderes als ein Protektorat, ein Werkzeug fremder, ja antideutscher weltpolitischer Absichten. Seiner völligen Unabhängigkeit steht die vollständige, anerkannte Klärung der derzeitig gefälschten Vergangenheit im Wege. Die restlose Freigabe aller 1945 beschlagnahmten Dokumente und deren Offenlegung sowie die Feststellung der alliierten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen ist darum die nächste Forderung, will man zu einem souveränen Deutschland gelangen. Die Teilnahme des jetzt fabrizierten „Deutschland" an internationalen Konferenzen schränkt daher wesentlich den Wert jeder deutschen Beteiligung und Stimmabgabe ein. Man wird dieses

Deutschland immer nur als einen an machtpolitisch geborenen Fiktionen geketteten Satelliten ansehen und nicht ernst nehmen.

Bismarck brach den 1848 unternommenen revolutionären Versuch einer Reichwerdung ab. *„Der Weg der Bismarckschen Reichsgründung war nicht der der politischen Ideologen und Gewaltpolitiker, sondern er zielte dahin, die gegebenen Größen wirklicher Macht in Deutschland in ein Gesamtgefüge zusammen zu bringen, ohne sie zu zerstören . . . Für unreife wie ungeduldige, dilettantische Politik (wie sie der Kronprinz ihm aufdrängen wollte mit scharfem Vorgehen gegen die süddeutschen Regierungen) war der Kanzler nicht zu haben"* (332). Bismarck ging den unblutigen und von der bestehenden monarchischen Prägung vorgezeichneten Weg, nicht den der seit den Freiheitskriegen herumspukenden unausgegorenen Volksdemokratie. Auch die Kohl/Genscher gingen nicht den unreifen Weg der nationalen Ungeduld, sondern den neuartigen der „Philosophie". Es war aber ein Weg, der von Valmy bis an die Marne zum Verrat geführt hatte. Haben sie also damit, wie Bismarck, „die gegebenen Größen wirklicher Macht in Deutschland" beschworen oder haben sie eine seit 1945 wirkende dauernde Pervertierung der Macht in Deutschland nur noch verstärkt? Wir fragen uns darum, ob es wirklich notwendig war, sich einer Philosophie der Toleranz, der Anerkennung diffamierender Geschichtsfälschung, des Verzichts und der Kleinmütigkeit zu beugen, während ganz gleichzeitig die gleichen philosophischen Phrasen in anderen Ländern, insbesondere bei den Angelsachsen, dazu benutzt werden, eigentliche nationalistische Machtallüren zu vertuschen. Wir können den Zeigefingern des Herrn Genscher nach dem Verzicht auf Ostdeutschland nicht andichten, Bismarcksche Reife zu wiederholen. Deutschland, Europa und die Welt werden darob niemals glücklich werden.

„Was die deutschen Patrioten" (106) *unter Wiedervereinigung verstehen, ist in Wirklichkeit die Wiederherstellung der Souveränität des Deutschen Reiches im gesamten Reichsgebiet. Darum — um nichts anderes — geht es in Wirklichkeit bei der Wiedervereinigung, denn der Unterschied zwischen einer ‚Wiedervereinigung' im Sinne der Zusammenlegung der Besatzungszonen oder des Aufgehens einer Besatzungszone in der anderen, auf der einen Seite und der Wiederherstellung der Souveränität des Reiches im gesamten Reichsgebiet, auf der anderen, besteht in dem Mangel der Souveränität der Besatzungsverwaltungen und damit in dem Mangel einer souveränen völkerrechtlichen Vertretung des deutschen Volkes insgesamt."*

Diese Überlegungen bekommen praktischen Inhalt, wenn wir uns mit dem von den Siegern des II. Weltkrieges und von Polen aufgeworfenen Problem der Oder-Neiße-Linie befassen.

Die „Wiedervereinigung", wie sie gehandhabt wird und wie sie ausgebaut wird, personell wie sachlich, geht von philosophischen Erwägungen aus. Ihr liegt nicht der Staatsbegriff zugrunde, der allem Völkerrecht als Basis dient, der mit Einheiten, Völkerrechtssubjekten, arbeitet wie Deutsches Reich, Frankreich, Großbritannien, Polen usw. Man kann Helmut Diwald keinen Vorwurf daraus machen, wenn er 1970 aus der Anerkennung der DDR durch Bonn den Schluß zog: *„Ein Volk wird zur Einsicht gezwungen, daß es seinen Charakter als Volk verliert; auch geistig macht es tabula rasa mit seinem Zustand als Volk", denn das w a r die Lage nach der* **„Anerkennung"** (107). Seit der Außenministerkonferenz in New York am 19. September 1950 erkannten die drei westlichen Siegermächte die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung ausdrücklich als die einzige freie und gesetzlich konstituierte Regierung Deutschlands an (108). In dem Augenblick aber, da diese „Wiedervereinigung" von Bonn zum Ziel ihrer Außenpolitik erkoren wurde, wurde die eigentliche „Wiedervereinigung" verworfen, steckten Sieger sich ohne weitere Unterschrift und ohne rechtlichen deutschen Rekurs ein, was sie auf dem Schlachtfeld erobert hatten.

Bonner Beamte leisteten so gröbstem Völkerrechtsbruch zum Nachteil des Deutschen Volkes Vorschub. Sie verübten Landesverrat. Zutage treten konnte das allerdings erst in unseren Tagen. Da wurde der schleichende Völkerrechtsbruch plötzlich allen sichtbar. Da mußte der Augenblick kommen, daß man das Wort **„Völkerrecht"** wieder hervorholen mußte. Hans-Dietrich Genscher nahm diesen Schritt sehr geschickt vor. Es war im Rahmen des **Irakkonflikts** und geschah am 15. August 1990. Da war es Genscher, der dieses ominöse Wort in die Debatte warf. Bis dahin hatte man es vergessen, von Kambodscha bis Panama. Und es hätte auch einem Bush sehr schlecht angestanden, gerade im Licht der letzten außenpolitischen Eskapaden der USA dieses Wort in den Mund zu nehmen. Aber, weit entfernt, dessen Gebrauch dem westdeutschen Bundesgenossen übel zu nehmen, diente es sogar sehr, eine ärgerliche Lücke auszufüllen, die durch die tollpatschige Irakpolitik der Vereinigten Staaten entstanden war. Schießen wollte man nicht, die internationalen Gremien waren sehr suspekt, was blieb noch übrig als das uralte Völkerrecht? Da kam die **Haager Landkriegsordnung** gerade im richtigen Augenblick dem deutschen Außenminister unter die Augen (109). Das gibt ihm eine Handhabe, das wiedererstandene Wort, den allgemein jetzt als Richtschnur internationalen Handelns wieder zunftgerecht gemachten Begriff auch in deutschen Dingen zu verwenden, ohne daß man ihm diese Waffe so leicht wieder aus der Hand nehmen kann. Man darf gespannt sein, ob das bei dem Polen zugesagten Vertrag der Fall sein wird. Denn dieser muß eo ipso im Rahmen des Völkerrechts abgeschlossen werden, auch, wenn das in der Bonner/Berliner Erklärung nicht ausdrücklich gesagt wird.

Es ist Diwald, der ungeschminkt ins Gedächtnis ruft: *„Gegen die Zerstückelungspläne von Teheran und Jalta haben und hätten sie (die Attentäter des 20. Juli 1944) sich nicht weniger heftig zur Wehr gesetzt als die Nationalsozialisten, sie haben die Kriegsziele der Alliierten genauso entschieden bekämpft wie die SS . . . Es handelt sich in dieser Zeit tatsächlich um eine vollständige Verwirrung aller ethischen und nationalen Begriffe."*

Soll diese „Verwirrung aller ethischen und nationalen Begriffe" heute fortgesetzt werden? Machen die Vorgänge von 1989/90 unwahr, was Diwald 1970 beklagt, *„daß das deutsche Volk seinen Charakter als Volk verliert"* ? Hat es diesen Charakter wieder gewonnen, den ihm mehr und mehr deutsche Politiker bereits abgesprochen hatten, wie wir darstellten? Um dieses ist der Kampf entbrannt. Um dieses geht es, wenn man das Wort „Wiedervereinigung" in den Mund nimmt. Soll wirklich wieder e i n deutscher Staat geschaffen werden oder nur ein Produkt der Philosophie? Nebensächlich sind dabei die Hypotheken, die uns England und Polen in den Schrank legen wollen. Wichtiger sind die Forderungen (die bereits als Selbstverständlichkeiten angesehen werden!) nach weiterer Asylanteneinfuhr, Vernichtung der Ehe, Schutzlosigkeit nationaler Embleme, unwidersprochene Verbreitung grandioser Lügen über angebliche deutsche Verbrechen, straflos ausgehende Korruption oder auch von Lambsdorffs späterer Aufforderung an die kapitalistische Welt, in der DDR zu investieren, die insgesamt als ein Verzicht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung angesehen werden dürfen (110). Es ist eine lineare „Ausverkaufspolitik unter Brandt-Scheel" (111). Es ist nicht ein Weg in die Freiheit, sondern der „Ausbau des totalen Siegs". Die Aushöhlung des Staatsbegriffs was „Deutschland" angeht, hat sogar eine gerichtliche Grundlage: den von den Alliierten verbotenen (!) **preußischen Staat.** *„Daß ein Staat ausgelöscht worden ist, weil er im Kriege unterlag, das hat es in der Weltgeschichte häufig gegeben; aber, daß ein Staat seiner Idee wegen verboten wird, hat meines Wissens keinen Vorgang und keine Parallele"* (112). Was dem „wiedervereinigten Deutschland" aber fehlt, sind ausgesprochen jene Ideen, die das Preußentum ausgemacht haben. „Mehr Sein als Scheinen". „Üb immer Treu und Redlichkeit bis an dein kühles Grab, und weiche keinen Finger breit von Gottes Wegen ab". Ein Staat braucht Autorität.

Diese bildet sich nicht auf Befehl und mit Konzentrationslagern. Er braucht Vorbilder wie sie das preußische Beamtentum und das preußische Offizierskorps darstellten. Davor haben die Herren unserer Welt eine Heidenangst.

Aber nicht nur geographisch und völkerrechtlich gesehen handelt es sich nicht um eine „Wiedervereinigung". Jedem Zeitgenossen stehen da zwei sehr verschiedene Bilder vor Augen. Da sah man Menschen, junge Menschen, ohne Maske, manchmal in größter Lebenssorge, manchmal in Freudensausbrüchen, immer aber offen und menschlich sauber und im vollen Einsatz ihrer Kräfte, da sieht man förmlich, wie sie Ketten zersprengen, sich frei machen ohne Rücksicht auf die Zuschauenden, ein mitreißendes Bild, ein Bild so völlig ungewohnt in unserer Welt der Vorschriften. Und da sieht man Politiker mit klugen Mienen, mit theatralischen Gesten, mit ausweichenden Blicken und Zeichen, mit geschliffenen Brillengläsern, und Haartrachten wie Perücken, die an die Stelle von Gefühlen schöngefeilte Worte setzen, die der in die Freiheit drängenden Jugend zurufen, sie solle Geduld haben! — nach 40 Jahren Gefängnis! Das ist alles, was sie in diesen entscheidenden Stunden zu sagen haben. Wir haben es im Fernsehen deutlich gesehen, wie man im Bundeshaus am rechten Flügel aufstand, um diese Stunde mit dem (kastrierten) Lied der

3rd Degree

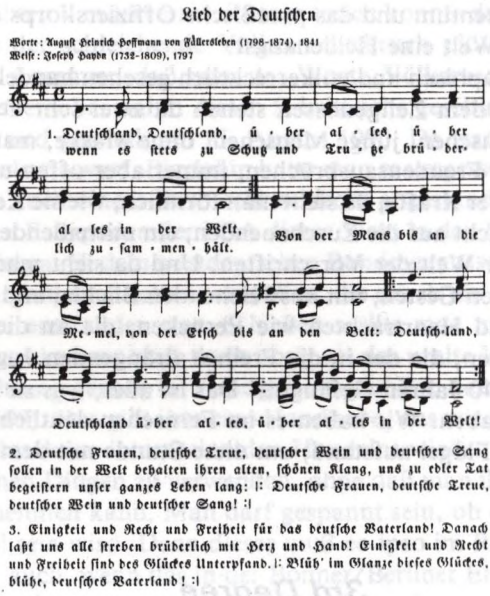
Hands entwine. Thumb lies between the thumb and forefinger of other person. Other fingers dig into wrist.
Password: TUBALCAIN.
Symbolic Knock: Rat . . Tat . . . . . .Tat.

2nd Degree

Thumb presses the foremost knuckle of the middle finger of the other person.
Password: SHIBBOLETH.
Symbolic Knock: Rat . . . . . Tat . . Tat.

1st Degree

Thumb presses on the foremost knuckle of the index finger of the other person.
Password: B.O.A.Z.
Symbolic Knock: Rat . . Tat . . Tat (evenly spaced).



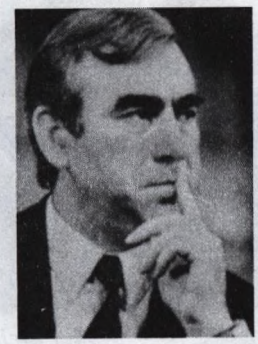
Nation zu begehen und wie so ganz langsam und gemächlich einer nach dem anderen der Volksvertreter sich erhob und die Strophe beinahe schon beendet war, als die letzten dieser Herrschaften am linken Flügel sich endlich auch bereitfanden, aufzustehen. Schon damals hatten wir das Gefühl, daß da von irgendeiner Seite mit der Demokratie philosophisches Schindluder getrieben wird, daß da Hand angelegt werden sollte an die an die Oberfläche geratene unsterbliche Nation. Daß man so etwas als „nationalistische" Züge zu meiden versuchte. Daß eine der natürlichsten, menschlichsten Daseinsformen seines Sinnes beraubt werden sollte. Bald schon hatte diese Materialisierung die Oberhand gewonnen. Da stand nur noch im Mittelpunkt der Berichterstattung und der Reden, was die „Wiedervereinigung" wohl kosten würde. Doch immer noch war die Glut zu heiß, die ausgetreten werden sollte. Die Krämerseelen wurden bei zu vielen verachtet. Es kam zu einem „Fonds Deutsche Einheit" in Höhe von 115 Md Mark, der helfen soll, die Haushaltsdefizite bis 1994 mitzufinanzieren. Finanzminister Waigel mußte erneut ausländische Aasgeier, die an dem deutschen Unglück verdienen wollten, zurückweisen und die Begebung einer Auslandsanleihe ablehnen.

Auch *‚die EG wollte bei den deutsch-deutschen Verhandlungen dabei sein und mitentscheiden. Eine direkte Beteiligung der EG an diesen Verhandlungen hat die Bunderepublik abgelehnt, hat aber Abstimmungen mit der EG zugesagt. Auch eine Abstimmung läßt Spielraum für Einfluß . . . Wegen der skizzierten Bedenken insbesondere der ärmeren südlichen Staaten der EG und um die Einmischung der EG in deutsch-deutsche Verhandlungen zu verhindern, und — man darf wohl sagen — auch um die Wiedervereinigung nicht zu gefährden, hat Bundeskanzler Kohl sinngemäß erklärt, daß er die Erwartungen dieser Staaten (wie z.B. Portugal oder Griechenland) auf EG-Mittel nicht beeinträchtigen wolle — Bonn wolle zur Finanzierung der deutschen Einheit nicht in die EG-Geldbörse greifen — und hat auch auf einen Solidaritätsbeitrag verzichtet.*"

„Das bedeutet: Die EG hat durch die Wiedervereinigung, durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, erhebliche Vorteile. Sie erhält insbesondere höhere und wahrscheinlich weiter steigende Abführungen. Sie braucht aber entgegen den sonst üblichen Grund-

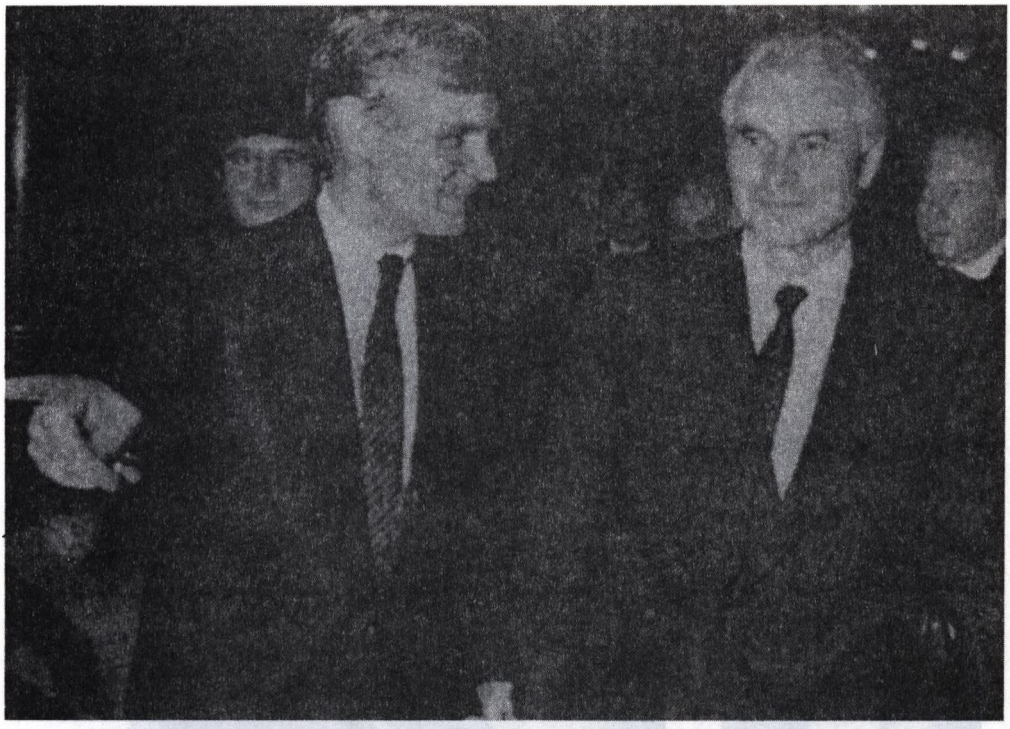
Wohin verirrt sich da Kohls Zeigefinger? Kohl und de Maizière in Straßburg.

Schily



Was hat Lafontaine in seiner rechten Hand?
(Pst! Es ist der „Schlüssel" zur Kanzlerschaft)

Oskar Lafontaine

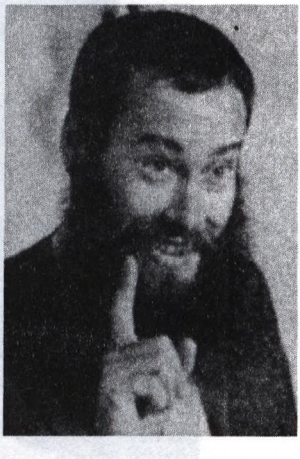


Modrow zu Besuch in Hamburg. Links: Bürgermeister Voscherau (der dann auch in Dresden auftrat), Ende Februar 1990.

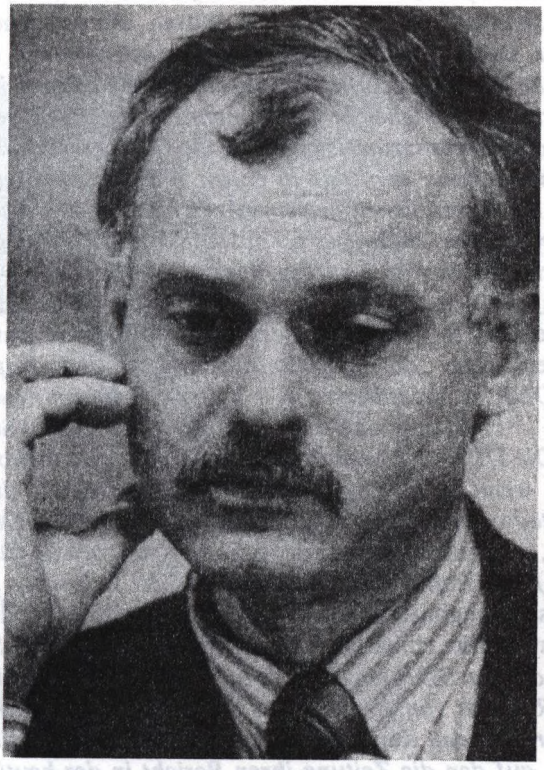
Vogel (SPD) und DDR-Gruppierung „Demokratischer Aufbruch".

Modrow und Kohl in Davos, Februar 1990.

DDR-Politiker Diestel.



Thomas Krüger, Mitbegründer der SPD in der DDR, Vikar bei der evangelischen Kirche in Ost-Berlin.



Ibrahim Böhme.

Minister Blüm.

sätzen selbst keine oder keine relevanten Beträge zu Verbesserung der für westliche Begriffe in der DDR z.T. schon katastrophalen Verhältnisse beizusteuern." (124).

Die Bundesregierung hat sich weiter bereiterklärt, **Beihilfen,** *die deutschen Unternehmen für Investitionen in der DDR gewährt werden, auch Unternehmen anderer EG-Staaten zu gewähren . . . solche Beihilfen stärken die ausländischen Unternehmen im Verhältnis zur deutschen Konkurrenz . . . Vielleicht würde mehr Erfolg erzielt, wenn statt solcher Beihilfen an das Ausland die Finanzzuweisungen an die DDR erhöht werden. . . Die Folge (der derzeitigen Handhabe) kann sein, daß in einem Wirtschaftsraum, in dem vor dem Krieg die Unternehmen im Wesentlichen in deutscher Hand waren, deutsche Unternehmen in mehr oder weniger großem Umfang unter ausländischen Einfluß geraten. Graf Lambsdorff scheint eine solche Entwicklung zu begrüßen. Er hat gesagt, wir ‚laden . . . unsere Freunde in der EG ein, aktiv dazu beizutragen,* **die DDR zu europäisieren**‘." (124)

Nach den Gesprächen, die Kohl in Washington am 17. Mai 1990 mit Bush hatte, forderte der westdeutsche Bundeskanzler *„die amerikanische und die westeuropäische Wirtschaft ebenfalls auf, in der DDR zu investieren: ‚Wir haben mit einem neuen deutschen Nationalismus nichts im Sinn‘,"* (168) doppelte er so den Lambsdorffschen Satz. Doch, es kommt noch beachtlicher: *„Die DDR-Regierung will Investoren aus Hongkong die DDR-Staatsbürgerschaft verleihen, wenn sie im Gegenzug Milliardenbeträge in die Wirtschaft des Landes investieren. Dies teilte ein Regierungssprecher gestern abend in Ost-Berlin mit. Damit wurde ein Bericht der ‚Süddeutschen Zeitung‘ bestätigt, wonach 52 führenden Persönlichkeiten (d.h. Chinesen) aus Industrie und Finanzwelt der britischen Kronkolonie Hongkong* (es hat bereits ein schwunghafter Handel mit Pässen anderer Länder eingesetzt. Großbritannien befürchtet eine starke chinesische Einwanderung) *die DDR-Staatsbürgerschaft verliehen werden soll, die der DDR langfristige Investitionskredite mit Banksicherheiten zugesagt haben. Die Rede sei von 15 Md DM. Der Regierungssprecher bestätigte auch die Existenz einer entsprechenden Kabinettsvorlage von DDR-Innenminister Diestel* (siehe Foto in diesem Buch), *auf den die Zeitung ihren Bericht in der heutigen Ausgabe stützt . . . Die Beauftragten einer Gruppe von Bürgern Hongkongs aus führenden Kreisen der Industrie, des Handels und der Banken seien bereit, unverzüglich auf dem Gebiet der DDR langfristig auf 25 Jahre angelegte Investitionskredite einzusetzen und dazu die notwendigen Banksicherheiten zu garantieren. Die Beauftragten verbänden ihre Investitionsbereitschaft mit der Bitte, aus humanitären Gesichtspunkten die DDR-Staatsbürgerschaft zu erlangen. Die Hongkonger Bürger erhofften sich dadurch eine gesicherte Existenz ‚in Demokratie und Freiheit‘, wenn die Kronkolonie Ende der 90er Jahre mit Auslaufen des Pachtvertrages mit England an die Volksrepublik China falle. Die Bürger beabsichtigten nicht, in den nächsten Jahren in die DDR überzusiedeln.*" (293).

Ein „europäisiertes" Gebiet an der Stelle eines „Nationalstaates". Muß es noch deutlicher gesagt werden, was hier mit uns Deutschen und mit der „Wiedervereinigung" für ein Spiel getrieben wird?

Die Zahlen zwingen zum Vergleich, denn auch der westliche Teil Deutschlands hatte ja einmal mit dem Wiederaufbau beginnen müssen. Damals half ein **„Marshallplan"** mit 1 Md Dollar. Er wurde pünktlich zurückgezahlt. Doch hinter jener Zahlungsmoral standen Millionen von Trümmerfrauen, stand eine Arbeiterschaft, die nicht an Streiks dachte. Von damals nennt die erste mir erreichbare Statistik das Jahr 1954 (6 Jahre nach der Währungsreform) mit damals 538 in der BRD bestreikten Betrieben gegen gleichzeitig 1.479 Streiks in Frankreich, 1.989 in Großbritannien und 3.468 in den Vereinigten Staaten. Heute erfahren wir, daß in der DDR bereits am 3. Juli 1990, drei Tage nach der **Währungsreform** in Rostock und anderen Städten mit politischen Warnstreiks gedroht wird. Dem „Wirtschaftswunder" von einst stand ein deutlich größeres Verantwortungsbewußtsein

Bruno Kreisky, mit Brille und Zeigefinger.

Perestroika auch in Österreich: Hammer und Sichel sollen jetzt aus dem Staatswappen gestrichen werden.

und Zusammengehörigkeitsgefühl sowohl wie eine anerzogene und noch nicht vergessene Arbeitsmoral zur Seite. Politische Faktoren hatten sich noch nicht entwickelt. Allerdings hatte man auch keine vierzig Jahre Gefängnisstaat hinter sich.

Bis hin zur offenen Sabotage eines Wiederaufbaus können sich heute zugelassene politische Gruppen unverfolgt äußern und betätigen. Doch während diese zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen, wird zum wirklichen Hemmschuh die ungesunde Einstellung vieler zur Arbeit als solcher in Erinnerung an das bisherige Vorzeichen eines leistungsblinden Staatskapitalismus und unter dem „zeitgemäßen" Trend einer in seine Einzelwesen aufgelösten und zersetzten Gemeinschaft. Das alles wird dazu beitragen, daß das „Zweite Wirtschaftswunder" anders ausfallen wird als das erste. Denn nur wenige im Westen Deutschlands wollen es als Verpflichtung auf sich nehmen, den leidgeprüften Volksgenossen in Mitteldeutschland ein Lebensalter grausamen Gefängnislebens so schnell wie möglich vergessen zu machen. Kommt dann noch hinzu, daß eine mächtige Geheimgesellschaft sich größtenteils heute aus Figuren zusammensetzt, denen alle Gefühle abgetötet wurden und die nur ihre persönliche und brüderliche Bereicherung im Auge haben, dann braucht die übrige Welt sich kaum noch darum zu sorgen, daß wieder ein starkes Deutschland entsteht. Was allerdings nicht verhindert werden kann ist das biologische Erbe, das uns Deutsche vorerst noch immer von verschiedenen anderen unterscheidet. Bedenkt man, in welchem Umfang auch dieses Plus zerstört werden soll, so kann man nur von Glück sagen, daß dieser Volkssturm nicht noch zehn Jahre später erfolgte. Dann wäre eine in ihrer völkischen Kraft restlos degenerierte westdeutsche Bevölkerung nicht mehr gewillt gewesen, dem anderen Teil des gleichen Volkes aus dem Sumpf zu helfen. Heute noch haben die Worte des Ungarn **Horn** Berechtigung: *„Wenn wir die Demokratie, die neue zivilisierte Ordnung nicht von Moskau bis Berlin und von Sofia bis Warschau zum Erfolg bringen, wenn die überholte Ordnung vereinzelt bestehen und sich vielleicht verstärken kann, so würde dies Europa in seinen Grundfesten bedrohen."* (113). Als Bedrohung für derart klare Sprache müssen wir es auffassen, wenn wir erfahren, daß ausgerechnet der Gegner europäischer Einheit, der Deutschenfeind Nicholas Ridley gleich nach der Veröffentlichung seiner Diatribe im Auftrage seiner Chefin nach **Ungarn** reist, (wo bereits am 27. Dez. 89 wieder eine Großloge gegründet wurde). Von dort aus sendet er seine „Entschuldigung". Wenn man einrechnet, wie dieses Land sowohl von Italien wie von England aus eingespannt werden soll in europäische Spaltungstendenzen, dann wird fraglich, ob Horns Worte in Aaachen wirksame Folge haben werden. Denn es besteht Hoffnung, an dieses Ziel zu gelangen nur, weil die Hoffnung besteht, Deutschland auf zivilisierter Ebene wieder zu vereinigen. Darum ist die (wirkliche) Wiedervereinigung Deutschlands notwendig! Die Probleme dieses Weges müssen offengelegt werden, damit weiter östlich mit den deutschen Erfahrungen der gleiche Weg beschritten werden kann. Bedenken wir doch: Die DDR war der bestgeführte Staat im europäischen Sowjetbereich. Wie muß es erst bei den anderen aussehen? Und dieser Staat erhielt Hilfe von einem gleichsprachigen, gleichvölkischen Teil, wie sie keiner der anderen Staaten in Osteuropa erwarten kann. Es liegt in deren Interesse, die deutsche Wiedervereinigung zu vollenden.

Die notwendige Wiedervereinigung

Die Volksrevolution in der DDR war nicht nur ein ganz großes Glück für die in Schemenhaftiges sich auflösende BRD. Sie war auch ein unermeßlicher Vorteil für die Europäische Union, die man sich vorgenommen hatte. Nicht in ihrem Ursprung, aber in seiner Wirkung war die „Wiedervereinigung" ein europäisches Ereignis. Daran ließ sich nicht

rütteln. Erst jetzt kann eine Europäische Union lebensfähig errichtet werden. Was wäre aus ihr geworden, wenn alles das nicht geschehen wäre, was erst durch die deutsche Wiedervereinigung Tatsache wurde? Auf einmal gibt es wieder ein **Mitteleuropa** und es gibt ein **Osteuropa.** In beiden Gebieten holt man sich die Vorbilder zum Aufbau aus der DDR. Noch unter dem Schwall von Verleumdungen, die uns Deutsche vierzig Jahre lang erschütterten, geht man bereits daran, einen bösen Irrweg der Geschichte der Philosophien zu reparieren und einen Teil der Sieger nicht nur als unfähig, sondern als verlogen und als Verbrecher zu diskreditieren. Man entdeckt Massengräber und gibt erstmals nicht den Deutschen die Schuld. Und überall, nicht nur in Europa, faßt man Mut, dieses Beispiel nachzuahmen.

Am notwendigsten aber ist diese Wiedervereinigung für die **Sowjetunion.** Erst, wenn es gelungen ist, aus der DDR einen vorzeigbaren Verwaltungsteil Deutschlands zu machen, kann man in der Sowjeunion hoffen, ähnliches zu vollbringen. Darum kann es eigentlich Gorbatschow gar nicht schnell genug gehen mit der deutschen Wiedervereinigung. Er braucht das positive Beispiel einer Überwindung der Planwirtschaft und der sozialistischen Erziehung. Und er braucht dann Deutsche, die ihm im eigenen Riesenreich helfen. Die ihm dort genauso zur Hand gehen, wie ihm hunderte von Jahren hindurch die deutschen **Balten** geholfen haben. Diese treue, selbstlose Führung der Geschäfte für St. Petersburg und Moskau wurde mit Trotzkij, Stalin und dann mit Hitlers Umsiedlung beendet. Auf den deutschen Universitäten Riga und Dorpat wuchsen die Führungskräfte seit den Zeiten eines Peters des Großen heran. Litauer, Letten und Esten waren weder willens noch fähig, die Nachfolge anzutreten. Es blieb ihnen nichts anderes übrig als anachronistischen Nationalismus hinauszuschreien. *„Denn auch noch von allen Nationen verlassen, würde Rußland mit dem in Jahrhunderten zugelegten Gürtel von Smolensk bis Rostow, von Murmansk bis Wladiwostok weiter das größte Staatsterritorium der Erde bilden . . . Die Sowjetunion ist das erste Imperium, dessen Probleme fast die ganze Weltgemeinschaft in geordnete, friedliche Bahnen lenken möchte. Sie dafür vorbereitet und geeint zu haben, auch das ist Gorbatschows historische Tat."* (114). Und vergessen wir nicht eines: Die Kolonisierung dieses Riesenraumes ist eine der größten geschichtlichen Leistungen. Auch da ging und geht es um mehr als um Traktoren und Gasleitungen.

So wie im Baltikum ist auch im **Südosten** eine umfangreiche deutsche oder österreichische Rolle im Aufbau nicht mehr möglich, nachdem die Horden Titos ganze deutsche Volksstämme ausrotteten.

Daran kann auch ein Dr. Veselica, Präsidiumsmitglied der Kroatischen demokratischen Partei nichts mehr ändern, wenn er optimistisch auf dem erwähnten Kongreß des Studienzentrums Weikersheim 1990 meint: *„Wir sind mit Mitteleuropa und Deutschland aufs engste verbunden; uns Kroaten stört es nicht, daß das einige Deutschland zusammen mit Österreich zur wichtigsten europäischen Macht wird, wirtschaftlich wie politisch."* Genauso (noch) isoliert registriert man das Auftreten der in Wien studierenden Deutschen Burschenschafter in Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung.

Das entstandene Machtvakuum in Osteuropa wirkt anziehend. Nicht nur in Weikersheim befaßt man sich mit großen Plänen. *„Für Ende Juni 1990 wurde in Wien eine dreitägige Konferenz ‚europäischer Intellektueller' einberufen."* (241). *Darüber berichtet A.M. Rosenthal in der ‚New York Times' am 1. und 5. Juli 1990. Nach ihm drehte es sich bei dieser Konferenz hauptsächlich darum, wie man von jetzt an in Mitteleuropa die Probleme der ‚Demokratie' behandeln solle. Rosenthal schreibt (zitiert von Hans Schmidt): ‚Schon nach 70 Minuten wurde uns klar, daß es bei der Konferenz hauptsächlich darum ging, wie man* **Lech Walesa** *handhaben solle.', Walesa war in einer privaten Boeing 727, die dem Organisator des Treffens, Saul P. Steinberg gehört, von Danzig nach Wien geflo-*

gen worden. Das Ergebnis des Treffens war dann der von deutschen Zeitungen beschriebene Kompromiß, nachdem es erst in einem Jahr in **Polen** *zu einer Neuwahl über Verfassung und Präsidenten kommen soll. Zbigniew Brzezinski nannte die Konferenz einen ‚Kongreß der Sieger'! . . . Organisiert wurde dieses Treffen von einem ‚Institute for Human Sciences' mit Sitz in Wien. Es steht unter der Leitung eines in Boston lehrenden polnisch-amerikanischen Professors"* (Schmidt).

Beredtes Zeugnis von dem geistig-politischen Machtvakuum, das 1990 in Osteuropa zu füllen ist, legt auch der folgende uns zugegangene Bericht ab: *„Als ich Ende Mai auf einem Kongreß in* **Weikersheim** *war, der sich das Thema* **Osteuropa** *vorgenommen hatte, sagte Ludek Pachmann (in der Zeit seines Exils bei uns einer der Leiter der ‚Konservativen Aktion'), der mit seinem Chef anwesend war, vor kurzem seien Westmächte, wie nach dem I. Weltkrieg, an die Tschechoslowakei herangetreten, man möge zusammen mit Polen usw. eine Koalition gegen Deutschland bilden. Doch diesmal habe man in Prag — anders als damals Benesch — glatt abgelehnt. Man wolle ein starkes Deutschland. Je besser es den Deutschen ginge, desto besser den Tschechen. Demgegenüber macht, wie es sich zeigt, Polen mit Frankreich in der Koalition gegen Deutschland (mag dieses auch verdeckt geschehen) weiter! Wer also Polen da entgegenkommt, zerstört gerade das Verhältnis zwischen uns, verhindert ein friedliches Europa, da wieder Macht vor Recht ergeht. Und Rachegedanken, Angst, Mißtrauen und Imperialismus herrschen! In diesem warnenden Sinne sprach in Weikersheim ausgerechnet ein holländischer Völkerrechtslehrer, der u.a. dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth mit seinem Verzichts-Plädoyer widersprach. Er war so gut wie der einzige, der für die deutschen Ostgebiete sprach. Er (der Holländer) sagte direkt, er könne sich ein Europa ohne deutsche Ostgebiete nicht vorstellen. Und er hat recht. Wenn man hier nicht — als Probe aufs Exempel — das Völkerrecht und die Menschlichkeit beachtet, vielmehr, nach einem halben Jahrhundert, auf Siegesbeute besteht, Macht vor Recht ergehen läßt, wird sich das gleiche in Osteuropa, ein Einanderzerfleischen der Völker wie in der Sowjetunion, wie auch im EG-Europa abspielen, wird es weder zu einem guten noch zu einem beständigen Europa kommen."*

Wie wär's — ein konkreter Vorschlag — wenn man **zehntausend Deutschlehrer** in den Osten und Südosten entsendet? Überall wird dort danach gefragt. Wenn man in Berlin dafür kein Geld übrighat, vielleicht hat es die deutsche Industrie. Bevor Hitler kam, gab es nicht nur deutsche Schulen, sondern auch deutsche Gymnasien bis weit nach Rußland hinein. Warum nicht wieder diese gute europäische Tradition aufnehmen?

Von einem dominierenden **Ordnungsprinzip** kann man aber in Osteuropa noch nicht sprechen. Von vielen Seiten her wird in solchem Zusammenhang Deutschland genannt. Mit gemischten Gefühlen, aber niemand zweifelt an der Notwendigkeit, auf diesem Felde Ordnung zu schaffen. Die deutsche Regierung muß sich darüber im klaren sein, daß es von ihr alleine abhängt, ob in Südosteuropa Ruhe und Ordnung herrscht oder balkanisches Durcheinander. Bisher hörte man nur weinerliches Verzichten, Selbstanklagen, wo keine Gründe vorlagen, Rücksichtnahme auf forsche, nationalistische Töne anderer Völkerschaften, Totschweigen eines grausigen Völkermordes, begangen an Deutschen in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Rumänien, in Jugoslawien, in Bulgarien, in Griechenland. Auf derartigem weichen Untergrund kann man kein Haus bauen. Niemand glaubt uns Deutschen, daß wir Massenmord und Vertreibung und Diebstahl und Verleumdung und Beschimpfung so einfach hinnehmen werden. Jeder Nachbar dort im Südosten schließt von sich auf andere und sieht hinter solcher deutscher ‚Versöhnung' und ‚Toleranz' nichts als Falschheit. Man kann es einfach nicht glauben, daß ein ganzes Volk auf einmal verrückt spielt und sich alles das gefallen läßt, was da seit 1945 geschehen ist. Die krankhafte masochistische Haltung der führenden deutschen Kreise, umnebelt und erzo-

gen von der Loge, ist darum der Hauptgrund für die Unruhe in Südosten (367). Man glaubt uns nicht! Man würde uns glauben, wenn wir handfeste Forderungen stellen, wenn wir dabei großzügig sind, aber einfach auch noch die andere Backe hinhalten? So etwas macht nicht nur lächerlich, es macht verdächtig. Es geht darum kein Weg darum herum, daß wir erst einmal die Geschichte neu schreiben, zur Wahrheit zurückkehren und den ganzen Lügenwust beiseite schieben, den man da seit „Nürnberg" angehäuft hat. Katyn war nicht das einzige Verbrechen auf der Gegenseite!

Bis heute noch hat man nicht den ersten Stein gelegt für ein Mahnmal über dem Massengrab der zehntausend toten Donauschwaben von Rudolfsgnad, dort an der Mündung der Theiss in die Donau, und kein Mahnmal steht in Jarek, Mitrowitz, Gakovo, Kruschevi, Molidorf, Werschetz, Betschkerek und so vielen anderen von deutschem Blut getränkten Orten. Bis heute hat die Regierung in Bonn nicht ein Wort dazu gesagt, nicht einen Pfennig dazu beigesteuert, nicht ein Wort in deutschen Schulbüchern davon berichtet. Wer weiß schon von dem Massengrab auf der Teletschka? In unablässigem Beschuß liegen wir dauernd mit Namen, wo deutsche Gegner ums Leben kamen; die Zahlen werden übertrieben, die Täter kollektiv multipliziert, völkermordende Absichten unterschoben, die nicht auf unserer Seite existierten, aber auf der Gegenseite in die Tat umgesetzt wurden. Da geht es einfach nicht an, mit DM-Anleihen „Aufbau" zu spielen. Da muß erst einmal eine Gesellschaft geformt werden, auf der beide Seiten Menschenwürde und Ehre besitzen. Auf ehrloser Versöhnung kann man keine Zukunft aufbauen, weder auf sozialistisch noch auf marktwirtschaftlich. Da lesen wir im Nato-Brief 3/1990: *„Nach Auffassung des italienischen Gelehrten Claudio Magris ist die schmerzliche Unfähigkeit, vergessen zu können, eines der grundlegenden Merkmale Mitteleuropas. Mitteleuropa, so sagt er, muß noch mit der Vergangenheit abrechnen, einer Vergangenheit, die bis zum Dreißigjährigen Krieg zurückreicht."* Übersehen wir einmal den Hohn, der aus den letzten Worten spricht. Nicht nur in Mitteleuropa kann man mit offenen Vergangenheitsabrechnungen leben. Das können weder die Indianer Nordamerikas noch die Israelis. Das kann kein Volk auf dieser Erde. Daß die Völker der Sowjetunion tiefer zu atmen beginnen, sobald dieses möglich wird, das ist eine selbstverständliche Regung für alle Menschen. Menschliches Leben ist ein dauerndes Wachsen auf Erleben. Menschen ohne Gedächtnis gibt es. Es sind ernste pathologische Fälle. Doch Leben ist nur möglich, wo auch Gedächtnis ist, wo Schritt für Schritt ein neues Stück Leben erarbeitet wird auf den Erfahrungen des Geschehenen. Die Zeit heilt viel, aber nicht alles. So mancher Unglücksfall verblaßt mit der Zeit. Doch, was den Deutschen geschah, und was ihnen noch heute mit Verleumdungen und Diebstahl angetan wird, das ist so ungeheuerlich, so millionenfach, daß es da nicht nur staatsmännische Unfähigkeit bedeutet, mit einem Versinken solcher Untaten zu rechnen. Das ist schon mehr. Das ist Mittäterschaft an einem weltweiten noch andauernden Verbrechen. Es heißt Völkermord!

Vollkommen sicher, daß ihnen niemand an den Wagen fahren kann, gehen sie aber sogar über die Streichung deutscher Rechnungen hinweg und bekommen es fertig, sogar noch weitere **deutsche** Opfer zu fordern. Die Deutschen seien es, die jetzt beweisen müssen, daß sie alles vergessen haben, was man ihnen antat, und sie müssen darum den unfähigen, faulen und dreckigen Siegern helfen, aus dem Sumpf herauszukommen, in den sie nach der Ausmordung der Deutschen in ihren Ländern geraten sind. Da erdreistet sich ein Herr Professor Josef Stingl, Bundesvorsitzender der Ackermanngemeinde (eine 1946 vorgenommene Gründung von Katholiken, die aus Böhmen und Mähren vertrieben wurden) zu sagen: *„Ich wende mich dagegen, von der Tschechoslowakei in ihrem derzeitigen wirtschaftlichen Zustand Entschädigung zu fordern. Vielmehr müssen die Sudetendeutschen für eine umfassende finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der gemeinsamen Hei-*

mat eintreten." So etwas nennt dann der Rektor der Prager Karlsuniversität, Professor Radim Palous *„enge Zusammenarbeit der beiden Völker"!* Und es wurde von dem Prager Kardinal Tomasek gesagt: *„Wahrheit und Liebe machen uns frei"*. Zu dieser Propaganda nehme man, was wir an anderer Stelle von diesem Herren und d e s s e n Gedächtnis zu sagen haben. Ernstlich, für w i e dumm hält man uns Deutsche eigentlich? Und ich wiederhole: Mit einem derart rückgratlosen, „dummen" Volk und einer entsprechenden Regierung wird man niemals in Ost- und Südosteuropa Ordnung schaffen! Und noch einmal möchte ich betonen — um böswilligen Gegnern zuvorzukommen — das soll nicht heißen, daß man jenem Verhalten das Wort redet, das auf dem Balkan so viel böses Blut gemacht hat, jene deutschen Besatzungsmethoden, die mit Worten wie Lidice gedeckt werden. Aber, es gibt da doch wohl einen sehr weiten Spielraum zwischen dem braunen Damals und dem philosophischen Kleinmut von heute. Das erste Wort in dieser Lage hat der Sieger! Danach werden wir uns richten müssen, und zwar unter eindeutiger Rückendeckung durch eine tausendjährige Geschichte. Herr Dr. Alfred Dregger MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, forderte auf einer Großveranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Berlin im Oktober 1990 auf, *„den deutschen Heimatvertriebenen Recht und Genugtuung zu verschaffen, indem man eingestehe, daß die Vertreibung weder historisch noch völkerrechtlich, geschweige denn ethisch gerechtfertigt war"*. Dregger: *„Ich würde eine Geste der Versöhnung seitens der polnischen Führung, die über das hinausgeht, was wir bisher gehört haben, begrüßen"*. Nach einer solchen Geste wäre es denkbar *„den offenen, ehrlichen Dialog zu suchen"*. Zu diesem heißt es: Dokumente auf den Tisch! Wahrheit statt Propagandazahlen! Wiedergutmachung, wie das seit 40 Jahren übliche Wort in solchem Zusammenhang heißt. Ein Handschlag, der vorher gegeben wird, ist wertlos. Nicht, weil es politisch gefordert wird, sondern weil es so aus menschlichem Lebensinhalt erwächst. Es gibt keine Geschichte ohne Ehre!

Es wird nicht an deutschen Fachkräften mangeln, die nach einer Wiedervereinigung und nach einem Abstoßen der marxistischen Krankheitskeime für die Nachbarn auf dem Balkan freiwerden. Schon heute ist deutsche Mitarbeit und Kapitalhilfe hier überall spürbar. Das alles kann aber erst Formen annehmen, wenn sich jene Völker wie Slowenen, Slowaken, Kroaten, Serben, freigemacht haben und den keineswegs abgetöteten Wunsch nach Zusammenarbeit mit den Erbfreunden deutscher Zunge in die Wirklichkeit umsetzen können. Auch sie brauchen die deutsche Wiedervereinigung nach dem Ende der Pariser Freimaurerprodukte von 1919, Jugoslawien und Tschechoslowakei.

Europa kann nur entstehen und kann nur bestehen mit einem wiedervereinigten Deutschland. In Teilen wird Deutschland niemals Europa die notwendige Kraft geben können, die es braucht, um bei den ganz großen dringendsten Weltaufgaben einspringen zu können, die ohne Europa einfach nicht gelöst werden können, bei der Rettung der Umwelt. So gebührt der Dank der ganzen Welt den Mitteldeutschen für ihre Befreiungstat! Hat jemals ein so geschmähtes Volk derart selbstlos gehandelt, wie das deutsche nach dem 9. November 1989?

Man mag zu dem Ergebnis gekommen sein, daß das Deutsche Volk sich ganz besonders dafür eignet, selbst nichtlebensfähige Ideen voranzutreiben. In der Tat, welches Volk hätte für sinnlose, verlustbringende Projekte derart viele Werte zusammengeschuftet wie das deutsche? Was ist da nicht schon erarbeitet und in den Sack ohne Boden geschüttet worden, unter Namen wie Wiedergutmachung, Entwicklungshilfe, Unterstützung der Demokratie, Asylantenhilfe und Ausländerinvasion usw. usw. Aber, man hat sich verrechnet. Schon der vorherige Versuch geriet an seine Grenzen. Nach Stalingrad und Leningrad kam man, aber weiter auch nicht! Auch diesmal wird das ganze moderne Abenteuer mit dem „Fortschritt" eine Grenze haben. Und auch diesmal wird das Ende des Feldzuges

schrecklich sein für die, die ihn mitmachten und ihn antrieben. So wird es kommen, wenn die Wiedergutmachung in einen neuen philosophischen Irrweg mündet.

Man kann nicht erwarten, daß ein polnisches Raubtier bei Fortsetzung seiner Gewaltpolitik noch Hilfe aus Deutschland bekommt. Dann werden die Widerstände gegen ein weiteres materielles Opfer in Deutschland zu groß werden. Dann wird das Deutsche Volk im technischen Sinne die Rechnung vorlegen. Dann werden keine Milliarden freigemacht werden, um Mörder und Diebe von unermeßlichen Kunstschätzen, von bestem, vor 700 Jahren dem Urwald abgerungenen Ackerboden ihrem traurigen Schicksal zu entreißen. Dann wird, wie der soeben genannte Horn es für Ungarn aussprach, keine politische Kraft, geschweige denn militärische verwendet werden, die sich der Revidierung von Weltverträgen widersetzt, aber es wird dann *„allerdings berechtigte Forderung (der Ungarn) sein, ihm moralische und politische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und für die in der* **Minderheit** *lebenden Landsleute die ausnahmslose Gültigkeit der individuellen und kollektiven Rechte endlich zu gewährleisten".* Es ist höchst an der Zeit, der sinnlosen Verschleuderung deutscher Volkskraft ein Ende zu setzen und auch unsere Forderungen zu stellen. Gerade genug deutsche Frauen und Kinder wurden von Polen ermordet. Es wird Zeit, daß die Polen uns den Preis nennen, den sie für diese Untaten zahlen wollen, um so die erste Grundlage für eine Versöhnung zu schaffen. Es ist Aufgabe einer deutschen Außenpolitik, den Weg dorthin zu gehen. Sowohl in Moskau wie in Budapest hat man erkannt, wie notwendig es ist, Deutschland diesen Weg zu erleichtern. Wird er nicht beschritten, wird die deutsche „Wiedervereinigung" nicht Wirklichkeit, nicht zum stabilen Faktor Europas, dann *„ist Europa in seinen Grundfesten bedroht".*

Von dieser Bedrohung weiß man in London sehr gut, und sehnt sie herbei. Und Paris steht den britischen Verlockungen sehr labil gegenüber, den Absichten, Europa nicht wieder auf eigene Füße zu stellen. Dem dortigen Groß-Orient hat immer ein ganz anderes „Europa" vorgeschwebt. Sich diesen Feinden eines allgemeinen Friedens entgegenzustellen, auch dann, wenn sie unter der Maske der Freimaurerei werken, ist ein weiterer Teil einer durch den Volksaufstand in der DDR ausgelösten deutschen Außenpolitik. Sie läßt sich nur bis zu einem gewissen Grade auch von Maurern vertreten. Die deutsche Wiedervereinigung gehorcht nicht nur Grundprinzipien unserer internationalen Ordnung. Denn, Selbstbestimmung der Völker, demokratische innere Ordnung sind die Schienen, auf denen sie läuft. Sie wird damit zu einer Notwendigkeit. Ohne sie gibt es keine — auf manchen Gebieten sehr dringende — Weiterentwicklung. Es gibt Vorgänge, die auf ihr aufbauen müssen.

Die Stunde der Kapitalisten

Wir haben bereits verschiedene, recht unsaubere Motoren für die Wiedervereinigung angeführt. Hinzufügen müssen wir noch den Wunsch des **Großkapitals** nach einer weiteren Ausdehnung seiner Herrschaftssysteme. Kohl liegt gerade darum so unbeirrt auf Erfolgskurs, weil er diesen Kapitalisten in die Tasche schafft. Es ist beileibe kein Idealismus und schon gar keine Liebe zu den Völkern der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, wenn Kohl ihr 5 Md Mark Kredit anbietet und wenn der Weltwährungsfonds bis zu weiteren 12 Md Dollar zur Verfügung stellt für den Fall, daß die Sowjetunion ihm beitritt (115), und wenn (wiederum) Kohl auf der Dubliner EG-Tagung den Antrag stellt, Gorbatschow mit einem Kredit von 15 Md Dollar unter die Arme zu greifen (116). Man weiß warum man aus dem Riesenreich im Osten einen kapitalistischen Staat machen will. Mit einer jetzt an hundert Jahre andauernden Zähigkeit hofft man, einem Ziel näher zu kommen, das durch Lenin und Stalin völlig außer Sicht gekommen war. War schon der Staatskapi-

Horst Haitzinger

talismus für die ganz großen Kontrahenten, Armand Hammer und Genossen (117), alles andere als ein Hungerleben, so wird ein kapitalistisches Sowjetreich endlich genau das verwirklichen, was einem Witte (118) schon vor dem ersten Weltkrieg vor Augen stand. Genauso wie der gesamte politische Umgang mit **Peking** niemals etwas anderes zum Ziele hatte als die Öffnung Chinas für die amerikanische Industrie (119), ist der „freundliche" Wunsch eines Kissinger, die Wiedervereinigung möge stattfinden, nicht aus Menschenliebe gesprochen worden, sondern ganz einfach, weil da eine ganz ungeheuerliche Anzahl von Krediten mit entsprechenden Zinsen das Licht der kapitalistischen Welt erblicken wird. Am nächsten lag darum ja auch für die deutschen Banken, sich im Gebiet der DDR einzurichten und so auch im internationalen Gerangel aller gegen alle mehr Gewicht zu erlangen. Nachdem die Deutsche Bank bereits Finanzinstitute in Großbritannien, Italien, Spanien und Portugal übernommen hatte, wird sie jetzt mit 100 Filialen in der DDR auftreten.

In Frankfurt am Main kam es unter Führung des Historikers Karl Heinz Roth am 12. Mai 1990 zu einer Protestkundgebung gegen die deutsche Einheit. *„Es gibt keine Chance mehr für eine sozialorientierte Planung. Das Großkapital hat gesiegt. Gegen die imperialistische Einverleibung — für ein sozialistisches Deutschland heißen die Parolen. Der Staat, der jetzt entstehen soll, ist nicht unser Staat"* riefen 7000 Demonstranten.

Es ist aber auch nicht u n s e r Staat. Ein vom *„lebensordnungsfeindlichen und kontramenschlichen Kapitalismus* (287) geprägter Staat widerspricht allem, was wir Deutsche uns unter einem deutschen sozialwirtschaftlichen Lebensgebiet vorstellen. Die von uns abgelehnte Grundlage des Kapitalismus ist die **„Valorisation"** des Geldes. Das heißt, daß man aus dem Werkzeug „Geld" eine „Ware" gemacht hat und dann mit dieser unser ge-

samtes ökonomisches Leben manipuliert. Indem man den **Zins** einführt, hat diese Manipulation dann keine Grenzen mehr. Gerade dieses so inhaltsreiche Jahr 1990 zeigt uns diesbezüglich Zahlen, die wirtschaftlich nicht mehr faßbar sind. Die zunehmenden Konzentrierungen auf wirtschaftlichem wie auf politischem (Wiedervereinigung) Gebiet, machen jedwedes staatspolitische Wollen unmöglich. Was geschieht, bestimmen einige Multis. Von ihnen hängt es ab, ob *„eine allgemein begehrte Ware rar gemacht und so verteuert wird"* (287). Strabo machte wohl als erster um die Zeitwende darauf aufmerksam. Er nannte diese *„von den Judäern angewandte Schlauheit"* „Valorisation" (288). Mit der Valorisation dann nicht nur von Waren, sondern auch von Geld und Grundbesitz und der in dieses System eingegeliederten Zinsberechnung haben wir uns auf der ganzen Welt — und dieses beschleunigt nach der Einführung der elektronischen Computer — von den natürlichen Lebensgrundlagen — Arbeit und Leistung — weitgehend gelöst. In einer derartigen Welt werden dann staatliche Grenzen insofern unwichtig, als man mit Kapital, mit Geld als Funktionsgrundlage rechnet. Wenn ganz im Gegensatz zu der Aufbauphase im westlichen Deutschland nach 1945 öffentlich ein ganz anderer Ton herrschte als dieses heute bei der entsprechenden Phase für die DDR der Fall ist, dann hängt das damit zusammen, daß inzwischen das erzieherische Erbe der Volksgemeinschaft vergessen wurde, daß inzwischen die Freimaurerei die Zügel in die Hand nahm. Ihren Zielen ist es dienlich, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre kapitalistischen Maximen auch in der DDR anwenden kann. Sie konnte diese Schmarotzerpläne sehr gut verstecken unter der dringenden Notwendigkeit, eine ökologisch und wirtschaftlich unhaltbar gewordene Lage zu reparieren. Aber ihre Absicht war es niemals, an deren Stelle einen Staat zu setzen, der „deutsch" werden sollte und der die arbeitenden Menschen vor Korruption und Ausbeutung schützt. Daß es niemals derartige Gesichtspunkte im Vordergrunde westdeutscher politischer Betä-

tigung gab, das zeigen uns neben den profus aller Welt vorgeführten Handzeichen die Leichtigkeit, mit der man erarbeitetes deutsches Volksvermögen in alle Welt verstreut — Entwicklungshilfe, Wiedergutmachung jetzt auch für die DDR, 3 Md Mark für die Hungerblockade gegen den Irak, Riesensummen für den Umweltschutz in Polen, Asylantenhilfe, usf. Und demgegenüber Mißachtung aller Hilferufe von Deutschen in aller Welt, in Siebenbürgen, in der Sowjetunion, in Südamerika, in Südwestafrika usw. Ist das alles denn wirklich so nebensächlich, so überholt, wie man es amtlich ausdrückt? (289).

Wir fragen uns, ist der Erfolgskurs von Helmut Kohl für uns Deutsche wirklich so wünschenswert? Die Frage lautet: Wird die nicht fallengelassene Forderung einer vollständigen Beseitigung des kapitalistischen Denkens und Regierens durch die jetzt anlaufende Wiedervereinigung — so, wie sie vorgenommen wird — erschwert oder unterstützt werden? Wird die **Zinsknechtschaft** nach der Errichtung eines Deutschland in der geplanten Form leichter oder schwerer abgeworfen werden können? Wird die Umwelt dann unbedingter gerettet werden? Auf derartige Fragen haben wir uns zu konzentrieren, nicht auf zugeschobene Überschriften wie „Vaterland" und „Volksgemeinschaft". Diese Dinge müssen wir wohl noch eine ganze Weile weiterhin in der Brust bewahren, denn heute dienen sie nur dazu, uns leichter, in West und Mitte, an die Hyänen zu verschachern.

Denn besonders belastend wirkt für das Kriterium der Wirtschaft als Grundlage der neuen Fronten die Tatsache, daß die jetzt bevorzugte Spielart des sogenannten „Kapitalismus" mit schweren Mängeln behaftet ist. Wie sieht der Schlitten aus, vor den wir jetzt gespannt werden sollen? Zugrunde liegt dem kapitalistischen System der ungehemmte Wille zur möglichst vollständigen **Ausbeutung der Erde** und wesentliches Merkmal seiner Arbeitsweise ist der **Zins**, der Wucher. Damit wird aber auch sofort die „Wiedervereinigung" als legitimes Kind der Auseinandersetzung zwischen Staatskapitalismus und Privatkapitalismus — so, wie sich die Dinge 1989/1990 entwickelt haben — mit zwei Vorgängen belastet, die die gesamte Menschheit bereits in eine sehr ernste Überlebenskrise geführt haben. Es kann gar nicht mehr anders kommen — keiner der von den Parteien geforderten Zusätze zur neuen Verfassung wendet sich dagegen — das neue Deutschland wird gekennzeichnet sein von Umweltverachtung und Zinsknechtschaft. Sämtliche Organe dieses neuen Staates werden diesen beiden Übeln fröhnen. Keine einzige der politischen Parteien, die sich an den konstituierenden Wahlen beteiligen werden, hat ihren Widerstand gegen diese Politik angekündigt. In der Verfassung steht nichts davon. Lediglich in ganz unbedeutenden Nebenaspekten und da auch nur aus wahlpolitischen Motiven hört man gelegentlich Sorge um die Umwelt oder auch um die aufgenommene Verschuldung.

Der **Kapitalismus** oder, wie man auch sagt, „die soziale Marktwirtschaft" oder „die Demokratie" kommt aber noch mit anderen häßlichen Gesichtern auf die DDR zu. Da redet die „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer" in einer Broschüre „Ethik und Marktwirtschaft" recht selbstbewußt davon, *„die Planwirtschaft in Osteuropa sei nicht nur an technischen und ökonomischen Schwierigkeiten gescheitert, sondern auch an einer Moral, die die Interessen der Menschen nicht in Rechnung stellt . . . Gesellschaftsordnungen, die sich via Ideologie von Marktwirtschaft, Demokratie und den zugrundeliegenden Ordnungsprinzipien ausgeschlossen haben, hätten sich als nicht überlebensfähig erwiesen. So sei die* **Gesinnungsethik,** *die den Stab über die auf Eigennutz errichtete Gesellschaft breche und eine neue Ordnung eines ‚neuen und guten Menschen' schaffen wolle, ad absurdum geführt worden. Die* **Verantwortungsethik** *hingegen, die sich nicht ‚fromme Wünsche', sondern die ‚objektiven Wirkungen eines Handelns auf andere Menschen und die Gesellschaft' zur Grundlage mache, sei der Konsens, auf den die soziale Marktwirtschaft aufbaue . . . Für den einzelnen Unternehmer bedeute die Besinnung auf Moral und Ethik in der freien Marktwirtschaft die Bewahrung eines ‚moralischen Vertrauenskapitals' ge-*

genüber Mitarbeitern und Kunden" (186). Mehr Moral also, um dadurch Vorteile zu erlangen.

Doch, Optimismus wie gehabt. Die Wirklichkeit sieht noch anders aus. Die „Internationale Vereinigung von Studenten der Wirtschaftswissenschaften" in Brüssel legt das Ergebnis einer Umfrage unter 1.100 Studenten vor (187). Danach meinten 5% der Befragten, daß es im Wirtschaftsleben überhaupt keine Moral gibt, 35% sehen nur sehr wenig Moral und 32% sahen wiederum ‚mehr Moral als man glaubt', 32% sahen ‚keine Selbstregulierung'. Im allgemeinen sah man eine deutliche Tendenz zu unmoralischem Verhalten für den Fall, daß es sich wirklich als notwendig erweist. Macht sei die Triebfeder bei 34%. Britische Wirtschaftsstudenten sind am meisten darauf aus, ‚überaus erfolgreich' zu sein. Fast jeder dritte von ihnen sei auch bereit, ‚äußerst skrupellos' zu sein.

Gesagt oder ungesagt baute man bis zum Ende des II. Weltkrieges bei der Beurteilung deutscher Dinge auf **Ewigkeitsfaktoren** auf, die man als untilgbar und ausschlaggebend ansah bei der Beurteilung. Doch diese wurden unter einem Trommelfeuer von Verunglimpfungen mit ungebremster Gefühlsroheit als etwas hingestellt, das es in Wirklichkeit überhaupt nicht gebe, das nur in Schulbüchern aus erzieherischen Gründen erfunden worden sei. Eine ganze Bibliothek von Memoiren erfolgreicher und vorbildlicher Deutscher widerspricht dieser Kampagne, vor allem hat die deutsche Geschichte, der wir ja bekanntlich „nicht entrinnen können" unendlich viel vorzulegen zu dem Thema, was Deutsche zur sittlichen Entwicklung auf der Erde beigetragen haben. Daran kann auch ein Hyänengebrüll dann nichts ändern, wenn es in Deutschland Politiker gibt, deren Beruf es ist, mitzuschreien.

Es ist noch sehr die Frage, ob es positiv zu werten ist, daß dem Sozialismus der Atem früher ausging als dem Kapitalismus. Die derzeitige Moralin-Schlacht ist noch keineswegs entschieden. Vielleicht wäre soziales Denken in der Menschheitsführung dem Überleben günstiger als der Hedonismus. Auf beiden Seiten vermißt man aber Standvermögen gegenüber widerlichsten Erpressungen soweit es sich um Deutschland handelt. Egal welcher Zweig der Philosophie, sie kennzeichnen ihre Träger durch Charaktereigenschaften, die wir verachten.

Damit, daß man sich weiterhin darum bemüht, Deutschsein unterzuwühlen in einem Schlamm von Gesichtslosem, tut man einem vereinigten Deutschland den schlechtesten Dienst. *„Als zentralen Beitrag der* **Schule** *für ein vereintes multikulturelles Europa* bezeichnete Dannhäuser, Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (188) die **Integration der Ausländerkinder** *im Klassenverband. ‚Wir haben die einmalige Chance, den unheilvollen Chauvinismus der Vergangenheit vollends zu überwinden und eine* **Regenbogengesellschaft** *zu schaffen, in der viele Millionen Menschen zusammenleben, unabhängig von Religionen, Kultur und Nationalität. Die persönliche Begegnung verschiedener Nationalitäten in der Schule ist der beste Weg zur Beseitigung irrationaler dumpfer Vorurteile. Sie ist ein wesentlicher Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft."*

Will man Bilanz ziehen, so stelle man gegenüber, was hingegeben und was eingetauscht wird. In einem Augenblick, da es darauf ankommt, ernste, verantwortungsbewußte, handfeste Aufbauarbeit nach einer Generation maurerischen Schlendrians für Europa zu leisten und dafür selbstbewußte, gerade, aufrechte, unanfechtbare Menschen, wie Preußen sie einst heranbildete, zur Verfügung zu stellen, wird Regenbogengesellschaft gefordert. Es sagt ihnen gar nichts, daß dieses Experiment bereits mehrfach im Freimaurerauftrag angegangen wurde und dabei jedes Mal elendiglich gescheitert ist. Man lese bitte noch einmal nach, was von Borch und Matthias zu den entsprechenden Erziehungsergebnissen in den USA sagten (189). *„Laßt euren Kindern freien Lauf, ohne Gefühl für gemeinsame Verantwortung, für eine Kulturgemeinschaft, für das Erbe, das ihnen von ihren Vätern*

anvertraut wurde, das diese in schweren Kämpfen in Jahrhunderten aufbauten und erhielten und immer wieder neu beispiellos künstlerisch gestalteten, wenn sie wollen: Die Fackel des Abendlandes, der geistigen Freiheit." (190). Was bei degeneriertem Kadavergehorsam und Mannesstolz vor Fürstenthronen übrig blieb, wird multikulturell mit Tamilen, Türken Albanern und Ashanti umgebaut zu einer „Pseudokultur" (191). Im Jüdischen Volk weiß man, worauf es ankommt: Ministerpräsident Eshkol forderte bereits 1970, eine hebräische Erziehung für die jungen Juden auf der ganzen Welt zu fördern und gründete eine seitdem zentral tätige Organisation für diese Aufgabe (192). Für die heutigen amtlichen Erzieher in Deutschland ist das „unheilvoller Chauvinismus" und voller „irrationaler dumpfer Vorurteile".

Trotzdem wundert man sich darüber, daß *„die Gewalt an den Schulen in einigen Teilen der Bundesrepublik in der jüngsten Zeit stark zugenommen hat. Wachsende Jugendbrutalität. Gleichzeitig entlädt sich die Aggressivität vieler Jugendlicher zunehmend außerhalb der Schultore. Erpressung, Prügel für Lehrer. Alarmierende Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen*" (193). Wie sagte der zitierte Haller Neurologe Hans-Joachim Maaz über die Vorgänge in der DDR?: *„—Wir finden eine soziale Fassade von Wohlanständigkeit, Disziplin und Ordnung und eine darunter verborgene Schicht gestauter Gefühle, die wesentlichen Anteil an der unbewußten Motivation zerstörerischen Verhaltens hat.*" Das Ergebnis muß aus biologischen Gründen das gleiche sein, welche geschichtsphilosophische Maxime auch die Jugend knebelt. Freimaurerei m u ß zu dem Gegenteil dessen führen, was sie anstrebt weil sie Gewissenszwang ausübt, Unehrlichkeit fordert, Widerstand gegen natürlichste Regungen in Verteidigung der eigenen Persönlichkeit weckt. Kein Lehrer und kein Schüler darf sagen, was er fühlt und denkt. Steht aber ein solches Erziehungskonzept am Anfang des Aufbaus Europas, dann kann mit Präzision vorausgesagt werden, daß das Ergebnis den gleichen Zusammenbruch bringt wie etwa die Entwicklungshilfe in der exkolonialen Welt. Jeder unphilosophisch empfindende Zeitgenosse ahnt das schon heute. Es werden Milliarden verschleudert werden, Generationen unglücklich gemacht, die Umwelt ein Rechenkalkül. Die manipulierte „Wiedervereinigung" führt in ihrem geistigen und realen Ablauf Europa (und die ganze Welt) in maßloses Elend.

Nimmt man die uns bereits geläufige Tatsache hinzu, daß die Ereignisse aus dem Hintergrund geschoben werden von einer Organisation, eben der Freimaurerei, der von Tag zu Tag in steigendem Maße die führenden Personen im Bankwesen und Wirtschaft angehören, so erhält die Wiedervereinigung das Gesicht eines weiteren Monstrums auf unserer geplagten Erde. Wenn im August 1990 250.000 Bauern in der DDR auf die Straße gehen, weil die Landwirtschaft den Kapitalisten im Westen geopfert wird, wenn dem Landwirtschaftsminister Peter Pollack Tomaten und Eier um die Ohren fliegen (123), wenn Lothar de Maiziere vom Volkszorn gezwungen wird, die drei Minister des Wirtschaftssektors im gleichen Monat zu entlassen, dann sind das eindeutig Belege nicht nur für die minderwertige Qualität der Waren in Mitteldeutschland, sondern auch für den Versuch, aus der Eingliederung ein möglichst großes Geschäft für den Westen zu machen. Das Ergebnis ist jedenfalls niemals das, was sich jene jungen Menschen vorgestellt haben, die aus der DDR flüchteten. Sie sind in ihren Zukunftshoffnungen betrogen worden. Die wesentliche Revolution steht uns Deutschen noch bevor. Bis dahin ist unser politisches Leben krank. Unsere Sehnsüchte sind unerfüllt und täglich macht man uns das Leben nur noch schwerer und schmutziger und unehrlicher. Ohne Bedenken belastet man die Wiedervereinigung gleich von Anfang an mit Krediten in Höhe von hunderten von Milliarden Mark. Die müssen zurückgezahlt werden. Die Arbeit der nächsten Jahre ist ungefragt verpfändet worden. An wen? An die von der Regierung unabhängige Deutsche Bundesbank. Wie aber, wenn die Zukunft das Geld nicht wieder einbringt? Der Gedanke scheint nicht so besonders unsachlich, wenn man ähnliche Lagen in der Vergangenheit betrachtet. Da war eigentlich je-

desmal, da es ans Opfern ging, das Geld dann futsch. Verdient hatten nur die Geldverleiher. Das war schon so als uns noch keine Sonderziehungsrechte und Abermillionen Buchgeld zur Verfügung standen. Einzig erfreulich nur ist es, daß die Arbeitnehmer in der DDR nur weiter mitmachen wollen, wenn sie von diesem ganzen großen Geschäft etwas abbekommen, und dafür bereits auf die Straße gehen.

Als dann unter dem Druck verfassungsrechtlicher Zwänge im Juli 1990 die Regierungskoalition in der DDR zusammenbricht, da zeigt das sofortige Londoner Echo, wem die Unbeholfenheit in Berlin dient. Am 25. Juli teilt Reuter den abonnierten Zeitungen in der ganzen Welt mit: *„Der Führer der Liberalen in Ostdeutschland, Rainer Ortleb sagte: ‚Wir sind an die Grenzen der Toleranz gekommen und der Ministerpräsident hat es unmöglich gemacht, daß die liberale Gruppe in der Koalition bleibt.' Süffig fügt man hinzu: ‚Beobachter glauben, daß die Meinungsverschiedenheiten andauern werden und die für den 2. Dezember angesetzten gesamtdeutschen Wahlen in Gefahr bringen könnten. Auch die Sozialdemokratische Partei drohte mit einem Verlassen der Regierung'."*

Jedenfalls ist das menschliche Klima im Umkreis der „Wiedervereinigung" keineswegs das, was uns von ähnlichen Lagen in der deutschen Geschichte übermittelt wurde. *„Es ist ein würdeloses, ja ekelerregendes Schauspiel, das sich zur Zeit in Ost-Berlin wie in Bonn um den Beitritt der Noch-DDR zur Bundesrepublik Deutschland und die erste gesamtdeutsche Wahl abspielt"* (322). Das gieren um Geld an allen Fronten verkörpert die Schäden, die eine unmenschliche, „vorurteilsfreie" Philosophie unserer Zeit angetan hat. Es sind nur unausrottbare Reste, die noch an große Stunden erinnern, wo man um der Freiheit willen Gold gab für Eisen. Und man hat den Eindruck, daß es überall dort, wo sich so ein kleiner Rest noch durchsetzt, tatsächlich vorangeht. Nach wie vor gelten die Sehnsüchte, die großen Zukunftspläne, die Abenteuerlust der Jugend, das Selbstvertrauen, das bißchen Begeisterung, das hier und dort geweckt wurde, der Enthusiasmus, mit dem die Mauer eingerissen wurde, der leise, persönliche Schwur, der hier und dort in diesen Tagen im kleinen Kämmerlein getan wurde. In den Zeitungen und im Fernsehen findet man (Gottseidank!) davon nichts. Wo dann aber der große „Zufall" es bringt, daß sich zwei solcher Jungen finden, da ist der Sieg bereits Gewißheit geworden. Was erst, wenn es drei oder gar vier werden oder fünf oder sieben! Die Hauptsache, sie behalten alles hermetisch ganz für sich! Und gehen ans Werk.

An sich hat man sich da in einen ganz schönen Schlamassel hineinverschworen. Da ist man erst einmal der schönen Einen Welt ein ganz erhebliches Stück näher gekommen, indem man einen der beiden Rivalen abstach. Doch dann — wenn man gewohnt ist, nur in Ideologien zu sehen und zu denken — kommt das große Nichts auf die Welteroberer zu. *„Wenn die großen ideologischen Schlachten der Moderne geschlagen sind, bleibt nichts mehr zu tun"* sagt der Philosoph Francis **Fukuyama.** *„Die Geschichte kommt an ihr Ende, wenn eine der beiden sich gegenüberstehenden Ideologien triumphiert. Von nun an bemächtigt sich Langeweile der Menschheit"* (120). Schon **Hegel** postuliert dieses Ende. *„Hat sich erst einmal eine den ganzen Planeten umfassende Gesellschaft geformt, dann verblassen die Leidenschaften und aus dem Denker wird ein Mensch der Praxis, ein Technobürokrat. Das ist dann der homogene Universalzustand"* meint der Marxist und Stalinist Alexander **Kojeve**, und erinnert damit Molnar an den „Menschen ohne Eigenschaften" von Robert Musil. Ganz dahin strebt heute die Mannschaft, die an der „Wiedervereinigung" arbeitet. Die Amalgamierung von BRD und DDR war für sie das letzte Stück deutscher Geschichte. Jetzt gibt es nur noch blaue Ameisen. Wenn es nach von Weizsäcker und „Mut" und „Weikersheim" ginge. Und nach Genscher mit seiner Idee moderner Grenzen zu Polen (worauf wir noch zu sprechen kommen werden).

„Doch", meint **Thomas Molnar** zu unserer Beruhigung, *„diesen ‚homogenen Weltzu-*

stand' wird es niemals geben". Das Maurer-Retortenprodukt der „Wiedervereinigung" wird niemanden zufriedenstellen. Es wird ein Kartenhaus sein im Kreuzungsfeld der Stürme, die über den Erdball jagen. Die französische Zeitschrift „Libération" fragt Fukuyama, was denn nun aus der Dritten Welt werden würde nachdem die kapitalistische Demokratie ihren Endsieg errungen hat. Fukuyama, Philosoph und Beamter des State Department, meint: *„Was unsere Interessen angeht, so ist es jetzt das gleiche, was im Kopf von Albaniern oder von Bewohnern von Burkina Fasso vor sich geht".* Molnar kommentiert dazu: *„Ein etwas seltsamer Kommentar, denn vor 30 Jahren machte man ähnliche Bemerkungen über das, was die Bewohner der DDR dachten, und ebenso vor 130 Jahren zu dem, was in Japan los war. Inzwischen sind beide Länder auf die Bühne getreten und spielen ihre Rollen mit großer Sicherheit. Morgen könnte es Albanien sein* (inzwischen wurde es der Irak!). *In ihrer Arroganz, ihrem Hochmut verbinden sie die ganze Geschichte mit ihrer eisigen Persönlichkeit* (126) *und sehen die Welt und ihre Zukunft als etwas leidenschaftsloses, das sich entwickelt als stünden sie in einem geschlossenen intellektuellen System. Ihre Trugschlüsse sind gigantisch, obwohl der geistige Prozeß dorthin so brillant ist, daß er andere, auch intelligente Personen in seinen Bann schlägt. Aber die Geschichte weiß doch immer noch mehr und schlägt Wege ein, die vollständig von dem abstechen, was das Genie mit so mathematischer Sicherheit voraussagte."* Mit dieser Sicherheit darf man also annehmen, daß die deutsche Geschichte mit der vermauerten „Wiedervereinigung" nicht ihr Ende finden wird. Es bleibt uns immer noch Raum und Kraft, sie wirklich zu vollenden.

„Schicksalsgemeinschaft" betitelt die FAZ den Sinn dieser Aufnahme nach einem gemeinsamen Tag in den Hügeln Marylands der beiden Regierungshäupter Bush und Gorbatschow (122).

Mit dem gleichen Zeichen völliger Übereinstimmung zeigt dann der Gast das Ende des Treffens mit dem US-Präsidenten. Wenn man dieses neue Zeichen am Himmel der Politiker mit dem großen Notzeichen verglichen hat, so ist man nicht weit von der Tatsache entfernt, daß hinter solcher beiderseitiger Offenheit dringende Not steht.

Aus freien Stücken haben sich die beiden Supermächte keineswegs genähert. Getreulich hat die ganze Welt folgsam die klugen Ratschläge eines Nahum Goldmann (und so vieler anderer) befolgt, der bereits 1915 (121) meint: *„So besteht denn die erste Aufgabe unserer Zeit in der* **Zerstörung:** *alle sozialen Schichtungen und gesellschaftlichen Formungen, die das alte System geschaffen hat, müssen vernichtet, die einzelnen Menschen müssen aus ihren angestammten Milieus herausgerissen werden; keine Tradition darf mehr als heilig gelten; . . . die Parole heißt: was war, muß weg. Die Kräfte, die diese negative Aufgabe unserer Zeit ausführen, sind: auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete der Kapitalismus, auf dem politisch-geistigen die Demokratie."* Dreiviertel Jahrhundert lang haben diese negativen Kräfte Raum gewonnen. Doch immer noch nicht sind sie ans Ziel gelangt. Philosophen und Gottesdiener reihen sich in die Front ein. Da bringt ein in Argentinien tätiger Pfarrer der Steyler Mission fertig, uns die folgenden Sätze des brasilianischen Kardinals Helder Camara ans Herz zu legen:

„Wenn dein Boot,
seit langem im Hafen vor Anker,
dir den Anschein
einer Behausung erweckt,
wenn dein Boot
Wurzeln zu schlagen beginnt
in der Unbeweglichkeit des Kais:
Such das Weite.
Um jeden Preis müssen
die reiselustige Seele deines Boots
und deine Pilgerseele bewahrt bleiben."

Ja, „Pilgerseelen" sind diesen Seelenfischern erwünscht und sie sehen nicht, daß sie sich selbst solcherart aus der Gnade des Herrn, des heiligen Hirten verstoßen mit der teuflischen Vernichtung allen Seelenfriedens, mit der Forderung nach Entwurzelung, nach Geringschätzung aller langsam nur wachsenden Nächstenliebe, biologisch-organisch gewordener Familientugendhaftigkeit und dienender, anpackender, in Jahrzehnten geformter und erfahrener sozialer Gerechtigkeit, nach Verzigeunerung mit abgestumpften, oberflächlich geblendeten Sinnen und mit Sanftworten getarnter ritueller Seelentötung.

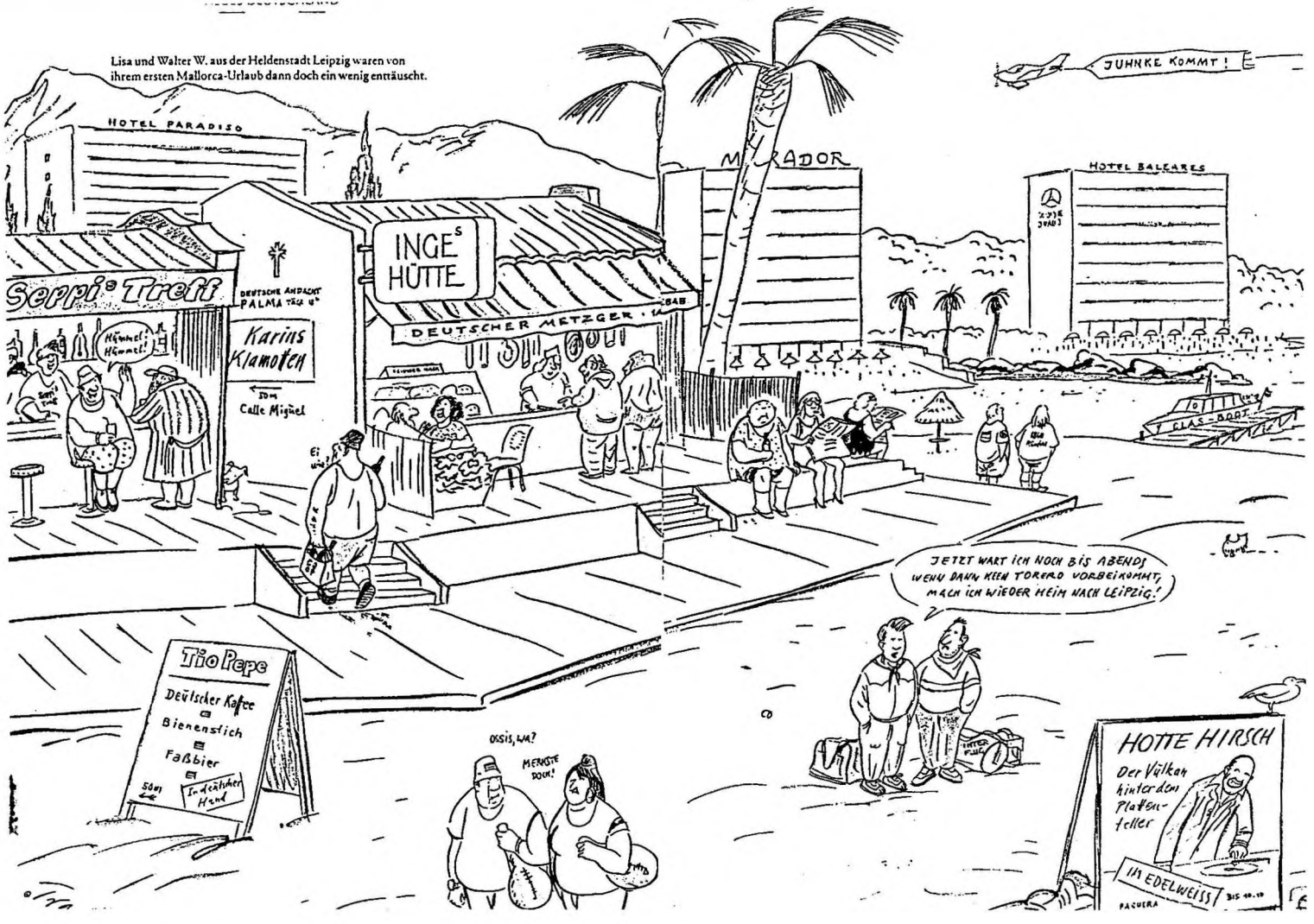
Wenn da nichts anderes hilft: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Das große Wort hat der **„Liberalismus"**. In München trifft sich im September 1990 die „The Mont Pelerin Society" mit fast allen ihren 488 Mitgliedern, der Denktank der **Liberalen.** Nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs und dem augenscheinlichen Kollaps des Sozialismus stehen sie als Weltsieger da, die Sir Alan Walters (Berater der Thatcher), die Nobelpreisträger James Buchanan, Friedrick von Hayek, Milton Friedmann. In allen Ländern der Erde steht ihnen die Presse seitenweise zur Verfügung. Man erwartet von diesen Köpfen jetzt gute Ratschläge, wie es weitergehen soll. Doch das Ergebnis ist traurig. Bedenken vor einem Staat, der durch die Ökologie wieder zu mächtig werden könnte und kein Wort dazu, daß gerade der Liberalismus es in den vergangenen Jahrzehnten war, der antisozialistische Staaten ruinierte. Pinochets größte Leistung war es, Friedmann 1982 davongejagt zu haben. Das war deswegen schwieriger als den sozialistischen Experimenten Allendes ein Ende zu setzen, weil es galt, sich frei zu machen von einer unehrlichen Maskerade. Heute erleben wir das gleiche: Da heißt es in München (aus dem Munde eines russischen Liberalisten) *„Denken Sie nur, in Italien gibt es einen Gesetzesentwurf, der für Sonnabends nachmittags das Fernsehen verbieten will, um die Familien zu zwingen, mehr Zeit für sich zu haben".* Was dem Volk aus der Seele gesprochen ist, gilt den Liberalen als Einschränkung der Freiheit. Dem Teufel freie Bahn, das ist und war die Praxis des Liberalismus. Nicht in sozialistischen Ländern, sondern in liberalen wächst der Drogenkonsum und die Kriminalität. Den Liberalen verdanken wir Deutsche die Ausländerschwemme und die Asylantenflut (dazu V, 425 Anm. 322).

Mitte Juni 1990 traf sich in Madrid die „Liberale Internationale", um den Zerfall der totalitären Regierungen mit einer Stärkung der liberalen Kräfte zu beantworten. Auch hier wieder die Freude über den Zusammenbruch der sozialistischen Regierungen.

Doch, worin hat da das Verdienst der Liberalen an diesem Ereignis bestanden? Der liberalen Wirtschaft war es in der BRD möglich, Bananen einzuführen. Wurden die Genossen in Mitteldeutschland von der Banane aus dem Urwald des Marxismus gelockt? (381) Obwohl es den Deutschen dann verboten wurde, höhere Gründe der Welt zu verkünden, es gab solche. Aber, ist es nötig, den Deutschen zu verbieten, sich zu freuen? Ist es nötig, weltweit alle deutsche eigenständige kulturelle Betätigung zu strangulieren? Den deutschen Schulen die Zuschüsse und die Lehrer zu verringern? In der FAZ (1. Sept. 1990) bricht Rüdiger Safranski eine unkluge Lanze für die jetzt notwendige Gehirnwäsche der **Massen.** Nicht angezweifelt wird, daß die Menschen bildungslos erzogen werden und man so die große Aufgabe hat, *„diesen kostbaren Rohstoff (der Weltbeherrscher) einer Veredelung zu unterwerfen. Das leisten Institutionen, Organisationen, Verfassung, Gesetze. Das westeuropäische Verfassungsleben geht mit unmittelbar plebiszitären Elementen sehr vorsichtig um. Die politischen Institutionen fungieren als eine Art Filtersystem, das den Rohstoff ‚Masse' veredeln und überhaupt erst politikfähig machen soll . . . Wenn aus den abgekühlten Verhältnissen der Massenkommunikationsgesellschaft vielleicht nicht mehr die alten Obsessionen der ‚Massenseele' wie etwa fanatischer Nationalismus, Rassismus, Kriegsbegeisterung hervorbrechen sollten, so bleibt doch die Befürchtung, daß* **eine neuartige Wüste** *wächst: die ‚einsame Masse' (David Riesmann). Es wird also auch für die Zukunft eine*

Lisa und Walter W. aus der Heldenstadt Leipzig waren von ihrem ersten Mallorca-Urlaub dann doch ein wenig enttäuscht.



elementare politische Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Massenzivilisation auch tatsächlich eine Zivilisation bleibt, die diesen Namen verdient."

Immer wieder erfahren wir so in diesem Jahr 1990, daß der Zusammenbruch der sozialistischen Welt aufgefangen und die obdachlos gewordenen in einen anderen Pferch getrieben werden sollen. Was man bisher Gehirnwäsche schimpfte, wird jetzt zur Veredelung der Menschen. Da die technischen und geldlichen Möglichkeiten im neuen Systembereich weit über das hinausgehen, was in der DDR zur Verfügung stand, wird die Umerziehung entsprechend konsequenter vor sich gehen. An den Hebeln sitzen jetzt „Liberale". Von ihnen wurde das tapfere Volk betrogen!

Man hat in den USA ganz offenbar noch nicht verstanden, was der Zusammenbruch des geschichtsphilosophischen Experiments in der UdSSR für sie bedeutet. Nicht nämlich ist (nur) e i n bestimmtes Experiment zerfallen. Es sind a l l e Experimente infrage gestellt worden. Nicht nur das staatskapitalistische, sondern auch das privatkapitalistische. Denn beide fußen auf materiellem Zuwachs, auf materiellem Wachstum, und das hat nicht erst heute seine Grenzen, sondern hat schon immer einen verderblichen Einfluß auf alles Menschliche, auf alles Leben gehabt. Ja, wäre nicht aller Augenmerk auf den Fall Moskaus gerichtet, man würde sehen, wie der Fall Washingtons bereits in ein Stadium des no-return geraten ist. Nur durch eine völlig unverantwortliche, die Dinge verzerrende Belastung der kommenden Generation durch kapitalistische und monetaristische Experimente wird im „Westen" ein Zusammenbruch hintangehalten, der wegen des Umfangs der betroffenen Masse weit größere Auswirkungen haben muß als der Umbruch im „Osten". Die stärkere Vernachlässigung ökologischer Notwendigkeiten im „Osten" als im „Westen" hat nur zum Teil ideologische Gründe. Sie ist auch biologisch begründet. Auch im „Westen" gibt es ja Gebiete, die mit der „polnischen Wirtschaft" leicht wetteifern können. Ich denke nur an Kongo und Amazonas.

Eigentlich ist sogar die Reihenfolge der Zusammenbrüche unlogisch. Denn der Staatskapitalismus ist ein Kind des Privatkapitalismus. Und jetzt stirbt das Kind vor dem Vater? Diese Reihenfolge ist nur möglich, weil man im „Westen" die Probleme von sich weg in die Zukunft schiebt, während sie im „Osten" durch Zwang erduldet werden. Der „Westen" ist aber bereits so erkrankt, daß er nicht die Kraft und den Mut aufbringen wird, mit diesem System Schluß zu machen. So ist der Augenblick vorauszusehen, daß der „Osten", rekonvaleszent, am Ende doch den Westen überlebt. Nicht als philosophisches Experiment, sondern dank eines Wiederanknüpfens an Vorheriges, Ewiges. Mit Hilfe der Wiederbelebung von nichtmateriellen Werten. Diese sind im „Osten" noch nicht völlig vergessen. Im „Westen" haben sie niemals existiert. Ich denke dabei an die „Neue Welt". Nur in der „Alten Welt" kann man Brücken bauen. Kommt also der voraussehbare Zusammenbruch im „Westen", so ist der Wiederaufbau nur von Europa und Asien her möglich. In jenem Zeitpunkt wird klar werden, daß die Wiedervereinigung in ihrer derzeitigen Form Zustände schaffen wird, die man als krank bezeichnen muß und die für Deutschland als Ganzes sodann überwunden werden müssen, fort von Kapitalismus, hin zur Volkswirtschaft.

Erlebte Wiedervereinigung

Aus **Dresden** meldet im Mai 1990 die westdeutsche Presse: *„Mit einer Kranzniederlegung auf dem Dresdener Heidefriedhof haben am Dienstag (15. Mai) Bürger und Politiker aus dem In- und Ausland der rund 35.000 Menschen gedacht, die vor 45 Jahren bei der Bombardierung der Stadt ums Leben kamen. In dem den Toten gewidmeten Ehrenhain legten Vertreter von Fraktionen des Stadtparlaments unter Führung des Oberbürgermeisters Wolfgang Berghofer, sowie Bürger der Stadt Kränze und Gebinde nieder . . . Auch*

auf weiteren Friedhöfen ehrten ADN zufolge Einwohner der Elbestadt die Opfer des 13. Februar 1945. Bei dem Besinnen auf dem Jüdischen Friedhof würdigte der katholische Pfarrer Michael Ullrich, daß erstmals auch diese Stätte in das Gedenken der Toten einbezogen ist. Superintendent Christof Ziemer forderte bei einer Gedenkstunde im Rathaus der Stadt, gerade an diesem Tage müsse sich Dresden in die positive europäische Entwicklung einbetten, um für den Frieden wirken zu können, wie ADN weiter berichtete." (184).

Die geschichtliche Bedeutung dieses Vorganges liegt darin, daß hier ein Sieger den Versuch unternimmt, vierzig Jahre ehrlicher Trauer und Erinnerns an ein fürchterliches, ungesühntes und unbereutes Verbrechen umzufunktionieren in einen perversen Ritus, der einen tiefen Schatten auf unsere Zeit wirft. Zunächst einmal handelte es sich um mindestens 135.000 Tote, wie wir Irving bereits in diesem Buch erklären ließen, und nicht um 35.000. Der Kampfpreis für die Wiedervereinigung wird sichtbar: Der Mörder wird nicht mehr genannt. Nur noch die Leichen (einige) werden gezeigt. Nur wenig fehlt noch, und es wird dieser Vorgänge gedacht werden als Teil der „Befreiung", wie von Weizsäcker den Sieg der Engländer uns aufgetischt hat. „Erstmals" wird auch von toten Juden gesprochen. Man merkt gar nicht, wie derartige Anrempelung und Belästigung bei einer deutschen Trauerfeier aufgenommen werden muß. Wir haben hier in Argentinien jahrzehntelang die Ungezogenheit westdeutscher Botschafter ertragen müssen, die unseren Volkstrauertag dazu benutzten, uns zu beschimpfen und zu beleidigen. Wir haben den uns verbleibenden Weg des Ausweichens gewählt und wir wundern uns darum nicht, daß die Meldung aus Dresden weiter besagt: *„Auch auf weiteren Friedhöfen ehrten Einwohner der Elbestadt die Opfer des 13. Februar 1945."* So wird es also auch dort in Zukunft ehrliche Trauer ohne politische schmutzige Nebenabsichten nur abseits der amtlichen Kranzniederlegung mehr und mehr geben. Die Freimaurerbrüder werden weiterhin „aus dem In- und Ausland" kommen und in einer „Versöhnung" machen, die das genaue Gegenteil bewirken wird, nämlich das Anstauen von Gefühlen der Hilflosigkeit und des Verratenwordenseins, des Besiegtseins von ehrlosen Gesellen, die die Titel Bürgermeister und Minister und Pfarrer und Superintendent tragen und Trauerfeiern zu philosophischer Erbauung degradieren. Unter Versöhnung — die wir alle von Herzen gerne möchten — verstehen wir etwas anderes als verlogene Zahlen, Verlagerung der Schuld und Immunität für millionenfache Gewaltverbrecher.

Die Gaunerhandhabung unserer Gefühle findet dabei sofort starke Flankensicherung. Der Axel-Springer-Verlag übernahm inzwischen bereits vier DDR-Blätter („Sächsisches Tageblatt", „Liberaldemokratische Zeitung", „Norddeutsche Zeitung" und „Der Morgen"), so daß die Berieselung im Sinne der Herrscher gewährleistet ist.

Der Haller Neurologe Hans-Joachim Maaz stellte fest *„daß die DDR-Bürger durch 40 Jahre Stalinismus psychisch schwer geschädigt sind"* (185). *„Die stalinistischen Strukturen haben eine Entfremdung des Menschen von seiner Natürlichkeit und eine Spaltung der Persönlichkeit bewirkt".* Nach unserer Erfahrung mit den gleichen 40 Jahren Kapitalismus und nationaler Ehrlosigkeit sind wir vor dem tausendfach vor uns stehenden konkreten Beispiel berechtigt, dem hinzuzufügen: *„Die pseudodemokratischen Strukturen haben eine Entfremdung des Menschen von seiner Natürlichkeit und eine Spaltung der Persönlichkeit bewirkt."* Mit den forciert gelenkten „Trauerfeiern" in Dresden beginnt bereits noch vor der Wiedervereinigung die organisierte *„Entfremdung der Menschen in der DDR von ihrer Natürlichkeit".* Das ist das fatale Ergebnis der Philosophie. Bezeichnet wird es als *„Einbettung in die positive europäische Entwicklung"!*

„Die Welt" berichtet am 23. Juni aus Bonn (Michael Jach): *„Betreten und enttäuscht verließ eine Besuchergruppe die auch so spät noch vollbesetzte Gästetribüne des Deutschen Bundestages, als Präsidentin Rita Süßmuth eine halbe Stunde vor Mitternacht das*

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum **Staatsvertrag mit der DDR** mitgeteilt hatte. Enttäuscht wie geschäftsmäßig formlos der bedeutsame Beratungstag zu Ende ging: ‚Wird denn jetzt nicht die Nationalhymne gesungen?' Betreten, weil der zuvor erlebte Ablauf ohnehin keinen Schluß mit Würde mehr erwarten ließ . . . Von halb zehn an ging das Format des Bonner Parlaments in Stücke, kam ein Reizmittel nach dem anderen, brauste der wochenlange Parteienhader um den Staatsvertrag zum häßlichen Finale auf."

„Die verstärkte Fluchtbewegung aus der DDR, der schließlich die Öffnung der Grenzen im November 1989 folgte, und die Erleichterung der Aussiedlung aus in Umbruch befindlichen osteuropäischen Ländern erforderte zunächst Reaktionen zur Linderung materieller Not. . . Zunehmend ist aus den Beratungsstellen zu hören, daß Aus- und Übersiedler um Hilfe nachsuchen . . . Während sich die Übersiedler anfangs wie befreit fühlen und ihr subjektives Wohlbefinden deutlich zunimmt, schließt sich nach mehreren Wochen oder Monaten meist eine Zeit mit starken Unsicherheitsgefühlen, Identitätsverlust und dem Gefühl, den Anforderungen nicht mehr gewachsen zu sein, an. Es ist eine Phase, in der die Entwurzelung spürbar erlebt wird." (250).

Die **Gewalt an den Schulen** hat in einigen Teilen der Bundesrepublik in der jüngsten Zeit stark zugenommen. Über eine wachsende Jugendbrutalität klagen vor allem Metropolen wie Berlin und München . . . Viele der 192.000 Schüler in Berlin organisieren sich in bewaffneten Banden. Mitglieder sind vor allem ausländische Jugendliche der siebten bis zehnten Klassenstufe . . . Messerstechereien sind keine Seltenheit. Auch werden Lehrer massiv bedroht, erstatten aber aus Angst vor Repressalien keine Anzeige. Schulen wird Polizeischutz gewährt. In einer anderen Schule wurde sogar ein Waffenlager entdeckt . . . Die jungen Täter kommen nicht nur aus kaputten Familien, sondern zunehmend auch aus sogenannten gutbürgerlichen Kreisen. Als eine Ursache dafür nennt ein Münchern Polizeisachverständiger, daß die Verbindlichkeit von Normen ständig abnimmt. (Normen sind eben häßliche, rückständige „Vorurteile" in den Augen der Herrscher) (251).

„Ein halbes Jahr nach Öffnung der Grenzen rings um West-Berlin ist von der Euphorie der ersten Tage nichts mehr zu spüren . . . Die **Kriminalitätskurve** ist stark angestiegen. Ladendiebstähle, Wohnungseinbrüche, Straßenraub und Taschendiebstähle nahmen stark zu. Der Anteil der aus Ost-Berlin, der DDR, Polen und Rumänien stammenden Verdächtigen ist nach Angabe der Justizverwaltung besonders hoch. Als Taschendiebe traten ganze **Großfamilien aus Rumänien** *(Zigeuner) auf."* '(252) Bestätigt wird dieses durch ap: *„Mit Öffnung der Mauer stieg die Kriminalität. Besucherströme aus Polen."*

„Elektronikgeräte im Wert von mindestens zehn Millionen Mark hat eine Bande polnischer Ganoven in den vergangenen fünf Jahren bei Diebstählen im ganzen Bundesgebiet erbeutet. Der Polizei gelang die Zerschlagung der streng hierarchisch geführten Bande. Der ‚General' ging der Polizei vor kurzem ins Netz unmittelbar bevor er sich mit seiner Geliebten in die USA absetzen konnte." (253).

„Der stetige Verfall individueller Initiative und Verantwortungsbereitschaft, zunehmende Entsolidarisierung, Vereinzelung und Unverbindlichkeit (Verbindlichkeit haßt der nach ‚Freiheit' zielende Freimaurer), *kennzeichnen nach Auffassung eines katholischen Pfarrers, der in der Jugendarbeit tätig ist, das Lebensumfeld von Jugendlichen, die darauf mit Wertorientierungslosigkeit (!) reagieren."* (254)

„Die vom Grundgesetz geschützte **Freiheit der Kunst** *kann im Einzelfall die Strafbarkeit wegen Verunglimpfung nationaler Symbole ausschließen. Das Bundesverfassungsgericht hob Beschlüsse des Bayerischen OLG und Frankfurter OLGs auf, die in letzter Instanz die Verurteilung dreier Männer wegen Verunglimpfung der Bundesflagge oder des Deutschlandliedes zu Freiheits- und Geldstrafen bestätigt hatten. Im einen Fall handelte es sich um eine Bildcollage, die den Torso eines urinierenden Mannes zeigt, dessen Urinstrahl*

die ausgebreitete Bundesflagge bei einem Gelöbniszeremoniell der Bundeswehr trifft. Der andere Fall betraf ein Gedicht, das als ‚Deutschlandlied 86' in einem Nürnberger Stadtmagazin erschienen war und unter Anspielung auf den Text der Nationalhymne in satirischer Form zum Alltag in der Bundesrepublik Stellung nimmt . . . Allgemein stellt das höchste Gericht fest, daß der strafrechtliche Symbolschutz nicht zur Immunisierung des Staates gegen Kritik und selbst gegen seine Ablehnung führen dürfe . . . Angesichts der einschüchternden Wirkung, die staatliche Eingriffe hier haben können, muß eine besonders wirksame verfassungsrechtliche Kontrolle Platz greifen, soll die Freiheit dieser Lebensäußerung nicht in ihrer Substanz getroffen werden." (255)

Setzen wir dieser Verunglimpfung nationaler Symbole, die als heilig galten und zu höchster Leistung anspornten, entgegen, wie man sich in den Logen ausdrückt, vom „ehrwürdigen Alter des Bundes" spricht, von der „Stiftung treuer Freundschaft", von „dem Geheimnis der Rituale", die vor Profanen zu schützen sind, dann ist es wohl gestattet, dem Karlsruher Freimaurerurteil zu unterstellen, daß man sich dort sehr bewußt des Schadens war, den man anrichten w o l l t e. (323)

„**Brauchtum** *soll mehr sein als Tourismus. Das Brauchtum wird mißbraucht, um den Gästen zur Belustigung zu dienen. Wo Musik und Liedgut nicht in Vergessenheit geraten sind, betrachten wir sie im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr als unerwünscht. Viele meinen doch, man braucht einen Trachtenverein nur dazu, um die Fremden zu unterhalten"* sagte der Oberpfälzer Heimatpfleger Alwin Geiger auf einer Arbeitstagung in Regensburg. (256) *„Brauchtum ist nicht etwas, das ich konsumiere, das muß ich tun."*

„Mitarbeiter der Berliner ‚Tageszeitung' (taz) verteilten Tausende von Exemplaren eines Sonderdrucks mit 9251 Adressen von Objekten der ehemaligen Staatssicherheit. DDR-Bürger, die in langen Schlangen vor den Banken warteten, rissen den taz-Redakteuren die Exemplare geradezu aus der Hand und schlugen sofort die Seite mit den Adressen in ihrem Wohnviertel auf. Die Veröffentlichung der Adressen, gegen die zuvor das DDR-Innenministerium protestiert hatte, wurde als ‚Dokument dieser Zeit und eine Form der Vergangenheitsbewältigung' bezeichnet." (257)

Aus **Frankfurt:** *„Die hygienischen Ansprüche fallen rapide. Mein Geschirr spüle ich nur noch einmal im Monat. Zum Duschen besuche ich wechselweise meine Freunde oder schleiche mich unauffällig ins Studentenwohnheim. In meiner mobilen behausung, einem rostigen VW-Bus, gibt es weder fließend Wasser noch sanitäre Anlagen. Bereits seit August letzten Jahres hause ich in meinem rund fünf Quadratmeter großen ‚Schneckenhaus' auf verschiedenen Parkplätzen in der Stadt. Obwohl das Campen innerhalb der Stadt nicht erlaubt ist, hat die Polizei bisher mit Rücksicht auf die bedrückende Lage auf dem Wohnungsmarkt immer ein Auge zugedrückt."* berichtet eine 27jährige Frankfurter Studentin (258).

„Im Parkett nur Deutsche von Rang und draußen vor der Tür die PDS (Nachfolgerin der SED) mit Protesten gegen die deutsche Vereinigung — so sah in Ostberlin die erste und möglicherweise zugleich letzte gesamtdeutsche **Gedenkfeier zum 17. Juni 1953** *aus. Während sich die Sitze des Deutschen Schauspielhauses mit allen füllten, die auch sonst in der Politik in der ersten Reihe sitzen, hielt vor den Türen dieselbe Volkspolizei wütende Vereinigungsproteste im Zaum, die die SED noch im Herbst gegen das Volk aufgeboten hatte. Die vorwiegend jungen Demonstranten empfingen — DDR-Fahnen schwenkend — die Politiker mit einem Pfeifkonzert. Theo Waigel reagierte mit Schärfe. Zwar müsse die Demokratie die Pfiffe aushalten, aber wir werden alles dafür tun, daß dieses politische Gesindel nie mehr Macht in Deutschland bekommt."* (259)

„Immer mehr Bundesbürger hören offensichtlich weg oder schalten das Gerät aus, wenn das Fernsehen über die Ereignisse in der DDR informiert. 64,4 % der 1407 angespro-

chenen Frauen und Männer äußerten die Ansicht, daß das Fernsehen zuviel über die DDR berichte. Am meisten Verständnis findet diese Berichterstattung noch im Norden (53,2% dagegen). Im Westen sind es 68,9%, im Süden 67,8%." (260).

Die **Asylantenzahlen** steigen von Monat zu Monat. Da wird gesprochen von *„Fünf-Prozent-Klausel und Listenverbindungen, Vorerst weiter Tempo 100, Durchbruch zur 35-Std.-Woche, SPD siegt, Schröder löst Albrecht ab, ‚Grünes Licht' für Grundstückskauf in DDR, DDR-Koalition geräumt, Alle C-Waffen zurück nach USA, DDR schafft Zählkarte ab, Eisenach mit Opel verbunden" doch die allerernsteste aller Gefahren wird nicht genannt: Die Ausländer- und Asylanteneinfuhr. (321). Von Monat zu Monat steigen die Zahlen. Der helle Wahnsinn dieser erzwungenen Volkszerstörung wird mit völlig unsachlichen Argumenten sogar noch weiter angetrieben. Als der Staatssekretär der Lafontaine-Regierung des Saarlandes, Richard Drewes die Bevölkerung von Lebach beruhigen wollte (es herrschte Pogromstimmung gegenüber der neuen Welle von rumänischen Zigeunern): „Die besondere Verantwortung der Deutschen gebiete es, gerade gegenüber Roma und Sinti . . ."* Weiter kam er nicht mit seinem Blödsinn. *„Die letzten Worte verstand kaum noch einer; unter den Buhrufen und Pfiffen der Ratsmitglieder ging ich unter"* berichtet Drewes.

Fragt sich denn niemand, was und wer hinter diesen Menscheneinfuhren steht? Glaubt denn noch irgendjemand, es handle sich um politische Wiedergutmachung, es handle sich um christliche aktive Nächstenliebe? Daß das nur vorgeschobene Floskeln sind? Wird nicht längst dem unbedarftesten Michel klar, daß das das Werk der FREIMAURERREI ist? Die Namen derjenigen, die diese Zerstörung vorbereiteten und anheizten, wurden längst genannt. Alle, ohne Ausnahme, sind sie Freimaurer, die Baum und Hirsch und alle ihre Helfershelfer in den Redaktionen der Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehkanälen. Doch selbst bei jenen, die von Widerstand dagegen reden, fällt nicht das wichtigste Wort: FREIMAURER am Werk! Hier haben Sie die Brüder ohne Maske! Die Ermordung eines Volkes im Herzen Europas folgt den Fürstenmorden von einst. Besorgt um ihre Wählerstimmen schlagen selbst Toleranzphilosophen wie Lafontaine jetzt eine Grundgesetzänderung vor, wonach „Wirtschaftsflüchtlinge" und „Scheinasylanten" nicht mehr ins Land dürfen. Und die hunderttausende, die bereits da sind? Und diejenigen, die man weiter hereinlassen wird? **Bürgerkrieg droht auf deutschem Boden!** Die Freimaurerei hat keinerlei Bedenken, ihn vorzubereiten. Es geschieht im Schatten der Pseudowiedervereinigung und stellt das Eigentliche dieses Jahres 1990 dar. „Politisches Gesindel" (Waigel) lenkt die deutschen Geschicke.

„Was die deutsche Währungs- und Sozialunion für sie ganz konkret bedeutet, erfuhren die Arbeiter des Stahl- und Walzwerks Brandenburg aus der Zeitung: Etwa 2500 der insgesamt 8300 Beschäftigten werden ihren Job verlieren. Die Auftragsbücher sind nur noch bis zum 30. Juni gefüllt. In den Wochen danach wird es immer magerer. Für die letzten drei Monate des Jahres liegen überhaupt noch keine Aufträge vor. Die Geschäftsführung drosselt schon jetzt die Produktion, sie rationalisiert, wo sie kann und hofft im übrigen auf bundesdeutsche Investoren und Bonner Finanzspritzen, die den technisch veralteten Betrieb modernisieren und wieder in Schwung bringen sollen."

„In der DDR gibt es kaum ein Großunternehmen, das sich nicht auf Massenentlassungen einstellt. Die volkseigenen Betriebe und Kombinate die seit Jahrzehnten sämtliche Erlöse der Staatskasse abführen mußten, sind in der Regel hoffnungslos unterkapitalisiert. Viele produzieren Waren, die nach Öffnung der Grenze keine Chancen mehr haben."

„Angekurbelt werden soll die DDR-Ökonomie durch eine radikale Privatisierung der Staatswirtschaft. Es ist geplant, so gut wie sämtliche der rund 8000 Volkseigenen Betriebe und Konzerne in AG oder GmbH umzuwandeln. Mit dem Verkauf wurde die staatliche **Treuhandgesellschaft** *beauftragt, die bis 30. juni 1991 abwickeln soll. Im Staatsbesitz blei-*

Leipziger Messe 1939

ben sollen nur kommunale oder staatliche Versorgungsbetriebe wie E-Werke, Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs oder Müllabfuhr.“ (173)

Am Ende des ersten Tages der Währungsunion teilte die Bundesbank mit, daß 4.500 Millionen DM abgehoben worden waren anstatt der möglichgewesenen 6.000 Millionen DM. Damit war die erste Sorge um eine **Inflation** beseitigt. Grund dieser Vorsicht der Bürger der DDR war die Furcht vor **Arbeitslosigkeit** und **Preissteigerungen**.

3. Juli: *„Die DDR-Bürger machten einen Tag nach der D-Mark-Einführung am Montag das, was sie schon immer getan haben: sie standen Schlange, bis sie in die Lebensmittelläden eingelassen wurden. Das Hochgefühl über die harte Mark in der Tasche wich jedoch schon bald der Ernüchterung über die neuen Preise.“*

„Die meisten nahmen nur wenige Artikel aus den übervollen Regalen mit nach Hause. Die Menschen verhielten sich zurückhaltend und verglichen die Preise. Renner im ‚Kaufmarkt Berlin am Leninplatz‘, der früheren Kaufhalle, waren Cornflakes, Müsli und Joghurt.“

„Für Raucher in der DDR brechen besonders harte Zeiten an. Die einstmals marktbeherrschenden ‚Club‘- und ‚Kabinett‘-Zigaretten in ihren unverwechselbaren Verpackungen — früher zum Preis von vier und 3,20 Ost-Mark zu haben — wurden in Ost-Berlin fast gar nicht mehr angeboten. Sie seien einfach nicht geliefert worden, hieß es. Doch vier DM für Westzigaretten sind einigen zu viel. Auch die Bierpreise in den Kneipen sind stark gestiegen. In der Kantine des DDR-Fernsehens, wo der halbe Liter früher für eine Mark zu haben war, müssen jetzt 4,85 DM hingeblättert werden. Nur an den Wühltischen wurde fast geschubst. Dort wurden DDR-Produkte zu Schleuderpreisen angeboten. Eine Damenjacke, die früher 240 Ost-Mark gekostet hatte, wie das alte Preisschild noch auswies, kostete am Montag 14,95 DM. Eine Cord-Hose gab es sogar schon für drei DM. Die teuren West-Produkte blieben hingegen liegen. ‚Die ticken ja nicht richtig. Das kann doch keiner kaufen‘, ärgerte sich ein junger Mann.“ (174)

„Der von vielen erwartete Kaufrausch am ersten Werktag nach Auszahlung der ersten DM-Millionen ist am Montag in **Leipzig** *ausgeblieben. Vor den Kaufhäusern in der zweitgrößten Stadt der DDR gab es statt der befürchteten Riesenschlangen am Morgen nur mäßigen Andrang. Viele wollten ‚nur mal gucken, was so alles da ist‘.“*

„Lediglich in der Abteilung Unterhaltungselektronik des Kaufhauses ‚Centrum‘ in der Leipziger Innenstadt herrschte dichtes Gedränge. Die Kooperation des Warenhauses in der Messestadt mit dem bundesrepublikanischen ‚Karstadt‘ merkte man der Produktpalette deutlich an. Viele Waren trugen noch Westetiketten. Auch die Preise sind fast identisch. DDR-Waren machen nur noch einen verschwindend geringen Anteil des Sortiments aus.“

„Sorgen hat der Handel noch mit den neuen Preiskalkulationen. Auf einem Gemüsemarkt in der Innenstadt lagen beispielsweise früh morgens schon alle Waren aus — doch verkauft werden konnte nichts. Die Begründung war auf einem Pappschild zu lesen: ‚Keine Preise. Verkauf erst ab 10.00 Uhr‘.“

„Auch an Zeitungskiosken waren die Warteschlangen am Montag länger als üblich. ‚Ich komme mit den Münzen noch nicht klar, muß mir alle erst einmal ansehen‘, erklärte der Verkäufer.“

„Anders war dagegen die Situation bei den **Lebensmitteln.** *Hier hielten sich Ost- und Westwaren im Angebot fast die Waage. Das Preisniveau bewegte sich dagegen auf bundesdeutschem Standard.* **Brot** *kostete jetzt fast das dreifache,* **Milch** *das doppelte des bisherigen Preises.“*

„Andere Produkte wie Eier, Joghurt und Schokolade sind dafür deutlich billiger geworden.“ (175)

„Erfurt: Messebesucher warten erst mal ab. Gähnende Leere herrscht am Stand eines

Büromaschinenhändlers. Mit über 150 anderen westdeutschen Firmen stellt er auf der 1. Messe Erfurt aus. Doch in den ersten Stunden der Währungsumstellung will niemand seine Kopierer und Computer kaufen."

„Besser läuft das **Baugeschäft;** *in den Campingwagen von Bausparkassen werden erste Verträge abgeschlossen. Das Modernisierungsgeschäft beginnt — vom Kunststoffenster bis zur Heizungsanlage, von der Gemäuer-Trocknung bis zum Fliesenschneider. Die meisten Messebesucher schauen sich erst einmal um. Sie legen sich in Wasserbetten und lassen sich mit bügeleisenförmigen Geräten den Nacken massieren. Aber kaufen? Eine siebzigjährige Rentnerin ist skeptisch: ‚Die verstehen es wunderbar, einem einzureden, daß die Messepreise viel billiger sind'. Sie ist aus Schaden klug geworden, nachdem ihr in einem Hotelsaal überteuerte Lamadecken aufgeschwatzt worden waren."* (176)

„Kein Platz für Kinder in Frankfurt am Main. Das böse Erwachen kam nach der Geburt der kleinen Sara. Die kaufmännische Angestellte Petra (36) wollte eigentlich weiter arbeiten, aber daraus wurde nichts. ‚Ich stand auf einmal vor einem Nichts an Betreuung', erinnert sie sich."

„Da ist ein ungeheurer Druck gerade **im Hortbereich, bei Kindergärten und Krippen** *ohnehin', berichtet ein Mitarbeiter über eine noch nicht veröffentlichte Studie des Bundesfamilienministeriums. Der wachsende Zorn ist verständlich. Überall fehlen Plätze in Kindergärten, besonders aber in Horten und Krippen. Zudem brauchen jetzt auch mehrere zehntausend Kinder von Über- und Aussiedlerfamilien, die sich eine neue Existenz aufbauen müssen, dringend Plätze. Etwa 166.000 der 1,8 Millionen Kinder unter drei Jahren haben alleinerziehende Mütter oder Väter. Bundesweit aber stehen nur knapp 29.000 Krippenplätze zur Verfügung. Fast ebenso katastrophal sieht es bei Hortplätzen aus. Für die rund 5,1 Millionen Kinder zwischen sechs und 14 Jahren ist nur für jedes 52. ein Platz da."*

„1986 hatten immerhin 68 bis 77% der Kleinkinder einen Kindergartenplatz. Doch auch hier fehlen mindestens 500.000 Plätze. Zudem sind von den etwa 1,3 Millionen Kindergartenplätzen nur etwa 166.000 Ganztagsplätze. Und Halbtagsbetreuung ermöglicht wegen der starren Öffnungszeiten nicht einmal einen Halbtagsjob."

„Die Misere geht zu Lasten der Mütter. Sie hetzen sich zwischen Kindergarten und Arbeitsplatz ab." (177).

Als Folge der vermehrten Aufträge aus der DDR beträgt die Lieferfrist für **Mercedes**-Wagen etwa 4 Jahre! Die Fabriken arbeiten auf Hochtouren.

„Die **Ausländerfeindlichkeit** *in der DDR nimmt immer brutalere Formen an. Dies hat die Ausländerbeauftragte des Ostberliner Magistrats, Anetta Kahane, eine Jüdin, dargelegt. Sie erklärte am Montag, auf offener Straße würden täglich ‚rassisch auffällige Menschen wie Schwarze und Asiaten' angepöbelt und zusammengeschlagen."*

„Von den 80.000 ausländischen Arbeitnehmern in der DDR will nach einer Schätzung Kahanes die Hälfte nicht in ihre Heimat zurückkehren. Diese Arbeitnehmer seien besonders illegalen, teils fristlosen Kündigungen und überhöhten Mietforderungen ausgesetzt. In vielen Wohnheimen sei die Miete für fünf Quadratmeter von 30 auf über 200 Mark angehoben worden. ‚Bei 660 DM Verdienst im Monat bleibt da nichts mehr zum Leben', sagt Frau Kahane. Sie fügte hinzu: ‚In einem Fall wurde die Unterzeichnung des Mietvertrages an die Weiterbeschäftigung geknüpft'."

„Heftige Kritik äußerte die Ausländerbeauftragte am Verhalten der Volkspolizei nach gewalttätigen Übergriffen auf Ausländer. In diesen Fällen werde ‚oft einfach weggesehen', oder Anzeigen würden nicht aufgenommen. Gerade diese Bagatellisierung führe zu einer Verschärfung des Konflikts. Wenn Neonazis feststellten, daß ihre Straftaten nicht verfolgt würden, gingen sie um so hemmungsloser vor." (178)

Aus Erfurt 10.7.: *„Wer geahnt hat, was sich über Nacht tun wird und am Abend vor*

der Währungsunion in der DDR noch eine alte **Speisekarte** *in die Tasche wandern ließ, kann jetzt schwarz auf weiß vergleichen, welche Sprünge die Preise gemacht haben. Und einen Blick auf die poesievollen Namen von Speisen werfen, die auf Nimmerwiedersehen aus dem Angebot der Gaststätten verschwunden sind."*

„Kein Letscho mehr! ‚Das sind heiße Mixed-Pickles', verrät die freundliche Bedienung den westdeutschen Gästen auf deren vorsichtige Frage leicht errötend. ‚In Essig eingemachtes Mischgemüse', setzt sie erläuternd hinzu. Die Soljanka, wo ist sie geblieben? Nur noch in einfacheren Gaststätten prankt der schöne Name einer Suppe aus Fleischresten aller Art an oberster Stelle auf der Speisekarte. Sie mag sich inhaltlich kaum verändert haben. Aber ihr Preis tat es. Für 1,80 Mark Ost war sie bisher zu haben, nun kostet sie ab 2,20 DM aufwärts."

„Keine Thüringer Klöße mehr auf der Karte im Erfurter ‚Gildenhaus', einem der besten Häuser am Platze. Auch der Thüringer Senfbraten fehlt. Die Thüringer Landschinkenplatte hat sich in einen Räucherteller mit Wacholderbutter (was immer das sein mag) und ‚Brotvariationen' verwandelt. Das gute Butterbrot mit Schinken von einst, das 5,50 DDR-Mark kostete, ist nun als Wurst- und Schinkenplatte auf stolze 15,30 DM geklettert."

„Eine absolute Neuheit auf der Karte: Spaghetti Bolognese — 13,10 DM. Die Soße, die sich nach italienischem Kochbuch sämig um die dünnen Nudeln schmiegen soll, offenbart dem Esser im Gildehaus alle ihre Einzelteile in gut erkennbarer Form: Hier ein Stückchen Tomate, dort ein Happen Paprika, die Fleischwürfelchen nicht zu vergessen und die Zwiebelteilchen."

„Gebackener Camembert für 10,25 DM und Straßburger Lendchen mit Brokkoli, Sauce Hollandaise und Kartoffelbällchen für 22,35 DM, alles noch nie dagewesen. Und Fisch — Dänische Dorschleber, Räucherfischplatte oder eine ‚Originaldose Thunfisch' (10,50)."

„Alle diese Köstlichkeiten stehen auf vorerst lose eingelegten Blättern in der alten Speisekarte, deren Innentext Aufschluß über die Geschichte des ‚Gildehauses' gibt wie eh und je. Vorsichtshalber sind die Preise noch mit der Hand hineingeschrieben, weil die Geschäftsleitung wohl noch nicht sicher ist, ob die Preisgestaltung der Realität auch standhalten kann."

„Dieses Fragezeichen ist berechtigt. Keine langen Warteschlangen wie früher bis auf den Fischmarkt hinaus, um einen Platz im Restaurant zu ergattern. Gar freie Wahl hat der Hungrige, wo er sich niederlassen mag. Kaum Gäste, nur einige Westler. Und die trauen sich nun, was bis zum 1. Juli unter den strengen Blicken der Bedienung ganz unmöglich war — sie hängen ihre Jacken über die Lehnen der Stühle."

„Die Suppen, einst unter einer Mark, und das Spiegelei mit Röstkartoffeln für 2,80 Mark Ost, sie kosten jetzt überall gut das doppelte in harter Währung. Kopfschüttelnd vergleicht ein alter Herr die Preise in seinem Stammlokal am Domplatz mit denen einer Gaststätte im Anger. Vor einer Würstchenbude machen zwei junge Mädchen kehrt: ‚2,80 Mark für die Bratwurst. Nein, wir essen zu Haus'."

„Das tun offensichtlich jetzt viele Erfurter, die bislang in Scharen die Restaurants, Cafés und Kneipen bevölkerten." (179)

Aus Berlin Ost am 12. Juli: *„Die DDR-Regierung versucht mit Nachdruck, den Preistreibern im Lande das Handwerk zu legen. Sie hat öffentlich schwarze Schafe gebrandmarkt und angekündigt, sie werde noch bestehende Handelsmonopole brechen. Regierungssprecher Matthias Gehler zog dennoch eine positive Zwischenbilanz der Währungsunion: ‚Die Preise gleichen sich immer mehr an (niedriges) bundesdeutsches Niveau an'."*

„Gehler sagte, nur stärkere Konkurrenz könne das Preisdiktat der Monopolbetriebe brechen. Die Regierung überlege, westliche Billiganbieter ins Land zu holen, um den Wett-

bewerb zu stärken und damit die Preistreiberei zu beenden."

„Das Kabinett erließ eine Verordnung, wonach Preise auszuzeichnen sind. Das DDR-Kabinett verabschiedete auch eine Direktive, wonach das Verkaufspersonal der bisher staatlichen Handelsorganisation (HO) die Läden der Verkaufskette übernehmen kann."

„Gehler forderte die Produzenten in der DDR auf, ihre Waren unter Umgehung des Handels ‚auf direktem Wege' anzubieten. Er teilte in diesem Zusammenhang mit, daß künftig in Ost-Berlin zusätzlich 14 Märkte abgehalten würden." (180).

„Die Stimmung im **DDR-Einzelhandel** *wird explosiv. Mehr als 60.000 Beschäftigte der alten Handelsorganisationen haben im ganzen Lande gegen Entflechtungspläne der Regierung de Maizière demonstriert. In der Hauptstadt durchbrachen mehrere tausend Demonstranten die Bannmeile vor der Volkskammer. Vor dem Parlament bemühte sich Ministerpräsident de Maizière persönlich, die aufgebrachten Gemüter zu beruhigen. Auch in der Volkskammer selbst kam es zu einem heftigen Schlagabtausch über die Situation im Einzelhandel. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen kündigte für die nächsten Tage weitere Streiks an."*

„In Ost-Berlin, Dresden, Chemnitz, Plauen, Gera, Eisenach, Magdeburg und anderen Städten gingen nach Angaben der HBV die Einzelhandelsangestellten zu Tausenden auf die Straße, um gegen die ihrer Meinung nach im Handel drohenden Massenentlassungen zu protestieren."

„Tausende DDR-Bürger demonstrierten in der Ost-Berliner City gegen die anhaltenden Versorgungsmängel. Die Demonstranten versammelten sich vor dem Handelsministerium und zogen zum Alexanderplatz." (181)

Gysi macht sich und seiner Partei wieder Mut

Meister der PDS-Macht: Gregor Gysi nachdem er sein Rücktrittsangebot zurückgezogen hatte. Foto: dpa

„Saarländisches Veredelungs Know-how bei Fleischprodukten will die Saarbrücker Heinz Klein GmbH in großem Stil in die DDR exportieren. Aus diesem Grunde hat sich das Unternehmen mit zwei Konsumgenossenschaften in Cottbus und Dresden zusammengetan und jeweils eine ‚Heinz Klein Konsum GmbH' gegründet. Jeder Parter hält 50 Prozent."

„Mittlerweile ist das Saarbrücker Unternehmen in sechs Verbrauchermärkten (drei in Cottbus, drei in Dresden) vor Ort und bietet dort als Untermieter seit der Währungsunion eine ähnlich breite Palette an Fleisch- und Wurstprodukten an wie in den saarländischen Fachmärkten."

„Das ‚Rohmaterial' beziehen sie von zwei ehemaligen Fleischwaren-Kombinaten in Cottbus und Dresden. Aus dem Saarland werden lediglich die Gewürze, die Rezepte und Naturdärme in die Lausitz bzw. nach Ost-Sachsen geschafft. Unter Anleitung saarländischer Fachleute fertigen die Metzger in den Fabriken Wurstsorten und schneiden das Fleisch auf Verkaufsportionen zurecht. ‚Wir helfen unseren Partnern mit Fachwissen und gebrauchten Maschinen auf die Beine, das Gehen in der Marktwirtschaft müssen sie selbst lernen'." (Saarbrücker Zeitung, 14. Juli 1990)

„Viele **landwirtschaftliche Betriebe** *und Bauern in der DDR sind in großer Sorge. Die Genehmigung und Auszahlung von Krediten läuft offenbar nur unvollkommen und stockend an. De Maizière ermunterte die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), bei ihren Kreditanträgen gegebenenfalls auch Grund und Boden als Sicherheit zur Verfügung zu stellen. In der Volkskammerdebatte wurde auch auf die Probleme in den Staatsbetrieben der Landwirtschaft eingegangen, wo 100.000 Arbeitnehmer beschäftigt sind. Nach Darstellung eines Abgeordneten könnten nicht einmal alle Löhne für Juli gezahlt werden."* (182)

Einige Wochen weiter spricht man von einem *„Vertrauensverlust der DDR-Regierung, die die Dinge nicht in die Hand bekommen hat . . . Tatsächlich gibt es in der DDR viele Menschen, die sich eine eigene Existenz gründen wollen und dafür auch bereit sind, persönliche Risiken auf sich zu nehmen. Dabei war jedoch vielerorts von Beginn an Sand im Getriebe. Vor allem wird von bürokratischen Hemmnissen und Unzulänglichkeiten berichtet. In den Rathäusern sitzen zwar neue Verwaltungsspitzen, meist durch eine breite Koalition der Demokraten gestützt, doch fehlt es den neuen Männern an Erfahrung und teilweise auch an Durchsetzungsvermögen. Sie wissen nicht so recht, was Sache ist, und werden zudem vielfach durch die alte SED-durchsetzte Verwaltung, auf die sie zwangsläufig zurückgreifen müssen, an den unverzichtbaren Entscheidungen gehindert."*

„Dabei muß es sich nicht unbedingt um Bösartigkeiten alter SED-Genossen handeln, die ihren demokratischen Bezwingern das Leben schwer machen wollen; es geht einfach um die **Denkweise,** *die man offenbar nicht einfach abzulegen vermag. Irgendwie ist überall zu spüren, daß man noch auf Entscheidungen von ‚oben' wartet, die im demokratischen, dezentral organisierten Staat aber nicht kommen. Die Zeit vergeht daher weitgehend ungenutzt."*

„Aber auch dort, wo Unternehmer rasch gehandelt haben, sich Maschinen aus dem Westen besorgten, um ihren Betrieb zu organisieren, ist der Aufschwung noch nicht angesprungen. Es fehlt an Aufträgen. Viele müssen sich mit Bestellungen aus dem Westen über Wasser halten."

„Enttäuschend bislang auch das **Engagement der bundesdeutschen Wirtschaft.** *Gewiß sie konnte bisher gute Gründe für ihre Zurückhaltung anführen; diese Zeit geht aber zu Ende, spätestens mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Was sich derzeit an westdeutschen Firmen in der DDR präsentiert, ist oft nicht vom Feinsten. DDR-Betriebe, die auf Partnerschaftssuche sind, werden von der Unseriösität mancher Bundesdeutscher*

kalt erwischt, wenn nicht gar von ihnen **betrogen.**" (183) „**Mehr Agonie als Aufschwung**" heißt die Überschrift zu diesem Erlebnisbericht.

„*Über 14.000* **ausländische Arbeitnehmer** *mußten bis September 1990 bereits die DDR verlassen. Die noch dort befindlichen, nämlich 54.000 Vietnamesen, 13.900 Mozambikaner, 950 Angolaner, 5000 Kubaner und 6200 Polen haben zu 60% bereits ihre Kündigung erhalten. Gemäß Regierungsabkommen mit den Heimatländern müssen sie noch drei Monate 70% ihres Lohnes und eine Wiedereingliederungssumme von DM 3.000 erhalten. Bei Zahlungsunfähigkeit der Unternehmen muß der Staat (DDR) einspringen.*" (294)

„*Das Haupthindernis für die Vereinigung Deutschlands ist laut Kartellamtspräsident Kartte das Verhalten der DDR-Bürger. ‚Nicht vorgestellt habe ich mir, daß das Haupthindernis die Mentalität der Bürger sein würde, unbeweglich geworden durch 40 Jahre väterlicher Fürsorge des Staates und das Fehlen eigener Initiative'.*" (357)

„*Mit der Disziplin und der Moral bei den in Mitteldeutschland stationierten Truppen der sowjetischen Streitkräfte geht es womöglich immer schneller bergab. Der unabhängige Moskauer Bürgerrechtsanwalt Oleg Ljamin erklärte . . . inzwischen seien rund 700 Sowjetsoldaten teils schwer bewaffnet in mitteldeutsche Wälder geflohen. Sie unternähmen Raubzüge und würden vor Hunger stehlen. Die Deserteure seien verzweifelt über die Zustände in ihren Kasernen. Im Monat erhielten sie 25 Mark Sold.*" (358)

„*Ein regelrechtes Heer von Polizisten etwa 3000 Mann stark, vertrieb 400 Jugendliche aus illegal besetzten Häusern in der Mainzerstraße in Berlin. In harten Zusammenstößen gab es 85 Verletzte.*" (359) Der Innenminister Erich Paetzola sprach von unbeschreiblicher Brutalität der Jugendlichen. Er hätte es Verzweiflung nennen sollen. Auf der anderen Seite wird das Vorgehen der Polizei als unnötig brutal bezeichnet. Uns will scheinen, daß sich der siegende Kapitalismus durch derartige Heldentaten nicht gerade ermunternd in die neue deutsche Geschichte einträgt. Vielleicht gibt es da doch noch andere Möglichkeiten, zu einer inneren Befriedung zu kommen. Ebensowenig wie Genscher und Kohl außenpolitisch den richtigen Weg finden, versagt man in dem innerpolitischen Erbe, das das Volk vor einem Jahr gutwillig zu übergeben bereit war. Wenn man aber meint, mit Gesinnungslumperei wie sie das Foto von Herrn Gysi darstellt, weiterzukommen, so setzt man nur die lange Reihe des Leerlaufs fort, die man mit dem Wort „Bonn" zu bezeichnen pflegte.

Die Oder-Neiße-Linie

Bereits früher haben wir verschiedentlich auf die beherrschende Rolle der Freimaurerei **in der evangelischen Kirche** hingewiesen (129). Es ist so gut wie sicher, daß es nicht eine einzige Persönlichkeit innerhalb der Evangelischen Kirche, sowohl innerhalb wie außerhalb Deutschlands gibt, die nicht der Freimaurerei angehört (130). Das Ende 1962, also vor 28 Jahren, unter Berufung auf kirchliche Autorität veröffentlichte „**Memorandum der Acht**" ist daher unschwer von hierher zu verstehen. Unterschrieben wurde es von

Rechtsanwalt Hellmut Becker, Kressbronn
Präses D. Dr. Joachim Beckmann, Düsseldorf
Intendant D. Klaus von Bismarck, Köln
Professor Dr. Werner Heisenberg, München
Dr. Günter Howe, Heidelberg
Dr. Georg Picht, Hinterzarten
Professor Dr. Ludwig Raiser, Tübingen
Professor Dr. Carl-Friedrich von Weizsäcker, Hamburg.

In den darin ausgesprochenen außenpolitischen Thesen stoßen wir auf eine Auffas-

sung, die dann allen kommenden weltpolitischen Plänen von den Bilderbergern bis zu den Trilateralen und den „Wiedervereinigern" zugrunde liegt. Danach *„handelt es sich nämlich in der Weltauseinandersetzung um die Frage, ob es gelingt, die* **Grenzen** *zu liquidieren und zu einer Weltgemeinschaft offener Gesellschaftssysteme zu gelangen, oder ob die geschlossene Gesellschaft des Kommunismus die Gesellschaftsform der Zukunft sein soll."* Freiherr v. Braun (Göttinger Arbeitskreis) erwidert dazu (131): *„Die freiheitliche Weltordnung würde eben auf der Weltebene ausgefochten; es seien nicht die Räume, sondern die geistlich-sittlichen Prinzipien, von denen die Zukunft abhängig bliebe."*

„Dieser Betrachtungsweise erscheint **der Staat** *als eine Gemeinschaft unter vielen; ihm wird kein besonderer Rang zugebilligt, er wird vielmehr nur noch als gleichwertig mit sonstigen Vereinigungen sozialer oder ökonomischer Art betrachtet. Daraus entsteht die Hoffnung auf eine überstaatliche Gesellschaftsordnung, in der Grenzen und Staatsgebiete keine Rolle mehr spielen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Verwirklichung eines solchen Zukunftsbildes auch nur wünschenswert ist oder ob die internationale Entwicklung überhaupt in diese Richtung drängt. Es wird nämlich nicht von der Hand zu weisen sein, daß ein einheitliches Ordnungssystem im Weltmaßstab für die menschliche Freiheit größte Gefahren herbeiführen kann . . ."*

„Vor allem kann aber nicht übersehen werden, daß einstweilen noch das internationale Geschehen von den Staaten bestimmt wird. Die Existenz des eigenen, historisch gewachsenen Gemeinwesens, damit die Sicherheit seiner Bürger und ihrer Freiheit, dürfen nicht idealistischen Wunschbildern zuliebe gefährdet werden. Auch wer sich mit der Geschichte seines Staates und Volkes nicht mehr eng verbunden fühlt, sollte sich der Kräfte bewußt bleiben, die aus diesen Bindungen strömen und an deren Stelle bislang noch keine erkennbare Opferbereitschaft für überstaatliche Gebilde getreten ist."

„Die Demokratie ist eine Staatsform, die die Freiheit des Individuums als höchstes Gut achtet und zugleich zum Inhalt ihrer Ordnung gemacht hat. Sie kann und will aber den Bürgern nicht aus seiner Verantwortlichkeit für den Staat entlassen, der naturnotwendig die Basis der demokratischen Ordnung ist. Die Würde der Demokratie beruht darauf, daß jeder einzelne sich freiwillig in sein staatliches Gemeinwesen einordnet und freiwillig seine Bürgerpflichten erfüllt."

„Dies ist das Gegenteil von Ungebundenheit (132), aus der allein Handlungen und Äußerungen erwachsen könnten, die Rechte und Interessen des Gemeinwesens und damit der Mitbürger aufs Spiel setzen. Vornehmlich eine demokratische Gemeinschaft setzt die verantwortungsbewußte Bindung ihrer Mitglieder voraus. Wird sie mißachtet, so ist dies nicht nur eine Verletzung des ‚demokratischen Stils', sondern eine Gefährdung der Demokratie, deren Bestand von der Existenz des Staates, mithin von der Wahrung seiner berechtigten Interessen abhängig ist."

Im Hinblick nun auf den Sonderfall der **Oder-Neiße-Linie** behaupten die Acht, mit deren Erörterung und dem Verzicht auf die jenseitigen Gebiete ein ‚Tabu' anzugreifen. *„Was möglicherweise auf uns zukommt, muß von uns, einem demokratischen Land, diskutiert werden. Es darf nicht ein ‚Tabu' werden . . ."* (Raiser).

„Mit dieser Wortwahl wollen sie den Eindruck verstärken, als ob nur sie den politischen Tatsachen ins Auge zu sehen vermöchten und als ob jeder andere allein deswegen nicht bereit sei, 25 vom Hundert des deutschen Staatsgebietes verloren zu geben, weil . . . er zu feige ist, den bitteren Ernst der Lage zu erfassen" (v. Braun). Bezeichnend für die typische Maurerarroganz der Acht ist, daß man den Heimatvertriebenen vorwirft, *„sich in wolkigen Illusionen zu befinden"* und es als „Hetze" (Bismarck) bezeichnet, wenn sie destruktive Thesen scharf ablehnen. Ja, *„ein vorzeitiger Verzicht auf die Ostprovinzen könne in Polen deutlich machen, daß sich ‚nicht in der Bundesrepublik eine Herde von Revan-*

chisten sammelt, die nun geschlossen zurückstürmen wollen in die alten Gebiete'. " (Bismarck) . . .

„Trotz dieser Aufforderung, die Ostprovinzen verloren zu geben, wird behauptet: ‚Wie die Opfer im einzelnen aussehen werden, darüber haben wir gar nichts gesagt (!?); das wissen wir nicht' (Weizsäcker). Dies kann nur so verstanden werden, daß unbestimmte Befürchtungen für hinreichend gehalten werden, im Memorandum konkrete Verzichte zu empfehlen. Die aus der Furcht einzelner erwachsene Konzessionsbereitschaft muß die Gefahren für das Gemeinwesen erhöhen, sie kann aber nicht den eigenen Staat aus seiner von weltweiten Spannungen und der geographischen Lage bedingten gefährlichen Situation herausheben und zu einem Unbeteiligten in einer gefahrvollen Welt machen. Das ist Schein statt Wirklichkeit. " (v. Braun).

„Es gibt eben ‚Tabus', die den Mitmenschen und dem Gemeinwesen gegenüber zu achten sind. Keiner der Verfasser wird fähig oder willens sein, Sitte, Gesetz, Moral oder auch nur Anstand zuwider zu handeln, z.B. die Würde eines Mitmenschen zu verletzen, fremdes Eigentum zu beeinträchtigen oder die eigene Familie zu entehren, seine Mutter zu schlagen oder seine Kinder zu verstoßen. Das ist ‚tabu'. Es soll aber kein ‚tabu' sein, über ein Viertel des deutschen Staatsgebietes nicht einmal mehr wie über ein ‚Handelsobjekt' (133) zu sprechen, es den verantwortlichen Politikern sogar und damit Ost und West als verloren zu bezeichnen! Es soll kein ‚tabu' sein, über die Heimat von mehr als acht Millionen Vertriebenen, über ihr Eigentum und über die Gräber ihrer Vorfahren zu verfügen! Wenn überhaupt, so gibt es in der Demokratie ‚tabus', deren Mißachtung Auflösung und Untergang des Gemeinwesens bedeutet. " (v. Braun).

Zusammengefaßt: *„Das politische Vertrauen zwischen Staaten beruht auf der Gewißheit ihres rechtmäßigen Verhaltens. Die Nichtachtung eigenen Erbes und des Unrechts an eigenen Staatsbürgern wirkt entweder verächtlich und unglaubwürdig oder sogar als Bestätigung jener Behauptung, die den Deutschen Hochmut und Anmaßung im Glück, im Unglück aber Kriecherei und Selbstmitleid nachsagen will. Außenpolitik ist ein auf die Zukunft gerichtetes Handeln der Staaten. Die Erkenntnis bestehender Schwierigkeiten kann daher nicht zur Anerkennung eines Unrechts führen, sondern nur zur Suche nach Wegen, auf denen dem Recht Genüge geschehen kann.* " (v. Braun)

Mit dem Satz *„Wir belasten unser nationales Anliegen der Wiedervereinigung, wenn wir es mit der Forderung der Grenzen von 1937 verknüpfen"* (Memorandum der Acht) setzt man sich in klaren Widerspruch zur bekannten Präambel des Grundgesetzes, denn ‚Wiedervereinigung' kann niemals alleine die Gebiete BRD und DDR betreffen. Die Präambel lautet: ‚Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert . . . die Einheit . . . Deutschlands zu vollenden'." Alles andere ist eine **„Teilwiedervereinigung"** (134). Im übrigen wird mit dem zitierten Satz zugegeben, daß völkerrechtswidrig tätige Kräfte versuchen werden, sich einer Wiederherstellung des Rechtszustandes in den deutschen Ostprovinzen zu widersetzen. Sich diesen subversiven Kräften beugen, hieße, den Keim blutiger Auseinandersetzungen in die Zukunft zu legen. So, wie Versailles den Keim des II. Weltkrieges in seinem Schoße trug. Anerkennung einer Oder-Neiße-Grenze bedeutet Schwelkrieg. Wir wiederholen hier schon Gesagtes, merken aber dabei an, daß die folgenden Sätze vor 28 Jahren niedergeschrieben wurden und nur an Aktualität und Warnung gewonnen haben. Schwelkrieg ist der Wunschplan Londons. Die Abhängigkeit deutscher Politiker, auf dem Umwege über ihre Zugehörigkeit zur Freimaurerei, von der Londoner Großloge, wie sie am Anfang des politischen Lebens der Bundesrepublik Deutschland feierlich akzeptiert wurde, legt die Entscheidung über Krieg und Frieden in Mitteleuropa in die Hände der englischen Regierung als Direktausführender dortiger Logenempfehlungen. Mit der einmal unterschriebenen Beibehaltung der Oder-Neiße-Linie hat das wiedervereinigte

Deutschland auf seine Souveränität verzichtet! Überantwortet sie das Leben seiner Bewohner, auch der noch nicht Geborenen, einer Macht, die sich in vielen Jahrhunderten als die grausamste, rücksichtsloseste, kaltschnäuzigste, unmenschlichste Gegnerin europäischer Koexistenz erwiesen hat. Deren grundsätzliche außenpolitische Maxime immer die Errichtung einer Front quer durch Europa war. Vom Rhein wurde sie an Oder und Neiße verlegt.

„Keine andere Politik als die **Verzichtspolitik** *ist so gut geeignet, das Land der Deutschen in neue Kriege hineinzutreiben, wenn nur der Schimmer einer Aussicht besteht (und den kann man den Deutschen bekanntlich ja so leicht vormachen), solche Kriege erfolgreich abzuschließen. Hierbei ist es ziemlich gleichgültig, ob die Deutschen selber oder ihre Verbündeten in Ost und West diesen Krieg beginnen oder provozieren"* warnt Hans-Eberhard Heyke bereits 1968!

„Wenn das unnachgiebige Verhalten der nahen und fernen Nachbarn Deutschlands anhält, ganz abgesehen von der Verweigerung der Gerechtigkeit (indem man von ihnen die „Anerkennung" einer Oder-Neiße Grenze erwartet) *entsteht leicht der Verdacht, daß man die Deutschen, wie schon mehrmals in diesem Jahrhundert, in explosive Situationen hineindrängen will."* (135)

Die diktatorische Weise, mit der das deutsche Volk wieder 1990 mit dem polnischen Länderraub konfrontiert wird, widerspricht dabei in deutlichster Form dem angeblichen Wunsch der internationalen Utopisten, *„zu einer Weltgemeinschaft offener Gesellschaftssysteme zu gelangen."* Denn, nähme man diese Worte ernst, so wäre es doch angebracht gewesen, auch zwischen Polen und Deutschland jenen Maßstab anzulegen, den man in etwa in der zeitgleichen Note Deutschlands und Frankreichs an Litauen vorschlägt: die bestehenden Souveränitätsfragen und Grenzprobleme in einem **Dialog** einer tragbaren Lösung zuzuführen. Aber dagegen spreizt sich nicht nur Polen mit Händen und Füßen, sondern auch der bundesdeutsche Außenminister, wie es noch dargestellt werden muß. Der Länderraub darf nicht zum Gegenstand eines friedlichen Dialogs werden. So aber bleibt er, was er von Anfang an war, eben ein Länderraub und ein Massenmord.

Noch 1871 war es unausgeprochen klar, welche Bedingungen ein Sieger stellen durfte, wie weit er gehen durfte. Noch 1907 war die zivilisierte Welt (so nannte sie sich!) in Den Haag in der Lage, einen Großteil dieser Bedingungen als gemeinsames Völkerrecht anzuerkennen. Vieles davon konnte man als aus dem christlichen Abendlande kommend wiedererkennen. Doch mit den Pariser Vorortverträgen 1919 hatte es damit ein Ende. Da hatten philosophische Fantastereien die Oberhand gewonnen. Was den II. Weltkrieg angeht, so sind sich die Historiker noch lange nicht einig, von wo dieser weitere moralische Niedergang ausging. Eindeutig liegt nur klar, daß das bestialische Ergebnis dieses Krieges in Jalta und Potsdam bis heute nicht eindeutig verdammt wurde und es steht objektiv fest, wer an einer solchen Pervertierung abendländischer Sitten festhält. Die Besiegten sind es jedenfalls nicht. Die exclusiv gestellte Frage, ob sie sich besser benommen hätten, wenn sie gesiegt hätten, steht in der augenblicklichen Lage nicht zur Debatte.

Lange schon vor dem Jahre 1990 stellten wir uns die Frage: Welchen Wert hat in solcher Machtlage eine Verzichterklärung deutscher Parlamente und deutscher Regierungen? Überhaupt keinen! Erneut handelt es sich um einen „ungleichen Vertrag", den das Schwert des Siegers garantiert.

Soeben erst hat man **Litauen** sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß die Zeit chauvinistischer Souveränitätsausflüsse und dummdreister Taktlosigkeiten vorbei ist. Daß unsere Welt zu klein geworden ist, um vor irgendwelchen Doppeladlern den Hut zu ziehen. Schon 1939 war das polnische Verhalten lächerlich. Schon damals waren die polnischen Verbrechen nur möglich, weil eine übernationale **Katholische Kirche** und London sie mit sehr viel

Wohlwollen betrachteten. Inzwischen sind weitere Millionen von Morden zu verzeichnen und der Raub ganzer blühender Provinzen mit allem Hab und Gut der dort Lebenden. Anstatt sich wieder in die Zivilisation einzuordnen aber besitzt diese Verbrecherbande heute die Stirn, Geld zu fordern, um den mit Diebesgut angefüllten Staat nach vierzig Jahren polnischer Bewirtschaftung wieder auf Vordermann zu bringen. Da das Urteil feststeht, das in jeder freien Diskussion über die polnischen Beiträge zur Gesundung Osteuropas ergehen würde, meint man, wie bisher ohne eine solche einfach fortfahren zu können und erneut gerade die bedeutendste Ordnungsmacht Europas bestehlen und schröpfen zu können. Man hat in Warschau nicht begriffen, daß es für derartige Unverschämtheiten zu spät ist. Auch die Erzwingung einer Grenze an Oder und Neiße wird gar nichts ändern an dem Lauf der Dinge. Es ist einfach für den Globus nicht mehr tragbar, daß die Polen so weiterwirtschaften können wie bisher. Es wäre Mittäterschaft an solchem Verbrechen, wenn Deutschland eine Fortsetzung polnischer Liederlichkeit in den deutschen Ostgebieten durch Grenzziehung und durch Geldzahlungen ermöglichen würde. Ein derartiges Vorhaben ruft zum **Widerstand** auf. Polen muß, was die etwa zugesprochenen deutschen Ostgebiete angeht, enteignet werden! Das ist nicht eine nur deutsche, nicht nur eine europäische, sondern eine Weltangelegenheit. Polen muß zur Vernunft gebracht werden, und wenn es durch UN-Truppen geschähe, die bis zur endgültigen Grenzziehung in den deutschen Ostprovinzen für Ordnung und Sauberkeit sorgten. Die Menschheit hat im Rahmen der bevorstehenden sehr strengen **Umweltgesetze** Polen unter Kuratel zu stellen. Wer, wie England, Polen als Waffe zur Bereitung eines III. Weltkrieges erhalten will, ist als Mitsprecher

„Prima, Lech – jetzt übernimmst Du mal das Steuer!" Zeichnung: Haitzinger

„Verzicht ist Verrat!"

Zum Deutschlandtreffen der Schlesier vom 7. bis 9. Juni 1963 in Köln schrieb der SPD-Bundesvorstand folgendes Grußwort:

Breslau – Oppeln – Gleiwitz – Hirschberg – Glogau – Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen.

Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten! Hundert Jahre SPD heißt vor allem hundert Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern – niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden.

Das Kreuz der Vertreibung muß das ganze Volk mittragen helfen: Vertriebene und geflüchtete Landsleute sind keine Bürger zweiter Klasse, weder in der Wirtschaft noch in der Gesellschaft. Daß es ihr ernst damit ist, hat die SPD bewiesen.

Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft. Wer an diesem Feuer sein kleines Parteisüppchen zu kochen versucht, kann vor dem großen Maßstab der Geschichte nicht bestehen.

Wir grüßen die Schlesier!

Erich Ollenhauer – Willy Brandt – Herbert Wehner

im europäischen Konzert auszuschalten. Die deutsche Wiedervereinigung ist nicht abgeschlossen, bevor nicht diese polnische Frage auf deutschem Boden versöhnlich gelöst ist. Es ist zu fordern, daß sich Deutsche und Polen an einen Tisch setzen und eine gemeinsame, für beide Teile angemessene Zukunft der deutschen Ostgebiete erarbeiten. Wenn schon den Grenzen einen neuen, durchlässigen Charakter geben, warum dann nicht diese unter deutsche Aufsicht stellen anstatt unter polnische? Es ist nicht zu verstehen, warum ausdrücklich die Polen sich demokratischen Grundregeln widersetzen dürfen. Ihnen ein Recht auf Mord und Raub zugestehen wäre nicht etwa staatsmännische Weisheit und Versöhnungsgeste, sondern ein für die Menschheit nicht tragbarer Todesstoß. Wir schreiben inzwischen 1990!

„Anerkennung" einer Oder-Neiße-Grenze kann niemals das Werk von weiterschauenden Staatslenkern sein. Niemals ist das tragbare, haltbare, rechtsmäßige Leistung. Nicht aus Arbeit und Liebe würde eine solche Welt dann erwachsen, sondern aus nationalistischer Gier, aus patriotischer Unbeherrschtheit und Unverantwortlichkeit. Ebenso wie Hitlersche Eroberungen von Anfang an den Keim des fatalen Endes in sich trugen, niemals die Zustimmung einer lobenswerten Tat fanden, ebensowenig kann sich auf Landraub, Massenmord und Vertreibung von Haus und Hof etwas Gesundes und Dauerhaftes entwickeln. Unrecht Gut gedeiht nicht gut! Nicht zustimmen können wir, daß sich Deutsche ihre Hände beschmutzen mit einer Sanktionierung derartig schreienden Unrechts! Eine derartige Beteiligung an der Errichtung einer (ewigen!) Grenze des Hasses und der Schande erschüttert nicht nur das Vertrauen der direkt Betroffenen, der Hinterbliebenen, Bestohlenen und Verjagten in unseren neuen Staat, es frißt an seinen ethischen Grundfesten. Es gibt in der ganzen Menschheitsgeschichte keinen einzigen Fall, da Landesverrat sich heilsam und erzieherisch ausgewirkt hätte auf das Zusammenleben, da er nicht Anfang ge-

Nr. 4 · Mai/Juni 1990 · 16. Jahrgang · ISSN 0721-8990 · DM 4,- C 3923 F

Das deutsche Freimaurer Magazin

humanität

Bereits im Mai 1990 erklärt die deutsche Freimaurerei die deutschen Ostgebiete als polnisch!

wesen wäre für völligen moralischen Verfall. Man bilde sich doch nicht ein, daß jemals die freimaurerische Krankheit das herzliche Gefühl der Volkszugehörigkeit zum Land der Väter abtöten kann. Gerade diese Freimaurerei spricht immer davon, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland in einem neuen Europa einbetten sollte. Warum übernimmt dann nicht etwa ein solches (Kontinental-)Europa die vorläufige Verwaltung in den deutschen Ostgebieten? Und führe hin zu **Volksabstimmungen,** bei denen diejenigen wahlberechtigt sind, die selbst oder als Erben ihren Wohnsitz dort hatten. Es gibt ein weites Feld schlichtender Möglichkeiten, wenn es erst einmal dazu gekommen ist, sich an einen Tisch zu setzen. Mit der Flinte in der Hand nach alter polnischer Insurgentenmanier erreicht man gar nichts. Parlamentarier, die sich vor so etwas beugen und zum Scheine des Rechts Greuelmärchen gegen Deutsche kolportieren, verwirken nur erneut ihren schon angeschlagenen Ruf. Sie nehmen teil an dem erneuten Versuch, die Deutschen in explosive Situationen hineinzudrängen (Heyke). Denn eine ohne Dialog und Volksabstimmung dekretierte Oder-Neiße-Grenze bedeutet:

Errichtung einer Haßgrenze in der Mitte Europas
Verhinderung einer Verständigung und Versöhnung zwischen Polen und Deutschen
Verhöhnung des Völkerrechts
England zum selbstsüchtigen Schiedsrichter in Europa zu machen
Die Umwelt in Osteuropa in schwerste Gefährdung zu bringen
Die Notwendigkeit weiterer Geschichtsfälschung, um den ungerechten Zustand aufrechterhalten zu können
Verhinderung deutscher Arbeit und Fürsorge in der angestammten Heimat.

Wer Landesverrat begeht und verzichtet, untergräbt das Sittengesetz in Deutschland und öffnet so dem Chaos, der Anarchie das Tor (136). Der Fall der Mauer war die Rettung vor dem Nichts, das auf uns zukam. Eine Oder-Neiße-Grenze anerkennen beschwört erneut die Gefahr der Gesetzlosigkeit, der Gewaltherrschaft, des Unrechtsstaates herauf! Die nationale Parole kann nicht straflos zerrissen werden. Sie lautet nun einmal „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!" Wer sie erneut mißachtet, verrät, wird damit schuldig an zukünftigem Blutvergießen, an der Steuerlosigkeit Deutschlands und Europas. Mit einem amputierten Deutschland geht nichts von dem, was aber doch so dringend notwendig geschehen muß. Wie weit man mit Lustlosigkeit kommt, hat erst jetzt die DDR gezeigt. Auch gut bezahlte Eunuchen können nicht mitreißen.

Überhörte Argumente

Es wurde vor der dann Tatsache gewordenen Gefahr eines Verzichts auf ein Viertel von Deutschland sehr viel sehr Sachliches gesagt. Ereignisse wurden ins Gedächtnis gerufen und die Rechtslage dargestellt. Die Herrscher dieser Welt gingen den Weg der Macht, ohne sich auf solche Einwände und Proteste einzulassen. Wenn wir hier trotzdem diese zum Teil wiederholen, dann geschieht es, um festzuhalten, was mit der Anerkennung einer Oder-Neiße-Linie geschah. Es wird die Stunde kommen, wo Rechenschaft abzulegen ist.

Zunächst bringen wir eine Karte, die wir in einem historischen Werk der DDR fanden (137). Die von Polen 1919 bis 1922 besetzten russischen Gebiete wurden von der Sowjetunion 1942 wieder ihrem Staatsgebiet einverleibt. Damit wurde die **„Curzon-Linie"** wieder hergestellt, die in Versailles festgelegt worden war. Später wurde gesagt, Polen benötige die deutschen Ostprovinzen im Ausgleich zu den „verlorenen" russischen Gebieten. Dem widerspricht die Tatsache, daß sieben Mal mehr Deutsche vertrieben wurden, als im Osten Polen betroffen wurden (die zudem nicht vertrieben wurden) (138).

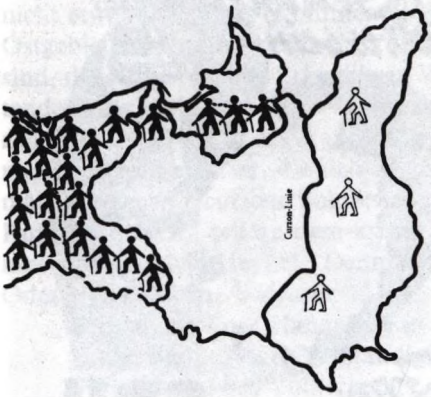
CDU-Wahlplakat aus dem Jahre 1949. Wie es die CDU – und nicht nur sie – 40 Jahre später mit dem ganzen Deutschland hält, geht aus Verzichtserklärungen und propolnischen Sprachregelungen hervor. Das Wort Ostdeutschland kommt keinem aus den Bonner Altparteien über die Lippen. Für sie gibt es auch keine Ostdeutschen, sondern „Deutschstämmige aus Polen" oder „Osteuropa".

Aus der Fülle der Flugblätter und Aufrufe, die in der BRD zu dem Thema der polnischen Besetzung Ostdeutschlands verbreitet werden, bringen wir:

„ . . . dazu werden die Fronten vertauscht. Aus Angreifern und Grenzveränderern werden Angegriffene und Grenzbewahrer gemacht. Verlogener geht es nicht mehr." (139)

In dem „Weißbuch des deutschen Auswärtigen Amts über die in Polen (1939) begangenen Verbrechen gegen die deutsche Minderheit" heißt es einleitend: *„Bisher 76.535 Tote und Verschwundene"*. Die Zeitung der Gewerkschaft Solidarnosc „Gazeta Wyborcza" berichtet am 17. Juli 1990, die Zahl der polnischen Opfer in **Auschwitz** dürfte 70.000 bis 75.000 betragen haben (NZZ 18. Juli 1990). Während es sich bei den ermordeten Deutschen um politisch unbeteiligte Personen gehandelt hat, die im Frieden ermordet wurden, geht es bei den Polen um solche, die wegen ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit inhaftiert waren. Außerdem muß als feststehend nach der bisherigen Erfahrung mit Verlustzahlen im Osten gelten, daß die angegebene Zahl mindest eine Verdreifachung der Wirklichkeit darstellt. Außerdem steht fest, daß den größten Ausfall an Menschen in Auschwitz eine schwere Typhusepidemie verursacht hat. Nimmt man hinzu, daß die ins Auge gefaßten Vorgänge sich in einem Kriege zutrugen, der durch unablässige Verbrechen aus dem Hinterhalt gegen die deutsche Ordnungsmacht gekennzeichnet war und daß diese ein Gebiet zu befrieden hatte, in welchem von Staats wegen zum Morden der deutschen Minderheit aufgefordert wurde und in welchem ein Deutschenhaß gesät worden war, dann ist es bös-

Das Verhältnis der Vertreibung:

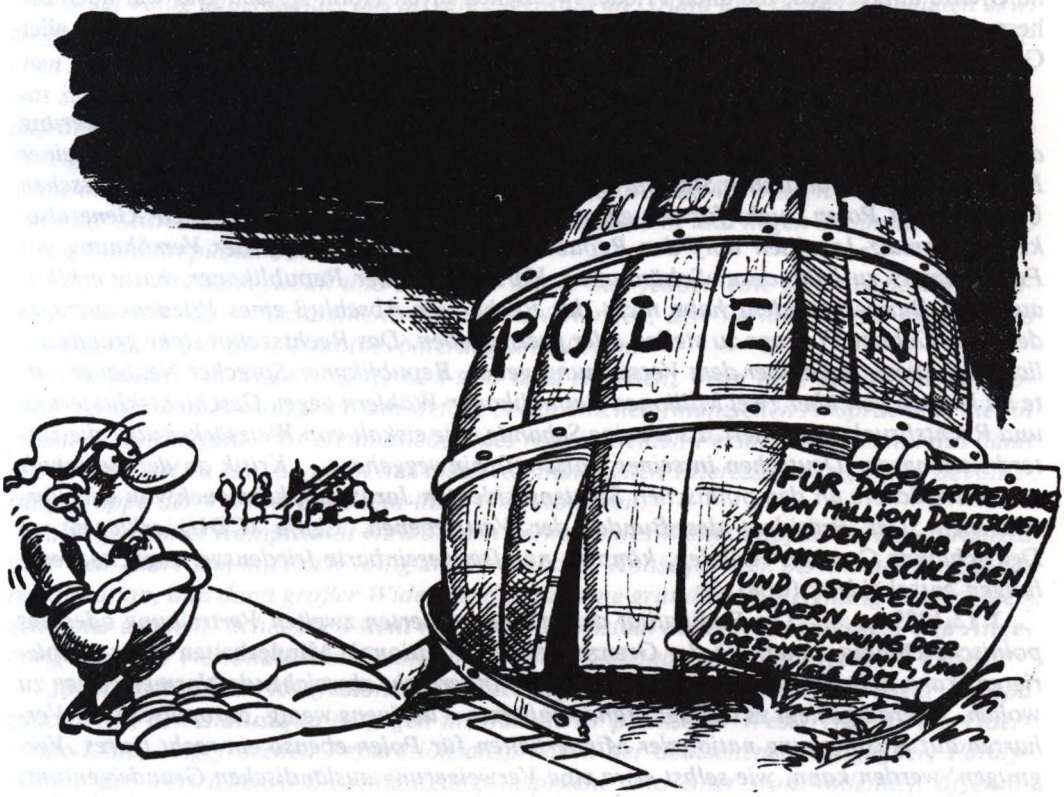


20 : 3

Auf drei Polen, die von der Bevölkerungsverschiebung an Polens Ostgrenzen betroffen wurden, kommen 20 Deutsche, die zugunsten von Polen aus ihrer Heimat vertrieben wurden.[12)]

Die Republik Polen nach dem Friedensvertrag von Versailles 1919 und die Eroberungen im Osten bis 1922.

»Ein Faß ohne Boden und Moral!«



willig, von einer „nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" in Polen zu sprechen. **Gewaltherrschaft** hat es unter polnischer Regie vor 1939 und nach 1945 in erschreckendem Umfang gegeben. Der Unterschied der Perioden unter deutscher und unter polnischer Führung ist nicht zu übersehen. Wollte man wirkliche **Gewaltherrschaft** als Grund für Grenzenverlauf nehmen, so müßte man jene Gebiete, in welchen die deutsche Minderheit seit 1919 drangsaliert, vertrieben und ermordet wurde, unverzüglich wieder Deutschland eingliedern. Daß derartige Forderungen heute zu Papier gebracht werden, ist eine direkte Folge der polnischen Unverschämtheiten. Polen verhindert es erneut, daß ein Ton aufkommt, wie man ihn von deutscher Seite erwünscht.

Es war die ganze Hingabe an eine große Aufgabe, wenn in dieser Lage der höchste deutsche Beamte im „Generalgouvernement" Hans Frank, den hoch anzurechnenden Versuch unternahm, trotz der fürchterlichen polnischen Blutsaat zu einem versöhnlichen Zusammenleben von Deutschen und Polen zu kommen. Unternahm er es doch, *„das fleißige, brave, arbeitende polnische Volk"* für einen Aufbau in Osteuropa zu gewinnen. Doch die Zeit dazu reichte nicht aus. Und mit dem von russischen Trupppen erkämpften Sieg der Polen begann eine Zeit, die alle bisherigen polnischen fürchterlichen Verbrechen völlig in den Schatten stellte. Es wird dieses Bild des Fehlens jeglicher Moral noch schwärzer, wenn man hinzunimmt, wie in diesem Jahre 1990 die Polen Deutschland gegenüber aufzutreten wagen.

Im schärfsten Widerspruch zu allen weltweiten Bemühungen, zu einem Zusammenleben der Völker zu kommen, das sich auf ethische Normen stützt, wird an der Oder und Neiße eine Grenze aufgezogen, die allen Friedenswünschen offen Hohn spricht. Das war auch die herrschende Auffassung am Ende des II. Weltkrieges und auch heute findet sie trotz aller Gegenpropaganda und heimtückischen Verwerfung Unterstützung in allen Parteien.

Im folgenden Äußerungen zu dem Thema der polnischen Westgrenze:

30.8.1989: *„In scharfer Form haben Vertreter der Bonner Koalition auf die Äußerung der rechtsradikalen Republikaner reagiert. Bundespräsident von Weizsäcker habe in seiner Botschaft an den polnischen Staatspräsidenten anläßlich des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen ‚nicht für das gesamte deutsche Volk gesprochen'. FDP-Generalsekretär Schmalz-Jacobsen warf den Republikanern vor, den Prozeß der Versöhnung mit Polen massiv zu behindern. Schönhuber, Vorsitzender der Republikaner, hatte erklärt. auch der Bundespräsident habe nicht das Recht, vor Abschluß eines Friedensvertrages deutsche Gebiete in Frage zu stellen oder preiszugeben. Das Rechtsgebot stehe grundsätzlich über allem, auch über dem Versöhnungsgebot. Republikaner-Sprecher Neubauer hatte im Namen von über zwei Millionen Republikaner-Wählern gegen Geschichtsklidderung und Rechtsbruch protestiert. Es sei eine Schande, wie eiskalt von Weizsäcker über die Unterdrückung der Deutschen in seiner Botschaft hinweggehe . . . Kritik an der Botschaft von Weizsäckers an den polnischen Staatspräsidenten Jaruzelski kam auch von den Vertriebenen. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Czaja (CDU) erklärte, wo Deutschlands Grenzen verliefen, könnten nur frei vereinbarte friedensvertragliche Regelungen entscheiden"* (dpa).

1.12.1989: *„ . . . Die Radikalität der individualisierten zweiten Vertreibung oder das polnische Dogma, innerhalb der Grenzen keinerlei nationale* **Minderheiten** *mehr zu tolerieren, kann kein Grund sein, vom geltenden Völkerrecht abweichende Normen setzen zu wollen. Allerdings liegt es auf der Hand, daß das — übrigens wenig ‚europäische' — Verharren auf Ausmerzung nationaler Minderheiten für Polen ebenso ein recht teures ‚Vergnügen' werden kann, wie selbst etwa eine Verweigerung ausländischen Grundeigentums in Polen zum Beispiel bei sogenannten ‚Joint Ventures' der vom westlichen Ausland so dringend erhofften Hilfestellung kaum förderlich sein dürfte . . . Es zeigt sich also, daß über die privaten Eigentumsrechte von Vertriebenen faktisch so verfahren wurde, als ob es sich um Vermögen handelt, das der polnische Staat für sich beansprucht. Adressat für die im künftigen Friedensvertrag geltend zu machenden völkerrechtlichen Entschädigungsansprüche ist also allein der polnische Staat, Adressant das für die Vertriebenen agierende künftige deutsche Gemeinwesen als legitimierter Vertragspartner Polens"* (140).

4.12.1989: *„Kohl beteuerte immer wieder: ‚Die deutsche Frage steht nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik'. Brandt bezeichnete noch vor einigen Monaten die Wiedervereinigung als ‚Lebenslüge'. Man kann sich nur die Augen reiben, mit welcher Akrobatik sich alle die ‚Wendehälse' plötzlich durch hochtönende Reden einen möglichst hohen Anteil an dem friedlichen Aufstand unserer Landsleute in Mitteldeutschland sichern wollen. Doch Ostdeutschland wird von den Polen weiter ausgeraubt und ausgebeutet."* (141)

4.12.1989: *„Die hessischen Grünen haben sich gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands und für einen europäischen Bundesstaat ausgesprochen. Sie erteilen jeder Form von Nationalismus eine nachdrückliche Absage. Der Kern der deutschen Frage ist die Freiheitsfrage. Sie ist positiv beantwortet, wenn in der DDR Demokratie und Menschenrechte durchgesetzt sind."* (142)

20.1.1990: *„Eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durch die Bundesregierung führte zu gigantischen Folgen: Nach rechtsstaatlichen Prinzipien müßte Polen das gesamte private Eigentum in den dann ehemaligen deutschen Ostgebieten*

anerkennen, da dieses keinesfalls untergegangen ist. Da es sich dabei um 20 Prozent des Reichsgebietes in den Grenzen von 1937 handelt (101.045 Quadratkilometer), ist der polnische Staat völlig außerstande, das private Eigentum an Grund und Boden, Gebäuden usw. zu entschädigen. Eine entschädigungslose Enteignung widerspräche jedoch rechtsstaatlichen Prinzipien. Wer deutscherseits die Auffassung vertritt, daß abgetreten werden muß, was seit 1945 ‚zu Polen gehört' muß zu Ende denken — und das vermißt man leider —, daß dies automatisch Entschädigungsansprüche aller privater Eigentümer auslöst, die eine Enteignung ihres Eigentums durch die Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches durchaus hinnehmen müßten, aber eben nicht entschädigungslos. Alle Vermögenswerte wurden im Zuge des Lastenausgleichs bis ins kleinste Detail festgestellt und liegen der amtlichen Seite in der Bundesrepublik vor."

„Für die Bundesrepublik und die DDR würde dies jedoch eine gigantische Umverteilung bedeuten, da rechtsstaatliche Prinzipien verlangen, den Verlust von 20 Prozent des Reichsgebietes auf die Gesamtbevölkerung umzulegen."

„Die politische Brisanz dürfte sich sehr bald erweisen, wenn dem betroffenen Personenkreis klar und bewußt wird, um welche beträchtlichen finanziellen Ansprüche es hier in jedem Einzelfall geht. Mit Heimatliebe eines relativ kleinen Personenkreises hat das dann nicht mehr viel zu tun, sondern mit massiven materiellen Interessen der großen Bevölkerungsgruppe der Vertriebenen und ihrer Nachkommen."

„Wegen seiner Komplexität wird das ein permanentes Wahlkampfthema ersten Ranges über viele Jahre sein mit noch völlig unübersehbaren Konsequenzen bis hin zu der denkbaren Situation, daß dann großer Widerstand gegen eine grundlose Enteignung der Privateigentümer entsteht. Schließlich steht in einem Rechtsstaat dem nichts entgegen, daß Angehörige anderer Nationalitäten Grund und Boden, Gebäude usw. als Eigentum haben."

„Stellt man diesen Konfusionen, die hier auf Polen, Deutschland und sogar Europa zukommen, den Status quo entgegen mit faktischer polnischer Westgrenze an der Oder-Neiße-Linie, eingefrorenen Reparationsansprüchen der deutschen Kriegsgegner, Paralysierung der Vertriebenen-Entschtädigungsansprüche und einer wohlwollenden öffentlichen Meinung, die voller Schuldbewußtsein gegenüber Polen ist, kann man den polnischen Anerkennungswunsch für eine Grenze, die sie haben, nur mit der alten Redensart kommentieren: Den Polen braucht man den Abgrund nur zu zeigen, hineinspringen tun sie allein." (143).

20.1.1990: *„Ich gehöre zu den ‚unbelehrbaren Träumern', die an dem von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges festgelegten Gebietsstand Deutschlands in den Grenzen von 1937 als Ausgangspunkt für friedensvertragliche Regelungen für Deutschland als Ganzes festhalten. Ich tue dies als 1959 geborener Deutscher in dem festen Glauben, daß die Deutschen endlich die Lektion aus der Geschichte gelernt haben, das Recht in der Politik niemals mehr zu mißachten, ja, es nicht einmal mehr geringzuachten. Hier springen alle, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, gedanklich zu kurz. Sie suggerieren nämlich, ein Festhalten an dieser verfassungs- und völkerrechtlich unbestrittenen Position bedrohe die jenseits der Oder-Neiße-Linie in zweiter und dritter Generation lebenden Polen kann sich denn niemand ernsthaft vorstellen, daß ein freies und demokratisches Deutschland mit einem freien und demokratischen Polen über diese Frage eines Tages einen dauerhaften Ausgleich sucht? Das Ergebnis wäre dann eine wirklich stabile und dauerhafte deutsch-polnische Grenzregelung. Dabei werden sich freilich Maximalforderungen beider Seiten nicht durchsetzen lassen. Die dann zu treffende Grenzregelung wird für beide Völker erträglicher werden, wenn den diesseits und jenseits dieser Grenze lebenden Deutschen und Polen ein Höchstmaß an Autonomie und Selbstverwaltung zugesichert wird; dazu könnte ein noch zu entwickelndes* **internationales Volksgruppenrecht** *beitragen."*

„Über solche Möglichkeiten eines Ausgleichs hört man jedoch nichts von denjenigen — zumeist Unbetroffenen —, die heute verfassungs- und völkerrechtswidrig in vorauseilendem Gehorsam die Anerkennung des Status quo des Unrechts propagieren. Dies verursacht zunehmend Bitterkeit bei denen, um die es geht: Menschen, die mit Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben wurden, die alles verloren haben, deren Verwandte und Freunde bei der Vertreibung ums Leben kamen oder die in den letzten 40 Jahren ihre Heimat schweren Herzens verlassen haben, weil sie ihnen eine polnische Unterdrückungspolitik zur Fremde gemacht hat. Während sonst an jüngster deutscher Vergangenheit zu Recht nichts verdrängt werden soll, werden hier Verdrängung und Vergessen propagiert. Während sonst zu Recht die Wiedergutmachung von in deutschem Namen begangenem Unrecht gefordert wird, schweigt man sich zur Wiedergutmachung von an Deutschen begangenem Unrecht aus."

„Die doppelbödige Moral, die hier vorherrscht, wird deutlich, wenn Politiker einerseits ein Recht Polens auf gesicherte Grenzen — allerdings auf Kosten des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes der Ostdeutschen — vertreten. Im gleichen Atemzug aber sprechen sie andererseits davon, daß es im Nahen Osten nur dann einen dauerhaften Frieden geben kann, wenn **Israel** *das Recht auf die Heimat und die freie Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes achtet und mit dem palästinensischen Volk den* **Dialog** *über einen Ausgleich hinsichtlich der ‚besetzten Gebiete' sucht."*

„ ‚Wir sind das Volk!', dies haben unsere Landsleute in Mitteldeutschland den dort (jetzt Ohn-)Mächtigen zugerufen. ‚Auch wir sind das Volk!' dies rufen die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen den (freilich demokratisch legitimierten, aber manchmal etwas (Über-)Mächtigen) im freien Teil Deutschlands zu." (144)

13.2.1990: *„Polnisches Echo auf den Besuch des Bundeskanzlers in* **Moskau.** *Mit Genugtuung ist in Warschau vermerkt worden, die Bonner Politiker (Kohl und Genscher) hätten gleichlautende Versicherungen zur Respektierung der bestehenden Grenzen gegenüber Moskau und Warschau gegeben. ‚Wir haben keinen Anlaß zu Befürchtungen', sagte der Sprecher des polnischen Außenministers. Er fügte hinzu, Polens Haltung zum Prozeß der Einigung Deutschlands habe sich in der letzten Zeit deutlich zum Positiven hin entwickelt. Die Regierungszeitung ‚Rzeczpospolita' wartete unter Berufung auf die Deutsche Press-Agentur mit der sensationell klingenden Meldung auf, Kohl habe ‚im Namen des*

künftigen vereinten Deutschlands rechtliche Garantien für die bestehenden Grenzen gegeben'. Die Zeitung knüpfte daran die Bemerkung, ‚es ist traurig, daß der Bundeskanzler diese Garantien ausgerechnet in Moskau gegeben hat' und nicht während seines Besuches in Polen vor drei Monaten. Auch die ehemals kommunistische, heute sozialdemokratische Parteizeitung ‚Trybuna' bedauerte, daß Kohl ‚Gorbatschow gegenüber die Erklärung abgab, die er den Regierungen Rakowski und Mazowiecki standhaft verweigert hat'. Alle Zeitungen bewerten das Ergebnis der Moskauer Gespräche als großen diplomatischen Erfolg für Kohl." (145)

4.3.1990: *„Der Vorschlag des Kanzlers* **Helmut Kohl,** *die Garantie der polnischen Westgrenze mit der Bedingung zu verknüpfen, daß Warschau auf die 1953 formulierte Forderung von Wiedergutmachung verzichte und die Minderheitsrechte der Deutschen in Polen anerkenne, stößt auf Widerstand bei seinen eigenen Parteifreunden. Genscher sagte den ‚Lübecker Nachrichten': ‚Jeder weiß, daß jemand, der die Grenze mit einem Fragezeichen versieht, den Weg zur Deutschen Einheit versperrt.'* **Otto v. Lambsdorff** *war ‚überrascht, daß das delikate Thema der Schadensersatzforderungen von unserer Seite erwähnt wurde!' Im übrigen spricht die in die Welt gekabelte Information von ‚Gebieten, die Polen nach der Vernichtung des Nazismus im II. Weltkrieg abgetreten wurden'."* (146)

5.3.1990: *„Paris und Moskau beeilen sich, Warschau im Falle einer deutschen Wiedervereinigung bei seinen Grenzforderungen zu unterstützen . . . Der zur FDP gehörende westdeutsche Außenminister* **Hans-Dietrich Genscher,** *der, wie die Mehrheit der Politiker in Bonn, den Verlust der Ostgebiete akzeptiert als Preis, den Deutschland dafür zahlen muß, daß es den Krieg provoziert hat, ließ durchblicken, daß es in dieser Sache zu harten Diskussionen innerhalb der Regierungskoalition kommen werde."* (147)

6.3.1990: *„Der westdeutsche Kanzler Kohl zog heute seine Forderung zurück, wonach die polnische Westgrenze anerkannt werde, wenn Warschau auf Reparationen verzichte. Dem Parlament werde ein Regierungsvorschlag unterbreitet, wonach ein Vertrag zwischen einem vereinten Deutschland und Polen die Nachkriegsgrenze anerkennen werde, ein Vertrag, der die Versöhnung der beiden Völker heilige. In dem Vertrag werde nicht auf die polnischen Reparationsforderungen eingegangen."* (148)

6.3.1990: Eine Meldung von AFP erinnert daran, daß Polen etwa 200.000 qkm an die Sowjetunion verlor und die unter polnischer Verwaltung gekommenen deutschen Gebiete 101.000 qkm betragen. Die DDR erkannte in dem **„Vertrag" von Görlitz-Zgorzelec** die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze an. (149)

9.3.1990: *„Gorbatschow betonte: ‚Wenn irgendjemand die Wiedervereinigung der beiden Deutschland dazu benutzen will, um Revanchepläne zu beleben, so betätigt er eine unverantwortliche Politik, die mit ernsten Folgen belastet wäre', informiert Tass.* **‚Revanchismus'** *ist der bevorzugte Ausdruck der sowjetischen Autoritäten, wenn man sich auf irgendeine Möglichkeit einer Veränderung der nach dem Kriege entstandenen europäischen Karte bezieht."* (150)

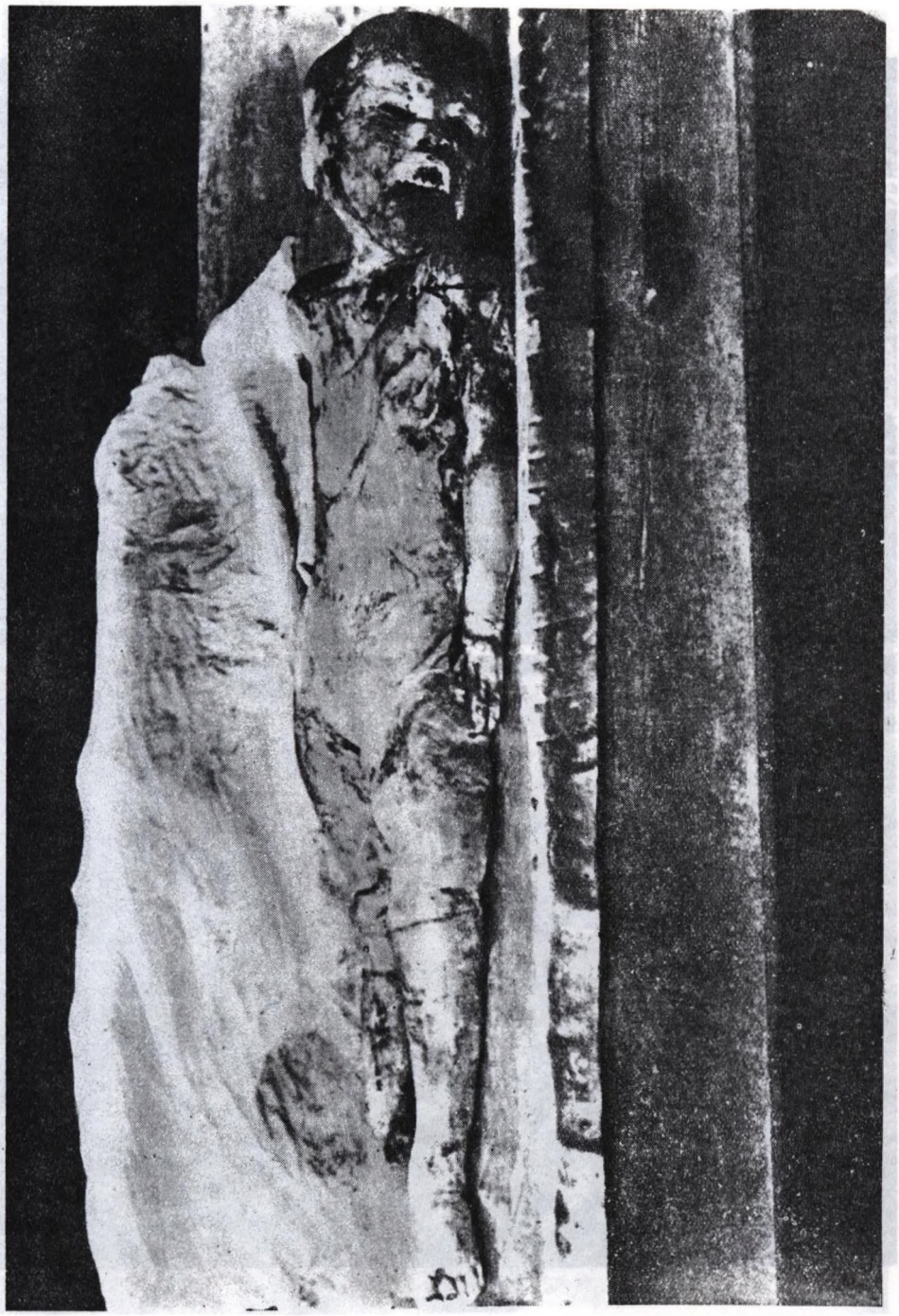
12.3.1990: *„Die BRD wies erneut den Wunsch Polens zurück, sich mit an den Verhandlungstisch zu setzen, wenn das Thema der deutschen Wiedervereinigung behandelt wird. Der Innenminister* **Wolfgang Schäuble** *sagte heute, daß die beiden deutschen Staaten und die vier Siegermächte des II. Weltkrieges diejenigen sind, die die Einzelheiten ausfeilen werden. Er fügte bei einer Fernsehdebatte hinzu, daß wir natürlich unsere Verbündeten in der Nato und unsere europäischen Nachbarn unterrichten und befragen müssen."* (151)

8.3.1990: *„In der letzten Sitzung der Volkskammer vor den Wahlen am 18. März, in welchen man einen Sieg der Sozialdemokraten vorhersieht, vereinigten sich Regierung (Modrow) und Opposition in einer Erklärung, einem übereilten ‚Anschluß' an die BRD Widerstand zu leisten."* (152)

6.3.1990: Andrzej Szczypiorski in der FAZ (in Klammern eigener Kommentar): *„Das anachronistische Denken über die deutsche Frage ist in Polen zwar nicht überall anzutreffen, wohl aber bei einem recht erheblichen Teil der Gesellschaft. Das ist das Ergebnis von vier Jahrzehnten Erziehung in der Schule totalitärer Blindheit* (es scheint uns vielmehr als Ausdruck eines krankhaften Nationalgefühls, das den polnischen Charakter seit je gezeichnet hat und auch in Zukunft für Polen darum bezeichnend sein wird. Das völlige Verschweigen der ungeheuerlichen Vertreibungsverbrechen von polnischer Seite und die Frechheit, den Spieß umdrehen zu wollen, Deutschland für verantwortlich zu erklären für einen Krieg, den Polen auf englische Veranlassung und mit englischer Unterstützung eigenwillig vom Zaune brach — mit der Forderung nach einer Grenze an Oder und Neiße, zeigen erneut die chauvinistische Blindheit dieses Volkes). . . .*Es ist für Polen besser, an seiner Westgrenze einen demokratischen Staat zu haben, dessen Wirtschaft, vor allem aber dessen soziales und politisches Leben in den Westen und die Muster der westlichen Demokratie integriert sind, als eine Bastion totalitärer stalinistischer Diktatur* (wie es bis heute die DDR war). *Doch diese Angelegenheit verbindet sich unmittelbar mit dem Vertrauen in die deutsche Demokratie.* (Und A.S. erklärt, was er darunter versteht): *Es liegt auf der Hand, daß die Bemühungen der Regierung Mazowiecki, Polen die Teilnahme an der Konferenz über Deutschland zu sichern* (Massenmörder und Landräuber sollen mitreden bei der deutschen Wiedervereinigung! Eine derart strafrechtlich begründete klare Äußerung unsererseits wurde herausgefordert und ist notwendig als natürliches Echo auf derartige zügellose Unverschämtheit), *die erste große Bewährungsprobe der souveränen (polnischen) Regierung in der internationalen Arena sind . . . Ich gehöre zu jenen Polen, die auf die Kraft und Tiefe der demokratischen Wandlungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik vertrauen . . . Vielleicht sind sich nicht alle Polen dessen voll bewußt, weil sie die Sendungen eines demokratischen Gemeinschaftslebens noch nicht erfahren haben. Daher rühren ihre Ängste.* (Nein, es sind nicht Ängste, es ist kurz gesagt, nichts anderes als ‚böses Gewissen', die Furcht vor der Bestrafung, vor der Abrechnung, die Sorge, daß das Völkerrecht wiederhergestellt werden könnte (153). *Die Oder-Neiße-Grenze ist Angelegenheit der gesamten Zukunft unseres Staates. Nur in diesen Grenzen kann Polen sich richtig entwickeln, und nur in diesen Grenzen kann es morgen oder übermorgen ein verantwortungsbewußter Partner im Rahmen der europäischen Integration sein. Für das deutsche Volk in einem vereinigten deutschen Staat stellt das Problem der Oder-Neiße-Grenze keine Lebensfrage dar. Sie ist ausschließlich* **eine sentimentale Angelegenheit,** *deren Bedeutung unter den Bedingungen demokratischer Zusammenarbeit und offener Grenzen* (was soll das hier heißen? Etwa der derzeitige Schwarzhandel zwischen Berlin und Polen?) *weiterhin schwinden wird, wie sie bereits im Verlauf der letzten vierzig Jahre vor unseren Augen geschwunden ist."*

Auf den folgenden vier Seiten Fotos von der polnischen Mordorgie, die dem II. Weltkrieg voranging. Kinder und gefesselte Väter. Überall auf den Feldern fand man deutsche Leichen, mehr als 76.000!

„Ausschließlich eine sentimentale Angelegenheit?"



Vergewaltigung der Demokratie

Immer wieder wird die Demokratie beschworen. In ihrem Dunstkreis soll es zur Versöhnung kommen. Demokratie wird gleichgesetzt mit Abtötung aller Gefühle, mit „christlichem" Verzicht auf Wiederherstellung des Rechts, mit verhinderter Sühne, mit dem Verbot sachlicher Darstellung der Vergangenheit und mit Anerkennung der Fakten, die ein nach Europa hineingetragener Weltkrieg mit Phosphorbomben und Atombomben geschaffen hat. Das ist aber nichts anderes als das Ende der Demokratie. Das gräbt ihr endgültig das Grab. Ist es doch ein Wort, das schon jetzt Millionen und Abermillionen von Menschen sterbend und anklagend über die Lippen ging, wenn sie von Demokraten geopfert und abgeschlachtet wurden. Und diejenigen, die solche Teufelei zementieren wollen, fühlen sich als gottgesandte Herren der Menschheit, denen nichts etwas anhaben kann, die meinen, sie könnten auf Massengräbern (die wirklich existieren) und auf Schmerzensschreien von lebendig verbrennenden Frauen und Kindern ein „demokratisches Gemeinschaftsleben" errichten. Sie wollen es nicht wahrhaben, daß auf solche Weise nur eine andere Art der Gesinnungsdiktatur errichtet wird, daß erneut die Jugend in die Katakomben geht, daß erneut eines Tages „unerwartet" Fesseln zerrissen werden. Sie überhören, daß die Rede des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl, die er bei einer Gedenkstunde anläßlich der Verkündung der Charta der Vertriebenen vor 40 Jahren am 5. August 1990 in Stuttgart hielt, immer wieder von Pfiffen und Buh-Rufen unterbrochen wurde und daß der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Czaja bei gleicher Gelegenheit „einen empörenden Mangel an Solidarität mit den Ostdeutschen" anprangerte und feststellte, „daß die totale Preisgabe bei uns konstant auf Widerstand stößt". Die Herrscher meinen, mit ihren heutigen, omnipotenten Mitteln der Beeinflussung und der organisierten Geschichtslügen eine deutsche Befreiung verhindern zu können. Haben sie denn immer noch nicht aus der Geschichte, auch nicht aus der allerneuesten, gelernt?

Hat man immer noch nicht verstanden, daß Begriffe wie Mörder und Räuber **absolut** Wert haben müssen, will man einen Hausfrieden errichten. Daß zur Versöhnung immer zwei gehören, daß man „Versöhnung" nicht befehlen kann? Jeder „Vertrag", der ohne Aussprache einseitig polnischen Forderungen genügt und sich nicht auf die direkte, unmittelbare Zustimmung des Volkes stützt, ist ein Diktat, ist Raub, ist Gutheißen von Mord, ist Verzicht, ist Landesverrat! Nicht Äonen können ihm diesen Makel nehmen, nicht tausend unterstützende Zeigefinger in den Parlamenten und auf Gipfelkonferenzen und Kongressen auf allen Seiten aller „deutschen" Zeitschriften.

Was die Mitsieger von 1945 sich unter **Völkerrecht** eigentlich vorstellen, ist recht erwähnenswert. Der bereits genannte Boehlich schreibt (155): *„Das Deutsche Reich, das faktisch nicht mehr existiert und das kein verständiger Mensch beerben wollte, hatte angeblich zu existieren nie aufgehört . . ."* Das alles ist nach ihm *„eine juristische Fiktion"!* Was in aller Welt sonst als häßliche Ausgeburt faschistoider Putschgenerale verschrieen wird, das de-facto-Regieren, die de-facto-Systeme, das wird hier auf einmal als das Gute und Anständige und Bewahrenswerte dargestellt. Heyke sagt zu solcher Sicht: *„Die Politik des Verzichts ist ein äußerst gefährliches Phänomen, nicht nur weil sie das Prinzip der Gerechtigkeit ausschaltet, sondern weil sie mit der Alleingültigkeit von ‚Realitäten' (Fakten) operiert. Ein weiterer bekannter Verteter der Verzichtspolitik in Westdeutschland ist Rudolf Augstein, der Herausgeber des „Spiegel", eines Nachrichtenmagazins in deutscher Sprache, dessen ‚realistische' Deutschlandpolitik, Koexistenz und andere Realitäten — von der NZZ 1966 kritisiert wird: ‚Letzten Endes wurde hinter den Thesen, die der wortgewandte deutsche Publizist entwickelte, immer wieder der professionelle Nonkonformismus sichtbar, der die fehlende Konzeption durch bloßen Sarkasmus ersetzt'."* (156)

Man spricht von der „fatalen Präambel" und zitiert den Geschichtskonstrukteur Max

Horkheimer: *„Der Patriotismus in Deutschland ist so furchtbar, weil er grundlos ist".* Daß es rechtens in unserer Staatenwelt ist, hat ihnen nichts zu bedeuten. Ginge es nach ihnen, es käme ein Staatsgebilde zustande, von dem Rechtshandeln nicht zu erwarten ist, das sich nicht nach Rechtsnormen richtet, weil es ohne Rechtsinhalt sich auf Fakten aufbaut. Das ist dann das Recht des Urwaldes, das Recht des Stärkeren. Wir fragen im Konkreten: Wäre es Polen mehr gedient, sich vor Fakten zu schützen oder vor einem Völkerrechtsbruch? Denn die Fakten sind doch morgen schon ganz sicher: Völlige wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit vom tüchtigeren westlichen Nachbarn. Vielleicht freuen sich die Chauvinisten an der Weichsel dann, wenn diese Nachbarn sich ein solides Rechtsgefühl bewahrt haben. Doch zu diesem gehört eine rechtliche, anerkannte Basis, Wiedergutmachung oder freiwilliger Erlaß der Schäden, die durch die ungeheurlichen polnischen Greuel von 1920 bis 1946 verursacht wurden. In Deutschland sehnt man sich danach, endlich vom Machtdenken weg zum Rechtdenken zu kommen. Dieser deutsche Wunsch ist wahrlich nicht erstmalig in der jüngeren Geschichte. Unsere Nationalhymne nennt gleich hinter der EINIGKEIT das RECHT als Ziel und Hoffnung der Deutschen, nicht die durch Lizenzpresse und Panzer erzwungenen Fakten.

Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, daß der Fall der Mauer mit seinen jubelnden Deutschen seinen Vorgänger in der deutschen Geschichte hat? Ich meine den **30. Januar 1933,** als die SA in endlosem Fackelzug durch das Brandenburger Tor marschierte. Als das Deutsche Volk in heiliger Disziplin ohne Blutvergießen das Versailler Diktat zerriß.

Dieses **Versailler Diktat** war ein Ungeheuer, war etwas Unerwartetes, war das Ergebnis von krankhaften Gedanken, die sich im Westen in den Logen angehäuft hatten und die ebenso unverfroren und ungebremst meinten, die Welt übernehmen zu dürfen wie es gleichzeitig und ebenso unerwartet mit einem anderen Bündel solcher Krankheitskeime so blutgierig im Osten Europas geschah (157). Sieger waren organiserte Geisteskranke, die radikal Schluß machen wollten mit abendländischem Denken. Eine gänzlich neue Schicht von „Volksführern" hatte die bisherigen Politiker ersetzt. Aus dem Dunkel der Loge, in der sie sich vorbereitet hatten, kamen sie anmarschiert und gaben der ganzen Welt mit diesem „Versailles" einen Beweis für die „Agonie des Christentums" und das „Advance to Barbarism" (158).

Dieses „Versailles" war ein Wahnsinn, im Delirium philosophischer Weltbeglückung erfunden, war etwas in der europäischen, was sage ich? in der Weltgeschichte bisher Unerhörtes. Sollen wir noch einmal aufzählen?

Die deutschen Schutzgebiete wurden geraubt. Damit verloren hunderttausende von Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit. Wie sie in Afrika, Asien und Ozeanien diesen brutalen Eingriff hinnahmen, zeigen in unvergessener Anteilnahme am deutschen Geschehen die folgenden jetzt im Jahre 1990 von **Samoa** herausgebrachten Briefmarken. Vom Reichsgebiet wurden 70.579 qkm mit 7,3 Millionen Einwohnern abgetrennt. Deutschland verlor von seiner jährlichen Förderung 75% Zink- und Eisenerz, 28% Steinkohle, etwa ein Sechstel seiner Ernte an Kartoffeln, Roggen, Gerste und Weizen, die großen Flüsse wurden internationalisiert. Hinzukamen militärische und wirtschaftliche Bestimmungen und die Zahlung von Reparationen in der Höhe von 111 Md. Goldmark, die bis zum Jahre 1988 andauern sollten. Es gab seit 1919 keine einzige deutsche Reichsregierung, die — auch ohne „Präambel" — nicht die Revision dieses Diktats auf ihrem Programm hatte. Der Ausdruck „Diktat" war die amtliche Bezeichnung für das Papier, das nach brutaler Zurückweisung der deutschen Vorbehalte am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet werden mußte. Mit den Forderungen von Jalta und Potsdam und dem Erneuern der Versailler Maßnahmen und deren bedeutenden Erweiterung kann heute eine deutsche Regierung Autorität nur beanspruchen, wenn sie wiederholt, was von Ebert bis Dönitz verkün-

det wurde. Jetzt wurde zum zweiten Male das Brandenburger Tor zum Symbol der deutschen Empörung und der Befreiung. Wieder einmal erwies es sich als undurchführbar, das Deutsche Volk auf ewig zu knechten. Und wenn man diese deutsche Forderung mißachtet und mißversteht, die Einheit in Freiheit verweigert, richtet sich die Hoffnung der Deutschen darauf, daß es bei dem von den Siegern vorgelegten Oder-Neiße-Diktat zu einer Revision kommen werde, daß das beabsichtigte Diktat von 1991 bald wieder zerrissen wird. So, wie es 1919 die Ebert und Erzberger und Scheidemann und Brockdorff-Rantzau erwarteten, als sie unter der Hungerblockade Englands, vor dem angedrohten Truppeneinmarsch in den Kern des deutschen Reichsgebietes und der Gefahr bolschewistischer Umwälzungen gezwungen wurden zur Unterzeichnung.

Genschers amtliche Version

Als man das neue Unglück auf uns Deutsche zukommen sah, daß die lange Reihe der schweren Verstöße deutscher Regierungen und Staatsmänner gegen Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht fortgesetzt werden sollten, schrieb ich am 5. Mai 1990 einen Brief an den Herrn Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, dessen erste Sätze lauteten:

„Die ‚Deutsche Welle' teilt uns soeben mit, daß nach einer Konferenz mit den Siegermächten von 1945 die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze anzusehen ist. Eine Gruppe deutscher und polnischer Staatsbürger, die hier wohnen, stand im Begriff, in einer Presseerklärung zum **Dialog** zwischen Deutschen und Polen aufzurufen. Das ist in allen ähnlichen Lagen weltweit als der angemessene und vernünftige Weg angesehen worden, um zu friedlichen Verhältnissen zu gelangen, in Südafrika, in Nikaragua, in Chile. Überall wurde als Weg der **Dialog** genannt. Deutschland und Frankreich haben erst vor einigen Tagen Litauen zum **Dialog** bewogen. Warum hat man in der Frage der Oder-Neiße-Linie nicht diesen Weg beschritten?"

Dazu hier ausführlicher:

In schwierigen **Dialogen** wird in den Wahlen vom 25. Februar 1990 ein 15-jähriger blutiger Bürgerkrieg mit dem Niederlegen der Waffen der Contras im Juni 1990 beendet (Nikaragua).

In Kolumbien kam es nicht zur Ruhe, da Präsident Virgilio Barco den **Dialog** mit den Drogenhändlern ablehnt.

Der chilenische Gesandte vor der Organisation der Amerikanischen Staaten fordert am 30. Mai 1990 einen **Dialog** zwischen den USA und Lateinamerika.

Gesellschaft für Staats- und Völkerrecht — Marburg e. V.

Gemeinnützige Vereinigung zur Wahrung und Festigung des Rechtsbewußtseins in der Öffentlichkeit

So billig ist Frieden nicht zu bekommen

Beiträge zur Problematik der deutsch-polnischen Grenzfrage (I)

Der Plan, mit einer gleichlautenden gemeinsamen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer der DDR die sogenannte Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnische Grenze zu »bekräftigen« und nach der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in einem völkerrechtlichen Vertrag zu »besiegeln«, ist rechtlich genau soviel wert wie die Erklärungen, die die Bundesregierung, der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister in den letzten Jahren vor den Vereinten Nationen, in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft und bei den Besuchen in den Hauptstädten des Westens und Ostens abgegeben haben. Sie sind aufrichtig und ernst gemeint; niemand hat das Recht, die darin zum Ausdruck kommende politische Entschlossenheit der für die deutsche Politik Verantwortlichen, an den nach 1945 entstandenen tatsächlichen Verhältnissen an der Ostgrenze Deutschlands, insbesondere an der Grenzlinie entlang der Oder und Neiße, nichts ändern zu wollen, in Zweifel zu ziehen.

Aber rechtlich bleibt festzuhalten, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach der für sie geltenden Verfassungslage weder allein noch im Zusammenwirken mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik etwas Verbindliches - sei es einseitig, sei es vertraglich - am territorialen Bestand Deutschlands zu ändern vermag. Wer das nicht auch sagt, betreibt politische Kosmetik.

Die Oder-Neiße-Linie markiert eine Grenze, die seit 1945 durch Deutschland verläuft und die deutschen Gebietsteile jenseits der Oder und Neiße vom freien Teil Deutschlands trennt. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Polen hat zwar innerstaatlich durch gesetzliche Regelungen und Maßnahmen die deutschen Gebiete schrittweise zu einem nicht mehr unterscheidbaren Teil seines Staatsterritoriums gemacht, in diesem Sinne also einseitig »vollendete Tatsachen« geschaffen. Das ist völkerrechtlich nicht in Ordnung. Was Polen nun will, ist, daß durch eine förmliche rechtliche Anerkennung der für den freien Teil Deutschlands Verantwortlichen die Völkerrechtswidrigkeit des polnischen Vorgehens geheilt wird. Das würde rechtlich eine Änderung der Qualität der Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie bedeuten: Aus einer Verwaltungsgrenze, die durch Deutschland verläuft, soll eine Staatsgrenze werden, die das Hoheitsgebiet des Staates Deutschland vom Hoheitsgebiet der Republik Polen trennt. Und damit wird klar:

Es handelt sich nicht nur um Grenzanerkennung, sondern zuerst um das Aufgeben von Teilen deutschen Staatsgebietes - eines über 100.000 Quadratkilometer großen Gebiets, so groß wie das der Deutschen Demokratischen Republik - zugunsten seiner Einverleibung in das polnische Staatsterritorium.

Nicht eine Annexion, die nie ausgesprochen worden ist und heute nicht mehr möglich ist, sondern eine völkerrechtsvertragliche Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen führt ex nunc hier zu Gebietsverlust und dort zu Gebietserwerb. Darüber ist zu verhandeln. Das heißt, nicht nur der Grenzverlauf, sondern alle mit dem Gebietsübergang notwendigerweise verbundenen Sachfragen bedürfen der Verhandlung und vertraglichen Regelung (etwa der Minderheitenschutz für die im Gebiet ansässigen Deutschen).

Machbar ist das für die zuständigen Verfassungsorgane des durch die Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik entstehenden Deutschland, für das das Grundgesetz die geltende Verfassung bildet, nur dann, wenn gleichzeitig diese Verfassung so geändert wird, daß die Grundlagen, auf denen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, betreffend den Deutschland-Vertrag und den Moskauer und Warschauer Vertrag, beruhen, entfallen; »gleichzeitig« meint, die Grundgesetzänderung darf nur in Kraft treten, wenn der völkerrechtliche Vertrag, der durch sie ermöglicht werden soll, Geltung erlangt.

Wer ehrlich will, daß die Deutschen und die Polen von der sie beide gleichermaßen bedrückenden Last des Dissenses in der Oder-Neiße-Frage und der damit verbundenen Befürchtungen und Ängste befreit werden und zu einer vorbehaltlosen Zusammenarbeit gelangen, aus der einmal ein ähnliches Verhältnis entstehen mag, wie es heute zwischen Frankreich und Deutschland besteht, darf sich nicht mit einem »Grenzanerkennungsvertrag« aus der Affäre zu ziehen versuchen.

So billig ist Frieden, der ein Generationen überdauerndes Vertrauen zwischen den Völkern hervorbringt, nicht zu bekommen.

Professor Dr. Willi Geiger, Richter des Bundesverfassungsgerichts i. R., Karlsruhe, in: Frankfurter Allgemeine vom 4.7.1990.

Gesellschaft für Staats- und Völkerrecht — Marburg e. V.

Königsberger Straße 79 • D-6553 Sobernheim

Vorsitzender: Dr. Joachim Schröder

Spendenkonto: GfSV e. V., Postgiroamt Essen, Konto-Nr.: 3219 30-430 (BLZ 360 100 43)

Spenden an die GfSV e. V. sind steuerabzugsfähig, Spendenbescheinigungen werden zugesandt.

Die südafrikanische Regierung und der Afrikanische Nationalkongreß beginnen am 1. Juni 1990 einen **Dialog.**

Gorbatschow betont bei seinem Besuch in Kanada am 30. Mai 1990: *„Heute sind der* **Dialog** *und das Vertrauen zwischen den führenden Politikern, Ländern und Nationen von ganz besonderer Wichtigkeit."*

Die Litauische Regierung gab am 1. Juni 1990 eine Erklärung ab, wonach sie auf die Durchführung von Maßnahmen verzichtet, solange der **Dialog** mit der Sowjetunion anhält.

Der **Dialog** der Vereinigten Staaten mit der Palästinensischen Befreiungs-Organisation, der vor 18 Monaten begann, wurde am 1. Juni 1990 von den USA unterbrochen.

Mandela ruft am 3. Juli 1990 vor dem Irischen Parlament in Dublin England zum **Dialog** mit der IRA auf: *„Der einzige Weg, um den Konflikt zu lösen und das mörderische Schlachten zu beenden, ist es, sich hinzusetzen und zu reden."*

„In Houston ist jetzt wenigstens die Bereitschaft zum **Dialog** signalisiert worden", kann die Presse im Juli 1990 berichten.

In den deutsch-sowjetischen Beziehungen ist das Wort **Dialog** überhaupt der zentrale Begriff. In der Erklärung der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag am 10. November 1988 sagte Bundeskanzler Kohl: *„Mit meinem Besuch wird der regelmäßige* **Dialog** *wieder aufgenommen. Für diesen* **Dialog** *sind jetzt die Weichen gestellt."* Und weiter: *„Ich zitiere das Kommuniqué des ersten Gipfeltreffens Reagans und Gorbatschows in Genf — die Entschlossenheit,* **Dialog** *und Zusammenarbeit . . . zu verstärken"* und noch einmal: *„Wir setzen darauf, daß nach den Konfrontationen des Kalten Krieges und nach den Verwerfungen der sogenannten Stagnationszeit nunmehr auf unserem Kontinent eine Chance für mehr* **Dialog** *. . . eingeleitet ist."*

Ende August 1990 tagt in Oslo ein Kongreß unter dem Titel „Die Anatomie des Hasses" unter Beteiligung u.a. von Vaclav Havel und Günter Grass. *„Der Kongreß ging der Frage nach, wie Konflikte über den* **Dialog** *gelöst werden können."* (dpa).

Die Liste könnte fortgesetzt werden, Fast täglich erscheint das Wort „Dialog" in den Überschriften, zuletzt im Zusammenhang mit den Differenzen um Kuwait.

Doch zwischen Polen und Deutschen soll es zu keinem **Dialog** kommen!

Die Antwort, die ich unter dem 21. Mai aus Bonn erhielt, lautet darum in ihrem ersten Absatz:

„Die Frage der polnischen Westgrenze ist in der Substanz geklärt. Das vereinigte Deutschland wird die bestehende Grenze in einem völkerrechtlichen Vertrag mit Polen auf der Grundlage des heutigen Grenzverlaufs endgültig bestätigen."

Diese Aussage erfolgt, ohne daß von polnischer Seite ein einziges Wort der **Wiedergutmachung** oder auch nur der **Entschuldigung** für die begangenen schweren Verbrechen erfolgte und ohne ein Versprechen, der deutschen Minderheit **Garantien** zu geben, und ohne daß das deutsche Volk in einer **Volksabstimmung** um seine Meinung in einer derart schwerwiegenden Angelegenheit befragt wurde.

Die Antwort des Auswärtigen Amts fährt fort: *„Die künftige Regierung wird aber nichts aufgeben, was nicht ohnehin durch die Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Krieges verloren wurde."*

Mit diesem Satz wurden **Rechtsmaßstäbe** vollständig ausgeklammert. Doch, *„selbst eine aus der Zusammenlegung von dreieinhalb Besatzungszonen hervorgegangene deutsche Regierung könnte die Oder-Neiße-Linie wirksam deswegen nicht anerkennen, weil eine solche Anerkennung dem Artikel 25 (Völkerrecht) des Grundgesetzes widersprechen würde, da das Verbot der Massendeportation und Liquidierung von Bevölkerungen zum*

Zwecke des Gebietserwerbs zu den prinzipiellen Regeln des Völkerrechts gehört ebenso wie die Rechtsnormen des Verbots von Grenzänderungen ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung."

„Da die Republik Polen, was heute allgemein unbestritten ist, Ostdeutschland für sich beansprucht als Frucht schwerster Straftaten, die namens und im Auftrage dieses Staates zum Zwecke des Gebietserwerbs begangen wurden, kann nach den tragenden Normen des Völkerrechts weder heute noch in der Zukunft jemals eine Souveränität des polnischen Staates über die betroffenen Gebiete rechtswirksam werden."

„Hieraus folgt, daß Erklärungen der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze den allgemeinen Regeln des Völkerrechts widersprechen und daher **nichtig sind,** *mit der Folge, daß sie unmittelbar für niemanden Rechte und Pflichten erzeugen können. Etwas anderes wäre nicht einmal denkbar, da der strafrechtliche Täter stets zur Herausgabe des durch die Straftat Zugeeigneten verpflichtet bleibt."* (159)

In meinem Schreiben hatte ich dann gesagt: „Warum haben Sie Schukows Panzern und polnischen Insurgenten einseitig das Wort geredet anstatt dem Völkerrecht zum Siege zu verhelfen? (etwa Haager Landkriegsordnung III. Abschnitt, Art. 43, 46, 47, 55 und 56)".

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10.12.1948, die in Art. 9 jedem Staate verbietet, fremde Staatsbürger in Gewahrsam zu halten oder gar des Landes zu verweisen.

Das Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12.8.1949, das durch Art. 49 jegliche Einzel- oder Massenumsiedlung sowie Deportationen untersagt.

Die Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen über Kolonialismus und Selbstbestimmung vom 14.12.1960.

Acht Noten der Westmächte zwischen dem 9.6.1950 und dem 27.4.1965, in denen die Oder-Neiße-Linie als Grenze abgelehnt und die deutschen Grenzen von 1937 als unverzichtbar erklärt wurden. (160)

Der Umfang der konkret erfolgten Rechtsbrüche geht dabei weit über alles im Zusammenleben der Völker Tragbare hinaus. Die **polnische Gewaltherrschaft** hat sich über den ganzen Zeitraum von 1919 bis 1939 und wieder von 1944 bis heute erstreckt. Schon bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges waren mehr als eine Million Deutscher aus Polen geflüchtet. Nach dem Niederlegen der deutschen Waffen kam es bei der Vertreibung der Deutschen zu 2,5 Millionen Vertreibungstoten. Derartige ungeheure Verbrechen ignorieren würde bedeuten, die heutige internationale Staatengemeinschaft offen zu verhöhnen und ihr heiligstes Wollen zu mißachten. Sie würde jegliches Ansehen verlieren.

Die verratene Revolution.

Wie ließ Herr Genscher mitteilen?: *„Die künftige Regierung wird aber nichts aufgeben, was nicht ohnehin durch die Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Krieges verloren wurde."* Zwei ursächliche Faktoren werden also genannt:

1. nationalsozialistische Gewaltherrschaft
2. der Krieg

Zu dem Vorwurf nationalsozialistischer Gewaltherrschaft haben wir uns bereits geäußert. Es hat sich um die selbstverständlichsten Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Recht gehandelt, als deutscherseits ein Teil Polens unter unsere Verwaltung kam. Es kann sogar als gesichert angenommen werden, daß die 76.000 Mörder deutscher Zivilpersonen nicht alle ihrem Richter zugeführt werden konnten. Die Tätigkeit der deutschen Gerichte erfolgte in aller Öffentlichkeit, der internationalen medizinischen Fachwelt

Der Dorfſchulze Jan Gluchowſki aus Koloſchken, Kr. Gneſen, iſt durch rechtskräftiges Urteil des Sondergerichts bei dem Militärbefehlshaber von Poſen vom 27. September 1939 wegen Mordes, begangen an dem Volksdeutſchen Otto Mier, und wegen ſchweren Landfriedensbruchs zum Tode verurteilt worden.

Das Urteil iſt heute vollſtreckt worden.

Poſen, den 28. September 1939.

Der Leiter der Anklagebehörde

bei dem Sondergericht
beim Militärbefehlshaber von Poſen.

Sołtys Jan Głuchowski z miejscowości Kokoschken, powiatu gnieźnieńskiego, został na mocy prawomocnego wyroku Sądu dla spraw wyjątkowych w Posen z dnia 27 września 1939 r. za morderstwo, dokonane na osobie Niemca Otto Mier oraz za zdradę stanu skazany na śmierć.

Wyrok wykonano w dniu dzisiejszym.

Posen, dnia 28 września 1939.

Sąd dla spraw wyjątkowych

przy Dowódcy Wojskowym Posen.

und der Presse wurden die Berge verstümmelter Leichen vorgeführt.

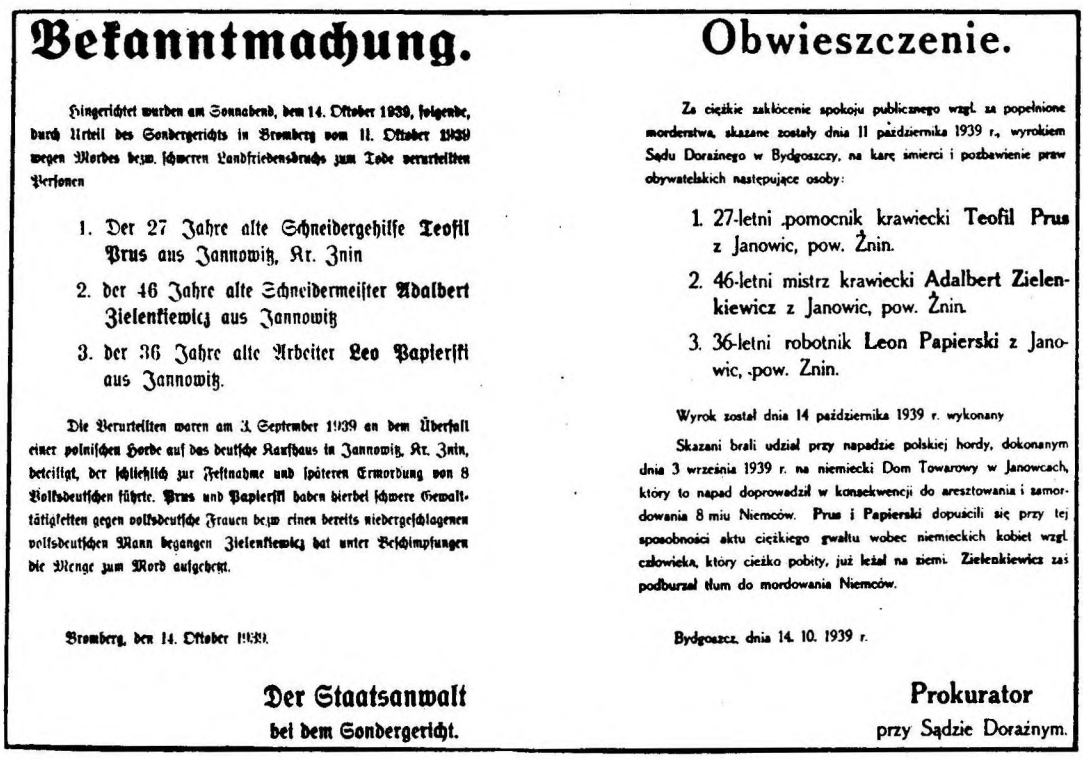
Wenn „Gewaltherrschaft" mit Grenzverlegung „bestraft" wird, was wäre dann im Osten Polens nach „Katyn" vorzunehmen? Im übrigen hat das Ganze verdammt das Aussehen, als wolle Bonn mit einiger Verzögerung das britische, Polen gegebene Garantieversprechen von 1939 zur Erfüllung bringen.

Wie weit man damit kommt, mit dem Blick auf die „bösen Deutschen in der Vergangenheit" verbrecherische Zukunftspläne zu rechtfertigen, zeigt ein Aufsatz im „Deutsch-Amerikaner". aus Chikago. Da steht zu lesen: *„London 4. März 1988. Die britische Regierungschefin Margret Thatcher hat erstmals zu verstehen gegeben, daß auch in ihren Augen Deutschland das erste Opfer eines künftigen Atomkrieges wäre. Frau Thatcher meinte, daß sich daran aber nichts ändern lasse. Zugleich gab sie der faschistischen Vergangenheit Deutschlands die Schuld am aktuellen Schicksal der Deutschen und an deren prekärer Lage in der gegenwärtigen Konstellation eines Atomkrieges."* Frau Thatcher sagte: *„Es ist die Geographie der Deutschen, es ist ihre Geschichte, sie stehen an vorderster Front."*

Vor allem ist es noch sehr zweifelhaft, ob das Vorgehen Genschers und Konsorten wirklich im Sinne ihrer Philosophie liegt. Sicher aber nicht im deutschen (und europäischen!) wohlverstandenen Interesse. Dieser Satz steht schon heute fest wie das Amen in der Kirche. Es scheint mit sehr nützlich, grundsätzliche Formulierungen wie diese weiterzugeben und zum Allgemeininhalt politischer Überlegungen zu machen!

Und, was vielleicht das schlimmste bei diesem Genscherschen Verfahren ist: Es schließt eine Tür unseres Herzens, die immer noch offen stand, die selbst die „Pervertierung deut-

scher Präsenz in Mitteleuropa" (Claudo Magris) in ihrer Stellung überlebte. Wir standen auf der Seite der verfolgten Serben, Kroaten, Tschechen, Polen und Juden und bemühten uns, ihr Leid zu mindern. Wir ließen es in unserer Gegenwart nicht zu, daß man aus ihnen



Bekanntmachung.

Hingerichtet wurden am Sonnabend, dem 14. Oktober 1939, folgende, durch Urteil des Sondergerichts in Bromberg vom 11. Oktober 1939 wegen Mordes bezw. schweren Landfriedensbruchs zum Tode verurteilten Personen

1. Der 27 Jahre alte Schneidergehilfe **Teofil Prus** aus Jannowitz, Kr. Znin
2. der 46 Jahre alte Schneidermeister **Adalbert Zielenkiewicz** aus Jannowitz
3. der 36 Jahre alte Arbeiter **Leo Papierski** aus Jannowitz.

Die Verurteilten waren am 3. September 1939 an dem Überfall einer polnischen Horde auf das deutsche Kaufhaus in Jannowitz, Kr. Znin, beteiligt, der schließlich zur Festnahme und späteren Ermordung von 8 Volksdeutschen führte. **Prus** und **Papierski** haben hierbei schwere Gewalttätigkeiten gegen volksdeutsche Frauen bezw. einen bereits niedergeschlagenen volksdeutschen Mann begangen. Zielenkiewicz hat unter Beschimpfungen die Menge zum Mord aufgehetzt.

Bromberg, den 14. Oktober 1939.

Der Staatsanwalt
bei dem Sondergericht.

Obwieszczenie.

Za ciężkie zakłócenie spokoju publicznego wzgl. za popełnione morderstwa, skazane zostały dnia 11 października 1939 r., wyrokiem Sądu Doraźnego w Bydgoszczy, na karę śmierci i pozbawienie praw obywatelskich następujące osoby:

1. 27-letni pomocnik krawiecki **Teofil Prus** z Janowic, pow. Żnin.
2. 46-letni mistrz krawiecki **Adalbert Zielenkiewicz** z Janowic, pow. Żnin.
3. 36-letni robotnik **Leon Papierski** z Janowic, pow. Znin.

Wyrok został dnia 14 października 1939 r. wykonany

Skazani brali udział przy napadzie polskiej hordy, dokonanym dnia 3 września 1939 r. na niemiecki Dom Towarowy w Janowcach, który to napad doprowadził w konsekwencji do aresztowania i zamordowania 8 miu Niemców. Prus i Papierski dopuścili się przy tej sposobności aktu ciężkiego gwałtu wobec niemieckich kobiet wzgl. człowieka, który ciężko pobity, już leżał na ziemi. Zielenkiewicz zaś podburzał tłum do mordowania Niemców.

Bydgoszcz, dnia 14. 10. 1939 r.

Prokurator
przy Sądzie Doraźnym.

verfolgte Opfer verkrampfter Anmaßung machte. Und wir nahmen dabei auch keine Rücksicht auf uns selbst. Niemals kam uns dabei später der Gedanke, so etwas „politisch" zu werten. Doch mit Entsetzen vernahmen wir, was dann an Deutschen überall im Südosten und im Osten geschah. Wir waren machtlos und sprachlos dem gegenüber. Aber wir erwarteten dafür eine Abrechnung, ohne die ein Zusammenleben mit jenen Völkern doch undenkbar schien, gerade und insbesondere war es so bei jenen, die auch ihrerseits das Unrecht und das Verbrechen in seine Schranken gewiesen hatten. Jetzt aber, da polnische (und tschechische und jugoslawische und rumänische) Sühne von Amts wegen VERBOTEN wird, solche Forderung als ein Zeichen von Unversöhnlichkeit, als Sabotage am Frieden hingestellt wird, da wird es dunkel um uns herum. Da stößt es uns ab, was in den Regierungspalästen zusammengebraut wird, da wird uns die Luft vergiftet, das Leben verwidert. Da schließen sich unsere Herzen.

Wir werden nicht reagieren, wie es der große Philosoph Karl Jaspers für solche Fälle erwartet, nämlich uns unserer Haftung für eine verbrecherische Regierung dadurch zu entkleiden, daß wir uns von dem Staat lossagen (244). Wir empfinden keinerlei Kollektivschuld mit den von Weizsäcker, Kohl und Genscher. Wir haben ihnen niemals das Recht erteilt, in unserem Namen zu handeln.

Das ist die Antwort von unserer Seite. Da bleibt nichts anderes übrig, als die Gesetze

Wer weiß

etwas über den Verbleib des in Laziński bei Zagorów verhafteten und von den Polen verschleppten Kaufmanns

Bruno Nehring.

Mit anderen Volksdeutschen führte ihn sein Leidensweg über Peisern, Ruhwat, Tulisztów, Turek und angeblich noch nach Uniejów. Seitdem fehlt jede Spur. Angaben werden[illegible] erstattung sämtl. Unkosten an die Geschäftsst. dies. Bla[illegible]

Wer weiß

etwas über den Verbleib meines Mannes

Fritz v. Hoffmannswaldau

aus Kuschen bei Schmiegel

verhaftet und verschleppt am 1. September, zuletzt gesehen zwischen Kolo und Klodawa am 5. September Unkosten für Nachrichten werden vergütet.

Marie Luise v. Hoffmannswaldau
Kuschen b. Schmiegel, Kreis Kosten.

Verschleppt

wurde am Montag, d. 4. 9. 1939, mittags 2 Uhr der Maurerpolier Richard Walkowiak, 58 Jahre alt, mit ihm war der Krankenwärter Krause. Wer kann Auskunft geben über die Vermißten? Frdl. Angaben erbittet Frau

Selma Walkowiak,
Bromberg,
Bülowplatz 5. 9886

Wer weiß etwas über meinen Mann, den Landwirt

Otto Krüger

aus Werdum, Post Ritschenwalde? Er wurde am 1. 9 interniert und verschleppt, am 8. oder 9. trennte er sich von seinem Nachbar bei Lowitsch und habe seitdem keine Nachricht. Er trug hellgrau gestreifte Hose, braunkariertes Jackett, helle Mütze.

Bitte um Nachricht. Unkosten erstatte gern zurück.

Frau Gertrud Krüger

103 **Werdum bei Ritschenwalde.**

Wer weiß etwas über
meines Schwagers, des Oberm[illegible]

Hermann Kattner

Senkowo, Kr. Samter

War tätig in der Wassermühle bei A. Schneider, W. von Bratjan, Kr. Neumark (ehem. Pommerellen)

Unkosten erstatte ich. Nachrichten an

Oskar Gebauer
[illegible]vo, Kreis Samter

Vermißt

wird **Helmuth Grossmann**, 23 J. alt, geb. Bodgorz, Kreis Thorn. Auskunft erbittet 3090

Biegon, Bromberg,
Hofstraße 8.

Landwirt

Reinhold Jäckel, Elsenhain

Kreis Kosten, wurde am 3. September verschleppt. Er soll sich angeblich mit 9 Volksdeutschen aus Nataj von Kutno nach Warschau begeben haben. **Wer weiß etwas über seinen Verbleib?**

Frau Hildegard Jäckel,
16013 **Elsenhain, Kr. Kosten.**

Ich bitte höflichst

diejenigen Personen, die etwas über den Verbleib der 8758

Olga Bilau
aus Bromberg

wissen, mir sogleich Nachricht zu geben.

Pauline Lutz, Kaldus
Kreis Kulm Westpr.

Wer weiß

etwas von

Paul Wenske, Kurnrove,

Kr. Gnesen,

33 Jahre alt, eingezogen 26. 8. zur Gnesener Artillerie, abtransportiert am 2. 9., zuletzt gesehen am 13. 9. in Modlin, als verdächtig bewacht von Feldwachtmeister. War zusammen mit Oswald Tepper, Kr. Neutomischel. Nachricht erb. unt. 10007 an das „Pos. Tagebl.", Martinstraße 70.

Verschleppt!

3621

Wer kann uns Auskunft geben über unseren Sohn **Karl**, der am Blutsonntag, dem 3. September, mit mir auf unserem Hofe von polnischen Soldaten verhaftet wurde. Montag früh wurde er noch in der Kujawierstraße gesehen. Bekleidung: hellblaues Oberhemd, Knickebocker grau, Pullover schwarz-weiß-graumeliert, schwarze Schuhe, ohne Kopfbedeckung.

Paul Altenburg, Albert-Forster-Str. 38

Verschleppt!

3783

Am 5. September wurde mein Mann **Emil Papke** und meine einzige, herzensgute Tochter **Klara** von den polnischen Banden verschleppt und ermordet. Ich möchte herzl. bitten, mir vielleicht Auskunft zu geben. — Mein Mann war schwarz gekleidet, Kittel und gestr. Hose, gelbbraunes Oberhemd. Meine Tochter: rotbraunes Kleid, bunte Trägerschürze, bl. Mantel.

Pauline Papke, Hopfengarten.

Wer kann über meinen Sohn

Hans Kroenke

Auskunft geben, der am 3. September verhaftet und dann zur 62. Kaserne gekommen ist? Von dann ab fehlt mir jede Spur. Mitteilungen erbittet

Frau **Hedwig Kroenke**
Albert-Forster-Straße 3.

5960

Dankbar wäre ich für Nachricht über meinen Beamten

5827

Herrn Helmut Klinkfich.

Er soll zuletzt am 6. September, um 13 Uhr in Hohensalza gesehen worden sein, als er von zwei polnischen Soldaten in den Maschinenhof von Glogowski, Bahnhofstr. abgeführt wurde.

Dankbar

A. Jahnz, Palczyn.

wären wir, wenn wir Auskunft über den Verbleib der Familie **A. Schatlowski** erhielten, welche am 5. oder 6. September zuletzt in Trzcinitec, Kr. Kutno, gesehen worden ist.

Familie Schiller
Schulstr.

Wer kann Auskunft geben über meinen Sohn

Konrad Baldowski

11 Jahre alt, der am 9. Sept. 2 km v. Warschau verl. gegangen ist.

3806

Elisabeth Nawrot
Karlsdorf,
Invalidenstr. 4.

Achtung!

Am 4. September, vormittags, wurden im Walde hinter der Preußischen Abdeckerei in der Kurfürstenstr. unsere Männer: **Erich Berchthold, Gustav Czarnecki, Fritz Löwenau, Otto** und **Bruno Steinhorn**, und **Ewald Kitzmann** von polnischen Soldaten fortgeschleppt, angeblich um einexerziert zu werden. Vielleicht ist einer von ihnen gesehen worden. Wir erbitten höflichst Auskunft über den eventuellen Verbleib an

7527

Herrn Bürgermeister Otto Genrich
Luisenhee, Kreis Bromberg.

Waldemar v. Kunol

aus **Riesenburg**, vor. Dom. O... Kr. Schubin. Auskunft geben. Selbe ist zuletzt am 5. 9. auf der Dombrowken bei Groß-Neudorf gesehen worden. Es wird vermutet, daß er den Weg nach Liczewo eingeschlagen hat. Waldemar v. Kunowski ist 66 Jahre alt, groß, schlank, hat graues Haar, war bekleidet mit schwarzem Anzug, braunen Schuhen, schwarzen Gamaschen, heller Reisemütze, blau-weiß gestr. Oberhemde. Baldige Nachricht erbittet

Werner Albrecht, Bromberg
Holzhofstraße 10.

3071

Wer kann Auskunft geben

er meine beid. Söhne ...gfried u. Max Schallert, die aus Antonsdorf geflüchtet und in Mogilno am 6. Septbr. interniert wurden. Sie wurden in Strelno auch noch gesehen. Um weitere Angaben, wo sie noch gesehen wurden, wird gebeten.

3261

Julius Schallert,
Antonsdorf,
Kreis Schubin.

Am Blutsonntag, um ½7 Uhr abends, wurde der Kriegsinvalide

2613

Wilhelm Rothaug

und

Erich Krause

von den Banditen **Wojtanowski, Czerkiewicz u. Slupowski** aus meiner Wohnung geschleppt. Wurden Richtung Nakeler Str. noch gesehen. Wer kann über weiteren Verbleib Auskunft geben? Baldige Angaben an Frau **Rothaug, Bromberg,** Wilcza 7, erbeten.

des Urwaldes selbst in die Hände zu nehmen, die heute von Bonn und Berlin und von den *vier Siegermächten und von Polen als gültig erklärt werden.*

Der zweite Teil des genannten Bonner Satzes ist noch ungeheuerlicher. Er lautet: *„Das Gebiet jenseits von Oder und Neiße ging durch die Folgen des Krieges verloren"*. Wo sind wir denn da hingekommen, Herr Genscher? Gebiete gehen also infolge von Kriegen verloren, punktum. Ja, dann allerdings hat Herr Ridley mit seinen Sorgen recht, denn dann gibt es für das deutsche Volk nur noch eine einzige Hoffnung: einen weiteren Krieg zu führen und ihn zu gewinnen. Und dann alles das einzusacken, was unsere Truppen in Nord und Süd und Ost und West erreicht haben. Mit Hilfe von Phosphorbomben und Atombomben und chemischen Waffen, soviel wie der Krieg nur hergibt. Denn Gott Mars regiert auf dieser Welt. Herr Genscher hat es uns sehr deutlich schwarz auf weiß zur Kenntnis gebracht. Übrigens kann man dann auch Kriegsziele ganz ungeniert aussprechen, so, wie Polen bereits 1939 von der Oder-Neiße-Grenze sprach, als von einer „nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" noch gar keine Rede sein konnte.

Die Auffassung von Recht und Gesetz unseres westdeutschen Außenministers ist um so unverständlicher, wenn man bedenkt, daß es doch (angeblich?) die eigentliche Essenz unserer Politik sein will, allen Rechtsbrüchen und Völkerrechtsverbrechen ein Ende zu setzen und einem „Frieden auf Erden" zuzusteuern. Das Vorgehen der Bundesregierung schafft absolute **Friedlosigkeit.** Das bereits angelaufene Bemühen, durch diktatorische Maßnahmen auf dem Gebiet der Geschichtsforschung und der Bildung Teile unserer Vergangenheit zu fälschen oder zu löschen, findet mit dieser Nichtachtung internationaler Verträge eine Art Absicht, als sollte eine unwahre Historie den Völkerrechtsbruch ermöglichen. Damit ist unsere Gegenwart und alle Zukunft belastet mit einer für rechtlich denkende Menschen untragbaren Hypothek. War es bis jetzt den Menschen in der DDR wie ein Zwang unter welchem sie die bolschewistische Regierung in ihrem Innersten registrierten, um im geeigneten Moment zum Aufstand zu schreiten, so verschließen jetzt 80 Millionen Menschen den Schwur, Recht und Wahrheit wieder zur Geltung zu bringen bis auf einen noch unbestimmten Tag. Der jungen gesamtdeutschen Demokratie wird mit der Oder-Neiße-Grenze ein schwerer, tödlicher Schlag versetzt. In meinem Brief an den Herrn Außenminister schließe ich: „So wurde eine dekretierte ‚Grenze' geschaffen, ohne demokratische Zustimmung von deutscher Seite, ohne Anhören der Geschädigten und Hinterbliebenen, in einem Schritt, der den Verzicht auf ein Viertel des Staatsbodens bedeutet. Für solche Diktate gilt nicht das pacta sunt servanda. Das war jedenfalls die amtliche reichsdeutsche Auffassung ‚Versailles' gegenüber von 1919 bis 1945. Sie haben eine Grenze des Unfriedens geschaffen, die es England erneut ermöglicht, jederzeit wieder die Lunte ans Pulverfaß zu halten."

Verläßt man den gemeinsamen, schwer erkämpften Boden des Völkerrechts, dann stößt man das deutsche Volk in die Wüste der **Gesetzlosigkeit.** Unter dem Schwall der schönen Phrasen im Fernsehen und in den Zeitschriften wird das zunächst verdeckt werden. Die seelische Verarbeitung braucht Zeit. Und es wird sich in dem teilvereinigten Deutschland dann die gleiche Gefühlslage einstellen, wie sie sich in 40 Jahren im Gefängnis der DDR angestaut hatte. Es gehört zum Wesen a l l e r geschichtsphilosophischen Experimente, daß ihre Verkünder blind sind für die Fehler, die sie machen und für die Gefahren, die sie laufen. Ein freiwilliger Abtritt ist darum undenkbar. Möglicherweise wird dann, wenn der nächste Ausbruch sich Bahn bricht, wieder das Unrecht verharmlost und um Gnade für die Verbrecher von gestern gewinselt. Und die Loge wird mit einer weiteren Gruppe von Wendehälsen auch die Oder-Neiße-Grenze zu Grabe tragen, nachdem erneutes Unglück aus der Untragbarkeit der internationalen Rechtslosigkeit des deutschen Volkes erwachsen ist. Nicht die Einzelheiten dieses Vorgangs können wir heute wissen, doch

der Ablauf des Geschehens folgt Gesetzen, die wir Deutsche besser als andere kennen. Kommt es zur Oder-Neiße-Grenze, dann verliert alles Geschehen in Deutschland freudige Zustimmung, Glanz und Licht, und wieder versinken wir im dumpfen geschichtslosen Dunkel gott- und rechtlosen Siechtums, dann hat man erneut den Lebenswillen jenes Volkes kastriert, das in der Mitte des immer noch lebensfrohesten Kontinents bereit gewesen wäre, seine Kraft zur ökologischen und philosophischen Rettung des Erdballs einzusetzen. Einem Volke, dem man ein Viertel seines Gebietes entgegen Recht und Gesetz raubt und das man von Massenmördern beschimpfen läßt, sollte man nicht zutrauen, daß es bereit ist, mit anderen Völkern am gleichen Strange zu ziehen. Einer nach dem andern wird verbittert Vorhaben wie „Europa" und „Eine Welt" abgestumpft und niedergeschlagen im wahren Sinne des Wortes den Rücken kehren. Das bedarf keiner Propagierung, das ist zutiefst menschlich zu erwarten. Selbst wenn es bereits anläuft, wird man es nicht wahrhaben wollen, so wenig wie man es wahrhaben will, was alles heute schon von den gleichen Diktatoren im Philosophenrausch vernichtet wurde. Daß die von Bonn gewährte Rechtlosigkeit in den internationalen Dschungel führen muß und daß in diesem nicht die Nutznießer solcher „Freiheit" abgestochen und ausgeraubt werden, sondern jene die trotz allem versucht hatten, wieder etwas zu erarbeiten für ihre Familie, ihre Heimat, auch das läßt sich nach dem ersten „Bromberg" leicht voraussagen.

Geschichtsphilosophen neigen dazu, die ihnen untertane Welt in ein Prokrustesbett zu zwängen und unter wahnwitzigen Opfern den Menschentyp und die menschliche Gesellschaft zu erzwingen, die sie sich als ideal vorstellen, und sie verbinden diese Einrichtung von Lagern, Massengräbern, Schlangen vor den Konsumzentren, Völkervermischung, Mauern mit geistesschwachen Träumereien von dem Zukunftsstaat voller Freiheit und Glückseligkeit. Unser voriges Buch leiteten wir ein mit den Spinnereien der Baha'is. In diesem brachten wir „Sozialistische Träumereien" und erwähnen den Mondspaziergang Weizsäckers. Hinzufügen wollen wir hier noch, was mir Herr Hans-Dietrich Genscher hauptverantwortlich für die Oder-Neiße Grenze, mitteilen ließ: *„Die abschließende Regelung der Grenzfrage soll nicht einer Abgrenzung zwischen Polen und Deutschen dienen, sondern die Voraussetzung für gemeinsame Bemühungen beider Völker zur Überwindung von Grenzen schaffen. Durch umfassende Zusammenarbeit und freien Verkehr von Menschen und Ideen sollten die Grenzen ihren trennenden Charakter auf die Dauer ganz verlieren.* " Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, aber auf so etwas kann ich einfach nicht eingehen. Das ist mir einfach zu hoch. Lafontaine (der richtige) hätte dazu bestimmt eine weitere nette Fabel gedichtet, etwa wie die vom Raben mit dem Käse im Schnabel, der vom Fuchs gelobt wird. Herr Genscher, wem gehört denn nun in Zukunft Schlesien? Paßt es zu diesen Genscherschen Grenzvisionen, daß schon im Augenblick der deutschen parlamentarischen „Anerkennung" der Oder-Neiße-Grenze die Nachbarn Polen und Deutschland den Visumszwang einführen? Klarer kann die Genschersche „Außenpolitik" doch wohl nicht als irreal gekennzeichnet werden.

Falls Herr Späth Frau Thatcher mit solchen und ähnlichen Hirngespinsten ansprach, kann man verstehen, daß man in England beruhigt wurde.

Es war ein ganz großes Theater, die sogenannte „Wiedervereinigung". Man sah sich überall in der Welt, in Irkutsk, im Kaukasus, in der Pfalz, auf Malta, auf den Bermudas, in Paris und in London und in Berlin, in Halle an der Saale und in Texas. Und man vergaß in keinem Augenblick, die eigentliche Rolle zu spielen. Unterbrochen von Kostümwechsel mit abgenommener Krawatte. Ein Ensemble war da beisammen, das in allen Teilen Jahre lang durch die Schule der Loge gegangen war. Die Zeichen zum Auftreten, die notwendigen Stichworte waren seit langem gut einstudiert worden. In allen Sprachen. Das Ergebnis stand schon vor Jahresfrist fest. Hin und her ging das Schattenboxen, das Tauziehen und

immer war alles zeitgerecht fertig für den nächsten Schritt. Man schaue sich nur den KALENDER der Ereignisse an, den wir hier bringen. Selbst der Coup aus Bagdad verschob dann nicht mehr den Plan. Es gab sogar einzigartige Gelegenheit, die Geschlossenheit der Front unter Beweis zu stellen. Undenkbar, sich ein perfekteres Theaterstück vorzustellen wie das, was man uns in den letzten zwanzig Monaten aufführte. Niemand wird es bedauern, hier noch einmal den Gang der Dinge nachzuerleben. Der Erdball war verzückt im Zuschauerraum versammelt. Auf der Bühne standen die gehorsamsten Diener einer Macht, die aus dem Hintergrund befahl. Und in keinem Augenblick wurde es langweilig. Bis zum letzten Akt hielt uns das Konzert in Spannung. Man könnte an Stelle dieses Buchentwurfes aus dem Geschehen ein ganz großes Werk machen. Einstweilen möge die vorliegende Arbeit genügen.

Ein Kalender

Wenn wir uns den Weg der Dinge 1990 noch einmal ansehen, kann man angesichts der Überfülle nicht eine gewisse Verwegenheit bei dem zügigen Vorgehen übersehen:

10.11.1989 Pentagonale (Österreicht, Ungarn, Italien, Jugoslawien, Tschechoslowakei) tagt in Wien
10.12.1989 Die Außenminister der vier Siegermächte in Berlin
18.12.1989 Handels- und Kooperationsabkommen zwischen EG und Sowjetunion in Brüssel
22.12.1989 Das Brandenburger Tor wird geöffnet
20.12.1989 Bush und Gorbatschow treffen sich auf Malta
11.02.1990 Kohl und Genscher in Moskau
22.02.1990 Genscher in Rom
24.02.1990 Andreotti und de Michelis in London
03.03.1990 Bush und Kaifu in Kalifornien
05.03.1990 Modrow in Moskau
08.03.1990 Jaruzelski und Skubiszewski bei Mitterand in Paris
18.03.1990 Erste freie Wahlen in der DDR. De Maizière wird Ministerpräsident
27.03.1990 Lothar Späth bei Frau Thatcher in London
29.03.1990 Kohl spricht in Paris im Fernsehen
30.03.1990 Kohl in London und Cambridge
12.04.1990 Frau Thatcher und Bush auf den Bermudas
16.04.1990 Umweltkonferenz in Washington
18.04.1990 Popkonzert zu Ehren Mandelas in London
22.04.1990 Besuchsreise des Papstes durch die Tschechoslowakei
22.04.1990 EG-Ministertreffen in Dublin
26.04.1990 Deutsch-französischer Gipfel in Paris. Gemeinsamer Brief an Landesbergis, Litauen
01.05.1990 Gemeinsame deutsche Gewerkschaftsfeier vor dem Reichstagsgebäude in Berlin
02.05.1990 Staatsbesuch v. Weizsäckers in Warschau
03.05.1990 Gemeindewahlen in Großbritannien. Verluste der Konservativen
05.05.1990 2 + 4 Außenministertagung in Bonn
10.05.1990 UN-Umweltkonferenz in Bergen
10.05.1990 Treffen der Verteidigungsminister der Nato in Kanada
15.05.1990 Außenminister Baker in Moskau

17.05.1990 Kohl und Bush in Washington
18.05.1990 Erklärung von Bush zugunsten der Wiedervereinigung
23.05.1990 Genscher und Schewardnadse in Genf
30.05.1990 Weizsäcker bei Mitterand in Paris
31.05.1990 Gorbatschow und Bush in Washington
07.06.1990 EG-Umwelttagung in Luxemburg
10.06.1990 Reise von Frau Thatcher nach Leninakan (Armenien) und Kiew (Ukraine)
11.06.1990 Genscher und Schewardnadse treffen sich in Brest (Weißrußland)
18.06.1990 Genscher und Schewardnadse treffen sich in Münster
20.06.1990 16. französisch-afrikanischer Gipfel in Le Baule
21.06.1990 Gemeinsame Erklärung von Bundestag und Volkskammer zur Oder-Neiße-Grenze; 15 Gegenstimmen
25.06.1990 Japan und USA; Wirtschaftskonferenz in Tokio
26.06.1990 EG-Tagung in Dublin
29.06.1990 KSZE-Konferenz in Kopenhagen (seit 5.6.)
02.07.1990 Wirtschafts- und Währungseinheit von DDR und BRD
08.07.1990 Engl. Wirtschaftsminister Ridley polemisiert gegen Deutschland, Frankreich und die EG
08.07.1990 Natogipfel in London
09.07.1990 Kohl in Rom; Fußballweltmeisterschaft Deutschlands
09.07.1990 Weltwirtschaftsgipfel in Houston
10.07.1990 Kohl in Moskau
15.07.1990 Kohl und Genscher in Moskau; ganz Deutschland in einer neuen NATO
16.07.1990 Frau Thatcher hält ein Seminar über die englische Deutschlandpolitik ab
16.07.1990 Baker stellt (im Flug nach Paris) Bedingungen für die Wiedervereinigung (Grenze zu Polen)
17.07.1990 2+4+1 Außenministerkonferenz in Paris; Oder-Neiße-Grenze abgesprochen
19.07.1990 Eisenbahnattentat bei Rostow am Don
20.07.1990 Übereinkommen von Schelesnowodsk (Gorbatschow und Kohl) das Ende von Jalta
20.07.1990 IRA-Bombe in Londoner Börse
21.07.1990 Rock-Konzert „The Wall" in Berlin
25.07.1990 Andreotti und Gorbatschow in Moskau
31.07.1990 Erstes Gipfeltreffen der Pentagonale in Venedig
01.08.1990 Baker und Schewardnadse in Irkutsk
02.08.1990 Saddam Hussein besetzt Kuwait
05.08.1990 Kohl spricht in Stuttgart zu den Vertriebenen
14.08.1990 Protest der Landwirte in der DDR
23.08.1990 Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR, für den 3. Oktober vereinbart
09.09.1990 Bush und Gorbatschow in Helsinki (Thema: Kuwait)
12.09.1990 Abschließende 2+4-Konferenz in Moskau. Vertragliche Garantie der deutschen Grenzen.
03.10.1990 Staatsrechtliche Einheit von DDR und BRD
08.10.1990 Israelische Polizei tötet 21 Palästinenser vor dem Felsendom in Jerusalem. Sicherheitsrat einberufen
13.10.1990 Polen und die Ukraine unterzeichnen einen Nichtangriffs- und Grenzanerkennungsvertrag
14.11.1990 In Warschau Grenzvertrag zwischen Polen und Deutschland unterschrieben
19.11.1990 KSZE-Konferenz in Paris — Das Ende des „Kalten Krieges"

28.11.1990 Kriegsresolution des Sicherheitsrates gegen den Irak

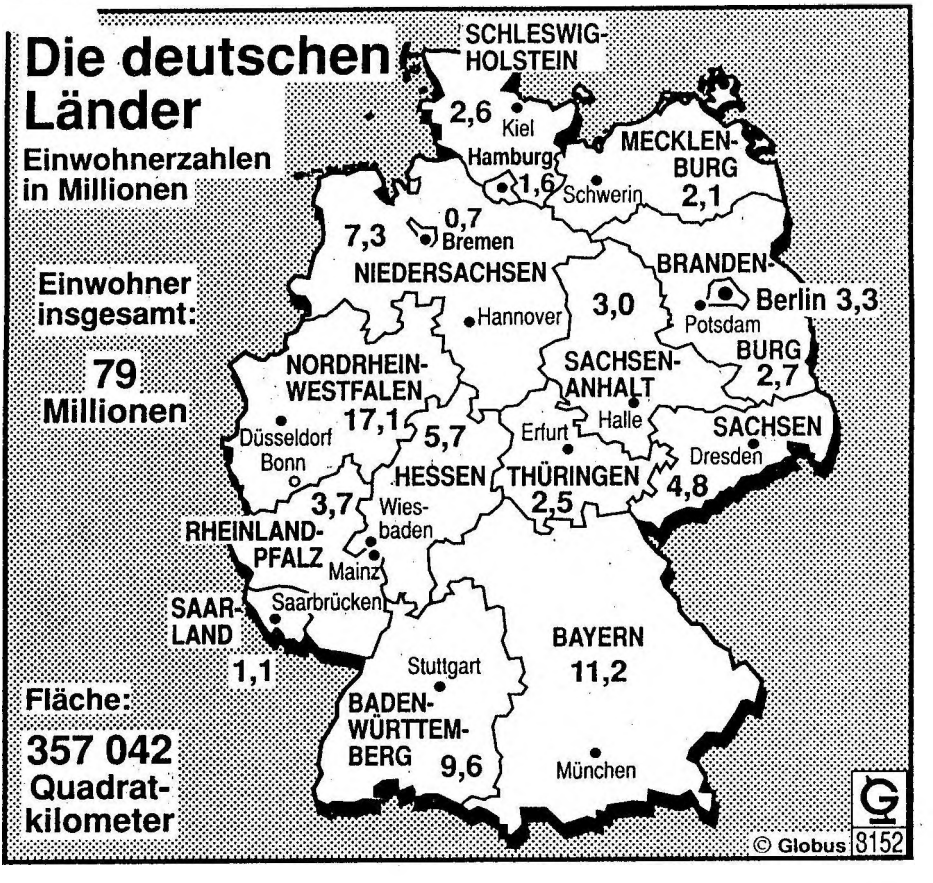
02.12.1990 Gesamtdeutsche Wahlen. Geringste Wahlbeteiligung (78%) seit 1949. Hauptmotiv: der deutsche Osten.

15.12.1990 De Maizière legt seine Ämter nieder

20.12.1990 Schewardnadse tritt zurück

12.01.1991 Der USA-Kongreß gibt Bush grünes Licht zum sofortigen Angriff gegen den Irak. Damit wird der „UN-Krieg" zu einem *„Amerikanischen Krieg, denn die USA sitzen allzu prächtig in der Stellung als einzig übriggebliebene Supermacht. Wenn Bush jetzt den Krieg wählt, so handelt er nicht als chairman of New World Order Inc., sondern als Amerikas Präsident. Er weiß genau, daß viele Leute im In- und Ausland ihm erbittertsten Widerstand leisten werden."* („The Economist" 10.11.1990). Israel steht hinter ihm. Der deutsche Außenminister Genscher wiederholt die Räumungsforderung gegen den Irak. Gleichzeitig beweist dagegen die Sowjetunion mit ihrem militärischen Vorgehen gegen litauische Separatisten, daß sie den von Warschau (Schlesien), London (Gibraltar, Malwinen, Nordirland, Kuwait), Israel (forcierte Besiedlung Ostjerusalems, Truppen gegen die intifada) und Washington vorgeführten Geist der Zeit richtiger interpretiert.

15.01.1991 Ablauf des bedingungslosen Ultimatums der UN an den Irak, dessen Provinz Kuwait zu räumen, damit sie wieder Teil der kapitalistischen Welt werden kann.



So kann nie Frieden werden!

Selbst der Deutschenhasser warnte vor schwelendem Unrecht!

Keiner kann behaupten, daß Winston Churchill ein großer Freund der Deutschen war. In seinem Buch »Der Zweite Weltkrieg« bezeichnet er den jetzt zur (Wieder-) Vereinigung anstehenden deutschen Bereich - DDR und Bundesrepublik Deutschland - als »Rumpfdeutschland«. Zur Frage der »polnischen Westgrenze« schreibt er: »...Hier ist ein Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Europas Elsaß-Lothringen und der polnische Korridor nicht viel mehr als eine Kleinigkeit waren. Eines Tages würden die Deutschen diese Gebiete zurückverlangen...« Wenn unsere Anerkennungs-Politiker sich pausenlos als »Realisten« bezeichnen, - war Churchill, der für dieses Buch immerhin den Nobelpreis erhielt, etwa ein Phantast? Nein, bei allem Deutschenhaß wußte er sehr wohl: Unrecht kann keinen Frieden bringen!

Das neue Diktat

Aus dem soeben vorgelegten Kalender nehmen wir jetzt jene Ereignisse etwas näher unter die Lupe, die zur Oder-Neiße-Grenze führten.

Als Helmuth Kohl den Versuch unternahm, einen Grenzvertrag mit Polen zu konditionieren (keine polnischen Entschädigungen; Garantie von Minderheitenrechten für die Deutschen in Polen) erklärte der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski in „Die Welt" *„Wir werden mit den Deutschen nicht in eine Diskussion über die Grenze eintreten."* Er wurde sofort unterstützt von Mitterand und von Gorbatschow. Über „Tass" ließ der Letztgenannte verlauten: *„Wenn jemand die Wiedervereinigung der beiden Deutschland ausnutzen will, um revanchistische Pläne aufleben zu lassen, so wäre das eine unverantwortliche Politik, die ernste Folgen haben würde."* (162). Kohl mußte zurückstecken und der Sprecher der FDP, Torsten Wolfgram erklärte: *„Über diesen Punkt darf keine Unklarheit herrschen. Der Vertrag wird sich nur mit der Grenzfrage befassen."*

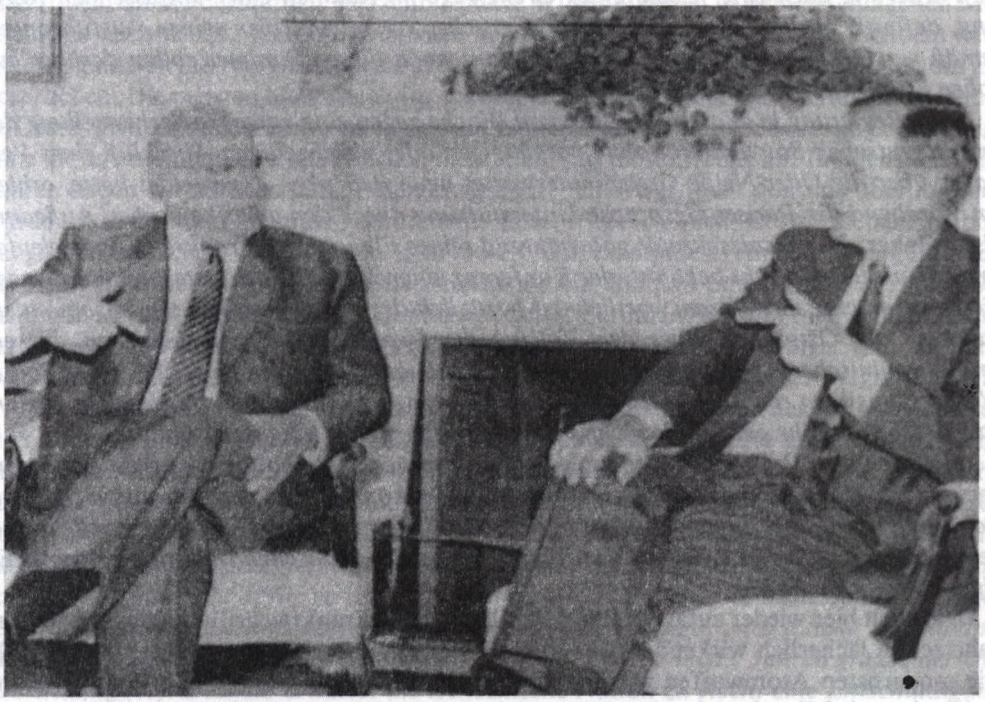
In der Aprilnummer von „Newsweek" lesen wir: *„In Polen herrscht eine Heidenangst vor Deutschland. Wahnvorstellungen über die Absichten eines wiedervereinigten Deutschlands greifen in der polnischen Führung um sich. Verärgert darüber, daß Bonn noch die polnischen Nachkriegsgrenzen anerkennen muß, drängen hohe Beamte in Warschau darauf, die Armee trotz Bonns Friedensversicherungen aufzubauen. ‚Wir haben eine starke Verteidigung aufrechtzuerhalten', sagt Jacek Szymanderski, ein führender Abgeordneter, der danach strebt, Verteidigungsminister zu werden. ‚Man kann nie wissen, wann Deutschland versucht, ein Stück polnischen Gebiets abzutrennen'. Oberst Wieslaw Gornicki, politischer Berater des polnischen Präsidenten, General Wojciech Jaruzelski, hat ein besonders finsteres Bild. Er sagte ‚Newsweek', er habe eine Verschwörung aufgedeckt zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion, um Polens Nordgrenze mit Deutschen zu flankieren. Es ist nicht lange her, sagt er, daß Moskau vorschlug nicht weniger als 4 Millionen Volksdeutsche von irgendwoher aus der Sowjetunion nach Kaliningrad (Königsberg), der russischen Enklave zwischen Polen und Litauen zu bringen. Königsberg war einst der Sitz der Herzöge von Preußen. Die Westdeutschen stimmten bei, einige ‚Milliar-*

den Mark aufzubringen, um die Bewegung zu finanzieren', sagte Oberst Gornicki. Wie er das wissen könne? ‚Glauben Sie mir', sagte er."

Solchen und ähnlichen, aus bösem Gewissen geborenen Befürchtungen muß der westdeutsche Bundespräsident von Weizsäcker in einem Vortrag in dem soeben erst gegründeten Freimaurerzirkel „Polnischer Europaclub" entgegentreten. *„Er bemühte sich, die polnischen Befürchtungen zu zerstreuen, daß die Deutschen über die Köpfe der Polen hinweg eine Neugestaltung des europäischen Kontinents planen könnten. Das überzeugendste Argument gegen diese Verschwörungstheorie hat laut Weizsäcker der polnische Außenminister Skubiszewski in die internationale Politik eingebracht, als er bei einem seiner Besuche in Bonn den Begriff ‚polnisch-deutsche Interessengemeinschaft' prägte."* (172).

Während **Gorbatschow** noch im Anschluß an sein Treffen mit Bush auf **Malta** der Presse erklärte, *„die Wiedervereinigung ist allein Sache der Deutschen"*, erklärte er kurz darauf Genscher in Moskau: *„Die Sowjetunion hält an den bestehenden Grenzen fest."*

Am 18. Mai erklärt **Bush** seinerseits in Washington: *„Ich stimme mit Kohl darüber überein, daß die 2 + 4-Gespräche über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit alle Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung beenden sollten. Ein vereinigtes Deutschland sollte volle Kontrolle über sein gesamtes Territorium ohne irgendwelche neue diskriminierenden Beschränkungen der deutschen Souveränität haben"* (163).



Als **Polen** erneut fordert, zu den 2 + 4-Verhandlungen hinzugezogen zu werden, weist Innenminister Wolfgang Schäuble dieses am 12. März 1990 mit den klaren Worten zurück: *„Die beiden deutschen Staaten und die vier Siegermächte des II. Weltkrieges sind es, die die Einzelheiten ausarbeiten"* (164). Es wird dann ausgemacht, daß der polnische Außenminister bei der dritten vorgesehenen Sitzung in Paris anwesend ist. In den Gesprächen, die im Mai 1990 *„die Leiter der Rechtsabteilungen der Außenministerien Polens, der*

Bundesrepublik und der DDR führen, besteht Polen doch wieder auf der Paraphierung eines Grenzvertrages mit beiden deutschen Regierungen schon vor der Vereinigung" (165).

„Zur Bereinigung der ‚äußeren Aspekte' der deutschen Vereinigung (166) haben sich am Dienstag den 17. Juli die Außenminister der vier Siegermächte und die Außenminister der beiden deutschen Staaten in Paris zur dritten Runde der Zwei-plus-Vier Gespräche eingefunden. Im Zentrum der Erörterungen, an denen in der zweiten Tageshälfte auch die eigens eingeladenen polnische Delegation teilnahm, stand das Traktandum eines allseitig akzeptablen Verfahrens zur **Garantie der Oder-Neiße-Grenze.** *In dieser Frage haben sich, im Einvernehmen mit den übrigen fünf Gesprächsteilnehmern, Außenminister Genscher und sein polnischer Amtskollege Skubiszewski im Grundsätzlichen geeinigt."*

„Die Minister der Zwei-plus-Vier-Gespräche haben gemeinsam bekräftigt, daß das vereinte Deutschland die Bundesrepublik, die DDR und Berlin umfassen wird. Polen wird ein Vertrag zugesichert, der sich auf die Grenzfrage zu beschränken hat und in der **kürzestmöglichen Frist** *nach dem Vollzug der Vereinigung unterzeichnet sowie dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifikation vorgelegt werden soll. Der Abschluß eines* **umfassenderen deutsch-polnischen Vertragswerkes** *ist für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen."*

„Außenminister Skubiszewski äußerte an der abschließenden gemeinsamen Pressekonferenz der sieben Teilnehmer seine **volle Zufriedenheit** *mit dieser Regelung. Er legte dabei viel Gewicht auf die Feststellung, daß damit der sogenannte deutsche Friedensvorbehalt, die Forderung nach einer Lösung der Grenzfrage im Rahmen einer umfassenden Regelung, definitiv aus der Welt geräumt sei. Genscher versprach Polen seinen Ausführungen gemäß verstärkte wirtschaftliche Kooperation; noch diesen Sommer sollen darüber auf hoher Ebene Gespräche aufgenommen werden."*

„Die Regierung in Warschau, die letzte Woche gegen eine volle Wiederherstellung der gesamtdeutschen Souveränität ohne vorgängigen oder gleichzeitigen Abschluß eines Vertrages über die Oder-Neiße-Grenze unerwartet neue Bedenken angemeldet hatte, erhielt am Vorabend der Pariser Gespräche Unterstützung durch den amerikanischen Außenminister **Baker.** *Der Staatssekretär gab während seines Fluges nach Frankreich Presseleuten gegenüber seine Absicht bekannt, der Konferenz einen Vorschlag zu unterbreiten, wonach die Siegermächte ihre Verantwortlichkeit bezüglich der deutschen Grenzen, insbesondere natürlich der Ostgrenze, über den Vollzug der Vereinigung hinaus behielten, bis ein deutsch-polnisches Abkommen unterzeichnet ist. Diese Akzentverschiebung in der Politik Washingtons kam recht überraschend, nachdem die Regierung Bush bisher ohne erkennbare Vorbehalte ihr ganzes Gewicht stets zugunsten Bonns eingesetzt hatte."*

„Äußerungen Präsident **Mitterands** *ließen vermuten, daß die Anregung Bakers besonders bei der französischen Delegation Gehör finden könnte. Aus der Delegation des State Department war aber zuvor schon verlautet, daß Baker den Vorschlag zurückzuziehen gedenke, falls es ohnedies zwischen der deutschen und der polnischen Delegation zu einer Einigung kommen würde."*

Die auch hier wieder zutage tretende labile Haltung **Frankreichs** findet dann einen beinahe schon lächerlich wirkenden Ausdruck in der grandiosen Militärparade am 14. Juli. Die modernsten Atomwaffen wurden einer jubelnden Menge vorgeführt und Mitterand verkündete, daß Frankreich seine Atommacht weiter ausbauen werde. Erst kürzlich wurde eine französische Atomexplosion im Südpazifik zum Ärgernis. Die Abweichung im Grundsätzlichen, hier Staatsdenken, dort Weltfriedenspläne, macht das deutschfranzösische Verhältnis zu einem internationalen Problem.

An dieser Stelle müssen wir sodann den werten Leser bitten, sich noch einmal das Foto anzusehen, das von den sieben Teilnehmern nach Abschluß der Konferenz in Paris gemacht wurde. Ins Auge springen jedem sofort die beiden Zeigefinger des westdeutschen

Außenministers **Hans Dietrich Genscher.** Sie machen auf den wesentlichen Kern der soeben abgehaltenen Konferenz aufmerksam. Im eigentlichen handelt es sich nicht um ein Abkommen zwischen Staaten, sondern um eine Übereinkunft im Rahmen freimaurerischer weltpolitischer Pläne. (Foto S. 52)

In keinem Falle handelt es sich hauptsächlich darum, völkerrechtliche Abgrenzungen festzulegen. Es geht weder darum, wie weit Polen reicht, noch wo Deutschland aufhört. Es geht in erster Linie darum, wie sich Polen auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite der hier festgeschriebenen Linie entlang Oder und Neiße zu verhalten haben. **Was zählt, ist der Geist,** in welchem hier verhandelt und entschieden wurde. Die sich auf diesem Foto zur Schau stellenden sieben Außenminister zeigen mit den beiden Zigefingern des Hauptbetroffenen, daß sie alle sieben völlig uninteressiert sind an machtmäßigen Wertungen. Es geht ihnen nicht um das Schicksal dieses oder jenes Landes, sondern um die Schaffung einer Begegnungsmöglichkeit zwischen zwei einst als Staaten noch verfeindeten Völkern, die Worte wie „Sieger" oder „Besiegter" nicht mehr brauchen wollen. Es handelt sich gar nicht etwa um ein „deutsches" Vertragsdokument oder ein „polnisches", sondern um ein „freimaurerisches". Es ist ein Papier, das aus einer anderen Welt kommt als es die war, die die polnischen Soldaten an die Ufer von Oder und Neiße schwemmte. Plötzlich tragen alle Menschen in dieser Gegend eine rosa Brille. Das jedenfalls soll so sein, wenn es nach den sieben Außenministern da in Paris am 17. Juli 1990 ginge. Uns Deutsche erinnert es verflucht an die berühmten Vierzehn Punkte **Wilsons,** denen in dem geschlagenen Mitteleuropa nach dem I. Weltkriege so viele in Friedenshoffnung nachliefen. Seitdem habe ich eine ganze Reihe von Deutschen auf ihre Meinung zu diesem schönen Märchen hin angesprochen. Die meisten hielten sich für inkompetent, einige, und das auffallend viele junge Leute, glaubten den Polen kein Wort und hielten alles für pure Scheinheiligkeit. Einige ganz klevere meinten, es käme wirklich nicht mehr auf diese Grenze an. In höchstens zehn Jahren haben wir sowieso ganz Polen aufgekauft. Und was nicht von uns übernommen wurde, ist in Gift und Schmutz verkommen. Aber, frage ich mich, ist ein solches Ergebnis des großen deutschen Verzichts von 1990 es wert, daß (zumindest) ein deutscher gutgläubiger Außenminister in die Geschichte eingeht als ein Blödian oder Landesverräter? Die sachlichste Frage, die wir uns stellen müssen, lautet darum: Wie kann man es in Zukunft verhindern, daß Politiker in eingepauktem Irresein das Ergebnis fleißiger und ehrlicher Generationen unseres Volkes unter kindischen Geheimzeichen lächerlich wegschenken?

Wie wenig sachgebunden Bonn handelt, wie anders als im Sinne der „Blauen Blume" ihrer romantischen Vorstellung östlich von Deutschland noch heute gedacht wird, zeigt der Primas der katholischen Kirche der **Tschechoslowakei,** Kardinal Tomasek. Er äußerte vor Besuchern, er sehe keinen Grund für eine Entschuldigung des Staates (für die Vertreibung von 3 1/2 Mill. und Ermordung von 140.000 **Sudetendeutschen**). *„Ich glaube, die damaligen Schritte waren gerechtfertigt gegen jene, die sich gegen uns schuldig gemacht hatten. Wir sind nicht dafür verantwortlich, daß auch Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden, die sich nichts hatten zuschulden kommen lassen . . . Ich habe Verständnis für den Zorn und die Verbitterung des tschechischen Volkes nach 6 Jahren grausamer Unterdrückung (!?). Deshalb erwartet die tschechische Nation zu Recht eine Entschuldigung von offiziellen deutschen Sprechern."* (247).

Am 21. Juni 1990 stimmen die Abgeordneten im Bundestag ab über die deutsch-polnische Grenze. Vor der Abstimmung spricht Kohl zu den Abgeordneten. *„Kohl gab deutlich zu erkennen"*, meint die FAZ, *„daß die Bundesregierung in dieser Frage stark unter dem Druck ihrer eigenen Verbündeten steht. Er erinnerte daran, daß vom amerikanischen Senat im Frühjahr starke Bestrebungen ausgegangen seien, die den Abschluß eines Vorvertrages, so wie es Polen ebenfalls wollte, zum Ziele gehabt hätten. Ohne die nun beabsich-*

tigte Resolution werde es keine deutsche Einheit geben. Insbesondere die amerikanische Regierung erwarte diese Resolution . . . Kohl äußerte sein Bedauern darüber, daß ihm in Polen ein Partner wie Staatspräsident Havel nicht zur Verfügung stehe. Er habe sich, so bekannte der Kanzler, erhofft, daß die katholische Kirche Polens einen Schritt der Versöhnung machen würde. Dazu sei es nicht gekommen, und dies mache eben alles schwerer."

In der Tat zählt ja die katholische Kirche heute — nicht nur in Polen — zu unseren schlimmsten Feinden. Sie ist geradezu krankhaft „antideutsch", überall, wo sie sich zu Worte meldet. Kohl sagt weiter: *„Man erwartet von uns die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Das erwarten von uns unsere Nachbarn, das erwartet man in Polen und das erwarten die vier Siegermächte des II. Weltkrieges."*

Diese Sätze entwerten vollständig, vom ersten bis zum letzten Wort die Resolution. Es ist kein Vorgang, der in Freiheit vor sich ging. Es war ein „erwartungsgemäßes" Geschehen. Es war ein **Diktat.** Man tat, was Polen und die Siegermächte verlangten. Die Unterschriften unter einem solchen Verzichtsdokument sind daher völlig wertlos — ganz abgesehen von völkerrechtlichen Maßstäben, die wir später noch heranziehen werden. Diese Unterschriften leben überhaupt nur dank dieser **Erwartungen.** Sie stehen auf einem „Fet-

zen Papier". Und solche „Erwartungen" haben Gewicht nur, solange Macht hinter ihnen steht. Dabei braucht es sich heutzutage nicht unbedingt um militärische Macht zu handeln (obwohl solche, wenn vorhanden, immer ihr Gewicht behalten wird). Es kann sich auch um wirtschaftliche Macht handeln oder auch „nur" um moralische. Dabei ist der letztgenannte Parameter gummiartig und die „Moral" wird sich, wie immer heute, laut gewisser schöner Worte bedienen, aber im eigentlichen um materielle Werte tanzen. Bedenkt man diese Aussichten für die Oder-Neiße-Grenze, so kann man wirklich nur von einem „bedauernswerten Polen" sprechen, wie es ein Student in einer Leserzuschrift in der FAZ ausdrückt (167). Es wird sich also um einen längeren oder kürzeren sehr strapaziösen und schmerzhaften Weg der dauernden Abnutzung und Reibung gegen die Rechtsordnung handeln, während dem der alte Gesang immer schwächer klingen wird: „Noch ist Polen nicht verloren!"

„Wie viele andere Redner verhehlte auch Außenminister Genscher nicht seine innere Bewegung über die Bedeutung der Resolution über die deutsch-polnische Grenze" meint die NZZ. *„Er sprach von deren* **Unveränderlichkeit.** *Zugleich hob er zu Recht hervor, daß nichts aufgegeben werde, was nicht längst vorher schon durch den verbrecherischen Krieg und das verbrecherische System von Hitlers Deutschland verloren worden war".* Liegt schon einer deutschen Zustimmung zu derartiger massiver Geschichtsfälschung, die Annahme eines vom (für den Krieg verantwortlichen!) Sieger konstruierten Geschichtsbildes (bevor die entsprechenden Dokumente freigegeben wurden!) (sicher ungewollt) eine sehr schwerwiegende Anklage gegen die deutschen Politiker vor, so vertieft dieses noch die Überschrift, unter der die NZZ berichtet: *„Verzicht auf längst Verspieltes".* Allerdings, 40 Jahre lang einer Geschichtsfälschung zustimmen, Schritt für Schritt aufkommende belegte Gegenargumente bekämpfen, Millionen von Toten des eigenen Volkes wortlos verscharren, das kann man mit Recht als „Verspielen" bezeichnen. Verspielen deutscher rechtlicher Ansprüche. Die Ursache für den jetzt möglich gewordenen Landesverrat ist die Tatsache, daß man sich niemals für geschichtliche Wahrheit eingesetzt hat, sondern aus innerpolitischen, parteipolitischen Erwägungen heraus darum bemüht war, ein Stück deutscher Geschichte als absolut böse, und damit absolut rechtlos, hinzustellen. Im Mittelalter focht man im Dienste Gottes, diesmal im Dienste einer ebenso unheiligen Philosophie.

Die folgenden fünfzehn Abgeordneten stimmen dann gegen die Resolution über die polnische Westgrenze:

Herbert Csaja	Dietrich Mahlo
Gerhard Dewitz	Erwin Marschewski
Matthias Engelsberger	Lorenz Niegel
Hans Graf Huyn	Helmut Sauer
Claus Jäger	Jürgen Todenhöfer
Joachim Kalisch	Heinrich Windelen
Franz-Heinrich Kappes	Fritz Wittmann
Ortwin Lowack	

Am liebsten würde man diese Rebellen aus der Gesellschaft ausschließen. Kohl hält es darum für notwendig, zu warnen: *„Die Gewissensentscheidung derjenigen, die der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht zustimmen könnten sei zu respektieren. Ungerechtfertigt wäre es, jenen Abgeordneten aus CDU und CSU, die die Polen-Entschließung im Bundestag ablehnen, ‚Revanchismus' vorzuwerfen, wohl aber allerdings politische Kurzsichtigkeit"* meint die FAZ vorschnell am 21. Juni urteilen zu dürfen.

Darüber hinaus haben die folgenden Bundestagsabgeordneten

Herbert Czaja	Ortwin Lowak	Karl Eigen	Eike Götz
Gerhard Dewitz	Lorenz Niegel	Matthias Engelsberger	Hans Graf Huyn

das Bundesverfassungsgericht angerufen, um zu verhindern

1) daß in der Präambel des Grundgesetzes die Einheit des deutschen Volkes mit dem Beitritt der mitteldeutschen Länder als vollendet erklärt wird,
2) daß der Artikel 23 aufgehoben wird, der den Beitritt der ostdeutschen Länder offenhält,
3) daß die Oder-Neiße-Linie als angeblich endgültige Grenze festgeschrieben wird.

„Daß die Resolution über den Kreis derjenigen, die sie offen ablehnen, hinaus auf große Vorbehalte stößt, war der internen Stellungnahme des Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe, Bötsch, zu entnehmen. Er sagte, in dem Entschließungsantrag hätte man deutlich machen müssen, daß in dem angestrebten Vertrag mit Polen mehr stehen müsse als eine Aussage über die definitive Anerkennung der polnischen Westgrenze. Die CSU werde der Resolution insgesamt nur ‚mit blutendem Herzen' zustimmen, weil sie ‚die ganze Sache' nicht gefährden wolle." FAZ. *„Der CSU-Abgeordnete Wittmann forderte, man solle bei den späteren Verhandlungen mit Polen auf die nicht erzielte Einstimmigkeit hinweisen. Der CDU-Abgeordnete Czaja, zugleich Präsident des Bundesverbandes der Vertriebenen, nannte die Resolution ‚rechtlich so widersprüchlich, daß sie ein Nullum ist'. Erstens sei sie deshalb nichtig, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachte. Das Völkerrecht erkenne das Selbstbestimmungsrecht als zwingend an, das Grundgesetz stelle fest, daß das Völkerrecht jedem anderen Recht vorgehe. Nichtig sei die Resolution aber auch deshalb, weil sie sich auf zwei Verträgt stütze, die sich inhaltlich gegenseitig ausschlössen, auf den Görlitzer Vertrag und den Warschauer Vertrag. Ersterer gehe von dem Untergang Deutschlands aus und behandele die Gebiete jenseits Oder und Neiße als Niemandsland, das Polen zugeschlagen werde, letzterer dagegen gehe vom Fortbestand Deutschlands aus. Deshalb könne man die Resolution nur als eine politische Erklärung ansehen . . . Kritisch äußerte sich Czaja vor allem aber darüber, daß die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik eindeutig Druck zugunsten der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgeübt und die Interessen der Vertriebenen dabei ignoriert hätten."*

Auch wir **Auslandsdeutsche** haben dabei unsere Meinung. Herr Genscher, haben Sie einmal darüber nachgedacht, wie uns Deutschen hier in Übersee zumute ist angesichts Ihrer abenteuerlichen Außenpolitik? Wenn immer noch das deutsche Ansehen hier ein Faktor ist, dann gewiß nicht wegen der geschichtlichen Kommentare aus Deutschland (deren Unzutreffenheit man hier kennt), dann gewiß nicht, weil Höchst und Siemens und AEG und Mercedes hier verkaufen, dann gewiß nicht, weil deutsche Provinzen an Polen verschenkt werden. Darüber wundern sich unsere Nachbarn nur. Und der eine oder andere fragt schon einmal, wieso das möglich ist. Da hilft es dann nicht, von „Grenzen" zu reden, die keine sein sollen. Von Versöhnung, zu der ausgerechnet die Gepeinigten und Bestohlenen bereit sein sollen. Das geht weder hier noch irgendwo anders, etwa in Südafrika oder in Asien in die Schädel der Menschen hinein. Da steht man einfach vor einem großen Fragezeichen in der Mitte Europas. Wieder einmal wird deutsche Außenpolitik zum Gesprächsthema. Ich denke da nicht nur an die wirklich unglückliche Hand, die man dem so befreundeten Chile gegenüber sechzehn Jahre lang gehabt hat, und an die aufdringliche Thematik deutscher Gäste hier irgendwo, wo man sich immer wieder zum Vorreiter einer Welt macht, die eine ganze Reihe von Verbesserungen haben soll, auf Kosten der Zuhörer, derjenigen, die heute zu sagen haben. Wieder einmal sind es die Deutschen, die sich da in vorderster Front etwas vorbeibenehmen oder sogar sich beeilen mitzumachen, wie im Golf, wo andere sich geschickt heraushalten. Dabei haben wir 40 Jahre lange gehört, den Deutschen stünde es nicht schlecht an, ein wenig bescheidener zu werden. Man erinnert noch sehr gut, wie oft sich Parteigrößen vor dem letzten Krieg hier oft im Ausland lauttönend vorstellten. Im wesentlichen hat sich daran wenig geändert. Ziemlich dick wird dann

bei solchen Anlässen aufgetragen, wie demokratisch gerade Bonn sei, wie lieb zu den Unterentwickelten usw. Ist so etwas nicht verbunden mit ein wenig Haltung und Selbstbewußtsein, mit ein wenig Stolz auf die eigene Leistung, dann wird es unglaubwürdig, ja manchmal sogar als ekelhaft empfunden. Etwas weniger Anbiederung an linkslastige Außenseiter, etwas weniger hohle Phrasen, etwas mehr aufrechter Gang würde auch der Demokratie das Ansehen heben.

Daß krumme Rücken nicht an der Tagesordnung sind, zeigt Walesa mit seiner Antwort auf die Genscherschen durchlässigen Grenzen und auf die Zusage Kohls in Paris am 20. November 1990, in der Technischen Universität in Warschau. Vielleicht kam ihm in Erinnerung, daß 1871 Frankreich auch „auf ewig" auf Elsaß-Lothringen verzichtete. Wie lange diese „Ewigkeit" dauerte, wissen wir.

Aus Anlaß der Verkündigung der Charta der Vertriebenen vor 40 Jahren spricht dann Bundeskanzler Kohl in Stuttgart zu den Vertriebenen. Er windet sich, *„daß die Anerkennung der bestehenden Grenzen viele Menschen tief geschmerzt habe . . . Für die Vertreibung gebe es weder eine moralische noch eine rechtliche Rechtfertigung."* Kohl warnte jedoch davor, *„zu Gefangenen einer Sichtweise zu werden, die mit den dunklen Seiten der Vergangenheit nur die halbe Wahrheit zur Kenntnis nimmt."* Was soll das heißen, Herr Kohl? Wollen Sie etwa behaupten, daß deutsche Verbrechen begangen wurden, die auch nur entfernt den Umfang des Millionenmordes haben, den Polen an Deutschen begingen? Bitte kommen Sie nicht mit „Millionen von Vergasten". Herr Woytila wurde inzwischen gerade von polnischer Seite der Lüge bezichtigt. Er sprach von „vier Millionen", wenn Sie erinnern, und heute sollen es noch 70.000 Polen sein, die in Auschwitz umkamen. Auch diese Zahl wird von uns noch sehr in Zweifel gezogen (356). Was wir fordern, ist ein DIALOG über diese Fragen, so wie es unser demokratisches Zeitalter erfordert. Und da sind alle diejenigen Dokumente vorzulegen, die gerade in den letzten Jahren sich in deutschen Händen angehäuft haben — obwohl die Sieger noch nicht ihre Archive öffneten. Sie rufen der schlesischen Jugend, die Ihre Rede mit Pfiffen und Buh-Rufen unterbrachen, zu: *„Es hat wenig Sinn, daß wir diese jetzt gegebene Realität* (er meint den Verzicht) *durch Lautstärke versuchen außer Kraft zu setzen."* Herr Kohl, hier geht es nicht um Lautstärke, hier geht es um die Stärke des Rechts, die Stärke der Wahrheit! und nicht um angebliche „dunkle Seiten". Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, warum Rudolf Hess von den englischen Siegern ermordet wurde? Er wurde ermordet, weil er (als deutscher führender Politker und als Hochgradfreimaurer nicht abzuweisender) Kronzeuge dafür war, daß Deutschland den Frieden wollte, und daß Churchill mit polnischer Unterstützung den Krieg wollte. Das sind die „dunklen Seiten" der Geschichte! Bitte, rufen Sie auf zum DIALOG, zum freien Dialog, zu freier Meinungsäußerung. Und scheuen Sie sich nicht, das Vorbringen der deutschen Seite in einem solchen Dialog auch in Presse und Fernsehen ungekürzt und ohne die bekannten gehässigen Kommentare zu veröffentlichen. Herr Kohl, Sie können, wie bisher vierzig Jahre lang schon, bedauern, daß *„es viele Menschen geschmerzt hat"* was da mit der deutschen Ostgrenze geschieht. Mit Ihrem platonischen „Bedauern" machen Sie alles nur noch schlimmer. Die Menschen fühlen nur erneut die Peitschenhiebe der Lüge, die Fesseln, die man ihnen angelegt hat. Sie haben sich sicher von Ihren Leuten bereits errechnen lassen, daß das deutsche Volk nicht aufmucken wird, daß sich der Sturm legen wird, daß man, genauso wie bisher, mit Deutschen machen kann, was man will. Sie mögen Recht haben. Dann aber haben Sie Ihren Verrat nicht auf Recht, sondern auf Bequemlichkeit, auf Feigheit, letztlich auf Unmenschlichkeit aufgebaut. Hochachtung, Herr Kohl, Hochachtung, Herr Genscher, Hochachtung Herr von Weizsäcker vor soviel Edelmut. Der, der Ihnen das hier zuruft, weiß sehr genau um die diskutable deutsche Innen- und Außenpolitik des III. Reiches und hat seinerzeit unter Einsatz seines

Lebens mehrfach aktiv Verbrechen zu verhindern gewußt, hat tausende von Menschen gerettet und wurde dafür geehrt. Er hat auch heute noch nicht vergessen, was damals in deutschem Namen hier und dort geschah. Daß Sie aber heute auf feindlichen Lügen und Aufbauschungen deutsche Außenpolitik aufbauen wollen, drängt alles dieses Wissen zurück vor der Feststellung, daß Sie mit Ihrem Verzicht auf Ostdeutschland nicht meine Zustimmung haben und ebensowenig die von weiteren Millionen von Deutschen! Herr Kohl, so geht es nicht! Wenn dieses oder jenes damals deutsches Unrecht war, so gibt das doch niemals freie Bahn für millionenfachen gräßlichen Mord an Wehrlosen und Landraub und Greuellügen. Selbst wenn die polnische Erfindung von „deutschen Mördern" stimmen würde, auch die Ermordung eines Mörders ist ein Verbrechen! Aber, die Frauen und Kinder und Greise in Schlesien waren k e i n e Mörder! Es war noch vor Jahresfrist Ruhe in deutschen Landen, denn man hatte niemals ausgeschlossen, daß es zu einem **Rechtsfrieden** kommen werde. Sie, Herr Kohl, Sie Herr Genscher, sind dafür verantwortlich, daß jetzt quer durch Europa eine Grenze des Unfriedens, des Hasses gezogen wurde! Das war nicht notwendig. Wir Deutschen waren zum Dialog bereit und wir hätten eine menschlich tragbare Lösung gefunden. Sie haben das verhindert, meine Herren! Wenn jetzt Blut fließt, dann kommt dieses auf Sie, meine Herren! Das ist der Fluch der bösen Tat, die Sie meinten, erschleichen zu können. Armes Polen! Armes Deutschland! Armes Europa! So haben wir es uns nicht vorgestellt. Es darf gehofft werden, daß Sie nach dem „lautstarken" Protest der Jugend die gefährliche Unhaltbarkeit dieser diskutierten „Grenze" wohl kaum noch aufrechterhalten wollen.

Die Garantieerklärung der Oder-Neiße-Grenze soll „in kürzestmöglicher Frist nach dem Vollzug der Vereinigung" unterzeichnet werden.

Eine weitere Garantieerklärung von seiten einer oder mehrerer der Siegermächte des II. Weltkrieges ist nicht erfolgt, doch wird das Thema beachtlicherweise ausdrücklich zum Abschluß der 2+4-Verhandlungen vertraglich festgenagelt. Es heißt da: *„Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben . . . Die Regierungen der Französischen Republik, der UdSSR, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der USA nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der BRD und der DDR förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des vereinten Deutschlands bestätigt wird."* Diesem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrag gingen voraus:

am 21. Juni	Die hier besprochene Polen-Resolution der beiden deutschen Parlamente
am 08. Juli	die Nato-Tagung in London mit einer neuen Militärstrategie
am 20. Juli	das Übereinkommen von Shelesnowodsk zwischen Kohl und Gorbatschow: das Ende von Jalta
am 23. Aug.	die Zustimmung der DDR zur deutschen Einheit am 3. Okt.

Anzumerken ist die zweifelhafte völkerrechtliche Legitimität des Vorgangs, wie wir an anderer Stelle betonen, und die erstaunlich sittenwidrige Verpflichtung auch kommender Generationen.

Nicht in Vergessenheit geraten sollte, daß **England** bis zum letzten Augenblick versucht hat, den 2+4-Vertrag zu hintertreiben. Wir geben dazu wieder, was Claus Gennrich am 13. September 1990 über gewisse Vorgänge in Moskau in der FAZ mitteilt:

„Erst nach und nach hat sich herausgestellt, welcher Anstrengungen der Außenminister es bedurfte, den Zwei-plus-vier-Vertrag über Deutschland am Mittwoch (den 12.

Sept.) in Moskau zu unterschreiben . . . Schließlich fand man mit Einverständnis der Sowjetunion eine Formel (über Manöver in Mitteldeutschland) *die in den Artikel 5 des Vertrags eingebaut wurde: Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger dürften in diesem Gebiet nicht stationiert und auch nicht dorthin ‚verlegt' werden. Das Wort ‚Verlegen' deutet auf eine dauerhafte Stationierung hin und läßt die Deutung zu, für kurze Zeiten sei ein Aufenthalt möglich.*

Großbritannien aber war mit der Formel nicht einverstanden, weil sie nicht hinreichend sichere, daß westliche Truppen sich an Übungen bis zur Höchstgrenze von 13.000 Mann — nach den Regeln der KSZE müssen Manöver bis zu dieser Größenordnung nicht angemeldet werden — beteiligen. Außenminister Hurd teilte den übrigen Außenministern beim Abendessen mit, er werde den Vertrag in dieser Form deshalb am nächsten Tag nicht unterzeichnen. Genscher setzte daraufhin seinen bewährten Unterhändler Kastrup, den Politischen Direktor des Auswärtigen Amtes, an einen Zusatztext. Kastrup arbeitete eine Protokollnotiz aus, die besagt, daß alle Fragen in bezug auf die Anwendung des Wortes ‚verlegt' in jenem Vertragspunkt von der Regierung des vereinten Deutschlands in einer ‚vernünftigen und verantwortungsvollen Weise' entschieden würden, wobei die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei zu berücksichtigen seien.

Damit sollte die Deutung offengehalten werden, daß Übungen stattfinden könnten. Gleichzeitig wurden die Kriterien für die Entscheidungen der deutschen Regierung in einer Weise genannt, die der Sowjetunion den Schluß erlauben, die Beschlüsse würden nicht zu ihren Ungunsten gefällt. Genscher rief dann in der Nacht im Vorzimmer des amerikanischen Außenministers Baker an, der sich mit einer Schlaftablette zu Bett begeben hatte. Er verlangte, daß Baker geweckt werde und sich mit ihm treffe. Zunächst wurde dies abgelehnt. Genscher drohte, in diesem Fall werde er selbst kommen und Baker wecken. Schließlich wurde Baker geweckt, und er erklärte sich zum Gespräch bereit. Es war halb zwei Uhr nachts, als Genscher eintraf. Genscher ersuchte Baker dringend, auf Hurd einzuwirken. Grundlage der Unterredung war Kastrups Protokollnotiz. Genscher drohte, er werde am Mittwoch in jedem Fall zum Unterzeichnungstermin erscheinen; wenn es nicht zur Unterschrift komme, werde er Roß und Reiter nennen und klarstellen, an wem es liege. Derjenige sei verantwortlich und müsse dann damit rechnen, als Gegener der deutschen Vereinigung zu gelten. Baker sagte, er sei zur Verabschiedung der Notiz als Zusatz zum Vertrag bereit.

Am Mittwoch morgen trafen sich die westlichen Außenminister in der französischen Botschaft zum Frühstück. Bevor man sich zusammensetzte, bat Genscher den französischen Außenminister Dumas mit größtem Nachdruck, ihm zu helfen und Hurd zu beeinflussen. Am Frühstückstisch zeigten sich Baker und Dumas mit Genscher darin einig, die Protokollnotiz könne gebilligt werden. Hurd zögerte. Da er aber merkte, daß er allein stand und ein Eklat bevorstünde, wenn sein Stuhl bei der Unterzeichnungszeremonie, die dann scheiterte, für alle sichtbar leer bliebe, schwenkte er später ein, möglicherweise aber erst, nachdem Baker und Genscher eilig Schewardnadse aufgesucht und ihm die Protokollnotiz unterbreitet hatten. Schewardnadse hatte nichts einzuwenden. Sodann folgte das gemeinsame Mittagessen. Erst dabei wurde allgemeines Einvernehmen über die Notiz erzielt."

Man fragt sich: Ist sich Herr Hurd eigentlich bewußt, daß er mit seinem Verhalten in fatale Nähe des Terrorismus kommt? Jedenfalls kommentiert die FAZ den Mordversuch an Staatssekretär Neusel (am 27. Juli) mit den Worten: *„Es sollte das Regierungsressort ‚bestraft' werden, das sich in besonderem Maße um die deutsche Einheit kümmert. Finanzminister Waigel hat den Tätern ‚eskalierende Feindschaft gegen den Prozeß der deutschen Einheit' unterstellt."* Noch deutlicher wurde diese Feindschaft mit dem späteren At-

tentat auf den deutschen Innenminister.

Der Abschluß des **„umfassenderen deutsch-polnischen Vertragswerks"** ist jedoch „für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen", der nicht festgelegt wurde. Während Kohl nur von dem „Bewußtsein" des Leides spricht, das Millionen Deutscher erlitten haben, fordert die CSU am 5. August 1990 auf ihrem Parteitage *„von Polen ein deutliches und offizielles* **Wort des Bedauerns** *für die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg"* und außerdem, daß (entgegen der Pariser Übereinkunft!) *„in dem geplanten Grenzvertrag* **Minderheitsrechte** *für die in Polen lebenden Deutschen verankert werden."* (169).

Und Weizsäcker, informiert über das, was sich bereits an glühendem Volkszorn abzuspielen beginnt, hält es für weise, Anfang Mai in Warschau zu verkünden, *„daß die Anerkennung der polnischen Westgrenze nicht eine Legitimierung der Vertreibung Deutscher aus ihrer schlesischen und ostpreußischen Heimat bedeutet"*. Das geschah auf einem Bankett, das ihm Präsident Jaruzelski zu Ehren gab. Mit dem gleichen Herrn spazierte er dann am 3. Mai *„bei Mondschein zwei Stunden lang durch den Lazienki-Park. Das Gespräch sei sehr wertvoll und wichtig, aber auch vertraulich gewesen, wie Weizsäcker anschließend mitteilte"* (194). Es war nichts anderes als ein höchstwichtiger esoterischer Vorgang! Wir erwähnten bereits früher, daß einer der wichtigsten Männer des Westens, Mc Namara Adept der Wesak-Loge im Mondenschein war (195). Das Wort „Landesverrat" hatte in solchem Rahmen keine Lebensberechtigung mehr. Es war eben alles „vertraulich" gewesen.

Vielleicht läßt es in Polen aufhorchen, wenn wir daran erinnern, daß 1815 der russische Zar Alexander I. unter strengster Geheimhaltung die Loge im Warschauer Schloß zu besuchen pflegte. Haben Historiker auch vermutet, daß er den Großorient von Polen lediglich für seine politischen Interessen ausnutzte, so dürften die Logenräume damals auch vermutlich viele illustre Persönlichkeiten „der stolzen polnischen Geschichte" gesehen haben. Damals war Polen unter die Nachbarn aufgeteilt und einer der Besatzer war der Zar. Es wäre Brücke zu Gedankenassoziationen, wenn man feststellen würde, daß Herr v. Weizsäcker die wiedererstandene Loge im neuen/alten Königsschloß in Warschau auf den Fußstapfen seines russischen Bruders besucht hätte (324).

Damit wird ersichtlich, daß man sich bereits Gedanken über die von Herrn Außenminister Skubiszewski geäußerte „volle Zufriedenheit" darüber, daß Polen alles ohne irgendwelche Gegenleistung oder Verpflichtung erhielt, macht. Mit mehr Nachlässigkeit und Verantwortungslosigkeit von unserer Seite ist wohl niemals ein Vertrag versprochen worden. Restlos sämtliche rechtlichen Gesichtspunkte wurden beiseitegeschoben. Dem einen Teil wurde völlig freie Hand für die Zukunft gegeben, weder rechtliche noch sachliche Beschränkungen wurden ihm auch nur andeutungsweise auferlegt. Und das einem Gegner, der bewiesen hat, daß er schamlos und ohne die geringsten Bedenken und Reue millionenfach wie ein Berserker mit Menschenleben umging, ja, dessen führende Politker à la Walesa sich nicht scheuen, zu versprechen, für die Zukunft sich selbst noch in solchen Verbrechen übertrumpfen zu wollen. Die andere Seite aber, nämlich wir Deutsche, sind bereit zu unterzeichnen, obwohl man uns in der übelsten Weise beschimpft und verleumdet und uns millionenfache Verbrechen andichtet, die niemals geschahen, und die zurückzuweisen wir nicht einmal einen ersten amtlichen Schritt unternehmen! Man kann sich einfach kein Vertragswerk vorstellen, daß unmoralischer, sittenwidriger, unverantwortlicher zusammengeschustert wurde als dieses über die Oder-Neiße-Grenze. Was müssen das für Menschen sein, die so etwas achten wollen?

Am 14. November 1990 unterzeichnen dann der deutsche und der polnische Außenminister in Anwesenheit des gesamten polnischen Kabinetts in Warschau einen Vertrag, in welchem die Oder-Neiße-Linie als in alle Zukunft unverletzliche Grenze zwischen den beiden Ländern anerkannt wird und diese sich verpflichten, gegenseitig ihre Souveränität und

territoriale Integrität bedingungslos anzuerkennen. Genscher betonte bei dieser Gelegenheit, die deutsche Unterschrift sei Folge des „verbrecherischen Systems", das seinerzeit in Deutschland geherrscht habe (366)

Diese Rede Genschers stellt wohl ein Unikum in der Weltgeschichte dar. Ein Außenminister verzichtet auf ein Viertel seines Staatsgebietes mit der vom Gegner formulierten Begründung, eine vorhergehende Regierung seines Landes sei „verbrecherisch" gewesen, verschweigt dabei aber die Ermordung von mehr als zwei Millionen und Vertreibung weiterer Millionen seiner Volksgenossen durch den Vertragskontrahenten, sowie die Tatsache, daß der Vertragsgegner mit einer brutalverbrecherischen Abschlachtung von mehr als 70.000 Minderheitsangehöriger einen Krieg mit Unterstützung anderer, wirtschaftlich interessierter Mächte auslöste, als dessen militärisches Ergebnis der ungeheuerliche Gebietsverlust von den Siegern gefordert wurde. Dieser Außenminister machte sich so zum Wortführer feindlicher Mächte unter Hinnehmen millionenfacher scheußlicher Verbrechen und trat außerdem wegen mangelnder Legitimierung seiner Amtshandlung ohne Volksbefragung das unterschriebene Völkerrecht mit Füßen. Wahrlich, man sucht vergebens nach einem ähnlichen Fall von grobem Landesverrat und Mißachtung internationaler Ordnung in der gesamten Menschheitsgeschichte.

Dazu paßt, daß das Verfassungsgericht der Deutschen Bundesrepublik im November 1990 die Tätigkeit der Exilregierung der Vereinigten Länder des deutschen Ostens im Deutschen Reich verbietet.

Die Antwort der anvisierten Reichsbehörde war eindeutig: „Wahlverweigerung". Es bleibt freiem Ermessen überlassen, zu schätzen wieviele der 22% der deutschen Wahlbevölkerung der Wahl am 2. Dezember 1990 um „Schlesiens" willen fortblieben. Eindeutig war es die Wahl mit geringster Wahlbeteiligung seit 1949. Noch am 11. September 1989 rief Bundeskanzler Kohl den Vertriebenen in Berlin zu: *„Der status quo ist nicht das letzte Wort"*. Der Kommentar der NZZ zum „Tag der deutschen Einheit", dem 3. Oktober 1990, gibt zu denken: *„Die Bonner Republik als Halbstaat hatte in ihrer Westintegration ostentativ einen Bruch mit den Traditionen deutscher Staatlichkeit vollzogen. Mit der Wiederkehr der zwar um ein Viertel ihres früheren Gebietes dauerhaft verkleinerten Einheitsnation, die sich im Vollbesitz ihrer politischen Handlungsfreiheit befindet, kehren auch die Schatten der Geschichte als Erbe und Verpflichtung zugleich zurück."* Denn gerade dieses Erbe und diese Verpflichtung fordern die deutsche „Einheitsnation" dazu auf, ihren völkerrechtlich zuständigen Besitzstand wiederherzustellen. Zu den menschenrechtlichen Forderungen nach Sühne tritt so eine geschichtliche Verpflichtung. Das Bestehen dieser von unseren kurzsichtigen Feinden uns auferzwungenen Blickrichtung wird unsere Mitarbeit an europäischen Aufgaben auch dann beeinflussen, wenn wir dieser positiv gegenüberstehen.

Minderheitenschutz

Irgendwelche, noch so primitive Verpflichtungen Polens gegenüber der deutschen, zum Teil vertriebenen Minderheit, hängen derzeit völlig in der Luft. Das ist deswegen besonders schwerwiegend, weil im deutlichen Gegensatz zu der Lage nach Versailles die Vereinten Nationen keinerlei **Minderheitenschutz** kennen, wie er in das System des **Völkerbundes** noch eingebaut worden war. Wir bringen darum jetzt die amtliche Veröffentlichung des Völkerbundes über seine diesbezügliche Tätigkeit: (170)

„Eine Anzahl von Staaten hat seit 1919 Verpflichtungen zum Schutze derjenigen ihrer Staatsangehörigen übernommen, die nach Rasse, Religion oder Sprache einer Minderheit angehören. Die Tätigkeit des Völkerbundes stützt sich auf die folgenden Dokumente:

1. *Fünf besondere Verträge, „Minderheitenverträge" genannt:*
   a) *Polen: Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Polen, unterzeichnet in Versailles am 28. Juni 1919.*
   b) *Tschechoslowakei: Saint-Germain-en-Laye, 10. September 1919*
   c) *Jugoslawien: Saint-Germain-en-Laye, 10. September 1919*
   d) *Rumänien: Paris, 9. Dezember 1919*
   e) *Griechenland: Sèvres, 10. August 1920*

2. *Vier besondere Abschnitte in den folgenden Friedensverträgen:*
   a) *Österreich: Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye, 10. September 1919, Artikel 62 - 69*
   b) *Bulgarien: Friedensvertrag von Neuilly, 27. November 1919, Artikel 49 - 57*
   c) *Ungarn: Friedensvertrag von Trianon, 4. Juni 1920, Artikel 54 - 60*
   d) *Türkei: Friedensvertrag von Lausanne, 24. Juli 1923, Artikel 37 - 45*

3. *Sechs Erklärungen vor dem Rat:*
   a) *Finnland: (für die Alandsinseln), 27. Juni 1921*
   b) *Albanien: Genf, 2. Oktober 1921*
   c) *Litauen: Genf, 12. Mai 1922*
   d) *Lettland: 7. Juli 1923*
   e) *Estland: 17. September 1923*
   f) *Irak: Genf, 30. Mai 1932*

4. *Besondere Abschnitte in folgenden zwei Verträgen:*
   a) *Memel: Abkommen über das Memelgebiet zwischen Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien einerseits und Litauen andererseits, unterzeichnet in Paris am 8. Mai 1924: Artikel 11, sowie Artikel 26 und 27 des als Anhang beigefügten Statuts.*
   b) *Das deutsch-polnische Oberschlesien-Abkommen vom 15. Mai 1922, das Bestimmungen über den Minderheitenschutz in Oberschlesien enthielt, ist gemäß den im Abkommen selbst enthaltenen Festsetzungen am 15. Juli 1937 erloschen.*

Alle diese Dokumente enthalten: 1. Eine Aufzählung der den Minderheiten zugebilligten Rechte; 2. Eine auf die Bürgschaft des Völkerbundes bezügliche Klausel. Sie dürfen nur mit Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundsrates abgeändert werden.

Das Recht, die Aufmerksamkeit auf eine Verletzung oder die Gefahr einer Verletzung irgendwelcher dieser Verpflichtungen zu lenken, steht ausschließlich einem oder mehreren Mitgliedern des Rates zu.

1. Rechte der Minderheiten

Die aus den Verträgen herzuleitenden Rechte der Minderheiten sind die folgenden:

1. *Rechte sämtlicher Landeseinwohner:*
   a) *Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit,*
   b) *freie Ausübung ihrer Religion.*

2. *Erwerb der Staatsangehörigkeit des Landes:*
   a) *durch die Tatsache, zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages dort wohnhaft gewesen zu sein oder dort Heimatsrecht besessen zu haben;*

b) durch die Tatsache, auf dem Gebiet des Landes geboren zu sein (die Verträge enthalten auch Bestimmungen über das Optionsrecht).

3. Rechte der einer Minderheit zuzuzählenden Staatsangehörigen:

a) Gleichheit vor dem Gesetz und Genuß der gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, namentlich des Zulassungsrechts zu den öffentlichen Anstellungen;

b) freier Gebrauch der Muttersprache im Privat- und Geschäftsleben, in religiösen Dingen, in der Presse und sonstigen Veröffentlichungen, in öffentlichen Versammlungen sowie vor Gericht;

c) gleiches Recht mit den übrigen Staatsangehörigen hinsichtlich des Unterhalts wohltätiger, religiöser, sozialer oder Schuleinrichtungen auf eigene Kosten;

d) in denjenigen Landesteilen, in welchen die Minderheit einen wesentlichen Anteil der Bevölkerung ausmacht, ist der Unterricht an den staatlichen Grundschulen in der Sprache der Minderheit zu erteilen, auch ist der Minderheit ein angemessener Anteil an den Staats- und Gemeindeausgaben für Erziehung, religiöse und wohltätige Zwecke zu sichern.

Die oben erwähnten sechs Erklärungen enthalten im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie die Verträge.

Neben diesen allgemeinen Bestimmungen sind in einigen der genannten Verträge und Erklärungen noch solche über Sonderrechte für gewisse Minderheiten enthalten (diese werden aufgeführt in „Protection des minorités de langue, de race ou de religion par la Société des Nations, Genève 1931).

2. Pflichten der Minderheiten

„Die Versammlung erkennt ein Grundrecht der Minderheiten auf Schutz durch den Völkerbund an; sie betont aber auch, daß die zu einer rassischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit gehörigen Personen die Pflicht haben, als loyale Staatsbürger mit den Nationen zusammenzuarbeiten, denen sie jetzt angehören (Entschluß d. Bundesvers. 12. Sept. 1922).

3. Verfahren

Wenn eine Minderheitenfrage durch eines oder mehrere seiner Mitglieder vor den Rat gebracht worden ist, kann dieser ein Verfahren einschlagen und Anordnungen treffen, so wie er solches unter den gegebenen Umständen für geeignet und wirksam erachtet.

Bestehen Meinungsverschiedenheiten mit den betreffenden Regierungen über Rechts- oder Tatfragen, die auf die Anwendung der Minderheitenverträge Bezug haben, so kann jedes Ratsmitglied die Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes anrufen.

Von Zuwiderhandlungen gegen die genannten Bestimmungen oder der Gefahr einer solchen Zuwiderhandlung können die Mitglieder des Rates durch Eingaben der Minderheiten in Kenntnis gesetzt werden.

Für die Prüfung solcher Eingaben hat der Rat (Entschließungen vom 22. und 25. Oktober 1920, 27. Juni 1921, 5. September 1923, 10. Juni 1925 und 13. Juni 1929) ein Verfahren festgelegt. Dieses umfaßt:

1. Entscheidung des Generalsekretärs über die Zulässigkeit der Eingabe, wobei ihre Herkunft nicht in Betracht gezogen wird. Um zulässig zu sein, müssen die Eingaben folgende Bedingungen erfüllen:

a) Sie müssen den Minderheitenschutz gemäß den Verträgen betreffen;
b) sie dürfen namentlich nicht in Form eines Antrags auf Abbruch der politischen Bindung zwischen der betreffenden Minderheit und dem Staat, dem sie angehört, vorgelegt werden;
c) sie dürfen weder anonym sein noch aus mangelhaft festzustellender Quelle stammen;
d) sie müssen in maßvollen Ausrücken abgefaßt sein;
e) die Nachrichten, die sie enthalten, oder die Tatsachen, die sie zur Sprache bringen, dürfen nicht in der letztvergangenen Zeit Gegenstand einer dem ordentlichen Verfahren unterworfenen Eingabe gewesen sein.

2. *Übermittlung der zulässigen Eingaben an die betreffenden Regierungen zur Stellungnahme, Weiterleitung der Eingaben und der darauf bezüglichen Bemerkungen der Regierungen an die Ratsmitglieder zu deren Unterrichtung. In dringenden Fällen wird die Eingabe gleichzeitig den Ratsmitgliedern und der beteiligten Regierung übermittelt.*

3. *Prüfung durch einen Ausschuß, der aus dem Ratspräsidenten und zwei, in Ausnahmefällen vier vom Rat ernannten Mitgliedern besteht und für jede zulässige Eingabe besonders gebildet wird (Minderheitenausschuß); Prüfung der nach der Übermittlung der Eingabe an die Ratsmitglieder gemachten Bemerkungen der beteiligten Regierung;*
Der Ausschuß entscheidet darüber, ob nach seiner Ansicht die ihm unterbreitete Frage:
a) zu keinem Schritt Anlaß geben soll;
b) von ihm ohne förmlichen Beschluß durch nicht-amtliche Verhandlungen mit der beteiligten Regierung gelöst werden kann;
c) von seinen Mitgliedern an den Rat zurücküberwiesen werden muß.
Die Mitglieder des Ausschusses bringen das Ergebnis ihrer Prüfung den übrigen Ratsmitgliedern schriftlich zur Kenntnis. Schließlich erwägen sie, ob das Ergebnis der Untersuchung über die ihnen unterbreiteten Fragen veröffentlicht werden soll; hierfür ist erforderlich, daß die beteiligte Regierung dem zustimmt.

4. *Alljährlich Veröffentlichung von ziffernmäßig belegten Berichten im Amtsblatt des Bundes über dessen Tätigkeit auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes (Zahl der Eingaben unter Angabe der Entscheidungen über ihre Zulässigkeit; Anzahl der Ausschüsse und der von ihnen zur Prüfung der zulässigen Eingaben abgehaltenen Sitzungen; Anzahl der Eingaben, deren Prüfung abgeschlossen wurde).*

4. Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes

Deutsche Ansiedler in Polen. *Auf Ersuchen des Rates hat der Ständige Internationale Gerichtshof am 10. September 1923 ein Gutachten über eine Anzahl von Ansiedlern abgegeben, die als ehemals deutsche Staatsangehörige in polnischen Herrschaftsbereich gelangt waren, und gegen welche die polnische Regierung Maßregeln mit dem Ziele, sie aus den von ihnen bewirtschafteten Ländereien zu* **vertreiben** *unternommen hatte.*

Nachdem der Gerichtshof die Zuständigkeit des Völkerbundes in der Angelegenheit bejaht hatte — diese Zuständigkeit war seitens der polnischen Regierung bestritten worden — gab er sein Gutachten dahingehend ab, daß die Maßnahmen dieser Regierung nicht mit ihren internationalen Verpflichtungen vereinbar seien, und bestätigte den Ansiedlern das Recht, die Ländereien, auf denen sie angesetzt waren, weiterhin zu bewohnen und zu bebauen.

Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit. *Der Rat hat das Gutachten des Gerichts-*

hofs eingeholt, in Betreff der Fragen, die durch die Entscheidung der polnischen Regierung aufgeworfen waren, gewisse auf heute polnischem Gebiet geborene ehemalige deutsche Staatsangehörige nicht als solche anzusehen, welche die polnische Staatsangehörigkeit erworben hätten.

In seinem am 15. September 1923 angegebenen Gutachten hat sich der Gerichtshof zunächst gegen die Behauptung der polnischen Regierung ausgesprochen, nach welcher der Schutz des Minderheitenvertrages sich nicht auf die den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit betreffenden Artikel dieses Vertrages bezöge; weiter hat er die Ansicht ausgedrückt, daß die auf den Wohnort der Eltern bezüglichen Bestimmungen des Vertrages sich allein auf den Augenblick der Geburt der betreffenden Person bezogen, und daß sie demgemäß nicht, wie es die polnische Regierung verstanden wissen wollte, den Augenblick der Inkraftsetzung des Vertrages ebenso im Auge hatten wie den der Geburt.

Minderheitenschulen in Albanien: Von uns hier fortgelassen. Dieses Handbuch des Völkerbundes wurde gleichlautend in verschiedenen Sprachen herausgegeben und jährlich auf den neuen Stand gebracht. Das hier vorgenommene Exemplar stammt von der letzten erfolgten Ausgabe aus dem Jahr 1939. Beachtlich ist, wie breiten Raum darin die Probleme der deutschen Minderheit in Polen einnehmen. Offensichtlich war Polen schon damals das schwarze Schaf in der zivilisierten Völkergemeinschaft. Aus der Tatsache, daß etwa eine Million zweihunderttausend Deutsche bis 1932 aus Polen abwanderten, weil der Druck der polnischen Regierung ihnen unerträglich wurde (171), darf man die Notwendigkeit schließen, gerade einem Lande wie Polen gegenüber besondere Vorsichtsmaßnahmen in Bezug auf die deutsche Minderheit zu treffen. Diese umfaßt bereits nach Auffassung des Völkerbundes ebenfalls alle diejenigen Personen, die von Polen vertrieben wurden. Diese haben Polen gegenüber die gleichen Rechte wie diejenigen, die blieben. Eine Unterscheidung zwischen beiden Gruppen würde den internationalen Minderheitsrechtlichen Grundsätzen schärfstens widersprechen und sollte abgelehnt werden. Es muß festgehalten werden, daß künftige deutsche Verhandlungen zu diesem Thema in keiner Weise mehr unter dem Druck der Sieger des 2. Weltkrieges stehen. Sie haben am 17. Juli 1990 auf irgendwelche Einsprachen oder Beschränkungen der deutschen Souveränität verzichtet. Andererseits erschwert den deutschen Standpunkt die Tatsache, daß Polen keinerlei noch so minimale Verpflichtungen eingegangen ist, obwohl das aus Anlaß der Grenzgarantie mehr als selbstverständlich gewesen wäre.

Daß man das Thema eines **Minderheitenschutzes** Polen gegenüber mit Härte angehen muß, zeigt ein Vorfall aus diesem Jahr. Der Antrag einer „Sozialkulturellen Vereinigung der deutschen Minderheit in Polen" auf parteipolitische Zulassung wurde vom Wojwodschaftsgericht in Oppeln zurückgewiesen, weil *„es eine deutsche Minderheit in Polen nicht gibt"* (264). Polen stellt sich also auch da heute auf den gleichen völkerrechtswidrigen Standpunkt, den es in Kirche und Staat mit der Vertreibung und Massentötung Deutscher 1945 befolgte. Solche und viele ähnliche Äußerungen, nicht nur von polnischer Seite, machen den Eindruck, daß ein weiteres einseitiges Vorpreschen deutscher Politiker in Richtung auf Europäische Einheit, auf Souveränitätsverlust zugunsten unserer Nachbarn nicht der derzeitigen Haltung in der politischen Welt adäquat ist. Es wird nirgends als Beitrag für eine neue (bessere) Welt gewertet, sondern als ein Nachgeben, ein Verzichten, ein Preisgeben um in den Wertungen zu sprechen, die doch nicht mehr gelten sollen. Nur dann aber hat ein zwischenstaatlicher Vertrag doch Gültigkeit, solange die **„Geschäftsgrundlage"** von beiden Seiten bedingungslos anerkannt ist. Im andern Fall ist er nach gängiger Rechtssprechung „nichtig".

Eine andere „übergesetzliche Legitimation" (286) gehört seit fast tausend Jahren zur abendländischen Rechtstradition, die **„Notwendigkeit der Dinge"** (287). Es ist nicht von

der Hand zu weisen, daß eigentlich schon heute eine polnische Souveränität wegen der schwerwiegenden Umweltschäden in jenem Gebiet zugunsten einer Weltkuratel beendet werden müßte. Schon heute ist es nicht zu verantworten, eine Heilung der untragbar gewordenen Verhältnisse dadurch angehen zu wollen, daß Deutschland dafür dem erwiesenermaßen unfähigen Polen die Gelder (kostenlos) zur Verfügung stellt, die dort für Umweltschutz eingesetzt werden sollen. Es ist weltpolitisch ethisch tragbarer, wenn diese Aufgabe von Deutschland vorgenommen wird in einem Gebiet, das aus diesem Grunde deutschen Behörden unterstellt werden muß. Thomas von Aquin stellte bereits den Satz auf: „necessitas non habet legem" — Not kennt kein Gebot.

Es fragt sich, ob Europa (die EG? die NATO?) in der Lage ist, die notwendige **„Neutralisationsebene"** (Gehlen) abzugeben, von der aus die polnische Gefahr gezügelt werden und die rechtliche Schuhriegelung Deutschlands berichtigt werden kann.

Die Vereinigten Staaten haben den Versuch unternommen, mit dialektischen Tricks das bestehende Völkerrecht zu überspielen. Modellfall ist, was sie von der PLO Arafats forderten und aus dessen Presseerklärung (fälschlicherweise) herauslasen, die dieser am 14. Dezember 1988 abgab. Es handelt sich um die von den USA geforderte „Anerkennung von Israels Recht zu existieren".

„Keinem Staat wird ein abstraktes Existenzrecht zugebilligt, obwohl Staaten das Recht zugesagt wird, in Frieden und Sicherheit zu leben. Das ist ein grundlegender Unterschied. So bestreiten die USA der Sowjetunion das Recht, in der gegenwärtigen Form (geschrieben 1988) *zu existieren, gibt aber zu, daß die UdSSR das Recht hat, von Angriffen und Terror frei zu sein, das heißt, in Frieden und Sicherheit zu leben. Für die Palästinenser bedeutet die (geforderte) Anerkennung von Israels abstraktem ‚Recht zu existieren' Anerkennung nicht nur der* **Tatsache,** *sondern auch der* **Rechtmäßigkeit** *der Enteignung ihres Landes und ihrer Häuser. Darum bestehen Israel und die USA auf diesem genauen Wortlaut, erfunden von Henry Kissinger im Jahre 1975 als Abwehr einer drohenden diplomatischen Einigung. Kurz vor der ‚erdbebenartigen Verschiebung'* (die auf der Pressekonferenz stattgefunden haben sollte) *behauptet ein Nahost-Sachverständiger des State Department, ‚es ist von wesentlicher Bedeutung, daß diese Worte gesprochen werden' und Colin Powell, Berater für nationale Sicherheit, fügte hinzu, es handle sich nicht um die ‚Existenz' Israels, sondern um sein Recht zu existieren. ‚Israels Recht zu existieren ist die wesentliche Anerkennung, die wir brauchen'. Israel ist natürlich einverstanden. Die Media und Intellektuellen in den USA stimmen ebenfalls zu, denn nur ein solcher erniedrigender Verzicht selbst auf abstrakte Rechte seitens der Palästinenser kann die Haltung rechtfertigen, die Intellektuellenkreise jahrzehntelang gegen sie eingenommen haben."* (Chomsky, Anm. 339).

Die USA und Israel sorgen sich hier um Dinge, die den Polen gleiche Sorge bereiten. Denn, nicht die Existenz Polens wird von deutscher Seite in Frage gestellt, wohl aber die **Rechtmäßigkeit** der heutigen realen Existenz. Was angefochten wird ist die Behauptung Polens, ein Recht zu haben, so zu existieren wie es der Fall ist. Polen ist ein **Unrechtsstaat,** hat sich unrechtmäßig bereichert und durch unrechtmäßigen Massenmord in den Besitz von Ostdeutschland gesetzt. Erst mit dem Vorgehen der Juden in Palästina wurden solche Überlegungen Gegenstand völkerrechtlicher Erörterungen. Und die USA erkannten die Notwendigkeit, einen Unrechtsstaat, dessen Fortbestehen ihnen am Herzen liegt, dadurch zu schützen, daß man ihm wegen allem ihm immanenten Unrecht ein Existenzrecht verschaffen muß, das er an sich wegen seiner ihm wesentlichen kriminellen Praktiken nicht hat. Man hat in Nürnberg (u.a.) ähnliche Töne gegenüber dem „Dritten Reich" angeschlagen. In der Praxis läuft es für uns Deutsche darauf hinaus, die polnische Gewaltherrschaft mit ihren millionenfachen Massenverbrechen als Hindernis für eine polnische Beteiligung

am Völkerkonzert herauszustellen. Geschicht das nicht, ist es Polen zuzutrauen, daß es mit Hinweis auf die angebliche Rechtmäßigkeit seiner heutigen Existenz **Minderheitenrecht** kurzweg als nicht existent verweigert. Denn wenn Polen erst einmal ein Existenzrecht zugebilligt wird, obzwar sein Bestand im Gegensatz zu völkerrechtlichen Normen geschaffen wurde, ist nicht einzusehen, warum Polen irgendwo Halt machen sollte in seinen Gewalthandlungen. Die Gemeinschaft zivilisierter Staaten würde auseinanderfallen. Obwohl Gedanken über die Bedeutung der Oder-Neiße-Grenze erst langsam Formen anzunehmen beginnen, sieht man doch bereits, was man da Deutschland, Europa, der Welt angetan hat.

„Der Tag von Potsdam"

VI. Adolf Hitler und die Freimaurerei

Es liegt an der Natur des Gegenstandes, daß wir uns hier zum fünften Male mit dem Thema befassen müssen, welcher Art die Kontakte zwischen Adolf Hitler und der Freimaurerei waren. Erneut können wir zunächst einmal dazu weitere bildliche Dokumente vorlegen. Um aber zu vermeiden, daß man sich in oberflächlicher Form Dinge zusammenreimt, muß noch einmal geraten werden, den Gang unserer Forschung mit der gleichen Vorsicht nachzugehen, wie wir ihn unternahmen, also:

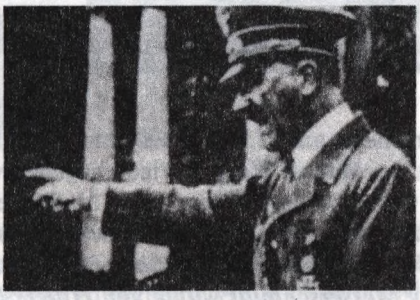
V Sieg der Vernunft, 1978, S. 483
VIII Einst sangen die Wälder, 1985, S. 149 ff.
IX Mit Freude, Stolz und Wehmut, 1986, S. 102 ff.
X Frieden, Krieg und „Frieden", 1987, S. 467 ff.
XI Rette sich wer kann, 1989, S. 145 ff.

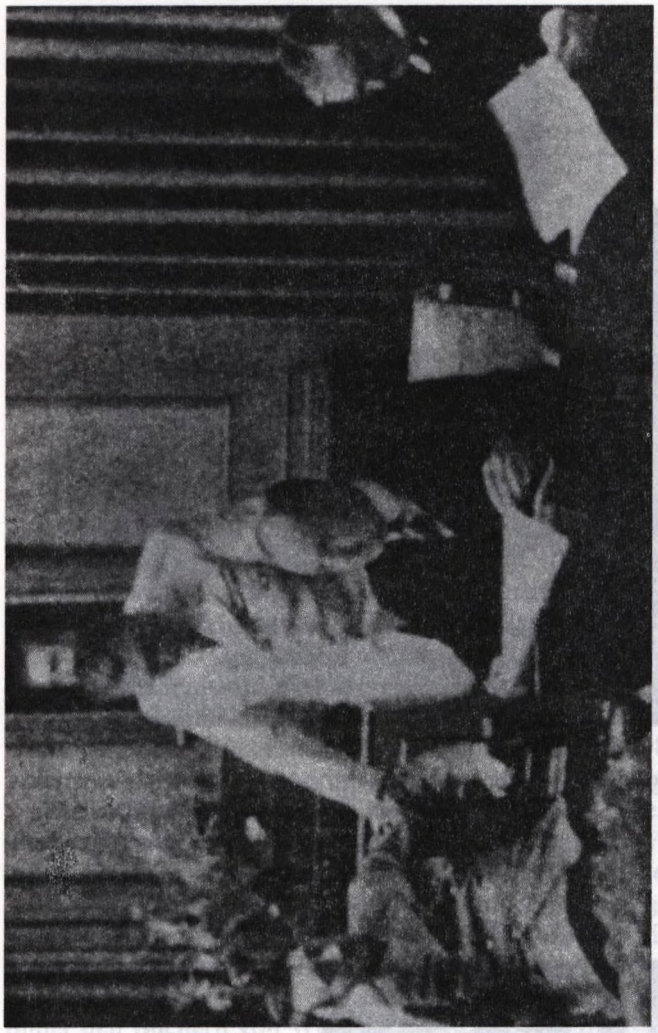
Der Vollständigkeit halber teilen wir an dieser Stelle sodann zunächst noch mit, daß uns inzwischen als Quelle des auf S. 106 in IX gezeigten Fotos die „Berliner Illustrirte Zeitung" Nr. 51 vom 22. Dezember 1938 (!) genannt wurde.

Wichtigsten historischen Wert hat von den diesmal gebrachten Bildern zweifellos das Gemälde vom „Tag von Potsdam". In voller Übereinstimmung mit den Signalen in den anderen Gemälden, die wir von Adolf Hitler brachten, erscheint auch hier ein eindeutiges Erkennungszeichen der Freimaurerei, die rechte Hand Hitlers. Entnommen wurden diese Bilder den Büchern von Werner Maser, „Adolf Hitler — Das Ende der Führerlegende", Moewig, München/Rastatt 1982 und Des Griffin, „Wer regiert die Welt?", Verlag Diagnosen, Leonberg 1986 sowie dem „Spiegel" 15/89, S. 127.

In den Lebenserinnerungen des deutschen Diplomaten Werner Otto v. Hentig (247) stoße ich auf S. 204 auf den folgenden Satz: *„Damals noch Privatgelehrter in München, traf er* (gemeint ist der Bruder v. Hentigs, Hans) *im Werdandi-Bund Rudolf Hess"*. Die **„Akademische Gilde Werdandi"**, noch heute dem Brockhaus wichtig genug, erwähnt zu werden, ist eine „von heimkehrenden Frontsoldaten Anfang 1919 gegründete studentische Gemeinschaft, die sich den akademischen Traditionen öffnete." So der Text im Brockhaus, der mehr verschweigt als sagt. Unter „studentischen Traditionen" ist wohl „Burschenschaften" gemeint und das Thema schnitten wir bereits an. Jedenfalls gehörte diesem Bunde ein Altmitglied des kürzlich erst gegründeten Thuleordens, Rudolf Hess an. Auch der Name dieser Organisation war aus dem germanischen Sagenschatz genommen worden. Auch v. Hentig fügt diesem kurzen Satz nichts hinzu. Es ist, als spräche er damit nur zu jenen Personen, die dieses Zusammentreffen in München aus ihrem Wissen zu deuten verstehen werden. Die anderen mögen darüber hinweglesen.

Am 29. Januar 1933 im Kaiserhof.





„München" 1938

In der Zeitung „Bild" erscheint am 23. Mai 1990 eine Meldung unter dem reißerischen Titel **„Das letzte Geheimnis des Rudolf Hess"**. Wiedergegeben wird die Veröffentlichung des ehemaligen britischen Geheimdienstmajors John McCowen: *„Offenbar war Hitler von der Angst gepeinigt, daß sein ehemaliger Stellvertreter Angriffspläne auf Rußland preisgeben könnte.* (nach seinem Englandflug). *Aber Hess hatte Freunde: Der deutsche Flugzeugkonstrukteur Willy Messerschmidt wußte von Hitlers Mordbefehl (an Hess), informierte uns 24 Stunden vorher. Der Absprung sollte als Bombenangriff getarnt werden. Für uns begann ein Wettlauf mit der Zeit."*

„Mit 500 Mann postierte sich McCowen auf einem Wiesengelände bei Luton. Wie erwartet ließen zwölf deutsche Flugzeuge ein paar Bomben fallen — zwei Kühe wurden getötet. Als die Killer-Crew absprang, richteten sich bereits die Scheinwerfer der Engländer auf sie. McCowen: ‚Sie waren in Zivil, hatten deutsche Wurst bei sich. Sie taten mir leid. Ein Militärgericht verurteilte sie kurz darauf zum Tode. Die Hinrichtung erfolgte heimlich.' Hess saß damals im berühmten Londoner Tower."

An der Mitteilung sind Zweifel kaum angebracht. Die Begründung für Hitlers Mordbefehl klingt sehr plausibel. Eine Ausführung dieses Befehls zu erwarten, hieß aber, nicht mit den Realitäten in England zu rechnen. Auch ohne die Mitteilung Messerschmidts an die Engländer wäre wohl eine Ermordung von Rudolf Hess praktisch unausführbar gewesen. Wenn auch in unserem Zusammenhang am unwichtigsten, macht doch dieser Mordbefehl den Eindruck einer regelrechten Kurzschlußhandlung. Hitler muß völlig kopflos geworden sein, als er von Hess' Englandflug erfuhr.

Aus den Memoiren von Werner Otto v. Hentig (S. 343), der ausgerechnet am 11. Mai 1941 mit Darlan auf dem Obersalzberg war, wissen wir: *„Hitler verhielt sich bis zum Schluß zerstreut, manchmal beinahe wie geistesabwesend, sagte gegen seine Gewohnheit wenig . . . auf der Rückfahrt erfuhr ich, daß Hess in einem Anfall von Geistesgestörtheit*

nach Schottland geflogen sei. Bei dieser Flucht waren wohl Hitlers Gedanken." (Zu beachten auch, wie man damals den Vorgang unterzubringen versuchte). Ich glaube, daß wir hier an zentralste Motivationen Hitlers rühren. Jedenfalls hatten sowohl die Engländer (Churchill) wie Adolf Hitler ein über alle moralischen Bedenken hinweg bestimmendes größtes Interesse daran, Rudolf Hess zum Schweigen zu bringen. Hitlers Mordkommando 1941 kam nicht zum Zuge, wohl aber das der Engländer 1987. Die Hinrichtung des deutschen Mordkommandos war kriegsgesetzlich gedeckt. Warum dann aber diese verheimlichen, wie es die Engländer taten?

Wir haben bei der Aufrollung dieses Themas bereits auf die hermetische Rolle hingewiesen, die **Alfred Rosenberg** als Mitwisser spielte. Rosenberg wurde in Nürnberg hingerichtet. Später sagte der deutsche Mitankläger Kempner: *„Hätten wir damals von Rosenberg gewußt, was wir heute wissen, dann hätten wir ihn nicht getötet."* Sollte auch Rosenberg zum Schweigen gebracht werden? Die Nürnberger Begründung für das Todesurteil — Urheber des Rassismus gewesen zu sein — war aus den Fingern gesogen.

Am 18. August 1990 erfolgte der bereits traditionelle Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Ermordung von Rudolf Hess in **Wunsiedel.** Was auffiel war die Jugend der mehr als tausend Teilnehmer. Außer solchen aus allen Ländern der erweiterten Bundesrepublik waren auch Ostmärker in großer Zahl erschienen. Berthold Dinter („Wehr Dich!") hielt die Schlußansprache. Diese Feier und Gedenkstunde hat sich damit wohl endgültig in den deutschen Kalender eingereiht (330).

Bei der Dokumentenlage, wie sie für alle im Hinblick auf die Beziehungen Hitlers zur Freimaurerei besteht, haben wir zunächst einmal alles das, was uns erreichbar war, herangezogen, konnten aber kein endgültiges Urteil fällen. *„Man muß annehmen, daß Adolf Hitler im Augenblick der Machtergreifung noch das Vertrauen der Freimaurerei genoß"* (VIII, 167). Das untermauern auch die heute nachgereichten Fotos. In dem Buch von Otto Wagener (Leiter des wirtschaftspolitischen Amtes der NSDAP) „Aufzeichnungen eines Vertrauten von 1929 bis 1932" (Ullstein-Verlag 1978, später Arndt-Verlag, Kiel) wird auf den Seiten 400 ff. ein Gespräch mit Adolf Hitler wiedergegeben (erneut abgedruckt in der Schrift „Zusammenhänge und Zwänge zwischen Zinseszins und Zerstörung" von Friedrich Lohmann (Adresse in Anm. 287 dieses Buches). Darin sagt Hitler: *„Wenn Sie recht haben, dann würde es also für den Anfang besser sein, einen Mann wie Schacht zum Reichsbankpräsidenten zu machen, vorausgesetzt, daß er bereit ist, die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung nach unserer Methode oder irgendwie ähnlich durchzuführen. Wenn wir erst einmal die* **Arbeitslosigkeit** *überwunden haben, und wenn das Volk erst geschlossen hinter uns und der Bewegung steht, dann kann uns doch eine Bedrohung der Mark durch die Weltbörse nichts mehr antun, wie Sie eben selbst sagten."*

„Richtig" bestätigte ich (Wagener).

„Dann könnten wir also Schacht mit Ruhe vor die Entscheidung stellen, entweder **unsere** *Geld- und Finanzierungstaktik weiter zu befolgen, oder eben abzutreten. Der Mohr hätte dann ja seine Schuldigkeit getan."*

„Gegen diese Gedankenführung ist nichts einzuwenden, Herr Hitler. Aber es ist immer gewagt, den Bock zum Gärtner zu machen. Und seine Tendenz wird stets die entgegengesetzte zu dem sein, was unserer Einstellung entspricht."

„Mir kam es darauf an, das einmal durchzudenken. Wir haben ja noch Zeit, bis es einmal so weit ist. Aber dieser Weg erscheint mir nicht unpraktisch. Denn wir würden dadurch zugleich die gesamte Wirtschaft beruhigen, die vor nichts mehr Angst hat als vor Währungsexperimenten."

Wir sagten bereits: *„Es war Schacht, der bei seinem Amtsantritt im August 1934 den von Hitler im Jahr zuvor zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium ernannten Gott-*

fried Feder feuerte" (VIII, 166). Wir fügen noch zwei Bemerkungen hinzu, die wir bei Lohmann finden: *„Hitler hat Schacht gefürchtet,* sagte mir Herr Dr. Ventker, ein Historiker. Und sodann: *„Die in dem Buchauszug von Wagener angekündigte Auseinandersetzung mit Schacht hat nun wirklich stattgefunden! — Und zwar 1938 in den Privaträumen von Schacht im Gebäude der Deutschen Reichsbank. Da ging es gewiß hart auf hart her, denn das Ganze endete damit, daß Schacht sein eigenes Telefonkabel mit der Schere durchgeschnitten hat, um zu verhindern, daß Goebbels von diesem Telefon aus die GESTAPO anrufen konnte, um Schacht gefangenzunehmen. Von dieser Auseinandersetzung erfuhr ich im Gespräch mit einem noch lebenden Zeugen: Erich Ziehlke, den ich im April 1990 in seinem Haus im Staate Espirito Santo in Brasilien besuchte. Kaum ein Historiker dürfte von diesem Geschehen wissen, dennoch erklärt es das überraschend plötzliche Ausscheiden Schachts aus seinem Amt als damaliger Präsident der Deutschen Reichsbank . . . Das Ziel, welches bis zuletzt in jedem Parteibuch der NSDAP abgedruckt stand, war:* **Die Brechung der Zinsknechtschaft.** *Dieses Ziel ist nun doch nie aufgegeben worden — wie manche meinen —, sondern es wurde lediglich etwa ab der Harzburger Tagung 1929 aus politischen Erwägungen heraus zeitlich zurückgestellt — wie es ja auch Wagener beschreibt. . . Mit dieser Debatte hatte Hitler also der freimaurerisch gelenkten Welt-Hochfinanz endgültig den Kampf angesagt."* (287).

In der Tat bleib Schacht dann bis Kriegsende Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Um der Vollständigkeit halber noch folgende Sätze aus der Schrift von Friedrich Lohmann: *„Aus Wilhelm Radeckes* (dazu VIII, 165) *Munde erfuhr ich, daß er — Radecke — durch Schacht auf die Liste der am 30. Juni 1934 zu liquidierenden gesetzt worden sei. Der Mord an Röhm und seinen Freunden war aber schon 1932 eine beschlossene Sache, denn schon am 16. Mai 1932 steht in dem Beilageheft ‚Vorm Volksgericht' der ‚Ludendorffer Volkswarte' abgedruckt, daß dieser Mordwunsch an Röhm und dem sozialistischen Flügel der damaligen NSDAP von dem freimaurerisch-jesuitischen Skaldenorden ausgeheckt worden sei. Das alles ist jederzeit beweisbar, weil es ja noch viele Menschen gibt, die den ganzen Jahrgang 1932 von Ludendorffs Volkswarte gebunden stehen haben."*

Wenn man bedenkt, mit welcher absoluten Hermetik die Freimaurerei zu arbeiten pflegt, wie sie sich die Verschwiegenheit und den Gehorsam ihrer Mitglieder zu sichern versteht, dann ist es eigentlich erstaunlich, wie sich dennoch heute ein ziemlich klares Bild von den Beziehungen Adolf Hitlers zur Freimaurerei ergibt.

Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß Adolf Hitler engste Kontakte zur esoterischen Freimaurerei gehabt hat. Entstanden sind sie in den Jahren seit etwa 1918. Namen wie Thule-Gesellschaft, Thule-Orden, Germanenorden, Personen wie Sebottendorf, Hess, Rosenberg, Eckart stehen dafür. Wir haben darüber ausführlich berichtet (346). Doch, aus einer falschen Beurteilung der Absichten, von einem Standpunkt aus, der Hitler und alle diese Personen als „böse" hinstellte und alles aus dieser Zeit entsprechend verfärbte, entstand dann ein falsches Gesamtbild. Die wichtigste Grundlage für die völlige Falschinterpretation Hitlers und des Nationalsozialismus stellt das Buch von Hermann Rauschning über dessen „Gespräche mit Hitler" dar. Es hat sich inzwischen als Fälschung von der ersten bis zur letzten Zeile herausgestellt. Nicht ein einziges darin „zitiertes" Gespräch hat jemals stattgefunden. Das wurde gerichtlich in Zürich geklärt und von dem Verfasser, der sich sicherheitshalber in den fernen Westen der USA absetzte, zugegeben. Nun sind es aber gerade diese „Gespräche", die überall wieder abgeschrieben wurden und werden und die die einzige Grundlage bilden für den vollkommenen Unsinn von „der Absicht, eine Herrenrasse von arischen Übermenschen zu schaffen, die die Welt beherrschen will". Eine ganze Reihe von tatsächlichen Vorgängen erhalten durch diese Fälschung eine intensiv unmenschliche Färbung, werden verzerrt, vergrößert, vertieft und bekommen ein krankhaf-

tes Aussehen. Man kennt die lange Liste dieser Verlogenheiten: Lebensborn, Hitler-Jugend, SS, eines phantastischer dargestellt als das andere. Auch ohne weiterhin den Schwindler Rauschning mit Namen zu nennen, sind heute noch tausende von Schulbüchern und „Geschichtswerken" voll von diesen Spinnereien, die dann hingeführt haben sollen zu „Verbrechen", die angeblich millionenfach dazu dienten, ganze Völker auszurotten und die genauso wenig jemals geschehen sind. Es ist eine lange, heute lückenlose Liste von Fälschungen, die von naturwissenschaftlichem Blödsinn und wissenschaftlichen Unmöglichkeiten hinführen zu den perversesten philosophischen Gedankengängen.

Letztere hat es in der Tat gegeben. Die Geschichte der philosophischen Experimente ist voll davon. Wir haben in diesem Buch erst auf Aleister **Crowley** verwiesen. Nur, die Brücke hin zur deutschen Geschichte hält nicht. Im Gegenteil: Wir können ein Buch, das jetzt diesen ganzen Brei erneut aufwühlt, um daraus für die zersetzenden Kräfte der Freimaurerei Gewinn zu schlagen (342), vornehmen, um daraus eine ganze Reihe von konkreten Tatsachen herauszunehmen, die den tatsächlichen Gang der Dinge noch bedeutend stärker erhärten als es uns bisher möglich war.

Um anzufangen, teilt uns „Carmin" (es ist ein Preusonym) mit: In England gab es eine Rosenkreuzer-Gesellschaft, die nur Freimaurer ab dem dritten Grad aufnahm. Zu ihr gehörte auch Frau Helena Petrowna **Blawatsky** (345). Die Arbeit dieser Gesellschaft bestand im Studium der Kabbala, der Astrologie, der Alchemie, der Theosophie, der Talismane und der mystischen Symbolik. Den innersten Kreis dieser Gesellschaft bildete damals der Orden der Goldenen Dämmerung (Golden Dawn), deren Mitglieder sich in erster Linie aus der Großloge der englischen Freimaurerei rekrutierten. Hervorragendste Köpfe Englands gehörten diesem „Hermetischen Orden der Goldenen Dämmerung" an (S. 34), dessen deutschem Ableger später auch ein Mann angehören sollte, der mit seinem Flug nach England noch heute für Verwirrung sorgt: **Rudolf Hess**, Hitlers Stellvertreter. (s. 31). Hess war also Mitglied des innersten Kreises einer hochgradigen esoterischen englischen Freimaurerloge.

Wir zitieren sodann, was Carmin dazu noch sagt (S. 128): *„Der Gurdjieff-Schüler* (344), *Japan- und Tibetfreund, Himalaja-Reisende und Kitchener-Biograph Haushofer war stets und immer gegen einen Krieg mit England. Ebenso wie Hess und in der Folge auch Hitler, der bis zuletzt davon überzeugt war, England und die USA würden sich in einen europäischen Krieg nie mehr einmischen. Daran glaubten die Brüder in Deutschland selbst dann noch, als die Briten schon das gegenseitige Luftkriegsmassaker vom Zaun gebrochen hatten, nachdem sie Eventualpläne für eine Luftoffensive gegen Deutschland schon seit 1936 gewälzt hatten . . . Das war auch einer der Gründe für den späteren Englandflug von Hess, der offenbar wie die anderen Thule-Brüder nicht glauben konnte, daß man sie als Hampelmänner der Weltgeschichte mißbraucht haben sollte."* (347).

Zu diesem ernsten Vorwurf noch einige Kurzdaten:

„Der Golden Dawn war gewissermaßen die Spitze der damaligen esoterischen Maurerei in England, der innerste und geheimste Kreis, an dessen oberster Stelle, hoch über dem Großmeister, als absolutes Oberhaupt eine geheimnisvolle Wesenheit von nichtirdischer Abstammung stand, der Ipsissimus, der Übermensch, das Götterwesen. Zu den besonderen Zielen des Ordens gehörte unter anderem auch die Aufnahme von Kontakten zu den großen Meistern der Weißen Loge, den verborgenen Lenkern der Weltgeschichte, sowie der bewußte Verkehr mit dem eigenen Schutzgeist, in tiefenpsychologischer Terminologie wohl das eigentliche Selbst. Neben der Beschäftigung mit Astrologie, Alchemie, dem Elixier des langen Lebens, der Heilpflanzenkunde standen vor allem auch die sexualmagischen Überlieferungen der arischen Inder im Mittelpunkt . . . Zu den Eingeweihten zählten der Großmeister und Nobelpreisträger für Literatur W.B. Yeats, die Schriftsteller Bram

Stoker (Verfasser von Dracula), Algernon Blackwood und Arthur Machen, ferner Sir Gerald Kelly, der Präsident der Royal Academy (III, 70), *Gustav Meyrink, der Autor von ‚Golem' und ‚Das grüne Gesicht' und eben auch Theodor Reiss, den die heutigen Nachahmer und selbsternannten Erben des Ordens gar als einen ihrer Schutzheiligen betrachten."* Von Reuss heißt es weiter (S. 32): *„Er war Mitglied im 1895 in Wien gegründeten Ordo Templi Orienti, gelernter Drogist, Opernsänger und Journalist, vielseitiger Geheimdienstler, Mitglied der Societas Rosicruciana in England, der englischen Großloge Memphis-Misraim, des Ordens Golden Dawn, experimentierte mit dem Swedenborg-Ritus und dem Cerneau-System* (VIII, 32), *und gehörte der Londoner Loge ‚Pilger Nr. 208' an. Rudolf Steiner* (VIII, 217), *Begründer der Anthroposophie war einmal Großmeister (Rex Summus) des genannten orientalischen Tempelordens, ehe sich in den zwanziger Jahren der britische Magier und Geheimdienstler Aleister Crowley* (III, 52) *zum Generalgroßmeister des Ordens aufschwang Man sieht: Im Europa des Jahres 1907 war der Boden für tüchtige Logenarbeit jedenfalls bereitet . . . Im Wien der Jahrhundertwende mag von alldem schon etliches dem späteren Führer ins Blut geschossen sein."*

Carmin macht auch darauf aufmerksam, daß Hitlers **Antisemitismus** als alter arischer Mythos, der zwischen reinen und unreinen Menschen unterschied, hier seinen Ursprung hatte. **Rosenberg** griff z.B. erneut auf, daß die großen Sanskrittexte voller Herrenmenschenideologie steckten. **Karl Haushofer,** geboren 1869, Geograph, stieß bei seinen mehrfachen Reisen nach Indien und in den Fernen Osten zu dem Kreis um den aus Kleinasien stammenden Magier und Esoteriker Iwanowitsch Gurdjieff (344). Gemeinsam reisten sie 1903, 1905, 1906, 1907 und 1908 nach Tibet. Haushofer lernte 1907/09 japanisch und trat dort einer buddhistischen Geheimsekte bei. Für ihn gab es bald keinen Zweifel mehr, daß die Wiege des deutschen Volkes in Zentralasien lag. Bestand und Adel der Welt insgesamt schienen ihm durch die indogermanische Rasse abgesichert (Carmin S. 34).

Während sich in diesen Köpfen das Bild einer anderen Welt formte, war man jenseits des Kanals nicht so ins Wolkenkuckuckheim geflogen. Wie schon seit Jahrhunderten mit großem Erfolg praktiziert, dienten die Adepten der vielen schönen philosophischen Pläne zunächst einmal England. 1916 wurde **Lloyd George** britischer Premierminister. Er war Bruder des Ordens von Heredom (VIII, 31) und Großsprecher der britischen Großloge in London. Der Orden von Heredom stand, um es noch einmal hier zu wiederholen, in Zusammenhang mit dem Cerneau-Ritus (VIII, 36), der sich (unehrlicherweise) direkt von dem von Philipp dem Schönen zerschlagenen Tempelritterorden herleitete. (VI, 75 ff.). Lloyd George hatte bekanntlich nichts eiligeres zu tun, als darauf hinzuweisen, „daß es an der Zeit ist, den Deutschen und der Donaumonarchie den Genickschlag zu versetzen". Er war es auch, der dem Vetter seines Königs, dem russischen Kaiser, in England Asyl verweigerte und so die Abschlachtung der Zarenfamilie in Jekaterinburg einleitete (343). Es geschah im Einklang mit der von Kuhn, Löb und Cia finanzierten Reise **Trotzkijs** nach Moskau und der von **Rathenau** organisierten **Lenins** von Zürich nach Russland (I, 464). Der britische Großlogenmeister und Moskauer Botschafter **Buchanan** hatte eben vorher **Kerenskij** finanziell in den Sattel gehoben. K. erhielt später nach seiner Flucht für seine Dienste noch einmal zwei Millionen Rubel. Und als Lenin soweit war, stellte er über den Freimaurer **Helphand** alias Parvus (I, 451, 464) der Reichsregierung sechs Millionen Dollar in Gold zur Verfügung, damit der Tanz weitergehen könnte. Doch das ist alles längst bekannt. Es soll hier nur wiederholt werden, um zu zeigen, daß man in München keineswegs außer der Reihe tanzte. Man machte bei einem Weltschauspiel mit und wartete auf den Einsatz.

Der von **Sebottendorf** gegründete **Thuleorden** war dann das Sprungbrett auch für Hitler. Als nach dem gescheiterten Münchner Aufstand Adolf Hitler in **Landsberg** interniert

wurde, da ließ sich **Rudolf Hess** mit ihm einsperren und er war es dann, der Hitler einwies. Laufend wurden die beiden von dem anderen Lehrer, General Haushofer, aufgesucht. So entstand dort allen sichtbar zunächst einmal das Buch „Mein Kampf". Vor allem aber wurde Hitler ein anderer, größerer, eben „der Führer". *„In Landsberg bot sich Gelegenheit, Hitler das Einmaleins der Politik im allgemeinen und der Haushoferschen Lehren (Geopolitik, Lebensraum) im besonderen einzupauken".* (S. 126). Vergessen wir nicht, daß Rudolf Hess Student bei Haushofer war und daß er dann Haushofer in den Thulekreis einführte.

Fehlt nur noch, was wir ergänzend zu dem Englandflug, erfahren: *„Am 10. Juli 1940 sagt Hitler vor dem Reichstag* (zitiert von Carmin, S. 264) *Ich halte es für meine Pflicht vor meinem Gewissen, noch einmal an Vernunft und gesunden Menschenverstand in Großbritannien zu appellieren. Sie hofften noch immer. Auch Haushofer hoffte. Er beriet mit Hess über Möglichkeiten, Verbindungen zu den britischen Freunden aufzunehmen. Auch Haushofers Sohn wurde eingeschaltet. Er sollte ein Treffen mit dem* **Herzog von Hamilton** *arrangieren (dieser war im Rahmen der Olympiade bei Göring in Karinhall zu Besuch gewesen). Einen disbezüglichen Brief an Karl Haushofer beendete Hess mit den Worten: ‚Inzwischen wollen wir beide unsere guten Geister beschwören. Sollte dem Beginnen ein Erfolg beschieden sein, so würde das Dir hinsichtlich des Monats August gegebene Orakel doch recht behalten, da Dir der Name des jungen Freundes und der alten Freundin des Hauses bei unserer stillen Wanderung am letzten Tage dieses Monats aufstiegen'. Der junge Freund war der Herzog von Hamilton und die Freundin war eine Miss. V. Roberts, die in Lissabon lebte. ‚Doch die Kontaktaufnahme zu den Brüdern in England funktionierte nicht. Der britische Geheimdienst hatte die Briefe an den Herzog von Hamilton abgefangen. Nachdem Hess in England festgenommen worden war, schickte* **Churchill** *ein weiteres Memorandum an Außenminister Eden: ‚Dieser Mann ist wie andere Nazi-Führer ein Kriegsverbrecher. Er und seine Mitkämpfer werden wahrscheinlich nach Kriegsende verurteilt werden'. James Leasor schreibt in ‚Der utopische Friede': ‚Hitlers Stellvertreter hatte Frieden angeboten. Ein Mann glaubte so ernsthaft an diese Möglichkeit, daß er persönlich nach England geflogen war, um seine Bedingungen darzulegen — wenn das alles stimmte, dann wäre sicher ein gewichtiger Teil der Engländer dafür eingetreten, diese Friedensverhandlungen aufzunehmen und fortzusetzen . . . Churchill kannte diese Probleme genau (das soeben erwähnte Memorandum an Eden zeigt sogar, daß er Zweifel über die Haltung seines eigenen Außenministers hatte und daß er es für richtig hielt, diesem versteckt zu drohen, nicht mit Hess zu verhandeln!). Wenn Gerüchte über Friedensverhandlungen erst einmal im Umlauf waren, würden sie sich mit unvorstellbarer Geschwindigkeit ausbreiten . . .'* (heute muß man sich fragen, ob es nicht möglich gewesen wäre, von deutschen Radiostationen aus und mit Flugblättern über London solche Gerüchte in Gang zu setzen mit einem Hinweis auf den ja in England bekanntgemachten Flug von Rudolf Hess)". Man darf heute wohl feststellen, daß es Hochgrad Winston Churchill (Carmin S. 123) im wesentlichen persönlich war, der ein großes Unglück über die Welt brachte (347). Nicht Hitler verschuldet man das Geschehene, sondern Churchill. Die wahnwitzige deutsche Belastung mit angeblichen Verbrechen, die niemals geschehen sind, und mit der man diese eigentlichen Begehnisse dann zudecken will, mit denen man Churchills perverse Wahnsinnspolitik hinterher zu rechtfertigen sucht, ist am Zusammenbrechen. Schlag auf Schlag wird heute widerlegt, was da gelogen wurde gegen Deutschland. Dabei hat diese Schlacht erst begonnen. Selbst in den Kreisen der Freimaurerei beginnt es zu dämmern, merkt man, daß man so nur immer tiefer im Sumpf und Morast der Unmoral versinkt. Aus Anlaß des dritten Todestages von Rudolf Hess wurden jetzt Trauergäste von der anderen Staßenseite her von Chaoten angepöbelt. Ihre Antwort war ein Wald von Zeigefin-

gern, auf diese gerichtet. Es erinnert an Sempach. Man hat mit Rudolf Hess nicht nur einen vorbildlichen deutschen Patrioten ermordet, sondern auch einen höchstgradigen Freimaurer. London hat vor aller Welt, vor Brüdern wie Profanen, sein Gesicht verloren. Englisches Wort wurde damit wertlos. Nur eines dazu: Auch Polengarantien gelten dann nichts mehr!

In erster Linie, um die **Freimaurerei** zu schützen, hat man alle geheimgesellschaftlichen Vorgänge in diesem Jahrhundert bei aller Historik in den Hintergrund gedrängt. zu deutlich war deren Anstoß bei einer ganzen Reihe von politischen Vorgängen, die diesem Jahrhundert ein Gesicht gaben, wie es niemand voraussehen konnte und wie es auch niemandem als liebenswert und schön erscheinen konnte. Wie schon mehrfach von uns hervorgehoben, befinden wir uns in einer **Epoche geschichtsphilosophischer Experimente.** Einige dieser Versuche am lebenden Objekt sind inzwischen zusammengebrochen. Andere erheben um so stolzer ihr Haupt. Wieder andere stecken noch in den Kinderschuhen und versprechen der Menschheit noch so einige unangenehme Überraschungen. Ausnahmslos alle diese Laboratoriumsergebnisse aber hängen mit deutlich sichtbarer Nabelschnur an der Freimaurerei. Sie ist die Mutter aller Menschenversuche seit zweihundert Jahren. Das Salz zum Gericht wurde oft von Juden geliefert, manchmal auch von Deutschen, doch den freien Spielraum für ihre Realisationen lieferte ihnen die Loge. Sie war und ist außerordentlich stolz auf diese Geburtshilfe. Jedenfalls, dieses Jahrhundert hätte niemals so blutrünstig, so zersetzend, so unglückbringend zu verlaufen brauchen, wie es dank der Freimaurerei der Fall war.

Den Zusammenbruch des Nationalsozialismus setzte man in Zusammenhang mit Völkermord und Rassenhaß, den Zusammenbruch des Sowjetreiches mit Falschbeurteilung der menschlichen Natur im Wirtschaftlichen und mit Versklavung der freien Meinung. Konsequenterweise hätte man also den Aufstieg Israels als eine Folge gegenteiliger Faktoren sehen müssen. Eine ganze weitere Reihe von umwälzenden kriegerischen Ereignissen unterzog man gar nicht erst sachlicher Analyse, sondern stellte nur fest, wer wen besiegte. Das heißt: Es gibt keine moderne Weltgeschichte, die sich nach allgemeingültigen moralischen oder ethischen Richtlinien ausrichtet und von daher das Geschehene beurteilt und vor Kommendem warnen kann. Der Grund ist darin zu suchen, daß an allen genannten Vorgängen Kräfte beteiligt sind, die nicht gerne genannt werden wollen, weil sie befürchten, dadurch in ihrer weiteren unruhestiftenden Tätigkeit behindert zu werden. Das aber heißt: Wir befinden uns nicht etwa am Ende einer blutigen, unruhigen Periode der Weltgeschichte, sondern immer noch mittendrin. Und das wieder heißt, daß es unwahrscheinlich ist, die wirklichen Zusammenhänge heutigen Geschehens in Erfahrung zu bringen. Sie werden möglichst unterdrückt. Sämtliche Wahlen irgendwo auf dieser Welt sind darum heute in der einen oder anderen Form eine Farce.

Was nun **das deutsche Volk** in dieser Lage angeht, so gibt es da zwei recht unterschiedliche Gruppen von Feinden. Zunächst sind da die altbekannten europäischen Widersacher, Nachbarn, Gegner aus geographischen oder dynastischen Gründen. Eigentlich sind es Überbleibsel aus einer untergegangenen Welt, doch haben sie oft noch nichts hinzugelernt. Hierher gehören in erster Linie **England** und **Polen.** Und da ist die andere, recht heterogen zusammengesetzte Gruppe der Gegner aus (eingebildeten oder tatsächlichen) ideologischen Gründen. Für sie ist „Deutschland", „Deutsches Volk" ein schwer definierbares Etwas, eigentlich sogar etwas Überholtes. Wird es trotzdem so definiert, dann hat es praktische Gründe, etwa den der „Wiedergutmachung" für die Juden. In den meisten Fällen gilt dieses „Deutschland" als eine noch nicht von der sieghaften Philosophie ganz überschwemmte Insel. Nicht selten haben sie Parteigänger in Deutschland selbst.

Diese Überlegungen sind im Anschluß an die Erörterungen zu dem Thema „Hitler und die Freimaurerei" notwendig. Denn es gibt eine ganze Reihe von Personen, die unsere

Überlegungen entweder mangels gemeinsamen Ausgangspunktes gar nicht verstehen oder aber als völlig uninteressant und überflüssig ansehen. Darum noch einmal von uns aus: Es sind Millionen von Deutschen und Millionen von anderen Europäern in den Tod gegangen, weil sie ein Großdeutsches Reich erkämpfen wollten, weil sie ein solches Ziel als des vollsten Einsatzes für wert hielten. Dieser Kampf geschah unter der Führung eines Mannes, der dieses Ziel mit unserem Einsatz anstrebte. Es ist also grundwichtig, Klarheit auch über den Punkt zu schaffen, in wieweit „unsichtbare" Kräfte hier störend hineinwirkten. Wir haben dazu das, was uns erreichbar war, hier zusammengetragen. Diese Forschungen sind aber auch deswegen wichtig, weil die gleichen Kräfte nach wie vor auch heute noch tätig sind, um klare, als positiv bewertete Ziele erneut zu unterminieren und das bisher nicht gelungene Experiment eines Weltsklavenstaates endlich doch noch zustande zu bringen. Was steht hinter Worten wie New Age, Punk, Rock, Freimaurerkunst, Zinsherrschaft, Eukumenismus, Entwicklungshilfe, Weltverschuldung, Teufelsmessen, Wiedervereinigung, Asylantenhilfe, Regenbogengesellschaft, Demokratie?

Vielleicht kann das Grab von Rudolf Hess in Wunsiedel zum Mahnmal werden für eine Welt, in der man rechtzeitig den Gefahren begegnet, die der gestrige Versuch um eine glücklichere Menschheit übersah. Jedenfalls sollte es niemals zum Treffpunkt für diese oder jene politische Partei werden, sondern für alle Menschen guten Willens.

Von 1978 bis 1991 haben wir uns laufend mit dem Thema „Hitler und die Freimaurerei" befaßt. Wenn wir es hiermit abschließen, so muß noch einmal empfohlen werden, sich mit den in früheren Büchern veröffentlichten Tatsachen vertraut zu machen. Wir haben auf die entsprechenden Stellen rückweisend hingewiesen. Es liegt da jetzt vor uns ein Kapitel Weltgeschichte, das bis heute nirgends als Ganzes dargestellt wurde. Deutsche, allen anderen voran Rudolf Hess, spielen darin eine bedeutende Rolle. Doch nicht nur historisch interessant ist diese Lektüre. Sie beinhaltet eine sehr ernste Warnung. Deutsche Politik und darüber hinaus Weltpolitik ist nach einer englischen Initialzündung in das Fahrwasser esoterischer Gruppen gekommen und hat den Großteil aller anderen politischen Kräfte zeitweise außer Gefecht gesetzt. Ausgerechnet der aufgeklärteste Zeitabschnitt der Weltgeschichte wurde zum Irrenhaus. Und mit viel Vergnügen haben sich die Gegner Deutschlands solchen Geschehens angenommen, um kurzweg alles Nationalsozialistische zu einem Schreckgespenst zu machen. Das hatte aber noch einen zweiten Grund. Nicht nur sollte der Krieg gegen das Abendland so eine Art Heiligenschein demokratischer Prägung bekommen. Vor allem sollte so vertuscht werden, daß die Quellen des Wahnsinns keineswegs versiegten, sondern üppig weitersprießen. Alle diese komischen Heiligen, die sich da am Anfang unseres Jahrhunderts in Wien und in London und in Paris und dann in München herumtummelten, sie sind selbst zusammengenommen harmlos gegenüber jenen, die dabei sind, der heutigen Jugend die Köpfe zu verdrehen. Das gigantische Rock-Konzert „The Wall", von dem wir berichteten, geht einher mit einer Sondernummer der deutschen Freimaurerzeitschrift „humanität", in der eine Wahnidee nach der anderen uns als Kunstwerk vorgestellt wird (348). Und der gefeierte demokratische tschechisch-slowakische Dichterpräsident findet nichts erhebender als den neuen in Mittelosteuropa eingezogenen Geist mit **Comenius** (III, 70, 74) zu beschwören. Comenius aber stand am Beginn der großen Verschwörung, die in England ihren Anfang nahm. Vom Mittelalter noch konnte man sagen, daß sich esoterisches und dynastisches verwob (III, 71), heute wird das Netz über die Menschheit demokratischer verwoben. Friedensnobelpreise heißen die neuen Monarchen.

Genau wie in diesen Zeilen hat man schon seit zweihundert Jahren eine dunkle Zukunft vorausgesagt. Die Propheten hatten recht: Man hatte nichts Gutes mit uns vor. Aber sie behielten Unrecht mit ihren Daten. Es hat immer nur zum Teil geklappt. Immer wieder ergaben sich Ereignisse, die sich den finsteren Plänen quer legten. Aber immer wieder er-

holten sich die Dunkelmänner und setzten erneut zum Angriff auf das Leben auf dieser Erde an. Was einem Morgenthau nicht gelang, das versuchten dreißig Jahre später Asylantenfreunde. Was dem Bolschewismus schiefging, rennt der Liberalismus erneut an. Ungebrochen in ihrem Elan wüten die **ZERSTÖRER** weiter, setzen immer neuartigere Experimente an zur Verelendung der Welt. Doch in den Katakomben bereitet man die Verteidigung vor.

Die Nato

Wenn man die 1949 in Washington gegründete Nato nur als eine herkömmliche militärische Allianz ansieht, wird man ihrem Wesen nicht voll gerecht. Sie hat außer dem Schutz gefährdeter Grenzen noch eine zweite Funktion, die mit dem 1954 erfolgten Beitritt der Bundesrepublik Deutschland deutlicher wurde. Sie war das Schutzschild einer festumrissenen Ideologie, die den Anspruch auf Weltherrschaft stellte. Sie war die Truppe der „Westlichen Welt" im nordatlantischen Bereich. Sie war viel mehr als ein militärisches Defensivbündnis. In ihrem Schatten sollte sich eine Welt entwickeln, die nach ganz bestimmten, keineswegs überall auf der Welt befolgten Grundsätzen funktionierte. Will man erfahren, welcher Art dieses philosophische Gebäude war, das errichtet werden sollte, so muß man das aufzählen, was seitdem konstruiert wurde. Die Ordnung dieser Vorgänge unter gemeinsame Überschriften, die Reduzierung dieser sodann auf für alle gültigen Nenner führt uns zur Definierung dieser „Westlichen Welt". Wir haben von einer „Großen Rebellion gegen Gott und die Natur" gesprochen; die Aktivisten sprechen von „Demokratie", „Parlamentarismus", „Sozialer Marktwirtschaft", „Kapitalismus" und vereinfachen diese Vielfalt noch weiter mit dem Wort „Freiheit". Der vorletzte Rechnungsabschnitt zeigt, daß es sich dabei um eine ganz bestimmte „Freiheit" handelt, um einen Zustand, der konkrete, sehr diskutierte Lebensäußerungen verteidigt.

Der eine, rein völkerrechtliche Aspekt umfaßte die Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Frankreich (bis 1966), Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Island, Portugal, ab 1952 auch Griechenland und die Türkei und ab 1954 auch die Bundesrepublik Deutschland. Und ab 1990 auch die um die DDR erweiterte BRD. Daß dieser letzte Schritt sogar die Zustimmung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken fand, war nur möglich, weil man bereit war, die schon seit Anbeginn bestehende politische Komponente vor die militärische zu stellen.

Die **Perestroika** machte den „westlichen" Freiheitsbegriff auch in der Sowjetunion salonfähig. Die geistliche Entwicklung im „Westen" hatte in der anderen Welthälfte wiederum den militanten **Atheismus** auf die Bühnen und in die Universitäten gebracht. Der Freiheitsbegriff hatte sich so wieder dort plaziert, wo er sich befand, bevor **Lenin** die Spaltung der Freimaurerwelt mit hunderten von Millionen von Toten praktizierte. Die Opposition gegen diese entgottete und den Menschen unterworfene EINE Welt steht im Begriff, folgerichtig dagegen die Reihen zu schließen.

Es war — und es wurde vielfach deutlich ausgesprochen — Landesverrat, den Siegern von 1945 deutsche Soldaten zur Niederkämpfung ihrer Feinde anzubieten, wie es Adenauer tat. Es steht seitdem die Forderung fest: NEUTRALITÄT FÜR DEUTSCHLAND! Doch darf es sich nicht nur um eine — heute weitgehend ungefährliche — militärische und politische Neutralität handeln. Es muß sich auch — und dieses heute ganz besonders! — um eine geistige Neutralität handeln! Wir Deutsche müssen unsere „Freiheit" fordern, die sich wesentlich von jener „Freiheit" unterscheidet, die die Nato verteidigt und ausdehnen will. Man kann es klarer machen: Wir verstehen es niemals unter „Freiheit", wenn für kapitalistische Interessen Milliarden von Mark zur Verfügung gestellt werden, um eine Hun-

gerblockade (!!!) durchzuführen, wenn deutsche Männer im Verband einer Nato sich zu Polizeiaufgaben in fremden Kontinenten einzufinden haben, um eine Weltordnung durchzusetzen, die nach ihrem Belieben befiehlt, was Gut und was Böse sein soll, die polnischen Landraub, polnischen, tschechischen, jugoslawischen Massenmord als Grundlagen für ihr Weltgebäude erklärt. Unser Freiheitsbegriff ist von anderer Art! Wir fordern Neutralität auch im geistigen Bereich. Die Diktatur der öffentlichen Meinungsorgane muß ein Ende haben. Wir wünschen ein **Neutrales Deutschland** im weitesten Sinne des Wortes Neutralität. Unsere Forderungen gehen darum weit über das hinaus, was man sich heute unter einem Vereinten Deutschland und unter einem Vereinten Europa vorstellt. „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!"

Das widerspricht dem, was Karl Th. Walterspiel im Freimaurer-Magazin „humanität" im August 1990 plant: *„Wer bei uns geglaubt hat, am 9. November 1989 hätte sich die Welt im östlichen Europa verändert, der muß heute immer klarer erkennen, daß auch unsere Welt im westlichen Europa sich grundlegend ändern wird. Wir sind vor neue Aufgaben gestellt. Was bisher war, was bisher geleistet und erreicht wurde, ist plötzlich nur Etappe auf einem weiteren Weg . . . Wir befinden uns heute auf einem Höhenzug und haben den Blick frei in ein großes, fruchtbares Tal, in dem das neue Europa, der neue europäische Tempel entsteht. Jeder von uns, egal, wo er im Leben steht, ist plötzlich dazu aufgefordert, hier mitzuwirken . . . Möge ein jeder von uns, wenn er abends von der Arbeit entlassen wird, sagen können: ‚Ich habe meinen Teil dazu beigetragen, um in den von mir übernommenen Aufgaben in der profanen Welt den großartigen Bau des neuen europäischen Hauses zu fördern', zum Wohle der ganzen Menschheit."*

Das ist Mißbrauch der Wiedervereinigung (378). In solchen Tempeln haben wir Deutsche nichts zu suchen! Solche Überschwenglichkeit scheint uns sehr fehl am Platze. Sie geht uns ab, wenn man den deutschen Osten verrät und wenn unsere Söhne als Landsknechte verheizt werden sollen für die Interessen haßerfüllter Feinde, die ungesühnt eine Million deutscher Kriegsgefangener auf dem Gewissen haben und unsere Städte mit Phosphor übergossen.

Nach dem Wahlsieg der CDU am 14. Oktober in der DDR hielt es der Bundeskanzler Helmut Kohl für richtig, als erstes zu versprechen, daß er sich dafür einsetzen werde, daß das Deutsche Parlament unverzüglich nach seinem Zusammentreten eine Änderung des Grundgesetzes fordern wird, wonach Einheiten der deutschen Bundeswehr auch in fremden Kontinenten eingesetzt werden können. Zusammen mit dem anderen Versprechen der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze hat damit der „Kanzler der Einheit" die deutsche Volksrevolution von 1989 verraten.

Mit tiefer Bestürzung fragt sich nicht nur das deutsche Volk, sondern die gesamte Menschheit im Angesicht der offenen Kriegshetze, die von den Angelsachsen zur Rettung ihrer Ölreserven betrieben und von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt wird: Sind wir schon wieder einmal so weit, daß man uns „gewissen Unsterblichen Prinzipien unterwerfen will, die den Tod zahlreicher Menschen verursachten"? (Josep Konrad).

Dieses außenpolitische Bild von der Teilwiedervereinigung gesellt sich dem innenpolitischen hinzu. Es kam kaum in die Zeitungen, doch nach dem Wegfall der deutsch-deutschen Grenze haben die Westdeutschen die DDR förmlich ausgeplündert. Die Juwelierläden waren total ausgeräumt, Meissner Porzellan in Unmengen herausgeschafft. Die Antiquariate wurden über Nacht leergekauft. Die Deutschen in der DDR fühlen sich angeführt, den Deutschen in der BRD redet man von hohen Kosten der Vereinigung, die in Zweifel gezogen werden. Die Lebensmittel in der DDR waren erstklassig. Doch davon sprach niemand. Jetzt hat die Chemie das Wort. Das ist das Ergebnis. Die großen Aufgaben stehen alle noch vor uns. Die Wege zu deren Lösung wurden 1990 mit neuen Mauern

verbaut. Am Anfang des Wiederaufbaus steht, daß sich die Enttäuschten in ganz Deutschland die Hände reichen müssen.

Auf eines aber muß man dabei gefaßt sein: *„Altruismus gibt es in der gesamten Gesellschaft nicht mehr"* (377). Das wurde gesagt, als die Bundesregierung im September 1990 Zulagen für die Beamten forderte, die in die DDR gehen. Die SPD meinte, *„damit zerstört die Bundesregierung das restliche Stück Moral bei den Bediensteten des Bundes"*. Die Regierung aber meint, daß die *„Zulage die einzige Möglichkeit ist, genügend qualifizierte Leute für den Aufbau der DDR zu bekommen . . . Man muß bedenken, was passiert, wenn es nicht möglich ist, den nötigen Sachverstand in die DDR zu transferieren"*. Wer aber hat in vierzig Jahren in Deutschland den Altruismus zerstört? Wer hat über Opfersinn gelacht? Wer hat den Eigennutz zum Gesellschaftsprinzip erhoben und das Geld als einzig gültigen Wertmaßstab anerkannt? Wer stand und steht hinter der Rebellion gegen Gott und die Natur, gegen Volk und Familie? Die FREIMAURERREI!

Was ist aus der „Wiedervereinigung" geworden? „Soziale Marktwirtschaft" in erweitertem Maßstab. Und Beseitigung der sozialistischen Konkurrenz im gesamten alten und neuen Herrschaftsbereich. In Rußland wird fortgesetzt, wo Kerenski endete. In Deutschland wird angeknüpft an Hjalmar Schacht. Die Gefahren des Zusammenbruchs in den USA werden uninteressant, da niemand kommen wird, die missliche Lage auszunutzen. Mit Anleihen an die Zukunft geht es weiter. Genauso geschieht nichts im Falle des zusammenbrechenden Rußlands. Im Gegenteil: eine Luftbrücke wird geschaffen, um Lebensmittel nach Leningrad und Moskau zu schaffen. Selbst die unfähigste Regierung der Welt, das völlige Versagen auf moralischem wie wirtschaftlichem Feld, kann den Drahtziehern nichts mehr anhaben. Niemand ist da, den Saustall zu reinigen. Kein Mussolini, kein Hitler, kein Franco, kein Salazar, kein Pinochet. Mit den dümmsten Redensarten kann man sich in Zeitschriften und Fernsehen vorstellen und kann den größten Unsinn zusammenreimen, ohne daß es den Schuldigen an den Kragen geht. Was bisher schon in dieser Richtung geschah, ist nichts im Vergleich zu dem, was jetzt kommt. Die informative Vormundschaft wird vollständig sein. Den ganzen Umfang der Gefährlichkeit unserer Lage wird man nirgends vernehmen. Die Leitenden selbst umnebeln sich mit rosigen Zukunftsvisionen und glauben an Wunderwaffen gegen Gott. Und niemand wird sich des Umfangs unserer Hilflosigkeit bewußt. Nirgends werden Verteidigungsstellungen ausgehoben, werden Vorkehrungen getroffen, das Schlimmste zu verhüten. Die Festung ist belagert und man hantiert mit Improvisationen. Man stellt sich Ziele zur Verminderung des CO2-Ausstoßes, spricht vom Jahre 2003 und 2045 und so weiter und man stellt fest, daß die Kloakenkanäle in Deutschland überall Gifte in den Erdboden lassen und daß es 100 Milliarden kosten wird, diese zu reparieren. So brennt es an allen Ecken und Enden der belagerten Festung. Und man lebt in Saus und Braus, von einem Verkehrsstau zum anderen auf den überfüllten Autobahnen. Sorge hat man nur um das Herrschaftssystem, um die Brüder, und sieht nicht die eigenen Todsünden. Nur eines könnte da helfen, in letzter Minute: ein Ende der Freimaurerherrschaft!

★ ★

Gespräch mit einem Historiker II — (Die Dokumente)

★ ★

Gerade dachte ich so bei mir, daß wohl der Augenblick gekommen sei, dem Herrn Professor meine Aufwartung zu machen und ihm das bisher Erfahrene vorzulegen. Denn es hatte sich doch so einiges im Sinne meiner Behauptung ereignet und war mit einer ganz lustigen Reihe von Fotos, Karikaturen und Aussprüchen an die Oberfläche des Geschehens getreten. Da erschien der Sekretär. Ich konnte ihn auf den Haufen Papier hinweisen, der sich inzwischen angesammelt hatte, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, und wies ihn dann lächelnd auf einen Ordner hin: „Da drin finden Sie das Ergebnis meiner bisherigen Untersuchung. Ich bin gespannt, ob Sie damit zufrieden sein werden."

„Ich habe den Eindruck, daß Sie vor allem Tagespresse und Nachrichten zuleibe gerückt sind, also Unterlagen, wie sie jedem ohne Schwierigkeiten zur Verfügung stehen."

„Natürlich. Das ist wohl auch der unbestrittenste Weg. Persönliche Erlebnisse habe ich nicht berührt."

„Und warum bringen Sie nicht auch solche Erlebnisse, wenn es, wie Sie sagen, auch solche gibt?"

„Sehen Sie, es steht da in meinem Gedächtnis, und sogar fein säuberlich notiert, eine nicht kleine Reihe von Dingen, die bei einer Veröffentlichung einiges Aufsehen erregen würden. Ich kenne z.B. keinen Freimaurer, der nicht ohne mehr oder weniger dicke Steuerhinterziehungen es zu etwas gebracht hätte. Wenn ihre Politiker erklären, daß der Staat eine überholte Angelegenheit ist in unserer Vorstufe zur Einen Welt, so praktizieren sie bereits vielfach sehr aktiv die Mißachtung, die sie gegenüber diesem Staat empfinden in ihren Steuererklärungen. Voller Stolz berichten sie sogar im Freundeskreis, wieviel Geld sie mal wieder „schwarz" gemacht und wohin sie es verschoben haben. Während der fleißige und anständige Zeitgenosse kaum über die Runden kommt, kaufen sie ganze Estancias mit Geldern, die nirgends versteuert wurden."

„Ja, wenn Sie diese Dinge so genau wissen, warum hängen Sie sie nicht an die große Glocke?"

„Erst einmal habe ich diese Einzelheiten im Vertrauen auf meine Schweigsamkeit erfahren. Und zweitens sind die Dinge, die ich erfuhr, nur ein verschwindend kleiner Teil von dem, was überall heute in der kapitalistischen Welt geschieht. Warum sollen gerade diejenigen, die das Pech hatten, mir ihre Geheimnisse auszuplaudern, Farbe bekennen müssen? Der Erdapfel ist derart verkommen in den Händen der Maurer, daß mit Denunziationen gar nichts mehr erreicht werden könnte. Man würde nur das Niveau des Kampfes drücken."

„Aber, wie die Dinge liegen, gibt es viele, die noch an die Anständigkeit der Kapitalisten glauben. Diesem falschen Eindruck wird damit geholfen."

„Diese Gutgläubigkeit war immer vorhanden und wird es auch immer geben. Eine Änderung der Dinge wird in meinen Augen nur auf dem Wege über eine Katharsis der Logen selbst eintreten. Erst, wenn diese Herren erkennen, daß sie

sich trotz aller Brüderlichkeit nicht aus dem allgemeinen moralischen und wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch heraushalten können, werden jene Stimmen im Konklave der Loge die Oberhand gewinnen, die bereits heute hier und dort von sich etwa im Sinne einer Ayn Rand hören lassen."

„Aber gerade bei dem Debakel der DDR haben sich die Maurer, wie Sie nicht übersehen können, gerettet. Ähnliches sagen Sie von der Regierungsfolge in Argentinien. Die Maurer werden sich zu retten wissen, wie immer schon bisher. Deswegen so viel Lamentieren, wenn doch mal einer wie etwa Rathenau oder Allende dabei ins Gras beißen muß. Außerdem traue ich einem Maurer nicht zu, daß er die Wirklichkeit richtig einschätzt. Dazu ist er viel zu beschränkt."

„Sie sind ja noch pessimistischer als ich es bin. Sie erinnern? Rette sich wer kann! Doch, wie die Dinge auch laufen werden. Ich meine, wir sollten unsererseits gewisse Anstandsregeln aufrechterhalten. Etwas anderes ist viel ernster zu nehmen, und daran können wir einstweilen nichts ändern, sollten es aber aussprechen."

„Was meinen Sie damit?"

„Nach meinen Beobachtungen muß man feststellen, daß an führende Stellen nur noch Freimaurer gelangen. Das aber bedeutet, daß nicht der fähigste, sondern eben der ‚Bruder' weiterkommt. Das war früher anders. Die Folge ist, daß das Wissen und Können der Entscheidungsträger dauernd weiter absinkt. Sie brauchen ja gar nicht mehr viel zu lernen. Mit Beziehungen erreichen sie viel mehr als mit Wissen und mit Charakter. Und sie bekämpfen sogar alle Bildung und Erziehung im Rahmen ihrer Nivellierung. Und daraus ergibt sich wiederum ein Versagen aller Führung, vor allem in der Politik, wie wir es erleben. Nur, weil dies bereits seit Jahrzehnten überall auf der Welt so vor sich geht, sind wir ja überhaupt erst in unsere heutige Lage gelangt."

„Ich möchte darauf hinweisen, daß ein Zeitgenosse, ein Kenner und Kritiker der Freimaurerei wie der Engländer Stephen Knight betont hat: ‚Derjenige, der meint die ganze Weltgeschichte habe sich seit der Renaissance im Zuge maurerischer Machenschaften entwickelt, jämmerlich danebentippt'."

„Knight, — den man übrigens inzwischen umgebracht hat — kann ich nur zustimmen. Nicht jede einzelne Handlung, aber der Geist oder vielmehr Ungeist, der hinter dem großen Geschehen wirkt, stammt aus maurerischer Schule. Jedes Ereignis, das sich zugetragen hat, wurde immer sofort hinterher von der Freimaurerei für ihre Ziele vereinnahmt. Das wird auch Knight bekannt gewesen sein."

„Damit wollen Sie auf den Gegenstand Ihrer jetzt vorliegenden Arbeit zu sprechen kommen?"

„Allerdings. Ich möchte Ihnen heute übergeben, was ich inzwischen zu dem Thema fand, welches wir uns gemeinsam vornehmen wollten. Es geht um die ‚Wiedervereinigung'. Ich möchte Sie bitten, festzustellen, ob ich genügend Beweise für die seinerzeitige Behauptung zusammengetragen habe, wonach hinter der Entwicklung unserer Tage ‚dunkle Kräfte' stehen, wie ich es nennen möchte."

Der Sekretär nahm den Ordner mit meinen Schreibmaschinenseiten unter den Arm. „Sie werden wieder von uns hören. Wir sind ja auch unsererseits nicht untätig gewesen. Also, bis auf bald!"

★ ★

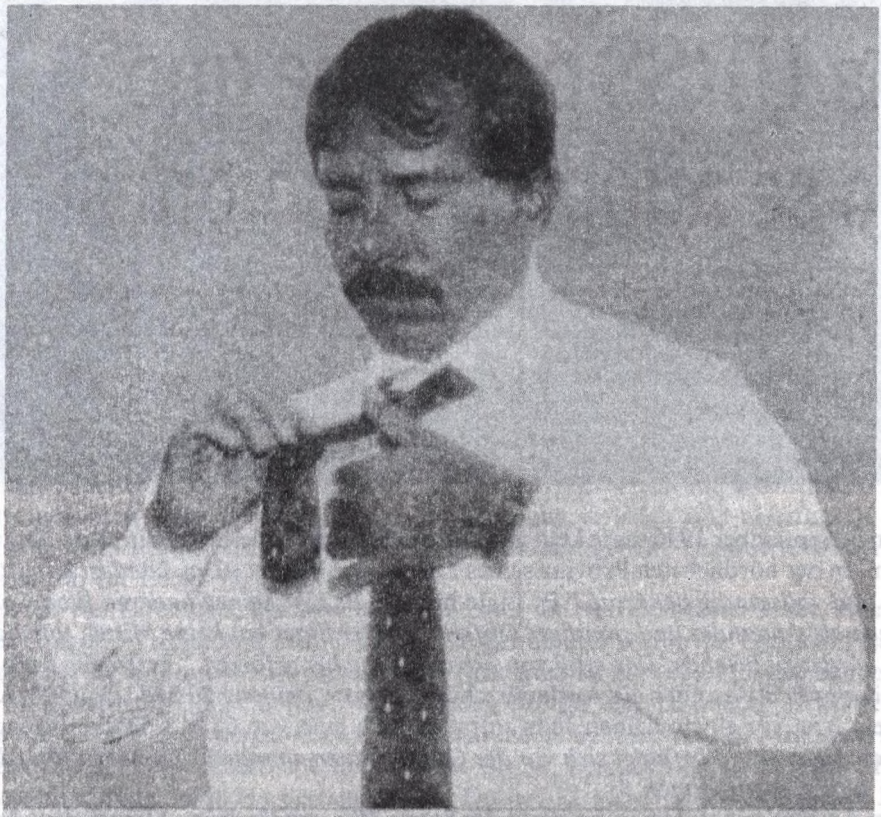
VIII. Der Weltablauf 1990

Morgenrot für die Eine Welt

Wir fanden ohne viel Mühe, was wir suchten. Auf Schritt und Tritt begegnet man der gleichen Augenkrankheit unter den Herrschenden. Man sieht die Welt nicht, wie sie ist, sondern wie man sie haben möchte und meint, sie in das Wunschgefängnis verwandeln zu können. So reihen sich auch wieder in diesem Berichtsjahr Ereignis an Ereignis, die alle mit dem Prädikat „gefährlich und negativ" versehen werden müssen, die alle im gleichen Geistessumpf ihren Ursprung haben. Soweit sie ihre Herkunft in untrüglichen Worten und Zeichen verbürgen und deutsche Interessen unmittelbar mahnend oder ihres Eigengewichts wegen tangieren, sollen sie jetzt zur Sprache kommen. Wir versagen es uns dabei, den Propheten zu spielen. Der Leser wird von sich aus zu dem Schluß kommen, daß eine teifgreifende Erneuerung not tut.

Mehr und mehr Menschen werden — blicken wir auf die „westliche Welt" — täglich aus ihrem bisherigen Leben hinausgeschreckt. Nicht nur die Umgebung ist dem Untergang geweiht. In den eigenen vier Wänden wird es leerer und leerer. Dieser „Fortschritt" mit seinen Ausgeburten bestimmt den Tageslauf, ihm ist der Mensch hilflos preisgegeben. Daran ändert die „Wiedervereinigung" gar nichts. Sie fügt sich sogar in das allgemeine Jogging unter Verzicht auf Lebensglück der Betroffenen ein. Sie ist dabei — das dürfen wir nicht übersehen — nur ein Detail im Weltablauf dieses Jahres 1990. Und sie ist vorrangig vorgesehen, neue Energien frei zu machen für den Todesmarsch der Menschheit. Sie hat erwiesen, daß, was auch kommen möge, die Freimaurerei damit fertig werden wird und es für ihre desolaten Ziele zu verheizen versteht.

An den Anfang einer kleinen Weltreise 1990, und immer um Sachlichkeit bemüht, wollen wir dieses Foto stellen, das die Einmündung neuer Kräfte in den Malstrom der „Demokratie" versinnbildlicht. Die Unterschrift unter diesem Foto von Nikaraguas Präsidenten Daniel **Ortega**, aufgenommen nach seiner (knappen) Wahlniederlage im April, lautet: „Von der revolutionären Macht in die demokratische Opposition". Mit der Krawatte führt er den Kotau vor der Freimaurerei allen vor, die zu lesen verstehen. Damit ist **Nikaraguas** Lebenskraft gebrochen worden.



Del poder revolucionario a la oposición democrática

Argentinien

Und anschließend ein weiteres sprechendes Bild. Es erinnert uns an das Foto von den drei Balten in diesem Buch. So wie dort soll auch hier — Argentiniens Präsident Menem mit Dan Quayle (USA), Felipe Gonzales (Spanien) und Giulio Andreotti (Italien) in dem Augenblick, da sie gemeinsam Fernando Collor de Mello in Brasilia zum Amtsantritt begrüßen wollen — klar gemacht werden, daß e i n (Un-)Geist sie alle beflügelt. Es ist ein echtes, zeitgemäßes Dokument. Um es zu werten, sollte man die gerodeten Wälder, die Arbeitslosen, die Schulden, die Drogensüchtigen und die Aidskranken in ihren Ländern einmal addieren.

Am 9. September 1990 sagte kein geringerer als der Präsident Argentiniens, Dr. Carlos Menem, in der nördlichsten Provinz seines Landes der Presse: *„Das Land ist kaputt (‚fundido') und vollständig bankrott."* Er fügte hinzu: *„Es gibt keinen anderen Weg, voranzukommen als dauerndes und ständiges Opfern . . . Der Staat hat keine Mittel, um die Wirtschaft wieder zu beleben. Das muß von privater Seite her erfolgen."* Erstmalig nach längerer Zeit wurde etwas über die Auslandsschuld gesagt: *„beinahe 70 Md. Dollar"*. Als Menem sein Amt vor einem halben Jahr antrat, sprach man von 64 Md. Dollar. Menem unterstrich: *„Das Land befindet sich vor der Gläubigerversammlung. Es ist zerstört, denn so haben wir es übernommen."*

Am Anfang seiner Regierung stand der Satz: *„Wir werden keine öffentlichen Arbeiten durchführen"* und man ging daran, was nur ging, dem Staat aus der Hand zu nehmen und zu privatisieren. Nur so, meinte man, der fürchterlichen Korruption, die man überall dann entdeckte, ein Ende zu setzen. Gleichzeitig wurden die Tarife erhöht und die Steuern. Die Folge war, daß die Privatwirtschaft sich mehr und mehr einschränken mußte. Mit der Einstellung des Straßenbaus und vieler anderer Vorhaben, die nur der Staat durchführen konnte, ging eine Balkanisierung und Verarmung des Landes voran, ohne daß der Kampf gegen die Korruption Erleichterung schuf. Menem versprach: *„Niemals wieder wird es einen Gaunerstaat geben"* (un estado fraudulento y comerciante), um es dann aber sofort einzuschränken: *„das darf nur für ganz bestimmt definierte Funktionen gelten, wie die Erziehung, die Gesundheit und die Auswärtigen Beziehungen."*

Die Korruption steht am Anfang der argentinischen Geschichte. Es gibt ganze Bibliotheken, die sich darüber verbreitet haben. Die Geburt dieses Staates und der gesamten „Neuen Welt" stand unter dem Stern der persönlichen Bereicherung. Dem monarchischen Staatsgedanken, mit der Hauptstadt in London, Lissabon oder Madrid, stand eine Phraseologie gegenüber, die Schluß machen wollte mit „Thron und Altar", und die an diese Stelle lyrische Phantasiegebilde setzen wollte, in denen die Menschen es besser haben sollten als bis anhin. Eine solche Lage war das gefundene Fressen für alle diejenigen, die bereit waren, einem Machiavelli nachzutrachten. Korrupte höchste Staatsdiener wie sie unse-

re Zeit laufend überall gebährt, waren die Begleiterscheinung dieser großen Weltwende. Immer wieder hat es Persönlichkeiten — Freimaurer und Nichtfreimaurer — gegeben, die aus dem Sumpf herauswollten. Gelang es ihnen hier und dort, so wurden sie verrufen oder ermordet. Das ist die Weltgeschichte seit 200 Jahren. Man weiß darum und man leugnet es nirgends. Doch, solange Brüderlichkeit und Toleranz Staatsmaximen sind, ist keine Rettung möglich.

Wenn wir hier ein Bild bringen wollen von einem solchen Land in der „Neuen Welt", so geschieht dieses, um auch jenen, die niemals die „Alte Welt" verließen, einen weiteren Horizont zu geben. Denn es ist ja eine ernste Erkenntnis, daß diese „Neue Welt" sich darum bemüht, auch die „Alte" zu entwurzeln und ihr die gleichen „Segnungen" zu bringen, die sie selbst inzwischen ausgegoren hat. Die Französische Revolution kam aus den USA, die Russische aus den USA. Ihr Morden und Umerziehen wurde abgebrochen, doch überall wird weiter unterminiert.

Nachricht um Nachricht folgen nun, wie sie in der gesamten argentinischen Presse gebracht wurden. Es handelt sich nur um einen kleinen, aber bezeichnenden Auszug aus dem Geschehen am Rio de la Plata. Es geht, so darf man versichert sein, in allen anderen Staaten mit ähnlicher Geburtsurkunde auch ähnlich vor sich. Lokalkollorid ergibt sich nur zusätzlich aus der Hautfarbe und dem Klima, wenn wir etwa in die Tropen oder nach Schwarzafrika gehen.

Viehdiebstähle sind an der Tagesordnung und nehmen einen nie gesehenen Umfang an. Am hellichten Tage werden ganze Lastkraftwagen verladen und abgefahren, zu irgendeinem Schlachthof. Niemand kontrolliert sie unterwegs. Die Landwirte greifen nicht ein, da sie für ihr Leben fürchten (220).

Drei der vier Direktoren der Banco Marplatense, die Herren Gabriel Scher, Juana Rosenfeld, Gregorio Trilnik sind noch flüchtig. Festgenommen wurde nur Gustavo Feldman. Betrugshöhe: 24 Millionen Australes und vier Millionen Dollar (221). Es gab Konten, auf denen Millionen von Dollar bewegt wurden ohne daß die Konteninhaber es wußten.

Die staatliche Petroleumgesellschaft YPF kann eine Schuld von 120 Millionen Dollar nicht zahlen, weil ihnen staatliche Betriebe wie Segba, Ferrocarriles und Gas del Estado nicht zahlen. Deren Schulden betragen 8 Md Dollar, 32 Md Dollar und 296 Md Dollar (222).

In der Hypothekenbank entdeckt man 350 *„ñoquis"*, d.h. Personen, die Gehalt bezogen ohne Bürostunden oder bestimmte Aufgaben zu haben (223).

„Nachbarn des bonarenser Vororts Lomas de Zamora versammelten sich empört vor der Polizeiwache, nachdem der Körper einer Zehnjährigen gefunden worden war, die vergewaltigt und dann ermordet worden war. Als das Mädchen verschwunden war, begab sich die Mutter vergebens zur Polizeiwache: man hätte kein Fahrzeug, um zu suchen. Sie rief die Nachbarn auf, zu suchen. Nach dem Auffinden der Toten ging die Mutter, von Nachbarn begleitet, erneut zur Polizeiwache. Da hieß es erneut: Die Fahrzeuge sind noch nicht zurück. Es gab Protestumzüge im Viertel wegen der Passivität der Polizei." (224)

Man kann sich leicht denken, mit welchen Gefühlen dann Fotos aufgenommen wurden, wie dieses, das gleichzeitig in der Presse erschien. Clarin meint: *„Was passiert ist, daß die Menschen leicht die Kontrolle verlieren, wenn derartige Verirrungen passieren."*

Menem ordnet an, daß die Arbeiten an der Talsperre Yacyretá wegen Korruption eingestellt werden. „Ein Denkmal der Korruption", nannte der Präsident dieses Werk, das ursprünglich 1,5 Md Dollar kosten sollte, dann aber an die 12 Md kostete. (225)

Man darf sich nicht wundern, daß unter solchen Umständen ein Strafrichter für Einführung der Todesstrafe für *„höhere Staatsbeamte die Delikte mit wirtschaftlichem Schaden für den Staat"* begehen, plädiert. (226)

El lugar donde se encontró el cadáver de Marina

In Harvard findet Alfonsin noch Zeit zu Späßen.

Das ist ein Foto des Ministers für Öffentliche Bauten, José Roberto Dromi, der einen Ausweg darin sieht, den Staat von allen öffentlichen Aufgaben zu entlasten.

In dem Ort Tortuguitas bei Buenos Aires wird ein Mann von zwei Autos verfolgt. Man hält ihn an und sagt, er sei verhaftet. Der Mann erreicht, daß andere Vorübergehende sich einmischen und bereit sind, mit zur Polizeiwache zu gehen. Unter diesen Umständen nahm man Abstand von der Festnahme. Der Mann begibt sich daraufhin zur nächsten Polizeiwache, um Anzeige zu erstatten. Er traf dort nicht nur auf die beiden, die ihn verfolgt hatten, sondern der Kommissar versuchte, ihn zu überreden, von einer Anzeige Abstand zu nehmen. Der Mann schreibt daraufhin einen Bericht an „La Nación". Nach dessen Veröffentlichung erhält der zuständige Provinzminister einen von 160 Nachbarn unterzeichneten Brief, in welchem es heißt, daß *„leider solche Vorgänge an der Tagesordnung sind. Es ist vorgekommen, daß man nicht nur die Privatsachen und Fahrzeuge wegnahm, sondern in das Haus des Betreffenden ging, um dort alles zu stehlen, was Wert hatte."* (227)

Am 16. Juni sieht ein Ingenieur, wie Halbwüchsige ihm aus seinem Auto den Kassettenrecorder stehlen. Er geht hinaus und fährt im Auto hinterher, erreicht sie, und schießt beide tot. Es war das 14. Mal, daß man ihm den Kassettenrecorder stahl. Grinsend hatten die Diebe ihn empfangen, als er sich ihnen näherte. Das ganze Land gerät darüber in Aufruhr. In unzähligen Leserbriefen an sämtliche Zeitungen im Lande macht man sich Luft, fordert Freilassung des Ingenieurs. Die Statthalter der Freimaurermoral, verantwortlich für solche Zustände, haben alle Hände voll zu tun, um den Dammbruch zu schließen.

„Das Recht, zu töten", heißt eine Überschrift. „Im Urwald", eine andere. Doch beachtlich ist, daß alle diese Aufrufe nicht greifen. Ich muß gestehen, daß ich, der ich zufällig in der Hauptstadt war, nicht eine einzige Person traf, die nicht den Ingenieur, Vater von vier Kindern, verteidigte. Es war einfach die Geduld am Ende. Der Ingenieur wurde in eine Klinik eingeliefert und nach etwa sechs Wochen mit einem ärztlichen Attest freigelassen, welches besagte, daß er für die Tat nicht im Sinne des Strafgesetzes verantwortlich sei. Die Proteste der Logenbrüder (nicht etwa aller) verklangen.

Man hätte annehmen können, daß unter solchen Umständen die Justiz und die Polizei gesäubert und strenger gegen Diebe und Mörder vorgehen würde. Im Gegenteil. Ein neues Strafgesetz wurde vom Kongreß angenommen, in welchem eine ganze Reihe von schweren Delikten für straffrei erklärt wurden, wenn sie zum ersten Mal begangen wurden. Aus der sehr langen Liste führen wir an: Bestechung, Prostitution, Raub, Korruption und Wucher. (228).

Präsident Menem selbst berichtet einem Journalisten: *„Da ist der Fall der Schiffe von YPF (Tanker) die, kaum daß sie abgefahren waren, sich in seltsamer Weise beschädigten und zur Werft gefahren werden mußten wegen einer angeblichen Reparatur. Die Arbeiter bekamen weiterhin ihren Lohn in Dollar, als wenn sie auf hoher See wären, die Reparaturen, die eine andere Firma machte, existierten nicht und der private Tanker, der kontraktiert werden mußte, um die gleiche Arbeit jetzt zu leisten, war ebenfalls Teil des Abkommens."* und er sprach weiter: *„Einige Unternehmer sind auf Kosten des Staates reich geworden. Dinge, die tausend kosten, kamen auf 50.000. Da ist das Beispiel des Feudels. Der ELMA (staatliche Schiffahrtslinie) kostete er 400 Australes, den Eisenbahnen kostete er genau 4.000 Australes."* (229)

Voller Stolz verkündet der Präsident der Zentralbank am 3. August 1990 *„Argentinien zahlte gestern eine Rate von 40 Millionen Dollar an die Gläubigerbanken"*. Dabei ist die argentinische Auslandsschuld mit 300 Millionen Dollar monatlichen Zinsen belastet.

Satellitenfotos bestätigen, daß 200 große Fischdampfer (es sind ganze Fabriken) in den argentinischen Hoheitsgewässern fischen. Dabei wurde bereits festgestellt, daß der Fischreichtum derart nachläßt, daß man von einem Ausfischen sprechen kann. Doch das argentinische Auswärtige Amt, die betroffenen Küstenprovinzen, die Nationaldirektion der Fischerei und die argentinischen Fischereiunternehmer sind sich nicht einig, was getan werden muß. (230)

Es gibt (nicht wenige) Personen, die in dieser Lage der Meinung sind, daß es nicht nur an dem Umfang der Korruption liegt, daß nichts erreicht wird. Der Text auf der folgenden Karikatur aus dem „Mercurio" im benachbarten Chile lautet: *„Carlos Saúl Menem hat einen tollen Schuß. Du wirst sehen, wie er den Ball trifft"*. Und wieder kommen wir mit der Frage: Sollte es nicht vielleicht daran liegen, daß man die Auswahl der Führenden nach einem System vornimmt, das immer nur die „Flaschen" nach oben schwemmt?

Das von uns bereits erwähnte **„Recht auf Gegendarstellung"** (derecho de réplica) ist jetzt trotz stärkster Widerstände von Seiten der Presse in unserer Provinz Rio Negro von allen drei Parteien angenommen worden (242). Es besagt *„daß Personen eine Berichtigung oder kostenlose Antwort fordern können im Falle von belastenden oder ungenauen Mitteilungen irgendwelcher Medien"*. Bezeichnend ist, was dazu der Direktor der Zeitung „Rio Negro", Julio Rajneri, ein bekannter engagierter Freimaurer, zu sagen hatte: *„Diese Gesetzgebung wendet sich gegen die Unabhängigkeit meiner Zeitung und der Presse im allgemeinen"*. Die Pressegewerkschaft war deutlicher: *„Das Gesetz widerspricht der republikanischen und demokratischen Haltung der Regierung. Es liegt in der reinsten autoritären Tradition."* (243). Unsere Leser können sich ein Bild machen, wenn sie sich den Text auf S. 165 in XI ansehen. Die Verleumdeten hatten keinerlei Möglichkeit, sich gegen derartige

—Carlos Saúl tiene una zurda espectacular, che. Lo vas a apreciar cuando le achunte a la pelota...

Diffamierung zu wehren. Das soll nach Meinung von Herrn Rajneri auch in Zukunft so bleiben.

Es kann noch angehen, daß der westdeutsche Botschafter in Buenos Aires *„sich intensiv um Investitionen aus Deutschland bemüht"* (262), aber die weiteren Worte aus gleicher argentinischer Quelle können im Hinblick auf die deutschen Auswandererfahrungen in den letzten 40 Jahren in Argentinien nur mit Kopfschütteln beantwortet werden. Herr Lanari meinte, in Bonn behaupten zu dürfen: *„Es besteht Interesse an einer Widerankurbelung des historischen Zuges der deutschen Einwanderung in Argentinien, die unserem Lande so große Erfolge bescherte. Wir glauben, daß in diesem Prozeß der Neuordnung in Deutschland ein Zuviel an Menschen entstehen könnte, die Argentinien mit offenen Armen empfangen würde, weil wir die Arbeitsfähigkeit, das Organisationsgeschick und die Befähigung zur Durchführung von großen Aufgaben der Deutschen kennen. Dies könnte aber auch für beide Länder außergewöhnlich vorteilhaft sein."* (263). Tausende von enttäuscht nach Deutschland zurückgekehrten ausgenutzten Deutschen sind da geneigt, vor der argentinischen Leimrute zu warnen. Von all dem, was mit so gutem Willen hier in Ar-

gentinien von fleißigen Deutschen aufgebaut und vorgelebt wurde, ist kaum etwas übrig geblieben. Der Präsident des Landes selbst ist verzweifelt über die Zähigkeit, mit der sich Schlendrian und Korruption und amtliche Unehrlichkeit in einem Maße wieder breit machten, so daß es zum festen Satz bei Argentiniendeutschen wurde: *„Wir haben uns in diesem Lande geirrt"*. Die Schlangen vor den europäischen Konsulaten in Buenos Aires, von Personen, die um Pässe zur Auswanderung ansuchen, sprechen Bände. Auch sind nicht die massiven Angriffe der argentinischen Presse vergessen, in denen arbeitsame, fleißige Deutsche immer wieder als „Nazis" ungestraft schwer beleidigt werden konnten. Noch heute werden deutsche Staatsbürger in Argentinien aus unerfindlichen Gründen laufend überwacht. Ein Lanari mag leichtes Spiel in Bonn haben, wir Deutsche in Argentinien sind etwas ehrbewußter und haben unsere konkreten Erfahrungen. Wir mußten allzuoft einen Unterschied machen zwischen argentinischen Politikern und den uns umgebenden liebenswerten, grundanständigen zuverlässigen Argentiniern, mit denen wir täglich zu tun hatten.

Von Pinochet zu Aylwin

Zwei kleine Wochen nur, bevor Pinochet im September 1973 Chile vor dem Chaos rettete, war es niemand anders als Patricio Aylwin gewesen, der in einem Aufruf in „The Washington Post" *„eine klare Botschaft an Pinochet und seine Waffenkameraden sandte, in welcher er sie aufrief, Chile vor dem Wahnsinn (demencia) zu retten, in welchen es gefallen war"* (231). Diesem Aylwin hing am 11. März 1990 Pinochet die Präsidentenschärpe unter dem Beifall des ganzen Landes um. Eine Aufgabe war erfüllt und in unübertroffen demokratischer Weisheit und staatsmännischer Reife war die Rückkehr auf die Gleise der unanfechtbaren Rechtsstaatlichkeit vollzogen. Was nach der Zerstörung aller demokratischen Organe durch Allende unmöglich schien, war ohne Fehl vollzogen worden. Jene Staatsoberhäupter, die diesem Akt deswegen nicht beiwohnen wollten, weil sie nicht gewillt waren, Pinochet die Hand zu geben, machten sich selbst vor der Geschichte und vor allen Tat- und Augenzeugen chilenischer Gegenwart lächerlich. Zu ihnen gehörte auch der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland. Daß das Deplazierte dieses Benehmens der deutschen Botschaft in Santiago nicht unbekannt bleiben konnte, war bei der massiven Gegenwart Deutschstämmiger überall in Chile von Anfang an klar. Die Reden, die dann der westdeutsche Botschafter Wiegand Pabsch und der Sondergesandte, Alt-Bundespräsident Walter Scheel hielten, waren darum ein einziger Eiertanz rund um die Wahrheit herum. Der wegen Steuerhinterziehung vorbestrafte Gast meinte da z.B.: *„Dann* (nach seinem vorherigen Besuch in Chile vor 28 Jahren) *gab es eine lange Phase, wo die Beziehungen, die so gut waren und so gut bleiben sollten, sich in irgendeiner Weise lockerten. Ich muß gestehen, daß manche von Ihnen das wohl nicht ohne eine gewisse Verwunderung gesehen haben . . . Und so werden Sie manchmal gesagt haben, warum tun sie nicht dieses und jenes in der Bundesrepublik und warum lassen sie eine gewisse Entfremdung geradezu spüren, aber ich glaube, diese Gründe sind nun wohl überwunden."* Und der Nachfolger des Kriegshelden Knackstedt (232) empfing die Gäste auf der Botschaft mit folgender Untermalung der Vorgänge: *„Meine Frau und ich wünschen uns, daß diese Stunde einen Neuanfang setzen möge in den Beziehungen zwischen unseren Völkern, aber auch zwischen der Deutschen Botschaft in Santiago, den Deutschen dieses Landes und ihren chilenischen Freunden."* Es lag nur an ihm und seinem Chef, von neuem anzufangen, sich wieder von den Terroristen zu trennen und sich den Anständigen in Chile zuzuwenden (233). Mit philosophisch angemalten Geisteseskapaden würde man auch in Zukunft nicht weit kommen.

Aylwin wurde das Regieren nicht leicht gemacht. Wenn man sich auch möglichst taub gegenüber linksextremen Forderungen stellte, so waren doch eine ganze Reihe von Terroranschlägen nicht zu überhören. Daß die Freilassung von überführten Verbrechern nicht erfolgte, war nicht nach dem Geschmack der Meute, die meinte, jetzt würde das Rad der Geschichte zurückgedreht werden. Man wollte abrechnen. Und das fing damit an, die Leichen zu suchen, die das Militär doch überall vergraben hatte. Man erinnert doch in Deutschland aus „Stern" und „Spiegel" und allen anderen Elaboraten, daß man knöcheltief im Mapocho in Santiago in Blut watete, daß „30.000 Menschen verschwunden waren". Die Regierung setzte Bulldozer an und Spürhunde und Suchkommandos, und man fand nirgends die vorher beklagten Mengen. Der Innenminister sah sich gezwungen, die Gemüter zu beruhigen: *„Es hat ungefähr 800 Personen gegeben, die nach ihrer Festnahme verschwanden, ohne daß ihre Angehörigen erfuhren, was mit ihnen geschehen ist. Außerdem gibt es etwa 1.000 Personen, die hingerichtet worden sind und deren Leichen niemals ausgehändigt wurden."* Das sind die konkreten Zahlen. Das ist das Ergebnis des Allende-Experiments, sieben Tage bevor der „Plan Z" mit seinen 10.000 Namen für Namen bereits vorgesehenen Morden ausgeführt werden sollte, bevor die Waffenarsenale und Batterien von Molotow-Cocktails, die man u.a. in der Garage Allendes fand, in einem der blutigsten Bürgerkriege der Gegenwart angewandt werden sollten (234). Es war eine notwendige und maßvolle Machtübernahme, die Pinochet 1973 leitete. Daß sie so stark angegriffen und verurteilt wurde, daß sie beinahe zum Hauptinhalt so vieler Zeitschriften usw. auf der ganzen Welt wurde, daß man es ungehindert zuließ, daß das Bild völlig verzerrt wurde, das besagt uns, daß hier nicht nur die Sorge um den philosophischen Bau einer Welt demokratischer Rechtsstaaten Pate stand, sondern daß es auf der ganzen Welt mehr Anhänger des Bolschewismus, des Trotzkismus, des Kommunismus, des Nihilismus gibt, als sich offen zeigt. Es ist vollständig undenkbar, daß bei den heutigen Informationsmöglichkeiten und bei dem Umfang der Geheimpolizeien und der Abwehrorganisationen den Regierungen etwa der USA oder der BRD verborgen blieb, was sich in Wirklichkeit in Chile zugetragen hatte. Und es ist beunruhigend, daß noch post festum ein Scheel sich darum herumdrückt, sich für eine jahrzehntelange Fehlbeurteilung zu entschuldigen, sondern meint, mit einigen schönen Worten auslöschen zu können, was an Gift und Galle aus Bonn auf Chile (und auf alle anderen antimarxistischen Kräfte in Lateinamerika) losgelassen worden war. Wir haben darum auch keinen Zweifel, warum man jahrelang einem linkslastigen Alfonsin in Argentinien nach dem Munde redete, warum man Millionen von DM einsetzte, um argentinische und chilenische Politik so zu steuern, wie es unbekannte Linke wünschten. Sollte es doch, entgegen unserer Meinung, nur Unwissenheit und Unkenntnis in Bonn gewesen sein, dann ist es höchste Zeit, dieses öffentlich und sehr belegt zu klären!

Auf wirtschaftlichem Gebiet war es besonders schwer, den Anschluß zu finden. Das ganze Land — und das gesamte Ausland — horchte gespannt auf Foxley, den neuen Wirtschaftsminister. Ohne Ausnahme war man der Meinung, daß es für Chile kein Vorteil war, die Arbeit Büchis abzubrechen. So veränderte man so wenig wie nur möglich. Doch der Druck der Linken bestand, und tatsächlich gab es Sektoren die von der bisherigen Regierung vernachlässigt worden waren, Wohnungsbau und Gesundheitswesen, Universitäten und Minen wiesen einen berechtigten Nachholbedarf vor. Der konnte nur mit mehr Steuern und — wie man meinte — mit Auslandskrediten gedeckt werden. 2 Md. Dollar Kredite gewährte die Interamerikanische Entwicklungsbank im August 1990. Damit aber reihte Chile sich ein in die Verschuldeten. Es gibt nicht wenige Stimmen, die es als „den Anfang vom Ende" sehen. Als im April 1990 die Industrieproduktion zum ersten Male seit 54 Monaten (um 1,8%) sank, war das, verbunden mit den Klagen aus der Landwirtschaft

über zu hohe Löhne, Teil eines Bildes, das man unter Pinochet nicht gesehen hatte.

Doch vorerst herrscht Optimismus noch vor. Ernesto Fontaine gibt dem Ausdruck in einem Leitartikel in „El Mercurio" am 9. August dieses Jahres: *„In mir waren immer die Freude und der Stolz groß, wenn ich in diesen letzten Jahren von meinen Dienstreisen nach Chile zurückkehrte, aus Argentinien, Uruguay, Brasilien und Peru, denn ich war wieder in einem vorwärtsdrängenden Land, voller Erfolg und mit einem Blick in die Zukunft."* Wie hat sich in Chile bis in die letzten Berichtstage hinein dieses Bild erhalten müssen, denkt man an die Schlachtereien in Peru, an die zusammenbrechende Wirtschaft im Nachbarland Argentinien, in dem unruhigen Bolivien und in dem Exerzierplatz für Nationalökonomen, Brasilien.

In solcher Lage erstaunt es nicht, wenn man erfährt, daß auch die **chilenische Großloge** bereit ist, der Regierung bei ihren schwierigen Aufgaben zu helfen. *„Die Regierung hat nicht ein Stückchen ideologischen Charakters. Die Regierung ist eine solche des Zusammenschlusses (der ‚Concertación')"* bestätigt Innenminister Kraus (235). Wenn das so liegt, dann ist die Gelegenheit mehr als günstig, verstärkt einzusteigen. Genauso wie in Osteuropa hat hier die Stunde der Freimaurerei geschlagen: *„Wir sind daran interessiert, unsere Einrichtung zu modernisieren, unter Berücksichtigung unserer Grundsätze, Behauptungen und Doktrinen. Mit dem Ziel, sie mehr dem Ton der Umgebung anzupassen . . . Wir werden eine Abteilung schaffen, die sich mit der Jugend befaßt und wir werden wieder die Einrichtung von Kommissionen schaffen, die sich mit Themen wie Gesundheit und Erziehung befassen, um der Regierung Vorschläge zu machen"*, meint der im Juni 1990 neugewählte Großmeister Marino Pizarro (236). Es ist die Antwort auf das, was einen Monat vorher der bisherige Großmeister Oscar Pereira Henriquez anmahnte. Man sprach von der „actual crisis de la Masonería", von der gegenwärtigen Krise der Freimaurerei (237).

Dann geriet Aylwin in eine ganz große Bedrängnis. Die Familie **Allendes** forderte die Überführung „des Märtyrers" in den Zentralfriedhof der Hauptstadt. Da es sich um einen Ex-Präsidenten handelte, mußte es mit militärischen Ehren erfolgen. Pinochet, Wehrmachtschef, verweigerte diese Anmaßung. Und Aylwin machte aus der Überführung eine Familienhandlung mit amtlicher Assistenz. Natürlich füllten die Transparente und die Mauerschmierereien den Raum, wie üblich bei dieser Art Volkspolitik in West wie Ost. Doch das hatte kein protokollarisches Gewicht.

Doch die amtlichen Bemerkungen, mit denen man die Überführung im September 1990 begleitete, können nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Es handelte sich dabei um eine Verunglimpfung des Toten, die dieser niemals verdient hat. Da nimmt man nämlich Abstand von ihm und betont in der Tat — und das gleich mehrfach — und wiederholt dann in der in- und ausländichen Presse, daß er „ein unfähiger Staatsmann gewesen war", daß „er schlecht regiert hatte", daß „er das Land in die Hyperinflation trieb", daß „er darum die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hatte", und „daß er auch heute, würde er wieder auftreten, genauso abtreten müßte wie damals."

Diese „Unfähigkeit" war nicht das Wesentliche. Denn nicht Allende war „unfähig". Untauglich war das Werkzeug, das er verwandte. Als Sohn eines Großmeisters der Großloge von Chile, als hochgradiger und überzeugter Maurer (198) ging er innerlich unangefochten und ohne von Zweifeln geplagt, in der vollen Überzeugung vor, mit seinen sozialistischen Ideen auf dem Wege zum Erfolg zu sein. *„In der Maurerei lernt man nicht wie in der Universität oder in den Höheren Schulen, sondern durch Zusammenleben, durch Handlungsweisen, Benehmen und einen auf Geistigkeit gerichteten Sinn"* (237). Genau das war mit Allende der Fall gewesen. Er schwamm im Meer der Freimaurerei. Doch, er war — wie es ganz selten vorkommt — ein freier Mensch geblieben. Ein ganzer Mann, ein

Held, ein durch und durch ehrlicher Mensch, sagte er, was er wollte und umschrieb es nicht. Er tat, was er tun mußte, ohne zu zögern. Die Größe seines ungebrochenen Charakters zeigte sich in seinem Selbstmord. Als die Freimaurerei ihm das für alle solche Fälle bereitgestellte Entweichen anbot, nahm er nicht dieses Angebot an, wie es vor und nach ihm so viele Freimaurer als selbstverständliches, eingebautes Handeln vollzogen. Treue, Einsatzbereitschaft standen ihm über aller lauen Brüderlichkeit. So geschah es z.B. ganz im Gegensatz zu den vielen Figuren dieses Jahres 1990 in ähnlicher Lage. Wo hat sich ein einziger Marxist irgendwo den Richtern gestellt? In seinem Wesen war er niemals ein Freimaurer geworden, war Idealist geblieben, unbedingt gehorsam den „Vorurteilen" seiner politischen Sicht. Als solcher möge er in die Geschichte eingehen. Mit seinem Tode hat er die Mauer des philosophischen Nebels durchbrochen, die man um ihn in jahrzehntelanger Logenarbeit errichtet hatte. Im schärfsten Widerspruch zu so vielen anderen Beispielen aus unserer Zeit, wie diese zeitweilig zweier Herren Diener, entschied er sich dann für seine Aufgabe, verzichtete er darauf, sein Leben zu einem Einakter in der Maurerarena zu erniedrigen. Es geschah um den Einsatz seines Lebens. Er *„war ein Lyriker, aber ein Mann des Worts"* umschreibt es der Argentinier Julio A. Ramos (199).

Es ist nicht zufällig, daß ihm kein geringerer als **Augusto Pinochet** gegenüberstand, der die Leiden seines Landes unter der „unfähigen Regierung Allendes" (200) — schon im Todeskampf Chiles — abkürzte, der dann unter Beweis stellte, daß er ein besserer Präsident war, und der dann die Größe hatte, ein ohne Zweifel erfolgreiches Regierungsexperiment abzubrechen, als das freimaurerische Ausland — die BRD an der Spitze — mit Millionen von Dollar die vielen aber dummen Stimmen des „Volkes" kaufte, um Chile wieder in Abhängigkeit zu zwingen; der dadurch einen Bürgerkrieg vermied, wie ihn die Herrscher im Westen wie im Osten so gerne gesehen hätten.

Und man darf nicht vergessen, hier den dritten großen Chilenen zu nennen, der diese Umbruchszeit mitformte: **Patricio Aylwin.** Weniger etwa mangelnde Charakterstärke als die ausgleichende Aufgabe, die ihm das Schicksal antrug, sind die Ursache dafür, daß von ihm ein nur blasses Bild weitergereicht werden wird. Die von Allendes Unbeirrtheit hervorgerufene Polarität der chilenischen Innenpolitik nicht nur einzuebnen, sonder aus ihr Energien für eine bedrohte Zukunft zu schöpfen, ist seine nicht von allen anerkannte Aufgabe. Es sieht so aus, als hätte er sie verstanden.

Die staatsmännischen Fähigkeiten der chilenischen Führung stachen dann besonders deutlich ab von den üblichen Intrigen, die erneut von deutscher Seite geschürt wurden, als Pinochet in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht in geschlossenem Kreise im Rotaryclub in Santiago es für angebracht hielt, von der Bundeswehr zu sprechen als von einem „Haufen Drogensüchtiger, Langhaariger, Homosexueller und Gewerkschaftler", um eindeutig klar zu stellen, daß die in Chile von Linken vorgebrachten Ideen einer **„Demokratisierung des chilenischen Heeres"** vollkommen undiskutabel sind. Es kam zu einem „Sturm im Wasserglas" (295). Der deutsche Botschafter Wiegand Pabsch flog eiligst nach Bonn, und der zurückgebliebene Botschaftsrat, kein anderer als der uns bereits als Unruhestifter reichlich bekanntgewordene Hans Ulrich Spohn (296) nutzte die Gelegenheit, der Presse mitzuteilen: *„Die Erklärungen des Generals Pinochet haben eine ernste und delikate Lage geschaffen. Diese Lage beeinflußt die Beziehungen zwischen Deutschland und Chile. Bis zu diesem Augenblick habe ich noch keine Instruktionen meiner Regierung erhalten, die eine Beilegung dieses Vorfalls bedeuten könnten. Die erwähnten Erklärungen haben in Deutschland eine Belästigung hervorgerufen, in der Bevölkerung, im deutschen Heer und ebenso in der Regierung, wie man aus der Presse ersah, die sich zum Echo der Lage machte."* (297). „El Mercurio" fährt fort: *„Der Diplomat gab diese Erklärung der Presse im Kongreßgebäude ab, nachdem er einem Essen in den Speise-*

räumen des Abgeordnetenhauses beigewohnt hatte, zu dem ihn der Vizepräsident der Corporation, Carlos Dupré aus dem Anlaß eingeladen hatte, daß seine Rückkehr nach Deutschland bevorstünde, wo man ihm neue Funktionen zuweisen werde."

„Befragt, ob es irgendeine deutsche amtliche Reaktion in dem Sinne, daß man befriedigende Erklärungen erwarte, gegeben habe, erklärte der deutsche Diplomat, daß ‚wir bis zu diesem Augenblick keine besonderen Kontakte mit dem chilenischen Heer zu diesem Punkt gehabt haben'."

Herr Spohn, in die Enge getrieben, mußte sogar zugeben, *„die zuständigen deutschen Behörden haben die Anwürfe Pinochets erhalten, haben aber bis zum Augenblick dazu noch nicht Stellung genommen."*

Aber noch mehr: Als der Botschafter einige Tage darauf aus Deutschland zurückkam, betonte er, daß es sich um eine private Reise gehandelt habe. Und noch eines: Der deutsche Militärattaché macht einen Besuch im Oberkommando des (chil.) Heeres und betonte, *„daß der Vorgang beigelegt sei"*. Und noch eines: Der Unterstaatssekretär im (chil.) Auswärtigen Amt, Edmundo Vargas kehrte aus Deutschland zurück, und mußte der Presse mitteilen, *„daß das Thema* (der Äußerungen Pinochets) *in Deutschland nicht auf politischem Niveau behandelt wurde."*

Eindeutig ergab sich so, daß Herr Spohn sich erneut als übler Brunnenvergifter betätigt hatte. Von einer „ernsten und delikaten Lage", wie er meinte, war überhaupt nicht die Rede. Die Beziehungen zwischen Chile und Deutschland waren überhaupt nicht berührt worden, so sehr es dieser Unruhestifter an die Wand gemalt hatte. Dieser allen sichtbare Bauchklatscher aber erlaubt es uns, die schmutzige, störende, verleumderische Betätigung dieses Diplomaten in Santiago als Ganzes zu sehen. Er war es, der den Fall „Dignidad" in Zusammenarbeit mit sehr suspekten Elementen hochspielte und auf dessen Aktivität nicht nur sein Chef in Bonn, sondern der ganze Bundestag hereinfiel (298). Es war sein Verdienst (und das einer kleinen Schar Gleichgesinnter, insbesondere des dpa-Vertreters in Santiago), daß dort jahrelang deutsche Außenpolitik auf dem Niveau von Stasi und Securitate betrieben wurde. Das bedenklichste ist, daß ein anderer Exponent dieser Mafia, der Botschafter Knackstedt, der der deutschen Schule in Los Angeles (Chile) den „Krieg"(!) ansagte, Botschafter ausgerechnet in Warschau wurde. Sollte man auch dort mit den Auslandsdeutschen KRIEG spielen, wie man es in Chile getan hat, dann allerdings wäre es angebracht, die antideutsche Aktivität der deutschen Botschaft in Santiago mit anderen Augen zu sehen. Dann hätte ein Agent wie Spohn **im Auftrage** Genschers gehandelt. Dann stünde auch der gesamte Komplex der Oder-Neiße-Grenze in einem noch bedeutend häßlicheren Licht da, als es uns ohnehin den Anschein hat.

Im Anschluß an die Erklärungen Pinochets kam es natürlich auch sofort zu Reaktionen im chilenischen Kongreß und es ist nicht uninteressant zu erfahren, welches die Bundesgenossen Spohns waren: Die Kommunistische Partei und einige linksextreme Splittergruppen. Präsident Aylwin befahl Pinochet zu sich. Dieser übergab dem Präsidenten dabei einige Vorgänge, die ihn zu der warnenden Äußerung veranlaßt hatten. In der Tat gab es der Regierung nahestehende Kreise, die sich mit dem Gedanken einer „Demokratisierung" des chilenischen Heeres herumtrugen. Die chilenische Regierung sprach sich sofort sehr energisch gegen derartige Zersetzungsversuche aus, und es war Aylwin persönlich, der aus Anlaß des gerade fälligwerdenden Nationalfeiertages (mit Paraden von 18.000 Soldaten aller Waffengattungen) hervorhob, daß Chile „stolz sei auf seine Wehrmacht". In Kommentaren in der Presse wurde hervorgehoben, daß sich ein reiches Land wie Deutschland erlauben könnte, die Disziplin des Heeres zu zersetzen, denn in zahlenmäßig geringen Eliteeinheiten würden Waffen gehandhabt, die einen Kampf heute entscheiden. Daß aber für Chile wie zu Zeiten des legendären Generals Körner (der mit anderen preußischen Offi-

zieren 1870 das chilenische Heer geformt hatte) die Infanterie den Ausschlag gibt. Es war also in den Augen Chiles die Abwehr Pinochet keineswegs eine Nebensächlichkeit. Offensichtlich ging da ein ganzes, von linker Seite aufgezogenes Programm in die Brüche.

Was aber den Gipfel der deutschen Unverschämtheit darstellt, ist die, ebenfalls von Pinochet Aylwin vorgetragene und dann in die Presse gebrachte Tatsache, daß „der neuangekommene Botschafter Pabsch in einer Versammlung im ‚Club de la Union' vor etwa zwei Monaten von der vorhergehenden chilenischen Regierung als von ‚einer faschistischen Diktatur' gesprochen hatte. Anwesende ehemalige Heeresgenerale hatten sich damals dadurch belästigt gefühlt. Und der Präsident der UDI, Julio Dittborn, erklärte im Kongreß (299), es handle sich bei den Bemerkungen des deutschen Botschafters um unglückliche und falsche Erklärungen.' Dittborn fuhr fort: *„Das beweist eine schwere Unkenntnis der nationalen (chilenischen) Wirklichkeit und, was die Regierung der Streitkräfte in Wirklichkeit war. Der deutsche Botschafter braucht Ausdrücke, die sich mit seiner hohen Stellung nicht vereinbaren lassen und auch nicht damit, daß er der Vertreter eines befreundeten Landes ist. So kann man keine Regierung qualifizieren, die Chile aus einer sehr schwierigen Lage rettete, die ihm eine Verfassung gab und es wieder auf den Weg der Demokratie führte."*

Nach der Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende September 1990 blickt man weltweit in andere Gesichter. Die Periode, die 1984 mit dem Besuch des Argentiniers Alfonsin anbrach, ist mehr als blamabler Form zu Ende gegangen. Die Welt des Sozialismus ist zusammengebrochen. Die Welt des Kapitalismus windet sich in Fieberschauern. Die Dritte Welt klammert sich verzweifelt an leere Worte. Man befiehlt ihr mehr Demokratie und sucht nach einem Vorbild, wo es unter dem Zeichen des Zeigefingers besser geworden ist. Da kommt Aylwin als Rettungsengel für die so wichtige Propaganda.

Vorgestellt wird er in New York ohne viel Federlesens als der Präsident eines wirtschaftlich gesunden Landes, das als Reinkarnation der Demokratie gilt. Gekrönt wird diese Anhebung Chiles auf die demokratische Ebene durch die Goldmedaille, die die Americas Society (315) in Gegenwart David Rockefellers Patricio Aylwin durch den ehemaligen Botschafter der USA in Chile, George Landau, am 27. September überreicht. Begründung: „Wegen der Rolle, die er bei der Restauration der Demokratie in Chile spielte". Des anderen, ungleich bedeutenderen, General Pinochet, des eigentlichen Retters der Demokratie, gedenkt man mit keinem einzigen Wort. Ehre, einmal wieder, wem sie nicht gebührt.

Im gleichen Atemzuge spricht man von den (geerbten) hohen Esportzahlen Chiles und von den demokratischen Gepflogenheiten dortselbst. *„Chile ist heute, wie vielleicht kein zweites Land Südamerikas, eingebettet in die internationale Gemeinschaft"* (300). Der chilenische stellvertretende Außenminister Edmundo Vargas: *„Wenn wir uns in der Generalversammlung der Vereinten Nationen niedersetzen, so heißt das, daß wir wieder geachtet werden"*. Es ist zugleich dort in New York „Tag des Kindes" und niemanden anders findet man geeigneter, als das freigewordene Protektorat der Kinder der ganzen Welt zu übernehmen als Patricio Aylwin. Eine Negerin überreicht ihm die Insignien. Und in der Columbia-Universität überreicht man ihm den Preis „Columbia Award". *„Chile ist in Mode"* hört man rundum. Doch, vorsichtig fragt man: *„Die Reise Aylwins nach New York war bedeutend, war epochal. Doch bedeutender noch war die Anstrengung, die Chile in den vergangenen Jahren machte und die Eingliederung Chiles in den Welthandel, die ein Werk Pinochets ist, auch wenn Pinochet selbst nicht reisen konnte."* (300).

Und da liegt der Hase im Pfeffer! Auch ungewollt schmückt sich Aylwin mit fremden Federn. Das aber malt die ganz große Gefahr an die Wand, daß dem Reinfall mit Alfonsin ein neuer folgt, daß man Aylwin mehr zutraut, als er zu leisten im Stande ist. Die unbehol-

fene, im wesentlichen unfähige Clique der Weltbeglücker braucht immer wieder einen Leithammel, ein Symbol, dem die Verblödeten vor dem Fernsehapparat nachlaufen. Doch seit den Tagen des Völkerbundes hat sich nur eine Pleite an die andere gereiht. Es täte dem fleißigen und ehrlichen Chile nicht gut, wenn man ihm Aufgaben zuschanzte, die von niemandem bewältigt werden können. Eine „Eingliederung" Chiles in die newyorker Kartenhäuser bringt die Gefahr mit sich, daß das von Pinochet und Büchi aufgebaute vertan wird zugunsten von Logen-Phantasien. *„Wenn man die Tatsachen betrachtet, so sehen diese anders aus, als man es in New York wahrhaben möchte. Da meint man, Chile laufe der Welt nach. Doch in Wirklichkeit drängt sich ganz Lateinamerika danach, die heiligen Canons nachzuahmen, die bei uns seit dem 11. September 1973 gelten. Chile ist nicht nach Lateinamerika zurückgekehrt, sondern dieses folgt Chile auf dem Wege, sich von der traditionellen Führung des Subkontinents zu entfernen."* (301). Weil solches in Santiago ausgesprochen wird, tut man gut, Chile etwas ernster zu nehmen als dessen Nachbarn. Und etwas andere Vertreter dorthin zu senden als Spohn und Pabsch.

Colonia Dignidad

Eine Eigenschaft der Freimaurer ist ihre **Unbelehrbarkeit.** Was einmal in der Loge beschlossen wurde, das muß durchgeführt werden. Niemand, der sich dagegenstemmt, wird angehört. Es gibt einfach keine zugelassenen Argumente gegen einen Logenbefehl. Es gibt keine höhere Instanz als die Loge. Innerhalb derselben wird blind gehorcht und außerhalb derselben gibt es nur Unpersonen. Ganze Bibliotheken dürfen nicht mehr zitiert werden. Wer es dennoch tut, hat kein Stimmrecht mehr, weder in Wissenschaft noch in Politik. Dieses Phänomen erleben wir auch in dem öffentlichen Benehmen gegenüber der „Colonia Dignidad" (327).

Obwohl alles geklärt war, alle Anwürfe von den zuständigen chilenischen Behörden als unzutreffend abgewiesen worden waren, bekam es der links engagierte chilenische Bischof von Linares, Carlos Camus Larenas erneut fertig, unsinnige Verleumdungen gegen die „Colonia Dignidad" auszusprechen. Wegen Verleumdung von dem Anwalt der Kolonie, Fidel Reyes, angeklagt, meinten seine Kollegen zunächst einmal, „ein Bischof könne sich so etwas erlauben", mußte aber dann zurückstecken und erklärte, „sein Wunsch sei es nicht gewesen, irgendjemanden zu verleumden oder zu beleidigen" (328).

Selbst denen, die die dauernden deutschen Vorstöße in Sachen „Dignidad" registrieren, kam es überraschend, daß dann am 13. August 1990 ein deutscher Abgeordneter, Werner Schreiber, eine Unterredung mit dem chilenischen Staatspräsidenten Aylwin hatte und über welche er sich (367) wie folgt äußerte: *„Colonia Dignidad ist weiterhin ein aktuelles Problem und wir hoffen, daß die chilenische Regierung dazu beiträgt, mit uns zusammen eine Lösung zu finden." Er „informierte im gleichen Augenblick, daß kürzlich ein bilateralter Vertrag unterschrieben wurde, dank dessen Chile eine finanzielle Hilfe in Höhe von 111 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird und daß man in Zukunft weiterhin in den Entwicklungsprogrammen unseres Landes zusammenarbeiten werde"* (Mercurio).

Überraschend ist nicht nur die esoterische Zahl einhundertelf, sondern auch die Konnektierung dieser Anleihe mit dem „Problem" Dignidad. Es sollte sich schon bald zeigen, daß es sich um nichts anderes handelte als die deutliche Aufforderung an Aylwin, daß in Bonn gegebene Versprechen (siehe Text und Foto in XI, 369) endlich einzulösen. Man gab sich in Bonn nicht damit zufrieden, daß mit rechtsstaatlichen Mitteln nichts gegen „Dignidad" unternommen werden konnte, weil einfach keine Tatbestände gefunden werden konnten, die ein Vorgehen gegen „Dignidad" rechtfertigten.

Anfang September wurde dann ein Erweiterungsbau des Hospitals in „Dignidad" eingeweiht. Zur Feier erschienen mehr als 3000 Menschen aus den benachbarten Gemeinden sowie aus den Städten Parral, Chillán, Talca, San Fernando, Los Angeles, Concepción und Temuco, unter ihnen auch der Bürgermeister von Parral. Die Feier begann mit einer Vorführung von 30 Schülern der dortigen Schule, die die 30 Jahre bisheriger Tätigkeit symbolisierten, und dem Eintritt von 25 Reitern des Club de Rodeo de Parral mit einer chilenischen Fahne und einem Schild: „Labor y bondad: eso es Dignidad" (Arbeit und Güte, das ist Dignidad). Das Orchester der Kolonie intonierte Beethoven. Die zentrale Ansprache hielt der Rechtsbeistand der Kolonie, Dr. Fidel Reyes Castillo. Sie schloß mit den Sätzen: *„Wir sind dankbare Chilenen und werden es nicht gestatten, daß aus irgendwelchen Gründen man die Ehre unserer deutschen Freunde beschmutzt. Alles hat seine Grenzen, und es ist die Stunde der Wahrheit gekommen. Schluß mit den Verleumdungs-Feldzügen, mit den unbegründeten Behauptungen."*

Als dann Pinochet die bereits erwähnten Bemerkungen über die Bundeswehr machte, erschien in der chilenischen Presse (wie es der Anwalt Fidel Reyes am 10.9.90 im „Mercurio" mitteilt) ein Artikel, *„der Andeutungen der Regierung in Bonn kommentiert, die die Lage, in der man in der Colonia Dignidad lebt, als einen ‚Staat im Staate' wie den des chilenischen Heeres bezeichnet. Das ist etwas Lächerliches in jeder Hinsicht . . . Wollten wir in Chile Lebensstile gesetzlich festlegen, dann hätten wir keinen Platz mehr für die Freimaurerei, die Klöster und viele Korporationen mit ihrem eigenen Stil, ihren eigenen Zielen und Plänen"*. Vor allem aber bringt Reyes der chilenischen Öffentlichkeit unter der dicken Überschrift (im Mercurio, 10.9.90) „Deutsche Regierung verletzt den Grundsatz der Nichteinmischung!": *„Der Anwalt erklärte, daß die deutsche Regierung sich in innere Angelegenheiten Chiles gemischt hat, indem er daran erinnerte, daß der Abgeordnete Jaime Naranjo öffentlich erklärt und vom Präsidenten Aylwin verlangt hat, daß dieser das Versprechen erfülle, das er in Bonn abgab, als er Präsidentschaftskandidat war, und wonach er Maßnahmen gegen Dignidad ergreifen wolle. Reyes bezeichnete diesen Vorgang als ‚sehr schwerwiegend'.* (329)

Die „Menschenrechtskommission des Abgeordnetenhauses" beschloß dann am 16. September 1990, der „Colonia Dignidad" am kommenden 6. und 7. Oktober einen Besuch abzustatten mit dem Ziel, ‚die dortige Lage kennenzulernen und festzustellen, ob es wirklich Vorgänge gibt, wonach dort Tatbestände erfüllt wurden, die Angriffe auf Menschenrechte darstellen. Die Präsidentin der Kommission und der daran teilnehmende Abgeordnete Jaime Naranjo erkannten an, daß sie kein besonderes Recht hätten, in Privatgrundstücke einzudringen, doch daß wir unabhängig von solchen bestehenden Problemen unsere Pflichten erfüllen müssen . . . Naranjo erinnerte daran, daß bereits 1968 eine Kommission der Abgeordnetenkammer die Kolonie besuchte und daß damals Unregelmäßigkeiten mit dem Grundbesitz festgestellt wurden, wonach dieser nicht auf den Namen der Gesellschaft, sondern auf den einzelner deutscher Bauern eingetragen war. Auf dem Gebiet der Erziehung hat merkwürdigerweise kein einziger Schüler in fünfundzwanzig Jahren der Privatschule ein Interesse daran gehabt, weiter zu studieren. Er fügte hinzu, daß einige Akademiker ihre Tätigkeit illegal handhabten und daß die dort lebenden Arbeiter weder Arbeitsvertrag noch Arbeitsversicherung noch Lohn erhielten."

Liest man die früheren Anwürfe noch einmal durch, so stellt man fest, daß die Kongreßabgeordneten recht schlecht über die längst geklärten Anwürfe im Bilde sind.

Als die Absicht kommunistischer und sozialistischer Abgeordneter bekannt wurde, erbat der Anwalt der Kolonie gerichtlich einen polizeilichen Schutz. Er verwies darauf, daß sich 20.000 Mitglieder der „Freunde von Dignidad" einfinden würden, um jedes ungesetzliche Eindringen in Privatbesitz zu verhindern.

Später hat dann die Leitung der Kolonie ihren Standpunkt geändert. Da leicht vorauszusehen war, daß bei einem Beharren auf der gesetzlichen Grundlage die Behinderung der Abgeordneten dahin ausgelegt würde, daß man etwas verheimlichen wolle, und da sogar für einen solchen Fall die Gefahr bestünde, daß die Kolonie des Landes verwiesen werden würde, wie es von linken Kreisen angedroht worden war (was gesetzlich an sich nicht denkbar ist, doch weiß man nicht, wie weit die deutschen Drohungen in Santiago gehen), ließ man dann die Menschenrechtskommission in die Kolonie ein.

Etwa drei Stunden hielten sich die Herrschaften dort auf. Vielleicht hatten sie sogar ein Auge für die Sauberkeit und die grünen Felder. Einen Imbiß, den man ihnen anbot, nahmen nur die Abgeordneten der „Renovación Nacional" an. Ein Abgeordneter der UDI meinte: *„Wir haben alles gesehen. Es war sehr ruhig. Wir haben auch das Hospital besichtigt und mit einigen Personen gesprochen."* Der bereits uns bekannte Abgeordnete der linken Splittergruppe „Christliche Linke", Jaime Naranjo (= Jaime Apfelsinenbaum) meinte: *„Ich gehe mit vielen offenen Fragen."* Man beschloß, nach dieser Besichtigung weitere parlamentarische Schritte zu unternehmen. Es gibt ja nicht nur in Deutschland Zeitungen, die von so etwas leben. Für uns Deutsche im Ausland (von Siebenbürgen bis Kasachstan und bis Argentinien und Australien und Kanada) ist es nichts Neues, daß die eigentlich angesprochenen deutschen Behörden wichtigeres zu tun haben, als da etwa schützend einzuspringen. Es gibt da auch Meinungen, die nicht gedruckt werden. Und das geht dann immer solange gut, bis die Geduld der Drangsalierten am Ende ist — wie es in Leipzig und Dresden der Fall war.

Der Minister, Generalsekretär der Regierung, Enrique Correa wertete das Verhalten der Leitung der Kolonie positiv, da diese die Herren Parlamentarier empfangen hatte. Im Rahmen einer Feier aus Anlaß der deutschen Wiedervereinigung gab dann der Präsident von „Dignidad", Hermann Schmidt, den erschienenen Journalisten einen geschichtlichen Überblick. Er rief ins Gedächtnis zurück, daß es seinerzeit der chilenische Botschafter in Bonn, Arturo Márquez gewesen war, der den Deutschen suggerierte, nach Chile zu gehen und dort verlassenen Kindern und Waisen zu helfen. Schmidt erinnerte daran, daß die Verfolgung der Kolonie im Jahre 1966 begann, als ein geistig unterentwickelter Minderjähriger begann, eine Legende um die deutsche Gründung zu spinnen. Er wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, doch konnte er mit Hilfe der deutschen Botschaft nach Deutschland reisen, wo er noch heute lebt. Schmidt betonte, daß man wegen der dauernden Angriffe drauf und dran war, das Land zu verlassen, daß man aber auf Wunsch von Patienten und Freunden geblieben war.

Anfang November 1990 besuchten dann amtliche Vertreter der verschiedenen Ministerien die Kolonie, weil diese eine Änderung einiger ihrer Satzungen beantragt hatte. Es ging darum, diese den veränderten Gesetzen anzupassen. Die Besuche verliefen ohne erwähnenswerte Vorfälle. Auch von Seiten der Menschenrechtskommission, die vor zwei Monaten die Kolonie, wie berichtet, besuchte, kam es zu keinerlei Schritten. Umso erstaunlicher war es, daß dann am 28. November 1990 der bereits genannte Minister Enrique Correa der Presse mitteilte, daß der Antrag der marxistischen Splittergruppe „Izquierda cristiana" (Christliche Linke) eine „gangbare Option" darstellt. Diese hatte nämlich die Löschung der Juristischen Persönlichkeit und die Ausweisung der leitenden Personen vorgeschlagen.

Dr. Fidel Reyes meinte dazu, *„daß die Corporation die Statuten genauestens erfüllt . . . und daß dieses mehrfach kontrolliert wurde, so daß keinerlei juristische Begründung für einen solchen Schritt besteht . . . Auch gibt es keinen Grund für eine Landesverweisung, da niemandem bisher irgendein Gesetzesverstoß vorgeworfen wurde. So gibt es keine rechtliche Basis, um derartige Maßnahmen zu unternehmen."* Man kann sich nicht wundern, wenn man hinter derartigen, in einem Rechtsstaat völlig untragbaren Absichten die

lächelnde Fratze des Herrn Genscher sieht, die dem chilenischen Präsidenten Aylwin durch den Abgeordneten Werner Schreiber wieder in Erinnerung gebracht wurde. Wir erleben ja in der gleichen Zeit, daß den Wünschen der Weltbeherrscher niemand mehr widerstehen kann und ihnen sogar bedenkenlos die Jugend der Welt in einem sträflich angefachten Wüstenkrieg geopfert wird. Es ist immer die gleiche finstere Macht, die „kommende Diktatur der Humanität", die sich abzeichnende „geplante Weltdemokratie", die bei der Handhabung der deutschen „Wiedervereinigung" wie bei den schmutzigen Angriffen gegen „Dignidad" und in der Weltpolitik im Sicherheitsrat eine angsterfüllte Menschheit beginnt, in Panik zu versetzen.

Ein Aufsatz in der „Süddeutschen Zeitung" vom 19. Oktober 1990 aus der Feder eines gewissen Volker Skierka/Santiago bestätigt uns dann alle unsere eben ausgesprochenen Vermutungen. Die Seite strotzt nur so von Unsachlichkeiten und Unwahrheiten. Wie irre redet der Mann einfach an den allen in Chile bekannten Tatsachen vorbei. Kostprobe: *„Als an einem Nachmittag die Menschenrechtskommission des chilenischen Kongresses Einlaß begehrt* (wir berichteten, wie dieses erfolgte), *läßt man sie aus Gründen der Höflichkeit ein (!). Noch kurz zuvor war ein solches Ansinnen schroff und drohend zurückgewiesen worden. Dem Abgeordneten Jaime Naranjo von den Linken Christdemokraten zum Beispiel* (andere Beispiele gibt es nämlich nicht. Die Hetzer werfen sich die Bälle zu. Eine gewisse Presse schustert daraus die „Öffentliche Meinung", auf die dann die Narren in Bonn kriechen), *bietet sich dann während des dreistündigen Aufenthalts ein bizarres Bild von dem Leben hinter den Stacheldrahtverhauen(!): eine verspätete Feier zur deutschen Wiedervereinigung, bei der sich etwa 300 aus der Umgebung herangekarrte, für die ‚Colonia' verpflichtete Landarbeiter die vom ‚Colonia'-Chor dargebrachte Nationalhymne anhören und ‚Viva Colonia Dignidad' rufen müssen. Er sieht deutsche Menschen, wie man sie von Fotos aus den fünfziger Jahren kennt, mit altmodischen Kleidern und Frisuren, bleiche, teilnahms- und ausdruckslose Gesichter. Man besichtigt ein kleines, mit Kindern belegtes Krankenhaus* (wir gaben in Buch XI die stolzen Zahlen für die sanitären Leistungen für die Bevölkerung in Dignidad wieder. Am 24. November wurde jetzt das 2.000ste chilenische Kind dort geboren!) *mit antiquierter Medizintechnik* (1989 erst wurden erhebliche Neuanschaffungen gemacht, alles ohne jegliche deutsche staatliche Hilfe! Vor einem Monat wurde, wie berichtet, ein neuer Pavillon eingeweiht!) *eine Schule, die unbenutzt wirkt* (seit 20 Jahren ist sie überfüllt!). *Naranjo vermißt Wohnhäuser, sieht nur barackenähnliche Gebäude* (Hochhäuser fehlen allerdings), *in denen Familien offenbar getrennt voneinander schlafen müssen."* Von dem Gründer der Kolonie, Paul Schäfer, heißt es: *„der auch ‚der Führer' genannt wird* (wo er das wohl gehört haben will?) *und mit einem Glasauge und Halbglatze auftritt."*

Doch dann das für uns wichtigste an diesem Pamphlet in der „Süddeutschen Zeitung": *„Die zwischen den Regierungen in Bonn und Santiago vereinbarten Fristen sind mittlerweile verstrichen. Bonn mußte in dieser Woche erneut im Regierungspalast Moneda vorstellig werden."* Wir berichteten bereits, daß es sich um Zusagen handelt, die Aylwin als Präsidentschaftskandidat in Bonn gab, um einen Millionenkredit zu bekommen. *„Daß das Firmenschild deutsch ist, schadet dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik"* erlaubt sich dann der Fälscher zu sagen. Daß im Gegenteil vor Ort überall gerade durch diese Gemeinschaft das deutsche Ansehen in Chile erhalten blieb, als es von Bonn durch das Eintreten für den Marxisten Allende und seine Konsorten übelst zugerichtet wurde, kann natürlich nicht in einer Zeitung wie der „Süddeutschen" gesagt werden. Später rügt der Brunnenvergifter: *„Die Produkte der ‚Dreitorspitze'* (= Dignidad) *werden in großen Supermärkten in den besseren Vierteln,* (stimmt nicht! überall im Lande!), *aber auch bei der Deutschen Schule in Santiago feilgeboten. Der Verdrängungsmechanismus funktio-*

niert auch hier auf bewährte Weise: Man hat nichts gewußt und will nichts wissen." Die so einfachen Tatsachen sind: Erstens handelt es sich um gute deutsche Qualitätsware und zweitens gibt es da nichts zu verdrängen, wo alles vorbildlich und sauber war und ist. Herr Skierka und Genosse Apfelsinenbaum gehören auf die Couch. Meinen sie wirklich, das historische Verdikt gegen den Marxismus mit dieser Hetze gegen „Dignidad" ausgleichen zu können?

Das Verhalten dieses Blattes paßt haargenau zu dem, was man uns gerade aus dem marxistischen Saustall DDR alles berichtet. *„Bonn mußte erneut vorstellig werden"!* Das heißt, Genscher stieß nach. Dieser Mann, geistig völlig festgefahren in Logenideen, der schon so viel Schaden in Deutschland und in Europa angerichtet hat mit seinen irrealen Gedankengängen, benimmt sich auch im Falle „Dignidad" wie ein Fanatiker. Er will einfach nicht zur Kenntnis nehmen, was ihm drei deutsche Botschafter aus Chile berichteten: *„daß es sich um Verleumdungen handelt"*, bei dem, was man von „Dignidad" berichtet. Was tausende, ja zwanzigtausend Menschen am eigenen Leibe an Gutem erlebten, soll nicht wahr sein. Herr Hochgrad Genscher bestimmt, was wahr ist. Und danach soll sich die chilenische Justiz richten. Ein Rechtsstaat soll sich dem Befehl der Loge beugen. So, wie im Irak ein Exempel statuiert werden soll von der bedingungslosen Gültigkeit freimaurerischer Interessen, so soll es in Chile ebenso zu einem Durchbruch kommen. Gesetze, Gerichtsbeschlüsse, Gerichtsakten sollen beiseitegeschoben werden, wenn Genschers starker Arm es will. So, wie man in Österreich einen Logenbruder Proksch nicht verurteilt, bis man nicht die versenkte Lucona im Indischen Ozean gefunden hat (!), so müssen hier umgekehrt einwandfrei unschuldige, fleißige, vorbildliche Menschen gepeinigt und gezüchtigt werden, wenn sie meinen, etwas aufbauen zu dürfen ohne Genehmigung und Teilnahme der Loge. Das von vielen seit Jahrzehnten befürchtete, drohende Weltgefängnis hat sich bereits etabliert! Das ist die Lehre, die wir und viele andere Augenzeugen aus diesen fürchterlichen Vorgängen ziehen. Aylwin braucht das versprochene Geld aus Bonn. Die Erpressung ist vollkommen. Das wiedervereinigte Deutschland steht im Begriff, sein außenpolitisches Dasein mit einem Verbrechen einzuleiten, das in seinem Umfang und seiner Ekelhaftigkeit selbst in unserer Freimaurerwelt seinesgleichen sucht. Der deutsche Name wird von Genscher auch hier in den Dreck gezogen, die Primitivität dieses Zeigefingerhelden ist taub für alles sachliche Vorbringen. Was die Loge einmal beschlossen hat, muß durchgesetzt werden. Die Loge kennt keinen Widerspruch. Sie ist das vollkommenste Terrorregime, das die Geschichte kennt. Die erste Welle geistesgestörter Narren brachte uns die sozialistischen und kapitalistischen Experimente und die Millionen von Toten seitdem auf dem ganzen Erdball. Eine zweite Welle schickt sich an, nach der erfolgreich manipulierten Teilvereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch Osteuropas, mit gleicher Unbeirrtheit, Unmenschlichkeit, Unverfrorenheit der Menschheit zu befehlen, was sie tun und sagen darf. Daß deutsche Kinder in Colonia Dignidad auf ihren Musikinstrumenten deutsche Volkslieder spielen, gilt als altmodisch, ein deutscher Chor gilt als fehl am Platze. Daß es dort weder Aids noch Drogen gibt, weder Überfälle noch Verkehrsunfälle, weder Kinderkriminalität noch Kinderbrutalität wie in deutschen Schulen, das darf nicht sein. Das gefährdet das Image der Freimaurererziehung in Deutschland ohne Kindergärten und ohne deutsche Volkslieder. Der Neid, daß es Deutschen gelang, in einer negativprogrammierten Welt etwas aufzubauen, entlockt in der „Süddeutschen" die Sätze: *„Die Menschen dort und Schäfer geben nur noch die Fassade für viel weitergehende Interessen ab, wirft man nur einmal einen Blick auf das angehäufte immense Vermögen allein an Grundbesitz und Sachwerten.*" (eben noch waren es „barackenähnliche Gebäude" verfängt sich der Berichterstatter der „Süddeutschen Zeitung" in seinem eigenen Lügennetz. Im übrigen ist das alles dort Eigentum der angeblich „bleichen, ausdruckslosen Gesichter"

und gehört keiner Bank und keiner Stiftung, wurde erarbeitet und nicht ergaunert. Und alles ohne irgendwelche Umweltschäden zu verursachen! Wahrlich ein gefährliches Beispiel für die „Herrscher", ein „Staat im Staate" , wie man es anklagend nennt).

Soll wieder einmal gestohlen werden, was deutscher Fleiß in Südamerika aufgebaut hat? Wozu sonst diese dummen, hämischen Bemerkungen in der Zeitung? Herr Genscher, Herr Aylwin, Sie stehen hier allgemein im Verdacht, ein ganz schmutziges Geschäft machen zu wollen! Daß das ohne Opposition in dem deutschen Bundestag und in der deutschen Presse möglich ist, charakterisiert das wiedervereinigte Deutschland!

Das Stichwort für Chile gibt dann Aylwins Botschafter in Bonn, Carlos Hunneus: *„Das Problem ‚Dignidad' belastet die Beziehungen zwischen Chile und Deutschland und ist in der Tat wichtig"* (382). Damit wird nicht nur dieser Einzelfall, sondern die gesamte Weltlage von der heute maßgeblichen Seite her beleuchtet. Denn es zählt jetzt nicht mehr, ob sich etwa ein Verbrechen zugetragen hat, obe ein gesetzlicher Verstoß vorliegt, es interessiert alleine nur noch die Tatsache, daß ein verbrüderter Staat den Wunsch ausspricht, ihm gewisse Handlangerdienste im anderen Staat auszuführen. Der zwangsläufig nächste Schritt ist dann bei einer allgemeineren oder häufigeren Anwendung dieser Prädominanz des Ausgleichs zwischen den Staaten auf diplomatischer Ebene, daß es nicht mehr irgendwelcher konkreter strafrechtlicher Gründe bedarf, um einen Staatsangehörigen im Ausland anzugreifen. Es genügt vollständig, daß die zwischenstaatliche Verweigerung solcher „Amtshilfe" „bilaterale Folgen" haben würde. Hinzu kommt bei diesem Verfahren, daß die solcherart Angegriffenen und Verleumdeten in der Praxis überhaupt nicht in der Lage sind, sich zu wehren. Ihnen fehlen normalerweise die Mittel, sich zu verteidigen. Gerade im Falle „Dignidad" werden z.B. zig Kilogramm schwere chilenische Gerichtsakten überhaupt nicht mehr herangezogen, werden einfach beiseitegelegt, weil es sich um „zwischenstaatliche Beziehungen" handelt. Es ist nicht weit hergeholt, wenn sich die Deutschen im Ausland jetzt fragen, welche Rechte sie dann noch haben. Leben und Eigentum und freie Berufsausübung hängen von jetzt an von der Willkür des deutschen Außenministers ab. Schon ist es eine unumstößliche Tatsache, daß die deutschen diplomatischen und konsularen Behörden normalerweise sich nicht schützend vor eigene Staatsangehörige stellen, wenn ihnen ausländische Behörden Unrecht zufügen. Die Welt wird so für Deutsche zu einer riesigen Lubjanka. Die Internationalen Beziehungen und übernationalen Behörden haben das Wort. Man nennt das einen Fortschritt der Menschheit. Deutscher Fleiß ist jetzt in der Welt für vogelfrei erklärt worden. Nicht nur, daß man ihn mit dem Diebstahl ganzer Provinzen belohnt, man erbeutet „immense, angehäufte Vermögen an Grundbesitz und Sachwerten" für die Brüder, die so mit den richtigen Zeichen davonschleppen, was Deutsche erarbeiteten. Im Prinzip ist es überall das Gleiche: Die materiellen Werte dürfen nicht in falsche Hände geraten. Weder am Golf noch in Chile. Mit hohlen, unehrlichen Phrasen wird die Gier und der Dienst am Gott Mammon bemäntelt. Es ist nur ein passendes Detail, wenn man erfährt, daß die Abgeordneten, die in Chile gegen „Dignidad" hetzen, den marxistischen Splittergruppen der „Christlichen Linken" und der PPD, „Partei für die Demokratie" angehören. Letztere nahm im Dezember 1990 eine Reihe kommunistischer Politiker bei sich auf. Das sind also die Bundesgenossen Genschers in Chile. Weiß man das in Deutschland? Wie weit her ist es dann mit dem Antimarxismus in Bonn? Es stinkt eben an allen Ecken und Enden im wiedervereinigten Deutschland. Nur keine deutsche Politik betreiben! heißt die genehmigte Parole (383).

Die arabische Wiedervereinigung

Hätte man die „Weise Eule" nach dem 2. August über das Jahr 1990 befragt, vielleicht hätte sie dann anstatt auf deutsch, auf arabisch geantwortet. Jedenfalls hat die Besetzung des Fürstentums **Kuwait** durch den **Irak** über Nacht nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen Nahem Osten und Mittelmeer über den Haufen geworfen, hat die Weltversorgung mit Öl gestört, hat **Israel** — vielleicht auf Generationen hinaus — in höchste Lebensgefahr gebracht. Vielmehr noch ist geschehen: Die Friedensaufgabe atomarer Rüstung wurde in Versuchung gebracht und die weltweite Allianz der Vereinten Nationen in Verteidigung irreversibler Grenzen auf das Höchste belastet. Der Vorgang hatte an die empfindlichsten Nerven unseres politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Zusammenlebens gerührt. Für die deutsche Wiedervereinigung und für die gigantische Aufgabe der wirtschaftlichen Umpolung der Sowjetunion und ihrer Satelliten kam es zu früh. An die Stelle des soeben mit so viel Mühe liquidierten Khomeinis erhob sich ein drohender Riese: die gesamte Welt des **Islam.** Wird der seelisch todkranke, wirtschaftlich überforderte, ökologisch unfähige „demokratische Westen" gegen ihn aufkommen können?

Dabei sind die Betroffenen keineswegs schuldlos an dem Vorgang. Ein Jahrzehnt lang waren sie es, die Saddam Hussein poussiert hatten. Sie waren es, die ihn dazu bestimmten den **Iran** anzugreifen (197). Nicht genug Waffen konnten sie Hussein liefern, nicht schrecklich genug Waffen, nicht genug schreckliche Waffen, um den Staat Khomeinis zu schwächen und zu vernichten.

In den acht Jahren, die der Krieg mit dem Iran dauerte, kaufte der Irak für mehr als 34 Md. Dollar Waffen. Heute verfügt er bei einem Heer von über einer Million Soldaten über 5.000 Panzer, 3.500 Geschütze und mehr als 500 Kampfflugzeuge, baute sich mit fremder Hilfe eigene Waffenfabriken, und verfügt über die „Atombombe des kleinen Mannes", über chemische Waffen, die er mit Raketen im gesamten nahen Osten zur Wirkung bringen kann.

Es kam den Lieferanten dabei nicht auf Menschenleben und nicht auf Geld an, um die islamischen Fundamentalisten zu vernichten. Giftgas lieferte — wer sollte es wohl sein? — Großbritannien. Ihr geistfeindliches, seelenloses Modell war in Gefahr, in höchster Gefahr. Und da man mit geistigen Waffen, mit besserem Beispiel, mit ehrlicheren Vorbildern nicht kämpfen konnte, weil der Geist, das gute Beispiel in Teheran saß, da mußte man zur brutalsten Gewalt greifen. Da tat man genau das gleiche, was man schon vorher so oft getan hatte, man mordete, rücksichtslos, ohne Gefühle. Wie man mit deutschen Frauen und Kindern umgegangen war, so ging man jetzt mit den Anhängern Khomeinis vor, verlegte den Krieg bis in die fernsten Städte. Weit mehr als zwei Millionen Kriegstote, verwüstete Städte waren das sprechende Ergebnis, der Beleg für die abgrundtiefe Schlechtigkeit der Herrschenden auf dieser Welt. Wenn jemals von Wiedergutmachung, von Schuld und Sühne gesprochen werden durfte, hier war es (wieder einmal) angebracht. Und ebensowenig wie nach dem Gemetzel in zwei Weltkriegen, in Korea, in Vietnam, in Nigeria, in Katanga, in Kambodscha, in Schlesien und in Ostpreußen, im Sudetenland, ebensowenig kam hier ein einziges Wort der Entschuldigung, des Schuldbekenntnisses, der Reue über ihre Lippen. Arrogant wie je schritten sie über Leichen und mit Giftgas Erblindete hinweg und unterbrachen nicht für eine Sekunde ihr teuflisches Werk irgendwo auf der Welt.

Nichts gerechteres konnte ihnen dann eigentlich widerfahren, als daß dann ekler Streit um die schuldig gebliebenen Gelder und Petroleum sie entzweit und ihr oberster Landsknecht und Söldnerchef sich nach einem für ihn ergebnislosen Krieg seinen Beuteanteil ge-

treu den geltenden internationalen Gesetzen wie sie derzeit gelten, selbstherrlich holen wollte.

Am 28. Mai 1990 fand bereits in **Bagdad** eine außerordentliche arabische Gipfelkonferenz statt, an welcher 15 Staatsoberhäupter sowie der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation **Arafat** teilnahmen. **Syrien** und der Libanon hatten Husseins Einladung nicht befolgt, obwohl der irakische Justizminister noch einige Tage vorher Asad in Damaskus einen persönlichen Brief Husseins überbrachte. Hauptthema sollte die Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel sein, die König Hussein von Jordanien als eine „Bedrohung für die nationale Sicherheit seines Landes" bezeichnete. Die Sowjetunion hatte zugesichert, daß alle sowjetischen Juden einen Paß erhielten, mit dem sie jederzeit wieder in die Sowjetunion zurückkehren konnten. Es gelang Hussein nicht, die arabische Welt zu einer gemeinsamen Haltung den USA gegenüber zu bewegen. Allerdings wurden die UN aufgefordert, durch Überwachungsorgane zu verhindern, daß jüdische Einwanderer aus Rußland in den von Israel besetzten arabischen Gebieten angesiedelt werden. Es ist verständlich, daß Hussein dieses Konferenzergebnis mit Blick auf die Weltentwicklung unzureichend erschien.

Mitte Juli wird Hussein in seinen Forderungen bereits deutlicher. Er bezichtigt zwei nichtgenannte arabische Staaten, über ihre Quote hinaus **Erdöl** zu fördern, um den Preis niedrig zu halten. Das sei eine Sabotage der arabischen Sicherheit. Diese arabischen Staaten seien Glieder in einer Verschwörungskette, die dem Zionismus dient. Die Erdölpolitik ist nach seiner Auffassung Teil der arabischen nationalen Sicherheit. Diese Äußerungen wandten sich gegen Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Saudiarabien hatte erst kürzlich erklärt, „es sei bereit, seine Produktion stark zu drosseln, um den Preis zum Steigen zu bringen" (249). In Übereinstimmung mit diesen Äußerungen sind die späteren Versicherungen Husseins zu werten, daß er niemals einen Angriff auf Saudiarabien beabsichtigte.

Aber weitaus mehr noch steht in Frage. Wie ist es überhaupt zu der Besetzung von Kuwait gekommen? Außerordentlich viel erinnert da doch an den Ursprung des Malvinenkrieges. Damals hatte England sogar sein letztes nicht sonderlich großes Kriegsschiff von den argentinischen Inseln abgezogen und Argentinien damit förmlich eingeladen, die ihm gehörigen Inseln wieder zu besetzen. Und in der Nacht vor der argentinischen Landung hatte Argentiniens Präsident Galtieri ein stundenlanges persönliches Telefongespräch mit Reagan und hatte ihm mitgeteilt, daß Argentinien beabsichtige, die Malvinen seinem Lande wieder anzugliedern. Er teilte Reagan mit, daß entsprechende Verbände bereits auf dem Wege dorthin seien. Reagan hatte nichts dagegen einzuwenden! Er hat sogar in den kommenden Wochen noch in der Person Haigs einen Vermittler bereitgestellt. Diesmal sieht der Vorgang außerordentlich ähnlich provokativ aus. *„. . . Bush läßt keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit, den Irak aus dem besetzten Kuwait zu vertreiben."* Schreibt die FAZ am 12. Oktober. *„Diese Entschiedenheit hebt sich ab von der Haltung der amerikanischen Regierung vor dem Einmarsch der irakischen Truppen im Emirat am 2. August. In Amerika habe die Suche nach den Sündenböcken begonnen, schrieb eine amerikanische Wochenzeitung mit Blick auf diese Diskrepanz. Es stellte die Frage, ob die vor dem 2. August geübte Zurückhaltung den Irak nicht zu einer gewaltsamen Regelung seiner Ansprüche gegen Kuwait herausgefordert habe. ‚Wunschdenken, Appeasement und Habsucht' hätten die amerikanische Politik bestimmt, klagt der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen, Pell. Inzwischen ist bekannt, daß die amerikanische Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, bei einem Gespräch mit dem irakischen Diktator, wenige Tage vor dem Einmarsch des Irak in Kuweit, gesagt hat, Washington habe über den irakischen Grenzstreit mit Kuwait ‚keine Meinung', Präsident Bush führe gegen Saddam*

Hussein keinen wirtschaftlichen Krieg. Sie äußerte dies ungeachtet der Drohung des irakischen Diktators, der Irak werde , bei fortgesetzter Schädigung seiner Interessen' gegen Kuwait kämpfen. Auch wünschte sie, ,arabische Brüder' möchten den Irak bei seinen Zielen unterstützen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Vertreterin Washingtons in Bagdad damit die ,offizielle' Linie des amerikanischen Außenministeriums vertreten habe. So hatte der Abteilungsleiter für den Nahen Osten, Kelly, vor dem 2. August gesagt, die Vereinigten Staaten hätten sich nicht zur Unterstützung Kuwaits im Falle eines Irakischen Angriffs verpflichtet. Und der Vorsitzende eines Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Hamilton, der diese Äußerung nach dem Überfall beklagte, hatte noch Ende Juli gegen Sanktionen beim Agrarhandel mit dem Irak gestimmt."

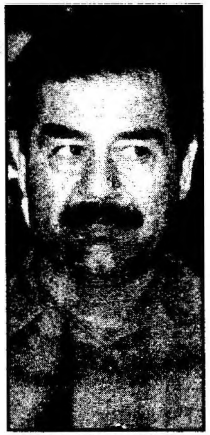
Am liebsten hätte man jetzt nach dem irakischen Vorgehen in **Washington** alle Rücksicht auf philosophische Floskeln einfach über Bord geworfen und hätte den Irak sofort mit Krieg überzogen. Doch so einfach ging das nicht. Zum einen fehlte es am Ort der Handlung an Flugbenzin. Das wurde dort nur ausgerechnet in Kuwait hergestellt, und die nächste Raffinerie lag im entfernten Singapore. Und die Truppen und Waffen mußten angeflogen werden. Und vor allem, das Gesicht mußte gewahrt werden. Denn „erst nachdem alle Friedensmöglichkeiten versagten, hätte eine militärische Aktion — es sei eine Seeblockade, ein chirurgischer Luftangriff, eine Luftbombardierung, Artillerie oder Landangriff — die notwendige legale Unterstützung" (201).

Während die Börsen anfingen, verrückt zu spielen im Hinblick auf die gefährdete Weltölversorgung, begann man, mit Saddam Hussein den Teufel aufzubauen. Anthony Cordesman, Autor von zwei Büchern über den irakisch-iranischen Krieg meint: *„Die Aggression des Irak ist in allen Folgen und Absichten das gleiche wie ein Angriff Nazideutschlands"*. Bush verliert gänzlich die Maske des zivilisierten Biedermanns und spricht von „Banditen, Lügnern, internationalen Banditen und Verrätern" und bekundet seine Unzufriedenheit mit der Unzulänglichkeit der arabischen Führer. Eine von Saddam vorgeschlagene Zusammenkunft der Araber in Djiddah, mit dem Ziel, eine „arabische Lösung" des Konflikts zu finden, kann er verhindern. Das falsche Gerücht, Saddam beabsichtige Saudiarabien anzugreifen, kann König Hussein von Jordanien zum Platzen bringen. Gleichzeitig warnt dieser vor einer Einschüchterung Bagdads (202).

Hinter verschlossenen Türen tritt am 4. Oktober der **Sicherheitsrat** der Vereinten Nationen zusammen, um über einen Antrag der Vereinten Staaten zu beraten, der ein vollständiges Handelsembargo sowie Sanktionen gegen den Irak und Kuwait vorsieht. Bereits einen Tag vorher hatten die Vereinten Nationen den Irak aufgefordert, seine Truppen aus Kuwait wieder zurückzuziehen. Nur der Yemen hatte sich der Stimme enthalten. Der Antrag der USA wurde im Sicherheitsrat mit zwei Stimmenthaltungen — **Yemen und Kuba** — angenommen.

Gleichzeitig begibt sich der US-Verteidigungsminister Dick Cheney nach Er Riad, um die Zustimmung Fahds für eine amerikanische Truppenkonzentration auf **saudiarabischem Gebiet** zu erwirken. Außenminister Baker begibt sich gleichzeitig in die **Türkei**, um diesem meistumsorgten Nato-Verbündeten zu versichern, daß die USA den notwendigen Schutz übernehmen würden, falls es zu irakischen Aktionen in Beantwortung der Schließung der Öllinie kommt, die auf türkischem Boden am Mittelmeer endet und etwa die Hälfte der Exporte des Iraks transportiert.

Auch die Schweiz, obwohl nicht Mitglied der Vereinten Nationen, schloß sich den Anordnungen des Sicherheitsrates an. Es ist damit das erste Mal, daß die Schweiz ihre Neutralität aufgibt, die sie z.B. noch aus Anlaß der Sanktionen gegen Rhodesien und Südafrika aufrecht hielt.



SADDAM HUSSEIN

Der Irre ist umzingelt

Dienstag, 14. August 1990 Nr. 188/33 C 8764 A ★★★★★ 50 Pf

Bild

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

Aus Amerika: 17300 Fallschirmspringer, 33000 Mann der Amphibien-Truppe, 2300 Mann Infanterie besonders geeignet für Wüsteneinsatz, 48 Kampfflugzeuge Typ F-16, 48 Kampfflugzeuge Typ F-15, 5 AWACS-Frühaufklärer, 14 F-111-Bomber, 72 A-10-Thunderbolt-Jets, 24 F-117 Tarnkappen-Kampfflugzeuge, 24 B-52-Bomber, 9 Schiffe, die zur Flugzeugträgergruppe „Indipendence" gehören, Flugzeugträger „Eisenhower" und Begleitschiffe im Roten Meer, Flugzeugträgergruppe „Saratoga", das Schlachtschiff „Wisconsin", 5 Amphibienschiffe liegen im östlichen Mittelmeer. Aus England: Zwei Zerstörer, eine Fregatte jeweils mit Exocet-Raketen, drei Minenräumboote, zwölf „Jaguar"-Kampfflugzeuge, 24 „Tornados", vier „Nimrod"-Aufklärungsflugzeuge. Aus Frankreich: Drei Schiffe mit Lenkwaffen, Flugzeugträger „Clemenceau" mit 42 Kampfhubschraubern. Und sieben Schiffe der Bundesmarine (davon fünf Minenräumer).

Französische Kampfhubschrauber auf dem Flug zum Flugzeugträger „Clemenceau", der mittlerweile zum Golf ausgelaufen ist

Wird er dem internationalen Druck nachgeben, oder wird er endgültig durchdrehen und Amok laufen? Der Irre von Bagdad ist umzingelt. Die USA, Großbritannien, Israel und Ägypten haben seinen Vorschlag abgelehnt, die amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien durch eine arabische Streitmacht zu ersetzen und die von der UNO verhängten Sanktionen aufzuheben. In westlichen Staaten wächst die Sorge um das Schicksal der in Irak und Kuwait festgehaltenen Bürger. Inzwischen wird der Ring um den Irak immer enger. Die Blockade hatte einen ersten Erfolg: Der irakischer Tanker „Al-Qadisiyah" (155 211 Tonnen), der am Roten Meer in Saudi-Arabien mit irakischem Öl beladen werden sollte, durfte nicht anlegen. Die USA haben angekündigt, daß sie alle Öllieferungen aus Irak und Kuwait unterbinden wollen. 50 000 Soldaten, Hunderte von Flugzeugen und eine gigantische Kriegsflotte verleihen der Drohung Nachdruck. Am Donnerstag wird auch die Bundesmarine Flagge zeigen: Fünf Minensucher und zwei Versorgungsschiffe laufen ins östliche Mittelmeer.

Weiter Seite 2

Ausgaben täglich: CSFR 5 - Iscr. Dänem. 3,75 dkr. Finn. 3 - FM. Frankr. 3,20 FF. Griechenl. 150 Dr. Holl. 1 - Ind. Italien 800 L. Jugosl. 8 Din. Luxemburg. 12 fr. Norw. 4,50 nkr. Österr. 7 S. Polen 1000 - Z. Port. 110 Esc. Rmä. 100 Lei. Schweden 7 Skr. Schweiz 0,70 sfr. Spanien 80 Pts. Kanaren 80 Pts. Türkei 2000 - TL. Tunes. 550 M. Ung. 28 Ft.

Beiläufig macht man bereits einige Rechnungen. Man stellt fest, daß Kuwait im „Westen" etwa 100 Md Dollar an Aktiven besitzt. Die Schulden des Irak betragen 70 Md. Dollar. Beruhigend wirkt es, daß **Venezuela** sich bereit erklärte, notfalls seine Petroleumförderung in der notwendigen Form zu erhöhen. Doch läßt sich auch der geschichtliche Hintergrund nicht ganz verschweigen. Es sickert durch, daß schon 1961, dem Geburtsjahr des „unabhängigen" Kuwait, der Irak die Eingliederung des bis dahin britischen Protektorats mit der Begründung forderte, es handle sich um tausendjähriges irakisches Staatsgebiet. Noch drei Jahre vorher, 1958 waren Großbritannien und die USA drauf und dran, Kuwait an den Irak anzuschließen (wie es vorher unter türkischer Herrschaft gewesen war), denn dort regierte damals die britische Puppe Nuri Es-Said. Doch dieser wurde im gleichen Atemzug mit den Mitgliedern der haschemitischen irakischen Königsfamilie ermordet und so blieb die Grenze, eine reine Kolonialerfindung der Briten, zwischen Irak und Kuwait bestehen. (Wir kommen auf das Thema zurück).

Es wird allmählich weiteren Kreisen klar, daß die Staatsmoral dieses Fürstentums nicht so ganz in unsere Zeit paßt und eigentlich ein Relikt aus kolonialen Zeiten darstellt. Von den 3 Millionen Einwohnern Kuwaits sind 75% ausländische Arbeiter, die niemals die kuwaitische Staatsangehörigkeit erhalten werden, und die man ruhig als eine Art moderner Sklaven bezeichnen kann. Der junge „Staat" erlangte niemals seine eigentliche Unabhängigkeit, denn er blieb abhängig von der Technologie der Ölgesellschaften. Die Grenze zwischen Irak und Kuwait war damit nur eine der vielen offenen Wunden, die die Herrscher dieser Welt hier mit „Grenzen", dort mit „Zusammenschlüssen" schufen, an die man meinte, die Völker ketten zu können. Die Oder-Neiße-Grenze ist der bis dahin letzte diesbezügliche Versuch. Wenn es dann zur Detonation kommt, schimpft man auf den „Banditen" und „Verräter". Bis dahin versucht man, mit Söldnerheeren den „Frieden" zu erhalten, wie Saudiarabien sich zwei und eine halbe Division aus Pakistanis schuf, die von den Saudis eingekleidet und bezahlt werden und für die die Regierung in Islamabad eine Art Leihgebühr bekommt. Den Saudis selbst ist es etwas zu heiß, um im Wüstensand aufzumarschieren.

Und schon beginnt auch die andere, für unsere Zeiten so kennzeichnende Tragik. Heere von Flüchtlingen bewegen sich durch die heißen Ebenen nach Süden in das befreundete **Jordanien.** Mehrheitlich handelt es sich um Ägypter, Jordanier, Syrier, Libanesen, Pakistani, Inder, Filippiner, Yemeniten und Tunesier. Die Angehörigen der westlichen Industriestaaten werden zurückgehalten. Man spricht von „Geiseln", die Saddam an strategisch exponierte Punkte stellen will, um eine amerikanische Bombardierung zu verhindern. Die Westmächte spucken Feuer und Galle darob und bezeichnen es als „unmenschlich". Das Wort fällt aber natürlich nicht, wenn man die jetzt angehende **Hungerblockade** ausbaut. Als erstes wird ein Schiff mit Tee aus Manila beschlagnamt. John Parker, Fachmann des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums weiß zuversichtlich zu berichten: *„Irak ist in der Höhe von 70 bis 80% bei seiner Nahrungsmittelversorgung von Importen abhängig. Am 4. August betrugen die Reserven der Regierung genügend Weizen für zwei Monaten gewöhnlichen Verbrauchs, genügend Reis für drei Monate, Bohnen und Gerste für einen Monat und Mais für weniger als 14 Tage."* Es ist die uns Deutschen aus zwei Kriegen bekannte Lieblingswaffe der so tapferen und aufrechten angelsächsischen Kämpfer für eine bessere Welt (203). „Reuter" teilt am 10. August aus Washington mit: *„Der Präsident George Bush, gefragt, auf welche Weise er hoffe, Saddam Hussein zum Verlassen Kuwaits zu zwingen, sagte: ‚Die wirtschaftlichen Sanktionen in dieser Lage können sehr, sehr wirksam sein. Niemand kann auf dauernd einer vollständigen wirtschaftlichen Blockade widerstehen'."*

Am 7. August annektierte der Irak das Fürstentum Kuwait, nachdem schon vorher

eine provisorische Militärregierung eingerichtet worden war. Die UN erklären diesen Vorgang für „nichtig".

Am 8. August äußert sich auch der **Vatikan** im „Osservatore Romano" über die Vorgänge um Kuwait. *„Was hat man der Würde und Souveränität eines unabhängigen Staates angetan?"* fragt man sich aufgebracht, doch kein einziges, kleines Wörtchen über Flüchtlingselend und Hungerblockade! Johannes Paul II. schweigt einmal wieder, wo er hätte reden sollen. Eine uns Deutschen nicht unbekannte Haltung des polnischen Papstes.

Auch **Moskau** meldet sich zu Wort und es wird wiederholt, was man schon mehrfach in diesen Tagen verlautbarte: *„Klar geben wir zu verstehen, daß die UdSSR sich niemals an militärischen Aktionen im Golf beteiligen wird"* (204). Nur die Teilnahme an einer Seeblockade wird zugesichert und die Gegenwart russischer Kriegsschiffe im Golf mit dem Schutz russischer Schiffe begründet.

Der beidseitige militärische Aufmarsch hat inzwischen nicht unerhebliche Zahlen erreicht. Von amerikanischer Seite wurden 120.000 Menschen in die Gefahrenzone bewegt, während die Gegenseite etwa die gleiche Anzahl von Truppen aufmarschieren ließ.

„Wer kann das bezahlen?", fragt man sich. Bis zum 1. Oktober muß der amerikanische Fiskus starke Einsparungen vornehmen, um den Fehlbetrag in der Bilanz auszugleichen. Dieser war seit Beginn der Ära Reagan schon auf mehr als 150 Md Dollar jährlich gestiegen. Man hatte gehofft, daß die Entspannung in den Beziehungen zu Rußland starke Einsparungen ermöglichen würde. Die Gruppe der sieben Industrieländer hatte bereits die USA darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre unsolide Haushaltspolitik ist, die weltweit die Zinsen in die Höhe treibt und damit Inversionen erschwert. Bush verteidigte in dieser Lage zunächst seinen Aufmarsch im Nahen Osten und betonte, daß da kein Pfennig gekürzt werde. Dann aber kam er mit dem Vorschlag, die „reicheren" Kampfgenossen an den Tisch zu bitten. Kohl hatte nichts eiligeres zu tun, als sofort eine finanzielle Beihilfe zuzusagen. Doch dann (6.9.) entsandte man Kanzlerkandidat Lafontaine nach Washington, wo er klarmachen sollte, daß Deutschland mit der Wiedervereinigung finanziell bereits voll ausgelastet sei. Es wäre nichts naheliegender gewesen, als den Scheich zu bitten, seine Schatulle zu öffnen. Man sprach von etwa 2 Md. Dollar, die das Golfunternehmen kostete. Also eine Summe, die der Potentat ohne viele Probleme aus dem Reichtum abzweigen konnte, den man ihm gerade mit fremdem Blut zu retten bemüht war. Tatsächlich auch bequemte sich der Herr, einer solchen Lösung den Weg zu bahnen.

Saddam Hussein stellt sodann eine erste politische Forderung: **Israel** solle die von ihm besetzten Gebiete räumen. Damit trat endlich offen auf die Bühne der schärfste Befürworter einer militärischen Lösung. Kurz zuvor hatte man bereits weltweit im Fernsehen Käufer von Gasmasken und Schutzanzügen in den Geschäften Telavivs gezeigt. Am 9. August realisierte Israel die erste Startprobe mit seiner, von den USA finanzierten, Rakete „Arrow", die eine Reichweite von mehr als 1.000 km besitzt, aber einsatzbereit erst 1992 sein dürfte.

Am 16. August erklärt der israelische Minister Ariel Sharon: *„Ich glaube, daß es sehr gefährlich sein würde, wenn die gegenwärtige Krise enden würde, ohne daß man dem Irak die Flügel beschneidet. Die internationalen Sanktionen und die Blockade des Irak sind nicht ausreichend, um Saddam zu zwingen, Kuwait zu räumen . . . Ich glaube, der Irak kennt die israelische Kampfkraft gut und die Mittel, die wir anwenden werden, falls er nichtkonventionelle Waffen gegen uns einsetzen sollte."*

Am gleichen Tage kam es zu muselmanischen Demonstrationen in **Amman.** Ein Geistlicher richtete sich an Saddam Hussein: *„Wir sind mit dir. Alle unsere Möglichkeiten werden wir einsetzen, um dir zu helfen. Wir werden dich nicht im Stich lassen und wenn man uns zum Galgen führt."* *„Die begeisterte Menge bärtiger Männer, verschleierter Frauen*

und Kinder, faßte sich unter die Arme und sang: ‚Tod Nordamerikas, Tod Israels, Tod Frankreichs, Tod Großbritanniens'." (205). Saddam Hussein rief auf zum **„Heiligen Krieg"** gegen die Feinde des Islams. Die **„Arabische Liga"**, die sich unter Mubarak in Kairo am 11. August traf, befürwortete eine Unterstützung der Bemühungen des Weltsicherheitsrates. Ägypten entschloß sich, den **Suezkanal** nicht für fremde Schiffe zu schließen, wie es Saddam ersucht hatte. Ägypten sowie **Syrien** begannen mit der Entsendung von Truppen in die Grenzzone zu Kuwait. Radio Bagdad bezeichnete Mubarak als „Verschwörer". Die gleiche Ehre erfuhren die führenden „Staatsmänner" der Golfemirate, in welche die USA ebenfalls Einheiten verlegt hatten. Ähnlich wie in Amman am 10. August fanden Kundgebungen zugunsten des Irak in Mafraq im Norden Jordaniens und im Libanon statt. Der Außenminister des Irak rief die übrigen Mitglieder der OPEC, der Weltpetroleumorganisation, auf, ihre Petroleumgewinnung nicht über die abgesprochenen Mengen hinaus zu erhöhen, „andernfalls es sie teuer zu stehen kommen werde."

Viel versprach sich Saddam Hussein dann mit dem Angebot eines bedingungslosen Friedens an den **Iran.** Mit Freudentränen nahm die iranische Bevölkerung es zur Kenntnis. Die Gefangenen wurden freigelassen, doch Irans Präsident, Ali Rafsanjani (206) erklärte: *„Trotz des von Hussein angebotenen Friedens halten wir den Standpunkt aufrecht, daß der Irak seine Truppen aus Kuwait abziehen muß, um die Bedingungen für eine Wiederherstellung des Friedens zu schaffen."*

Die **Sowjetunion** stemmt sich laufend gegen die Kriegstreiber in Jerusalem und Washington. Nach einem Zusammentreffen mit dem Vizepremierminister des Irak, Saddum Hammadi, sagte Shevardnadse der russischen Nachrichtenagentur „Tass": *„Es geht nicht darum, daß wir uns hauptsächlich um die 8.500 Sowjetbürger sorgen, die sich im Irak befinden. Ich meine, es muß unsere Aufgabe sein, so wie es die Aufgabe jedes zivilisierten Landes sein muß, auch die Interessen anderer Staaten zu berücksichtigen und uns darum auch um die Bürger anderer Staaten zu sorgen. Das Angebot des Irak (Geiselaustausch gegen Truppenrückzug) enthält Elemente, die ernste Aufmerksamkeit verdienen."* (207).

Auf die negative Haltung der USA hin verschärfte sich die Lage für die **„Geiseln"** im Irak. Es wurde die Schließung der diplomatischen Vertretungen in Kuwait von Saddam Hussein befohlen. Im französischen Fernsehen beschworen hohe Iraker Beamte *„Franzosen und Europäer, alles erdenkliche zu tun, um die Nordamerikaner zu bremsen und diesen Dritten Weltkrieg zu verhindern"*. Sie fügten hinzu: *„Wenn wir einen amerikanischen Piloten abschießen, dann wird sein Körper von unseren Leuten aufgegessen werden. Wir haben Grund zum Sterben, doch sie haben keinen."* (208). Die unmittelbare Antwort der USA war die Entsendung von 16 Lastflugzeugen in die Arabischen Emirate und die Ankündigung von weiteren AWACS-Flugzeugen für Saudiarabien. Daraufhin richtete der Irak seine Raketenabschußrampen gegen arabische Aufmarschstellungen. 800 Raketen Scud, die auch chemische Waffen befördern können, wurden in Kuwait in Stellung gebracht. Reichweite: 500 km (209). Die **Weltbörsen** reagierten mit einem Kurssturz. *„In Washington meinen Parlamentarier und Kommentatoren, daß Bush sich nicht lähmen lassen wird, auch wenn Saddam Hussein die Ausländer als ‚Geiseln' an strategische Punkte stellen würde"* (210). *„Unser Interesse ist, daß weiterhin ungehemmt das Petroleum aus dem Golf kommt und dieses zu vernünftigen Preisen"*, meint Lee Hamilton, Demokrat und Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten im Representantenhaus. Immerhin müssen die Vereinigten Staaten etwa die Hälfte ihres Öls importieren. Das heißt, 2 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen ein Viertel der Weltölgewinnung. Durch die Irakkrise wird Washington so vor die Frage gestellt, wie diese Abhängigkeit in Zukunft vermindert werden kann. Einstweilen meint Herr Bush, ihm bliebe nichts anderes zu tun als weitere Reservisten einzuziehen und in den Orient in Marsch zu setzen. Der is-

raelische Geheimdienst (den man sofort als ernst zu nehmen bezeichnet) unkt, daß „es in 24 oder 48 Stunden zum Kampf kommen wird" (211), um die Dinge etwas mehr noch anzuheizen. Und der Petroleumpreis ging Ende August auf über 30 Dollar und hatte sich am 7. September seit der Invasion verdoppelt. Die OPEC war längst auseinandergebrochen und jeder tat was ihm zusagte.

Erst am 29. August gestattet die OPEC auf ihrer Sitzung in Wien (mit 10 von 13 Stimmen) ihren Mitgliedern, durch erhöhte Gewinnung sich dem größeren Angebot anzupassen. Sofort fiel der Ölpreis international wieder um 4,5%, um aber am folgenden Tage doch wieder anzusteigen. Den Ernst der Lage spiegelt es, wenn Saudiarabien petroleumarmen Ländern der „Dritten Welt" wie Brasilien, der Türkei und Südkorea Sonderlieferungen zusichern muß. Ende September steht der Preis für ein Faß Rohöl bei 40 Dollar, hat aber damit noch nicht den Preis von 1979 erreicht, berücksichtigt man die Inflation. Er müßte bei 80 Dollar stehen.

Daß der Schlüssel zum Geschehen nicht in UN-Prinzipien zu suchen ist, zeigen ein paar Zahlen. Die **Rohölreserven** der Welt betrugen Anfang 1990 in Milliarden Tonnen:

Saudiarabien	35,2
Kuwait	13,5
Irak	13,4
Arabische Emirate	12,9
Iran	12,7
Venezuela	8,2
UdSSR	7,9
Mexiko	7,7
USA	3,5
China	3,2
Libyen	3,0
Nigeria	2,2

Reuter, wie immer auf der heißen Seite, wiederholt, was „ein Analysator der amerikanischen Verteidigung im Nahen Osten, der Engländer Tony Banks der Janes Defense Weekly in London, meint: *„In diesem Augenblick würde die Öffentliche Meinung in den Staaten einen Krieg noch hinnehmen, auch wenn er das Leben der Geiseln kosten würde. Doch das wäre nicht mehr der Fall in sechs Wochen . . . Der arabische Rückhalt ist auch wetterwendisch. Ich würde heute angreifen oder nie. Jetzt muß man angreifen, bevor die Politiker sich in die militärischen Operationen einmischen"*, fügt allerdings hinzu, *„oder möglicherweise noch zuwarten, bis die USA genügend Munition und Treibstoff im Persischen Golf angehäuft haben"* (212). Zusätzlich spricht man von der amerikanischen Absicht, Hussein zu ermorden und bringt Aufsätze über die komplizierten internen Sicherheitsmaßnahmen, die der Angezielte hat treffen müssen.

Nachdem es auf 185.000 **Flüchtlinge** in Amman gekommen war, sah Jordanien sich gezwungen, seine Grenzen für weiteren Zuzug zu schließen. Nach und nach kommt der Abtransport von amerikanischen und europäischen Frauen und Kindern mit Flugzeugen von Bagdad aus in Gang, immer wieder mit kleinlichen, aufregenden aufschiebenden Schikanen verbunden. Ein großes Kriegsschiff nach dem anderen durchfährt den Suezkanal. König Hussein begibt sich auf eine neue Versöhnungsreise nach Bagdad und in die arabischen Länder: *„Ich glaube, wir stehen vor der Krise einer verrücktgewordenen Welt."* Beispielhaft: In New York hält sich trotz aller Dementi das Gerücht, Saddam Hussein sei ermordet worden. *„Es scheint, um dem wirksam entgegenzutreten, hilft nur noch, daß Saddam sich in Person in Wall Street vorstellt"* (213). Schon aus dieser Unruhe ersieht man: *„Die ganze politisch-wirtschaftliche Landschaft des Westens wird nicht mehr die gleiche sein,*

wenn die Krise vorüber ist. Heute spricht man noch von der ‚arabischen Welt', morgen wird es die ‚islamische Welt' sein, die nicht einer bestimmten Person nachläuft, sondern dem mystischen Mohammed. Es ist ein Feld voller Mysterien und Gefahren für den Augenblick." (214). Man darf sich fragen: Was tun die Staaten, ein jeder für sich oder auch insgesamt, in Vorbereitung der Nachkriegszeit? Oder lassen sie auch da wieder einmal alles „ruhig" auf sich zukommen, wie sie es eigentlich mit allen anderen Problemen unserer Zeit zu tun pflegen? Wo werden Lebensmittel bereitgestellt, Gelder zur Verfügung gehalten, Aufbaupläne aufgestellt? Ist man sich z.B. in Bonn bereits im klaren, daß das ganze, so schwierig errichtete Gebäude der wirtschaftlich-finanziellen Beherrschung der Wiedervereinigung einen Sturm unbekannter Größe erleben wird, nachdem der erste Schuß am Golf fiel? Vergebens suche ich in diesen Wochen (ich schreibe diese Zeilen Anfang September 1990) eine einzige weckende Stimme im ganzen deutschen Blätterwald.

Bereits am 25. August gaben die **Vereinten Nationen** grünes Licht für die Anwendung von Gewalt! Es war das das erste Mal in der Geschichte dieser Weltorganisation, denn in Fällen wie Biafra und Katanga beschränkte sie sich darauf, die Überfallenen schutzlos den Stärkeren auszuliefern. „The New York Times" versucht, in einem Leitartikel vom 26. August einen Friedensvorschlag ins Spiel zu bringen: Rückzug der Truppen aus Kuwait und Unterwerfung der neuen Grenzen einem Schiedsspruch des Haager Gerichtshofes. Irak müßte seine chemischen Waffen vernichten, Irak und Saudiarabien werden von einer dauernden internationalen Kontrolltruppe besetzt. Syrien und Iran garantieren, den Irak nicht anzugreifen. Das irreale dieses Vorschlags stach derart ins Auge, daß er kaum Erwähnung fand. Vielmehr zeigt, wohin die Dinge treiben, wenn die deutsche Bundesregierung erwägt, die Verfassung zu ändern, um Truppen auch in fremde Kontinente schicken zu können, wenn man in Japan ähnliche Stimmen hört, wenn Mitterand meint: *„die Kriegslogik hat begonnen"* und wenn man sich in Washington darüber freut, *„daß der amerikanische Einfluß mit den Truppenverschiebungen wächst."* (Sandy Rutemberg, Washington). Die Zeitschrift „The New Republic" ist darüber nicht so ganz sicher: *„Wir wissen nicht, welche Sprache die Welt morgen sprechen wird — Europa und Japan versteht sich —, aber der Akzent wird nicht mehr amerikanisch sein".* Verhehlen wir es uns also doch nicht: Es ist ganz die gleiche allgemeine Unsicherheit, die die Massenflucht aus der DDR verursachte, vor einem Jahr, als zum ersten Mal das Wort „Wiedervereinigung" auftauchte und niemand wagte, es auszusprechen. Doch, inzwischen hat man das schreckliche Gespenst, das es für alle Sieger von 1945 war, eingefangen. Doch, das war leichter als das, was jetzt aufsteigt. Das war noch alles mehr oder weniger rational. Jetzt geht es um viel Transzendentes, Mystisches (worauf uns Lepot aufmerksam machte). Ich will nicht sagen, daß es nicht gelingen wird, denn auch in der Welt des Islam gibt es so manchen „vernünftigen Verräter", gibt es Gurus, die dem von Allah verfluchten Zins nachjagen. Und vor allem: alles dieses, die Welt auf Vordermann bringen zu w o l l e n, muß einhergehen mit der Forderung, die Welt zu retten, die Natur säubern zu m ü s s e n. Ist die herrschende Klique der Freimaurerei für diese gigantische Doppelaufgabe rechtzeitig darangegangen, die notwendigen Kräfte heranzubilden? Hat sie nicht vielmehr bis über den heutigen Tag hinaus alles getan, um jede Allgemeinbildung, jedes charakterlich einwandfreie Bestehen im Lebenskampf zu bekämpfen und zu vernichten? Hat sie also nicht seit ihrer Geburt genau das getan, was den Lebenstod bedeuten muß, hat die Menschheit kastriert, hat Eunuchen gezüchtet anstatt Helden? Und hat diejenigen als „Nazis", als „Fundamentalisten" verschrien, die alleine die notwendige Kraft gehabt hätten, und hat die Geschichte gefälscht, um der Korruption und der Gier in den eigenen Reihen zu Hilfe zu kommen. Und darum wieder ein persönliches, deutsches Wort: Soll man wirklich unglücklich darüber sein, wenn man bei solchen Warnungen nicht rechtzeitig gehört wird? Sollten wir

nicht mit der Charakterstärke einer Ayn Rand (215) zu dem stehen, was wir schon oft als richtig ansahen, zum „Ohne uns". Zum „Nach uns die Sintflut!" Zum „Dieser Staat ist nicht unser!". Wir werden die Nashörner doch nicht mehr retten, und die Wälder und die Ungeborenen. Wollen wir uns nicht wenigstens die Freude erhalten, „sie" als das bezeichnen zu können, was sie in unseren Augen sind? Und auch keine Zeit mehr damit verlieren, sie zu beschimpfen und anzugreifen? Das, was sie angehen, ist so widernatürlich, daß wir getrost auf den Zusammenbruch warten können.

In Antwort auf die Einschließung der westlichen Botschaften in Kuwait wiesen die USA 39 irakische Diplomaten aus. Der Chef der britischen Luftwaffe wies darauf hin, daß die Blockade dadurch vervollständigt werden müsse, daß die Nachbarländer des Irak das Überfliegen ihres Staatsgebiets untersagten. Unter Außerachtlassung der üblichen Befragung des Kongresses genehmigte Bush den sofortigen Verkauf von weiteren Raketen, Jagdflugzeugen, Panzern und Panzerabwehrmunition an Er Riad im Werte von beinahe 8 Md. Dollar (216). Im selben Atemzug der Geschichte schlägt Bush vor, **Ägypten** den Erlaß seiner Schulden in Höhe von 7,10 Md. Dollar zu gewähren und kaum Minuten später hebt Israels Finanzminister Yitzhak Modai den Zeigefinger: *„Uns bitte auch Schuldenerlaß. Es sind doch nur 4,5 Md. Dollar."* (217). Nicht zu verschweigen, daß auch an anderen Stellen der von den Yankees angefeuerte Golfkrieg erhebliche wirtschaftliche Schäden hervorrief. **Uruguay**, das in der ersten Jahreshälfte 1990 für 8 Md. Dollar in den Irak exportierte, wünscht mit gewissem Recht Entschädigung — Außenminister Hector Gross wird die Forderung vor den Vereinten Nationen erheben.

Daß man sich von dem Gipfel Gorbatschow-Bush am 9. September in **Helsinki** Entscheidungen erwartete, kann man aus der Unruhe verstehen, mit der in erster Linie **Israel** lebt. Doch es wurde eigentlich nicht mehr als eine erste Demonstration gemeinsamer Weltpolitik nach Beendigung des „Kalten Krieges". Der Gemeinsamkeiten waren nur wenige. Gorbatschow setzte durch, daß es nicht zum Kriege kommt und daß die Hungerblockade sofort aufgehoben wird. Bush sagte sogar eine Unterstützung der „Perestroika" zu, was Gorbatschow zu der bissigen Bemerkung veranlaßte, zu betonen, *„daß größere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet* (wie sie in Houston noch entgegen Kohls Vorschlag abgelehnt worden war) *keineswegs bedeute, man könne die Sowjetunion kaufen."*

Iraks Außenminister begab sich sofort nach Teheran und die beiden Kampfhähne traten wieder in diplomatische Beziehungen zueinander. Diese Tatsache sowie die andere, daß die Sowjetunion die 700 noch im Irak vertraglich als Rüstungsexperten tätigen Staatsangehörigen bis zum Abschluß ihrer Verträge dort belassen wird, (219) sind weitere Hindernisse für die amerikanischen Pläne. Meinungsunterschiede gab es vor allem auch in der palästinensischen Frage. Bush machte klar: *„Jeder Versuch, Palästina und Kuwait in Zusammenhang zu bringen, ist ein Versuch, die Beschlüsse der Vereinten Nationen zu verwässern"*. Doch Gorbatschow erwiderte: *„Mir scheint, es gibt da eine Verbindung, denn wenn es nicht gelingt, eine allgemeine Lösung für den Mittleren Orient in seiner Gesamtheit zu finden, dann beeinflußt das in seinem Ernst den Konflikt, von dem wir sprechen."* *„Nichtsdestoweniger schlug Gorbatschow nicht die Einberufung einer internationalen Konferenz über den Mittleren Osten vor, um auf ihr gleichzeitig das Problem Palästina wie die Krise von Kuwait zu lösen. In den letzten Tagen hatte die UdSSR diesen Gedanken ventiliert, was in Washington gewisse Unruhe hervorgerufen hatte"* (218).

Bush rief erneut um Unterstüzung auf und erbat von der Nato weitere Hilfe. Erneut erscholl in der ganzen Welt das Wehgeschrei ob der unerhörten Tat Saddam Husseins, einen Nachbarn überfallen zu haben. Die ganze Welt müsse bis zum letzten zusammenstehen, um das **Völkerrecht** wiederherzustellen. Uns Deutsche kommt dieser Lärm als Gipfel aller Heuchelei vor, bedenken wir, daß die Bundesrepublik doch zur gleichen Zeit mit Zustim-

mung der Großen dieser Welt unter eklatantem Bruch des Völkerrechts ein Viertel seines Staatsgebiets an den europäischen Saddam Hussein in Warschau weggibt. Wenn man in der Weltpresse betont, daß ein Nichtberücksichtigen solcher grundsätzlicher Völkerrechtsregeln der Anfang vom Ende einer zivilisierten Staatengemeinschaft bedeutet, daß ein Hinnehmen solcher Barbarei uns alle ins Chaos führt, dann ist es mehr sogar als Heuchelei, dann ist es verbrecherische Hehlerei, Mittäterschaft an einem Vorgang im eigentlichen Herzen Europas, der nach allgemeiner Auffassung zu nichts anderem führen kann als zu internationaler Rechtlosigkeit, der Eigenmächtigkeiten jeder Art Tür und Tor öffnet.

Für die deutschen Ostgebiete soll die polnische Invasion Recht schaffen. Im Falle Kuwaits wird die Invasion verurteilt. Was ist denn da „Völkerrecht"? Wie lautet da das internationale Gesetz? Wenn Polen durch eine Invasion Herr Schlesiens (usw.) wurde, dann mußte Irak Herr Kuwaits geworden sein. Wenn Irak nicht Herr von Kuwait wurde, dann wurde Polen auch nicht Herr von Schlesien (usw.). Solange man sich nicht auf eine klare völkerrechtliche Richtlinie geeinigt hat, ist weder der eine Spruch noch der andere rechtens. So wie die Dinge derzeit stehen, handelt es sich darum in beiden Fällen um Auswüchse nackter Gewalt und nichts weiter! Völkerrecht muß für die ganze Welt gleichmäßig gelten. Es gibt keine EINE WELT, die aufgebaut wird auf unterschiedlichen Rechtssätzen. Bei dem vorliegenden Vergleich hat das Urteil der Vereinten Nationen eindeutig mehr Gewicht als eine von den Siegern des II. Weltkrieges erzwungene deutsche Parlamentserklärung.

Da schreibt „Corriere de la Sera" von dem Gipfel in Helsinki als „einer ersten positiven Probe aufs Exempel für eine neue Weltordnung". Und da läßt man es nicht nur zu, da begrüßt man es im gleichen Augenblick, daß millionenfacher Massenmord (in Kuwait waren nur 700 Tote!) und der Diebstahl reichster mitteleuropäischer Provinzen (in Kuwait war es eine einzige Stadt im Wüstensand) ohne Schadensersatz und ohne ein Dankeschön sanktioniert wird und sogar noch — was wohl den Höhepunkt der moralischen Verwirrung darstellt — als Friedenstat und als Versöhnung hingestellt wird. Wie blind hat doch die „Philosophie" die „Staatsmänner" in aller Welt gemacht, daß sie nicht sehen, nicht sehen wollen, daß sie sich hauptschuldig gemacht haben an einem ganz großen, ganz schweren, blutigen Unglück, das nicht nur Polen und Deutschland, nicht nur Europa unweigerlich treffen muß nach solcher moralischen Erniedrigung. Es kommt viel sicherer noch als das für den Mittleren Osten vorhergesagte Unglück, denn wo stehen Jaruzelski und Lech Walesa Besitztitel und Rechte zur Verfügung, wie sie doch trotz allem dem Irak nicht abgesprochen werden können. Man hat bereits bei der Manipulierung des Geldes als Grundlage der kapitalistischen Ordnung gesehen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, meint man denn wirklich, Moral derart manipulieren zu können, wie man es dem deutschen Volk gegenüber und immer wieder vergeblich versucht?

Daß Glaubenssätze mehr Gewicht haben als philosophische Gedankenspiele, sollte sich erweisen, als der geistliche Führer des **Iran**, Ayatollah Ali Khomenei am 12. September zum Djihad, zum Heiligen Krieg aufrief: *„Jeder Kämpfer gegen die nordamerikanische Aggression, ihre Begleiter und ihre Pläne, sich der Region des Persischen Golfes zu bemächtigen, kämpft in einem* **Djihad** *für Allah und wer dabei fällt, wird zum Märtyrer."* Er fügte hinzu: *„Es ist erschütternd wie die Amerikaner nicht lernen wollen. Dabei haben sie doch bereits gefühlt, wie leicht verletzbar ihre Gegenwart ist."* Er erinnert an den Bomben-Lkw, der im Generalquartier der amerikanischen Marinesoldaten in Beirut 1983 explodierte und mehr als 240 Menschen tötete. Die USA und ihre Verbündeten in der Nato, Großbritannien, Frankreich und Italien zogen damals daraufhin ihre Truppen aus dem Libanon zurück.

Gleichzeitig teilte die offiziöse „Teheran Times" mit, daß der **Iran** Überlegungen darüber anstellt, den Irak mit Medikamenten und Lebensmitteln zu versorgen und Bagdad

„einen Ausgang" zu verschaffen. **Indien** ersuchte den UN-Sicherheitsrat, ein Schiff mit Lebensmitteln nach Irak senden zu dürfen. *„Nicht der Nato angehörige Staaten betonen, daß Unschuldige leiden, während die reichen Länder Zeit gewinnen wollen bis die Sanktionen Erfolge zeigen"* (238). Der schmutzige angelsächsische **Hungerkrieg** erinnert die Welt zu sehr an den christlichen Gesang bei der Unterzeichnung der **Atlantikcharta,** während Bombenverbände deutsche unverteidigte Städte angriffen und die Atombombe vorbereitet wurde. Daß ausgerechnet Deutschland sich darum reißt, daran teilnehmen zu dürfen, ist wohl das letzte was man von dorther erwarten durfte.

Obwohl sich in diesen Tagen täglich schwer beladene Telegramme häufen, findet Reuter doch Zeit, den Kampf gegen Deutschland nicht einschlafen zu lassen. *„Damit, daß Frankreich Streitkräfte in den Golf sandte und dem politischen Kurs von Washington und Moskau folgte, gelang es ihm, den Eindruck zu verwischen, als sei es eine Macht, die an Gestalt verlor im Schatten des Vereinigten Deutschland . . . Frankreich fühlte sich politisch an die Wand gedrückt und wirtschaftlich bedroht von dem Machtpotential eines Vereinten Deutschland im Rahmen eines Europa, das sich nach der Zeit des Kalten Krieges radikal verändert hat. Während Kohl um Entschuldigung bitten mußte, daß die deutsche Verfassung nicht die Entsendung germanischer Streitkräfte in den Golf erlaubt, unterstützte Mitterand die Vereinigten Staten mit 14 Kriegsschiffen, 9.000 Mann und ungefähr 50 Helikoptern"* (239). Deutlicher geht es eigentlich nicht, wenn man Brunnenvergiftung betreiben will.

Die britische verstärkte Beteiligung an dem Aufmarsch im Nahen Osten (eine Panzerbrigade von mehr als 120 Panzern und 6000 Soldaten; eine Schwadron Jagdbomber und Luftwaffeneinheiten), darf man getrost als Fortsetzung **britischer Kolonialpolitik** ansehen.

Seitdem 1899 zum ersten Male Engländer an der Küste vor dem seit Jahrhunderten zum Wilayat Basrah gehörigen Fischerdorf Kuwait „zu friedlichen Zwecken" landeten, „um den Verkehr mit dem Schatt al Arab unter ihre Kontrolle zu bringen", ist Kuwait „englisch" (302). Bei der Aufteilung des Ottomanischen Reiches im Vertrag von Sèvres kam dieser Teil der Piratenküste (später Trucial States genannt) unter englische Kontrolle. Als dann Gulbenkian seine Kentnisse über die dortigen Ölfelder an Shell und Imperial Oil verkaufte (303), lag es im Interesse der Engländer, sich neben dem (hörigen) Irak eine eigene Einflußzone und Einnahmequelle in Kuwait zu schaffen. Sie kreierten so den „Fürsten" (Emir) mit dem ausgewählten Scheich der Sabbah-Familie. Kuwait wurde so englisches Protektorat. Einzelheiten darüber in den zwei Büchern der Mrs. Dixon, der Witwe des ersten „Political Agents" Englands in Kuwait. R.M. schreibt dazu: *„Ich kannte noch persönlich Abdalla Sultan Al Kulaib, dessen Vater noch in den 20er und 30er Jahren (irakischer) Gouverneur von Kuwait war, und der dann von den Sabbahs und durch die Engländer praktisch unter Hausarrest gestellt wurde. Ein letztes Mal versuchten die Wahhabiten Ende der dreißiger Jahre von Saudiarabien aus Kuwait zu unterwerfen. Damals war General Glubb Pascha* (304) *noch im Irak stationiert und von dort aus gelang es ihm, mit einigen Truppen und Panzern die Wahhabiten aufzuhalten. Vor den Toren Kuwaits, in Jahra, kam es auch zu einem Geplänkel nach alter Beduinenart, mit Kavallerie und Vorderladern. Die Wahhabiten wurden besiegt."*

„In der damaligen Zeit lebten etwa 30 bis 40.000 Menschen in Kuwait. Das Trinkwasser mußte aus Basrah allwöchentlich mit Kähnen herbeigeschleppt werden. Auf den Ölfeldern von Abdali kam es zu den ersten erfolgreichen Bohrungen — gleichzeitig mit den Bohrungen in Bahrein und in Dhahran.

Als der II. Weltkrieg begann, unterstützten die antienglischen Gegner der Sabbahs in Kuwait mit Geld den Großmufti Al Husseini, und 1941 auch den deutschen Verbündeten

Rashid Al Gailani in Bagdad." (305).

„Nach 1945 begann in Kuwait, wie im übrigen Nahen Osten, der Ölboom, der aus diesem winzigen Sandflecken eine Goldgrube machte. Wohl oder übel mußten die Engländer sich die Profite mit den amerikanischen Ölfirmen teilen. Hunderttausende kamen ins Land, vor allem Palästinenser, Ägypter, Inder und Pakistanis. Im Jahre 1961 wurde das Land offiziell ‚unabhängig', doch blieb alles beim alten."

„In den 70er Jahren lebten dann schon etwa 1,6 Millionen Menschen in dem ‚Fürstentum', davon etwa 40 bis 50.000 Drohnen. Das sind die sogenannten echten Kuwaitis, die autochton von dort stammen. Dann etwa 400.000 in erster oder zweiter Generation dort zugewanderte Beduinen, Perser und Iraker, die dann auch die Staatsbürgerschaft bekamen, und schließlich über eine Million Arbeitssklaven, die völlig rechtlos waren."

„Sämtliche Regierungs- und Verwaltungsstellen waren von Drohnen besetzt, die buchstäblich keinen einzigen Handgriff auszuführen brauchten. Unter diesen 1,6 Millionen Einwohnern gab es nicht einen einzigen kuwaitischen Arbeiter, Kellner, Tankstellenwärter usw. Kein Ausländer durfte einen kuwaitischen Bürger anstellen. Den Kuwaitis waren ausschließlich führende Positionen vorbehalten. Die allerdümmsten oder allerunfähigsten kamen zur Polizei, zum Zoll, zum Militär. Es gab für Kuwaiter keine Steuern. Der Staat zahlte jegliche medizinische Betreuung und Schule, jede Universitätsbildung. Junge kuwaitische Brautleute bekamen vom Staat gratis kleine Villen, und wenn diese nicht gefiel, dann zahlte der Staat den Gegenwert in Geld."

„Kein Ausländer durfte einreisen ohne von einem Kuwaiti die Bürgschaft (sponsorship) bestätigt zu bekommen. Dieser kuwaitische Bürger mußte jeden Mietvertrag, Kaufvertrag usw. mitunterschreiben, sonst war er nicht gültig. Und der kuwaitische Sponsor konnte zu jeder ihm beliebigen Zeit seine von ihm gesponsorten Ausländer ausweisen lassen."

„Kein einziger Ziegelstein, keine Betonwand, kein Meter Pipeline, keine einzige Brücke oder Straße sind in diesem Ländchen von Kuwaitern erarbeitet worden. Alles verdankt man dort der harten Arbeit von asiatischen Arbeitsbienen, arabischen oder europäischen Ingenieuren. Man konnte dort gutes Geld verdienen, doch für jeden Dinar, den man in sengender Hitze sich erschwitzt hatte, hat der Kuwaiti mit ungefähr 50% mitgeschnitten. Ich habe genug von ihnen dort kennengelernt, es gab praktisch keine Ausnahme. Besonders die verdorbene junge Generation benahm sich am schlimmsten, am arrogantesten."

„Und dazu kam die eigentlich völlig unislamische Untoleranz. In Kuwait (und ebenso war es in Saudi) durften die Ausländer keinen Alkohol trinken, durften keine Kirche haben, kein Schweinefleisch essen, durften während des Ramadans außerhalb ihrer vier Wände tagsüber nichts zu sich nehmen. Selbstverständlich wurden die Kuwaitis jedoch selber niemals am Flugplatz kontrolliert. Sie alle haben best ausgestattete Bars, Pornofilme, ließen sich mit Privatjet Prostituierte aus London oder Kairo kommen, heuchelten während des Ramadan Glaubensstärke, fraßen die ganze Nacht hindurch, um dann tagsüber auszuschlafen."

Die angelsächsische Pseudomoral bedient sich der (dafür?) geschaffenen internationalen Gremien. Das Verbrechen heißt „Aggression". Die gesamte nichtenglische Welt sträubt sich mit Händen und Füßen gegen die Verheizung ihrer Söhne im Interesse der Ölmagnaten. Japan schickt Soldaten ohne Waffen, Deutschland weist auf die Verfassung hin, die Kriegsspielen in fremden Kontinenten untersagt. Das unethische eines Krieges, der so etwas wieder herstellen soll, was da in Kuwait bestand, darf nicht einmal öffentlich erwähnt werden.

„Saddams Einmarsch in Kuwait war mehr als ein Fehler. Er war — in dieser Ausfüh-

rung und zu diesem Zeitpunkt — eine Dummheit. Natürlich wußte man in allen Ländern des Golfes, daß der Irak niemals auf seine ‚historischen' Rechte gegenüber Kuwait verzichten würde. Mit Leichtigkeit hätte Saddam diesen Saustall aus den Angeln heben können, von innen heraus, ohne Gewalt. Schon 1981 hatten Palästinenser dort versucht, eine Gewerkschaft zu gründen, waren zwar von der kuwaitischen Polizei zusammengeschossen worden, doch es gärte im Untergrund seitdem. Leider hat Saddam jetzt den Anlaß geliefert, auf den die ‚Demokratien' gewartet haben. Und wieder einmal erweist sich die doppelte Moral, die Heuchelei der Angloamerikaner und der von ihnen und ihrem Bankensystem vorgeschobenen, von Freimaurern und Internationalisten geprägten Phrasen als zugkräftig. Ein Geschenk für den ärgsten Feind der arabischen Welt, **Israel,** *welches sich dadurch den gefährlichsten Gegner mit dem Blut und dem Geld der Goyims vom Leibe halten läßt. So nebenbei wird Israel dann in Jordanien einmarschieren, um Platz zu schaffen für die etwa 2 Millionen Sowjetjuden, die man innerhalb der nächsten zwei Jahre dort erwartet. Das war Teil der kürzlichen Vereinbarungen zwischen Bush und Gorbatschow. Wirtschaftlich gesehen bedeutet dabei die Stationierung im Golf die Rettung des Dollars, vor allem des Petro-Verrechnungsdollars, denn die USA kontrollieren jetzt ‚an der Quelle' die Produktion des Golföls. Und somit auch* **Japans** *Energiewirtschaft! Wie schon einmal 1939-1940. Für Frau Thatcher fällt dabei nicht nur die Rettung einer Wirtschaftskolonie ab (womit sie den Verlust Hongkongs ein wenig verschmerzen kann). Ihr wird die Möglichkeit gegeben, sich als Heldin vor den kommenden Wahlen zu profilieren. Sie hat es bereits einmal im Malvinenkrieg erfolgreich geschafft. Sie weiß, was bei Briten zieht."*

„Ich greife mir täglich mehrmals an den Kopf, wie sich unsere deutschen Regierungen wieder einmal daneben setzen. Anstatt sich hier betont herauszuhalten und wirklich neutrale Politik zu betreiben, so sind es gerade die Roten, die nicht laut genug um Hilfe für die ‚armen' Scheiche schreien können, und für ihre demokratischen von dem Nazi Saddam mit Füßen getretenen Rechte."

„Ich würde mich freuen, wenn es nicht zum Krieg kommt, doch glaube ich, daß sich die ‚Demokratien' diese schöne Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zu einem Dritten Kreuzzug nicht nehmen lassen werden." (R.M. Anm. 302).

Das nach der Besiegung der **Türkei** in der arabischen Welt errichtete Staatensystem mit der Zuteilung an gehorsame „Könige" und „Fürsten" soll wiederhergestellt werden. Unter Raschid el Gailani hatte der gleiche Irak schon einmal (1941) das Gebäude zum Einsturz gebracht, doch konnte England damals mit indischen und burmesischen Söldnertruppen seine Macht wiederherstellen (240). Auch diesmal ist es im wesentlichen das gleiche Bild. Während die multinationalen Petroleumfirmen sich mit einer Verdoppelung des Ölpreises gegenseitig beschenken, werden wieder Söldner gesucht. Wer keine Truppen schickt, soll „wenigstens" zahlen. Ausgerechnet Japan und Deutschland, die „Erzfeinde englischer Seegeltung" wurden zur Kasse gebeten. Grund: Ein Landräuber muß bestraft werden. Es geht um „Gerechtigkeit". Und wir fanden bisher keine einzige deutsche Zeitung oder Zeitschrift, die das unehrliche, blasphemische dieser Konjunktur zur Sprache brachte! Ist es wirklich notwendig, daß ausgerechnet Deutschland den letzten Rest seines Guten Rufes im Solde Washingtons und Londons verspielt? Gilt die Moral, die Ehrlichkeit, die Menschlichkeit, wirklich gar nichts mehr am Rhein?

Landräuber muß man bestrafen, jedenfalls, soweit es nicht deutsches Land ist, das sie rauben. Aber **Gotteslästerer** muß man schützen. „International Guerillas" heißt der pakistanische Film, den man jetzt in England verboten hat, weil er zur Rache an Rushdie aufruft („Satanische Verse"). Islamische Führer weisen vergebens auf die „doppelte Moral" der Briten hin, die das beleidigende Buch Rushdies erlauben (und propagandistisch fördern), aber Gegenstimmen verbieten. Der Inhalt des Filmes ist uns nicht fremd: *„In ‚Inter-*

national Guerillas' wird Rushdie als fetter, durch dicke Brillengläser streng dreinblickender Bösewicht dargestellt, als williges Werkzeug einer im Dunkeln bleibenden Organisation, welche beschlossen hat, daß die muslimische Welt im allgemeinen sowie Pakistan im besonderen zu mächtig geworden seien und daher in ihre Grenzen gewiesen werden müßten. Die beste Methode, um den Islam zu zerschlagen, befanden die Dunkelmänner, sei es, ein lästerliches Buch in Auftrag zu geben" (250). Anderswo versucht man es mit der „Demokratisierung" des Heeres, wie wir erfuhren.

Es wird der Tag kommen, da die Bush und Thatcher und ihre Mitläufer Rechenschaft ablegen müssen. Darum ist es angebracht, den Weg der Ereignisse zeitnah zu verfolgen.

Als Ägyptens Mubarak Saddam auffordert, er *„möge den Arabern einen zerstörerischen Krieg ersparen und sich aus Kuwait zurückziehen"*, antwortete der Angesprochene: *„Es geht um einen Kampf zwischen Recht und Unrecht, zwischen dem darbenden arabischen Volk und den Erdölscheichs, die das Erdölgeld den Arabern gestohlen haben und weiter stehlen wollen, zwischen den Armen und Reichen auf dieser Welt"*. Und er bemerkt noch bezüglich des irakisch-iranischen Krieges: *„Die irakischen Truppen sind damals nach Iran eingedrungen und die iranischen Truppen in den Irak. Warum sind die USA und die Briten mit den übrigen Staaten damals nicht eingeschritten, um ein Ende zu machen? Warum haben sie jene nicht bedroht, die sich dem Sicherheitsrat nicht fügen wollten? Sie taten es nicht, weil sie im Gegenteil dazu beitrugen, den Krieg anzufeuern und weil ihre Verbündeten, die Krösusse von Kuwait, darauf ausgingen, den Krieg zu verlängern."* (306)

Gorbatschow entsendet den vormaligen Direktor des Instituts für Orientfragen der Sowjetischen wissenschaftlichen Akademie, Yevgeny Primakov zu Saddam. auf dem Wege hat er Besprechungen mit König Hussein und Arafat in Amman am 4. Oktober 1990.

Der Oberskommandierende der Nato, General John Galvin teilt am 8. September mit, daß die Nato auf eine Invasion Kuwaits nicht vorbereitet war.

Kuba und Rumänien mißachten den Wirtschaftsembargo. In Rumänien wächst die Besorgnis, daß Unschuldige durch die Blockade in Gefahr geraten. Iran wurde vom Irak gebeten, Reis, Mehl und Weizen passieren zu lassen (307).

Auf der Sitzung der Arabischen Liga in Kairo standen sich 12 Länder in angelsächsischem Kielwasser neun anderen gegenüber, die eine „arabische Lösung" anstrebten.

Mit Mehrheit wurde ein kubanischer Entwurf im Sicherheitsrat abgelehnt, der den freien Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten als fundamentales Menschenrecht bezeichnet hatte. Man stimmte lediglich für eine „Soforthilfe. Sie soll insbesondere den hunderttausenden noch im Krisengebiet gefangenen Ausländern zugute kommen." (309).

„Dieses Spiel mit den Sanktionen kann eine Waffe in zwei Richtungen werden", meint ein kuwaitischer Gegner Saddams, *„Diese Bevölkerung, diese einfachen Leute, die vielleicht keine Milch mehr bekommen, ist das vielleicht menschlich? Werden sie die Regierung anklagen für das, was da geschieht, oder werden sie die Nordamerikaner anklagen? Das ist eine ganz einfache Frage."* (310).

„Einige Male hat Bush seinen Entschluß, Saddam entgegenzutreten, in hohen Grundsätzen begründet — Widerstand gegen eine Aggression — dann wieder hat er ganz irdische und praktische Beweggründe angeführt wie das Problem der Versorgung mit Petroleum. Der Präsident hat gemeint, daß die irakische Bedrohung der großen Weltölreserven unsere Lebensart, unsere eigene Freiheit und die Freiheit befreundeter Länder in Gefahr bringt. Einige finden die erste Begründung nicht stichhaltig, da die Vereinigten Staaten nicht mit der gleichen Macht auf andere Aggressionen geantwortet hat, etwa der sowjetischen auf Afghanistan. Andere bezeichnen die zweite Begründung als zynisch. ‚Ich glaube, das nordamerikanische Volk wünscht nicht seine Söhne zu gefährden, um den niedrigen Erdölpreis in den Staaten zu schützen'." (311).

Hussein beginnt damit, einen Teil der kuwaitischen Bevölkerung durch Palästinenser zu ersetzen. Den nach Saudiarabien geflüchteten Kuwaitis wurden Wohnungen genommen und Ausländern zur Verfügung gestellt (312).

Alle Aktiven von Firmen, die Staaten angehören, die an der Blockade beteiligt sind, wurden von Bagdad beschlagnahmt. Ein Sprecher der Bank von England teilte daraufhin mit, daß diese in der vorteilhaften Lage ist, Nettoschuldner des Irak zu sein.

Der Irak wurde von den **Asiatischen Festspielen** in Peking ausgeschlossen. 27 Mitglieder von 38 des Asiatischen Olympischen Komités stimmten für diesen Ausschluß. Man erinnert eine gleiche Politisierung des völkerverbindenden Sports bei dem Ausschluß Südafrikas von den Olympischen Spielen.

Saudiarabien schnitt Jordanien die Petroleumlieferungen ab (21.9.). Gleichzeitig wurden 20 jordanische Diplomaten aus Saudiarabien ausgewiesen.

Der Sudan hat aufgefordert, dem Heiligen Krieg gegen die Mächte beizutreten, die den heiligen Boden schänden.

In Antwort auf das Angebot der arabisch-nordamerikanischen Gemeinschaft, im Golfkonflikt zu intervenieren, teilte George Bush mit: *„Sie haben meine Zustimmung, wenn sie Erfolg haben ohne in den wichtigen Punkten nachzugeben. Wir können in diesem Augenblick nicht nachgeben. Wir werden es nicht tun."*

Israels Premierminister Yitzhak Shamir *„warnte Bagdad, Israel in den Konflikt hineinzuziehen. Alle israelischen Opfer werden zutiefst von den arabischen Völkern der Region bedauert werden."*

Iran und Syrien gaben eine gemeinsame Erklärung ab, wonach die große Gefahr für den Mittleren Osten, trotz der Golfkrise nach wie vor Israel ist. *„Der Krieg gegen Israel ist die Hauptsache. Khamenei und der syrische Präsident Hafez al-Assad riefen zu einem Angriff gegen das rechtswidrige zionistische Regime auf"* (313).

Einen Tag darauf stellt der Oberkommandierende der an die Front entsandten syrischen Verbände, Generalmajor Ali Habib klar: *„Unsere Streitkräfte werden an keiner Offensive in der Region teilnehmen. Wir sind hier lediglich, um einen eventuellen Angriff des Irak auf Saudiarabien abzuwehren"* (325).

Am 25. September 1990 wurde von den UN auch eine Luftblockade verfügt. Flugzeuge, die dennoch nach Bagdad fliegen, verlieren ihre Versicherung und das Recht, in anderen Ländern zu landen.

In einem Video, das er Bush übergeben ließ, klagt Saddam diesen an, eine *„Art von Neonazismus zu entwickeln, indem er behauptet, der ungefragte Führer der Menschheit zu sein."* Er warnte davor, daß tausende von Kindern wegen Unterernährung sterben könnten als Folge der Hungerblockade.

Der „Emir" von Kuwait erbat in einer Ansprache vor den Vereinigten Nationen Hilfe, um sein Land von den irakischen Invasoren zu befreien. In Anerkennung der weltweiten Solidarität versprach er, den Entwicklungsländern die Zinsen für ihre Schulden zu erlassen.

Ahmed Ben Bella, der den Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich geführt hatte, kehrte nach längerem Exil nach **Algier** zurück und forderte dazu auf, dem Irak zu helfen.

In Änderung seiner bisherigen Position unterstützte der sowjetische Außenminister Eduard Shevardnadse militärische Aktionen des Sicherheitsrates. *„Es bestehen genügend Beweise dafür, daß die UN das Recht der Anwendung von Waffengewalt ausüben darf und sie werden es tun, wenn sich die Besetzung Kuwaits hinzieht. Im Sicherheitsrat besteht genügend Übereinstimmung dafür und außerdem besteht auf Weltniveau dazu der Wille und die Zustimmung."* (314). Am 1. Oktober erklärte Shevardnadse in einem Presseinterview in New York: *„Unsere Meinungen über die Rolle, die den Vereinten Nationen bei der*

Schaffung einer neuen Weltordnung zusteht, nähern sich ständig."

Überraschenderweise besuchte der irakische Außenminister Tarek Aziz am 29. September König Hussein.

Der amerikanische Nachrichtendienst teilte mit, daß Irak bald im Besitz bakterieller Waffen sein wird, 29.9.90.

Man schätzt, daß 600.000 Kuwaitis inzwischen ihre Heimat verlassen haben. Die restlichen wurden von den irakischen Behörden angewiesen, innerhalb eines Monats die irakische Staatsangehörigkeit anzunehmen. Der irakische Dinar verliert am 6. Oktober Münzwert.

Aus **Dubai** berichtet Klaus-Dieter Frankenberger am 14. September in der FAZ unter dem Titel „Ein leichter Wind der Veränderung weht schon": *„Angesichts der Bedrohung wird am Golf der Ruf nach Reformen lauter . . . Es lassen sich in den bedrohten Golfstaaten zaghaft vorgetragene Forderungen nach sozialer Aufwertung vernehmen . . . Die Krise könnte einen Wandlungsprozeß in Gang setzen, der die reichen politisch feudalen Gesellschaften nachhaltig verändern könnte . . . Intellektuelle in Saudiarabien wünschen mehr Demokratie und eine Beschneidung des Einflusses der wahabitischen geistlichen Führer, die sich mit Erfolg noch immer sozialen Erneuerungen entgegenstellen."*

Der Vorschlag **Mitterands,** sich mit Hussein zu unterhalten wurde von diesem angenommen. Einen Tag darauf bequemte sich auch **Bush** dazu, Saddam Hussein die Möglichkeit eines **Dialogs** zu bieten. In einer Rede vor den Vereinten Nationen am 2. Oktober erntete er zunächst allgemeinen Applaus, als er darauf hinwies, daß die ganze Welt sich darin einig ist, daß die Besetzung Kuwaits nicht anhalten dürfe. Die Eingkeit der Welt in einer solchen Frage war offenbar das heiligste Ereignis unserer Zeit. Und er fuhr fort: *„In der Tat glaube ich, daß es für den Irak günstige Gelegenheiten gibt, wenn er sich bedingungslos aus Kuwait zurückzieht. Doch die oberste Aufgabe der Welt — heute, an oberster Stelle und für immer — muß es sein, daß man klarlegt, daß diese Aggression weder geduldet noch bezahlt wird."* Daß dabei in Bushs Rede auch der arabisch-israelische Konflikt genannt wurde, will man darauf hindeuten, daß entgegen der bisherigen amerikanischen Strategie auch das Palästinaproblem in den vorgesehenen Dialog mit einbezogen werden soll. Es versteht sich, daß das auf den schärfsten Widerspruch aus Israel stößt. Frau Thatcher sah sofort ihre blutigen Felle davonschwimmen und beeilte sich, eiligst zu betonen, daß Bagdad zu zahlen habe für die in Kuwait angerichteten Schäden und daß irakische Kriegsverbrecher abgeurteilt werden müßten. Sie meinte (übrigens ebenfalls vor den UN in New York), daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt eine militärische Aktion gegen den Irak unterstützen müsse, um der Besetzung Kuwaits ein Ende zu setzen.

Aus Israel erfährt man (Reuter), daß die Regierung damit beginnt, Gasmasken zu verteilen.

Auf Initiative des demokratischen Senators Max Baucus stimmte der Senat der Beschlagnahme irakischer Vermögen in den USA zu. Ein deutlicher Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung. Ein weiterer Verstoß.

Daß auch Bush einlenkte und den Gedanken Mitterands zu einem Dialog mit Saddam Hussein und einer Nahostkonferenz unter Einschluß der Palästinafrage die Tür öffnete, hat seine sehr ernsten innerpolitischen Gründe. Die **Vereinigten Staaten** sind pleite. Wäre es nicht zur Kriegsdrohung im Nahen Osten, zu dem Verkauf von Waffen in Höhe von 30 Md Dollar an Saudiarabien und der finanziellen Unterstützung der Kriegsvorbereitungen durch die anderen Industriestaaten gekommen, es würde noch schlimmer aussehen. So, wie der Volksaufstand in der DDR 1989 die BRD vor dem Versinken in einen geschichtslosen Brei rettete, so hatte Saddam den Dollar vor einem weiteren Sturz gerettet.

„Die Ziffern haben surreale Dimensionen, zu begreifen sind sie kaum noch. Zwischen

325 Md und über einer Billion Dollar kostet die USA ein Finanzskandal, wie es ihn in der amerikanischen Geschichte größer nie gab: der Zusammenbruch von wahrscheinlich über dreitausend Sparkassen" (353). Zwei weitere Generationen werden daran noch zu tragen haben. *„Die Zeugen der Epoche stehen draußen vor den Toren der Hauptstadt: Drei- und mehr Millionen-Dollar-Villen von provozierender Stil- und Geschmacklosigkeit . . . Geplant und gebaut wurden diese Paläste — viele warten noch heute auf einen Käufer — für den neuen Geldadel der Reagan-Ära . . . Der Milliardär wurde zum Maßstab. Das Hochkommen eines halben Hunderts amerikanischer Milliardäre in den achtziger Jahren, getragen von einer Kaste von hunderttausend Zehnfachmillionären, stellte eine plutokratische Revolution dar, wie sie nur mit der vom Ausgang des vorigen Jahrhunderts vergleichbar ist"* (354).

Doch die Sturmflut hoher Worte, die die Bevölkerung der Vereinigten Staaten (wieder einmal) über sich ergehen lassen mußte („Es gilt, unsere Welt zu retten!") und die wieder einmal kaum verhehlt, daß das **Judentum** diese Entwicklung unterstützt, verfängt nicht mehr. In Wahlen in Massachusetts und Oklahoma ging die Bevölkerung aus ihrer schon traditionellen Apathie über zu einem militanten Furor gegen das bestehende politische System im allgemeinen. Man wählte die Außenseiter, es näherte sich einer „populistischen Rebellion". Den Ausschlag gab bei den Wählern der gigantische Fehlbetrag im Budget. Kommt es nicht am 1. Oktober zu einer Zustimmung des Kongresses, dann beginnt das Geschäftsjahr 1991 der USA mit einer Zwangsreduzierung von 30% bei allen Regierungsvorhaben. Und es kam nicht zu einer Einigung mit dem Kongreß. Die Abgeordneten hätten Selbstmord begangen, hätten sie den Vorschlägen der Regierung zugestimmt. Denn am 6. November wird zum Unterhaus und zu einem Teil des Senats gewählt. Doch mit der Ablehnung legen sie die Regierung lahm. Darum auch hatten sie schon seit Jahren vermieden, das gefährliche „Gesetz zum Ausgleich des Budgets" anzuwenden. Doch diesmal waren die Zahlen zu hoch geworden, die Rezession, die Rettung der Banken und Sparkassen, die unerwartete Erhöhung des Ölpreises, das alles war zu viel auf einmal. Bush hatte versucht, aus der Nahostkrise das Möglichste herauszuholen, doch war er nicht durchgekommen, trotz unerwartet starker Unterstützung aus Bonn. Die USA kommt in Zahlungsbilanzschwierigkeiten, mit und ohne Krieg.

Und in diese verzweifelte Lage platzt noch die schreckliche Hiobsbotschaft von der israelischen Morderei vor dem höchsten Heiligtum des Islams, dem Felsendom in Jerusalem am 8. Oktober (326). Jetzt war die ihm aufgetragene Protektion Israels vor einer internationalen Konferenz über das Palästinaproblem kaum mehr durchzuhalten. In weit größerem Umfang als unter Waldheim sahen sich jetzt auch die Vereinten Nationen gezwungen, Stellung zu nehmen. War das Vorgehen Saddams gegen ein asoziales koloniales Protektorat noch konsumiert worden von ideologischen Verurteilungen seiner Aggression, so war jetzt jeder Hinweis auf eine Verteidigung der Schwachen sinnlos geworden. Es war wie ein Dolchstoß in die Weltfront, die Bush errichtet und die soeben erst von einer ganzen Bande von Staatschefs am Eastriver als das Morgenrot einer Neuen Welt gepriesen worden war. Auch uns Deutschen konnte jetzt der Satz entfahren: „Das sind die besseren Menschen, die uns zwingen, Ostdeutschland an Mörder und Diebe abzutreten!" Der Sicherheitsrat soll einberufen werden. Kommt es zu einer Kuwait-Palästina-Konferenz, so muß ihr eine Schlesienkonferenz auf dem Fuß folgen.

Der Sicherheitsrat wurde auch einberufen, doch vergingen Tage, bis man einen Entschluß faßte. Auf der Hand lag als minimale Forderung eine Verurteilung Israels. Dieser aber mußte eine Untersuchung vorhergehen. Die Mehrheit im Sicherheitsrat war eindeutig für diesen Weg, doch Israel ließ mitteilen, daß man keine Untersuchung zulassen würde. Die Vereinigten Staaten waren gezwungen, einem solchen Vorgehen zuzustimmen, denn

ein Nachgeben wäre gleichbedeutend mit einem Auseinanderbrechen der antiirakischen Koalition gewesen. Die arabischen Bundesgenossen der USA, das heißt, Saudiarabien, Syrien und Ägypten hätten eine derartige Unterstützung Israels niemals mitmachen können. Ohnehin hatten sich bereits wenige Tage vorher Ägyptens Präsident Hosni Mubarak und der syrische Vizepräsident Abdel-Halim Khaddam in Kairo zu besorgten Gesprächen getroffen. Man mußte sich erneut Bundestreue gegen den Irak zusichern, da der interne Druck in ihren Ländern dem langgezogenen Aufmarsch vor Kuwait kaum noch standhielt. Am 13. Oktober wurde denn auch der ägyptische Parlamentspräsident, Rifaat Mahjoub auf offener Straße erschossen und im Libanon spitzten sich die Schwierigkeiten für Syriens Präsidenten Hafez al Assad ebenfalls bedenklich zu. Dieser hatte die arabische Sache „verraten", weil er hoffte, mit amerikanischer Unterstützung sich zum Herrn im Libanon aufwerten zu können. Dem widersetzte sich in erster Linie der Christenführer General Aoun. Dieser wieder war Favorit der Franzosen, die auf alte traditionelle Bindungen zu den Christen im Libanon zurückschauen. Niemals kann eine Pariser Regierung darum Assads Vorgehen gutheißen. Doch die Syrier empfinden es als schäbig, von den Vereinten Staaten im Stich gelassen zu werden, nachdem sie so freigebig Truppen an die kuwaitische Front gesandt hatten. Ein Rückzug syrischer Truppen aus Beirut in diesem Augenblick stärkt keineswegs den Zusammenhalt vor Kuwait. Hinzu kommt die Haltung der USA im Sicherheitsrat. Ein Sprecher der Regierung in Damaskus wurde (am 24. Oktober) deutlich: *„Diese unbegrenzte Unterstützung der Regierung Israels kann nicht zum Frieden führen. Das führt zu Aggresion und Besetzung und heizt die (jüdische) Invasion und Ausbreitung an."* Zweimal beschließt man in New York ein Vorgehen gegen Israel. Am 11. Oktober ist man so weit, eine erste „ausgeglichene" Note nach Jerusalem abzusenden, in welcher „Israel wegen zu weit gehender Gewaltanwendung" verurteilt wird. Im Wortlaut hätte sie jener Note geglichen, die man dem Irak nach der Invasion in Kuwait geschickt hatte. Doch war anzunehmen, daß Israel ein solches Papier ablehnen würde und daß man dann mit Sanktionen hätte weitermachen müssen (349). Am 25. Oktober hatte man sich so im Sicherheitsrat zu einem zweiten Versuch durchgerungen, Jerusalem zu stellen. Bei dem ersten Anlaß hieß es: *„So wichtig auch unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten sind, so können wir doch nicht übersehen, daß die nordamerikanische Regierung einen schweren Irrtum beging. Sie blieb ein Gefangener der Koalition, die sie gegen Saddam Hussein gebildet hat"*, meinte Israels Außenminister David Levy. Er betonte, daß die Regierung Israels amtlich jede Zusammenarbeit mit der UN-Delegation ablehnen wird und auch kein Zusammentreffen mit ihren Mitgliedern erfolgen werde. Bei dem zweiten Versuch machte sich Avi Pazner, Mitarbeiter des Premierministers Yitzhak Shamir zum Wortführer: *„Wir bedauern, daß die Vereinigten Staaten einen antiisraelitischen Beschluß unterstützen, der dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein und der OLP in die Hände spielt"*. Der Sekretär Yitzahk Shamirs, Yossi Ben-Aharon fügte hinzu: *„Die Vereinigten Staaten sollten sich an die Spitze einer Aktion setzen, die es sich zur Aufgabe macht, erneut die Weltaufmerksamkeit der Golfkrise zuzuwenden . . . Dieser Beschluß irritiert Israel, denn er beinhaltet einen Schlag gegen die jüdische Souveränität über die Heilige Stadt."* Shamir klagte Washington an: *„Israel zu demütigen und Israel in Gefahr zu bringen, indem es die irakische Grenze aufrechterhält."* Ben Aharon doppelte: *„Wir glauben, daß kein einziger Staat, der sich souverän schätzt, sich einer Untersuchung durch eine UN-Kommission unterwirft, am wenigsten Israel . . . Sobald wir unsere eigene Kommission gebildet haben, wird das ausreichen."*

In der Tat macht sich sodann eine israelische Kommission an die Arbeit. Betont wird, daß es sich nicht um eine solche der Polizei, sondern der Regierung handelt. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Unruhen, die zu dem Tode von 21 Palästinensern führten, von Ara-

bern ausging, und daß es keine polizeilichen Übergriffe gegeben habe. Die Befreiung von zwei Polizisten, die sich im Tempel befanden, machte ein schnelles Handeln notwendig. Das wurde am 27. Oktober mitgeteilt.

Nicht ganz so einfaches Spiel hatte man mit der EG. Diese verurteilte am 12. Oktober den Vorfall. Die israelische Reaktion war vorherzusehen. *„Europa begibt sich so in die Hände Husseins. Mit dieser energischen Verurteilung lenken die Europäer die Aufmerksamkeit vom Golf ab, von dem die eigentliche Friedensbedrohung im Mittleren Osten ausgeht"*, meinte der bereits vorgestellte Avi Pazner. Der europäische Text lautete: *„Die israelische Regierung wird energisch verurteilt wegen diesem letzten Massaker, das seine Streitkräfte verursachten . . . und wegen seiner systematischen Gewaltpolitik gegenüber dem palästinensischen Volk."*

Diese bewegten Wochen wurden von den Zwangsalliierten Washingtons dazu benutzt, um Möglichkeiten für eine friedliche Lösung der Krise zu finden. Während Hussein weitere Ausländer, insbesondere Amerikaner und Franzosen ausfliegen läßt, und während Israel in einer Welle von Überfällen, jüdischer wie palästinensischer, erschüttert wird, die Grenze zwischen den besetzten Gebieten und Israel für Araber gesperrt wird (mit sehr ärgerlichen Folgen wirtschaftlicher Natur), nutzen Frankreich wie Rußland den zeitlichen Spielraum, zu einer Verständigung zu kommen, die den offenbaren angelsächsischen blutigen Plänen Einhalt gewähren könnten. Lediglich die Bundesrepublik Deutschland tut in (völlig überflüssigen und nicht geforderten) Äußerungen ihren Willen kund, philosophische Nibelungentreue zu beweisen, auch wenn es, wie man schätzt, 20.000 Amerikanern (und nicht gezählten anderen Menschen) das Leben kosten würde. Washington beeilt sich, sein Mißtrauen gegenüber irakischen Friedensvorschlägen zum Ausdruck zu bringen (350), während Gorbatschows Friedensbotschafter Primakov in Kairo meint: *„Wir haben noch nicht alle Friedensmöglichkeiten ausgeschöpft. Die militärische Lösung wäre ein Desaster."* Die Presse weist noch einmal darauf hin, daß die Sowjetunion sich nicht der multinationalen Militärallianz zugesellt hat. Sie würde aber ein von den Vereinten Nationen angeordnetes Vorgehen unterstützen.

Landtruppen wurden gestellt von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Marokko, Ägypten, Syrien, Pakistan und Bangladesh. Den Boykott zur See bewerkstelligen Belgien, Holland, Italien, Spanien, Dänemark, die Sowjetunion, Deutschland, Norwegen, Australien und Argentinien. Es geschieht in Befolgung der von den UN angeordneten Handelssperre. Denken wir zurück um einige Jahrhunderte, so sind wir von der Zeit der **Kreuzzüge** zum ersten **Zeigefingerkrieg** gekommen. Wie lange wird es diesmal dauern, bis sich gesunder Menschenverstand durchsetzen wird bei einem geschichtlichen Unglück, das unter dem Vorwurf religiös-moralischer Prinzipientreue charakterschwache oder beutegierige Oberhäupter zum Mitmachen veranlasste? Uns Deutschen ist es besonders schmerzlich, daß wir in ein derartiges Abenteuer zugunsten angelsächsischer moderner Piraten in einem Augenblick hineingezogen werden, da man uns ein Viertel unseres Staatsgebietes stiehlt, das unter viel häßlicheren Begleitumständen von einem viel weniger autorisierten Massenmörder besetzt wurde.

Und man glaube nur nicht, daß nur Deutsche mit großer Sorge das frevelhafte Tun der Bush und Thatcher und der asozialen Feudalherren in Kuwait und in Er Riad und in Dubai und der mit Recht beunruhigten Israelis verfolgen. „Ein stummer, aber wachsender Chor von Kriegsgegnern in den USA", überschreibt die International Herald Tribune am 13. Oktober einen Bericht von Laurie Goodstein. *„Protestantische und Römisch-Katholische Führer fangen an, moralische Fragen über die US-Politik im Golf zu stellen und entfernen sich so von der allgemeinen Zustimmung, die sie noch vor zwei Monaten teilten. So öffnen sie einen Graben zwischen sich und den jüdischen Mitbürgern. Ablehnend steht man auch*

insbesondere der Hungerblockade gegenüber. Am 11. Oktober fand in Washington eine Tagung protestantischer und katholischer Kirchenführer statt, die ‚die Golfpolitik für überstürzt und gefährlich hielten und darauf drängten, daß die US-Truppen zugunsten eines multinationalen Verbandes zurückgezogen werden'. Man schlug die Mobilisierung der Öffentlichen Meinung vor, sich einem weiteren Hochspielen des Konflikts zu widersetzen (351). Am betroffensten war man in den Staaten durch die weitere Überschrift: „Echo aus Vietnam". Bei uns Deutschen echot es nicht viel anders. Deutsche an der Seite der Mörder von Dresden und von Wehrl? Bundesgenossen einer Truppe, in denen ein Eisenhower und ein Bomber Harris das Sagen hatten?

Kriegsbegeistert teilt Reuter der englischen Welt mit, daß auch ein Kavallerieregiment, in der Tradition der berühmten „Leichten Brigade" stehend, jetzt in die arabische Wüste einzog. Ja, die „Charge of the Light Brigade" war einst Glanzstück des englischen Hurrapatriotismus, als sie auf der Krim gegen die russischen Kanonen anritt. Wir haben nichts gegen eine Fortsetzung solcher Traditionen, doch sollte man die Briten dabei unter sich lassen (352).

Die Welt der wirksamen Illusionen

Diese Lage bietet uns willkommene Gelegenheit, **amerikanische Außenpolitik** zu analysieren. Sehen sich nicht verschiedene häßliche Vorgänge recht ähnlich? Die Explosion der Maine vor La Habana, Pearl Harbour, das Weihnachtsbombardement von Hanoi und Haiphong 1972, die Versenkung der Belgrano, der Überfall auf Panama, der Aufmarsch am Golf? Noam Chomsky (339) erklärt uns das Gemeinsame: *„Wir beginnen, indem wir uns ein zur Gewohnheit gewordenes diplomatisches Manöver in die Erinnerung rufen, das eine Großmacht benutzen kann, wenn sie vor einer diplomatischen Übereinkunft steht, die sie nicht annehmen will. Versetzen Sie sich in die Lage eines Staatsmanagers in dieser peinlichen Situation; Sie haben die Möglichkeit, sich ins Unvermeidliche zu fügen,*

der Übereinkunft zuzustimmen,
sie aber anders auszulegen und zu behaupten,
die Gegenseite habe Ihre Forderungen bewilligen müssen.
Dann fahren Sie fort,
als ob das der Fall wäre,
lassen die wahren Tatsachen in Vergessenheit geraten und tun,
als seien die von Ihnen geschaffenen Illusionen die Wirklichkeit.

Im gewöhnlichen Leben ist es gefährlich, sich zu benehmen, als sei die von Ihnen geschaffene Welt von Illusionen die Wirklichkeit. Für eine Großmacht jedoch ist es weniger gefährlich, denn sie kann die Macht haben, Illusionen zur Wirklichkeit zu machen. Das Verfahren stellt daher oft eine annehmbare Taktik dar.

Seinen Namen verdankt das Manöver Präsident Kennedys Intellektuellen; sie nannten es den **Trollope-Trick** *nach der Romanheldin, die eine nichtssagende Geste als einen Heiratsantrag auslegt . . . Der* **Trollope-Trick** *bedarf der Mitarbeit von Intellektuellen bei Ersetzung der störenden Wirklichkeit durch wirksame Illusionen".* Wir würden hier statt von ‚Intelektuellen' weniger höflich von den der Loge gehorchenden Medien sprechen. Es gibt gewisse **Zauberworte.** Wenn diese fallen, dann m u ß die gesamte Freimaurerei wie auf Anhieb eine ganz bestimmte Reaktion ausführen. Wir haben ausführlich darüber berichtet, daß es politischen Abenteurern wie etwa Allende oder Alfonsin mit Leichtigkeit gelang, mit genügend oft gezeigtem Zeigefinger und genügend oft gebrauchtem Wort ‚Demokratie' sich sofort weltweite Unterstüzung zu beschaffen. Selbst scheußlichste Torturen

schaden einem solchen Image dann nicht mehr, wie Fall Nujoma bewies. Die Einfältigkeit der zur Loge Gestoßenen garantiert dieses Zusammenspiel.

„Washington war stolz darauf, das Verfahren erfolgreich während der **kubanischen Raketenkrise** *des Jahres 1962 angewendet zu haben. Chrutschow hatte angeboten, seine Raketen aus Kuba abzuziehen, wenn die USA die ihrigen aus der Türkei abzöge — veraltete Raketen, deren Entfernung bereits angeordnet, aber noch nicht ausgeführt worden war. Diesen Vorschlag wollten die USA aber nicht annehmen, wenigstens nicht öffentlich. Kennedys Berater entschieden also, daß Chrutschows Vorschlag nicht zur Kenntnis zu nehmen sei, und daß frühere Vorschläge von ihm als Angebote einseitiger Zurückziehung auszulegen seien — der Trollope-Trick . . .*

Wenn es funktioniert, hat das Verfahren eine Reihe nützlicher Folgen. Erstens werden Illusionen, die Ihrer Sache günstig sind, an die Stelle der Tatsachen gestellt, die es nicht sind. Hält die Gegenseite die Bedingungen der tatsächlichen Übereinkunft ein, wogegen Sie selbst sie verletzen (kein Rückzug der Raketen aus der Türkei), dann ist in der Welt der wirksamen Illusionen die Gegenseite vertragsbrüchig und Sie sind vertragstreu, womit die Gegenseite als unwürdige Barbaren hingestellt ist, die verdient haben, was ihnen zustößt. Zweitens ist bewiesen, daß es sich lohnt ‚hart zu bleiben', denn in der Welt der wirksamen Illusionen haben Sie die Gegenseite zum Nachgeben gezwungen. Das ist eine gute Lehre für dir Zukunft, denn es berechtigt zur Anwendung von Gewalt und Vermeidung diplomatischer Lösungen."

Die Kongruenz dieser Sezierung angelsächsischer Außenpolitik mit anderen Vorgängen ist frappant.

Nehmen wir den **Malvinenkrieg** als Beispiel vor: Dem „Zustimmen einer Übereinkunft" gleich ist es, daß England sogar sein letztes Kriegsschiff aus der Gefahrenzone abzieht, um Galtieri zur Besetzung der Inseln zu bewegen. Er teilt dieses sogar in einem stundenlangen Telefonat Reagan persönlich in der Nacht zuvor mit. Auch dieser hat nichts dagegen. Als nächster Schritt wird das argentinische Vorgehen „anders ausgelegt", nämlich als „Aggression" und die ganze Welt in Alarm versetzt. Als jetzt Argentinien einen sofortigen Waffenstillstand anbietet und in Lima alles zu dieser Unterzeichnung auf morgens 10 Uhr am 2. Mai 1982 vorbereitet ist, läßt Frau Thatcher die abseits der Kriegszone fahrende ‚Belgrano' versenken (Einzelheiten in VIII, 363, 364) und Argentinien muß zurückschlagen. Die wahren Tatsachen, nämlich der Friedenswille Argentiniens werden ab sofort totgeschwiegen. Die Illusion eines argentinischen Angreifers wird zur Wirklichkeit.

Nehmen wir die **Polenkrise** 1939 als zweites Beispiel. Dem „Zustimmen einer Übereinkunft" gleich ist das Münchner Abkommen. Doch dessen Erfüllung wird durch polnische Greueltaten illusorisch gemacht. Das Abkommen wird ausgelegt, als müsse Deutschland bedingungslos die polnischen Morde hinnehmen. Aus der notwendigen deutschen Polizeiaktion nach Ablehnung gemäßigter vorgeschlagener Grenzänderungen wird eine „Aggression" ein „Überfall" und diese Illusion Grundlage eines Weltkrieges (340). Nachdem dann die alliierte Aggression beendet ist, wird der Trollope-Trick erneut angewandt. Die militärische Invasionsfront, an der die Russen und Polen haltmachten, wird zur „Grenze" hochgespielt und die BRD gezwungen, einen Vertrag in Moskau (am 12. September 1990) zu unterschreiben, in welchem diese **Grenze anerkannt** wird, also eine im Widerspruch zur Haager Landkriegsordnung mehr als 40 Jahre lang aufrechterhaltene militärische Besetzung als Grenzen schaffend deklariert. Und wer sich jetzt auf den Standpunkt des Völkerrechts stellt, der ist ein Friedensgegner! Diese Verdrehungskünste sind typisch für US-amerikanische Außenpolitik.

In der **Golfkrise** wird der Trollope-Trick ebenfalls angewandt. Aus der Besetzung einer ehemals irakischen Provinz, aus der Beendigung eines Prototyps kolonial-asozialer Gesell-

schaftsformen wird die Absicht konstruiert, Irak wolle Saudiarabien angreifen und auf dieser Illusion die Weltmaschine (mit Unterstützung der ‚Intelektuellen') in Bewegung gesetzt mit Sanktionen und Hungerblockade und Flüchtlingsströmen.

Der Trollope-Trick wird im Rahmen amerikanischer Außenpolitik unterstützt von gewissen feststehenden Begriffen. Es gibt Worte, die eine doppelte Bedeutung haben, *„einmal die eigentliche Bedeutung und weiterhin eine besondere für Zwecke ideologischer Kriegsführung. Ein hier wichtiger Begriff ist* **‚Friedensbemühungen'.** *Im Sinne des Wörterbuches handelt es sich dabei um auf Frieden abzielende Bemühungen; im Orwellschen Sinne jedoch trifft der Begriff auf alles zu, was die USA zur Zeit gerade tun. Daraus folgt, daß die US-Regierung immer um Frieden bemüht sind, was auch immer tatsächlich vorgeht, und daß ihre Gegner dem Frieden im Wege stehen. In achtbarer Sprache gibt es keine Redewendung wie ‚die US-Regierung stellt sich den Friedensbemühungen entgegen'. Das wäre ein logischer Widerspruch. Es mag unwahrscheinlich sein, daß selbst das edelste Regime immer um Frieden bemüht ist, aber für die US-Regierung trifft es zu — laut Definition des Wortes. Es bedarf keiner mühevollen Untersuchung unbequemer Tatbestände."* (Chomsky). Alle Bombenangriffe, alle Vernichtungsaktionen etwa in Vietnam, sie waren „Friedensbemühungen". Die Liquidierung von einer Million deutscher Kriegsgefangener unter Eisenhowers Obhut, es waren „Friedensbemühungen". Die gerade im Gange befindliche Verzögerungstaktik der USA im Weltsicherheitsrat, um eine Resolution zur Untersuchung und Kontrolle der Zustände in den besetzten Gebieten Palästinas zu erreichen, es sind „Friedensbemühungen".

„Der zweite wichtige Begriff ist **‚Ablehnung'.** *‚Ablehnung' führt zu ungünstiger Beurteilung, es erinnert an ein widerspensiges Kind, das bestraft werden muß."* Es muß in Quarantäne kommen, wie es Roosevelt einst von Deutschland forderte. *„In achtbarer politischer Srache ist es also immer der andere, der sich ablehnend verhält, ungeachtet der tatsächlichen Verhältnisse. Dies kann ohne weiteres festgestellt werden, indem man von ‚Ablehnung' alles ausschließt, was die US-Regierung ablehnt. Im* **Palästinakonflikt** *lehnt Washington es ab, das Selbstbestimmungsrecht der eingeborenen Bevölkerung anzuerkennen* (im Falle Schlesien, das der deutschen Bevölkerung). *Daraus folgt, daß ‚Ablehnung' nur auf die Verweigerung eines solchen Rechts an jüdische Israelis* (an Polen) *zutrifft. Den Palästinensern* (Deutschen) *dieses Recht vorzuenthalten, kann nicht ‚Ablehnung' genannt werden, denn es ist ja die Stellungnahme der USA"* (Chomsky).

Ideologische Erpressung

Der Trollope-Trick läuft in der Golfkrise auf vollen Touren. Der konkrete Sinn dieser Konstruktion wird jedem sichtbar, wenn er sich die Zeitungsüberschriften ansieht.

Erinnern Sie, werter Leser, noch, was man 1939 brüllte? Als es galt, ‚für Danzig zu sterben'? Uns kommt es verdammt ähnlich vor, was da heute an Propaganda verschossen wird. *„Der Irre von Bagdad ist umzingelt. Wird er endgültig durchdrehen und Amok laufen?"* heißt es heute. Harmlose Friedenskämpfer für eine gute Sache sind da die fast 300.000 Mann, die in Saudiarabien aufmarschieren durften, um das irakische „Danzig" zu befreien, um dem Superkapitalisten und seinen Verbündeten das System retten zu helfen, das die halbe Welt in Zinsenschuld gestürzt hat, das Arbeit rund um den Globus zur Fron für die Banken gemacht hat, für den ein Kissinger und ein Rockefeller zeichnen, eine Thatcher und ein vielbeweibter milliardenschwerer Emir von Kuwait. *„Alle zur Durchsetzung des Handelsembargos gegen Bagdad notwendigen Maßnahmen darf die Truppe ergreifen"* heißt es in der Resolution des Sicherheitsrates vom 25. August. Doch, die Angelsachsen

haben dieses Instrument längst seines eigentlichen Inhalts entkleidet und steuern auf Krieg zu. Niemand will mitmachen. Doch niemand kann es sich erlauben, gegen die Vereinten Nationen zu löcken. Die Ideologie ist unumschränkter Herrscher. Mit ihr wird die Welt erpreßt. So geht der Widerstand gegen den Krieg der Reichen, gegen die Weltaufteiler, gegen diejenigen, die bestimmen, welche Grenzen gelten und welche nicht, gegen diejenigen, die mit ihrem Geld das Wohl der Völker in ihren Händen haben, maskiert voran. Deutschland drückt sich hinter seine Verfassung, die die Verwendung von Truppen am fernen Golf verbietet. Es wäre denkbar, auch in Zukunft sich vor solchen Erpressungen zu schützen. Man ist doch jetzt souverän, warum nicht den Truppeneinsatz in Zukunft abhängig machen von einem Volksentscheid oder einem Volksbegehren? Die Golfkrise ist eine Warnung im rechten Augenblick. Sie erfolgt, da wir uns konstitutionell neu einrichten. Werden wir unsere Kinder weiter noch verkaufen und verheizen, wie es bereits mit Oder-Neiße-Grenze und mit einer Flut von Anleiheversprechen geschehen ist? Wie weit wird noch der unverantwortliche verwerfliche Prozeß der deutschen Vernichtung vorangetrieben werden? Was alles legen wir unseren Kindern noch in die Wiegen? Wann werden wir eine Verfassung erleben, die es der Regierung verbietet, die Zukunft zu belasten?

Ist es nicht wirklich auffällig, daß heute eine gigantische Kriegsmaschine auffahren kann, ohne daß sich „Friedensbewegungen" rühren, Demonstrationen vor den amerikanischen Kasernen in Deutschland aufmarschieren? *„Gerade jetzt müßte es Tag für Tag Riesendemonstrationen vor den Stützpunkten der US-Streitkräfte in Deutschland geben. Und nichts geschieht. Und dieser Umstand sollte auch dem naivsten Deutschen beweisen, daß ‚früher' die ganze Friedensbewegung ‚von irgendjemand' gesteuert war, daß es demnach allein schon diesbezüglich* **Verschwörungen** *gab."* (Hans Schmidt, Amerika-Brief, November 1990).

Am schwersten hat es Gorbatschow mit dem Bemühen, den Frieden zu retten. Er darf sich nicht gegen den Sicherheitsrat wenden, aber wohl gegen die amerikanisch-englischen Kriegsabsichten. Als „ein weiteres Beispiel von Doppelzüngigkeit" wird es ihm (von Reuter, Paris 29. Oktober) daher ausgelegt, wenn er einerseits sagt: *„Dem Irak darf es nicht erlaubt werden, an eine Schwächung der internationalen Verurteilung seiner Invasion Kuwaits zu denken"* und andererseits fordert, *„eine politische Lösung des Konflikts habe auch die Stellung Bagdads zu berücksichtigen"*. Solche Meinung aber, fügt Reuter hinzu, wird schwerlich von den USA geteilt werden, und unterschreibt à la Trollope-Trick, daß USA und Vereinte Nationen dasselbe ist.

Eben erst ist ein Friedensgepräch zwischen Hussein und Gorbatschows Abgesandten Pirmakov in Bagdad gescheitert, da greift Gorbatschow die Idee einer arabischen Gipfelkonferenz auf. Ägypten lehnt den Vorschlag ab. Doch König Hussein reist am 31. Oktober 1990 nach Oman, denn der dortige Sultan Quaboos Bin Said ist turnusmäßiger Präsident der Golfgemeinschaft (Oman, Saudiarabien, die Vereinten Emirate, Kuwait und Qatar). Erst vor einer Woche war der jordanische Ministerpräsident in Bagdad und Moskau gewesen, um das Thema eines arabischen Gipfels zu ventilieren.

Zwei Tage später fliegt der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt nach Bagdad. Man hatte ihm diesen Flug zunächst sogar verbieten wollen. Als er doch fliegt, eingeladen von Hussein, und mit dem Thema des freien Abzugs der dortigen deutschen Staatsangehörigen, schärft man der ganzen Welt ein, daß es sich keineswegs um eine amtliche Mission handelt. Daß ja niemand den Aufmarsch zum Kriege störe! War es nicht genauso 1939, als Goering u.a. Friedensversuche über Schweden anstellten?

Bush kann sich vor den Wahlen am 6. November nicht festlegen. Wenn man auch nicht allzuviel Gewicht auf die Meinung des Volkes legen darf, (am 5. Februar 1990 hatte „Bild" noch erkundet, *„Die Deutschen würden mit einer Mehrheit von 57% die Neutrali-*

tät im Falle der Wiedervereinigung akzeptieren, und man hat dann ja erlebt, was „das Volk" der Regierung wert ist) die Abgeordneten in Washington wissen von der wachsenden Unruhe ob der Abenteuerlust in Washington und die Tage unmittelbar vor der Wahl zählen am meisten.

Denn die militärisch-politische Lage ist doch die folgende: Greift Bush nicht an, so stärkt sich die Lage Husseins. Schon hat er den Benzinverkauf im Lande wieder freigeben können. Greift Bush aber an, so braucht er einen sehr schnellen Erfolg. Andernfalls verwandelt sich die gesamte Zone in ein Pulverfaß mit unübersehbaren Folgen. Vergessen wir doch nicht, daß Saudiarabien mit seinem Außenminister Prinz Sultan einen unsicheren Kantonisten ins Spiel bringt. Hatte dieser doch geäußert, „er würde es nicht für bedenklich halten, wenn ein arabisches Land einem arabischen Bruderland Land, Gelände oder eine Position am Meer einräumt", und der dann Journalisten gegenüber betonte, er habe damit sagen wollen, daß Saudiarabien in der Vergangenheit seine Grenzprobleme auf friedliche Weise gelöst habe (was keineswegs stimmt) — mehr nicht (385).

In Israel gibt es täglich weitere Tote, Hussein aber hat mit den Kurden Frieden geschlossen und sich den Rücken freigemacht. Die Belagerungskosten steigen mit dem Petroleumpreis von Tag zu Tag. Damit verdienen die kriegstreibenden Ölfirmen mehr, aber der ohnehin prekäre amerikanische Haushalt wird mehr noch belastet. Gelingt es den USA nicht, den Irak zu vernichten, völlig auszuschalten, dann ändert sich nicht nur eine Staatsgrenze. Dann ändert sich das gesamte plutokratische Bild im Nahen Osten bis hin in die Börsen von London und New York. Dann kennt Tel Aviv keinen Frieden mehr.

Völlig ungeschminkt machen sich allerlei Fachleute ein Bild von dem „kommenden Krieg": *„Im Schutz von Artillerie und Flugzeugen werden die Alliierten versuchen, die Verteidigungslinien vor Kuwait zu durchbrechen und mit Truppen nachzustoßen durch die Lücke und irakische Stellungen zu besetzen."*

„Die alliierten Kräfte werden von einem Schwerpunkt zu einem anderen bewegt werden, um taktische Überlegenheit zu erreichen durch Täuschung des Gegners, der bereits durch Bomben und Artilleriefeuer geschwächt ist."

„Die Strategen meinen, es sei wahrscheinlich, daß Hussein einen kämpfenden Rückzug (hinhaltenden Widerstand) durchführen werde, um den Kern seiner Panzertruppen intakt zu halten."

„Die alliierte Luftwaffe wird ihre Hauptaufgabe darin zu sehen haben, die irakische Führung auszuschalten, um den Rückzug zu einem noch größeren Zusammenbruch zu gestalten."

„Die irakischen Streitkräfte werden sich an bestimmte vorgedachte Pläne halten und nach einem Zusammenbruch des Kommandosystems werden darum die einzelnen Einheiten, eine nach der anderen auseinandergeschlagen."

„Auf jeden Fall wird die militärische Befreiung von Kuwait weder harmlos noch kurz sein", meinen übereinstimmend die von Reuter befragten Strategen. Sie heißen Jim Blackwell aus Washington und Don Kerr aus London.

General Schwarzkopf (355) meint zu diesen aus Arroganz und Leichtfertigkeit gebrauten Eroberungsplänen: *„Wir beobachten bereits Ergebnisse der Sanktionen. Warum sollen wir uns also, wenn nach zwei Monaten noch nicht alles funktioniert, in die massenhafte Tötung von Leuten stürzen? Bei Gott, dieser Krieg kann lange dauern und eine Menge von Leuten könnte sterben."*

Solche Äußerungen häufen sich und man hat den Eindruck, daß sie auch Herrn Bush beeindrucken. So verfügt er, daß weitere 200.000 amerikanische Soldaten in die Wüste geschickt werden. Später geht er auf 150.000 hinunter. Der irakische Außenminister meint dazu, daß so etwas den Irak nicht beeindruckt. Diese Worte fallen auf dem Flugplatz von

Bagdad am 10. November, während gerade Willy Brandt mit 170 „Geiseln", davon 100 Deutschen, nach Frankfurt startet. Außenminister Aziz meint, es sei besser, die Amerikaner sendeten Diplomaten anstatt Soldaten. Am selben Tag gibt es ein wenig Krach in Paris, denn Mitterand teilte Herrn Baker mit, daß *„Frankreich nur im Gefolge einer konkreten UN-Resolution in den Krieg ziehen würde. Washington, unterstützt von London, aber ist der Ansicht, daß die Front gegen Saddam Hussein legitim genug sei, um einen Krieg zu beginnen ohne Zustimmung der UN"* (360). Baker teilte gleichzeitig mit, die USA würden in etwa einer Woche den gemeinsamen militärischen Plan ausarbeiten (361). Dabei steht diese Erklärung unter israelischem Druck, denn aus Jerusalem hört man (362): *„Während der ersten Wochen der Golfkrise hatte die israelische Regierung nichts dagegen, ‚im Hintergrund zu bleiben', wie Washington es wünschte, denn man war sich der politischen Komplikationen bewußt, die eine offene jüdische Beteiligung mit sich bringen würde. Doch das geht nur so lange, wie man sich nicht bedroht fühlt. Wenn die USA einen militärischen Angriff gegen den Irak starten, so ist es das Wahrscheinlichste, daß Bagdad Israel angreift. Und wenn der Irak angreift — das hat Israel bereits warnend in Washington vorgebracht — dann wird Israel handeln, wie es ihm paßt. Israel wird beim allergeringsten irakischen Angriff antworten, wie ein israelischer Minister im Ton klarster Selbstverständlichkeit äußerte. In solcher Lage ist eine militärische Zusammenarbeit mit Washington notwendig, einschließlich dem Zugriff auf nordamerikanische Informationen und Satellitenübertragungen. Israel hat auf nordamerikanischen Wunsch hin seine eigene Aufklärung in Richtung Irak stark eingeschränkt. Man fordert daher jetzt von Washington, daß man von dort aus unterrichtet wird. Doch einer solchen engeren Zusammenarbeit steht es im Wege, was am Felsendom und hinterher gegen Palästinenser geschehen ist. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Experten, die der Meinung sind, daß unter Bush die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ihren Tiefpunkt erreicht haben."*

Am Sonnabend den 10. November feierten die amerikanischen Kommandanten in der Wüste den 215. Geburtstag der „marines". Dabei erklärte der Divisionsgeneral Robert Johnston, Chef des Generalstabs des Zentralen Nordamerikanischen Kommandos: *„Die Möglichkeit eines Angriffskrieges würde die größte Waffenprobe darstellen, der die marines in vielen Jahrzehnten gegenübergestanden hätten."* Als der Unteroffizier Brad Olmstead einem Kameraden eine Zeitung zeigte, in welcher die Truppenablösungen als aufgehoben gemeldet wurden, antwortete dieser: *„Wir sind hier und wir werden hier bleiben".* Und der Unteroffizier Perry Cooke aus Brooklyn meinte: „Wenn sie sagen, daß wir hierbleiben, bis alles zu Ende ist, dann heißt das, daß sehr bald etwas passieren wird." (363).

Nicht nur die Veröffentlichung solcher Soldatengespräche zeigt, daß sich in den USA einiges geändert hat, seitdem Bush weitere Hunderttausende an die Front schicken will. Sam Nunn, demokratischer Senator und Präsident des Senatskomités der Streitkräfte greift den Präsidenten an: *„Herr Bush möge erklären, warum es so wichtig ist, Kuwait zu befreien, wenn wir dabei bereit sind, tausende von Amerikanern sterben zu sehen. Das letzte, das wir brauchen, ist ein blutiger Krieg, junge Nordamerikaner hinauszuschicken und sie in Platiksäcken zurückzuschicken. Einmal haben wir schon so einen Weg eingeschlagen. Mit 50.000 Toten in Vietnam. Wir wünschen nicht, das noch einmal zu erleben."* Patrick Moynihan, Dem/NY, sekundiert: *„Wenn Herr Bush möchte, daß seine Präsidentschaft in Arabien endet, so ist er auf dem besten Wege dazu und handelt, als hätte er das beabsichtigt."* Andere Kongreßabgeordnete schließen sich an und werfen die Frage auf, ob Bush ohne Kongreßbeschluß einen derartigen Krieg beginnen darf. Nach der Verfassung bedarf es einer Kriegserklärung des Kongresses, doch der Präsident ist oberster Chef der Streitkräfte und kann einen Angriff befehlen. So ist es immer wieder in der amerikanischen Geschichte geschehen. Vietnam, Granada, Panama sind die letzten Beispiele. Bush

meinte noch vor einem Monat: *„Die Geschichte ist voll von Beispielen, daß Präsidenten handeln mußten ohne zu fragen. Ich zweifle nicht daran, genauso zu handeln."* (364).

Die „Liberty Lobby" versucht, in hunderten von Kundgebungen in den Vereinigten Staaten „den Mord an amerikanischen Soldaten im Irak" zu verhindern. Die Zeitung „The Spotlight" ruft empört: *„Während das Wahlfieber die Nation ergreift, sind die Zeitungen voll von Bildern Abschied nehmender Soldaten. Werden diese ergreifenden Bilder bald schon ersetzt werden von solchen zerstörter Familien, die soeben vom Tode ihrer Gatten, Söhne und Väter erfuhren, die in Säcken heimgeschickt werden? Die schrecklichen Kosten, die das Land für den Krieg der Ölmagnaten und Bankiers zu zahlen haben wird, können sich schon bald mit dem Gefühl der Rache verbünden. Mittlerweile befinden sich der Kongreß, der Präsident und der Vizepräsident auf Ferien in exotischen Häfen, weit weg vom Mittleren Osten und Golf spielend. Doch einige Kongreßmitglieder stellen klar: Senator Joseph Biden (Dem.) besteht darauf, daß die amerikanischen „Geiseln" in Kuwait und im Irak niemals in den Vordergrund hätten gestellt werden dürfen und daß ihre Präsenz nicht die amerikanische Politik bestimmen darf . . . Wieder einmal werden amerikanische Interessen vom Big Bussiness diktiert, in diesem Falle von der Ölindustrie und natürlich von Israel, welches sich damit brüstet, vor den territorialen Ambitionen Saddam Husseins gewarnt zu haben und darum einen Verwüstungsangriff der US-Kräfte fordert, Saddam wegzufegen und den Irak zu zerstören, ohne Rücksicht auf amerikanische Leben. Wo bleiben die Friedensgruppen, die gegen so manchen unnützen Krieg protestierten? SPOTLIGHT ruft unmißverständlich die Vereinigten Staaten auf, ihre Truppen zurückzuziehen, einen blutigen und kostspieligen Krieg zu vermeiden"* (369).

Der König von Marokko rief die arabische Welt zu einem Gipfeltreffen auf. Dazu meinte König Fahd von Saudiarabien: *„Erst einmal muß Saddam Hussein sich aus Kuwait zurückziehen."*

Während soeben noch Bush den Kongreßabgeordneten mitteilte, die Erhöhung der Streitkräfte habe lediglich die Aufgabe, genügend Verteidigungskräfte zur Hand zu haben, werden am 15. November mehrtägige Landemanöver in der Nähe von Kuwait begonnen. Auch saudische Einheiten nehmen daran teil. Daß man nahe der Grenze übt ergibt sich aus dem Wunsch, die Möglichkeit irakischer Nachrichtenübermittlung zu studieren.

Wir wollen uns an dieser Stelle erlauben, ein wenig mitzudenken: Ist der Krieg gegen den Irak eine politische Notwendigkeit? Wenn nicht, warum sollte er dann notwendig sein? Denn, eines ist inzwischen klar geworden: Geführt und verantwortet werden kann er nur, wenn er notwendig ist, zumindest so notwendig, wie es etwa die „Wiedervereinigung" war. Was ist überhaupt eine „politische Notwendigkeit" bei einem Krieg? Die Antwort muß lauten: Er muß geführt werden, um eine bestimmte Politik aufrechterhalten zu können, etwas das eben notwendig ist, um eine bestimmte Lebenslage zu erhalten, um nicht in gefährliche Abhängigkeit zu kommen, um überleben zu können. Werte sollen durch ihn erhalten bleiben, die das Opfer berechtigen. Ist es also notwendig, Zehntausende zu opfern, um einer ganz bestimmten Philosophie auf die Beine zu helfen, in einem Falle, da die Hilfe einem recht zweifelhaften System gilt? „Aggression" heißt das Trauma, unter dem zum Handeln aufgerufen wird. Traumatisch geprägt ist das Handeln, nicht von zwingenden Notwendigkeiten. Der Kriegsruf klingt wie Posaunenklang und erinnert an anfeuernde, ansonsten für überholt geltende Militärmusik. Man weiß, daß es zu scheußlichen Massenmorden mit den letzten Erfindungen der Schießkunst kommen wird und man sucht schon vorher nach einer Entschuldigung. Man spricht von einem heiligen Patrionat der Schwachen und kann schlecht verheimlichen, daß es um Öl geht, um die Reste eines Kolonialregimes auf dem ehemals türkischen Boden. Tugendhafter Zorn paart sich mit abergläubischer Furcht vor dem Jüngsten Gericht. Man häkelt sich ein Bündnis mit Gott, denn

man meint, daß das Sterben an dessen Seite leichter, das Morden anständiger sei. Und außerdem ist das ein Verbündeter, dem man nichts zu zahlen braucht. Und man zieht in diesen Krieg, während die eigene Jugend sich empört abwendet, in der Mainzerstraße in Berlin, im Quartier Latin, am Tor des himmlischen Friedens, bei den Wahlen in Louisiana (365), und während die Blutsäufer von Dresden und Hiroshima sich in Börsenhyänen gewandelt haben und die gesamte Welt in Wucherzinsen versinkt und jede bloße Erwähnung von Moral und Ethik und Tugend und Gerechtigkeit nichts als reiner Hohn ist. Wahrlich, was sind das für Gestalten, die da von Saddam Hussein als von einem Irren sprechen? Wie wurde denn Texas amerikanisch? Wie wurde denn Schottland englisch? Wales? Irland? Saddam Hussein hat wenigstens historische Rechte vorzulegen. Der erste, von England ernannte käufliche Scheich aus der Sabahfamilie erhielt in der „made in London" Hagiographie den Beinamen „Mubarak, the Great". Nicht erwähnt wird, daß er erst seinen Bruder erdolchen mußte, bevor er Englands Spiel durchführen konnte. Es geht um Rechte, die Saddam noch vor ganz wenigen Jahren von den gleichen zugesprochen worden waren, die sie ihm heute verweigern. Und: was haben wir Deutsche dabei zu suchen? Wir, die wir bis auf den heutigen Tag hin in kolonialen Dingen eine reine Weste haben?

Wenn Petroleum und Weltfrieden im Brennpunkt des Geschehens stehen, wenn die Welt dem Egoismus der „Brüder" geopfert werden soll, wäre da nicht der Moment gegeben, daß auch der Papst ein Wort sagt? Herr Woytila aber schweigt. Es ist Gorbatschow zu verdanken, den saumseligen Friedensfürsten zu wecken. Am 18. November besucht er den Vatikan, und Johannes Paul II. bequemt sich wenigstens zu dem Satz, *„man sollte das möglichste tun, um einen Krieg am Golf zu verhindern"*. Und er erklärte öffentlich, *„er bete darum, daß die ganze Welt von den Schrecken eines Krieges verschont bliebe"*. Warum marschiert der feine Herr nicht mit einem Palmenzweig in Händen aufs Capitol zu. Tausende und aber tausende würden ihm folgen, in der ganzen Welt. Und er wäre der Sorge um seine kleiner werdende Kirche behoben.

Mittlerweile versucht Bush, sich eine Mannschaft im Sicherheitsrat aufzubauen. Er muß sich beeilen, denn am 1. Dezember wird der Jemen dort turnusmäßig den Vorsitz haben. Eine gute Gelegenheit, die presumtiven Bündnispartner zu sehen, gibt ihm die Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, die am 19. November in Paris beginnt. Der „kalte Krieg" wird zu Grabe getragen in Gegenwart von 34 Regierungschefs. Auf dem Wege nach Paris macht Bush einen Umweg über Bonn und hetzt die Regierung dort auf, eine aktivere Rolle in der militärischen multinationalen Aktion am Golf zu spielen.

Frankreich steht der Idee einer Resolution des Sicherheitsrates nahe, wonach dadurch ein Krieg geführt werden darf, doch müsse eine Sprache gesprochen werden, die nicht die Form eines Ultimatums habe und darum keinen bestimmten Fälligkeitstag enthalten dürfe. (370).

Während Bush so um das Zustandekommen einer Militärallianz kämpft, — **Ägypten** ist dabei der wichtigste arabische Verbündete — hält der israelische Premierminister Yitzhak Shamir vor seinen Parteifreunden der Likud eine Rede, die sofort Staub aufwirbelt: *„Aus Sicherheitsgründen lehnen wir eine Rückgabe der besetzten Teile von Ghaza und Cisjoradanien ab."* Von Eretz **Israel**, dem „Land von Israel" spricht er, das „vom Mittelmeer bis an den Jordan reicht". Ägypten beeilte sich, die Erklärungen Shamirs sofort vollständig zurückzuweisen. Sie „enthüllen expansionistische Absichten".

Gorbatschow deutet an, daß er *„für den Augenblick einer UN-Resolution über den Waffengebrauch am Golf nicht zustimmen werde"* (371). **Marokkos** König ruft erneut zu einem Arabischen Gipfel auf. 45 amerikanische Abgeordnete unter Führung von Ronald Dellums fordern vom Höchsten Gericht eine Anordnung, wonach Bush nicht ohne Zu-

stimmung des **Kongresses** einen Krieg beginnen darf. Drei Mitglieder des Sicherheitsrates, Rußland, Frankreich und **Finnland** äußern sich dagegen, Washington einen Blankoscheck zu geben. Gleichzeitig liest man (372), daß selbst das Bündnis zwischen Washington und **Er Riad** nicht mehr ist als ein „augenblicklich Notwendiges". Saudiarabien wünscht, seine territoriale Integrität zu erhalten, die USA freien Zugang zum Petroleum. Es taucht das Gespenst einer dauernden amerikanischen Besatzung am Golf auf. Besonders kritisch wurde die diplomatische Front, als Bush **Syriens** Assad besuchte. Das war am 22. November. Die „Jerusalem Post" sah sofort das Schlimmste voraus: zu enge amerikanische Bindungen zu dem ärgsten Gegner Israels. Asad weiß, wie wichtig Bush der syrische Beitrag ist, um das Bild seiner Allianz glaubwürdig zu halten. So wird man — meint man in Jerusalem — kaum erwarten können, daß sich Bush gegen den von Syrien unterstützten Terrorismus verwahrt. Als sich am 23. November Bush mit Hafez Assad in Genf trifft, da bietet sich dem letzteren die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, *„daß Syrien seine Truppen nur entsandt hat, um Saudiarabien zu verteidigen".*

Am deutlichsten war die Absage, die man Bush erteilte, in Sana. Er hatte tatsächlich gemeint, den **Jemen** umzustimmen. Doch dessen Präsident Ali Abdalla Saleh war deutlich: *„Es ist selbstverständlich, daß wir nicht die Gegenwart fremder Truppen in der Region befürworten. Deren Gegenwart hat die Lage sehr kompliziert. Ein Krieg kennt nur Verlierer. Irak, Kuwait, die arabische Welt und die Vereinigten Staaten."*

Auch **China,** ständiges Mitglied im Sicherheitsrat, meldet seine Bedenken an. In Urumki treffen sich Shevardnadse und der chinesische Außenminister und dieser läßt verkünden: *„Bisher hat noch kein einziger Staat einen Resolutionsentwurf gemacht über die Anwendung von Gewalt gegenüber dem Irak. Das ist eine sehr ernste und komplizierte Angelegenheit, die vieles im Gefolge haben wird. Sie muß daher mit großer Vorsicht gehandhabt werden und darf nicht übereilt werden."* (373)

Die kuwaitische Exilregierung entsandte auch einen Bevollmächtigten nach **Manila,** in der Hoffnung, von dort Unterstützung zu erhalten. Doch die ideologisch „einwandfreie" Präsidentin Corazon Aquino teilte diesem (am 23. November) mit, daß die philippinischen Truppen im Lande bleiben müßten, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Unter Führung des Abgeordneten der englischen Arbeiterpartei Tony Benn, kam es einen Tag darauf zu **Friedenskundgebungen** in London und in Bonn. Benn meinte, *„die Opposition gegen einen Krieg war niemals stärker als heute."*

In Male auf den Malediven trafen sich die Regierungsvertreter von **Indien, Pakistan, Sri Lanka, Nepal, Bangladesh, Butan** und der **Malediven.** In einer gemeinsamen Erklärung dieser südasiatischen Staaten heißt es: *„Eine friedliche Lösung ist notwendig, um die Schäden zu bereinigen, die durch die irakische Invasion Kuwaits entstanden sind."*

Den gleichen Ton schlägt man in **Kolumbien** Baker gegenüber an: *„Kolumbien zieht eine friedliche Lösung einer militärischen vor."*

Am 26. November besucht der Außenminister **Omans** (374) seinen Kollegen in Teheran, um die Idee einer erneuten Tagung des Cooperationsrates der Golfstaaten vorzubringen.

Am 25. November kann man dann schließlich erfahren, daß die Vereinigten Staaten den Sicherheitsrat für den 29. November einberufen werden. Es heißt (375): *„Ein wichtiger Beamter, der zum Stabe Bakers gehört, meinte, daß die beabsichtigte Resolution nicht mit Sicherheit durchgeht, trotz der intensiven persönlichen Anstrengungen des Außenministers. Die USA wird aber kein Projekt für eine Resolution vorlegen, wenn nicht eine klare Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß sie die neun notwendigen Ja-Stimmen erhält. Wir glauben, die Wahl wird nur knapp über die Bühne gehen."*

Der Irak antwortet auf diese Kriegstreibereien mit der Mitteilung, daß im Falle eines

Angriffs, der von arabischem Boden gegen den Irak vorgetragen wird, dieser die Stellungen in Saudiarabien mit Raketen angreifen wird. Erneut mache man darauf aufmerksam, daß dann die Petroleumquellen in Nordwestarabien zerstört werden. Mit diesen Worten spricht man Regierungsbeamte in Er Riad an, die — soviel man weiß — keinen amerikanischen Angriff von arabischem Boden aus gestatten wollen.

Am Donnerstag den 29. November 1990 kommt es dann auf Antrag der Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Abstimmung. Von 15 Stimmberechtigten stimmen 12 für den Krieg, drei dagegen: Kuba, Jemen und China. Damit ist die Bezeichnung „Weltfriedensorganisation" für die UN hinfällig und weicht der passenderen „Weltkriegsorganisation". Damit hat der entstehende Weltstaat eine sehr wesentliche Charakteristik erfahren. Die „Demokratie", die Weltreligion versteht sich als Interessenvertretung der derzeitigen Besitzenden. „Die kommende Diktatur der Humanität" (376) zeigt ihre Krallen. *„Neben dem föderalistischen Weltstaat darf es keinen anderen Staat mehr geben"* (Rothkranz S. 11). Auch keinen eingebildeten „Staat im Staate" (Dignidad), ein Ausdruck übrigens, den erstmalig Goethe im Hinblick auf die Illuminaten gebrauchte. Auch keine völkerrechtlich basierten Grenzen (Schlesien). Es gilt die de facto-Macht der Atombomben. *„Um die Demokratie auf Dauer zu erhalten und vor künftigen Katastrophen zu bewahren, ist es unerläßlich, die ganze Welt politisch neu zu ordnen"* (Rothkranz). Darum muß der Krieg gegen den Irak der letzte blutige Krieg sein, wie man es heute triumphierend ausdrückt. Von nun an gilt unbeschränkt und bedingungslos das Machtwort der Loge. Denn es wird eine **Gegenkirche** aufgebaut. Alles gleicht aufs Haar der Machtergreifung des Christentums unter einem Karl dem Großen. Die Brüder gleichen Geistes besetzten damals in ähnlicher Taktik die Kommandostellen und lieferten die Schlachtopfer für den Sachsenmord an der Aller aus. Und alles geschah unter dem Motto des „Friedens". *„Die Gegenkirche"*, schreibt heute der Verfasser der „City of Man", *„besteht kurz gefaßt darin, daß die Weltfreimaurerei ihre antichristliche und widergöttliche Ideologie unter das Volk bringt und jedesmal wenn die Zeit dafür reif ist, den praktischen Folgerungen dieser Ideologie in Staat und Gesellschaft unauffällig zum Durchbruch verhilft."*

Briefe aus Namibia

Windhoek, 26. August 1990: *„Bei uns wird die Post auch langsamer, sehr oft hat meine Bank schon die Rechnung der Ware, die Post aber hat mich immer noch nicht benachrichtigt, daß da ein Paket liegt. Wenn ich dann nachfrage, hat man immer die Ausrede, daß im Moment so viel zu tun wäre. Ja, das ist Afrika. Zur Zeit noch erstaunlich friedlich. Aber die Uhr tickt unbarmherzig. Unser Präsident gibt sich sehr gemäßigt, läßt sich sehr bewachen, weil er angeblich auch viele Feinde in den eigenen Reihen hat. Das Geschäft wird langsam aber sicher schlechter. Das kann Nujoma nicht aufhalten. Wir haben keine Industrie und werden auch eine solche nie bekommen. Die Kinderproduktion geht aber lustig weiter, 50% der Ovambos sind unter 16 Jahre* (379). *Zur Zeit der UN* (Wahlüberwachung) *hatten wir einen riesigen Boom. Mit dem Abzug der Truppen fiel der Umsatz auf die alten Zahlen. Jetzt merkt man, daß der Sold fehlt, den die 40.000 südafrikanischen Soldaten im Ovamboland ausgegeben hatten. Dadurch fällt jetzt der Umsatz kontiniuierlich. Schon viele von unseren deutschbewußten Bekannten sind weg, weil sie mit Verfolgung gerechnet haben. An der Spitze der Regierung sieht man die üblichen Gestalten, die sich programmieren lassen. Beim Rundfunk und Fernsehen sitzen an der Spitze die Leute mit dem anderen Gebetbuch, wie überall. Im Parlament sitzen mindestens fünf Deutsche,*

vier davon für die SWAPO und einer für die N.P. Den prominentesten Deutschen (SWAPO) hat man kurz vor der Wahl umgelegt (Lubowski). Der Finanzminister Otto Hellriegel stammt aus sehr wohlhabender Kaufmannsfamilie. Auch die anderen deutschen Swapo-Mitglieder stammen aus prominenten südwester Familien. Inzwischen spricht man von der Zwischenlagerung von Sondermüll in Namibia. Böse Zungen behaupten, der Vertrag wäre schon vor den Wahlen unterzeichnet worden. Das wäre eine Möglichkeit, unseren Staatshaushalt zu sanieren. Beim letzten Finanzplan bekamen wir nicht die 2,3 Md Rand (= 1,38 Md DM) zusammen. Die Lehrergehälter liegen nur noch bis Oktober da, usw. Es besteht ein reges Interesse an der Erhaltung der Nashörner. Ich habe den Eindruck, daß es ernst gemeint ist. Irgenwo muß man sich ja auch profilieren. Die deutsche Vertretung hält sich im Moment noch zurück. Der Botschafter ist eine Flasche. Es fehlt nur, daß er sich entschuldigt, daß er lebt. In der DHPS (Deutsche Höhere Privatschule) herrscht vollkommene Integration der Farbigen. Jetzt sollen sie auch noch ins Schülerheim. Wenn sich die Eltern dagegen wehren, droht Bonn mit der Streichung der Zuwendungen. Bonn war auch sehr empört, daß kein Farbiger in den Vorstand gewählt wurde."

Windhoek, 1. Dezember 1989: (380) *„Leuten, die Kritik am Wahlausgang äußern, wird das Haus, das Auto angezündet, oder es werden Handgranaten in den Garten geworfen und Morddrohungen ausgesprochen. Herrn Iljakin in Oshakati (Ovambo) wurde am 21. November 1989 nicht nur sein Haus, sondern auch seine sämtlichen Lkws und Busse verbrannt. In den Zeitungen stand nichts davon!"*

Oshakati, Dezember 1989: *„Es brennt in unserem schönen Südwest sehr, sehr! Vor allem hier im Ovamboland. Man ist sich seines Lebens nicht sicher. Vor sechs Wochen saß ich abends im Haus. Zwei Ovambos brachen ein. Ich konnte mich im Rollstuhl nicht wehren* (der Schreiber verlor durch eine SWAPO-Mine beide Beine). *Sie haben mich zusammengeschlagen, das Zimmer verwüstet, Radio, Uhr, das letzte Geld und den Revolver gestohlen. Hier in Oshakati sind wir ca. 50 Weißen unseres Lebens nicht mehr sicher. Aber wo soll ich hin? . . ."*

Sodann noch einige Mitteilungen aus Windhoek:

„Aus dem Ovamboland bestätigen Besucher: Die Verschmutzung ist sagenhaft. Die Häuser in den von Südafrikanern verlassenen Militärlagern vergammeln. Die Zäune der Flughäfen wurden gestohlen. Heute tummeln sich Kühe auf der Landebahn. Das Vordringen der Wüste ist in Ovambo unaufhaltsam. Dürre und Überweidung sind die Ursachen. Leere Dosen und Plastiktüten werden achtlos weggeworfen. (AZ 30.7.90).

„Jetzt will die regierende Partei Sonderratgeber und regionale Vertreter einsetzen, politische Ämter statt Verwaltungsexperten, Wachhunde des Kabinetts. Schon jetzt sind zu viele Swapo-Vertreter in hohen Posten: Neben Präsident und Premierminister gibt es 16 Minister, 16 Stellvertreter, 16 ständige Sekretäre, demnächst 16 Assistenten für sie und nun auch noch Regionalvertreter, wieviele eigentlich? Die Regierung will auch dort Swapo-Mitglieder anstellen, wo die regierende Partei bisher politisch keinen Einfluß hat." (So die Opposition im Parlament. AZ 23.5.1990).

„Afrox begann ein Englisch-Programm, als Englisch zur offiziellen Landessprache proklamiert wurde, obwohl etwa 90 Prozent der Bevölkerung die Sprache weder selbst sprechen noch überhaupt verstehen können." (AZ 8.6.1990).

„Gestern eröffnete Präsident Sam Nujoma das Ausbildungsprogramm für das diplomatische Personal Namibias. Die künftigen Diplomaten (so Außenminister Theo-Ben Gurirab) werden lernen, was in der Verfassung steht, die Interessen Namibias zu vertreten und wie man mit anderen Staaten zusammenarbeitet, damit sie begreifen, wie die internationale Gesellschaft funktioniert, in der sie sich bewegen werden und damit sie wissen, was für Beziehungen ihr Land zu anderen Staaten hat." (AZ 1.6.1990).

„Namibia erhält eine eigene Presseagentur, für die während eines Seminars in dieser Woche Richtlinien erarbeitet wurden. Ein Rat der Agentur wird dem ‚unabhängigen Medienrat' verantwortlich sein, der wiederum vom Minister für Informationen und Rundfunkwesen angestellt wird. Der Medienrat wird Richtlinien für die Presseagentur erarbeiten." (AZ 6.7.1990).

„Der Oberste Richter Namibias, Dr. Hans Berker meinte in einem Interview, das er dem ‚Windhoek Observer' am 6.4.1990 gab: *„Es ist keine Revolution geplant, aber ungerechte Gesetze werden verschwinden. Dazu gehören Apartheid und Sicherheitsgesetze."*

„Namibias Präsident, Sam Nujoma war Ehrengast beim Prinzenball am Freitagabend in Windhoek. Das Regierungsoberhaupt der Republik wurde mit viel Beifall begrüßt. Am Tisch des Präsidenten saßen auch der ehemalige Bundestagspräsident und Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und der bundesdeutsche Botschafter in Windhoek, Dr. Harald Ganns. In einer kurzen Rede von der Bühne an Windhoeks Narrenvolk betonte Nujoma den Wert der Tradition für den Erhalt der Kultur eines Volkes und begrüßte deutsches Kulturgut als Beitrag zur Vielfalt des namibischen Volkes." (Namibia-Nachrichten, 29.4.1990).

„Der Schmuggel mit Elfenbein, Nashornhörnern, Diamanten aus Angola und Drogen geht weiter. Die Schmuggelrouten ins Ausland gehen durch Südafrika. UNITA-Chef Savimbi erklärte, daß er Elfenbein und Kiaatholz an Südafrika liefert, weil das Land ihn in seinem Freiheitskrieg unterstützt. Der US-Kongreß stellte fest, daß seit Jahren ein Schmugglernetz besteht und die UNITA ‚fast 100.000 Elefanten' ausgerottet habe, um ihren Kampf zu finanzieren. Auch die Widerstandsbewegung in Mozambique soll zigtausend Elefanten abgeschlachtet haben, um gegen Elfenbein Waffen zu erhalten." (AZ 23.4.1990).

„Während einer öffentlichen Versammlung in der letzten Woche gab ein Forscher der Fischereiabteilung, Dr. Jean Paul Roux, bekannt, daß schätzungsweise 600.000 Robben in 16 Kolonien entlang der namibischen Küste leben. Diese Robben verzehren jährlich etwa eine Million Tonnen Fisch und Tintenfisch . . . die Versammlung endete mit einer Erklärung der Wild Life Society. Danach sollen Robben ‚so human wie möglich' getötet und wirtschaftlich genutzt werden." (AZ 29.8.1990).

„Heute wurde Namibias jüngste Mine, die Goldmine Navachab bei Karibib offiziell durch Präsident Nujoma eröffnet. 70 Prozent der Aktien besitzt Erongo-Mining. Von diesen gehören zwei Drittel der Anglo-American. Präsident Sam Nujoma stellte klar, daß Projekte wie Navachab auf der Zusammenarbeit von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebaut sein sollen. Die Regierung habe sich den Prinzipien der gemischten Wirtschaft verschrieben . . . Unternehmern im Bergwerksbereich falle eine besondere Verantwortung zu. Sie müßten dafür sorgen, daß die Ressourcen des Landes nicht übermäßig ausgebeutet würden und daß der Gewinn ihrer Unternehmen dem Aufbau des Landes zugute käme. Sie müssen sich aber auch an die Gesetze des Landes halten und daran denken, daß ihr Verbleib in Namibia von ihrem ‚guten Benehmen' abhänge. Und sie müßten auch für ihre Arbeitnehmer Sorge tragen, angemessene Gehälter zahlen und dafür sorgen, daß sie ordentlich untergebracht sind. Darüber hinaus falle es ihnen aber auch zu, die Umwelt nicht zu belasten, keinen Abfall in Flüsse und das Meer zu leiten und die Luft nicht zu verschmutzen." (AZ 12.6.1990).

„Im Norden des Landes erregte das seuchenartige Auftreten von Durchfall und Malaria Unruhe. Die Statistik berichtet von etwa 200 Sterbefällen. Als Gründe wurden angegeben: Nach Abzug der südafrikanischen Soldaten wurden keine Sprühprogramme gegen Insekten mehr vorgenommen; späte, schwere Regenfälle; daß der Krieg die Infrastruktur des Gesundheitswesens zerstört habe und daß das Wasser verseucht sei." (AZ 14.6.1990).

„Während der Konferenz der Industrie-Konföderation von Zimbabwe in Victoria Falls in der ersten Juliwoche wurde den Teilnehmern ein Arbeitspapier vorgelegt, wonach zwischen zehn und 20 Prozent der Bevölkerung von Zimbabwe inzwischen HIV-positiv ist. Die Zahl der bekannten Aids-Fälle habe sich von Oktober vergangenen Jahres bis zum April verdreifacht, die der HIV-Infizierten werde sich künftig alle zehn Monate verdoppeln. Am Ende des Jahrzehnts werden voraussichtlich durch AIDS selbst oder durch eine von der Immunschwäche beschleunigte Krankheit 90% der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitsunfähig und vom Tode bedroht sein. Nach unbestätigten Berichten werden in Zimbabwe derzeit keine Grundschulen mehr gebaut, da die Zahl der Schüler ständig sinkt." (AZ 1.6.1990).

Jugoslawien

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satelliten ist das Ende eines Freimaurerexperiments. Die Sowjetwelt entstand nach der Beseitigung der geschichtlich gewordenen Monarchien und in Ablösung des Übergangsexperiments des Freimaurers Kerenski. In ähnlicher Form wurden auch die Regierungssysteme in den anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas geändert. Grenzen wurden vielfach neu gezogen. In zwei Fällen wurden Freimaurerstaaten aus der Retorte gezüchtet. Die eine Konstruktion heißt seit 1929 Jugoslawien. Unter serbischer Krone sollten eine Reihe von verschiedenartigsten Völkern nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns und des Türkischen Reiches einen Bundesstaat bilden. Die englische und die französische Freimaurerei umsorgten vom ersten Tage an ihr Kind und lenkten die Geschiche in ihrem Interesse. Dieses politische System führte 1941 zur Kriegserklärung gegen das Deutsche Reich (333). Aus diesem Kriege ging Jugoslawien als kommunistisches Staatsgebilde unter der Leitung von Marschall Tito hervor. Nach blutigster Beseitigung der Gegner gelang es zunächst mit Hilfe großer Geldsummen aus den USA eine Beseitigung der Kriegsschäden und eine gewisse Weiterentwicklung zu erreichen. Doch, im Gleichschritt mit dem moralischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch der anderen sozialistischen Länder in Osteuropa wurde dann auch Jugoslawien von schwerem Fieber geschüttelt. Es erwies sich so, daß gerade dieses eigenartige Freimaurerexperiment nicht lebensfähig war. Wirtschaftliche wie vor allem auch nationale Unterschiede sprengten den theoretischen philosophischen Rahmen.

Marksteine dieser Entwicklung sind die Wahlen in **Slowenien** am 15. April 1990 und in **Kroatien** am 24. April. In beiden Fällen wurden Parlamente und dann Regierungen gewählt, denen wichtigstes Anliegen die Aufteilung Jugoslawiens in mehr oder weniger noch verbundene souveräne Staaten ist. Gekämpft wird, mehr in den Logen als unter offenem Himmel, darum, ob es bei einer Konföderation bleiben soll oder zu einer Sezession kommt. Die **Serben** bemühen sich dagegen im Kampf gegen die Zeitströmung um Aufrechterhaltung einer serbisch-unitaristischen Staatskonzeption. Unterstützt werden sie von dem derzeitigen, turnusmäßig auf ein Jahr ernannten serbischen Staatsoberhaupt, dem Serben Borisav Jovic und dem Serbenführer Milosevic. Jovic ist Kommunist. Da er gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armee ist, konnte er bereits Waffenlager der Nation in Slowenien und Kroatien räumen lassen, um einem bewaffneten Aufstand zuvorzukommen. Den nächsten Schritt stellen dann die Wahlen in Slowenien vom 23. Dezember 1990 dar. Mit 95% stimmt die Bevölkerung für die Unabhängigkeit. Man rüttelt an den 1919 angelegten Freimaurerketten. Das Freimaurerische Westeuropa und die USA aber bangen um ihre traurige, so blutgetränkte Schöpfung und versuchen durch Hintanhaltung der Anerkennung des neuen Staates im Widerspruch zum Volkswillen das Rad der Geschichte bremsen zu können.

Das zur Teilrepublik Serbien gehörige, aber mehrheitlich von **Albanern** bewohnte Kossovogebiet um Pristina, das den Provinzstatus anstrebt, steht seit Juli 1990 unter Ausnahmerecht. Am ernstesten spitzen sich mittlerweile die Zustände in Kroatien zu. Auf dem Gebiet dieser Teilprovinz sind etwa 10 Prozent der Bevölkerung Serben. Die Ausmordung dieser Gebiete während des II. Weltkrieges ist noch unvergessen. Die serbische Bevölkerung befürchtet eine Wiederholung dieser fürchterlichen Vorgänge. So wurden (im September 1990) Polizeistationen überfallen und die in Todesfurcht lebende Bevölkerung bemächtigte sich der dort vorhandenen Reservewaffen. Nachts schlief sie oft in Heereskasernen, da sie sich vor der kroatischen Polizei fürchtet. Genannt werden die Orte Dvor, Petrinka und Knin. Die serbische Minderheit forderte die Freilassung von Serben durch die kroatische Polizei unter der Drohung, die Straßen zu sperren, die an die adriatische Küste führen. Wir müssen uns im klaren sein, daß die Lage hier nicht stehenbleiben wird. Überdenkt man, was vor fünfzig Jahren hier geschah, so kann man nicht widersprechen, wenn man feststellt, daß überhaupt gar nichts sich gebessert hat, daß die jugoslawische politische Quacksalberei nur immer wieder zu Blutvergießen und niedergebrannten Häusern führt.

Im Oktober 1990 beginnt man auch in der Republik Serbien zu begreifen, daß Jugoslawien selbst mit Waffengewalt nicht mehr zusammenzuhalten ist und macht sich wirtschaftlich vollständig selbständig.

Will man sich einen Begriff von der albernen Wichtigtuerei, gepaart mit eklatanter Unwissenheit machen, die in den waffenstarrenden Zentren des Westens herrscht, so nehme man als Beispiel, mit welchen Worten das in Millionenauflage verbreitete National Geographic Magazine im August 1990 von Jugoslawien berichtet. Titel: „Yugoslavia, a house much divided" (Jugoslawien, ein vielfach geteiltes Haus). Struggle to resolve ancient antagonisms (Kampf um alte Antagonismen zu lösen). The Slovenes, one of Europe's smallest

ethnic groups (die Slowenen, eine der kleinsten ethnischen Gruppen Europas). Nach diesen in ihrer hohlen Oberflächlichkeit kaum zu überbietenden Oberlehrersätzen kommt die geschichtliche Vorstellung: Serbs, Croats and the Slovenes decided to join together in a kingdom after the carnage of Word War I (Serben, Kroaten und Slowenen beschlossen, sich in einem Königreich nach der Schlachterei des I. Weltkrieges zusammenzutun). Wer hat hier etwas beschlossen? Wer erfand dieses Königtum? Wer brachte mit dem Mord in Sarajewo die Schlachterei des I. Weltkrieges zustande? Was versteht man auf der anderen Seite des Atlantiks unter einer „ethnischen Gruppe"? Einen interessanten, noch nicht ausgestorbenen Indianerstamm? Man hat überhaupt keinen Begriff von nationaler Kultur, von geschichtlichen Traditionen. Und man meint, so etwas mit Freimaurererziehung unterpflügen zu können. Was nach jahrzehntelangem Zwangsregime herauskommt ist Bürgerkrieg. Und man würde am liebsten wieder eine Sezession genauso blutrünstig niederschlagen wie man es zur ewigen Schande der USA im vorigen Jahrhundert unter dem Zeichen der Aufklärung vollstreckte. Es ist immer wieder das gleiche Bild: Man meint, Geschichte fälschen zu können. Man fühlt sich als unfehlbar und man bezeichnet, wer da nicht spurt, als full of old hatreds (voll alten Hasses) und sich selbst als Friedensapostel à la Wilson und à la Bush.

Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik

Die andere Schöpfung eines Freimaurerstaates in Europa war die Tschechoslowakei. Zustande kam dieses Gebilde dank des Einflusses, den Freimaurer Masaryk während des I. Weltkrieges in den konspirativen Zirkeln in Paris hatte (334). Unterbrochen wurde die tschechische Herrschaft über die Slowakei von 1939 bis 1945. Das slowakische Abgeordnetenhaus entschied sich am 14. März 1939 einstimmig für die Eigenstaatlichkeit. Dr. Josef Tiso wurde erster Präsident der Slowakischen Republik. Er wurde 1945 nach Auslieferung durch die Amerikaner hingerichtet.

Als das kommunistische Einparteiensystem auch in der Tschechoslowakei ins Wanken kam, bemühte man sich in der **Slowakei** auch sofort um ein Abwerfen des tschechischen Jochs. Denn genauso wie im Sudetenland hatten tschechische Partisanen in der Slowakei 1945 gewütet. Die Massenmorde waren nicht vergessen. Im März 1990 kam es zu einer Petition von Demonstranten in Preßburg (Bratislava), die „Existenz der slowakischen Nation anzuerkennen" (335). In der Folge bemühte man sich von Prag aus, den Unmut mit einem neuen Staatsnamen aus dem Wege zu schaffen. Man meinte, es sei mit einem Bindestrich zwischen den beiden Nationen getan, mußte dann jedoch den oben in der Überschrift zu diesem Absatz wiedergegebenen Titel annehmen. Als es dann am 9. Juni 1990 zu allgemeinen Wahlen kam, bei denen Vaclav Havel mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten gewählt wurde, fiel auf, daß zehn von je hundert Stimmen in der Slowakei für die Slowakische Volkspartei stimmten, die sich für die Trennung, d.h. für die Wiedererrichtung eines Slowakischen Staates einsetzen. Ärgerlich empfand man es in Prag, daß am 11. Juli 1990 in Preßburg eine Gedächtnistafel zur Erinnerung an Josef Tiso eingeweiht wurde. Vaclav Havel, der sich mit salbungsvollen Reden viel mit Liebe, Mitleid, Freundschaft, Demut, Vergebung und Menschlichkeit zugutehält und ob solcher Thematik im Logenwesten ensprechend hochgejubelt wird, meint dazu: *„Ich hätte es vorgezogen, wenn ein Mahnmal zur Erinnerung an die 60.000 slowakischen Juden, die Opfer des Nationalsozialismus, errichtet worden wäre."* Nach seiner Ansicht sind die separatistischen Strömungen *„Ausdruck einer nostalgischen Verklärung des slowakischen Staates, das heißt eines faschistischen Regimes"* (336). Wir hätten es vorgezogen, Herr Havel hätte längst ein Mahn-

mal in Erinnerung an die vom tschechischen Mob und von tschechischen Autoritäten ermordeten 140.000 Sudetendeutschen errichtet und Wiedergutmachung zugesagt. Was diese, unsere Zahl angeht, so ist sie zu beweisen.

Von neudeutscher Seite aus ist man sehr darum bemüht, einfach diese Untaten zu vergessen. Eine ganze Seite widmet man aber in der Mittelbayrischen Zeitung (am 7. März) der „Befreiungsfeier durch die Amerikaner" in der Stadt Domàžlice. Gemeint ist Taus. „Tschechoslowaken feiern mit 45jähriger Verspätung Befreiung von der Nazi-Herrschaft durch US-Truppen". Man kann den Tschechen die Freude über diesen Tag nachfühlen, doch fehlt uns das Verständnis dafür, so etwas seitenweise den deutschen Lesern in Bayern vorzuführen. Fehlte gerade noch, wir stimmten in den Ruf „Hurra, die Amerikaner!" ein und sängen deren Nationalhymne mit.

Jedenfalls berichten uns Reisende, daß die tschechischen Behörden in der Slowakei nichts mehr zu sagen haben. Etwas ernster zu nehmen ist das wohl als die Schaffung eines „Polnischen Nationalen Autonomen Gebietes" im östlichen Litauen, von dem wir gleichzeitig erfuhren. Alles in allem sind es Zeichen für den Zusammenbruch einer logenkranken Welt. Man wird jetzt Zeuge von freimaurerischen Bemühungen sein, doch wieder die Zügel in die Hand zu bekommen. Freimaurer wie Havel und Walesa, aber auch Genscher und Gorbatschow werden da zum Zuge kommen.

Die ersten Züge fahren ein

Weit mehr noch als die deutsche Teilwiedervereinigung, hat der Vorstoß Saddam Husseins gegen das ekle Bündnis angelsächsischer Petroleumgiganten mit asozialen milliardenschweren Scheichs am Golf Bewegung in unsere Welt gebracht. Dabei nimmt es keineswegs wunder, daß man dieser Entwicklung einen anderen Mantel umhängen will. *„Eine neue Welt kämpft um ihre Entstehung. eine ganz andere Welt als die, die wir bisher kannten. Eine Welt, in der Nationen die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit anerkennen. Eine Welt, in der der Starke das Recht des Schwachen respektiert."* So sieht es der US-Präsident **George Bush** am 11. September 1990 an. Er ahnt nicht, mit welcher Bitterkeit wir Deutsche diesen Zynismus hinnehmen. Der gleiche Herr hat soeben erst allem Völkerrecht zum Trotz das Deutsche Volk auf die Knie gezwungen und die Anerkennung der **Oder-Neiße-Grenze** gefordert, hat sich hohnlachend über Millionen von Polen ermordete deutsche Frauen und Kinder hinweggesetzt und hat die Stirn, sich als Verfechter einer „Neuen Welt" hinzustellen, die das Dschungelgesetz polnischer Verbrecher angeblich ablöst.

Allerdings ist es ein beachtlicher Schritt in Richtung der **Einen Welt,** wenn man es fertiggebracht hat, die gesamte Welt — mit wenigen Ausnahmen — in der Befolgung der Anordnungen des **Weltsicherheitsrats** gegen den Irak zu einen. *„Vielleicht das bedeutendste Ergebnis des Gipfels von Helsinki ist es, daß die Sowjetunion sich durch ihre Hilfe in der Golfkrise als Teil der ‚Freien Welt' fühlen kann"* (316). Doch geschieht diese Einigung auf Kosten von etwas sehr ernstem, auf Kosten des Völkerrechts! Man hat sich in Jerusalem mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, Palästina und Kuwait in einem Satz zu nennen. Wir fordern, daß **Schlesien und Kuwait** zusammen genannt werden. Es wäre ein sehr böses Omen, wenn die deutsche Außenpolitik nach dem 3. Oktober 1990 zum Debut die bedingungslose Beteiligung an der Wiederherstellung eines asozialen britischen Kolonialregimes auswählt, und sich entgegen aller humanen Kriegsführung an einer Hungerblockade und an der Mißachtung flüchtender Menschenmassen beteiligt, ohne ihre Beteiligung an kriegsvorbereitenden Aktionen mit der einzigen Elle zu messen, mit der auch wir unsere

unverzichtbaren Rechte auf Ostdeutschland gemessen sehen wollen, am überall in gleichem Umfang geltenden gleichen Völkerrecht.

Eine Reihe von Stimmen hat sich in der ganzen Welt bereits erhoben, die dazu auffordert, die in Bewegung geratene Welt sozialer und gerechter zu gestalten. **Brasiliens** Präsident Collor de Mello vor den Vereinten Nationen am 24. September: *„Das Konzept von Macht als einer Kraft, die zerstören kann und als einer Manifestation wirtschaftlicher Hegemonie muß beiseitegelegt werden."* Und er sagte, auch ohne Schlesien beim Namen zu nennen: *„Die Felder regionaler Spannung sind einer rigurosen diplomatischen und politischen Bearbeitung zu unterwerfen, um sie als Brennpunkte weltweiter Unsicherheit zu beseitigen."* Wir forderten in unserem Brief an Herrn Genscher DIALOG mit Polen!

Dem Einebnen von Kräften dient es, wenn die **Sowjetunion** und Saudiarabien nach einem halben Jahrhundert diplomatischer Trennung ihre Beziehungen wieder herstellen. Gleichzeitig forderte der russische Finanzminister Boris Federov, daß die Sowjetunion so bald wie möglich ihren Beitritt zu Weltbank und Weltwährungsfonds ansucht.

Am 1. Juni 1990 trafen sich zum ersten Mal die Staatsoberhäupter von 15 Entwicklungsländern in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur (G-15 nennen sie sich). Malaysias Regierungschef **Mahathir** (317) eröffnete die Tagung mit folgender Warnung: *„Ich befürchte, daß die Demokratie zur gleichen Art von Religion geworden ist wie der Kommunismus."* Den osteuropäischen Staaten riet er, zu ihrem eigenen Besten politischer Stabilität einen höheren Stellwert einzuräumen als der Demokratie. Mahathir unterstellte **liberalen Demokraten** im Westen ‚Chaos, Instabilität, verzögertes Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende schwere und schwächende Armut' in zur Demokratie bekehrten Ländern als geringen Preis für die Etablierung dieser Staatsform anzusehen (318).

Der Oberbefehlshaber der **Nato,** General John Galvin, forderte in Brüssel eine Revision der Einsatzmöglichkeiten, nämlich auch außerhalb der Territorien der Mitgliedstaaten. Insbesondere in Deutschland und in Japan kreuzt sich der angelsächsische Wunsch („Deutsche an die Front" (319)) mit der Siegermentalität von 1945 und nachher, als man Deutschen wie Japanern verbot, Truppen ins Ausland zu schicken. Erst 1973 wurden die beiden deutschen Staaten Mitglied der Vereinten Nationen.

Einen anderen Vorstoß in Richtung der Einen Welt unternahm **Mitterand.** In einer Reise durch vier frankophone Staaten am Indischen Ozean wies er im Mai 1990 darauf hin, „daß Demokratie ohne wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich ist". „Das bezog den Umkehrschluß ein, daß es ohne Demokratie keine dauerhafte Entwicklung gibt" (320), also das Gegenteil von dem, was gerade soeben Mahathir aussprach. **Senegals** Präsident Diouf betonte denn auch auf dem 16. französisch-afrikanischen Gipfel in Le Baule am 20. Juni, „daß das Mehrparteiensystem in seinem Lande nicht zur wirtschaftlichen Besserung geführt hat". Andere afrikanische Staatschefs erklärten, Afrika leide ausschließlich unter einer wirtschaftlichen und nicht unter einer politischen Krise und „schienen die Ursache der politischen Unruhen vor allem bei der französischen Afrikaberichterstattung zu sehen. Mitterand hatte in einem Interview mit ‚Le Monde' aber bereits deutlich gemacht, daß Frankreich auch in Afrika das Mehrparteiensystem und die Abhaltung echter Wahlen wünsche." (320). Allerdings schwächte Mitterand dann seine Forderungen ab: sie richteten sich nur gegen Auswüchse. Der Unmut Marokkos, Gabons, Togos, Kongos und Tschads, daß Frankreich sich in innere Angelegenheiten ihrer Staaten mische, hielt sich daher auch in Grenzen. Der andere Anstoß, sich in Afrika von den Einparteiensystemen zu entfernen, waren Vorgänge wie die Erschießung Ceaucescus. Als Präsident Mobutu es erfuhr, verließ er zutiefst schockiert die Mittagstafel. Die Reduzierung der Hilfe aus Westeuropa infolge der Unkosten, die der Umschwung in Osteuropa mit sich bringt, zwingt zu einer vermehrten Zusammenarbeit mit **Südafrika.**

IX. Der Schutz der Umwelt

Alles, was heute gedacht und getan wird, alles was wir bis hierher berichteten, geschieht in einer tödlich gefährdeten Umwelt und bei gleichzeitigem Hinmorden fast der gesamten Tierwelt. Es fragt sich daher sehr, ob dieses Kapitel nicht an den Anfang der Darstellung gehört hätte. Wir haben es ans Ende gesetzt, weil die Gründe für diese fürchterliche Vernichtungsorgie als erstes klargelegt werden mußten. Denn diese gigantische Zerstörungsaktion ist die gradlinige Folge einer ganz bestimmten geistigen Entwicklung der Menschheit. Will man also noch Reste unserer Umwelt und der Tierwelt retten, dann ist dieses nur möglich, wenn wir der bisherigen menschlichen geistigen, philosophischen Entwicklung ein sofortiges und energisches Halt gebieten. Es gibt natürlich eine ganze Reihe von Möglichkeiten, schon vorher konkrete Teil-Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Sie haben ihre unersetzbare Bedeutung, solange das Hauptziel der Rettungsaktion nicht erreicht ist, doch dürfen wir nicht in dieser ersten Phase stehen bleiben.

Solche Rettungsversuche sind die Antwort auf Schreckensmeldungen, die uns fast täglich erreichen. In groben Umrissen soll zunächst die derzeitige Lage dargestellt werden.

Die Luft:

Zu diesem Thema gehört die Vernichtung der lebenswichtigen **Ozonschale**, die sich in 13 km Entfernung um die Erde lagert. Sie wird von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) angegriffen. Bestimmte FCKW haben in der Stratosphäre sogar eine Lebensdauer von bis zu 400 Jahren (265). Jährlich entsteht schon heute im Herbst über der Antarktis ein dauernd zunehmendes Ozonloch. 1987 wurde darum bereits von den Umweltministern der Industriestaaten das Montreal-Protokoll unterzeichnet. 56 Staaten einigten sich damals darauf, die Produktion der Schadstoffe bis 1999 um 50% zu verringern (266). Ein mehr als klägliches Ergebnis angesichts der in ihrem Umfang nicht erkannten Gefahr. Im Mai 1990 verpflichteten sich sodann die bundesdeutschen Hersteller auf eine 100%ige Produktionseinstellung bis 1995. Ein Vorschlag, der dann von der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, den skandinavischen Staaten, den EFTA-Mitgliedern, Australien und Neuseeland auf der Londoner Konferenz der Umweltminister Ende Juni 1990 vorgelegt wurde, der die Vorverlegung eines vollständigen Verzichts auf 1997 oder gar 1995 zur Debatte stellte, wurde von der Sowjetunion, den USA und Japan abgelehnt. Sie stimmten für das Jahr 2000 aus finanziellen Gründen. Das magere Endergebnis war dann: 50%ige Produktionseinstellung bis 1995 und 85%ige bis 1997. „Greenpeace" dazu: *„Grünes Licht für die Zerstörung der Ozonschicht". „Die Menge der noch bis zum Jahr 2000 produzierten Ozonkiller entspricht dem fünffachen der FCKW-Menge, die für die bisherige Ausdünnung der Ozonschutzschicht um die Erde verantwortlich ist. Die Gruppe ‚Friends of the Earth' sagte, man spiele mit der Zukunft des Planeten, wenn man die Produktion weitere 10 Jahre zulasse. Der britische Wissenschaftler Joe Farman, der vor fünf Jahren das Ozonloch über der Antarktis entdeckte, sagte voraus, daß ange-*

sichts des weiterproduzierten Volumens von FCKW die Ozonschicht über Europa und Nordamerika bis zur Jahrtausendwende um weitere 20 Prozent abnehmen werde" (267).

Die Zahl der zu reduzierenden, beziehungsweise zu eliminierenden Verbindungen von gegenwärtig acht wurde auf zwanzig erhöht (268). Den Entwicklungsländern sowie Indien und China wurde finanzielle Hilfe für den Technologietransfer zugesagt, allerdings nach Fachmeinung in einer vollständig unzureichenden Höhe. *„Dieser Konferenz kommt grundsätzliche Bedeutung zu. Sie stellt einen Testfall dar für die weltweite ökologische Zusammenarbeit."* (268).

Der hohe Ausstoß von **Kohlendioxid** wird hauptverantwortlich gemacht für die **Verschlechterung des Wetters,** insbesondere für die Erwärmung des Planeten (Treibhauseffekt). Die fortschreitende Beseitigung des Tropischen Regenwaldes treibt diesen Vorgang an (269).

Zu den ernstesten Katastrophenmeldungen 1990 gehören (bis jetzt) die wochenlangen, schweren Regenfälle im April in Ost-Australien; die Regenstürme in Südostchina; die öfteren und stärkeren Wirbelstürme in den USA. Ein großes Aufforstungsprogramm in Brasilien unter dem Namen ‚Floram-Projekt' stößt jedoch auf persönlichen Widerstand beim brasilianischen Umweltsekretär José Lutzenberger. Die USA sind das Land mit dem größten Kohlendioxidausstoß. Doch *„Nach Angaben von Umweltschützern werden die Botschaften der USA in einem Telex der Regierung in Washington beauftragt, bei Regierungen wichtiger Industrieländer dafür zu werben, daß in Bergen (Sitz der UN-Umweltkonferenz im Mai 1990) keine zeitliche Festlegung für die Reduzierung oder Stabilisierung von Kohlendioxidemissionen vereinbart wird. Darüber hinaus wolle Washington verhindern, daß bei der Konferenz das Prinzip, wissenschaftlich noch ungeklärte Fragen im Zweifel zugunsten des Umweltschutzes auszulegen, verbindlich auch für den Klimaschutz gelten soll."* (207). *„Nordamerikaner haben Kriege des 20. Jahrhunderts nicht ausgefochten und gewonnen, um die Welt für grünes Gemüse sicher zu machen"* (Richard Darman, Budgetdirektor der US-Regierung, zu Plänen, umweltpolitische Reformen in Entwicklungsländern finanziell zu fördern) (271).

Am 20. Juni 1990 trafen sich die Umweltminister aus West- und Osteuropa in Dublin, um einen gemeinsamen Umweltschutz anzugehen. Carlo Ripa di Meana, Umweltkommissar der EG war Wortführer einer Politik, die erst durch die politischen Änderungen in Osteuropa möglich wurde.

Das Wasser:

Großalarm wegen der fortdauernden starken chemischen Vergiftung der **Großen Seen** in den USA.

In Weiterführung der Arbeiten der **Nordseeschutz-Konferenz** vom November 1987 und der am 8. Dezember 1989 im Haag verabschiedeten ‚Europäischen Umweltcharta' trafen sich die Uferstaaten am 7. März 1990 zur 3. Nordseeschutz-Konferenz in Den Haag. Man hatte 1987 bzw. 1989 abgesprochen, von 1990 an keinen Giftmüll mehr in die Nordsee zu versenken. „Dem Element Wasser war absoluter Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen eingeräumt worden". Anfang 1990 hat trotzdem Frau Thatcher die Verklappungslinzenzen erneuert. Auf dem Lande hätten sich keine Lagerplätze gefunden. Die anderen Staaten hatten solche gefunden.

Einer der wichtigsten Zuträger von Giftstoffen für die Nordsee ist die **Elbe** (nebst Nebenfluß Werra). *„Wer in Dresden den Wasserhahn aufdreht, muß darauf gefaßt sein, daß ihm eine stinkende, gelbe Brühe entgegenkommt. Besonders alte Menschen und Kinder leiden an Asthma und Hautausschlägen, die Krebsrate steigt rapide. Dresdens Trinkwasser wird aus dem Uferfiltrat der Elbe gewonnen, dem dreckigsten fließenden Gewässer Europas. In der DDR ist die Hälfte aller Flüsse und 9000 Seen biologisch tot. Nirgendwo in*

Europa ist das Waldsterben so weit vorangeschritten. Praktisch die gesamte DDR steht vor dem ökologischen Kollaps . . . Die Grenze zur Bundesrepublik passieren jährlich Umweltgifte, die 600 Grüterwaggons füllen würden: 160.000 Tonnen Stickstoff, 10.000 Tonnen Phosphor sowie 124 Tonnen Blei, 122 Tonnen Arsen, 23 Tonnen Quecksilber, drei Tonnen des hochgiftigen Pentachlorphenols, sowie 600 Kilogramm des Insektenvernichtungsmittels Lindan und 500 Kilogramm des Plastikweichmachers PCB. " (272).

„Ab neun Meter Tiefe ist die **Ostsee** tot", erklärte die stellvertretende BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland)-Vorsitzende Ulrike Mehl in Bonn. Von den 814.000 Tonnen Nährstoffen aus Landwirtschaft und Haushalten, die jährlich in die Ostsee gelangen, stammen 429.000 Tonnen, mehr als 50%, allein aus Polen, wo es bisher keine einzige wirksame Kläranlage gibt (!). Die Sowjetunion folgt mit 158.000 Tonnen und Schweden mit 83.000 Tonnen, während die BRD jährlich 25.000 (= 3%) beisteuert und die DDR 7.000 Tonnen. Der BUND fordert ein Bonner Hilfsprogramm für Polen zum Bau von modernen Kläranlagen. Polen ist nach Ansicht der EG-Kommission in Brüssel das von Umweltschäden am stärksten betroffene Land in Europa (dpa 17.5.90). Man sieht keine Chance mehr dafür, das Ziel der Helsinki-Konvention zu erreichen und die Nährstoffzufuhr bis 1995 generell um die Hälfte zu verringern (273). In Dublin wurden Regionalprogramme für die Flüsse **Donau, Elbe, Oder** und die **Ostsee** im Rahmen des EG-Umweltschutzes in Erwägung gezogen.

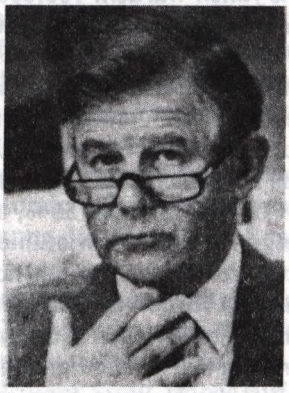
Auf der „1. Nationalen Ostseekonferenz" der DDR in Rostock am 21. Mai 1990 wurde erkannt, daß *„das Sanierungskonzept der Jahre 1986 bis 1990 nur zu 57% erfüllt wurde. Es besteht eine unzureichende Kapazität von Kläranlagen. Nach Angaben des DDR-Umweltministeriums ist die DDR gegenwärtig mit jährlich 1710 Tonnen Stickstoff, 1440 Tonnen Phosphor sowie 44.180 Tonnen sauerstoffreduzierender organischer Substanzen an der Belastung der Ostsee beteiligt.* " (273).

Später im Jahr trat dann die „Baltische Konferenz" in Stockholm zu Umweltfragen zusammen. An ihr beschlossen Polen und Schweden Zusammenarbeit in Umweltfragen. Die Tschechoslowakei hat vor, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen.

Auf dem Kongreß „Ökologisches Wirtschaften" der von Umweltschutzorganisationen am 6. April 1990 nach Leipzig einberufen worden war, kam weiteres zur Sprache. Professor Michael Succow, stellv. Umweltminister der DDR: *„Die 1965 begonnene Industrialisierung der Landwirtschaft in der DDR war ein illusionäres Konzept. Sie verwandelten in 25 Jahren Kulturlandschaften in Altlastlandschaften mit Betriebsgrößen von über 10.000 ha. Neben der* **Devisengier** *der alten Staatsführung ist auch die* **Handelsgier** *der westlichen Länder für den jetzigen Agrarnotstand mitverantwortlich. In den Schulen der DDR kam zwar der technische Fortschritt nicht zu kurz, die Erziehung von Gefühlen fehlte dagegen völlig.* " (Wir werden auf diese Feststellung zurückkommen).

Professor Kurt Biedenkopf (CDU) bezeichnete es als unabdingbar, das ökologische Defizit zu überwinden, das sich nunmehr in der Industriegesellschaft offenbart habe. Er verwies darauf, daß das alte Wirtschaftssystem der DDR eine erstaunliche Verwandtschaft mit dem unsrigen aufweise: *„In beiden Systemen werde letztlich nur produziert, um vermehrte Bedürfnisse befriedigen zu können. Das bisherige Zusammenwirken von technisch-naturwissenschaftlicher Weiterentwicklung, gepaart mit der Vorstellung von der Unbegrenztheit unserer Bedürfnisse, führten zu bloßem ‚Wachstum des Wissens, Könnens und Habenwollens. Die erzielte Steigerung diene allein der Ausweitung der industriellen Produktion, die technisch-naturwissenschaftliche Entwicklung diktiere den Fortschritt'.* " (274).

In **Frankreich** herrscht höchste Beunruhigung über die Trinkwasserversorgung. 1500 Bürgermeister trafen sich am 11. Mai auf einem Kongreß in Paris, um auf Besserung zu



Kurt Biedenkopf

sinnen. Der fortgeschrittene Verfall vieler Kanalisationssysteme, die wachsende Belastung der Gewässer mit Nitraten und Schwermetallen, der geringe Klärungsgrad häuslicher Abwässer werden für die Lage verantwortlich gemacht, die ihren Ernst doch wohl eigentlich der Tatsache zuschreiben muß, daß auch hier Gewinngier allzulange die Unkosten für eine Instandhaltung und Ausbau scheute. Übertriebener Gebrauch von Pestiziden in der Landwirtschaft, Wasserverschmutzung außerhalb der Städte, zu große Viehbestände sind die Ursache für Wassermangel im Westen des Landes.

17 **Mittelmeer**-Anrainer trafen sich am 29. Mai in Algier wegen der drohenden katastrophalen Wasserknappheit als Folge der Dürre. Der Bau von Staudämmen verspricht keine Lösung, eher schon der von Entsalzungsanlagen sowie Strafgebühren bei Wasserverschwendung.

Aus dem uns naheliegenden **Südamerika** soll hier nur erwähnt werden: Ein anhaltender Regenmangel in Peru und in Teilen von Chile. Auch hier ist der Wassermangel Hauptsorge der Regierungen, in Peru auch Konsequenz jahrzehntelanger Vernachlässigung der Infrastruktur. Aufmerksamkeit verdient, daß in Chile ein zweibändiger **Umweltatlas** erarbeitet wurde, der die Umweltprobleme in jeder Region darstellt und von dem entsprechenden Studienkreis jährlich aufgearbeitet werden soll.

Welche Bedeutung Umweltschutz weltweit in wenigen Jahren erlangt hat, zeigt auch, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadse **Japan** vorgeschlagen hat, auf den **Kurileninseln** und auf **Sachalin** gemeinsam Umweltprojekte in Angriff zu nehmen. Es handelt sich ja um Gebiete, die nach dem II. Weltkrieg von der Sowjetunion besetzt wurden und die von Japan beansprucht werden. Dabei ist Japan bei Umweltschützern keineswegs gut angeschrieben. Es zeichnet sich durch Raubbau rund um den Pazifik aus. Die Holzimporte aus den südostasiatischen Tropenwäldern und aus Chile übersteigen weitaus die natürlichen Nachwuchsraten. Das gleiche gilt für die Fischereipraktiken, nicht zuletzt auf südchilenischen Seen.

Nicht unerwähnt bleiben darf hier auch das vielerorts festgestellte Absterben der **Korallenriffe** (Florida Keys, Puerto Rico, Jamaica, Bahamas, Bermuda, Hawaii, Okinawa/-Japan) als Folge einer Erwärmung der Ozeane, Ergebnis des Treibhauseffekts.

Das, was man mit **„Gier"** bezeichnete, steht auch hier hinter den Umweltproblemen. *„Der rasch wachsende Reichtum der Japaner, ein Lieblingsthema von offiziellen Propa-*

gandisten und Medien des Landes, hat zusammen mit einer mindestens ebenso rasch wachsenden Wegwerfmentalität zu Abfallproblemen geführt, die dem Inselreich wie den allermeisten anderen westlichen Industrieländern Dauerschäden vielfältiger Art zufügen. Im ‚Abfallkrieg' von dem die Zeitungen schreiben, gibt es kaum jemals einen Erfolg, aber täglich zahllose Niederlagen: Luftverpestung, Landschaftszerstörung, Wasserverschmutzung treten überall in zunehmend gefährlichem Maß auf. Während möglichst hohe Steigerungsraten des Brutosozialprodukts weiter das Ziel bleiben, an dem das 120-Millionen-Volk Tag und Nacht arbeitet, werden die schädlichen Folgen des Aufstiegs in die Spitzengruppe der reichsten Länder der Erde eher nachlässig behandelt." (275).

Mit dieser Aufzählung von Hiobsbotschaften wollen wir es genug sein lassen. Wir haben Sie jetzt herangeführt an die Möglichkeit, die ernstesten Probleme, die bedeutendsten Fragen unserer Zeit zu beantworten. Das setzte voraus, daß wir uns ein lebensnahes Bild von der Entwicklung in Deutschland selbst, aber auch in der übrigen Welt machten.

Der Schutz der Natur wurde in diesen Tagen mehr und mehr zur wichtigsten Aufgabe der Regierenden. Das geschah aber nicht, um die Natur zu retten, sondern, weil die weitere Zerstörung der Natur für die gesamte Menschheit zu einem Lebensproblem geworden ist. Man ist an ökologische Grenzen gestoßen, von denen man vorher nichts geahnt hat und nichts hatte wissen wollen. Aus einer Zwangslage heraus sieht man sich zum Handeln getrieben. Das ist die Situation bei den Herrschenden. Die gleichen Kreise, die die Zerstörung der Natur verursachten, die sie sogar befürworteten, müssen heute eine als dringend erkannte Wegänderung vornehmen. Dabei wird ein Einhalt in direkten Angriffen auf die Natur nur plumpes Stückwerk bleiben, solange man nicht grundsätzlich eine geistige Wende vornimmt.

Der Weg in die Hölle der Gegenwart wurde überall eingeschlagen, als sich der Mensch selbstbewußt und stolz mit der anorganischen Welt einließ. (267). Zu der biologisch bedingten Naturverachtung bei bestimmten Rassen tritt so ein erzieherisches Element, dem auch jene Völker ausgesetzt wurden, die traditionell naturnahe und naturliebend wirkten und empfanden.

„Die dauernde Beschäftigung mit der Welt des Leblosen züchtete Denkformen und einen Geist, der dieser Welt wahlverwandt ist. Millionen von Technikern und Arbeitern haben ihr Leben lang nur mit anorganischen Gebilden zu tun, begegnen keiner Kreatur, sondern nur den Schöpfungen der ‚technisch-anorganischen Vernunft'. Kein Wunder, daß alle diese Menschen kein natürliches Verhältnis zur Natur mehr haben . . . Ja, dieser dauernde Umgang mit der Welt des Anorganischen hat moralische Folgen. Entscheidend ist, daß es gegenüber der anorganischen Natur, der Kohle, der Elektrizität, den Atomenergien keine ethische Einstellung gibt, daß also die Vorstellung einer Beschränkung der erlaubten Mittel nicht schon an der Grundproduktion ansetzt und von ihr her durchgehalten wird. Es gibt gegenüber der anorganischen Natur, ihrer Erkenntnis und Ausnützung, von vorneherein keinerlei ethische, sondern nur technische Grenzen der Zielsetzung, die wiederum eo ispo nur vorläufige sind." (277). Die Grenzen der Technik aber werden immer weiter vorangeschoben. Grenzen findet sie nur in den physikalischen und chemischen Weltgesetzen. *„Wo Leben im alten Stil sich erhält, wird es zur Insel, oft zum Naturschutzgebiet, zur Erinnerungsstätte oder zum Besichtigungsobjekt."* (278). So kommt es, daß eine chemische Fabrik ihre Gifte in den Rhein, in die Elbe, in die Oder ohne Bedenken gießt, denn was dann dort draußen in der Natur geschieht, ist belanglos. *„Stärkste (ja, einzige) Triebfedern sind grenzenloser Erkenntniswille, Machtstreben und Gewinnstreben. Sie stimulieren sich gegenseitig und müssen in ihrem funktionellen Zusammenhang gesehen werden. Daran hängen dann weitere Entwicklungen. Zum Beispiel hat die ganze* **soziale Problematik** *des 19. und 20. Jahrhunderts diesen Prozeß zur Voraussetzung. Aber auch das enorme*

Phänomen des modernen **Atheismus** *ist nur im Zusammenhang mit dieser Umwälzung ganz zu verstehen.*" (279). Die Zunahme der **Kriminalität** in allen großen Städten rund um die Erde hat hier ihren Ursprung, und ihre Bekämpfung steht so im engen Zusammenhang mit der Forderung nach einem Schutz der Umwelt (280).

Uns will scheinen, daß diese Entwicklung ihren ersten Ansporn nicht erst durch die Technik, durch die Tätigkeit mit anorganischen Werkstoffen hat, sondern dieser vorweggeht (und sie dann begleitet) eine im Abendland aufgekommene geistige Entwicklung, eine Weltsicht, die gewollte Abwendung von der Natur. *„Das Ideal ist die Errichtung einer menschlichen Ordnung, die den Fehlern, Ungerechtigkeiten und blinden Mechanismen der natürlichen Welt genau entgegengesetzt ist.*" (290). *„Dieselbe Abneigung gegen die lebendige Natur (wie sie die Anhänger Saint-Simons, die Positivisten und Marx manifestieren) spricht seit rund 1850 auch aus den Äußerungen von Künstlern. Für* **Baudelaire** *sind die Dinge der Natur — und was er Natur nennt, ist immer das Leben — vollkommen bedeutungslos; sie besagen nichts (Sartre). In einem Brief an F. Desnoyers (1855) schreibt er: ‚Sie wissen recht genau, daß ich unfähig bin, mich für Gewächse zu begeistern, und daß meine Seele gegen diese seltsame neue Religion protestiert, die, wie mir scheint, für jeden geistigen Menschen stets etwas Beleidigendes haben muß. Nie werde ich glauben, daß die Seele der Götter in den Pflanzen wohnt, und selbst wenn sie dort wohnen sollte, würde ich mich wenig darum kümmern und meine Seele sehr viel höher werten als die des heiligen Gemüses.' Als Stadtmensch liebt er (Baudelaire) geometrische Dinge, die der Rationalisierung unterworfen sind. Schaunard berichtet, daß er sagte: ‚Ungebändigtes Wasser kann ich nicht ertragen, ich will es gefangen sehen im Halseisen, in geometrischen Mauern eines Kais'. Und in den kleinen Gedichten in Prosa schreibt er: ‚Diese Stadt liegt am Meer; man sagt, sie sei ganz aus Marmor gebaut. Ihre Bewohner sollen einen solchen Haß gegen das Pflanzliche hegen, daß sie alle Bäume ausreißen. Das wäre eine Landschaft nach meinem Geschmack: eine Landschaft aus Licht und Mineralien'.*" (Sartre). Sedlmayr fügt hinzu: *„Wir sehen diese ‚Landschaft' heute an vielen Stellen vor und um uns".* Begleitet wird die Feindschaft gegen die Natur von einer Ablehnung der Inspiration. (Sedlmayr). Denn *„die Inspiration ist immer noch Natur. Sie kommt, wann sie will — urplötzlich"* (Baudelaire). *„Deshalb träumt auch Baudelaire davon, an Stelle des dichterischen Ereignisses die reine Technik zu setzen.* (Sartre). *Er spricht von sich als einem ‚literarischen Arbeiter'. Poe wird von Valéry als ‚literarischer Ingenieur' gerühmt. Der letzte Schritt sind dann von ‚literarischen Ingenieuren' informierte Computer, die ‚Texte' produzieren. Das heißt: Der Moderne wünscht sich mit einer Welt zu umgeben, die ganz allein von ihm gemacht ist, ja gemacht von Fähigkeiten seines Inneren, die ganz in seiner Macht stehen. Er kann es nicht ertragen, in der Natur, in der Inspiration Mächten zu begegnen, über die er nicht allein Herr ist. Er will absolut autonom sein und weigert sich zu empfangen. Am Grund seines Ressentiments kommt ein luziferischer Hochmut zum Vorschein . . . Der Mensch hat ‚das Bewußtsein der Grundlagen der Dinge und seiner eigenen Existenz' (Voegelin) verloren.*" Hierhin gehört es, wenn wir lesen (291): *„Mitglied der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith, betrachtete* **Freud** *die Religion immer als den ‚hauptsächlichsten Feind'. An seinem 70. Geburtstag definierte er sich in Antwort auf die Glückwünsche seiner Brüder hin als ‚ohne Glauben, ohne Religion erzogen'.*" Hierhin gehört auch, daß die Freimaurerei in intensivster Weise die „Kunst" fördert, die aus solchem Geist erwächst. (292). Von hierher wird die Zerstörung der Natur in dem erschreckenden Umfang möglich, wie wir es erleben. Wenn Freimaurer heute aufgeschreckt von „Schutz der Natur" sprechen. so ist es sogar mehr noch als **Heuchelei.** Es ist der Versuch, die Natur zu versklaven und zu zähmen, soweit wir sie zum atmen und trinken und essen brauchen. Es geschieht in grenzenloser Verachtung ihr und dem Schöpfer gegenüber. Das ist das Wesen ihrer „Ökologie". Es ist

die gleiche **Gefühllosigkeit,** die man Moloch gegenüber wie vor dem Meister vom Stuhl befahl. Die Churchill mit vollem Whiskyglas zum Ausdruck brachte, als er von den Menschenfackeln in Dresdens Straßen erfuhr. Die Truman zum Ausdruck brachte, als er tanzend vor Freude auf einem Kriegsschiff von dem soeben erfolgten Abwurf der Atombomben über Nagasaki und Hiroshima erfuhr. Die Genscher leitete, als er der Oder-Neiße-Grenze zustimmte. Die das Wesen eines jeden Freimaurers ausmacht und daher noch so manches Fürchterliche auf dieser Welt verursachen wird.

„Das Wirken und Ineinandergreifen dieser Prozesse ließe sich eindringlich analysieren. Aber schon diese wenigen Feststellungen genügen, um ohne jeden Zweifel zu behaupten, daß seit zwei- oder dreihundert Jahren etwas in Gang gekommen ist, das schlechthin sui generis in der Weltgeschichte ist." Wir unterliegen einer *„Sklaverei der Zeit und des Zeitgeistes . . . Die vielen Gefahren und die eine große Gefahr des technischen Zeitalters kommt . . . aus Philosophien und Ersatzreligionen, die unter dem Vorwand, den Menschen zu erhöhen wie noch nie, ihn zuletzt erniedrigen und verstümmeln."* (281). *„Die Gefahr des technischen Zeitalters ist etwas ganz anderes. Man stellt das Mittel über den Zweck, das Geschöpf des Menschen über den Menschen, man verlangt, daß der Mensch die von ihm selbst geschaffene technische Welt als unabänderlich und selbständig wie eine zweite Natur anerkenne und sich dieser ‚härtesten aller Realitäten' konformiere, unter Opferung alles dessen im Menschen, was zur Welt der Technik nicht paßt und zwar je rascher, desto besser. Diese Forderung hat etwas so Verrücktes, die Verhältnisse auf den Kopf stellendes, daß sie jedem sachlich denkenden Menschen, der an ein im Grunde unveränderliches Wesen des Menschen noch glaubt, unannehmbar sein muß. Sie kommt auch gar nicht aus der Technik, sondern ist der Glaube einer verkappten Religion oder richtiger Häresie. Deren erstes Dogma ist: der Mensch ist ganz autonom; das zweite: ein Wesen des Menschen gibt es nicht, das Wesen des Menschen ist abhängig von seiner jeweiligen historischen Situation; das dritte: der Mensch ist ganz frei nur dort, wo er sich mit einer Welt umgibt, die nur von ihm selbst gemacht ist . . . Der Mensch soll ganz* **frei von Gott und Natur,** *zum autonomen Herrn seiner Geschichte und Schöpfer seiner Gesellschaft werden."* (282). *„Der letzte Schritt einer vollkommenen Sachlichkeit wäre aber, zu erkennen und zuzugeben, daß der Mensch eine unberechenbare Seite hat, die zu seinem Wesen, zum Gefährlichsten und zum Besten an ihm gehört, und daß da alle Wissenschaft endet. Wo der unberechenbare Mensch nicht anerkannt wird, da bricht er in einem Sklavenaufstand gegen die Vernünftigkeit chaosstiftend aus."* (283). Das geschah im Herbst 1989 in der DDR. Es waren Dostojewskijs „Menschen aus dem Kellerloch", die Geschichte machten.

Man hat die Kraft der Natur überschätzt, hat nicht geglaubt, daß man ganze Kontinente in Wüsten und ganze Meere in Giftjauche verwandeln kann. Man hat die Warner ausgelacht, als rückständig belacht. Einige taten es aus der gleichen Arroganz heraus, aus der sie Gene verändern und Geschichtsbücher fälschen. Andere taten es im Drang zu immer mehr herstellen und verdienen wollen. Verantwortungsgefühl kennt keiner von ihnen. Das ist die Haltung der Herrschenden. Nicht also aus einem Pflichtgefühl der Natur gegenüber möchten sie der Zerstörung Einhalt gebieten, sondern aus Lebensangst.

„Unbestreitbar war und ist, daß der **ökonomische Liberalismus** *wie kein anderes System die Möglichkeiten von Naturwissenschaft und Technik ausschöpft, daß die marktwirtschaftliche Organisation zumindest einem Teil der Menschheit einen phantastischen Wohlstand beschert hat. Ein schier unheimlicher Drang zum Immer-Mehr wohnt dieser Wirtschaftsverfassung inne. Ständiges Wachstum, das in der Natur zum Untergang führt, scheint ein Wesenselement freien, industriellen Schaffens zu sein. Markt und Stillstand sind nicht miteinander zu vereinbaren."* (284). Darum auch versprechen sämtliche Wahlprogramme in der gesamten Welt mehr Produktion, mehr Wohlstand.

Wachstum ist die Forderung der Wähler, sie wollen mehr haben, wollen unbegrenzte Befehlsgewalt über die Erde erreichen. Nirgends nimmt man Rücksicht auf die Umwelt. Sie stört in dem gierig angegangenen Lebensziel. Es war die Freimaurerei, die vor 250 Jahren diesen Siegeslauf mit der Kampfansage an Thron und Altar begann und sich immer wieder damit brüstete, den Menschen, die Menschheit von allen bisherigen natürlichen Zwängen befreit zu haben. War das Wort „Brüderlichkeit" die Maske für den Egoismus in den eigenen Reihen, so wurden „Freiheit" und „Gleichheit" die apokalyptischen Reiter der Massen.

Darum gibt es heute auf der ganzen runden Erde keinen einzigen Staat mehr, wo die Zukunft des Lebens, das Überleben der Natur, der Tiere, der Planzen, der Menschen gesichert ist. Schon jetzt treten allüberall die schwersten Vergehen gegen ein gesundes, zufriedenstellendes Leben zutage. Im Rausch der Raffgier vergaß man die Sorge um die Lebensquellen (wir brachten dafür Beispiele: zerfressene Wasserrohre, von Menschen verursachte Trockenheit, verpestete Luft), vergaß man die Erziehung der Kinder und schuf eine Welt zunehmenden **Verbrechertums**, dem keine Regierung mehr Herr wird. Dabei hat man genauso nachlässig und freventlich das Ernsteste übersehen:

Heute gibt es eine Weltbevölkerung von 5,3 Md Menschen. Im Jahre 2000 werden es 6,3 Md sein (285). In den kommenden hundert Jahren wird sie sich wahrscheinlich verdreifachen. Der Weltbevölkerungsbericht der UN meint 1990: „In 30 Jahren elf Milliarden Menschen!" 90 Prozent des Zuwachses entfallen auf „Entwicklungsländer". Dort leben die ärmsten Menschen. Die die Welt beherrschende Freimaurerei ist dabei, der Nachwelt ein Erbe zu hinterlassen, das um ein vielfaches grausiger ist als das, was sie uns geboten.

„Glückliche Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit"

Maria von Ebner-Eschenbach

★ ★

Gespräch mit einem Historiker III (Feiglinge und Verräter)

★ ★

Es war der gleiche Lehnstuhl, den man mir jetzt anbot, Platz zu nehmen, wie vor fast einem Jahr. Der Herr Professor nahm das Wort: „Uns allen ist klar, daß inzwischen sehr viel geschehen ist. Mehr als was wir bei unserem ersten Treffen voraussehen konnten. Die Welt sieht heute anders aus als damals." Ich nickte zustimmend. Der Sekretär bat ums Wort und meinte: „Und es hat sich dabei um Vorgänge gehandelt, denen man geschichtliches Gewicht zuspricht." Der Professor ging darauf ein: „Gerade diese unbestreitbare Tatsache möchte ich hervorheben, um die Frage zu beantworten, wem der Ablauf dieses Jahres 1990 zuzuschreiben ist. Geschichte kann nicht von kleiner Menschenhand aus dem Dunkeln gesteuert werden. Da bewegen sich viel größere Räder." „Dann müßten Sie aber, Herr Professor, den gewundenen Gang der deutschen ‚Wiedervereinigung', der mit so vielen Zeichen der Freimaurerei begleitet und unterstützt wurde, als ein mehr oder weniger zufälliges Zusammentreffen freimaurerischer Handlungen ansehen." „Ich möchte hier ein Zitat vorbringen. Der Großmeister der Großloge von Deutschland, Helmut Zetzsche sagt im Hinblick auf den Neuaufbau der Freimaurerei in der DDR (341): ‚Die alten Weltvorstellungen unseres Bundes sind so zeitlos, die Sehnsucht der Menschen nach Frieden, Freiheit, Verständigung und sozialer Gerechtigkeit so elementar, daß die Freimaurerei nach jahrzehntelangem Verbot wiedererwacht'. Ich meine, die Freimaurerei ist eine so natürliche menschliche Regung, daß sie wie von selbst einen Vorgang wie die Wiedervereinigung von Anfang an begleitete. Ich kann darin keine Verschwörung sehen." „Herr Professor, es ist aber mehr als das geschehen. Man hat der Wiedervereinigung ein Gesicht gegeben, das sie erst durch eine Reihe von Personen und Vorgängen erhielt. Und diese Personen sind, wie wir darstellten, ausnahmslos Freimaurer. Und, vor allem, die Wiedervereinigung ist mit einer ganzen Anzahl von Hypotheken belastet worden, die das Volk niemals unterschrieben hätte." Der Sekretär schaltete sich ein: „Sie denken sicher an die Oder-Neiße-Grenze." „Ja, aber nicht nur. Ich möchte darauf hinweisen, daß das nirgends geleugnete große Engagement der Freimaurerei bei dem Neuaufbau der DDR in einem Augenblick erfolgt, da sich diese schwerer Mängel bewußt ist. Die von der Geschichte gestellte Aufgabe der Gebietserweiterung der BRD, einem hundertprozentigen Freimaurerstaat, soll und muß jetzt von einer Organisation durchgeführt werden, die nur mehr schlecht als recht ihre Mängel und Fehler verhüllt." „Sie denken da wohl eher an die innere Kritik an der Wirksamkeit des Bundes?" „Nein, ich denke an viel ernsteres. Ich denke daran, daß der Bund nicht nur mit seiner Gesellschaftsethik Korruption fördert, sondern sogar noch in diesen selben Tagen es ohne geringsten Widerspruch zuläßt, daß ein hochgradiger, representativer Freimaurer wie etwa Herr Leisler Kiep in aller Öffentlichkeit, vor den Schranken des Gerichts um Nachsehen mit erhobenem Zeigefinger bittet. Früher schon mußten wir einen westdeutschen Staatspräsidenten

vorstellen, wie er in einer sehr häßlichen Steuerhinterziehungsaffaire mit der Brille in der Hand die Journalistenreihe entlang ins Gerichtsgebäude schleicht. Wir sind Zeugen davon, daß es gerade Freimaurer sind, die dem zusammengebrochenen Regime in der DDR vorwerfen, die Korruption zum Staatsinhalt gemacht zu haben. Das macht allen Elan wertlos, hier etwas besseres und haltbareres aufbauen zu wollen. Da macht man Ratten zu Gärtnern! Da enttäuscht man (zum dritten Male!) deutsche Menschen! Und weil die Folgen dieses abermaligen ethischen Zusammenbruches, wie er vorauszusehen ist, in einem Augenblick erfolgen, da die Menschheit sich keine Experimente mehr erlauben kann, scheint es mir angebracht, der Freimaurerei gegenüber einen besonders strengen Maßstab anzulegen."

„In Beantwortung dieser schweren Vorwürfe muß ich Ihnen mitteilen, daß ich es für aussichtslos halte, hier noch eine Brücke zwischen uns beiden zu suchen. Die Zahl der anständigen, vorbildlichen Freimaurer überwiegt sicher bei weitem die Zahl der schwarzen Schafe. Außerdem kann man wohl kaum einem Aussenstehenden das Recht zusprechen, über einer Organisation den Stab zu brechen, die seit Jahrhunderten in ihren Reihen immer wieder Persönlichkeiten kannte, die eine gute freimaurerische Tradition vorgelebt haben." Ich erhob mich: „Ich bin nicht Ihrer Meinung. Zuviele Tatsachen wiedersprechen dem. Ich danke Ihnen aber für die Möglichkeit dieses Gesprächs." Ich verbeugte mich und wurde von dem Sekretär bis an die Haustür geleitet.

Auf dem Heimweg bewegten mich einige Fragen. Sollte es wirklich möglich sein, daß ein Geschichtsprofessor so unendlich viele Freimaurerverbrechen übersieht? Daß er nicht erkennt, wohin uns die Freimaurerei geführt hat? Oder sollte es persönliches Interesse sein, das ihn bewegt, sich selbst eine Brille anzulegen? Es bedrückte mich, daß es nicht zu einer konkreten Besprechung wenigstens einiger der schweren Vergehen von Freimaurern kam. Ich mußte feststellen, daß weit mehr als die eine Hälfte der „geschichtlichen" Geschehnisse unserer Zeit in falsches Licht getaucht werden und daß eine schlecht sehende Menschheit sich darum auf den dringend notwendigen Weg macht, sich und den Planeten zu retten. Wie kann die Freimaurerei das verantworten?

★ ★

X. Die Lehre unserer Zeit

Es muß jedem, der sich mit unserem Thema befaßt hat, heute eines klar sein: Die Weggabe von Schlesien (usw.) war ein Zeichen. Es war eine Warnung. Dieses böse Ende der so freudig begonnenen „Wiedervereinigung" ist ein Signal. Wer es verstand, der weiß, daß mit dieser „Wiedervereinigung", die so erstaunlich schnell und ohne großen Widerstand vor sich ging, ein ganz großer Sieg errungen wurde. Es wird das sogar nirgends verheimlicht. Alle Welt ist voll des Lobes über diese Entwicklung. Ja, die ganze Welt hat nach den amtlichen Äußerungen der Maßgeblichen ein anderes Aussehen. Man ist überglücklich, daß diese „Wiedervereinigung" gelungen ist. Warum? Um der Deutschen willen? Um der Russen willen? Ganz sicher nicht. Um der Herrschenden willen. Diesen ist es gelungen. ihre Position ganz bedeutend, ja vielleicht entscheidend zu stärken. Vergleichen wir doch: Wie war es noch vor einem Jahr? Damals konnte kein Amerikaner und kein Russe ruhig schlafen. Ganz zu schweigen von den Polen. Die Deutschen waren völlig unkontrollierbar, die ganze Welt war ein einziger Vulkan. Und heute? Alles hat ein rosiges Aussehen. Alles spricht von Zusammenarbeit, von gegenseitiger Hilfe, vom Frieden auf Erden. Es gibt keine deutschen Forderungen mehr. Alles ist unterschrieben und akzeptiert. Und die Deutschen haben nicht einmal gemerkt, wie man mit ihnen verfahren ist, daß man sie an der Nase herumgeführt hat, daß sie betrogen wurden. Die „soziale Marktordnung", das aber heißt: die Welt des Wucherzinses hat den größten Sieg ihrer Geschichte hinter sich. Alles dreht sich jetzt nach den Befehlen der unsichtbaren Kapitäne des Kapitalismus. Die Welt wurde versklavt, und am handfestesten die Deutschen, und sie sind sogar noch glücklich darüber.

Es wird noch einige Zeit währen, bis die Menschen begriffen haben, was man ihnen unter dem Motto „Wiedervereinigung" angetan hat. Und sie werden erkennen, daß der Herr der Welt ihnen zu Hilfe kommen wollte und ihnen daher auch im gleichen Augenblick, da man die kalte, rohe Eine Welt einläuten wollte, ein ganz klares Beispiel vor Augen führte, was das bedeutet, wie es von jetzt an mit der Freiheit, mit dem Leben auf dieser Welt bestellt ist. Ein arabischer Staatspräsident wollte von seinem Recht Gebrauch machen und schon erhebt sich tatsächlich **die ganze Welt** gegen ihn. Selbst der Papst schweigt, während man auf Krieg ausgeht, der Tausenden das Leben kosten wird, damit die Reichtümer dieser Welt nicht in falsche Hände fallen. Hat man dieses Zeichen Gottes erkannt? Oder hat man es ebenso verlacht wie jenen anderen kleinen Virus, mit dem der Allmächtige Sodom und Gomorra einer verkommenen Welt vor Augen führte? Es sind in unseren Tagen erst wenige, die den Sinn unseres letzten Erlebnisses richtig und weit genug deuten, doch sie werden sich mehren, denn ihnen kann nichts entgegengesetzt werden. Unsichtbar und unhörbar wird das Wissen um den großen Sieg um sich greifen, den die Sklavenhalter errangen und nachdrängend wird sich der Widerstand dagegen ausbreiten. Nach und nach wird die Welt „im Widerstand" leben lernen und es wird von Tag zu Tag schwieriger werden,

den Karren der Einen Welt von der Stelle zu bringen. Die böse Tat der mißbrauchten und abgebogenen „Wiedervereinigung" lastet schon heute auf uns allen. Keiner wird glücklich werden mit diesem Ballast des Lebens, dem großen Betrug an unserem Volk.

Der Kapitalismus hat sich Unterstützung aus der Zukunft geholt. Mit den Zinsen wurde er mächtiger als der Sozialismus. Und er hat keine Grenzen gekannt in diesem Raub an unseren Kindern und Kindeskindern. Bedenkenlos haben sich an diesem Raubzug ausnahmslos alle Staaten beteiligt. Und die Invasion der Zukunft kennt kein Ende, greift immer weiter aus. Die Beraubten sind dagegen wehrlos. Doch muß der Tag kommen, da sie die Unterschrift der Väter unter diese Kredite nicht mehr anerkennen. Schon heute erheben sich solche Stimmen. Doch mit einem nie dagewesenen, unbeschreiblichen Terror, mit drohender Hungersnot, mit drohenden Export- und Importsperren, mit der Zerstörung von Gesundheitswesen und Erziehung, mit der Vernichtung der Natur zwingt man die Völker, die zinsbelasteten Verpflichtungen einzugehen. Dabei wirken die Banken im Rahmen einer Freimaurerpyramide, die sich von den einfachsten Basen aus bis in die Höhe der Präsidenten erhebt. Das System ist vollkommen. Wird es aber wirklich unbegrenzt halten? Werden nicht die Aussteiger Wege finden, ihm zu entgehen? So, wie die Jugend der DDR über Ungarn und Österreich einen Weg in die BRD fand? Der Kapitalismus handelt in dieser bösen Weise, weil er nichts anderes kennt als das Streben nach Reichtum und Macht. Sein organisatorisches Rückgrat ist die Freimaurerei.

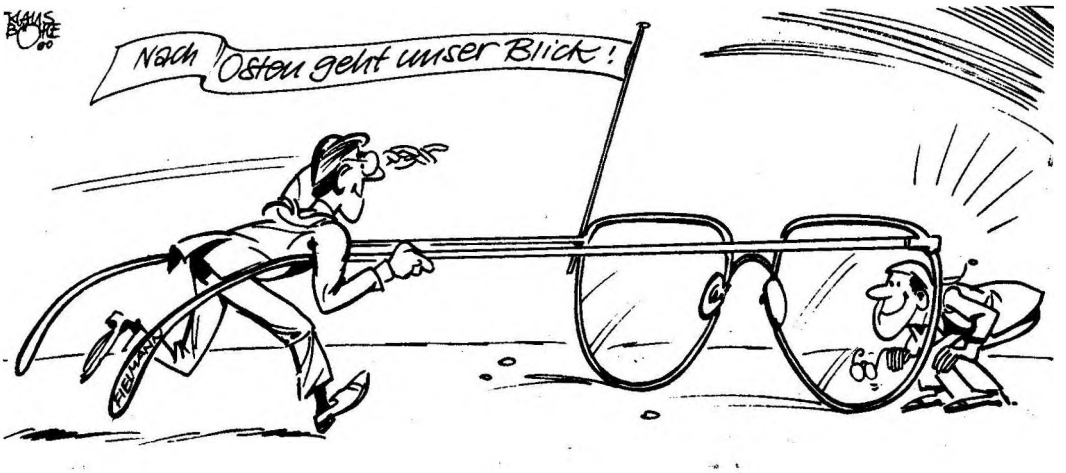
Heute gibt es amtlich nur ein einziges Ziel, nur ein einziges Wort, dem gehorcht werden soll: „FRIEDEN". Vertuscht nur wird dabei das gräßliche Gesicht, das dieser „Friede" haben wird, „die kommende Diktatur der Humanität", „die Herrschaft des Antichristen", „die Weltdemokratie in der ‚City of Man' ".

Geformt wurde vieles dabei vom deutschen Außenminister Genscher. Vorbehaltlos war er ein übereifriger Gefolgsmann der Maurerei, ohne Rücksicht darauf, wieviel Schaden er anrichten würde. Er war davon überzeugt, Großes für die Loge zu leisten und willfährig wurde es ihm bestätigt. Burda nannte ihn einen „Held!" Die ganze Hohlheit und Unverfrorenheit des Ordenswesens wird mit ihm verkörpert. Wer die richtigen Zeichen macht, hat eo ipso gewonnen.

Ist das also der Geist, der den „Fortschritt der Menschheit" bringt? Wer ihn lobt, hat recht. Das Volk wurde in den Straßengraben gefegt. Ist es nicht widerliche Aufgeblasenheit, wie man ihn vorstellt? Ohne den bestehenden Terror — sollte man annehmen — verfliegt Genschers Ruhm genauso schnell, wie er 1990 hinten herum erworben wurde. Alles hängt davon ab, ob das kurze Maß, das die Freimaurerei 1990 an unser Land und Volk anlegte, weiterhin gültig bleiben wird, ob man weiterhin in den Kategorien des ausgesprochen Antivölkischen, des Freibeutertums der Banken, der Ablehnung aller Autorität und Pflichten, der Völlerei, des Materialismus denken und lenken will oder sich wieder an Pflichten binden will, an Gehorsam und an Lebensaufgaben im Rahmen unseres Volkes.

Von sich mag Genscher sagen, er habe auf der Höhe seiner Zeit gestanden. Wenn er will: darauf kann er stolz sein. Ein trauriges Ergebnis aber, wenn wir diese Zeit so sehen, wie sie tatsächlich ist. Uns jedenfalls erfüllt das Ergebnis und seine Belobigung mit Ekel. Zusammen mit Bruder Kohl hat er die Zeit zum Wettlauf zu satanischen Zielen aufgerufen, hat er einen Kontinent in gnostische Bewegung gebracht und sieht sich jetzt vor der übermenschlichen Aufgabe, die Gier im Zaume zu halten, bevor die herangezogenen Truppen des gefallenen Engels mit Rockmusik ihn mit elementarer Gewalt überrennen.

Der erste Teil dieses Buches sprach von der finsteren Hand hinter dem Vorgang der „Wiedervereinigung" und beschrieb, wie diese gehandhabt wurde. Es ging dabei offenbar nicht um Menschenleben, um Krieg und Frieden. Es ging nur um Geld, um die Ausdehnung eines Machtbereiches, den sich im sogenannten „Westen" gewisse Kreise aufgebaut



hatten und den sie jetzt zu erweitern gedachten. Es ging um die Ausdehnung des Systems der Zinsherrschaft, der Geldproduktion und der Geldverteilung in ganz bestimmten Händen. Unter dem Motto der „Brüderlichkeit" ging es vor sich.

In dem zweiten Teil ging es auch um Reichtum, doch nicht um Geld, sondern um einen Rohstoff, dessen Besitz Macht darstellt, um Öl. Und es ging diesmal rücksichtslos auf dem Wege über Krieg und Frieden hin zu dem Ziel, das das gleiche Verbrecherkonsortium auch hier vor Augen hat: die Welt hörig zu machen.

Die Tarnworte waren in beiden Fällen die gleichen. Es ging um Demokratie, um Ruhe und Sicherheit vor Aggressoren. Es ging um die Aufrechterhaltung eines Weltfriedens, der im eigentlichen aus einem Netz von Machtlinien besteht, der die Werte denen zuschiebt, die zur Bruderschaft gehören. Überall auf der Welt geschehen tagtäglich Dinge, die in diesem Sinne die Werte bewegen. Das sind Tatsachen, die keinem Politiker fremd sind. Sie wissen, was geschehen darf und was nicht. Um erfolgreich zu sein, muß man den Verschwörern gehorchen. Darum das bekannte Ergebnis im Weltsicherheitsrat. Und man darf niemals zum Ausdruck bringen, daß man das Spiel durchschaut hat. Immer muß man im Bereich der Decknamen, der Zauberworte bleiben. Die eigentlichen Worte dürfen nicht fallen. Das war so unter Hitler und das ist so unter Kohl und Genscher und Gorbatschow und Bush. Vieles ist damit gewonnen worden, daß man begonnen hat, auf die Zeichen zu achten. Das ist eine wertvolle Hilfe, um dem Verbrechersyndikat auf der Spur zu bleiben.

Es hat etwas recht Beunruhigendes an sich, wenn man bedenkt, daß diese Weltenbeherrscher zu den Ihren heute sogar den Papst zählen und den Dalai Lama und Sektenführer in den Staaten, und Nobelpreisträger und natürlich die Generaldirektoren der sogenannten Multinationalen, die sie in diesem Rahmen aufbauen durften und sollten.

Es ist ein Unterschied zwischen den Sklaven von einst und denen von heute. Es geht nicht so blutig zu, nicht so grausam, aber gerade dieses System hat den Vorteil, aus den Sklaven viel mehr herauszuholen als das früher der Fall war. Es ist mit mehr Klugheit durchdacht worden, aber es hat wie einst und je seine sehr streng gezogenen Grenzen. Wer die Macht anrührt, der muß fallen. Wer mitmacht, kann sich alles erlauben, kann ganze deutsche Provinzen rauben, kann ungestraft Millionen ermorden, kann Börsen zum Ein-

sturz bringen, kann Geschichte fälschen, kann ungeschehene Massenverbrechen erfinden, kann die Natur vernichten, kann alles das von einer hörigen Presse als selbstverständlich hinstellen oder verdrängen lassen aus dem Bewußtsein der mit Buntfernsehen zerstreuten Sklaven.

Wer versucht, die Augen zu öffnen, eine ehrlichere Volksgemeinschaft an die Stelle dieser Sklavenherrschaft zu setzen, der wird vernichtet und beschimpft, dem sagt man fürchterliche Verbrechen nach, Völkervernichtung und Weltbeherrschungsabsichten. Der wird abgestempelt als „Irrer", als „Diktator". Es geht immer nach dem gleichen Schema. Das ist die Lehre dieser Zeit. Man sollte sie zu Herzen nehmen.

Man schafft ANARCHIE, um diktatorisch herrschen zu können. Es ist ein kompliziertes Spiel, doch bereits mehr als deutlich erkennbar. Indem wir in unseren Büchern nichts anderes taten, als — allerdings voller Mißtrauen — Meldung an Meldung zu setzen — in fast 400 Anmerkungen verzeichnen wir diesmal die Quellen — kamen wir zumindest in drei, uns naheliegenden Fällen zu sensationellen, beunruhigenden Ergebnissen. Dabei hatten wir von Anfang an die Existenz eines weltumspannenden Verbrecherkonsortiums anvisiert. Was also soll uns jetzt noch daran hindern, die letzten Schlüsse zu ziehen, die Kontaktstellen bloßzustellen, die die Brücken darstellen zwischen seinen aktiven Teilen und den allen bekannten grausigen Ergebnissen. Ist es nicht mehr als „wunderbar", daß man mit unschuldigem Blick die allseitige Zunahme von Verbrechen und die Zahl von 2 Millionen Aids-Toten für das Jahr 2000 voraussagt, die Verhöhnung des Rechts, innerstaatlich wie zwischen den Völkern, die mit rituellen Gesten begleitete Genehmigung eines blutigen Krieges, um ganz bestimmten Personenkreisen Milliardenbeträge an Einnahmen auf Jahrhunderte sicher zu stellen? Warum ist man nicht längst schon auf den Verdacht gestoßen, daß sich kriminelle Machtgier, die vor Mord und Massenmord nicht zurückschreckt, hinter dem so lieben, pseudochristlichen Getue der Tonangebenden verbirgt? Eine Frage, die sich doch längst selbst beantwortet hat mit den gigantischen Untaten, die begangen wurden oder sich in Vorbereitung befinden. Eines ist darum schon heute Tatsache: Ein jeder fühlt sich angsterfüllt, ohne Hilfsmöglichkeit, unbekannten Gefahren gegenüber. Unsicherheit und Sorge kennzeichnen die Lage weltweit.

Denn es läßt sich nicht mehr vermeiden, daß mehr und mehr Menschen Verdacht schöpfen. Die Zahlen der Ermordeten wurden zu hoch. Das begann im vorigen Krieg. Dazu kam, daß man diese schrecklichen Zahlen vertuschen wollte, indem man sie einerseits einfach abstritt, andererseits ihnen andere, noch höhere gegenüberstellte, die nur in der Phantasie bestanden. Doch das Maß war gerade in diesen Tagen voll, als man diese Gebirge von verkrümmten Leichen, die man in Dresden und in Hamburg und in Bromberg und in Hiroshima und in Nagasaki gesehen, überhaupt verschwinden lassen wollte! Das war zuviel des Bösen! Das überschritt die Lammsgeduld selbst der Deutschen! Da versagten die Menschen die Gefolgschaft. Das Schlüsselwort hieß SCHLESIEN. Mit seinen beiden Zeigefingern neulich in Paris wollte der deutsche Außenminister uns befehlen, millionenfachen Mord an Unschuldigen zu vergessen und obendrein ein Viertel unseres Staatsgebietes wegzugeben an die Mörder. Die auffällige Zustimmung zu solchem unerhörtem Tun mit den gleichen Zeichen in der Presse und im Fernsehen und im Parlament zerriß entscheidend den Schleier, hinter welchem Verbrecher daran werken, unsere Welt in Anarchie und Chaos zu stürzen. Es half uns sehr, die Schlechtigkeit dieses Anschlages zu erkennen, da ganz in unserer Nähe mit der Hilfe von Millionen Mark — in Chile und in Südwestafrika — sehr Böses von den gleichen Personen angestiftet wurde, die die Unterschrift unter den Verrat des deutschen Ostens setzten. Deutsche waren es, die hier, weitab von der Heimat, die Verbrecher dazu zwangen, Farbe zu bekennen. Wir halten uns für berechtigt, zu behaupten, daß dieses nicht die einzigen Verbrechen sind, die in unseren Tagen begangen

werden. Die Unverfrorenheit, mit der man mit einem Krieg spielt, um der Machtgier der Herrschenden zu Gebot zu stehen, beweist uns, daß wir mit Recht Verdacht geschöpft haben. Wir zweifeln auch nicht daran, daß auch andere sich warnend zu Worte melden werden. Die Erde bebt!

Wir Deutsche nahmen immer wieder alles ernster als unsere Nachbarn. Immer wieder stürzten wir darum in die Menschenfallen. Wieder einmal sind wir Deutsche auch jetzt verschaukelt worden. Der Köder an der Leine hieß „Wiedervereinigung". Nicht um der Deutschen willen ging der Rummel über die Weltbühne, sondern lediglich, um der Einen Welt der Freimaurerei ein wesentliches Stück näher zu kommen. Darum wurde es uns sogar schlecht angekreidet, wenn wir uns zu laut freuten. Nicht mehr wurde gestattet als ein lauter Faschingsrummel. Im eigentlichen wurde der Angriff auf das deutsche Volk nur verstärkt: Keine Kinderbetreuung mehr. Kein Pflegeurlaub mehr für Eltern kranker Kinder, kein Rechtsanspruch mehr auf einen Kindergartenplatz, wie es in der DDR gesetzlich vorgesehen war! Dafür aber zehntausende von Asylanten weiterhin pro Monat, Riesenzinsgeschäft der Banken mit neuen Verschuldungen, Hilfsaktionen für völlig überschuldete Staaten (Polen an der Spitze mit 36,9 Md Dollar Westschulden), die deutsche Provinzen besetzt halten, Lügenhetze gegen die Kolonie „Dignidad" auf höchsten Touren, politische Justiz im Interesse der Sieger wie bisher, steigende Arbeitslosigkeit bei Mammutgewinnen der Multinationalen. Zunehmender Drogenkonsum. Zunehmende Aids-Erkrankung. Zunehmende Morde und Diebstähle. Falschheit und Unehrlichkeit wurden um ein vielfaches deutlicher seit dem Fall der Mauer. Keineswegs lief das deutsche Volk ein in einen sicheren Hafen, in eine friedliche Heimat, wie es sich alle erwünscht hatten als Ergebnis ihrer friedlichen Revolution, die sich gegen niemand gerichtet hatte. Verkauft wurde es auf dem Weltsklavenmarkt. Nicht etwa Friede wird darum einkehren bei uns, sondern Zwang zum Freiheitskampf. Das ist das Ergebnis dieses so gefeierten Jahres. War es auch ein Pyrrhos-Sieg, wenn wir aus der „humanität" erfahren, daß die Freimaurerei in Deutschland seit 1986 von 20.500 auf 14.000 zurückging, es war der Sieg von Fanatikern. Das gleiche deutsche Freimaurerkontingent, das mit seinen „Idealisten" seit Marx und Bebel und Engels versucht hat, die Welt zu verbessern (nicht zu erwähnen die von der Wirklichkeit längst überholten irren Sprüche der Freimaurer und Illuminaten, die hundert Jahre zuvor bereits einmal die Welt in Blut und Tränen stürzte — siehe das aufgeführte Buch von Th. Grabe) und sie erneut zum Experimentierfeld mit blutigsten Folgen erkor, das den „realen Sozialismus" mit Korruption, Bereicherung, Terror, Massenhinrichtungen und Stasimethoden als bisher letztes Geistesprodukt züchtete, stellt erneut mit Fanatikern wie Genscher, v. Weizsäcker und v. Lambsdorff die hektisch rege Phalanx für das nächste Debakel.

Es kann nicht ausbleiben, daß dieses falsche Spiel, das man mit dem deutschen Volk gespielt hat, seine Folgen auch für Europa haben wird. Mit freiwilliger, altruistischer Unterstützung solcher Pläne darf nicht mehr gerechnet werden. Daß es bei allem nur um Geld und um materielle Interessen geht, hat sich bereits herumgesprochen, und kein Arbeiter, kein Beamter, kein Ingenieur stellt seine Leistungen unter den Scheffel. Wir haben uns sogar mehr noch als bisher daran zu gewöhnen, daß wir uns in einer Welt abgefeimtester Verbrecher befinden, denen gegenüber gleiche Münze gefordert ist. So, wie bisher geht es nicht mehr weiter! Nicht offenen Krieg hat man uns erklärt. Hinter verschlossenen Türen hat man uns Verträge und Versprechen abgenommen, die keine Volksabstimmung je bestätigen wird. Das ist Rechtlosigkeit! Mit falschen Parolen hat man uns für dumm verkauft! Doch, man hat sich geirrt, wenn man meint, darauf eine Weltregierung aufbauen zu können. Wir sind uns dessen bewußt. Es herrscht KRIEGSZUSTAND!

„Im heutigen Weltaugenblick ist Verabschiedung von Nationalpolitik und verbissen einzelstaatlicher Selbstbehauptung dringend geboten", lautet die Forderung der machtgie-

rigen Herrscher (384). Das ist die Grundlage für die Beseitigung des Völkerrechts und die Unterstützung von Raub und Diebstahl in Schlesien, in Chile und am Golf. Das ist das Gesicht des Antichrist.

In bewußter Verkennung der Lage wird so verbissen an dem erwiesenermaßen lebensfremden grausamen freimaurerischen Kerkerkonzept festgehalten, obwohl der „Weltaugenblick" im Gegenteil in einer allen deutlichen Form die bewußte **Hinwendung zu nationalen Werten** und zu völkischer Selbstbehauptung ist. Wollen wir schon Vergleiche in der Geschichte suchen, so darf man wohl sagen, daß wir am 5. August 1789 stehen (386). Damals war die Problematik ganz ähnlich der heutigen. *„In reformfremden* (d.h. Antifreimaurer-) *Kreisen . . . hofften viele, daß die konservative Fraktion am Hofe durch eine Art von Staatsstreich dem Zögern des Königs ein Ende setzen und die Bauernaufstände mit Militärmacht niederschlagen würde. Ein solcher Versuch hätte höchstwahrscheinlich einen allgemeinen Bürgerkrieg ausgelöst, und damit Schrecknisse, die die Ausschreitungen der späteren Revolution vielleicht noch übertroffen hätten . . . In dieser gefährlichen Lage faßten etwa 100 Abgeordnete, Mitglieder des ‚Bretagnischen Clubs' (also im wesentlichen Freimaurer, „gemäßigte Reformfreunde") in einer Zusammenkunft am Abend des 3. August den kühnen Entschluß, in der Sitzung des kommenden Abends durch eine gezielte Aktion die Majorität der Nationalversammlung für eine noch mögliche Lösung der Frage zu gewinnen . . . Es wurde vereinbart, daß einer der reichsten Bodenbesitzer Frankreichs, der 28jährige Herzog d'Aiguillon, der selbst im Kreise anwesend war, so schnell wie möglich das Wort ergreifen sollte, um zu erklären, daß er, falls die Versammlung allen Betroffenen einen begrenzten Schadensersatz für einen Teil der verlorenen Vorrechte bewilligte, auf sämtliche ihm zustehende Adelsprivilegien verzichten wolle . . ."* (386).

Auch heute geht es um Verzicht auf Privilegien, weltweit. Privilegien der Banken, der „Reichen". Der kluge Anfang wurde mit der Perestroika gemacht. Das war das Vorbild. Doch das Beispiel zündete nicht. Die eigentliche Machtstruktur, und das ist die der Freimaurerei, unter deren Zeichen sie überall auftritt, denkt nicht an Aufgeben von Privilegien, denkt nicht an Schadensersatz. Im krassen Gegensatz sogar zu dem sowjetischen Einlenken gegenüber den nationalen und religiösen Forderungen in den Sowjetrepubliken versteift sich der Widerstand der Freimaurer in der übrigen Welt. An eine Anerkennung und Unterstützung der (immer noch unblutigen, gemäßigten) Forderungen der Slowaken, der Slowenen, der Kroaten geht man nicht heran. Keine Gipfelkonferenz erörtert dieses Thema. Das brutale Bild des Zerfalls der Freimaurergründung Liberia dient niemandem als Lehre. Die Gefahr ähnlicher Entwicklung in der Tschechei und in Jugoslawien wird nur belacht, obwohl sowohl die jüngste Vergangenheit wie die derzeitige wirtschaftliche Lage dringend zum Einlenken mahnen. Ja, viel schlimmer noch. Ausgerechnet in diesem Weltaugenblick des Zusammenbruchs freimaurerischer Weltstaatskunst ruft kapitalistische Gier zum Freimaurerkrieg am Golf auf. Die Loge zeigt ihre Stärke in den „westlichen" Regierungen mit der Zustimmung zu solchem blutgetränkten Wahnsinn mit den beifälligen Stimmen in den Vereinten Nationen. Die sich überall trotz Falschinformation bereits erhebende Volkswut wird ignoriert. Das aber bedeutet, genauso wie 1789, den Beginn des Auseinanderfallens und des Bürgerkrieges. Die Vereinigten Staaten sollten erinnern, was das bedeutet. Im April 1970, also vor wenigen 20 Jahren, meinte Breschnew in Budapest *„daß die sozialistischen Länder in keiner Form nationale Interessen anerkennen dürfen, die auf Kosten der internationalen Interessen des Sozialismus gehen"*. Heute wird in allen westlichen Regierungen und in (fast) allen Medien im Westen gefordert, *„daß die kapitalistischen Länder in keiner Form nationale Interessen anerkennen dürfen, die auf Kosten der internationalen Interessen des Kapitalismus gehen"*. Wie lange wird die unrichtige Auffassung vom Wesen unseres Weltaugenblicks noch durchhalten?

In dem Schatten dieses Zusammenbruchs wird unser deutscher Freiheitskampf vor sich gehen. Kapitalistische Interessen stehen ihm entgegen. Sie drücken sich in der neuen Präambel des Grundgesetzes aus. Sie lautet:

„Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfahlen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk".

Diese Präambel hat keinerlei Gesetzeskraft! Sie ist nicht mehr als der Ausdruck eines Wunschtraumes der heute regierenden Verzichtspolitiker. Sie stellt holterdipolter Behauptungen auf, die mit der Wirklichkeit nicht vereinbar sind.

Erstens: von „freier Selbstbestimmung" kann keine Rede sein! Nirgends hat es eine Abstimmung des deutschen Volkes gegeben.

Zweitens: Die „Einheit Deutschlands" ist nicht vollendet. In der obigen Aufzählung fehlt ein Viertel des Staatsgebietes.

Drittens: Von einer „Freiheit Deutschlands" kann nicht die Rede sein. Die Verzichtpolitiker selbst betonen laufend zu ihrer Verteidigung, sie hätten nur den Erwartungen unserer Gegner Folge geleistet.

Viertens: Zum „gesamten Deutschen Volk" gehören auch die Auslandsdeutschen in Europa und in Übersee gemäß Art. 116 des Grundgesetzes. Sie wurden nicht befragt.

Nachdem man vierfach derart leichtfertig mit der Wahrheit umgeht, verwirft man überdies die ernstesten Grundsätze des Völkerrechts. Angesichts solcher dilettanter staatsmännischer Arbeit sind Zweifel an einer pessimistischen Betrachtung der deutschen Zukunft nicht mehr angebracht. Sie liegt in den Händen von Quacksalbern, die die Macht oktroyierten. Das ist das sichtbarste Ergebnis der unvollendeten Wiedervereinigung.

Der Souverän, das Deutsche Volk wurde übergangen und ihm Dinge in den Mund gelegt, die niemals gewollt waren. Es wurde betrogen.

Das ist Ausdruck von Rechtlosigkeit, Chaos, Anarchie und Verfassungswidrigkeit. Aber auch von Verantwortungslosigkeit. Denn eine derartige gefährliche Lage im Herzen Europas mutwillig schaffen, während gleichzeitig der Liberalismus versagt, die kapitalistische Welt zusammenbricht und die Umwelt in Gift und Krankheiten versinkt, kann niemand vertreten wollen.

Es liegt darum an uns Deutschen, durch vorrangige Wiederherstellung von Recht und Sitte für das ganze Deutsche Volk zugleich einen drohenden Weltenkollaps abzuwenden. Nicht mehr und nicht weniger steht nämlich auf dem Spiel.

Das ist es, was wir als unseren Beitrag zum **fälligen Dialog um die Zukunft des Deutschen Volkes** gesehen haben möchten.

Anmerkungen

Die lateinischen Zahlen bedeuten Bücher aus unserem Verlag. Vollständige Liste mit genauen Titeln in der Verlagsmitteilung am Ende dieses Buches.

1 - zitiert aus „Die Bauernschaft“ 4/89.
2 - etwa in V, 78; VI, 67
3 - VI, 74; VIII, 110, 223, 267
4 - VII, 89; VIII, 157, 305
5 - V, 78; XI 121, 150; VII, 30; VIII 132
6 - VIII, 131
7 - VI, 73; XI, 157
8 - VI, 65; III, 81
9 - VI, 133 ff.
10 - mitgeteilt von der „Volksbewegung für sittliche und soziale Erneuerung“ VBSSE, Salzburg
11 - X, 501
12 - siehe VII, 84
13 - Auszüge aus dem Buch „Unsere Welt von morgen“ von Böhm und Dörge - zur Erinnerung an die Jugendweihe, mit einem Vorwort von Walter Ulbricht. Wiedergegeben in der FAZ 21.4.1990.
14 - in der „Zeit“, 15.8.1957
15 - „Der Spiegel“, 11/1990 S. 34
16 - „Berliner Illustrirte“
17 - Herbert Kemp in der Berl. Illustr.
18 - in seinem in Chicago 1957 erschienenen Buch „Die künstliche Revolution in Deutschland und Japan“
19 - siehe VI, 170; IX, 193
20 - dazu VI, 37, 67; XI, 23
21 - dargestellt in V, 492; VI, 121; VIII, 220, 221
22 - Amerika-Brief Nr. 32, S. 2
23 - Titel eines mit vielen Daten ausgestatteten Buches. Siehe Literaturverzeichnis.
24 - NZZ 11. April 1989
25 - Am 18. Juli 1990 unter der Überschrift „Kohl und Deutschlands ungleiche Partner“
26 - Wiedergegeben in „CODE“ II/1990
27 - Reuter am 16.5.90 aus Taipeh; in der NZZ
28 - RM aus Washington, 24 Mai 1990 in der NZZ
29 - am 17. Juli 1990
30 - dazu VII, 22
31 - Titel des ersten deutschen Englandbuches nach dem II. Weltkrieg, von Heinz Abshagen
32 - In einem Interview mit der holländischen Wochenzeitung „Elsevier“ im Mai 1990
33 - „Guardian“, London
34 - Conor Cruise O'Brien in der ‚Times‘ Es spricht Bände, daß O'Brien sofort stärkste Unterstützung findet durch Kenneth Bialkin, ehemaligem Vorsitzenden der Anti-Defamation League und ehemaliger Anwalt für den Drogenhändler Roberto Vesco.
35 - Charles E. Ritterband in der NZZ über Leserstimmen in englischen Zeitungen
36 - Stefan Schäfer im „Darmstädter Echo“ am 13.7.1990
37 - es geschah am 17. August 1937. Dazu XI, 154 ff.
38 - in 11/1990, S. 115
39 - Encyclopedia Britannica XIV
40 - siehe VIII, 358 ff.
41 - alles wiedergegeben im „Ambito financiero“ in Buenos Aires
42 - Ambito financiero vom 27.4.1990
43 Adelheid Streidel wurde im Juli in eine Nervenheilanstalt eingeliefert. Sie wurde nicht vor Gericht gestellt.
44 - Titel von Kriminalromanen von Agatha Christie
45 - 10/1990, S. 16
46 - Am 22. März 1990, unter Teilnahme von Bundesfinanzminister Waigel
47 - Reuter, 11. April 1990
48 - am 18. April 1990 in der NZZ
49 - Emil Bölte, Paris in der HNA am 31. März 1990
50 - dazu IX, 254
51 - So Charles E. Ritterband, London in der NZZ.

52 - Am 19. April 1990 meldete dpa aus Natal erneut Halskrausenmorde. In Port Shepston wurden drei Frauen und zwei Männer, sowie zwei Kinder mit brennenden, um den Hals gelegten Autoreifen ermordet. Täter wie Opfer waren Schwarze. Dazu X, 428

53 - FDJ; so ban aus Bonn in der FAZ am 28. April 1990

54 - AP in der HNA 21. Mai 1990

55 - dpa wo. Mai 1990

56 - Reuter am 6.6.1990

57 - Reuter am 29.6.1990

58 - Reuter aus Bonn am 29.6.1990

59 - Mariano Grondona in „La Nación", Buenos Aires, 15. Juli 1990

60 - NZZ am 29. April 1990

61 - Winternummer 1989/90. Wiedergegeben in „El Mercurio", Santiago de Chile, 9. Juli 1990

62 - Zitiert im „Darmstädter Echo" am 9. Juli 1990

63 - Rückübersetzung aus Ambito financiero, Buenos Aires, aus einem Aufsatz von Meinolf Ellers dpa.

64 - Im „Paris Soir" am 21. Juni 1939

65 - „El Mercurio", 9. Juli 1990

66 - „La Nación", Buenos Aires, 15.7.90

67 - dazu XI, in der „Fortsetzung", S. 401 in einer Rede Kissingers. Es wird jetzt klar, was mit diesen „Besonderen Beziehungen" gemeint ist, nämlich genau das, was unser eigentliches Thema ausmacht.

68 - wiedergegeben im „Ambito financiero" am 17. Juli 1990.

69 - dazu XI, Fortsetzung, S. 394 mit Zahlen.

70 - Gerd-Klaus Kaltenbrunner in „Geheimnis der Wirklichkeit" in der Freimaurerzeitschrift „Mut", Dezember 1989.

71 - Plutarch, „Über den Aberglauben", Kap. XII, französische Ausgabe Didot S. 203

72 - 3. Moses, 21

73 - etwa André Baron (Louis Dasté) in seinem Werk „Les Sociétés Secrètes. Leurs Crimes. Depuis les Initiés d'Isis jusqu'aux Francs-Maçons modernes", Paris H. Daragon, Libraire-Editeur, 30 Rue Duperré, 906 mit einer großen Zahl von weiteren Zitaten

74 - zu letzterem siehe III, 52

75 - „Vom antiken Opferritual bis zur Vernichtungsmaschinerie" wird ein Aufsatz in der NZZ überschrieben (29. Sept. 1989), in dem Sigmund Bendkower sich mit dem Antisemitismus befaßt.

76 - NZZ, 26 Nov. 1974, ap.

77 - Rede vom 9. Dez. 1975. Text hier aus der „Pazifischen Rundschau", Vancouver, BC, Kanada.

78 - Georg Gnieser in „Die Zeit", 15.8.57

79 - z.B. „Mensch und Maß" in 1/1975

80 - darüber berichtet Klaus Kämpgen in der HNA am 16. Juli 1990

81 - Das Buch von Thomas Smith fand ich in sämtlichen Zentralbibliotheken auf dem Balkan. Es war ein MUSS bei Studenten der Germanistik an der Sorbonne. Einige Kostproben: „The German Emperor was the incarnation of German national duplicity; the sumtotal of Germanic brutal self-assertion, self-love and indifference to others, together with the many other superficial qualities which help to make the intellectual veneer known to the world as German character."

„Nachdem was der Autor bei den höflichen und aushorchenden Deutschen in der Familie, im Geschäft und in der Gesellschaft selbst erlebt hat, ist er geneigt, Treitschke zu glauben, wenn dieser sagt, daß ‚jeder gute Deutsche ein latenter und, wenn es die Gelegenheit bringt, aktiver Spion ist. Deutschlands bemerkenswerte Vollkommenheit auf dem Gebiet der Spionage sollte niemanden wundern, der Deutschland kennt und den deutschen Charakter'. Treitschke wird noch manchmal zu seinem Kronzeugen: ‚Eine Nation kann nicht bestehen ohne Hochmut'. Wo-

mit bewiesen ist, daß die Deutschen arrogant sind.
Max Stirner (1845) wird zitiert: „Macht und Kraft sind nur in mir, dem Starken und Mächtigen". „Hier haben wir in Kürze die Saat des Größenwahns, die besondere Form krankhaften Egoismus, unter der die gesamte deutsche Nation leidet. Das ist das Leitmotiv, welches durch die umfangreiche Literatur deutscher Aggression jagt, sei es, sie tritt ein für Militarismus, Ausdehnung über See oder in Kolonien."

82 - AFP, 29. Juli 1957

83 - Insbesondere III/IV, S. 70, Zeile 37, Seite 78 unten und S. 233

84 - die wir in den UN-Unabhängigen Nachrichten 3/90 und 5/90 fanden

85 - dazu die Fotos auf VII 112 und 229. Und auch VII, 229

86 - die imposante Liste entnehmen wir „Sieg", 6/1990

87 - dazu VII, 104; VIII, 29; VII, 107

88 - etwas ähnliches kann man von der Zeit der nationalsozialistischen Regierung sagen. Vgl. Text und Fotos in VIII, 157 ff, IX, 106 ff, X 471 ff und XI 152 ff.

89 - Seit 1972 Präsident des Gesamtdeutschen Instituts, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben in Bonn; 1966 bis 1970 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, seit 1965 Mitglied der FDP.

90 - dazu V, 120 u. 501. Auf dem schweizerischen Lions-Kongreß im Bildungszentrum Zofingen hält Alt-Ständerat Franz Muheim das Hauptreferat: „Die stabile Zeit des Kalten Krieges wird durch die instabile neue Ordnung abgelöst. Da darf die Schweiz nicht zum Nährboden für fundamentalistische Strömungen werden, sondern muß das Absolute anstreben. Es ist an der Zeit, sich realistisch an die Arbeit für Verbesserungen zu machen." Der Präsident des schw. Governorrates, Ruedi Bucheli betont, „man bemühe sich sehr um die osteuropäischen Staaten, denen man beim Start ihrer Lions-Klubs durch Patenschaften helfen will".

91 - HNA 21.5.1990, dpa aus Hamburg

92 - bei einer Ehrung durch antideutsche Aktivisten in den Niederlanden. DWZ 30.3.1990

93 - Die unerhörte Kampfansage finden Sie in XI, 176

94 - „Der Spiegel" 5.2.1990 S. 18

95 - im Dezember 1989 in dem Aufsatz von Detlef Kühn „Das national-liberale Prinzip".

96 - also im genauen Gegensatz zu Prof. Nenning heute.

97 - Freimaurer Bülows Beitrag dazu in VII, 106; IX, 95; X, 487

98 - dazu III, 70 und 79

99 - wertvolle Einzelheiten und Belege dazu in „Historische Tatsachen", von Udo Walendy, Nr. 22

100 - Steffens, S. 552

101 - die folgende Zusammenstellung von Zitaten wurde der Zeitschrift „Sieg" Nr. 6/1990 entnommen.

102 - siehe VI, 103 ff.

103 - Wir stellten bereits dar, wie Nenning sich an Morgenthau mit diesen löblichen Absichten anschließt. Das Ziel ist das gleiche.

104 - dazu V, 492; VI, 121; VIII, 220, 221

105 - Aus der „Schlesischen Privilegierten Zeitung"

106 - Dr. jur. Egmont Meissner in „Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich"

107 - Helmut Diwald, „Die Anerkennung. Bericht zur Klage der Nation"

108 - Diwald, S. 82

109 - siehe darüber im einzelnen in dem folgenden Kapitel.

110 - Schoeps, S. 20

111 - Schoeps, S. 21

112 - Schoeps, S. 49

113 - In seiner schon genannten Rede bei Verleihung des Karlspreises.

114 - Christian Schmidt-Häuer, „Ein Weltreich auf dem Rückzug" in „Die Zeit", 23.2.1990

115 - Viktor Rakov, Direktor der russischen Zentralbank Gosbank, nach einer Unterhaltung mit dem Direktor des Weltwährungsfonds, Michel Camdessus, Anfang August 1990

116 - Reuter am 27. Juni 1990 aus Dublin. Später willigt Kohl noch in eine Zahlung von 14 Md Dm an die Sowjetunion ein zum Bau von Unterkünften für die bisher in der DDR stationierten Sowjetsoldaten. Genscher nennt es „den Preis für die Wiedervereinigung".

117 - VI, 193

118 - I, 464

119 - I, 202 ff. und II, 279

120 - wiedergegeben in einem Aufsatz Thomas Molnars (New York) in „El Mercurio", Santiago de Chile am 6.8.1990 über Alexandre Kojeve.

121 - in seiner Schrift „Der Geist des Militarismus"

122 - Bilder aus der FAZ vom 5.6.1990. Beide dpa.

123 - Als dann dem Staatssekretär Guenther Krause das gleiche passiert, kann es Reuter nicht lassen, darauf hinzuweisen, daß das „einem der wichtigsten Unterhändler der Vereinigung mit Bonn" geschieht.

124 - In dem Aufsatz „Das vereinigte Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft" von Dr. Kurt von Laun in „Non Nobis", Jahrgang 7, Heft 12.

125 - Die Tochter Honeckers heiratete einen Chilenen, der in der Zeit Pinochets in die DDR exiliert war. Einem Antrag Honeckers jetzt, zu seiner Tochter nach Chile zu gehen, wurde auf Wunsch von Bonn nicht entsprochen.

126 - „Die großen Reiche mögen ihr Zentrum in Rom oder in Washington haben, immer bilden sie sich ein, die Geschichte höre mit ihnen auf" (Molnar). Der Totalitätsanspruch drückt sich aus in der Umbenennung von Straßen und Städten (Stalingrad, Leningrad), der Beseitigung öffentlicher Bauten der Besiegten (Reichskanzlei, Berghof) und der Umschreibung der Lexika. Doch: Hochmut kommt vor dem Fall.

127 - Ernst von Salomon in „Der Fragebogen", S. 63, 64

128 - Arnold Toynbee hat 20 Weltreiche untersucht und behauptet, sie hätten ab einer bestimmten Größe sterben m ü s s e n. Nenning nennt das die Frucht des Größenwahns.

129 - z.B. in III, 69, IX, 73; XI, 67; III 279

130 - Die belgische katholische Zeitschrift „didasco" greift in ihrer Nr. 55, Dez. 1989 auf, was wir in VIII, 218 über die Pilgrims Society sagten: „Deren Rundtischkonferenzen werden besucht von Rhodesschülern, der Fabian Society und den protestantischen Kirchen."
Hierher gehört die Tatsache, daß die Evangelische Kirche es verbot, zum 3. Oktober die Glocken zu läuten!

131 - „Das Memorandum der Acht", Göttingen 1962.

132 - Man erinnere das Boot von Kardinal Helder Camara.

133 - In dem Memorandum der Acht heißt es: „Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein". Dazu v. Braun: „Diese verächtliche Formulierung vermag nicht den wohl gewünschten Eindruck zu erzeugen, als ob die Verfasser über den Dingen stünden; sie kann nur beweisen, daß geistiger Hochmut . . . zu einer Betrachtungsweise verführen kann, die nicht mehr befähigt, die Würde des eigenen Staates und die Verpflichtung zur Wahrung seiner Rechte zu empfinden."

134 - Heyke, S. 43

135 - Heyke. Das letzte Mal, daß England

eine derartige Provokation zum Ziele der Auslösung eines Krieges anwandte — wenn wir nicht den Verkauf von Giftgas an den Irak hierhinrechnen wollen — war der Malvinenkrieg im Südatlantik. Dazu mit allen Einzelheiten VIII, 358.

136 - „Deutschland droht die Anarchie", warnt bereits 1972 Hans-Joachim Schoeps. Mit anderen Vorzeichen droht sie uns erneut.

137 - Rudi Goguel und Heinz Pohl, „Oder-Neiße, eine Dokumentation", Kongreßverlag Berlin (Ost) 1956

138 - Weitere Daten in UN-Unabhängige Nachrichten, Nr. 5/1990. Grundlegend und in seiner Vollständigkeit nicht durch andere Publikationen zu ersetzen ist der Aufsatz von Dr. Kurt von Laun im „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens" Nr. 2 und 3/1990 unter dem Titel „Oder-Neiße-Grenze, Vertreibung und Heimatrecht". Anschrift: Louise Schröder Str. 17, D-2000 Hamburg 50

139 - Flugblatt 18 des Freundeskreises „Freiheit für Deutschland", Werner Gebhardt, Postfach 400336, D-4630 Bochum 4

140 - Dr. Albrecht Hoffmann, Bonn

141 - Karl und Ingried Weidemann in „Der Schlesier"

142 - HNA 4.12.1989

143 - Alexander von Meyer zu Knonow, Holzminen, in FAZ 20.1.1990

144 - Hartmut Koschyk, Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, Bonn, in FAZ 20.1.1990

145 - Dt., Warschau in FAZ

146 - AP, Berlin, 4.3.1990

147 - Reuter, Bonn 5.3.1990

148 - Reuter, Bonn 6.3.1990

149 - AFP, Bonn 6.3.1990

150 - DPA, Reuter, UPI, Bonn 9.3.1990

151 - Reuter, Bonn 12.3.1990

152 - Reuter, Bonn 8.3.1990

153 - Wir weisen auf die Nummer 6/1990 der UN-Unabhängigen Nachrichten hin. Darin Übersetzung eines Kommentars von Patrick Buchanan in der „Washington Times" vom 19.2.1990 „Die Welt weiß nichts über das, was den Deutschen angetan wurde . . . Viehlaster und Züge luden in Berlin tote Kinder aus, ausgeraubte, geschlagene und vergewaltigte Mädchne und Frauen . . . " Es sollten auch einem Hochgrad-Außenminister moralische Grenzen gesetzt werden, in welchen „Versöhnung" erfolgen kann.

154 - Zu den vielen in VI angeführten Belegen, daß Polen den II. Weltkrieg wollte, begann und erklärte, noch die Tatsache, daß „Polen durch seinen staatlichen Rundfunk in der Nacht des 31. August 1939 verkündete: „Wir sind auf dem siegreichen Vormarsch nach Berlin und werden am Ende der Woche in Berlin sein. Die Deutschen gehen an der ganzen Front in Unordnung zurück." Aus UN-Unabhängige Nachrichten, 6/90, S. 4

155 von Rudolf Augsteins Gnaden im „Spiegel"

156 - Heyke, S. 41, Fußnote

157 - Zu der Schicht, die damals in Rußland an die Macht kam, siehe I, 462 ff und II, 500 ff

158 - Titel zweier berühmter Bücher von Miguel de Unamuno bzw. J.P. Veale

159 - Dr. jur. Egmont Meissner, „Weder Wiedervereinigung noch Souveränität" in VLDO-Pressemitteilungen, Cas. 1168, Osorno - Chile

160 - Diese Aufstellung entnehmen wir der Zeitschrift „Recht und Wahrheit", Nr. 5 u. 6/1990 S. 7

161 - in „Der Staat", S. 135

162 - Reuter, Dpa und UPI, Bonn 7.3.90

163 - FAZ 19.5.1990

164 - Reuter am 11.3.1990 aus Bonn

165 - FAZ 19. Mai 1990, S. 2 in „Bush verspricht Unterstützung"

166 - br. aus Paris am 14.7.90 in der NZZ

167 - der Mainzer Student Friedrich Knabe in der FAZ am 29.6.90.

168 - in „Bush verspricht Unterstützung" in FAZ, 19. Mai 1990, S. 2
169 - AP aus Nürnberg am 6. August 1990
170 - Wörtlich entnommen dem „Kleinen Handbuch des Völkerbundes", Ausgabe Genf 1939, S. 220 ff.
171 - Ein amtliches Bild auf die damaligen Verhältnisse wirft das Kapitel „Posen 1924/26" in dem Buch „Mein Leben, eine Dienstreise", von Werner Otto v. Hentig.
172 - NZZ, 2. Mai 1990
173 - Dieter Stäcker im „Darmstädter Echo". 3.7.1990
174 - Heinz Joachim Schöttes im „Darmstädter Echo", 3.7.1990
175 - Thorsten vom Wege, Leipzig 3.7.90
176 - Thomas Schiller, Erfurt 3.7.1990
177 - Christine Möllhoff, dpa, Frankfurt 3.7.1990
178 - Berlin - ap - 10. Juli 1990
179 - Maja Rost, Erfurt 10.7.90, im „Darmstädter Echo"
180 - ap/dpa aus Berlin, 12. Juli 1990
181 - ap/dpa/wk aus Ost-Berlin am 14. Juli 1990 in Saarbrücker Zeitung.
182 - dpa aus Berlin 14. Juli, in Saarbrücker Zeitung.
183 - Joachim Penner in der Saarbrücker Zeitung vom 6. August 1990.
184 - ap aus Berlin, wiedergegeben in der Mittelbayrischen Zeitung.
185 - mitgeteilt von ap/Berlin am 15.5.90. Wiedergegeben von der Mittelbayrischen Zeitung.
186 - rl. aus Regensburg in der Mittelbayrischen Zeitung, 3. Mai 1990
187 - dpa aus Stuttgart am 28.4.1990 in Mittelbayrische Zeitung.
188 - in einer Grundsatzrede vor 700 Lehrern und Lehrerinnen bei der Landesdelegiertenversammlung in Rosenheim am 26. Mai 1990.
189 - zitiert in I, 12 und 13 von Borch S. 15, Matthias S. 225 ff.
190 - siehe I. 245
191 - die argentinische Schriftstellerin Alicia Jurado in „La Prensa", Buenos Aires, zitiert in II, 90.
192 - II, 196
193 - dpa aus Hamburg, 3.5.1990, Mittelbayrische Zeitung. Überschrift.
194 - dpa und ap aus Danzig am 6.5.1990. In Mittelbayrische Zeitung.
195 - dazu III/IV 67, 241, 311, Anm. 77. Der Herr Weltbankpräsident pflegte bei Vollmond mit einer Mandoline bewaffnet aufs Dach zu klettern, um dort den Sinn der Welt zu ergründen.
196 - dazu IX, 195
197 - was wir in IX, 184 schrieben, hat seine traurige Bestätigung gefunden. Damals schrieben wir: „Ein Stück blutigster, grausamster Weltgeschichte geht zu Lasten der Weltmoral."
198 - siehe dazu insbes. unser Buch IV.
199 - Julio A. Ramos, Santiago de Chile, in „Ambito financiero", 6.9.1990.
200 - Julio A. Ramos
201 - Caspar W. Weinberger in „El Mercurio" und „Los Angeles Times", 11. August 1990.
202 - Die sämtlichen Details aus UPI, dpa und Reuter-Meldungen aus Nikosia. 5. August 1990
203 - Keith Bradshr in „The New York Times" und „El Mercurio", 11.8.1990
204 - „Der Rote Stern", 8.8.1990
205 - Reuter aus Amman, 10.8.1990
206 - UPI, Reuter, dpa, Teheran, 16.8.90
207 - UPI aus Moskau am 20.8.1990
208 - UPI, dpa, Reuter aus Paris und Nikosia
209 - Reuter, UPI, dpa aus Nikosia 21.8.
210 - Reuter aus Washington 21.8.1990
211 - Reuter, UPI, dpa aus Nikosia 22.8.
212 - Reuter London, 22.8.1990
213 - Reuter aus New York, 22.8.1990
214 - François Lepot im „Ambito financiero", Buenos Aires, 7.9.1990
215 - siehe dazu XI, im Reg. unter Rand.
216 - Reuter und dpa aus Washington 29.8.1990
217 - Reuter aus Jerusalem, 4.9.1990
218 - AFP am 9.9.1990 aus Helsinki
219 - Erst am 29.7.90 hatten der irakische Minister für Industrie und militäri-

sche Produktion, Hussein Kamal, und der sowjetische Minister für die Verteidigungsindustrie, Boris Belussow, ein umfangreiches Abkommen über technische und industrielle Zusammenarbeit unterzeichnet.

220 - Bericht von „La Nación" aus Coronel Brandsen, 10.9.1990
221 - „La Nación", 10. Sept. 1990
222 - „Ambito financiero" 3. August 1990
223 - El Clarin, 18.2.1990
224 - Clarin, 18.2.1990
225 - „Ambito financiero" 4.4.1990
226 - Julio Cruciani in „Ambito financiero" 5.4.1990
227 - „Rio Negro", 29.5.1990
228 - „Ambito financiero", 15.8.1990
229 - „Ambito financiero", 25.8.1990
230 - „Ambito financiero", 23.8.1990
231 - James R. Whelan, Washington, in „El Mercurio", 20.4.1990, also etwa 6 Wochen nachdem Aylwin Präsident geworden war.
232 - Über dessen undiplomatisches Verhalten lese man in XI nach.
233 - Beide Redezitate aus „Condor", Santiago, 17.3.1990
234 - Dazu die Fotos in Buch IV.
235 - in „El Mercurio", 5. August 1990
236 - in „El Mercurio", 26. Juni 1990
237 - José Quesada Melendez in „El Mercurio", 27. Mai 1990
238 - Reuter aus den Vereinten Nationen, New York, 12.9.1990
239 - Reuter aus Paris am 12.9.1990
240 - dazu I, 158 ff.
241 - Bericht von Hans Schmidt in seinem „Amerika-Brief" vom Sept./Okt. 90
242 - Wir sprachen davon bereits in XI, 49
243 - Mitgeteilt in „Ambito financiero", 11.9.1990
244 - Zitiert in dem Streitgepräch ‚Deutschland, einig Vaterland' S. 17
245 - Charles E; Ritterband am 11. Juni aus London in der NZZ
246 - Karl Graber am 20. Mai 1990 aus Wien in der NZZ
247 - Wiedergegeben in DESG-inform 3/90, S. 4
248 - Mittelbayrische Zeitung, 10.3.1990
249 - Arnold Hottinger am 18.7.1990 aus Nikosia in der NZZ
250 - Charles E. Ritterband am 23.7.1990 aus London in der NZZ
251 - Mittelbayrische Zeitung, cn, 1.6.90
251 - Mittelbayrische Zeitung, 5.6.1990
252 - Lore Meissner, Berlin, in der Mittelbayrischen Zeitung am 23.5.1990
253 - dpa am 23.5.1990 aus Düsseldorf
254 - Aus der Frühjahrsversammlung der Katholischen Landjugendbewegung in der Diözese Regensburg. 3.4.90
255 Bundesverfassungsgericht 1 BvR 266/86 und 1 BvR 1215/87, veröffentlicht von ap am 23.3.1990
256 - Mittelbayrische Zeitung, 20.6.1990
257 - ap aus Ost-Berlin, 19.6.1990
258 - epd aus Frankfurt, 18.6.1990
259 - ap/dpa aus Ost-Berlin, 18.6.1990
Man beachte dabei, daß es dieses „politische Gesindel" ist, mit dem Waigels Ministerkollege Genscher in Chile gegen „Dignidad" zusammenarbeitet, und dem er in Südwestafrika in den Sattel half.
260 - Mittelbayrische Zeitung, 22.4.1990
261 - Auszüge aus einem Bericht in der Mittelbayrischen Zeitung, 6.7.1990 unter der Überschrift „Jagd auf deutsche Touristen in England"
262 - Der liberale argentinische Senator und Ex-Außenminister Juan Aguirre Lanari, laut dpa in Bonn 15.9.1990
263 - Wiedergegeben im „Argentinischen Tageblatt", 15.9.1990
264 - DESG-inform, 3/90, S. 6
265 - Michael J. Prather vom Goddart-Institut der NASA
266 - siehe dazu XI, 16
267 - dpa aus London, 2. Juli 1990
268 - NZZ, London 27. Juni 1990
269 - Bedeutendste Information liefert: „Deforestation Rates in Tropical Forests and Their Climatic Implications" von Dr. Norman Myers (Organisation ‚Friends of the Earth', 1989).
270 - dpa am 10.5.1990 aus Bergen/Norwegen. aus Mittelbayr. Ztg. 10.5.90

271 - „Argentinisches Tageblatt", 2.6.90
272 - Brigitta Huhnke in „Mittelbayrische Zeitung", vom 10.5.1990
273 - dpa aus Bonn, 15.5.1990, in Mittelbayrische Zeitung.
274 - Hans-Heinrich Vangenrow berichtet aus Leipzig am 14.4.1990 in der Mittelbayrischen Zeitung
275 - dpa-Mitarbeiter Helmut Räther aus Tokio am 22.5.90 in der Mittelbayrischen Zeitung
276 - Hans Sedlmayr, „Gefahr und Hoffnung im technischen Zeitalter", S. 15
277 - Arnold Gehlen, „Die Seele im technischen Zeitalter", S. 13
278 - Hans Freyer, „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters", S. 28
279 - A. Müller-Armack, „Das Jahrhundert ohne Gott"
280 - Beispielhaft: „Johannesburg" am 7.7.1990 in der FAZ; New York in „Time International", 12.9.1990; „Noga Noticias", 13.9.1990 über Rio de Janeiro; Paris schildert Peter Kessler (UPI) am 13.9.1990 in „Ambito financiero", Buenos Aires; entstanden ist eine „Kultur der Gewalt" dank unzureichender Polizei und Justiz.
281 - Sedlmayr, aaO. S. 20
282 - Sedlmayr, aaO. S. 22 ff
283 - Sedlmayr, aaO. S. 25
284 - Wolfgang Kaden in „Der Spiegel", 11/1990 S. 143. Dazu XI, 327
285 - nach dem in London im Mai 1990 veröffentlichten Jahresbericht der UN
286 - Seit Gregor VII (gestorben 1085). So Arnold Gehlen, „Moral und Hypermoral", Athenäum Verlag Frankfurt 1969, S. 105
287 - Friedrich Lohmann, Stutsmoor 12, D-2 Hamburg 52, Ruf 040/893357
288 - in seiner „Geographica", Band XVII, S. 15. In der Übersetzung von Großkurd, 1833, auf S. 358
289 - Dazu Reg. Rat Dr. Nölle, „Das Weltverbrechen der Warenvernichtung", 1933 über Friedrich Lohmann sowie die „Memoiren" des Präsidenten der Bank deutscher Länder, Wilhelm Vocke.
290 - Jean Paul Sartre, zitiert in Sedlmayr, S. 63
291 - in „El Mercurio", 9.9.90, S. E 15
292 - Dazu die Preisverteilung einer Freimaurerloge in VI, 37 und V, 261; VI, 23; VIII, 75; IX, 35 u. 70
293 - Wiedergegeben als NAP-Meldung aus München in der „Neuen Australischen Post", 7.9.90. Anschrift: Adelaide, South-Australia, 14-tägig. Die Nachricht ist für Leser in Australien besonders interessant, da die dortige gesellschafts- und kulturtragende weiße Bevölkerung einem dauernden starken Druck der „Gelben" ausgesetzt ist und diesem von Regierungsseite laufend nachgegeben wird.
294 - „Neue Australische Post", Adelaide vom 7.9.1990, nach Auskunft des Pressesprechers im Staatssekretariat für Ausländerfragen der DDR, Rainer Wendt.
295 - Der Abgeordnete Federico Mekis, El Mercurio, 22.9.1990
296 - Dazu XI, 167, 168, 177, 375
297 - El Mercurio, 18.9.1990
298 - Dazu die ungeheuerlichen Einzelheiten in der Fortsetzung zu Buch XI.
299 - „El Mercurio", 22.9.1990
300 - Senator Ignacio Pérez W. in „El Mercurio"
301 - Hermógenes Pérez de Arce in „El Mercurio", 12.9.1990
302 - Wir folgen hier einem Bericht unseres langjährigen Mitarbeiters R.M., der den Verfasser seinerzeit beim Großmufti einführte und der seit jetzt mehr als zehn Jahren in Kuwait tätig ist.
303 - Am 14.3.14 wurde die ‚Turkish Petroleum-Gesellschaft' gegründet, 50% Türkische Nationalbank, 25% Deutsche Bank und 25% Royal Dutch Shell Deterings. Der I. Weltkrieg beendete die deutsche Beteiligung.

304 - Dazu I, 157
305 - Dazu I, 159
306 - Arnold Hottinger in NZZ 23.8.1990
307 - AP, Washington, 11.9.1990 in „El Mercurio"
308 - EFE 12.9.90 aus Kairo in „El Mercurio"
309 - „wie" am 14. Sept. aus Washington in der FAZ
310 - Zitiert von Timothy Phelps in „Newsday", USA, 15.9.1990
311 - Robert Shogan in „Los Angeles Times", abgedruckt in ‚El Mercurio' 15.9.1990
312 - EFE aus der Zollstation Jafyi zwischen Kuwait und Saudiarabien, 17.9.1990 in „El Mercurio"
313 - Reuter, UPI, dpa am 24.9.90 aus Washington, in „Ambito financiero" Buenos Aires
314 - „Ambito financiero", Buenos Aires 26.9.90; Meldungen von UPI, dpa und Reuter aus New York
315 - Americas Society, s. VIII, 252
316 - Michael Dobbs in „The Washington Post" am 14.9.90
317 - Dazu X, 439
318 - Reuter aus Kuala Lumpur, 1.6.90 in der NZZ
319 - Im Boxerkrieg (1900) befahl der Befehlshaber der europäischen Kontingente, Graf v. Waldersee, „The Germans to the Front", ein Vorgang, der zum Ausdruck deutscher Wichtigtuerei auf Kosten deutschen Blutes wurde. Das Bonner Verhalten in der Golfkrise kommt dieser lächerlichen Haltung verdammt nahe. In „Janes Defense Weekly" macht Heinrich Schulte (Bonn) auf die Parallele aufmerksam. Nur, daß diesmal von den Deutschen (und Japanern) **gefordert** wird, an die Front zu gehen. Wortführer sind die Senatoren Edward Kennedy und William Cohen.
320 - Ulrich Meister in der NZZ, 20 und 21.6.1990
321 - Bei der vorstehenden Aufzählung handelt es sich um Überschriften der Hessisch/Niedersächsischen Allgemeinen.
322 - Gerhard Löwenthal, aus UN Unabhängige Nachrichten, 9/1990
323 - Bilder zur Freimaurerjustiz in der BRD in VII, 27
324 - Dr. Kurt H. Hendrikson in ‚Eleusia' wiedergegeben in „humanität" Ende 1982
325 - Reuter am 7.10.1990 aus Abu Dhabi
326 - dazu II, 182. Es gibt auch Stimmen, die diese blutigen Vorgänge als bewußte Provokation der arabischen Welt ansehen, die so in den Krieg getrieben werden soll. (Amerika-Brief Nov. 1990)
327 - Dazu ausführlich in XI und in „Fortsetzung" zu XI. Ohne die dortigen Ausführungen ist das hier folgende nicht verständlich.
328 - Zu dem Thema „El Mercurio" 7.8.90 aus Talca (Milton Saavedra M.) und 16.9.90 aus Parral (Roberto Hernandez Ruiz).
329 - Dazu Foto und ausführlichen Kommentar in XI, S. 369 ff.
(Der von uns auf S. 353 genannte Arzt heißt Dr. Helmut Hopp).
330 - Einen bemerkenswerten Videofilm über die Feier von 92 Min. Länge kann man gegen DM 30,— erwerben bei Theodor Kotzenbauer, Lilienstr. 10, D-8500 Nürnberg 70
331 - Überraschenderweise schloß sich England dann am 8.10.1990 dem Europäischen Währungssystem an. Es geschah aus wahlpolitischen Gründen (Frau Thatcher bemüht sich um Wiederwahl) um die Inflation zu bekämpfen und da man einsah, seit der Stärkung der deutschen Währung durch die Wiedervereinigung nicht mehr abseits stehen zu können (Euroecon 7.10.). Außenminister Douglas Hurd versicherte jedoch gleichzeitig, daß England sich weiterhin energisch der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung widersetzt.

332 - Rein, „Reichsgründung", S. 37

333 - Die wesentlichen Daten dieser Entwicklung finden Sie in den Kapiteln „Jugoslawien" in I, 484 und II, 531. Diese Darstellungen haben keineswegs höchste Aktualität eingebüßt.

334 - Dazu I, 474 und II, 529

335 - ap im „Oltner Tagblatt" 31.3.1990

336 - NZZ, afp aus Prag am 11.7.1990

337 - Man darf dringend empfehlen, unter dem Stichwort „Buchgeld" in I und II nachzulesen. Sowie unter „Bank of England" in III, insbesondere S. 310. Wir arbeiteten damals zusammen mit George Knüpffer (X, 395) und dessen Mitarbeiter Ing. Max Theodor Wuppermann. Ein jüngerer Mitstreiter von Herrn Knüpffer, James Gibb Stuart, hielt im November 1989 einen vielbeachteten Vortrag zu diesem Thema im Konservativen Young Monday Club, Oxford, in London, der in deutscher Übersetzung in Nr. 8/1990 der Zeitschrift CODE erschien.

338 - Aufschlußreiche Zitate aus „Coningsby" in Knüpffer, S. 18 ff.

339 - In einem Aufsatz im „Z Magazine", 150 West Canton Str., Boston, Mass., 02118 USA, auf deutsch in „Dinge der Zeit", Heft 54, Juli 1990 S. 57 ff.

340 - Wir nehmen hier eine Analyse der **amerikanischen** Außenpolitik vor. Würden wir eine solche der **deutschen** Außenpolitik vornehmen, so dürften wir hier nicht die Besetzung der Tschechoslowakei und den Eroberungskrieg gegen Rußland (XI, 408) auslassen, die man als spezifisch für eine bestimmte kurze Periode deutscher Geschichte angesehen hat.

341 - In Nummer 4/1990 von „humanität"

342 - Carmin, „Guru" Hitler, Schweizer Verlagshaus Zürich 1985

343 - Dazu III, 300 und XI, 122

344 - Zu Invanovitch Gurdjieff siehe II, 522 Anm. 371. Zu streichen ist in dieser Anmerkung das, was Rauschning berichtet, denn Rauschnings Buch ist eine vollendete Fälschung.

345 - dazu II, 219

346 - etwa in II, 522, Anm. 371 und VIII, 151

347 - Zu diesen Sätzen nehmen man hinzu, was wir in V, 490 aus dem Buch von Schlabrendorff wiedergaben. Deutsche Verschwörer waren es, die halfen, in England eine antideutsche Front aufzubauen, deren Exponent dann Churchill war. Man ist sich heute noch nicht bewußt, welche Folgen die Tätigkeit dieser Widerständler in England gehabt hat. Ihre Motive waren genauso irreal wie das, was wir von Spaziergängen im Mondenschein, von Baha'i-Phantasien, von Genschers Ideen über das Konzept der Grenzen, von Rauschnings erfundenen Gesprächen mit Hitler, von Arierzuchtanstalten im III. Reich, von den blutigen Messen Crowleys und anderem berichteten. Das alles war das geistige Reich der Freimaurerei! Diesen esoterischen Logenirrsinn (der traurige geschichtliche Traditionen hat — siehe Buch III) fand man frecherweise nützlich genug, als Ursprung (erfundener!) „Nazigreuel" einzuspannen, und schrieb dazu ganze gefälschte Bücher! So soll übersehen werden, daß die unmenschlichen Schwarmgeister dabei sind, sich neue Opfer für ihre gefährlichen Wahnsinnsideen zu rekrutieren.

348 - siehe „humanität", Nr. 1, Jan/Febr. 1990

349 - Reuter, EFE und John Goshko, Washington Post am 11.10.90 im „Clarin", Buenos Aires

350 - Reuter, UPI, dpa am 24.10.1990

351 - Peter Steinfels, New York Times

352 - Über den Krimkrieg siehe III, 115 und IX, 230. Er hatte die Bedeutung einer wichtigen Zäsur in der Europäischen Geschichte, und verteilte neu die Kräfte in Vorbereitung des XX. Jahrhunderts.

353 - Christian Tenbrock in „Die Zeit", 20. Juli 1990

354 - Ulrich Schiller in „Die Zeit", 20.7.90 bei Besprechung des Buches von Kevin Phillips, ‚Politics of rich and poor' Random House, New York 1990

355 - In der Zeitung „Journal Constitution" in Atlanta am 28.10.1990

356 - Wie ja überhaupt das Greuelbild, das die Sieger von uns Deutschen seit 1945 konstruierten, in diesen Monaten der Anerkennung von Tatsachen weichen mußte. Dabei scheint es unvermeidbar, daß hier und dort Richter und Staatsanwälte in Deutschland nicht mitkommen, zum Schaden des Ansehens der deutschen Justiz, die sich so dem Niveau nazistischer Methoden bedenklich nähert. In einem Augenblick, da eine Säuberung notwendig wird, ist es darum nicht gerade vorteilhaft, zu sehen, mit welcher Intoleranz man gegen ehemalige Schergen in Mitteldeutschland vorgeht. Das könnte ein schlechtes Vorbild abgeben. Ohne die Last mindern zu wollen, die die „politische Justiz" sich in der BRD in 40 Jahren aufgeladen hat, sollte man dem Zusammenfinden der Deutschen das Wort reden.

357 - dpa, September 1990

358 - Mittelbayrische Zeitung, 22.10.1990

359 - „El Clarin", Buenos Aires 15.11.90. Daß man endlich auch in „linken" Kreisen den Zins als die größte Gefahr der kapitalistischen Gesellschaft erkannt hat, belegt jetzt auch Helmut Creutz, Monheimsallee 99, D-5100 Aachen, Tel.: (0241) 34280 in seinen Schriften. Allerdings hält das politische Wissen auch hier nicht mit mit den wirtschaftlichen Erkenntnissen. Die Frage „Wessen Waffe ist der Zins?" wird nicht beantwortet.

360 - AP und Reuter am 10.11.1990 in „El Clarin", Buenos Aires

361 - Mark Matthews und Richard P. Sia in „Baltimore Sun" und Dan Balz und Jeffrey Smith in „The Washington Post", aus „Clarin" 11.11.1990

362 - Lally Weymouth, „Washington Post" aus Tel Aviv, 11.11.1990

363 - Dan Balz „The Washington Post" und Douglas Jehl, „Los Angeles Times", am 11.11.1990

364 - Ronald J. Ostrow, „Los Angeles Times" und Lionel Barber, „Financial Times"

365 - „Amerika-Brief", Nov. 1990 S. 8

366 - Rückübersetzung von AP, AFP, UPI-Meldungen aus Warschau vom 14.11.90 in „El Clarin", Buenos As.

367 - Wir meldeten bereits, wie das politisch-geistige Vakuum im europäischen Südosten anzieht. Professor Nenning, Studienzentrum Weikersheim, italienische Pentagonale, baltische Konferenz, Thatcherbesuche, gehören hierher, aber auch die Tatsache, daß die Balkanstaaten auf der bedeutenden KSZE-Gipfelkonferenz in Paris am 18. Nov. 1990 als „Gäste Frankreichs" erschienen. Das erinnert an die „Kleine Entente". Nur Herr Genscher meint, mit einer dilettanten Auffassung von „Grenzen" und Verzichtpolitik mitziehen zu können. Er begreift nicht, daß er damit jeden im Südosten auftretenden Deutschen als reumütigen Verbrecher deskriminiert hat. Siehe auch Anm. 378

368 - laut „El Mercurio", 14.8.1990

369 - „Spotlight", 3. Sept. 1990, S. 24

370 - „El Mercurio", UPI, 19.11.1990

371 - AP und Reuter aus Bagdad, am 19.11.1990

372 - AFP am 20.11. aus Panama. „Mercurio", 21.11.1990

373 - Reuter und UPI aus Beijing (Peking) am 22.11.1990

374 - Das Sultanat von Oman war schon seit je Englands großer Gegner im Mittleren Osten, doch Sultan Taimur, ein tiefgläubiger Moslem, wurde durch einen Staatsstreich mit eng-

lischer Unterstützung entfernt und durch seinen Sohn, den hochgradig homosexuellen Qabbous ersetzt, der von adretten britischen Offizieren umgeben ist. Der neue Omani Rial ist mit dem Pfund Sterling gekoppelt, riesige Bürohäuser und Luxushotels entstanden, die Zinsenwirtschaft wurde eingeführt. (R.M.)

375 - Reuter aus Houston (Texas) am 25.11.1990

376 - Mit diesem Titel und dem Untertitel „Die geplante Weltdemokratie in der ‚City of Man' " (ein bereits 1940 erschienenes Buch, „A Declaration on World Democracy") erschien jetzt ein informierendes Buch über die politische Entwicklung von Johannes Rothkranz. Näheres über Memopress, CH-8215 Hallau, und im Literaturverzeichnis.

377 - „Woche im Bundestag", Parlamentskorrespondenz 26. Sept. 1990, S. 31.

378 - Das Vorbringen ist bezeichnend für das übertriebene Selbstbewußtsein eines Freimaurers und letzter Beweis für deren verschwörerische Aktivität. Weder von anderen Individuen noch von Parteien, Kirchen und Organisationen, kann ein derartiger Ton erwartet werden.

379 - Zum Verständnis sollte man unbedingt die entsprechenden Kapital in unserem vorigen Buch heranziehen.

380 - Diesen Brieftext und die folgenden entnehmen wir dem Rundschreiben „Alarmsignale aus Südwestafrika", herausgegeben vom „Hilfskomitee Südliches Afrika", D-8630 Coburg, Postfach 1854. Vorsteher Peter Dehoust.

381 - Otto Schily, linksaußen der SPD, schwenkte im Fernsehen nach der Wahl in der DDR vom 18. März eine Banane: „Nicht für die Freiheit stimmten sie, sondern für die Banane". Nur eines übersah er: daß in der DDR kaum Freiheit geherrscht hat. Und daß das Ideal der Linksintellektuellen (Schily, Günter Grass, usw.) die DDR 1989 starb, nicht, weil es keine Bananen gab, sondern weil der Kollektivismus, ein Leben ohne menschliche Differenzierung, aushungert und auszehrt. Daß der genauso abtötende Liberalismus langlebiger ist, liegt daran, daß er sich über den Zins Kraft aus der Zukunft stiehlt. Am Ende ist auch er ein tödliches Gift.

382 - „El Mercurio", 12.11.1990

383 - Genschers russischen Kollegen Schevardnadse ereilte das Schicksal noch vor Ende 1990 aus ähnlichen Gründen.

384 - Georg Kohler in der NZZ, 4.7.1990 bei der Besprechung von Peter Sloterdijks „Rede über das eigene Land".

385 - Peter W. Fischer (dpa) in Mittelbayrische Zeitung, 25.10.1990

386 - „Das Goetheanum. Wochenschrift für Anthroposophie", Nr. 21 vom 21.5.1989. Aufsatz von Frans Calgren „Die ‚magische Operation' der Nacht auf den 5. August 1789".

Alphabetisches Namens- und Sachregister

A

Ablehnung 268
Abshagen, Karl Heinz Anm. 31
Abtreibung 57
Adenauer, Konrad 80
Aggression 258, 272
Ägypten 255, 273
Akihito, Kaiser 38
Albaner 25, 142, 279
Algier 261
Alexander I., Zar 202
Alfonsin, Raúl 230, 235
Al Gailani, Rashid 258
Al Husseini 257
Americas Society 239
Anarchie, Anm. 136; 296, 299
Andreotti, Giulio 50, 227
Anerkennung (der DDR) 119, 192
Anorganisches 287
Antall, Jozsef 105
Anthroposophie, 116, 216
Antichrist 284, 298
Aoun, General 264
Appel, Rolf 107
Aquin, Thomas von 208
Arabische Liga 248
Arabischer Gipfel 269
Arafat, Yasser 208, 247, 260
Arbeitslosigkeit (DDR) 152
Argentinien 39, 66, 267
Arroganz 64, 142, 53
Arrow 251
Assad, Hafez Al 247, 264, 274
Asiatische Festspiele 261
Asylanten 24, 86, 150
Atheismus 221, 288
Atomkrieg 77, 183, 74, 79, 183
Atomwaffen 194, 53
Augstein, Rudolf 50
Auschwitz 165, 199
Ausländer 116, 139, 144, 153
Ausländerfeindlichkeit 153
Auslandsdeutsche 102, 133, 198, 299
Aylwin, Patricio 234 ff., 243
Ayn Rand 255
Aziz, Tarek 262, 271

B

Bacque, James 77
Bagdad 247, 248, 271
Bahr, Egon 85
Baker, James 194, 201, 271
Balten 131
Baltische Konferenz 285
Banco de Chile 66
Banks, Tony 253
Bardeche, Maurice 34
Baron, André (Louis Dasté) Anm. 73
Basrah, 257
Baucus, Max 262
Baudelaire, Charles 288
Bauern (DDR) 63, 140, 156
Bayern, 104
Beckenbauer, Franz 64
Becker, Dr. 81
Beethoven, Ludwig van 24, 241
Befreier 116, 147
Beihilfen 128
Belussow, Boris Anm. 219
Ben Aharon, Yossi 264
Ben Bella, Mohammed Ahmed 261
Bendkower, Sigmund Anm. 75
Benesch, Eduard 132
Benn, Tony 274
Berghofer, Wolfgang 146
Berker, Dr. Hans 277
Berlin 56, 68, 148, 157
Berlin (Ost) 57, 87, 89, 141, 155
Bermudas 56
Best, Dr. Werner 33
Biedenkopf, Kurt 108, 285
Bin Said, Quaboos 269
Bishop, Graham 46
Bismarck, D. Klaus von 158
Bismarck, Otto Fürst von 57, 104, 119
Blackwell, Jim 270
Blackwood, Algernon 217
Blavatsky, Helena P. 116, 216
Boeden, Gerhard 43
Boehlich, Walter 19
Bölling, Klaus 84
Bölte, Emil Anm. 49
Boxerkrieg Anm. 319
Bradshr, Keith Anm. 203
Brandenburger Tor 20, 97, 178
Brandt, Willy 84, 85, 269
Brasilien 227, 253
Brauchtum 149
Braun, Joachim Frhr, von 158 ff.
Brentano, Heinrich von 81
Breschnew, Leonid 73, 79
Breslau 27, 117
Bromberg 188
Brüderlichkeit 14, 94, 290
Brüssel 139
Brzezinski, Zbigniew 60
Buchanan, James 217
Buchanan, Patrick Anm. 153; 217
Buchgeld, anm. 337
Büchi, Hernan 235
Budapest 88, 98, 135
Bundesflagge 69, 149
Bundeswehr 237
Burda 294
Bürgerkrieg 150
Burley, Anne Marie 60
Burschenschaften 115, 117, 210, 109
Bush, George 20, 55, 67, 68, 142, 143, 193, 251, 255, 261, 262

C

Cambridge 52, 59, 47
Camus Larenas, Carlos 240
CARE 99
Carstens 35
CDU 83, 134, 165
Cerneau-System 217
Chauvinismus 114
Cheney, Dick 248
Chevenon 54
Chile 65
China 35, 136, 274, 284
Chomsky, Noam 208, 266
Christie, Agatha Anm. 44
Christophersen, Thies 74
Churchill, Winston 27, 57, 65, 66 76, 192, 218, 289
Clay, Lucius D. 33
Collor de Mello 227, 282
Columbia-University 239
Comenius, Johann Amos 220
Cordesman, Anthony 248
Correa, Enrique 242
Cottbus 98
Crowley, Alester 71, 216
Cruciani, Julio Anm. 226
Curzonlinie 164
Czaja, Herbert 168, 177, 198

D

Daimler-Benz 21, 47
Daladier, Edouard 55
Dannhäuser 139
Dan Quayle 228
Danzig 53, 117, 268
Darman, Richard 284
Daschitschew, Prof. 70
David, Dr. 101
DDR 82, 128
Dedial, Jürg 37
De Gaulle 77
Dehler, Dr. Thomas 82
Delors, Jacques 55
Demokratisierung 138, 158, 177, 275
„Der Scheinwerfer" 108
Deutsche Bank 136
Deutsche Bundesbank 140
Deutsche Burschenschaft 109
Deutschenhaß 112, 165, 75
Deutschlandlied 122
Dhahran 257
Dialog 134, 160, 170, 179, 199, 94, 32, 90, 91, 299
„didasco", Anm. 130
„Die Bauernschaft" 74
Dienstbier, Jiri 39
Diestel, Peter-Michael 126
„Die Welt" 50, 92, 147, 192
„Die Zeit" 72

„Dignidad" 238
Diktat 196
Dimant, Abel 68
Dinter, Berthold 214
Diouf 282
Dittborn, Julio 239
Diwald, Hellmut 120
Djiddah 248
Djihad 256, 252
Dobbs, Michael Anm. 316
Donau 284
Don Kerr 270
Dorpat 131
Dregger, Dr. Alfred MdB 134
Dresden 26, 88, 92, 97, 284
Drewes, Richard 150
Dromi, José Roberto 231
Dubai 262
Dublin 59, 66, 135, 284
Dumas, Roland 54, 201
Dupré, Carlos 238

E

Ebert, Friedrich 101, 178
Eden, Anthony 218
EG 50, 53, 60, 62, 122, 52, 265
Eickenmeyer, Oberst 108
Eidgenossenschaft 118
Eine Welt 15, 141
Einkreisung 36, 41
Einstein, Albert 57, 77
Eisenhower, Dwight 77
Elbe 26, 102, 284
Ellers, Meinolf Anm. 63, 65
„El Mercurio" 232, 236, 237, 241
Engelberg, Ernst 57
England 26, 74
Entente-Freimaurerei 116, 35
Entkolonialisierung 112
Erdöl: Öl
Errázuriz, Jorge 65
Erziehung (USA) 139
Eshkol, Levi 140
Europa 96, 102, 130, 297
Europaclub (Warschau) 193
Evangelische Kirchen 157
Ewigkeitsfaktoren 139
Experimenta 219, 146

F

Feder, Gottfried 215
Federov, Boris 282
Ferguson, Alexander 47
Fernsehen 62, 72, 87, 89, 149
Fichte, Johann Gottlieb 110
Filbinger, Hans Prof. 35, 102
Finnland 274
Fischerei 232
Flächenbombardierung 71, 77
Flüchtlinge (Golf) 253
Fonds Deutsche Einheit 122
Fontaine, Ernesto 236
Forschungsbeirat 80
Foxley 235
Frank, Dr. Hans 167
Frankenberger, Klaus-Dieter 262
Frankfurt/Main 41
Frankreich 38, 54, 55, 194, 285
Französische Revolution 229
Freie Deutsche Jugend 57
Freiheit 15, 221, 299
Freiheitskriege 108, 119, 83
Freisler, Roland 110
Freud, Sigmund 288
Freyer, Hans Anm. 278
Friedensbemühungen 268, 294
Friedlosigkeit 187
Friedmann, Milton 144
Friedrich der Große 57
Friedrich Wilhelm II. 117
Fukuyama, Francis 141
Fuller, Generalmajor J.F.C. 73
Fundamentalisten 254
Fürstenmorde 83, 116, 150
Fußball 64

G

Galtieri, Leopoldo Fortunato 247, 267
Galvin, General John 260, 282
Gefühllosigkeit 70, 71, 177, 289
Geheimgesellschaft 9
Geheimzeichen 15
Gehlen, Arnold, Anm. 277, 286; 208
Gehler, Mathias 154
Gegenkirche 275
Geiger, Alwin 149
Geld 116
Genfer Konferenz 82
Gennrich, Claus 200
Genscher, Hans-Dietrich 52, 96, 120, 170, 171, 182, 183, 188, 194, 195, 197, 201, 203, 238, 244, 294
George, Lloyd 217
Geschäftsgrundlage 207
Gesetzlosigkeit 187
Gesinnungsethik 138
Gewalt: Schulen
Gewaltherrschaft 167
Giftgas 246, 262
Glaspie, April 247
Gleichgewicht der Kräfte 72
Glubb Pascha, General 257
Glum, Prof. Dr. Friedrich 110
Gneisenau, August Neidhardt von 108
Gnieser, Georg Anm. 78
Goebbels, Dr. Joseph 215
Goguel, Rudi Anm. 137
Golden Dawn 216
Goldmann, Nahum 143
Gonzalez, Felipe 51, 227
Goodstein, Laurie 265
Gorbatschow, Mijail 8, 18, 69, 73 87, 104, 137, 142, 171, 193, 260, 255, 269, 273, 143
Goerdeler, Carl Friedrich 101
Gornicki, Wieslaw 193
Goethe, Johann Wolfgang 275
Gotteslästerer 259
Graber, Karl Anm. 246
Grass, Günter Anm. 381; 181
Grenzen 26, 53, 114, 187, 200
Griechenland 51
Grondona, Mario 66
Großkapital 135
Grotewohl, Otto 73, 79
Gurdjieff, Iwanowitsch Anm. 344; 216
Gurirab, Theo-Ben 276
Guttsman, Janet 41
Gysi, Gregor 155

H

Haager Landkriegsordnung 33, 120, 160, 182, 267
Habib, Ali 261
Hagenbeck, Karl 56
Haig, Alexander 247
Halle 98
Hallstein-Doktrin 82
Hamburg 125, 56
Hamilton, Herzog von 218
Hamilton, Lee 252
Hammadi, Saddum 252
Hammer, Armand 136
Harris, Bomber- 27, 75
Harzburger Tagung 215
Hassel, Kai-Uwe von 277
Haushofer, Prof. Karl 216, 217, 218
Havel, Vaclav 103, 280
Hawaii 37
Hayek, Friedrich von 144
Hegel 141
Heimatbund 80
Heinemann, Dr. Gustav 82
Heise, Karl 116
Helder Camara, Kardinal 143
Helphand (Parvus) 217
Helsinki 256, 255
Hendrikson, Dr. Kurt H. Anm. 324
Heneghan, Tom 69
Hentig, Otto v. 210, 213
Herder, Johann Gottfried 110
Heredom 217
Herrhausen, Alfred 43
Hess, Rudolf 210 ff, 199
Heuchelei 255, 21, 288
Heus, Theodor 81
Heyke, Hans-Eberhard 177
Heym, Stefan 87
Hitler, Adolf 162, 197, 209, 210 ff 36, 131, 214
Hofer, Andreas 102
Hoffmann, Dr. Albrecht Anm. 140

Hölderlin, Friedrich 16
Honecker, Erich 83, 88, 89, 92
Hongkong 128, 259
Honsik, Gerd 26
Horkheimer, Max 177
Horn, Gyula 112, 130
Horvath, Istvan 88
Hottinger, Arnold Anm. 249, 306
Houston 38, 66, 67
Huhnke, Brigitta Anm. 272
„humanität" 107, 163, 222, 275, 297
Hungerblockade 222, 114, 179, 259, 266
Hunneus, Carlos 245
Hurd, Douglas Anm. 331; 201
Hurra-Patriotismus 112
Illuminaten 70, 275
Illusionen 266
Indien 257, 284
Inflation 152, 58
Ipsissimus 216
IRA 70
Irak 246 ff
Iran 256, 252
Iren 70
Irvin, David 12, 26, 66, 147
Ishihara, Shintaro 37
Israel 208, 170, 261, 259, 251, 263, 270, 273
Italien 39, 50

J

Japan 37, 58, 142, 67, 259, 254, 286
Jaspers, Karl 184
Jaures, Jean 101
Jalta 20, 40, 160, 178
Jaruzelski, Wojciech 192, 202
Jefferson 21
Jemen: Yemen
Jerusalem 190, 263, 264, 271
Johannes Paul II 273
Johnston, Robert 271
Jordanien 261, 259, 250
Juden 109, 263
Jugend 140, 148
Jugendverbände 57
Jugoslawien 184
Jukes, Stephen 46
Jurado, Alicia Anm. 191
Jusos 85

K

Kaden, Wolfgang Anm. 284
Kaharito, Kim 37
Kaifu, Toshiki 189
Kaiser, Jacob 80
Kaiserhof 211
Kalender 189, 214
Kalter Krieg 82
Kamal, Hussein Anm. 219
Kaminsky, Horst 47
Kapitalismus 136, 294
Kaliningrad 192
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus Anm. 70
Karlspreis 112
Karlstein 106
Kartte 157
Katholische Kirche 160, 196
Kautzky, Karl 101
Keating, Giles 50
Kelly, Sir Gerald 217
Kemp, Herbert Anm. 17
Kennedy, John F. 266, 21
Khaddam, Abdel Halim 264
Khomeini 246
Kind, Christian 35
Kindergärten 57, 92, 153
Kissinger, Henry 136, 208
Knabe, Friedrich Anm. 167
Knight, Stephen 225
Knüpffer, George, Anm. 337
Kohl, Helmut 25, 47, 54, 73, 84, 88, 128, 168, 170, 171, 177, 192, 193, 195, 197, 222, 294
Kohler, Berthold 39
Kojeve, Alexandre 141
Kolbe, Maximilian 15
Kolonialschuldlüge 112
Kolumbien 65, 274
Königsberg (Pr) 192, 117
Kopenhagen 108
Korea 38
Körner, General 239
Körner, Theodor 108
Koschyk, Hartmut, Anm. 144
Kothenbauer, Theodor, Anm. 330
Kraus 235
Krause, Guenther, Anm. 123
Krenz, Egon 89, 90, 91
Krim 266
Kriminalität 148, 57, 288
Kroaten 134, 278, 298
Krönig, Jürgen 72
Krutschew, Nikita 79, 82
Kuba 260, 267
Kühn, Detlef 102
Kunst 148, 16, 220
Kurilen 37, 286
Kuwait 246 ff
Kwaternik 39

L

Lafontaine, Oskar 48, 84, 86, 97, 150
Lamarque, General 109
Lambsdorff, Otto Graf v. 94, 110, 120, 128
Lanari, Juan Aguirre, Anm. 262; 232
Landau, George 239
Landsberg 217
Lastenausgleich 169
Lautaro, Loge 116
Laun, Dr. Kurt v., Anm. 138; 3
Leasor, James 218
Lebach 25
Le Baule 190, 282
Leipzig 87, 90, 97, 99, 152
Leisler Kiep 117
Leistung 137
Lepot, François, Anm. 214
Lenin 135
Leuschner, Wilhelm 101
Levy, David 264
Liberalismus 144, 289
Liberty Lobby 272
Liebknecht, Karl 101
Lilley, Peter 62
Litauen 160, 281
Lizenzträger 22
Lohmann, Friedrich, Anm. 287; 214
London: Mutterloge, 36, 72, 10 141
Löwenthal, Gerhard Anm. 322
Lubjanka 245
Ludendorff, Erich 215
Luft 283
Luxemburg, Rosa 101

M

Maaz, Hans-Joachim 140, 147
Machen, Arthur 217
Magdeburg 98, 155
Magris, Claudio 184
Mahathir, Mohamad 282
Mahjoub, Rifaat 264
Mainz 108
Maizière, Lothar de 140
Malediven 274
Malta 193
Malvinenkrieg Anm. 135; 56, 73 247, 267
Mandela, Nelson 16, 56
Mapocho 235
Marines 256, 271
Marshallplan 128
Masaryk, Tomás 112, 280
Massen 144
Mauer, Berliner 164, 178
Mayer, Arno 11
Mazowiecki 171, 172
Mc Cowen, Major 212
Mc Namara, Robert Strange 202
Meichsner, Friedrich 50
Meiningen 98
Meissner, Dr. jur. Egmont Anm. 106; 159
Meissner, Lore Anm. 252
Meister, Ulrich anm. 320
Memorandum der Acht 157 ff.
Memphis-Misraim 217
Mendes-France, Pierre 80
Menem, Dr. Carlos 227, 232
Menuhin, Jehudi 107
Menschenrechte (Chile) 241

Messerschmidt, Willy 212
Meyer, Alexander
zu Knossow Anm. 143
Meyrinck, Gustav 216
Michelis, Gianni de 50
Mielke, Erich 92
Minderheiten 135, 202 ff
Mitteleuropa 131
Mittenzwei, Ingrid 57
Mitterand, François 54, 192, 194, 254, 262, 271, 282
Mobutu, Joseph Désiré 282
Modrow, Hans 91, 171
Möllhoff, Christian Anm. 177
Molnar, Prof. Thomas 141
Moloch 70
Momper, Walter 85
Montgomery, B.L. 76
Montgomery, John D. 21
Morita, Akio 37
Moses 70
Mubarak, Hosni 252, 260, 264
Mühlemann, Christoph 54
Müller, Heiner 57
Müller-Armack, A. Anm. 279
München 212, 267
Museen (Berlin) 58
Musil, Roberto 141
Mussolini, Benito 39
„Mut" 106, 141
Mutterloge 25, 35, 108, 116, 159
Myers, Dr. Norman Anm. 269
Mystik 70

N

Nakasone 38
Napoleon I. 108, 109
Naranjo, Jaime 241, 243
Natan, Alex 83
Nationalhymne 92, 122, 148, 178
Nationalsozialismus 219, 187, 220
Nato 53, 60, 63, 69, 81
Navachab 276
Nemeth, Miklos 88
Nenning, Dr. Günther 102
Neubauer, Harald 168
„Neue Australische Post", Anm. 293, 294
Neue Weltordnung 262
Neutralität 221, 59
Neutralisationsebene 208
„Newsweek" 54, 192
Nikaragua 226
Nölle, Reg. Rat Dr., Anm. 289
Nolte, Ernst 113
Nordsee 284
Nunn, Sam 271
Nuri Es-Said 250
Nürnberger Prozeß 34, 208
NZZ 203, 59, 79

O

O'Brien, Conor Cruise 41
Oder 284
Oder-Neiße-Linie 31, 36, 40, 70, 81, 83, 157 ff.
Ohne uns! 255, 118
Öl 247, 253, 272
Ollenhauer, Erich 81, 82
Oppeln 207
Ordnungsprinzip (Balkan) 132
Ordo Templi Orienti 217
Orlando, Vittorio Emanuele 112
Ortega, Daniel 226
Ortleb, Rainer 141
Österreich 82, 131
Ostdeutschland 170 ff, 182, 132, 159, 168
Osteuropa 131
Ostsee 285
Ovamboland 275
Ozon 283

P

Palästina 261, 262, 263
Panamaskandal 116
Panmunjom 38
Pabsch, Wiegand 234
Pachmann, Ludek 132
Paribas 46
Pariser Konferenz 82
Patriotismus 110
Paetzola, Erich 157
Paulskirche 115
Pazner, Avi 264
Pearl Harbour 37
Peking 136
Penner, Joachim, Anm. 183
Pentagonale 39
Pereira, Oscar Henriquez 236
Perestroika 87, 106, 129, 221, 69, 255, 298
Perez de Arce, Hermogenes, Anm. 301
Perez, Ignacio W., Anm. 300
Persönlichkeit 17
Phelps, Timothy, Anm. 310
Philarmoniker, Berliner 24
Philippinen 37, 274
Pinochet, Augusto 144, 234 ff, 241
Piraterie 112
Pizarro, Marino 236
Planwirtschaft 131
Pöhl, Karl Otto 43, 46, 47, 48, 64, 73
Polen 39, 53, 132, 161, 182, 188, 193, 208, 219, 148, 195, 87, 281
Pollack, Peter 140
Polnische Gewaltherrschaft 135, 165, 167, 172 ff, 182, 208
Portugal 221, 51, 59, 116
Potsdam 209, 160
Postleitzahlen 80
Powell, Colin 208
Präambel 198, 177
Prather, Michael J., Anm. 265
Presse 179, 183, 277
Preußen 102, 120, 139
Primakov, Yergeny 260, 265, 269
Proksch, Udo 110, 244

R

Radeck, Wilhelm 215
Rafsanjani, Ali 252
Raeber, Kuno 18
Raiser, Prof. Dr. Ludwig 158
Rajneri, Julio 232
Rakov, Viktor, Anm. 115
Ramos, Julio A. 237
Rand, Ayn 255
Rassen 217
Räther, Hemut, Anm. 275
Rauch 58
Rauschning 215
Reagan, Ronald 21, 247, 251
Regenbogengesellschaft 139
Reichsgründung 112
Reichskleinodien 106
Reiss, Theodor 217
Replica 232
Republikaner 168
Reuss, Theodor 217
Revanchismus 197
Rexrodt, Günter 41
Reyes, Fidel Castillo 240, 241
Ridley, Nicholas 60, 61, 130, 187
Riesmann, David 144
Riesser, Gabriel 109
Riga 131
Ritterband, Charles E. Anm. 35; 51, 245, 250
Robben 276
Rock 56, 220
Röhm, Ernst 215
Roos, Achim v. 53
Rosenberg, Alfred 214
Rost, Maja Anm. 179
Rostock 128
Roth, Karl Heinz 136
Roth, Stephan Ludwig 102
Roux, Dr. Jean Paul 277
Rudolfsgnad 133
Rumänien 260
Rushdie 259

S

Saarland 80, 86
Sabbah 257 ff, 273
Sachalin 37, 286
Sachsen 98, 101
Safranski, Rüdiger 144
Sakamoto, Misoji 38
Salomon, Ernst v. 104
Salomon Brothers 65, 46

Salomonisches Urteil 83
Samoa 178
Sanskrit 217
Sartre, Jean Paul Anm. 290
Saudiarabien 250, 261
Savimbi 276
Schabowski, Günter 57
Schacht, Horace Greely Hjalmar 214
Schäfer, Stefan 62
Schäffer, Johann Heinrich 114
Scharnhorst, Gerhard von 108
Schäuble, Wolfgang 108, 171, 193
Scheel, Walter 80, 234
Scheidemann, Philipp 101
Schewardnadse, Eduard 53, 69, 261, 274
Schicksalsgemeinschaft 142
Schill, Ferdinand von 108
Schiller, Friedrich 102
Schiller, Thomas Anm. 176
Schiller, Ulrich Anm. 354
Schilling, C.G. 56
Schily, Otto 381
Schlabrendorff, Fabian v. Anm. 347
Schmalz-Jacobsen 168
Schmidt, Helmut 73, 83, 94
Schmidt, Hermann 242
Schmidt-Häuer, Christian Anm. 114
Schöfberger, Rudolf 85
Schönhuber 63
Schöttes, Heinz Joachim Anm. 174
Schreiber, Werner, MdB 240, 243
Schröder, Gerhard 82, 84
Schuld am I. Weltkrieg 114
Schulen (deutsche) 139, 148, 102
Schwarz, Hans-Peter 36
Schwarzkopf, Norman 270
Schweiz 248
Sebottendorf, Frhr. von 215
Sedlmayr, Hans Anm. 275; 288
Selbstbestimmung 120, 135, 170, 182, 198, 299
Senegal 282
Serajewo 114
Serben 134, 278
Shamir, Yitzhak 261, 264, 273
Sharon, Ariel 251
Shelesnowodsk 73, 200
Shogan, Robert Anm. 311
Sicherheitsrat 248, 261, 273, 274
Skaldenorden 215
Skierka, Volker 243
Skubiszewski, Krysztof 96, 192, 194, 202
Slowakei 134, 280, 298
Slowenien 134, 278, 279, 298
Smith, Andrew Hugh 42
Smith, Thomas F.A. 52
Solidarnosc 165
Souveränität 118, 193
Sowjetunion 131, 208, 146, 193 132, 247, 255, 252, 282
Sowjetzone 99
Sozialismus 63, 86, 136, 144, 146, 239, 294
Spanien 56
Späth, Lothar 47
Spengler, Oswald 86
Spohn, Hans-Ulrich 237
Springer, Axel - Verlag 147
Staat, 106, 119, 159, 178, 118
Staatsvertrag (DDR-BRD) 148
Stäcker, Dieter, Anm. 173
Stadthagen 101
Stahlproduktion 72
Stamm, Rudolf 39
Steffens, Manfred 98 ff
Stein, Reichsfreiherr vom und zum 110
Steinfels, Peter 351
Stettin 109
Stingl, Josef 133
Stoker, Bram 216
Stoph, Willi 91
Strabo 137
Streiks 128
Studienzentrum Weikersheim eV. 35, 101, 131, 70
Succow, Michael 285
Sudan 261
Südekum, Dr. 101
Sudetendeutsche 195
Suezkanal 253, 252
Sultan, Prinz 270
Syrien 247, 252
Swedenborg-Ritus 217
Szymanderski, Jacek 192
Szczypiorski, Andrzej 172

T

Tägliche Rundschau 100
Taimur, Sultan Anm. 374
Taiwan 38
Taus 281
Taylor, Prof. Alan 83
Teheran 256
Teilwiedervereinigung 22, 159
Teletschka 133
Tenbrock, Christian Anm. 353
Terror 87, 201, 17, 28, 44, 102
Thatcher, Margret 38, 41, 45, 47, 50, 51, 52, 53, 59, 60, 183, 262, 267, 284
The Mount Pelerin Society 144
The New Republic 254
Thule-Orden 210
Tietmeyer, Hans 80
Tito 39, 131, 278
Toleranz 110
Tomasek, Kardinal 134
Toynbee, Arnold, Anm. 128
Trollope-Trick 266
Trotzkij, Leo 101, 217
Truman, Harry Shippe 83, 289
Tschechoslowakei 39, 132, 133
Türkei 248, 259, 267

U

Ukraine 70
Ullrich, Michael 147
Umweltschutz 161, 134, 138, 146, 223
Ungarn 135
Unrechtstaat 208
Uruguay 255
USA: Vereinigte Staaten

V

Valorisation 136
Vandervelde, Emile 101
Vangerow, Hans-Heinrich Anm. 274
Vansittard, Lord Robert G. 72
Varela, Pedro 12
Vargas, Edmundo 238, 239
Vaterland 112
Vatikan 251
Venezuela 249
Ventker, Dr. 215
Verantwortungsethik 138
Verantwortungsgefühl 148
Verbrechertum 75, 290
Vereinigte Staaten v. Amerika 38 67, 146, 208, 262, 284
Verfassungsgericht (BRD) 203, 19
Versailles 112, 178, 164, 159
Versöhnung 147
Verzicht 160, 162, 195, 196
Veselica, Dr. 131
Viehdiebstähle 229
Visumszwang 188
Vogel, Hans-Jochen 86, 97
Vogel, Theodor 51
Voigt, Karsten 84
Völkerbund 203 ff, 240
Völkermord 133
Völkerrecht 120, 177, 180, 255, 33, 282
Volksabstimmung 164, 269
Volksgruppenrecht 169
Volksbewegung, Salzburg Anm. 1
Vom Wege, Thorsten, Anm. 175
Vorurteile 14, 114, 117
Voscherau 125

W

Wachstum 282, 285, 287, 290
Wagener, Otto 214
Wahhabiten 262, 257
Währungsreform 128
Waigel, Theo 122, 149, 150
Waldersee, Graf v. Anm. 319
Walesa, Lech 40, 131, 199
Walters, Vernon 20
Walterspiel, Karl Th. 222
Wartburgfest 109
Wasser 284

Waters, Roger 56
Weidemann, Karl und Ingried, Anm. 141
Weikersheim: Studienzentrum
Weinberger, Caspar W. Anm. 201
Weißhaupt, Adam 70
Weissmann, Karlheinz 106, 107
Weizsäcker, Friedrich von 20, 74, 92, 94, 147, 159, 193, 202, 168
Weltbevölkerung 290
Weltwährungsfonds 135
Werdandi 210
Whelan, James R. Anm. 231
Wischnewski, Hans-Jürgen 85
Wittmann, Fritz 198
Wohltätigkeit 115
Wolfgram, Torsten 192
Wunsiedel 214, 220

Y

Yaciretá 229
Yeats, W.B. 216
Yemen 248, 273
York von Wartenburg, Graf 108, 117
YPF (Argentinien) 229

Z

Zerstörung 143
Zetkin, Klara 101
Zetzsche, Helmut 291
Ziehlke, Erich 215
Ziemer, Christof 147
Zigeuner 148
Zimbabwe 278
Zinsen 48, 72, 115, 137, 261, 273, 293, 294
Zirkel 17, 22

Abkürzungen

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EFTA	European Free Trade Association
Nato	North Atlantic Treaty Organization
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
ND	Neues Deutschland
PDS	Partei Demokratischer Sozialisten
PPD	Partido por la Democracia (Chile)
SA	Südafrika
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPDW	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (West)
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
UDI	Union Democrática Independiente (Chile)
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee

Zeitschriften

Amerika-Brief	Hans Schmidt, POB 10601, Burke VA, 22015 USA
Aufbau	America's only German-Jewish Publication, 2121 Broadway, New York, NY 10023 USA
CEDADE	Pedro Varela, Calle Seneca 12, 08006 Barcelona, Apartado de Correos 14.207, 08080 Barcelona, Telefon: 0093 237 0009 Spanien
CODE	Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg
Das Neue Volk	Karl Vogelsang Bund, A-1090 Wien, Fuchsthallergasse 11
Denk mit	Klaus Huscher, D-8500 Nürnberg, Elsa-Brandström-Str. 1
Der Scheinwerfer	Eberhard Hefendehl, D-8634 Rodach-Sülzfeld 14, Telefon: 09564 3185, BRD
Der Schlesier	D-4350 Recklinghausen, Hernerstr. 12a, Pf. 101752, Telefon: 02361/23800, BRD
DESG-Inform	Deutsch-Europäische Studiengesellschaft, Heinz-Dieter Hansen, Postfach 111927, D-2000 Hamburg 11
didasco	Pierre Michel Bourguignon, Boite postale 2, Bruxelles 24, rue des Bogards 17, B-1000 Bruxelles, Belgien
Die Bauernschaft	Thies Christophersen, Molevej 12, DK-6340 Kollund, Dänemark. Telefon: 00454 678568
Dinge der Zeit	Adelheid Müller, D-7313 Reichenbach (Fils)
Eidgenoss	Dr. Max Wahl, CH-8401 Winterthur, Tel. 052/331533
GDO	Gemeinschaft Deutscher Osten, Maximilianstr. 14, D-8900 Augsburg
humanität	Das deutsche Freimaurer Magazin, Redaktion: Jens Oberheide, Kerstingstr. 37, D-3000 Hannover 1
Kommentare zum Zeitgeschehen	Konrad Windisch, A-1171 Wien, Postfach 543
Mehr Licht!	Lothar Buchecker, Postfach 13, D-8317 Mengkofen, Telefon: (08733) 632 / 724 (ab 18 Uhr)
Mut	Bernhard C. Wintzek, D-2811 Asendorf, Postfach 1, Telefon: 04253/566
Nation	Adrian Preissinger, Am Angerbach 2, D-8176 Waakirchen, Telefon: 08021/8242
Recht und Justiz	Deutscher Rechtsschutzkreis, Postfach 400215, D-4630 Bochum 4
Recht und Wahrheit	Georg Albert Bosse, D-8730 Bad Kissingen, Telefon: 0971/63741
Sieg	Walter Ochensberger, Postfach 5, A-6911 Lochau, Telefon: 05513/2205, Telefax: 05513/2348
The Spotlight	300 Independence Ave. SE, Washington DC 2003
UN-Unabhängige Nachrichten	Postfach 400215, D-4630 Bochum 4
Wehr Dich!	Berthold Dinter, Pf. 1322, D-4840 Rheda-Wiedenbrück, Telefon: 05242/43410
Wir in Südafrika	Dipl. Ing. Konrad Wozniak, POB 1839, Randburg 2125, Südafrika

Literaturverzeichnis

Abshagen, Karl Heinz	„Europas große Insel. England am Ende der imperialen Epoche", W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1960
Augstein, Rudolf und Günter Grass	„Deutschland, einig Vaterland? Ein Streitgespräch", Steidl Verlag, Göttingen, März 1990
Baron, André (Louis Dasté)	„Les Sociétés secrètes", Paris IX H. Daragon, Libraire-Editeur, 30 Rue Duperré, 1906
Borch, Herbert von	„Amerika — Die unfertige Gesellschaft", R. Piper & Co Verlag, München
Braun, Frhr.v., Der Göttinger Arbeitskreis	„Das Tübinger Memorandum der Acht. Zu seinen Außenpolitischen Thesen, 2. Auflage, Göttingen 1962
Carmin, F.R.	„Guru" Hitler, Schweizer Verlagshaus, Zürich 1985
Dichtl, Klaus R.	„Geburt einer Demokratie", Quintessenz Verlags GmbH, D-1000 Berlin 42, Ifenpfad 2-4, 1990
Diwald, Hellmut	„Die Anerkennung", Bechtle Verlag, München 1970
Freyer, Hans	„Theorie des gegenwärtigen Zeitalters", Stuttgart 1955
Gehlen, Arnold	„Die Seele im technischen Zeitalter", Rohwolts Deutsche Enzyklopedie, Nr. 53, Hamburg 1957
Gieren, Gerhard, Major aD	„Der freimaurerische Kriegsverrat von 1806", Mchn 1939
Goguel, Rudi u. Heinz Pohl	„Oder-Neiße, Eine Dokumentation", Kongreß-Verlag, Berlin (Ost) 1956
Grabe, Reinhold Th.	„Das Geheimnis des Adolph Freiherrn von Knigge", H. Goverts Verlag, Hamburg 1936. Insbesondere von S. 81 bis 130 sowie S. 220 ff.
Haager Landkriegsordnung	Die, 3. Auflage, Textausgabe mit Einführung von Prof. Dr. Rudolf Laun, Wolfenbütteler Verlagsanstalt GmbH, Wolfenbüttel-Hannover 1947
Heise, Karl	„Entente-Freimaurerei und Weltkrieg", Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, D-2251 Wobbenbüll-Husum 1982
Heyke, Hans-Eberhard	„Der Zerfall der Bundesrepublik", blick und bild, Verlag für politische Bildung, Velbert und Kettwig, 1968
Hentig, Werner Otto v.	„Mein Leben, eine Dienstreise", Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1963
Hohmuth, Norbert	„Dokumente der Unterwanderung", Postfach 810408 D-8500 Nürnberg 81
Irving, David	„Deutschlands Ostgrenze", Verlag Arndt, Kiel 1990
Knüpffer, George	„The Struggle for Worl Power", 3. Auflage, The Plain-Speaker Publishing Company, London 1971
Laun, Dr. Kurt v.	„Wiedervereinigung", Verlag Anniliese Schepke, Königsberg (Pr), Kiel 1989
Laun, Dr. Kurt v.	„Die deutsche Minderheit in Polen von 1919 bis 1939"; NON NOBIS, Heft 13, 1990. Anschrift des Verfassers: Goethestr. 2a, D-6380 Bad Homburg
Matthias, L.L.	„Die Kehrseite der USA", Rohwolt Verlag, 1964

Müller-Armack, A.	„Das Jahrhundert ohne Gott", Regensberg, Münster 1948
Mensch und Maas	Folge 23.5.1966, Pähl/Obb
Ploncard d'Assac	„Das Geheimnis der Freimaurer", Priesterbruderschaft St. Pius I, Stuttgart 1989
Preradovich, Nikolaus von	„Die Sieben Todsünden Adolf Hitlers", Türmer-Verlag, Pf., D-8137 Berg/Starnberger See 3
Raabe, Wilhelm	„Des Reiches Krone", Reclam
Rein, Gustav Adolf	„Die Reichsgründung in Versailles", Janusbuch im R. Oldenbourg Verlag, München 1958
Riegelmann, Dr. Hans	„Die europäischen Dynastien in ihrem Verhältnis zur Freimaurerei", Berlin 1943
Rossberg, Dr. Rudolf	„Freimaurerei und Politik im Zeitalter der Französischen Revolution", Berlin 1942
Rothkranz, Johannes	„Die geplante Weltdemokratie", Verlag Anton Schmid, D-8968 Durach 1990
Schoeps, Hans-Joachim	„Abschied von Deutschland", v. Hase & Koehler Verlag, Mainz 1973
Schoeps, Hans-Joachim	„Deutschland droht die Anarchie", 3. Auflage, v. Hase & Koehler Verlag, Mainz 1972
Sedlmayr, Hans	„Gefahr und Hoffnung des technischen Zeitalters", Otto Müller Verlag, Salzburg 1970
Seifert, Alwin	„Im Zeitalter des Lebendigen", München 1942
Smith, Thomas F.A., PHD	„The Soul of Germany", London, Hutchinson & Co., Paternoster Row, 1915
Spengler, Oswald	„Der Staat", C.H. Beck, München 1924
Steffens, Manfred	„Freimaurer in Deutschland", Christian Wolff Verlag, Flensburg 1964
Steinhauser, Karl	„Geheimbünde beherrschen Österreich. Die legale Mafia", Wien 1990
Unamuno, Miguel de	„Die Agonie des Christentums", Verlag Meyer & Jessen, München 1928
Veale, F.J.P.	„Advance to Barbarism", Thomson & Smith Ltd., London 1948. Erweiterte Auflage bei Nelson Publishing Company of Appleton, Wisconsin, 1953. Deutsche Übersetzung „Der Barbarei entgegen" bei Nölke Verlag, Hamburg 1954. Eine spanische Übersetzung erschien 1954 in Barcelona/Spanien.
Verschiedene	„Die deutsche Neurose. Über die beschädigte Identität der Deutschen", Ullstein 1979
Völkerbundssekretariat	Genf 1939: „Kleines Handbuch des Völkerbundes"
Von der Brahe, E.	„Polen und Deutsche", Kritik Vlg. Lausanne, Schweiz 1986
Walendy, Udo	„Alliierte Kriegspropaganda", Historische Tatsachen Nr.22 Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, D-4973 Vlotho/Weser, Postfach 1643
Walendy, Udo	„US-amerikanische Konzentrationslager", Historische Tatsachen Nr. 41, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, D-4973 Vlotho/Weser, Pf. 1643
Wandel, Paul	„Wie es zur Oder-Neiße-Linie kam", Dietz-Verlag, Berlin (Ost), 1955

Verzeichnis und Nachweis der Abbildungen

8 Gorbatschow (oö. Tagblatt, Foto AFP)
12 Deutsche Historiker - Lügner und Feiglinge (Zeitschrift „Sieg". Foto Karl Philipp)
18 Sozialistische Träumereien (FAZ 21.4.1990)
23 The Old Owl (Intern. Herald Tribune, 5.2.1990)
30 Von Polen ermordete Deutsche („Los horrores polacos", Auswärtiges Amt, Berlin 1939, Bildseite 61)
32 Verzicht ist Verrat (Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich)
41 Hoheitszeichen („Times", London; „Standard", Wien)
42 Hitler am Brandenburger Tor („Sun", London; Text: „Bild am Sonntag", 19.11.1989)
43 Trauer um Herrhausen (HNA)
45 Nur Maggi keift und stänkert weiter. („Bild", 12.2.1990)
47 Pöhl und Kaminsky („Der Aufbau", New York)
49 Karikatur über die deutsche Vereinigung (Oliphant in „Chicago Tribune". Aus „UN-Unabhängige Nachrichten")
51 Thatcher schwimmt wieder gegen den Strom (Text aus „Die Welt", foto dpa)
52 Sieben Außenminister in Paris am 17.7.1990 (NZZ)
55 Mitterand und Kohl („Newsweek", Foto Bisson-Sygma)
61 Nicholas Ridley („Darmstädter Echo", Foto dpa)
61 „The Spectator", London, Titelseite mit Kohl-Karikatur
63 Neue Nato-Aufgabenstellung (Haitzinger in „Darmstädter Echo", 7.7.1990)
67 Kohl und Bush im Ring („La Nación", Buenos Aires)
68 Spielmannszug in Berlin-Ost („Darmstädter Echo", dpa)
69 Deutschmark über alles! (Cummings im „Sunday Express")
71 Sefton Delmer
93 Honecker und Lafontaine (DWZ 30.5.1990)
93 Von Weizsäcker („Bild am Sonntag" 31.12.1998)
95 „Grenze" (FAZ, Karikatur von Ivan Steiger)
98 Vignette („humanität")
101 Kontakte gesucht („Thüring. Allgemeine, Nordhausen, Nr. 125 v. 19.6.1990)
103 Vaclav Havel („Newsweek")
104 Gorbatschow, Großes Notzeichen („El Mercurio" 27.5.1990)
105 Antall, Großes Notzeichen („La Nación", Buenos Aires 27.6.1990)
105 Fidel Castro, Großes Notzeichen („El Mercurio", 22.2.1990)
105 Boris Jelzin, Großes Notzeichen (NZZ, Bild ap)
105 Oscar Lafontaine, Großes Notzeichen
111 Greuelpropaganda 1914 („Historische Tatsachen" Nr. 22 von Udo Walendy)
113 Greuelpropaganda 1914 („Nieuwe Amsterdammer". Wiedergegeben in „Historische Tatsachen" Nr. 22 von Udo Walendy)
117 Walter Leisler Kiep („Bild" 16.5.1990)
121 Hand-Erkennungszeichen der Freimaurerei
122 Lied der Deutschen

123 Kohl und de Maizière vor dem Europaparlament („Stuttgarter Nachrichten" 17.5.1990, Foto dpa)
123 Schily
124 Oskar Lafontaine („Der Scheinwerfer")
124 Oskar Lafontaine („Capital")
125 Modrow in Hamburg (HNA 24.2.1990, dpa Funkbild)
125 Hans-Jochen Vogel und „Demokratischer Aufbruch" („Pforzheimer Zeitung", 24.11.1989)
126 Modrow und Kohl in Davos („Deutsche Zeitung", Sao Paulo 9.2.1990, Foto ap)
126 Diestel („Wirtschaftswoche")
126 Thomas Krüger („Der Stern")
127 Ibrahim Böhme („Der Stern")
127 Norbert Blüm („DM" 4.1990)
127 Oskar Lafontaine („Nation")
129 Bruno Kreisky (NZZ, Bild key)
129 Das österreichische Wappen
136 Nächstenliebe („Darmstädter Echo" 14.7.1990, Haitzinger)
137 EG-Notruf („Darmstädter Echo", 28.6.1990, Haitzinger)
142 Bush und Gorbatschow in Maryland (FAZ 5.6.1990, Foto dpa)
143 Gorbatschow und Bush in Washington (RbA 5.6.1990, Foto dpa)
145 Das neue Deutschland im Urlaub („Süddeutsche Zeitung, Magazin 3.8.1990)
151 Leipziger Messe 1939 (Leipziger Messeamt)
155 Gysi („Pinneberger Tageblatt", Foto dpa)
161 „Prima, Lech" (Karikatur von Haitziger in „Der Patriot", Lippstadt)
162 „Verzicht ist Verrat!" (SPD-Bundesvorstand 1963)
163 Vorweggenommene Freimaurergrenze („humanität", Mai 1990)
165 „Niemals Oder-Neiße-Linie" (CDU 1949, „Der Schlesier")
165 „Das ganze Deutschland soll es sein" (CDU 1949, „Der Schlesier")
166 Polnische und deutsche Vertreibung („UN-Unabhängige Nachrichten")
166 Polnische Grenzen („Oder-Neiße, eine Dokumentation", Berlin-Ost 1956, S.36)
167 Ein Faß ohne Boden und Moral (CCCeichenstudio, „Aula" 3/1990)
170 Genscher begrüßt Schewardnadse (Foto ap)
173 Polengreuel (Weißbuch des „Auswärtigen Amts")
174 ebenso
175 ebenso
176 ebenso
179 Briefmarken von Samoa 1990
180 „So billig ist Frieden nicht zu bekommen" (Prof. Willi Geiger in FAZ 4.7.1990)
183 Urteilsverkündung („Auswärtiges Amt, Berlin 1939, S. 38)
184 Bekanntmachung („Auswärtiges Amt", Berlin 1939, S. 38)
185 Suchanzeigen nach verschleppten Deutschen 1939
186 ebenso
191 Karte der deutschen Länder („Globus" Nr. 8152)
192 „So kann nie Frieden werden!" (Winston Churchill in „Der Zweite Weltkrieg" aus „UN-Unabhängige Nachrichten")
193 Bush und Kohl in Washington („Darmstädter Echo", 17.5.1990, Foto ap)
196 Die Oder-Neiße-Grenze („UN-Unabhängige Nachrichten")
209 Der Tag von Potsdam (aus „Es ging um Deutschlands Zukunft")

211 Hitler, Goering und v. Papen im „Kaiserhof" am 30. Januar 1933 (veröffentlicht in „Der Spiegel" 15/1989 S. 127)
211 Wahlredner Hitler (Titel eines Schallplattenverlages)
212 Hitler und Chamberlain mit Göring und Dolmetscher Schmidt (aus „Hitlers Reden" 1932 bis 1945 S. 929)
213 Wahlredner Hitler
227 Daniel Ortega, Nikaragua („Rio Negro", Gral. Roca, Argentinien, 25.4.1990)
228 Carlos Menem und Staatschefs („Ambito financiero" Buenos Aires 14.3.1990)
230 Leichenfund bei Buenos Aires („Clarin" 18.2.1990)
230 Alfonsin in Harvard („El Mercurio" 23.2.1990, Foto France Press)
231 Arg. Minister José Roberto Dromi („Clarin" 10.6.1990)
233 Menem als Fußballspieler (Karikatur aus „El Mercurio")
249 „Der Irre ist umzingelt" („Bild" 14.8.1990)
279 Karte von Jugoslawien
286 Biedenkopf (Foto: Richard Schulze-Vorberg)
295 Freimaurerei im Angriff nach Osten („Die Welt" 6.11.1990)

Verlagsmitteilung

Vom gleichen Verfasser und zum gleichen Thema erschienen:

VB „Wie der Völkerbund entstand", Buenos Aires 1967
I „Die Große Rebellion", Buenos Aires 1969, Neudruck 1985
II „Gegen Gott und die Natur", Buenos Aires 1971, Neudruck 1990
III „Die Sieben Säulen der Hölle", Buenos Aires 1974
IV „Die Sieben Säulen der Hölle. Ergänzungsband", Buenos Aires 1975
III/IV Zusammendruck der beiden Bücher unter dem Titel „Das verschleierte Bild zu Sais", Buenos Aires 1981. Nachdruck 1987
V „Der Sieg der Vernunft", Buenos Aires 1978
A „Der Sieg der Vernunft. Anhang", Buenos Aires 1978
VI „Verschwörung", Buenos Aires 1980. Nachdruck 1988
VII „Das jüngste Gericht", Buenos Aires 1982
VIII „Einst sangen die Wälder", Buenos Aires 1985
IX „Mit Freude, Stolz und Wehmut", Buenos Aires 1986
X „Frieden, Krieg und Frieden", Buenos Aires 1987
XI „Rette sich wer kann!", Buenos Aires 1989
F „Rette sich wer kann! Fortsetzung", Buenos Aires 1989
XII „Die Unvollendete", Buenos Aires 1991

Etwaige Bestellungen bitte an Roy Godenau, D-3579 Gilsenberg 3, Buchenmühle 1, Telefon: 0049-(6696) 285. Es genügt, wenn Sie dabei die hier vor den Buchtiteln stehenden römischen Zahlen angeben. Auslieferung erfolgt aus Beständen in Europa. Bei Buchbesprechungen und anderer Nennung unserer Bücher geben Sie bitte immer unsere volle argentinische Adresse an. Wir bemühen uns, wie bisher durch Nachdrucke laufend weiterhin

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Frankfurt am Main
Konrad-Adenauer-Straße 20 (Gebäude C)
Telefon (0 69) 13 67 1 Telex 4 12 894 just d
Konten der Gerichtskasse Frankfurt
PGiroKto. Ffm PO 12 600 (BLZ 500 100 60)
LZB Ffm 500 01 908 (BLZ 500 000 00)
Postanschrift Staatsanwaltschaft b. d. LG Postfach 10 01 01 6000 Frankfurt 1

50 Js 4453/87

Geschäftsnummer
bitte stets angeben!

Herrn
Roy Godenau
Pension Buchenmühle

3579 Gilserberg 3

Datum und Zeichen ihres Schreibens

Nebenstelle 8162

Datum 07.05.87

Das Ermittlungsverfahren gegen

Roy G o d e n a u

wegen § 86 StGB u.a. Straftaten

betr. die Druckwerke: "Das jüngste Gericht", "Einst sangen die Wälder"

wird eingestellt (§ 170 II StPO).

G r ü n d e :

Soweit das Verfahren wegen der bei der Durchsuchung am 30.03.1987 versandfertig sichergestellten Bücher geführt wurde, hat sich kein hinreichender Verdacht einer Straftat begründen, da kein strafbarer Inhalt dieser Druckwerke, die sich vorwiegend mit angeblichen Machenschaften der Freimaurerlogen auseinandersetzen, festzustellen war.

G r i e b e l
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt

Bücher zur Verfügung zu halten. Falls derzeit ein Buch vergriffen ist, lassen Sie sich auf Warteliste setzen.

Bitte machen Sie unsere Bücher im Freundeskreis bekannt. Man wird Ihnen dafür dankbar sein!

Es sollte noch darauf hingewiesen werden, daß kein einziges Buch unseres Verlages in irgendeinem Lande verboten ist. Unsere Bücher stehen vielmehr in den bedeutendsten Bibliotheken im Osten wie im Westen. Wenn man weiß, mit welchen ungesetzlichen Mitteln die Freimaurerei an die Macht kam und wie sie ihre Stellung zu halten versucht, nimmt es allerdings nicht wunder, daß sie amtliches Vorgehen gegen unsere Bücher zu erreichen versuchte. Sie hat sich dabei hinter dem Vorwurf des „Antisemitismus" versteckt. Die mit solchen Anwürfen befaßten Justizbehörden haben aber alle Untersuchungsverfahren nach Einblick in die Bücher eingestellt. Im Rahmen dieser Vorgänge wurde uns von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt am Main ausdrücklich bestätigt, daß eine Auseinandersetzung mit angeblichen Machenschaften der Freimaurerlogen keine strafbare Handlung darstellt. Nebenstehend Ablichtung des entsprechenden Bescheids.

Daß die gesamte Freimaurerei wie ein aufgeschreckter Ameisenhaufen bemüht ist, unsere Bücher in ein schlechtes Licht zu stellen und daß es Freimaurern von ihren Oberen verboten wurde, unsere Bücher zu lesen oder gar zu erwerben, gibt sie nicht nur der Lächerlichkeit preis, sondern belegt erneut die antidemokratische, unehrliche Essenz voller Vorurteile dieser verbrecherischen Organisation und hängt ihren Angehörigen das Stigma an, feige, reaktionäre, unselbständige, egozentrische Marionetten zu sein, die als wirklich allerletztes eine Elite darstellen.

Verlag Juan Maler
Belgrano 165
8400 Bariloche
Argentinien
FAX 54-0944-26041

Helfen Sie uns helfen!

Viele Medien berichten über die Vorgänge in Osteuropa, wir sind Zeitzeugen einer Veränderung der politischen Landschaft, die sich vor einigen Wochen noch niemand zu erhoffen gewagt hätte.
Und trotz der vielen erfreulichen Nachrichten müssen wir feststellen, daß für die Menschen, die seit Jahrhunderten ihre deutsche Muttersprache und ihre deutsche Kultur pflegen, keine großen Veränderungen geschehen sind.
Vor allem in Rumänien fehlt es nach wie vor am Nötigsten, und die Menschen sind dort mehr denn je auf unsere Hilfe angewiesen. Grundnahrungsmittel, Medikamente und Nahrungsmittel für Kinder sind noch immer Mangelware. Von der kulturellen Unterdrückung ganz zu schweigen. Nur eine tatkräftige Hilfe setzt die Altösterreicher deutscher Muttersprache in Rumänien in die Lage, in ihrer Heimat zu verbleiben und auf eine besserer Zukunft zu hoffen.
Die deutsche Volksgruppe in Ungarn hat, was die politische Frteiheit betrifft, wesentlich bessere Möglichkeiten. Trotzdem ist diese Volksgruppe vom Untergang bedroht, wenn es nicht gelingt, der heranwachsenden Generation die deutsche Muttersprache als Hochsprache zu vermitteln.

Wir bitten Sie um einen finanziellen Beitrag, damit wir unseren Landsleuten helfen können, die ohne unsere Unterstützung kulturell zum Untergang verurteilt sind.
Jederauch noch so kleine Beitrag ist willkommen und wir danken für Ihre Großzügigkeit.

Eckartbote deutscher Kultur- und Schutzarbeit
A-1080 Wien, Fuhrmannsgasse 18a

Die Bezeichnungen Ost und West für Teile Deutschlands rührten von der Tatsache her, daß der eine Teil von der östlichen Supermacht besetzt war und der andere von den Westmächten. Es handelte sich um weltweit angewandte Unterscheidungen. Der sogenannte „Eiserne Vorhang" ging durch Deutschland hindurch und stellte die Grenze zwischen „Ost" und „West" dar. Seit dem Wegfall dieser Grenze und seit der Errichtung einer neuen Grenze an der Oder-Neiße-Linie gibt es keine Begründung mehr für die bisherige Unterscheidung. Jetzt müssen wieder die geographischen Gegebenheiten Geltung haben, wie sie es schon vor 1945 seit Jahrhunderten gehabt haben. Danach gibt es deutlich unterschieden drei Regionen Deutschlands: Westdeutschland, Mitteldeutschland und Ostdeutschland. Mit Selbstverständlichkeit spricht man auch von den deutschen „Mittelgebirgen". Eine Beibehaltung der vorübergehend aus machtpolitischen Gründen verwandten Begriffe Ost und West würde mit der politischen Entwicklung nicht vereinbar sein und die Vermutung nahelegen, man wolle weiterhin den beiden Supermächten Einfluß zugestehen. Mit der Tatsache eines „souveränen Deutschland" wären sie keineswegs vereinbar. Selbst dann nicht, wenn sie aus purer Nachlässigkeit weiterhin verwandt werden. Sie widersprechen dem politischen Konzept der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik.

ISBN 950-43-3362-1